

Geschäftsbericht 2016



Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2016	2015
Finanzkennzahlen		
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	-2,3 %	-9,8 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	-2,7 %	-12,3 %
Aufwand-Ertrag-Relation ¹	98,1 %	115,3 %
Personalaufwandsquote ²	39,6 %	39,7 %
Sachaufwandsquote ³	58,5 %	75,7 %
Erträge insgesamt, in Mio €	30.014	33.525
Risikovorsorge im Kreditgeschäft, in Mio €	1.383	956
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt, in Mio €	29.442	38.667
Bereinigte Kostenbasis	24.734	26.451
Ergebnis vor Steuern, in Mio €	-810	-6.097
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern, in Mio €	-1.356	-6.772
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	€-1,21	€-5,06
Ergebnis je Aktie (verwässert)	€-1,21	€-5,06
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	€17,25	€22,53
Aktienkurs höchst	€22,10	€33,42
Aktienkurs tiefst	€9,90	€20,69
	31.12.2016	31.12.2015
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung	3,5 %	3,5 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsposition, in Mrd €	1.348	1.395
Harte Kernkapitalquote (Vollumsetzung)	11,8 %	11,1 %
Harte Kernkapitalquote (Übergangsregelung)	13,4 %	13,2 %
Risikogewichtete Aktiva, in Mrd €	358	397
Bilanzsumme, in Mrd €	1.591	1.629
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital, in Mrd €	60	63
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	€42,74	€45,16
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	€36,33	€37,90
Andere Kennzahlen		
Niederlassungen	2.656	2.790
Davon: in Deutschland	1.776	1.827
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	99.744	101.104
Davon: in Deutschland	44.600	45.757
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	Baa2	A3
Standard & Poor's	BBB+	BBB+
Fitch Ratings	A-	A-
DBRS Ratings	A(low)	A

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

¹ Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

² Die Personalaufwandsquote ist der prozentuale Anteil des Personalaufwands an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

³ Die Sachaufwandsquote ist der prozentuale Anteil des Zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus Zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

Inhalt

Konzern Deutsche Bank

Brief des Vorstandsvorsitzenden – 3
Vorstand – 9
Bericht des Aufsichtsrats – 10
Aufsichtsrat – 22
Unsere Strategie – 24
Deutsche Bank-Aktie und Anleihen – 31

1 – Lagebericht

Die Geschäftsentwicklung – 36
Ausblick – 87
Risiken und Chancen – 97
Risikobericht – 100
Vergütungsbericht – 229
Unternehmerische Verantwortung – 286
Mitarbeiter – 288
Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung – 294
Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht – 299
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289a und 315 Absatz 5 HGB – 303

2 – Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 305
Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 306
Konzernbilanz – 307
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 308
Konzern-Kapitalflussrechnung – 310
Konzernanhang – 311
Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung – 352
Anhangangaben zur Bilanz – 358
Zusätzliche Anhangangaben – 433
Bestätigungen – 498

3 – Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat – 502
Rechnungslegung und Transparenz – 518
Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 519
Wirtschaftsprüfung und Controlling – 519
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex – 522

Ergänzende Informationen

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen – 525
Patronatserklärung – 532
Impressum/Publikationen – 533

Konzern Deutsche Bank

Brief des Vorstandsvorsitzenden – 3
Vorstand – 9
Bericht des Aufsichtsrats – 10
Aufsichtsrat – 22
Unsere Strategie – 24
Deutsche Bank-Aktie und Anleihen – 31

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

2016 war für uns in der Deutschen Bank ein sehr forderndes Jahr. Es war aber auch ein Jahr, in dem wir unsere Widerstandskraft bewiesen und trotz des schwierigen Umfelds vieles zum Besseren verändert haben.

Die Rahmenbedingungen waren nicht einfach: Der Auftakt des Jahres 2016 war für weite Teile des Kapitalmarktgeschäfts eine der schwierigsten Phasen seit Jahrzehnten. Die Zinsen blieben auf historischen Tiefständen, und das politische Umfeld war von Unsicherheit geprägt.

Darüber hinaus stand die Deutsche Bank vor großen eigenen Herausforderungen. Im September 2016 gelangten Informationen über unsere Verhandlungen mit dem US-Justizministerium zu Geschäften mit hypothekengedeckten Wertpapieren an die Öffentlichkeit. So kursierte ein erster Vergleichsvorschlag, der die Erwartungen der Finanzmärkte überstieg und Fragen zu den finanziellen Folgen für die Deutsche Bank aufwarf. Dies belastete neben den Kursen unserer Aktie und Anleihen auch das Geschäft mit unseren Kunden. Wir waren deshalb sehr erleichtert, dass wir diese Verhandlungen um den Jahreswechsel herum abschließen konnten.

Nachdem wir diesen Unsicherheitsfaktor beseitigen konnten, war es uns wichtig, die grundsätzliche Frage zu beantworten, wie es mit der Strategie und dem Geschäftsmodell der Deutschen Bank weitergeht. Der Vorstand hatte verschiedene Optionen sorgfältig geprüft. Anfang März 2017 haben wir verkündet, wie die Bank wieder wachsen und nachhaltig erfolgreich werden soll. Unser Ziel ist es, die Position als führende europäische Bank mit globalem Netzwerk zu stärken. Dabei stützen wir uns auf unsere Stärke im deutschen Heimatmarkt.

Eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg unserer Strategie und für neues Wachstum ist eine starke Kapitalausstattung. Wir haben uns deshalb für eine Kapitalerhöhung entschieden und erwarten einen Erlös von rund 8 Mrd €. Damit hätte die Bank auf Grundlage der Zahlen vom 31. Dezember 2016 eine Kernkapitalquote von etwa 14% erreicht. Wir erhoffen uns davon, dass wir etwaige Zweifel an unserer Kapitalausstattung beseitigen und unsere Refinanzierungskosten nachhaltig senken können.

Diese weitreichende Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen. Wir sind uns bewusst, dass wir so die Anteile unserer Aktionäre erheblich verwässern. Nach sorgfältiger Überlegung sind wir jedoch überzeugt, dass die stärkere Kapitalausstattung langfristig im besten Sinne der Anteilseigner, Kunden, Mitarbeiter und anderer Interessensgruppen ist.

Lassen Sie mich unsere neue Aufstellung näher erläutern. Unser Geschäft gliedern wir künftig in drei Sparten:

- Wir wollen die Postbank behalten und sie mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank zusammenführen. So wollen wir einen klaren Marktführer auf dem Heimatmarkt schaffen. Weil sich das Umfeld für die Branche, die Regulierung und die Wirtschaftslage verändert haben, ist ein Verbleib der Postbank im Konzern heute attraktiver, als das noch vor zwei Jahren zu erwarten war.
- Wir wollen einen Minderheitsanteil an der Deutschen Asset Management an die Börse bringen und in der Vermögensverwaltung wieder wachsen.
- Wir führen unser Kapitalmarktgeschäft, das Beratungs- und Finanzierungsgeschäft für Unternehmen sowie die Transaktionsbank zu einer integrierten Unternehmens- und Investmentbank zusammen. Diese wird vor allem auf Unternehmenskunden ausgerichtet sein. Gleichzeitig bleibt ein starkes, aber fokussierteres Geschäft mit institutionellen Kunden erhalten. Wir stehen auch weiterhin zu unserer globalen Aufstellung einschließlich unseres Geschäfts in den Vereinigten Staaten und in der Region Asien-Pazifik.

Um mit unserer Strategie Erfolg zu haben und bessere Ergebnisse für unsere Aktionäre zu erwirtschaften, müssen wir die Kosten der Bank weiter senken. Deshalb sind zusätzliche Sparmaßnahmen unumgänglich. Bis 2018 strebt die Bank bereinigte jährliche Kosten (inklusive Postbank) von rund 22 Mrd € an, die bis 2021 auf rund 21 Mrd € fallen sollen.

Aber es geht eben nicht nur um Kosten, sondern auch um die Erträge. Mit unserer Unternehmens- und Investmentbank wollen wir stärker davon profitieren, dass sich das Geschäft branchenweit erholt. Zudem werden wir unsere Kunden bereichsübergreifend betreuen und ihnen so mehr Produkte anbieten können.

Die Deutsche Asset Management soll ihre größere Unabhängigkeit dazu nutzen, ihr Geschäft auszubauen. Ein wichtiger Faktor ist dabei, dass sie nun im Wettbewerb um die besten Talente attraktiver werden dürfte. Auch der Zusammenschluss der Postbank mit unserem Privat- und Firmenkundengeschäft in Deutschland spielt eine ganz wichtige Rolle dabei, künftig wieder zu wachsen. So wollen wir gemeinsam in die Digitalisierung investieren. Künftig werden wir mehr als 20 Millionen Kunden in Deutschland bedienen, von denen rund zehn Millionen bereits heute unsere Dienstleistungen

online nutzen. Gerade das stimmt uns sehr zuversichtlich. Die deutschen Bankkunden ändern ihr Verhalten inzwischen rasant. Bei diesem Wandel wollen wir ganz vorn dabei sein.

Wir sind davon überzeugt, dass die neue Aufstellung es erleichtert, unsere Kunden umfassend zu betreuen. Das ist die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und bessere Ergebnisse für Sie, unsere Aktionäre. Sobald sich das Geschäftsumfeld normalisiert hat, wollen wir unseren Plänen zufolge eine Rendite von etwa zehn Prozent auf das materielle Eigenkapital (tangible equity) erwirtschaften. Ab dem Geschäftsjahr 2018 streben wir darüber hinaus wieder eine wettbewerbsfähige Ausschüttungsquote an. Angesichts der derzeitigen Ergebnisse der Bank wollen wir der diesjährigen Hauptversammlung vorschlagen, für die Jahre 2015 und 2016 eine Mindestdividende zu zahlen. Für 2017 planen wir eine Ausschüttung in wenigstens einer ähnlichen Größenordnung.

Damit möchte ich zu den Zahlen des vergangenen Jahres kommen. In unseren Finanzergebnissen spiegeln sich sowohl die Herausforderungen als auch die Altlasten wider, die wir abarbeiten konnten. Für das Gesamtjahr verzeichnete die Bank einen Verlust nach Steuern von 1,4 Mrd €. Der Vorsteuerverlust belief sich auf 810 Mio €, nach Kosten in Höhe von 5,8 Mrd € für Wertberichtigungen, Rechtsverfahren und den beschleunigten Abbau von Vermögenswerten, die nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Dazu zählten auch erhebliche Aufwendungen für Restrukturierungen und Abfindungszahlungen, während die Kostenersparnis erst allmählich sichtbar wird.

Dem standen einmalige Gewinne aus Veräußerungen in Höhe von etwa 1 Mrd € gegenüber. Unterm Strich belasteten uns die Sondereffekte also mit 4,8 Mrd €. Das zeigt: Unser operatives Ergebnis war 2016 weitaus stärker, als die Kennzahlen vermuten lassen.

Zudem sind wir vorangekommen auf unserem Weg, die Deutsche Bank stärker und sicherer zu machen und gleichzeitig so umzubauen, dass sie sich leichter führen lässt.

Wir fokussieren uns stärker. Wir haben einige Beteiligungen verkauft, neben Abbey Life unseren Anteil von 19,99% an der Hua Xia Bank in China sowie das Broker-Geschäft mit Vermögenskunden in den USA, genannt Private Client Services. Des Weiteren haben wir angekündigt, das Geschäft von Sal. Oppenheim Asset Servicing zu veräußern.

Wir haben uns aus weiteren Ländern zurückgezogen und damit begonnen, Filialen in Deutschland und anderen europäischen Märkten zu schließen. Wir haben erstmals seit Jahren die Zahl unser Mitarbeiter verringert, obwohl wir unsere Kontrollfunktionen gestärkt haben und zahlreiche Aufgaben, die wir einst ausgelagert hatten, wieder intern erledigen. In der Unternehmens- und Investmentbank sowie im Kapitalmarktgeschäft konzentrieren wir uns nun auf die wichtigsten Kundenbeziehungen, werden dadurch auch weniger komplex und reduzieren unser Risiko.

Das alles ist uns nicht leichtgefallen. Aber diese harten Schritte sind leider unumgänglich, wenn wir langfristig konkurrenzfähig bleiben wollen.

Unsere Kernkapitalquote ist deutlich gestiegen. Sie betrug Ende 2016 11,8% (bei Vollumsetzung der Basel-3-Regeln). Das war der beste Wert seit drei Jahren. Gemessen an den aktuell geltenden Regeln übertrafen wir die Mindestanforderungen der Aufsichtsbehörden deutlich. Durch die angekündigte Aktienemission werden wir diesen für Investoren wichtigen Indikator weiter verbessern – wir streben künftig eine harte Kernkapitalquote von deutlich über 13% an.

Die höhere Kapitalquote im vergangenen Jahr kam auch dadurch zustande, dass wir die risikogewichteten Aktiva im Jahresverlauf um nahezu 40 Mrd € reduziert haben. Unsere Abwicklungseinheit NCOU konnten wir wie geplant zum Jahresende schließen. Seit ihrer Gründung 2012 hat sie insgesamt risikogewichtete Aktiva in Höhe von etwa 120 Mrd € (90% des NCOU-Portfolios) abgebaut, die mit rund 8,5 Mrd € an Kernkapital unterlegt waren.

Wir haben die Deutsche Bank sicherer und einfacher gemacht. Wir haben unsere IT weiter modernisiert: 15% unserer Hard- und Software, die das Ende ihres Lebenszyklus erreicht hatte, ging außer Betrieb. Die Zahl der Betriebssysteme haben wir von 45 auf 38 reduziert und kommen auf unserem Weg zu nur noch vier Betriebssystemen gut voran. Die Ausfallquoten unserer Systeme sind so niedrig wie nie zuvor. Im Bereich Compliance und für den Schutz gegen Finanzkriminalität haben wir über 350 zusätzliche Mitarbeiter eingestellt, 600 weitere werden dieses Jahr folgen.

Die Deutsche Bank ist viel digitaler geworden. Wir haben eine interne private Cloud geschaffen, so dass wir unsere Daten nun flexibler, günstiger und sicher speichern können. Wir haben unsere mobilen Banking-Apps erweitert, so dass der Kunde beispielsweise seine Konten verschiedener

Kreditinstitute auf einen Blick sehen kann. Bis Ende 2016 hatten insgesamt mehr als 2,7 Millionen Kunden unsere Apps heruntergeladen – 300.000 mehr als erwartet.

Wir haben wichtige Rechtsfälle abgeschlossen. Von den zwanzig wesentlichen Fällen, auf die etwa 90% unseres finanziellen Risikos entfallen, haben wir neun vollständig oder teilweise beigelegt – unter ihnen einige der größten wie etwa die Verhandlungen wegen der US-Hypothekenscheine. Und auch bei den meisten anderen Fällen haben wir Fortschritte gemacht. Im Januar 2017 haben wir uns mit dem New York State Department of Financial Services sowie der britischen Financial Conduct Authority geeinigt – hier ging es um den Wertpapierhandel in Russland und unsere Geldwäsche-Kontrollen.

Wir haben unsere Widerstandskraft bewiesen. In der Unternehmens- und Investmentbank haben unsere Kunden mit unserer Unterstützung 380 Mrd € an Eigen- und Fremdkapital an den Kapitalmärkten aufgenommen. Wir haben sie bei Fusionen und Übernahmen im Volumen von 320 Mrd € begleitet. Wir bleiben laut *Dealogic*-Zahlen Marktführer in Deutschland und gehören in Europa zu den drei führenden Anbietern. Nach Statistiken des Datenanbieters *Coalition* belegt unser Kapitalmarktgeschäft nach wie vor einen der ersten fünf Ränge im weltweiten Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren.

Unsere globale Transaktionsbank hat ihre Führungsposition behauptet: Keine andere Bank wickelt so viele Euro-Zahlungen ab wie wir, und bei den Zahlungen in US-Dollar gehören wir zu den ersten fünf Anbietern. Im Geschäft mit Privat-, Vermögens- und Firmenkunden wurden wir zum siebten Mal in Folge zur „Best Private Bank“ in Deutschland gekürt, und die britischen Leser der *Financial Times* wählten uns zum „Wealth Manager of the Year“. Die Deutsche Asset Management ist seit zehn Jahren klarer europäischer Marktführer bei börsengehandelten Indexfonds („Exchange Traded Funds“, ETF).

Sie sehen also, liebe Aktionärinnen und Aktionäre, dass wir trotz des sehr schwierigen Umfelds 2016 viel erreicht haben. Diese Fortschritte sind die Grundlage dafür, nun wieder auf Wachstum umzuschalten – wenn auch auf vorsichtige und wohl überlegte Art und Weise.

Gesamtwirtschaftlich erwarten wir für 2017 derzeit bessere Ertragschancen dank einer leichten konjunkturellen Erholung in Europa, einer robusten US-Wirtschaft und eines günstigeren Zinsumfelds. Der Jahresauftakt war

vielversprechend, insbesondere im Kapitalmarktgeschäft sowie in der Unternehmens- und Investmentbank. Auch wenn 2017 für die Deutsche Bank ein Jahr des Umbaus bleibt und deshalb weitere Restrukturierungsaufwendungen anfallen, sollten die Kosten weiter sinken. Denn nun zeigen sich die Ergebnisse der Sparprogramme, und die Bilanzpositionen aus der NCOU sind weitgehend abgebaut. Noch deutlicher werden diese Fortschritte allerdings dann sichtbar werden, wenn wir weitere Rechtsfälle abgeschlossen, unsere IT modernisiert und unsere Kontrollen weiter gestärkt haben.

Wir starten 2017 mit einem gestärkten Fundament und ernten die ersten Früchte unserer Arbeit. Das verdanken wir allen voran unseren treuen Kunden sowie unseren Mitarbeitern und ihrem unermüdlichen Einsatz. Nur dadurch konnten wir beweisen, wie widerstandsfähig wir als Bank sind. Dafür möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch im Namen meiner Vorstandskollegen, herzlich danken.

Wir kommen gut voran. Wir schaffen eine bessere Deutsche Bank: eine Bank, die wirtschaftliches Wachstum fördert, der Gemeinschaft dient und die Positives bewirken kann – für unsere Kunden, unsere Mitarbeiter, für die Gesellschaft und für Sie, unsere Aktionärinnen und Aktionäre.

Mit besten Grüßen

Ihr



John Cryan
Vorsitzender des Vorstands,
Deutsche Bank AG

Frankfurt am Main, März 2017

Vorstand

John Cryan, * 1960

vom 1. Juli 2015 bis 19. Mai 2016
Co-Vorsitzender des Vorstands
seit 19. Mai 2016
Vorsitzender des Vorstands

Kimberly Hammonds, * 1967

seit 1. August 2016
Chief Operating Officer & Group Chief Information Officer

Stuart Lewis, * 1965

seit 1. Juni 2012
Chief Risk Officer

Sylvie Matherat, * 1962

seit 1. November 2015
Chief Regulatory Officer

Nicolas Moreau, * 1965

seit 1. Oktober 2016
Head of Deutsche Asset Management

Garth Ritchie, * 1968

seit 1. Januar 2016
Head of Global Markets

Karl von Rohr, * 1965

seit 1. November 2015
Chief Administrative Officer

Marcus Schenck, * 1965

seit 21. Mai 2015
Chief Financial Officer

Christian Sewing, * 1970

seit 1. Januar 2015
Head of Private, Wealth & Commercial Clients

Werner Steinmüller, * 1954

seit 1. August 2016
Regional CEO für Asien

Jeffrey Urwin, * 1956

seit 1. Januar 2016
Head of Corporate & Investment Banking

Vorstand im Berichtsjahr:

John Cryan
Co-Vorsitzender des Vorstands
(bis 19. Mai 2016)
Vorsitzender des Vorstands
(seit 19. Mai 2016)

Jürgen Fitschen
Co-Vorsitzender des Vorstands
(bis 19. Mai 2016)

Kimberly Hammonds
(seit 1. August 2016)

Stuart Lewis

Sylvie Matherat

Nicolas Moreau
(seit 1. Oktober 2016)

Quintin Price
(bis 15. Juni 2016)

Garth Ritchie

Karl von Rohr

Marcus Schenck

Christian Sewing

Werner Steinmüller
(seit 1. August 2016)

Jeffrey Urwin

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

das Berichtsjahr und der Beginn des Jahres 2017 waren durch eine Reihe externer wie interner Herausforderungen geprägt, die zu teilweise heftigen Verwerfungen unseres Aktienkurses führten und damit auch zu entsprechend kritischen Kommentaren durch Medien, Politik sowie Investoren. Diese Unsicherheit hat Mitarbeiter und höchstwahrscheinlich auch Sie zu Recht irritiert und verunsichert – wofür sich der Vorstand bereits formell entschuldigt hat. Der Aufsichtsrat schließt sich dieser Entschuldigung an.

Es war aber auch ein Zeitraum, in dem es dem neu amtierenden Vorstand gelungen ist, wesentliche Fortschritte beim Umbau der Bank zu erzielen. Spätestens mit den am 5. März 2017 angekündigten Maßnahmen zur Anpassung der Strategie und Stärkung der Kapitalbasis ist das Fundament für einen nachhaltigen Wachstums- und Erfolgskurs Ihrer Deutschen Bank gelegt. Die Beilegung wesentlicher Rechtsstreitigkeiten aus der Vergangenheit erlaubt dem Vorstand nun eine Ausrichtung auf die Zukunft. Eine Zukunft, die durch technologische und regulatorische Herausforderungen ebenso geprägt sein wird wie durch geo- und geldpolitische Zwänge. Meine Aufsichtsratskollegen und ich freuen uns, dieses nächste Kapitel in der 147-jährigen Geschichte der Bank begleiten zu dürfen, ohne deshalb die Aufmerksamkeit von der weiterhin erforderlichen Verbesserung des Kontrollumfelds zu nehmen.

Der Rekord von 82 Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse im Berichtsjahr 2016 demonstriert eindrücklich, wie ernst wir unsere Verantwortung nehmen. Auch wenn wir hoffen, diese Anzahl 2017 herunterfahren zu können, werden wir wie bisher mit Intensität den Fortschritt in der Umsetzung der kommunizierten Reform- und Wachstumsplanung überwachen und den Vorstand in angemessener Weise dabei unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit werden wir auch weiterhin dem Risikomanagement, dem Vergütungssystem sowie der Finanzplanung widmen. Die konsequente Umsetzung regulatorischer Vorgaben bildet einen weiteren Schwerpunkt unserer Tätigkeit.

Als Gremium sehen wir uns dazu gut aufgestellt – verstärkt im vergangenen Jahr durch Herrn Professor Simon (der sich in der kommenden Hauptversammlung zur Wahl stellen wird) sowie die Arbeitnehmervertreter Herrn Duscheck und Herrn Rudschäfski. Herr Rudschäfski ersetzt – auch als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender – Herrn Herling, dem ich an dieser Stelle sehr herzlich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit der letzten Jahre danken möchte. Er hat sich in seiner jahrzehntelangen Bankzugehörigkeit sehr um das Wohl des Hauses verdient gemacht. Auf die Leistungen von Herrn Thoma, der sein Amt ebenfalls im vergangenen Geschäftsjahr niedergelegt hat, bin ich bereits auf der zurückliegenden Hauptversammlung eingegangen. Dank gilt auch Herrn Stockem, der krankheitsbedingt aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist.

Auch im Vorstand gab es im Berichtsjahr Änderungen. Herr Price musste aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Vorstand für den Bereich Vermögensverwaltung niederlegen. Diese Funktion übernahm Herr Moreau, der zuvor Vorstand des französischen Versiche-

rungskonzerns Axa war. Im August haben wir darüber hinaus Frau Hammonds als Chief Operating Officer und Herrn Steinmüller als Asien-Verantwortlichen in den Vorstand der Deutsche Bank AG berufen.

Mit Ablauf der Hauptversammlung des letzten Jahres schied Herr Fitschen, bis dato Co-Vorsitzender des Vorstands, aus. Seine Verdienste für die Bank wurden bereits an anderer Stelle gewürdigt, sodass ich hier nur darauf hinweisen möchte, dass wir alle sehr froh sind, dass er seine reiche Erfahrung und sein umfangreiches Netzwerk weiterhin in den Dienst des Hauses stellt.

Über die im Zusammenhang mit den Kapitalmaßnahmen im März dieses Jahres angekündigten perspektivischen Veränderungen einzelner Vorstandsverantwortungen wird im Geschäftsbericht über das Jahr 2017 zu berichten sein. Soviel vorab: Die von Herrn Cryan vorgeschlagene Ernennung der Herren Dr. Schenck und Sewing zu stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands verstehen wir nicht nur als den Versuch der Entlastung des Vorsitzenden, sondern auch als ein äußeres Zeichen für die tiefe Verwurzelung der Bank in Deutschland.

Nachfolgend erhalten Sie im gewohnten Format weitere, detaillierte Informationen darüber, wie Ihr Aufsichtsrat im vergangenen Geschäftsjahr seinen Überwachungspflichten nachgekommen ist und den Vorstand in vielen Angelegenheiten intensiv beraten hat. Im Einzelnen zum Berichtsjahr:

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz, Verwaltungsvorschriften, Satzung sowie jeweiliger Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und -strategie, weitere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -kultur sowie der Unternehmensplanung, -koordination und -kontrolle. Außerdem berichtete er über die finanzielle Entwicklung, die Ertragslage, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank, über wesentliche Rechtsstreitigkeiten sowie über Geschäfte und Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Zu bestimmten Rechtsstreitigkeiten und anderen wichtigen Themen von erheblicher Relevanz für die Bank erfolgte auf unsere Anforderung hin eine intensivere Berichterstattung durch den Vorstand. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden zudem in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und den Vorsitzenden der Aufsichtsratsausschüsse sowie dem Vorsitzenden beziehungsweise den Co-Vorsitzenden des Vorstands erörtert.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden insgesamt 82 Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse statt. Soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, wurden Beschlüsse im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2016 fanden elf Sitzungen des Aufsichtsratsplenums statt.

27. Januar 2016

In der ersten Sitzung des Jahres am 27. Januar behandelten wir die geschäftliche Entwicklung der Bank im vierten Quartal 2015 und im Geschäftsjahr 2015 sowie den Plan-Ist-Vergleich. Die Unternehmensplanung für die Jahre 2016 bis 2018 nahmen wir zustimmend zur Kenntnis und erörterten mit dem Vorstand den Stand der Umsetzung der Strategie 2020. Das Vergütungssystem der Bank sowie der Bericht des Vergütungsbeauftragten zur Angemessenheit des Vergütungssystems für den Vorstand waren ebenso Themen wie die Festlegung der variablen Vergütung für die Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2015. Dabei wurden die Empfehlungen des Vergütungskontrollausschusses berücksichtigt. Wiederum beschlossen wir, die Auszahlung variabler, aufgeschobener Vergütungsbestandteile aus den Vorjahren eines aktiven Vorstandsmitglieds sowie einiger ehemaliger Mitglieder des Vorstands aufgrund der laufenden Untersuchungen im Zusammenhang mit verschiedenen Rechtsstreitigkeiten vorerst zu suspendieren. Wir schlossen darüber hinaus unsere Bewertung von Aufsichtsrat und Vorstand für 2015 nach § 25d Absatz 11 Nr. 3 und Nr. 4 des Kreditwesengesetzes ab. Von Vertretern der Europäischen Zentralbank (EZB) erhielten wir einen Bericht zu ihrer Evaluierung der Bank im Jahr 2015 und zu ihren aufsichtsrechtlichen Prioritäten für 2016.

10. März 2016

Am 10. März billigten wir, nach Berichterstattung durch den Vorstand, auf Empfehlung des Prüfungsausschusses und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer den Konzern- und Jahresabschluss 2015 und stimmten dem Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung zu. Mit dem Vorstand erörterten wir den Personalbericht und den Vergütungsbericht 2015. Weiterhin erhielten wir Berichte zum Risikomanagement und zum Stand der Strategieüberlegungen, die wir ausführlich diskutierten. Außerdem schlossen wir nach gründlicher Erörterung mit unseren Rechtsberatern und auf Empfehlung des Präsidial- und des Integritätsausschusses einen Vergleich mit Herrn Dr. Breuer in Sachen Kirch und stimmten dem in diesem Zusammenhang geschlossenen Vergleich mit den D&O-Versicherern (D&O = Directors and Officers) zu. Beide Vergleiche standen unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Hauptversammlung. Zudem verabschiedeten wir unsere Vorschläge zur Tagesordnung für die Hauptversammlung einschließlich – insoweit auf der Grundlage der Empfehlungen des Nominierungsausschusses – der Wahlvorschläge zum Aufsichtsrat. Schließlich setzten wir uns mit dem Risikomanagement im Konzern, den überarbeiteten Mindeststandards zur Identifizierung von Neukunden („Know-Your-Client“), regulatorischen Themen, insbesondere mit dem aufsichtsbehördlichen Überprüfungs- und Beurteilungsprozess („Supervisory Review and Evaluation Process“, SREP), sowie dem Abschlussbericht zum Programm zur Stärkung der Kontrollfunktionen („Three Lines of Defense“) auseinander.

18. Mai 2016

Wir befassten uns am 18. Mai, dem Vorabend der Hauptversammlung, schwerpunktmäßig mit den wichtigsten Themen der anstehenden Hauptversammlung. Darüber hinaus erhielten wir vom Vorstand einen Bericht zu den getroffenen und bevorstehenden Maßnahmen durch die Bank in Bezug auf den panamaischen Offshore-Dienstleister Mossack Fonseca. Nach ausführlicher Erörterung und Diskussion beschlossen wir die Ziele für den Vorstand für das Jahr 2016. Die geschäftliche Entwicklung im zweiten Quartal 2016 sowie die erzielten Fortschritte und weiteren Herausforderungen bei der Umsetzung der Strategie 2020 wurden erörtert. Des Weiteren beschäftigten wir uns mit den Ergebnissen der thematischen Überprüfung der Risikosteuerung und -bereitschaft, die die EZB bei allen von ihr beaufsichtigten Instituten im Vorjahr durchgeführt hatte, und besprachen interne Fortbildungsthemen.

8. Juni 2016

In einer außerordentlichen Sitzung am 8. Juni befassten wir uns mit den schriftlichen Ergebnissen der EZB zur Überprüfung der Risikosteuerung und -bereitschaft, mit Maßnahmen zur Abarbeitung der von der EZB angesprochenen Themen sowie dem vom Präsidialausschuss erarbeiteten Entwurf eines Antwortschreibens an die EZB. Außerdem behandelten wir die Nachfolge von Herrn Thoma im Aufsichtsrat.

28. Juli 2016

Am 28. Juli bestellten wir Frau Hammonds, Herrn Steinmüller und Herrn Moreau mit Wirkung zum 1. August beziehungsweise zum 1. Oktober 2016 zu Mitgliedern des Vorstands. Der Vorstand berichtete über die geschäftliche Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr 2016, einschließlich der Auswirkungen auf die Strategie 2020, sowie die aktuellen Herausforderungen aus Sicht des Vorstands, die wir anschließend ausführlich erörterten. Ferner wurde die Umsetzung der Strategie 2020 erörtert und ein Überblick über die informationstechnologische Infrastruktur der Bank in Deutschland gegeben. Wir befassten uns mit den vom Vorstand getroffenen Maßnahmen zur Stärkung der Compliance-Funktion und der Anti-Financial-Crime-Funktion sowie dem Comprehensive Capital Analysis & Review (CCAR) der Deutschen Bank in den USA. Vom Vorstand erhielten wir einen Bericht zu den Ergebnissen der Mitarbeiterbefragung sowie zum aktuellen Kontrollumfeld der Bank. Anschließend wurde uns vom Vorstand berichtet, dass der Stresstest 2016 der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) in Koordination mit der EZB und lokalen Regulatoren im Februar 2016 gestartet sei und die Bank ihre Daten am 30. Juni 2016 an die Aufsicht übermittelt habe. Ebenfalls haben wir die Ergebnisse der thematischen Überprüfung der EZB, die diese bei allen größeren Banken im Jahr 2015 durchgeführt hatte, besprochen.

September 2016

In der Septembersitzung, die traditionell zweitägig stattfindet und das Thema Strategie zum Schwerpunkt hat, haben wir uns eingehend mit der Umsetzung der Strategie 2020, den Auswirkungen der regulatorischen Neuerungen auf die Strategie und dem Transformationsprogramm HORIZON für Deutschland, das heißt der umfassenden und fundamentalen Transformation des Geschäftsmodells innerhalb von Private & Commercial Clients (PCC), befasst. Außerdem befassten wir uns mit den Geschäftsaktivitäten und der Strategie der Bank in Italien. Daher fand diese Sitzung in Mailand statt. Ausführlich diskutierten wir mit dem Vorstand die strategische Ausrichtung der Bank sowie ihrer Geschäftsbereiche und ließen uns vom Vorstandsvorsitzenden die Nachfolgeplanung für wichtige Schlüsselpositionen der Bank vorstellen. Im Einklang mit den regulatorischen Vorgaben und der strategischen Ausrichtung der Bank erörterten wir potenzielle Nachfolgekandidatinnen und -kandidaten für die einzelnen Positionen im Vorstand. Anschließend wurden wir vom Vorstand über die Evaluierung der Deutsche Bank Gruppe in Großbritannien informiert. Außerdem wurde die Abarbeitung der im Schreiben der EZB zur thematischen Überprüfung der Risikosteuerung und -bereitschaft angesprochenen Themen erörtert.

27. September und 26. Oktober 2016

In zwei zusätzlichen Sitzungen am 27. September und 26. Oktober informierte uns der Vorstand zeitnah und umfassend über die Auswirkungen der in die Öffentlichkeit gelangten ersten Forderung des US-Justizministeriums (DoJ) zu einem möglichen Vergleich zu hypothekengedeckten Wertpapieren (RMBS) auf die Finanz- und Liquiditätssituation der Bank. Außerdem erörterten wir mit dem Vorstand den Stand der diesbezüglichen Vergleichsverhandlungen mit dem US-Justizministerium. Zusätzlich berichtete er uns über verschiedene Treffen mit Regulatoren.

27. Oktober 2016

Der Vorstand berichtete uns am 27. Oktober über die geschäftliche Entwicklung im dritten Quartal 2016 sowie die weitere Umsetzung der Strategie 2020. Auf Empfehlung des Präsidialausschusses gaben wir die neue Entsprechenserklärung nach § 161 des Aktiengesetzes ab. Im Anschluss erörterten und beschlossen wir die vom Nominierungsausschuss entwickelten Anforderungsprofile für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, die Mitglieder des Aufsichtsrats, die Vorsitzenden der jeweiligen Ausschüsse sowie die Mitglieder des Vorstands. Außerdem stellte der vom Nominierungsausschuss mandatierte externe Berater seine Einschätzung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat im Sinne von § 25d des Kreditwesengesetzes vor.

13. Dezember 2016

Am 13. Dezember wurden wir vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche Lage der Bank und insbesondere die Ertragslage per Ende November 2016, den Verkauf von Abbey Life, den Stand der Verhandlungen in Sachen RMBS sowie zu Basel 4, die möglichen weiteren Auswirkungen der Präsidentschaftswahlen in den USA, die Situation bei der Postbank sowie die Schließung der NCOU zum Jahresende unterrichtet. Der Vorstand berichtete über das D&O-Versicherungsprogramm für das nächste Geschäftsjahr und die Verbesserung der Informationstechnologie der Bank.

Er berichtete uns außerdem über seine Überlegungen zum Geschäftsmodell der Bank in den USA unter Berücksichtigung der Einschätzung der Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) zur jährlichen Bewertung des US-Geschäfts der Deutschen Bank für 2015.

Wir beschlossen auf Vorschlag des Prüfungsausschusses, dass KPMG im Rahmen der verpflichtenden Rotation des Abschlussprüfers nicht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 hinaus tätig werden soll. Weiterhin beschlossen wir eine Informationsordnung, um die vom Aufsichtsrat festgelegten Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sowie den weiteren Informationsfluss zwischen Vorstand und Aufsichtsrat effizienter zu gestalten.

23. Dezember 2016

In einer zusätzlichen Sitzung am 23. Dezember befassten wir uns mit den vom Vorstand vorgestellten wesentlichen Eckpunkten der Vergleichsvereinbarung mit dem US-Justizministerium zu hypothekengedeckten Wertpapieren (RMBS).

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Präsidialausschuss

Der Präsidialausschuss trat im Geschäftsjahr 2016 zu insgesamt 23 Sitzungen zusammen. Davon fand eine Sitzung gemeinsam mit dem Vergütungskontrollausschuss statt. Der Ausschuss befasste sich vor allem mit der Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsrats und der Erledigung laufender Angelegenheiten. Der Übernahme von Mandaten, Ehrenämtern oder Sonderaufgaben außerhalb des Konzerns durch Vorstandsmitglieder stimmte der Präsidialausschuss zu. Eng begleitete der Ausschuss insbesondere in zahlreichen außerordentlichen Sitzungen die Vergleichsverhandlungen der Bank mit dem US-Justizministerium zu hypothekengedeckten Wertpapieren (RMBS). Aufgrund der Wichtigkeit des Themas und der möglichen Auswirkungen auf die Bank nahmen an diesen Sitzungen auch die Vorsitzenden der anderen Aufsichtsratsausschüsse sowie der Vizevorsitzende des Integritätsausschusses teil.

Risikoausschuss

Der Risikoausschuss behandelte in seinen 14 Sitzungen, von denen vier gemeinsam mit dem Vergütungskontrollausschuss, drei gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss und eine mit dem Integritätsausschuss stattfanden, insbesondere Kredit-, Liquiditäts-, Refinanzierungs-, Länder-, Markt- und operationelle Risiken. Er überwachte insbesondere die Entwicklung und Implementierung der Strategie 2020 hinsichtlich der Auswirkungen auf das Risikoprofil und die Risikobereitschaft der Bank, beriet den Vorstand und erörterte mit ihm, gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss, Themen zum Risikomanagement und zum Zeitrahmen für die Behebung von festgestellten Mängeln. Der Risikoausschuss wurde regelmäßig über die Angemessenheit von Risiko, Kapital und Liquidität für den Konzern, einschlägige aufsichtsrechtliche Anforderungen und entsprechende Änderungen in den risikogewichteten Aktiva unterrichtet. Dazu gehörten auch die Auswertungen der Auswirkungen des Zinsumfelds und makroökonomischer Entwicklungen auf das Geschäft, Veränderungen bei Rückstellungen für Kredite und Rechtsstreitigkeiten sowie Informationen über die Geschäftslage vor dem Hintergrund der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank. Der Ausschuss befasste sich auch mit den gesetzlich vorgeschriebenen Sanierungs- und Abwicklungsplänen („Living Wills“) sowie der Analyse von möglichen Krisenszenarien. Ebenfalls überwachte er auch die Konditionen im Kundengeschäft anhand des Geschäftsmodells und der Risikostruktur der Bank.

Der Ausschuss unterstützte den Vergütungskontrollausschuss bei der Bewertung der Auswirkungen der Vergütungssysteme auf die Risiko-, Kapital- und Liquiditätssituation der Bank und stellte dabei sicher, dass die Vergütungssysteme an der auf die nachhaltige Entwicklung des Instituts gerichteten Geschäftsstrategie und an den daraus abgeleiteten Risikostrategien sowie an der Vergütungsstrategie auf Instituts- und Gruppenebene ausgerichtet sind.

Der Risikoausschuss entschied über die nach Gesetz und Satzung genehmigungspflichtigen Kreditgewährungen und Beteiligungen der Bank, soweit ihm die Entscheidungsbefugnis gemäß Geschäftsordnung zugewiesen worden ist.

Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss trat im vergangenen Geschäftsjahr zu 14 Sitzungen zusammen, davon dreimal gemeinsam mit dem Risikoausschuss und einmal gemeinsam mit dem Integritätsausschuss.

Darüber hinaus fanden zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses im Januar 2017 und im März 2017 statt, letztere gemeinsam mit dem Risikoausschuss, in der ebenfalls das Geschäftsjahr 2016 betreffende Themen besprochen wurden.

Vertreter des Abschlussprüfers sowie der Leiter der Internen Revision nahmen an allen Sitzungen teil. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben.

Im Rahmen dieser Sitzungen befasste sich der Prüfungsausschuss mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und beriet über Empfehlungen und Vorschläge zur Gewährleistung der Integrität des Rechnungslegungsprozesses. Darüber hinaus befasste er sich mit der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems (IKS), des Risikomanagementsystems (RMS) und des internen Revisionssystems sowie der Abschlussprüfung, hier insbesondere der Auswahl und der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen.

In Bezug auf die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses befasste sich der Prüfungsausschuss unter anderem mit dem Jahres- und Konzernabschluss 2016, den Zwischenberichten sowie dem Bericht 20-F für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC). Der Prüfungsausschuss hat sich mit der Angemessenheit und Wirksamkeit des eingerichteten internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess (IKSRL) auseinandergesetzt und insbesondere Fragen zur Bewertung von Finanzinstrumenten und Rechtsrückstellungen diskutiert. Dabei hat er neben nationalen Vorschriften auch die Anforderungen des Sarbanes-Oxley Act berücksichtigt. Darüber hinaus hat sich der Prüfungsausschuss regelmäßig über den „ausschüttbaren Posten“ (Available Distributable Items, ADI) und über die Fähigkeit zur Bedienung der AT1-Kapitalinstrumente der Deutschen Bank vom Vorstand berichten lassen.

Der Prüfungsausschuss setzte sich intensiv mit der Wirksamkeit des IKS auseinander. Im Rahmen der drei gemeinsamen Sitzungen befassten sich der Prüfungs- und der Risikoausschuss auch mit der Wirksamkeit des RMS der Bank, das Teil des IKS ist. Der Prüfungsausschuss befasste sich regelmäßig mit dem Status sowie dem Fortschritt im Vergleich zu zeitlichen Vorgaben bei der risikoorientierten Abarbeitung von Prüfungsfeststellungen des Abschlussprüfers zum Jahres- und Konzernabschluss, der internen Revision sowie aus Prüfungen durch Aufsichtsbehörden und Sonderprüfungen. Besondere einzelne Bereiche der Überwachung des IKS und RMS durch den Prüfungsausschuss sind nachstehend aufgeführt:

- Programme zur weiteren Stärkung des Risikomanagement- und Kontrollsystems, einschließlich:
 - des „Three Lines of Defense“-Modells der Bank, insbesondere dessen weitere Verankerung in der Bank und Weiterentwicklungen
 - Initiativen zur weiteren Stärkung der Compliance-Funktion
- Weiterentwicklungen der Kontrollen in den Bereichen der Geldwäschebekämpfung und der Verhinderung von Finanzkriminalität
- Initiativen zur Modernisierung der IT-Infrastruktur mit dem Schwerpunkt auf Risiken und Kontrollen im IT-Umfeld sowie auf Infrastruktur-Initiativen in Bezug auf die regulatorische Berichterstattung
- Verantwortlichkeiten und Kontrollen im Projektmanagement
- die Eröffnung der Deutsche Bank USA Corporation als Dachgesellschaft (US Intermediate Holding Company, IHC), die einen großen Teil der Geschäftsbereiche der Bank in den USA umfasst.

Fundierte Beschwerden im Rahmen des eingerichteten Hinweisgebersystems sind dem Prüfungsausschuss nicht zugegangen.

Im Rahmen der Überwachung der Wirksamkeit des internen Revisionssystems hat der Prüfungsausschuss unter anderem den Jahresplan der Internen Revision zustimmend zur Kenntnis genommen und wurde über die Arbeit der internen Revision fortlaufend unterrichtet. Der Prüfungsausschuss hat in diesem Zusammenhang auch den Ressourcenplan der Internen Revision sowie den Anstieg der Mitarbeiterkapazitäten im Jahr 2016 zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2016 und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach anwendbaren nationalen und internationalen Vorschriften, einschließlich der Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB) und unterbreitete dem Aufsichtsrat eine Empfehlung zur Erteilung des Prüfungsauftrags sowie zur Höhe der Vergütung des Abschlussprüfers. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Dienstleistungen berichtet. Der Prüfungsausschuss befasste sich zudem mit den prüfungsvorbereitenden Maßnahmen zum Jahres- und Konzernabschluss 2016 und legte eigene Prüfungsschwerpunkte fest. Weitere Themen, mit denen sich der Prüfungsausschuss im Rahmen seiner Tätigkeit auseinandersetzte, standen im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Reform der Abschlussprüfung, insbesondere im Hinblick auf die Überwachung der verschärften Unabhängigkeitsanforderungen an den Abschlussprüfer, wie beispielsweise die Überwachung des Verfahrens zur Auswahl des Abschlussprüfers (externe Rotation), die Anforderungen an die Billigung von zulässigen Nicht-Prüfungsleistungen sowie die Überwachung der Honorarobergrenze für Nicht-Prüfungsleistungen.

Integritätsausschuss

Der Integritätsausschuss führte insgesamt zwölf Sitzungen durch, von denen eine gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss und eine gemeinsam mit dem Risikoausschuss stattfand. In seinen Sitzungen behandelte der Integritätsausschuss unter anderem Governance, Kultur- und Umweltthemen, beispielsweise die Umsetzung der Kultur innerhalb der Organisationsstrukturen der Bank und die damit verbundenen Herausforderungen, die Auswirkungen der überarbeiteten Richtlinien zu Kohlenbergbau und -energie, den Umgang mit dem „Mountain Top Removal“-Verfahren sowie die Governance-Strukturen der Bank. In unserem Auftrag koordinierte und überwachte der Integritätsausschuss die von unabhängigen externen Beratern durchgeführten Untersuchungen. Darüber hinaus begleitete er eng – ebenfalls in unserem Auftrag – ausgewählte besonders risikoträchtige Rechtsstreitigkeiten und regulatorische Verfahren und befasste sich mit den gewonnenen Erkenntnissen. Ergänzend befasste er sich mit den aus den abgeschlossenen Vergleichen resultierenden Folgeverpflichtungen.

Zusammen mit dem Risikoausschuss befasste sich der Integritätsausschuss mit dem operationellen Risikokapital, insbesondere mit den Einschätzungen zu Rechtsrisiken („Legal Risk Guesstimates“), sowie dem Prozess der arbeitsrechtlichen Disziplinarverfahren. In der gemeinsamen Sitzung mit dem Prüfungsausschuss wurden die Verfahren zur Ermittlung von Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und die zugrunde liegenden Einschätzungen („Guesstimates“) sowie der Prozess zur Identifizierung von Neukunden („Know-Your-Client“) aus externer Perspektive erörtert.

Vergütungskontrollausschuss

Der Vergütungskontrollausschuss trat im Geschäftsjahr 2016 zu zwölf Sitzungen zusammen, davon fanden vier gemeinsam mit dem Risikoausschuss und eine gemeinsam mit dem Präsidialausschuss statt. Der Ausschuss hat uns gemäß den Bestimmungen des § 25d des Kreditwesengesetzes und der Institutsvergütungsverordnung zur angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme des Vorstands und der Mitarbeiter, insbesondere der Compliance-Funktion sowie der Mitarbeiter mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil bei der Überwachung unterstützt.

Er unterstützte den Aufsichtsrat in diesem Rahmen bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung interner Kontrollbereiche und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme. Dabei wurde dem Ausschuss vom Vorstand auch die Einführung eines neuen Vergütungsrahmenwerks einschließlich der erwogenen Änderungen zur Methodologie zur Ermittlung variabler Vergütung vorgestellt. Ferner befasste sich der Ausschuss auch mit der Ermittlung und Verteilung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung an die Mitarbeiter der Bank, insbesondere unter dem Aspekt der Risikotragfähigkeit. Er erörterte den Vergütungsbericht 2015 und den Vergütungskontrollbericht des Vergütungsbeauftragten. Dieser war zu dem Ergebnis gekommen, dass das Vergütungssystem angemessen sei und den Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung entspreche.

Der Ausschuss bereitete Vorschläge zur Vergütung des Vorstands vor und befasste sich auch mit der Suspendierung der aufschiebend gewährten Vergütung von aktuellen und ehemaligen Vorstandsmitgliedern.

Nominierungsausschuss

Der Nominierungsausschuss tagte im Jahr 2016 sechsmal. Er behandelte Nachfolge- und Besetzungsfragen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen und gab Empfehlungen an den Vorstand bezüglich der Grundsätze für die Auswahl und Bestellung von Personen der oberen Leitungsebene. Für die von uns nach § 25d Abs. 11 Nr. 3 und Nr. 4 des Kreditwesengesetzes vorzunehmenden Bewertungen von Aufsichtsrats- und Vorstandsorgan der Deutsche Bank AG und ihrer einzelnen Mitglieder holte der Nominierungsausschuss auch die Meinung eines externen Beraters ein. Dieser führte Interviews mit allen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern und erstellte einen Bericht, dessen Ergebnisse dem Nominierungsausschuss und dem Aufsichtsratsplenum jeweils in ihren Sitzungen im Oktober vorgestellt wurden. Aufbauend auf den Diskussionen in diesen Sitzungen, dem Inhalt des Berichts sowie der eigenen Expertise unterbreitete uns der Nominierungsausschuss einen Vorschlag zur Bewertung von Aufsichtsrat und Vorstand sowie ihrer Mitglieder.

Der Ausschuss entwickelte Anforderungsprofile für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, die Mitglieder des Aufsichtsrats, die Vorsitzenden der jeweiligen Ausschüsse sowie die Mitglieder des Vorstands und setzte sich anhand dieser mit geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für zu besetzende Stellen im Aufsichtsrat und im Vorstand auseinander. Der Ausschuss empfahl uns, der Hauptversammlung im Mai 2016 Frau Garrett-Cox und Herrn Meddings zur Wahl vorzuschlagen, sowie Frau Hammonds, Herrn Steinmüller und Herrn Moreau zu Mitgliedern des Vorstands zu bestellen.

Nach der Mandatsniederlegung von Herrn Thoma schlug der Nominierungsausschuss uns und dem Vorstand vor, Herrn Prof. Dr. Simon als neues Mitglied des Aufsichtsrats bis zum Ablauf der Hauptversammlung im Mai 2017 zur gerichtlichen Bestellung vorzuschlagen. Weiterhin empfahl uns der Ausschuss, Herrn Dr. Achleitner und Herrn Prof. Dr. Simon zur Wahl auf der Hauptversammlung im Mai 2017 vorzuschlagen. An der Diskussion und dem nachfolgenden Beschluss zur Nominierung von Herrn Dr. Achleitner nahm dieser selbst nicht teil. Wir folgten jeweils den vorgenannten Vorschlägen des Nominierungsausschusses.

Darüber hinaus hat uns der Nominierungsausschuss bei der weiteren Nachfolgeplanung unterstützt.

Ferner überprüfte der Ausschuss die vom Vorstand im Jahr 2015 absolvierten sowie für das Jahr 2016 geplanten Fortbildungen des Vorstands, um die fachliche Eignung der Vorstandsmitglieder nach § 25c Abs. 4 des Kreditwesengesetzes aufrechtzuerhalten.

Vermittlungsausschuss

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2016 nicht erforderlich.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats sowie die Vorsitzenden des Integritätsausschusses, des Prüfungsausschusses und des Risikoausschusses koordinierten fortlaufend ihre Tätigkeit und stimmten sich regelmäßig und – soweit erforderlich – anlassbezogen ab, um den notwendigen Austausch von Informationen zur Erfassung und Beurteilung aller relevanten Risiken im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben sicherstellen zu können.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats konnte – im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen – an den Sitzungen der Ausschüsse als Gast teilnehmen. Die Mitglieder der Ausschüsse haben sich regelmäßig zu Beginn oder am Ende der jeweiligen Sitzungen in sogenannten „Executive Sessions“ ohne Teilnahme des Vorstands oder von Gästen ausgetauscht.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse, in denen sie jeweils Mitglied waren, teil:

Sitzungsteilnahme

	Sitzungen (inkl. Ausschüsse)	Sitzungen (Plenum)	Teilnahme (Plenum)	Sitzungen (Ausschüsse)	Teilnahme (Ausschüsse)	Teilnahme in % (alle Sitzungen)
Achleitner	82	11	11	71	68	96
Böhr	17	11	11	6	6	100
Bsirské	51	11	10	40	39	96
Dublon	25	11	11	14	14	100
Duscheck	6	6	6	0	0	100
Garrett-Cox	15	11	11	4	4	100
Heider	23	11	11	12	12	100
Herling	51	11	11	40	38	96
Irrgang	23	11	11	12	12	100
Kagermann	51	11	10	40	37	92
Klee	23	11	10	12	11	91
Löscher	23	11	9	12	9	78
Mark	25	11	11	14	14	100
Meddings	36	11	10	25	25	97
Parent	32	11	10	21	21	97
Platscher	25	11	11	14	14	100
Rose	25	11	9	14	12	84
Simon	6	6	6	0	0	100
Stockem	13	5	3	8	5	62
Teyssen	17	11	9	6	6	88
Thoma	8	3	2	5	5	88
Trützschler	25	11	10	14	14	96

Corporate Governance

Nachdem die Hauptversammlung im Mai 2016 das System zur Vergütung der Vorstandsmitglieder nicht gebilligt hatte, führte Herr Dr. Achleitner in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender Gespräche mit Vergütungsexperten und Vertretern von Investoren zu diesem Thema. Die Ergebnisse aus diesen Gesprächen wurden für die Entscheidungsfindung und den überarbeiteten Vorschlag zum System zur Vergütung der Vorstandsmitglieder auf der Hauptversammlung 2017 berücksichtigt.

Auf Empfehlung der jeweiligen Fachausschüsse beschlossen wir, die Herren Meddings, Dr. Achleitner und Prof. Dr. Trützschler sowie Frau Garrett-Cox im Geschäftsbericht als Finanzexperten auszuweisen. Die Herren Dr. Achleitner und Prof. Dr. Kagermann werden als Vergütungsexperten ausgewiesen. Zudem stellten wir fest, dass sämtliche Mitglieder des Prüfungsausschusses unabhängig im Sinne der US-amerikanischen Vorschriften sind und dass nach unserer Einschätzung dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

In mehreren Sitzungen des Nominierungsausschusses und des Aufsichtsratsplenums befassten wir uns mit der gesetzlich vorgeschriebenen Bewertung von Vorstand und Aufsichtsrat. Die Ergebnisse wurden am 1. Februar 2017 final besprochen und schriftlich in einem Abschlussbericht festgehalten. Wir sind der Auffassung, dass Aufsichtsrat und Vorstand einen hohen Standard erreicht haben, haben aber weitere Herausforderungen für uns und den Vorstand identifiziert. Hierzu gehören beispielsweise eine stärkere Ausrichtung auf Zukunftsthemen und die zeitnahe Bewältigung der zahlreichen kritischen Sonderthemen der Vergangenheit.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 des Aktiengesetzes, die wir mit dem Vorstand zuletzt am 28. Oktober 2015 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 27. Oktober 2016 erneuert. Der Wortlaut der Entsprechenserklärung 2016 vom 27. Oktober 2016 sowie eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank sind im Geschäftsbericht 2016 ab Seite 502 und auf der Homepage der Bank im Internet unter <https://www.db.com/ir/de/dokumente.htm> veröffentlicht. Dort finden sich auch unsere Geschäftsordnungen sowie die des Vorstands in der jeweils aktuellen Fassung.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Außerdem wurden zahlreiche Fortbildungen des Aufsichtsratsplenums und der Ausschüsse zur Aufrechterhaltung der erforderlichen Sachkunde durchgeführt. Themen waren zum Beispiel Sicherheit in der Informationstechnologie, Digitalisierung, Vergütungsregelungen, das aktuelle Kontrollumfeld und die Effektivität von internen Kontrollsystemen.

Für die im Jahr 2016 und 2017 neu in den Aufsichtsrat eingetretenen Mitglieder fanden umfangreiche, vom Aufsichtsratsbüro unterstützte Einführungskurse statt, um die Einführung in das Amt zu erleichtern.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Frau Parent und Frau Dublon haben im Juni als US-amerikanische Staatsbürger dem Aufsichtsrat einen möglichen Interessenskonflikt in Bezug auf Sanktionen gegenüber dem Iran offengelegt. Daher erhalten sie keine Unterlagen zu Themen, die den Iran betreffen, und nehmen auch nicht an diesbezüglichen Beschlussfassungen teil.

Herr Dr. Achleitner nahm in seiner Funktion als Mitglied des Nominierungsausschusses und als Vorsitzender des Aufsichtsrats nicht an den Erörterungen und der Beschlussfassung über den Wahlvorschlag an die Hauptversammlung zu seiner Wiederwahl teil. Ebenfalls nahm Herr Dr. Achleitner vorsorglich an den Sitzungen des Integritätsausschusses nicht teil, in denen über die laufende Untersuchung wegen möglichen Verstoßes gegen Kooperationspflichten gegenüber ausländischen Aufsichtsbehörden und die Zwischenergebnisse berichtet wurde.

Aus demselben Grund hat er auch an Erörterungen und Beschlussfassungen des Präsidialausschusses und des Aufsichtsrats nicht teilgenommen, soweit sie mit der laufenden Untersuchung dieses Themas in Zusammenhang standen.

Rechtsstreitigkeiten und regulatorische Untersuchungen

Auch im Jahr 2016 befassten wir uns regelmäßig mit den besonders risikoträchtigen Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Untersuchungen, begleiteten die vom Aufsichtsrat in den Jahren 2014 und 2015 ausgewählten Fälle von besonderer Bedeutung intensiv und überwachten die vom Vorstand durchgeführten Vergleichsverhandlungen. Hierzu berichtete uns der Vorstand regelmäßig in den Sitzungen des Integritätsausschusses und des Aufsichtsrats und anlassbezogen.

Der Aufsichtsrat hat die im April 2015 beschlossene unabhängige forensische Untersuchung hinsichtlich der eventuellen Vorstandsverantwortlichkeit im Zusammenhang mit dem CO₂-Emissionszertifikatehandel mittlerweile abgeschlossen. In der ersten Hälfte des Jahres 2016 beschlossen wir, eine weitere unabhängige forensische Untersuchung hinsichtlich der möglichen Verletzung von Kooperationspflichten gegenüber ausländischen Aufsichtsbehörden, die zu erhöhten Bußgeldzahlungen geführt hatten, durchzuführen. Im Rahmen dieser mittlerweile abgeschlossenen Untersuchung musste die Rolle eines aktiven Vorstandsmitglieds sowie einiger ehemaliger Mitglieder des Vorstands, die zu dieser Entscheidung geführt hatten, geklärt werden. Bei den beiden Untersuchungen wurden wir von externen und unabhängigen Beratern unterstützt.

Wir befassten uns ferner mit dem Antrag einer Aktionärin auf gerichtliche Bestellung von Sonderprüfern zu den von der letzten Hauptversammlung abgelehnten Sonderprüfungsanträgen. Gegenstand der Beratungen und der Berichterstattung waren weiterhin die Folgethemen aus den verschiedenen Kirch-Verfahren, insbesondere das Strafverfahren vor dem Landgericht München und die von der Staatsanwaltschaft München eingelegte Revision gegen Teile des in diesem Verfahren ergangenen Urteils.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2016 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Anhangangaben) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2016 sind von der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Diese war durch die ordentliche Hauptversammlung am 19. Mai 2016 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer gewählt worden. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt.

Die Bestätigungsvermerke für das Geschäftsjahr 2016 für den Konzern- und Jahresabschluss wurden jeweils mit Datum 15. März 2017 gemeinsam durch die Herren Wirtschaftsprüfer Pukropski und Beier unterzeichnet. Herr Pukropski unterzeichnete den Bestätigungsvermerk erstmals für den Konzern- beziehungsweise den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2013. Herr Beier unterzeichnete den Bestätigungsvermerk erstmals für den Konzern- beziehungsweise den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012.

Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss in der Sitzung am 15. März 2017 erörtert und KPMG hat abschließend über den Stand der Prüfungshandlungen berichtet. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Auf Empfehlung des Prüfungsausschusses haben wir dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Jahres- und Konzernabschlussunterlagen sowie eingehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss haben wir heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde Herr Price zum Mitglied des Vorstands bestellt. Außerdem wurden Frau Hammonds und Herr Steinmüller mit Wirkung zum 1. August 2016 sowie Herr Moreau mit Wirkung zum 1. Oktober 2016 zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Weiterhin wurde die Bestellung von Herrn Sewing als Mitglied des Vorstands am 1. Februar 2017 um weitere fünf Jahre bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.

Aus dem Vorstand ausgeschieden sind Herr Fitschen mit Ablauf der Hauptversammlung am 19. Mai 2016 und Herr Price zum 15. Juni 2016. Seit dem Ausscheiden von Herrn Fitschen ist Herr Cryan alleiniger Vorsitzender. Am 5. März 2017 beschlossen wir außerdem, mit sofortiger Wirkung die Herren Dr. Schenck und Sewing zu stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands zu ernennen.

Zum Ablauf des 28. Mai 2016 hat Herr Thoma sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats niedergelegt. Für ihn wurde Herr Prof. Dr. Simon am 23. August 2016 gerichtlich zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt. Frau Parent wurde von uns als Vorsitzende sowie Herr Dr. Teyssen als Vizevorsitzender des Integritätsausschusses gewählt.

Zum 2. August 2016 wurde Herr Duscheck gerichtlich zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt und folgte damit Herrn Stockem, der sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats aus gesundheitlichen Gründen zum 31. Juli 2016 niedergelegt hatte.

Herr Herling hat sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats zum Ablauf des 31. Dezember 2016 niedergelegt. Für den Rest seiner Amtszeit ersetzt ihn das für ihn gewählte Ersatzmitglied Herr Rudschäfski, der zugleich auch zu seinem Nachfolger als stellvertretender Vorsitzender gewählt wurde.

Wir danken den ausgeschiedenen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern für ihr großes Engagement und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens während der vergangenen Jahre.

Frankfurt am Main, den 16. März 2017

Für den Aufsichtsrat



Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Paul Achleitner

– Vorsitzender
München

Alfred Herling*

bis 31. Dezember 2016
– Stellvertretender Vorsitzender
Wuppertal

Stefan Rudschäfski*

seit 1. Januar 2017
– Stellvertretender Vorsitzender
Kaltenkirchen

Wolfgang Böhr*

Düsseldorf

Frank Bsirske*

Berlin

Dina Dublon

New York

Jan Duscheck*

seit 2. August 2016
Berlin

Katherine Garrett-Cox

Brechin, Angus

Timo Heider*

Emmerthal

Sabine Irrgang*

Mannheim

Prof. Dr. Henning Kagermann

Königs Wusterhausen

Martina Klee*

Frankfurt am Main

Peter Löscher

München

Henriette Mark*

München

Richard Meddings

Sandhurst

Louise M. Parent

New York

Gabriele Platscher*

Braunschweig

Bernd Rose*

Menden

Prof. Dr. Stefan Simon

seit 23. August 2016
Köln

Rudolf Stockem*

bis 31. Juli 2016
Aachen

Dr. Johannes Teyssen

Düsseldorf

Georg F. Thoma

bis 28. Mai 2016
Neuss

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler

Essen

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*

Alfred Herling*
bis 31. Dezember 2016

Prof. Dr. Henning Kagermann

Stefan Rudschäfski*
seit 1. Januar 2017

Vermittlungsausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*

Alfred Herling*
bis 31. Dezember 2016

Prof. Dr. Henning Kagermann

Stefan Rudschäfski*
seit 1. Januar 2017

Prüfungsausschuss

Richard Meddings
– Vorsitzender

Dr. Paul Achleitner

Katherine Garrett-Cox
seit 17. September 2016

Henriette Mark*

Gabriele Platscher*

Bernd Rose*

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler

Risikoausschuss

Dina Dublon
– Vorsitzende

Dr. Paul Achleitner

Wolfgang Böhr*
seit 1. August 2016

Richard Meddings

Louise M. Parent

Rudolf Stockem*
bis 31. Juli 2016

Nominierungsausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*

Alfred Herling*
bis 31. Dezember 2016

Prof. Dr. Henning Kagermann

Stefan Rudschäfski*
seit 1. Januar 2017

Dr. Johannes Teysen

Integritätsausschuss

Louise M. Parent
– Vorsitzende
seit 29. April 2016

Dr. Johannes Teysen
– Vizevorsitzender
seit 29. April 2016

Georg. F. Thoma
– Vorsitzender
bis 28. April 2016

Dr. Paul Achleitner

Sabine Irrgang*

Timo Heider*

Martina Klee*

Peter Löscher

Vergütungskontroll- ausschuss

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*

Alfred Herling*
bis 31. Dezember 2016

Prof. Dr. Henning Kagermann

Stefan Rudschäfski*
seit 1. Januar 2017

Unsere Strategie

- Entscheidender Schritt, um stärker zu werden und zu wachsen
- Mehr Kapital, geringere Kosten
- Künftig drei starke Geschäftsbereiche – inklusive Postbank
- Optimiertes Konzept für globale Präsenz, Deutschland als Anker

Wir sind eine führende europäische Bank mit globaler Reichweite und einem starken Heimatmarkt in Deutschland, Europas größter Volkswirtschaft. Die Bank dient den realwirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Firmen-, institutionellen, Vermögensverwaltungs- und Privatkunden durch Dienstleistungen in den Bereichen Zahlungsverkehr, Unternehmensfinanzierung, Kapitalmarktgeschäft, Asset Management, private Vermögensverwaltung und im Privatkundengeschäft. Unser Geschäftsmodell blieb in allen Kerngeschäftsfeldern trotz eines schwierigen Umfelds im Jahr 2016 stark.

Was erreicht wurde

Im Oktober 2015 gab die Bank eine mehrjährige Strategie bekannt, die auf den Stärken ihres Geschäftsmodells und engen Kundenbeziehungen aufbaute. Die vier strategischen Ziele waren, schlanker und effizienter zu werden, Risiken zu verringern, eine bessere Kapitalausstattung zu erreichen und die Bank disziplinierter zu führen.

In einem unerwartet schwierigen Umfeld hat die Bank im Berichtsjahr große Fortschritte gemacht. Zu wichtigen Meilensteinen im Jahr 2016 zählen:

- Die bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen (zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Restrukturierungskosten und Abfindungszahlungen, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Wertberichtigungen auf Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte und Aufwendungen aus dem Versicherungsgeschäft) sanken 2016 gegenüber dem Vorjahr um 7% auf 24,7 Mrd € (um 5% unter Berücksichtigung von Wechselkursveränderungen; dazu wurden die bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen 2015 mit den monatlichen durchschnittlichen Wechselkursen des Jahres 2016 neu berechnet.).
- Die Non-Core Operations Unit (NCOU) baute ihre Portfolios wie geplant beschleunigt ab. Die NCOU wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2017 aufgelöst.
- Die Bank konnte mehr als zwei Dutzend maßgebliche Rechtsstreitigkeiten beenden. Darunter waren einige der größten Verfahren. So einigte sich die Bank mit dem US-Justizministerium (U.S. Department of Justice, DoJ) zu US-Hypotheken (U.S. Residential Mortgage Backed Securities, RMBS).
- Strategische Verkäufe konnten abgeschlossen werden. Dazu zählen der Verkauf unserer Minderheitsbeteiligung an der Hua Xia Bank, die Veräußerung von Abbey Life Assurance und der Private Client Services (PCS) in den USA.
- Wir haben uns aus den bekannt gegebenen Ländern bereits zurückgezogen oder werden diesen Prozess 2017 abschließen.
- Die Umgestaltung des deutschen Privatkundengeschäfts inklusive der Filialschließungen macht gute Fortschritte.
- Die CET1-Kapitalquote konnten wir auf 11,8% zum Jahresende 2016 bei Vollumsetzung der Basel-3-Regeln und auf 13,4%, basierend auf Übergangsregeln, verbessern. Dies sind 70 beziehungsweise 20 Basispunkte mehr als zum Jahresende 2015. Die CET1-Kapitalquoten haben sich insbesondere verbessert, weil die Bank die risikogewichteten Aktiva (Risk Weighted Assets, RWA) im Berichtsjahr reduziert hat.

- Die Bank tätigte erhebliche Investitionen in ihre Kontrollfunktionen und erzielte Fortschritte bei der Implementierung eines umfassenden Know-Your-Client-Prozesses sowie eines Prozesses zur Beendigung von Kundenbeziehungen mit erhöhtem Risiko.
- Die Umbesetzung beziehungsweise Neuordnung von ungefähr 70% unseres Top-Managements ermöglichte es, unsere Strategie besser umzusetzen.

Global Markets (GM) hat den Umbau des Geschäfts im Bereich Securitized Trading schneller als geplant abgeschlossen, wie geplant die Verschuldungsposition (Leverage Exposure) bei Agency-RMBS erheblich reduziert und seine Know-Your-Client-Prozesse und seine Kontrollen gestärkt. Der Bereich hat die Geschäftsbeziehungen zu rund 3.800 Kunden mit hohem Risiko oder geringem Ertragspotenzial beendet. Global Markets konnte sich 2016 aus den meisten dafür vorgesehenen Ländern schneller als geplant zurückziehen und ist auf gutem Weg, die übrigen Schließungen termingerecht zu beenden. Geschlossen wurden die Standorte des Bereichs in Südkorea, Russland und Brasilien.

Corporate & Investment Banking (CIB) hat sich verstärkt auf Kunden mit hoher Priorität ausgerichtet und seine Produktivität verbessert, um die Erträge des Bereichs zu steigern. Trotz des schwierigen makroökonomischen Umfelds in der Eurozone konnten wir unsere Position unter den Top drei der Investmentbanken in der Region Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA) halten und waren an einigen der größten Transaktionen beteiligt. Wir haben 2016 im Transaction Banking ein solides Ergebnis in einem Markt erzielt, der durch anhaltend niedrige Zinssätze und ein volatiles geopolitisches Umfeld und entsprechende Auswirkungen auf den globalen Handel gekennzeichnet war. Kürzlich wurde für die Führung des Geschäfts von Global Transaction Banking ein neuer globaler Leiter ernannt.

Deutsche Asset Management (Deutsche AM) hat trotz der herausfordernden und volatilen Marktbedingungen im Berichtsjahr sehr gute Ergebnisse erzielt. Wir haben den Verkauf von Abbey Life an Phoenix Life Holdings abgeschlossen. Dies erhöhte die CET1-Kapitalquote der Bank um etwa zehn Basispunkte. Die Bank hat des Weiteren einen neuen Vorstand, Nicolas Moreau, für Deutsche AM benannt, um das Wachstum des Unternehmensbereichs voranzutreiben.

Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) schließt Filialen und reduziert die Zahl der Beschäftigten im deutschen Privatkundengeschäft. Die Filialschließungen von Private Commercial Clients International schreiten schneller als geplant voran. PW&CC hat signifikante Fortschritte bei seinen Digitalisierungsinitiativen gemacht; dazu zählt die Eröffnung der Digitalfabrik in Frankfurt am Main im September 2016.

Wie geplant hat der ehemalige Unternehmensbereich NCOU 2016 seine Risikoabbaustrategie beendet. Das Ziel, die RWA auf weniger als 10 Mrd € zu reduzieren, wurde erreicht. Zum Jahresende 2016 betragen die RWA 9,2 Mrd € und die Verschuldungsposition lag bei 7,9 Mrd €, im Vergleich zu 32,9 Mrd € beziehungsweise 36,6 Mrd € zum Jahresende 2015. Die verbliebenen Vermögenswerte der NCOU wurden Anfang 2017 in die Geschäftsbereiche zurücktransferiert, in denen sie ursprünglich angesiedelt waren.

Zusätzlich zu dem schwierigen operativen Umfeld, welches größtenteils durch makroökonomische und geopolitische Unsicherheiten bedingt war, sahen wir uns auch erheblichen Herausforderungen ausgesetzt, die durch die Bank selbst bedingt waren. Schwierigkeiten erwuchsen aus Spekulationen über unsere finanzielle Stärke. Sie führten zu Sorgen bei Kunden und Geschäftspartnern und beeinflussten unsere Umsätze negativ. Dies betraf besonders das späte dritte und frühe vierte Quartal, als es um die angebliche Höhe der Vergleichsvereinbarung mit dem US-Justizministerium wegen der Emission und Platzierung von hypothekengedeckten Wertpapieren (RMBS) und damit zusammenhängenden Verbriefungstransaktionen sowie die möglichen Auswirkungen auf die Bank ging.

Finanzziele

»Um unsere Ziele zu erreichen, stellen wir die Deutsche Bank nun auf drei starke Säulen [...] Gleichzeitig geht es darum, unsere Kosten noch besser zu kontrollieren. Im vergangenen Jahr haben wir hier viel erreicht. Doch angesichts des schwierigen Umfelds sind weitere Einschnitte unumgänglich. Bis 2021 wollen wir unsere bereinigten Ausgaben von zuletzt 24,1 Milliarden Euro auf 21 Milliarden Euro pro Jahr senken. Nachdem wir bereits erfolgreich begonnen haben, unsere Ausgaben zu verringern, bin ich umso zuversichtlicher, dass wir diese Ziele erreichen werden.«

Brief von John Cryan an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Kapitalerhöhung und Strategie der Deutschen Bank, 5. März 2017

Finanzziele

Schlanker und effizienter	Harte Kernkapitalquote ⁽¹⁾	Deutlich über 13%	
	Verschuldungsquote	4,5%	
Weniger Risiken	Rendite nach Steuern auf materielles Eigenkapital	~10% in einem normalisierten Geschäftsumfeld	
	Dividende je Aktie	Wettbewerbsfähige Ausschüttungsquote ab dem Geschäftsjahr 2018 angestrebt	
Besser kapitalisiert			
Disziplinierte Umsetzung	Bereinigte Kosten ⁽²⁾	~22 Mrd € bis 2018	~21 Mrd € bis 2021

⁽¹⁾ Vollumsetzung von Basel 3

⁽²⁾ Zinsunabhängige Aufwendungen ohne Aufwendungen für Restrukturierung und Abfindungen, Rechtsstreitigkeiten, Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte

Was zu tun ist

Die makroökonomischen, geopolitischen und regulatorischen Perspektiven haben sich seit der Veröffentlichung unserer Strategie im Jahr 2015 wesentlich verändert. Aufgrund des Wandels des operativen Umfelds und der erheblichen, spezifischen Herausforderungen für uns als Deutsche Bank haben wir zum Ende des Jahres 2016 und zu Beginn des Jahres 2017 einen erneuten Planungsprozess eingeleitet und unsere Strategie überprüft.

Diese Überprüfung ist mit folgendem Ergebnis abgeschlossen worden: Die Grundlage für unsere Stärke und unsere langfristigen Wachstumsaussichten ist unser Kerngeschäftsmodell einer globalen Bank, die ein breites Spektrum von institutionellen Kunden, Unternehmens- und Privatkunden bedient, einen starken Heimatmarkt in Deutschland hat und auf engen Geschäftsbeziehungen mit Firmen-, institutionellen, Asset-Management- und Privatkunden beruht.

Um die Bank weiter zu stärken, sie besser zu positionieren und Wachstumschancen wahrzunehmen, hat unser Management beschlossen, zahlreiche Schritte zu unternehmen. Diese sind:

- eine erheblich stärkere Kapitalausstattung durch eine Kapitalerhöhung, die voraussichtlich zu Nettozuflüssen von etwa 8 Mrd € führen wird. Dies würde unsere CET1-Kapitalquote auf etwa 14% und unsere Verschuldungsquote auf etwa 4% (jeweils bei Vollumsetzung, pro forma zum 31. Dezember 2016) heben;
- Veräußerung von Geschäften mit RWA von ungefähr 10 Mrd € und einer Verschuldungsposition von ungefähr 30 Mrd €, die wir mehrheitlich in den nächsten 18 Monaten tätigen wollen, sowie der Teil-Börsengang der Deutsche AM dürften bis zu 2 Mrd € an zusätzlichem Kapital generieren;
- die Reorganisation unserer Geschäftsbereiche in drei Einheiten, um das Geschäft zu stärken, die Kunden besser bedienen zu können, Marktanteile und Effizienz zu gewinnen und so das Wachstum voranzutreiben. Diese sind:
 - die neue Corporate & Investment Bank (CIB), die unser Geschäft in den Bereichen Markets, Advisory, Unternehmensfinanzierung und Transaction Banking zusammenfasst,
 - die Private & Commercial Bank (PCB), die die Postbank und unsere bestehenden Geschäftsbereiche Privat- und Geschäftskunden und Wealth Management vereint,
 - ein operativ getrennter Geschäftsbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM);
- der Zusammenschluss der Postbank mit dem deutschen Privat- und Firmenkundengeschäft der Bank, um eine marktführende Privat- und Firmenkundenbank in Deutschland zu schaffen, Größenvorteile zu realisieren und höhere Erträge zu erzielen sowie eine größere Flexibilität bei der Finanzierung der Deutschen Bank zu erreichen.
- ein Kostensenkungsprogramm mit dem Ziel, die bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen auf ungefähr 22 Mrd € bis zum Jahr 2018 und auf ungefähr 21 Mrd € bis zum Jahr 2021 (einschließlich der bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen der Postbank, die 2016 ungefähr 2,7 Mrd € betragen) zu reduzieren;
- gesonderte Verwaltung bestimmter Altbestände an Bilanzpositionen im Kapitalmarktgeschäft mit etwa 20 Mrd € RWA und etwa 60 Mrd € Verschuldungsposition. Sie sollen bis 2020 auf ein Volumen reduziert werden, das circa 12 Mrd € RWA und einer Verschuldungsposition von circa 30 Mrd € entspricht;
- Aufwendungen für Restrukturierung und Abfindungen sollen sich auf ungefähr 2 Mrd € belaufen. Der größte Teil davon wird voraussichtlich in den Jahren 2017 bis 2019 verbucht werden.

- Es wird eine wettbewerbsfähige Ausschüttungsquote ab dem Geschäftsjahr 2018 angestrebt. Der Vorstand wird der Hauptversammlung im Mai 2017 vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 0,19 € pro Aktie aus dem zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn auszuschütten. Die aus dem nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften bestimmten Bilanzgewinn der Deutsche Bank AG für 2016 zu bezahlende Dividende für ihren Einzelabschluss beinhaltet eine Komponente, welche den aus dem Jahr 2015 vorgetragenen Bilanzgewinn in Höhe von rund 165 Mio € reflektiert, und sieht eine Dividende in Höhe von 0,11 € pro Aktie aus dem verbleibenden Bilanzgewinn für 2016 vor. Wir erwarten, im Mai 2017 insgesamt eine Dividendenzahlung in Höhe von rund 400 Mio € zu leisten.
- Die Bank strebt an, in einem normalisierten Geschäftsumfeld eine Eigenkapitalrendite von circa 10% nach Steuern zu erreichen, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital.

Das grundlegende Ziel dieser zusätzlichen strategischen Maßnahmen ist eine stärkere und sicherere Bank, die gut positioniert ist, um Wachstumschancen realisieren zu können, die unsere starken globalen Kundenbeziehungen bieten. Dies wollen wir erreichen, indem wir:

- über genügend Kapital verfügen, für jede eventuelle Anforderung;
- ein führendes CIB-Geschäft mit der Größe und Stärke betreiben, um uns erfolgreich im Wettbewerb zu positionieren und global zu wachsen;
- als Privat- und Geschäftskundenbank in unserem Heimatmarkt Deutschland die führende Position einnehmen;
- unseren erstklassigen Geschäftsbereich Deutsche AM operativ trennen, um beschleunigtes Wachstum zu ermöglichen;
- unsere Infrastrukturfunktionen und Kosten reduzieren, unter anderem durch eine stärkere Verzahnung und eine Verlagerung von großen Teilen der Infrastrukturfunktionen in die Geschäftsbereiche und
- unseren Ertrags- und Geschäftsmix hin zu stabilen Geschäften verlagern.

Neue finanzielle Ziele

Wir haben neue finanzielle Ziele verabschiedet. Sie ersetzen unsere bisherigen finanziellen Ziele, die wir im Oktober 2015 veröffentlicht hatten. Die neuen Ziele im Überblick:

- Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen von 22 Mrd € im Jahr 2018 und 21 Mrd € bis zum Jahr 2021, einschließlich der bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen der Postbank;
- Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von circa 10% in einem normalisierten Geschäftsumfeld;
- CET1-Kapitalquote (Vollumsetzung) deutlich über 13%;
- Verschuldungsquote von 4,5%;
- Es wird eine wettbewerbsfähige Ausschüttungsquote ab dem Geschäftsjahr 2018 angestrebt.

In unserem Plan für 2017 haben wir einen USD/EUR-Wechselkurs von 1,01 und einen GBP/EUR-Wechselkurs von 0,88 bei der Festlegung der Finanzkennzahlen unterstellt.

Geografisch wird Deutschland unser Anker bleiben – unser Heimatmarkt, auf dem wir nicht nur unsere führende Position behalten, sondern die wir für alle drei Geschäftsbereiche ausbauen wollen. PCB wird hauptsächlich auf Deutschland, Wealth Management jedoch auf die ganze Welt ausgerichtet sein. Um der globalen Tätigkeit unserer Unternehmenskunden zu entsprechen, wollen wir weiterhin unser CIB-Geschäft in Deutschland und in der Region EMEA (ohne Deutschland), den USA und Kanada sowie Asien-Pazifik (APAC) betreiben. Während wir für unsere institutionellen Kunden einen globalen Fokus haben werden, konzentrieren wir uns im Übrigen hauptsächlich auf Deutschland und die Region EMEA (ohne Deutschland), wo unsere Wettbewerbsfähigkeit am höchsten ist. Wir planen, eine starke, aber mehr gebündelte regionale Präsenz in den USA zu bewahren. Deutsche AM beabsichtigt, seine Position in Deutschland und der Region EMEA (ohne Deutschland) zu pflegen – mit selektiven Schwerpunkten in den USA und im asiatisch-pazifischen Raum.

Grundsätzlich beabsichtigen wir, unsere globale Präsenz beizubehalten, planen aber, unser Geschäft dort zu konzentrieren, wo unsere Kundenbeziehungen am stärksten sind, das Wachstumspotenzial am größten und die potenzielle risikoadjustierte Rendite am höchsten ist. Das Management ist der Auffassung, dass die Reorganisation der Geschäftsbereiche absolut notwendig ist, um diese Ziele zu erreichen.

Unternehmensprofil

»Der Vorstand hat beschlossen, die Strategie vom Herbst 2015 an mehreren Stellen grundlegend anzupassen und ein entscheidendes Stück weiterzuentwickeln. [...] Im Zentrum stehen drei große Themen:

- Wir stärken unsere Position auf dem Heimatmarkt, indem wir die Postbank und unser Privat- und Firmenkundengeschäft zusammenführen und so den klaren Marktführer in Deutschland schaffen.
- Wir setzen Wachstumskräfte in unserer Vermögensverwaltung Deutsche Asset Management frei, indem wir einen Minderheitsanteil an die Börse bringen.
- Und indem wir eine integrierte Unternehmens- und Investmentbank schaffen, stärken wir das Geschäft mit international agierenden Unternehmen. Das ist es, was die Deutsche Bank seit ihrer Gründung ausmacht.«

Brief von John Cryan an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Kapitalerhöhung und Strategie der Deutschen Bank, 5. März 2017



⁽¹⁾ Wie in unserer Strategie vorgesehen, wurden die Aktivitäten der Non-Core Operations Unit (NCOU) mit Wirkung zum 1. Januar 2017 eingestellt.

⁽²⁾ Künftige Bezeichnung: Fixed Income & Currencies (FIC)

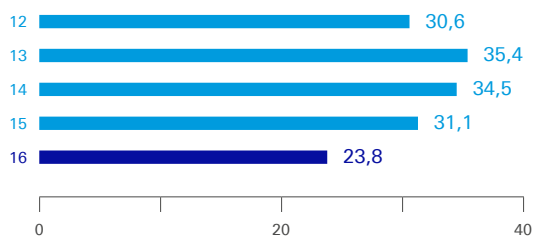
Deutsche Bank-Aktie und Anleihen

- Kapitalerhöhung unterstützt strategische Neuordnung
- Mehr Privataktionäre
- Herausforderndes Marktumfeld für Anleihen

Die internationalen Börsenplätze starteten verhalten in das Jahr 2016. Gründe waren unter anderem die als kritisch bewertete Lage der Weltkonjunktur sowie die Unsicherheit über die weitere Zinspolitik der Notenbanken. Bis Mitte Februar verzeichneten alle wichtigen Börsenindizes deutliche Kursrückgänge; der DAX fiel um rund 19% und damit unter 9.000 Punkte. Bankentitel waren besonders stark betroffen; der STOXX Europe 600 Banks musste einen Rückgang von 29% hinnehmen. Die Deutsche Bank-Aktie verlor in diesem Umfeld überproportional. Nach der Veröffentlichung der Jahresergebnisse 2015 zeigten sich insbesondere die Anleiheinvestoren besorgt über die Fähigkeit der Bank, ihre Kupons auf zusätzliches Kernkapital (AT1) zu bedienen. Die Schwäche der Anleihekurse wirkte sich auch negativ auf den Aktienkurs aus, sodass die Deutsche Bank-Aktie am 9. Februar 2016 ihren Tiefststand im ersten Quartal mit 13,23 €, einem Rückgang von 41%, markierte. Im zweiten Quartal gerieten die Börsen durch das Referendum zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union zusätzlich unter Druck. Der DAX verlor im ersten Halbjahr 2016 10%; für den STOXX Europe 600 Banks fielen die Verluste mit 31% noch erheblich höher aus. Die Aktie der Deutschen Bank notierte zum Ende des ersten Halbjahres mit rund 45% im Minus. Im dritten Quartal kam es zu einer leichten Erholung der europäischen Aktienindizes. Während der DAX seine Verluste des ersten Halbjahres weitgehend ausgleichen konnte, blieb die Entwicklung der Bankentitel unbefriedigend. Der STOXX Europe 600 Banks schloss das dritte Quartal mit einem Verlust von 23% gegenüber Ende 2015 ab. Nachdem die Aktie der Deutschen Bank die Verluste aus dem ersten Halbjahr zunächst leicht korrigieren konnte, fiel der Kurs am 30. September im Tagesverlauf vorübergehend auf sein Jahrestief von 9,90 €. Die Aktie notierte zum Ende des Tages und damit des dritten Quartals bei 11,57 € (Schlusskurs). Gegenüber dem Jahresstart war das ein Minus von 49%. Der signifikante Kursrückgang resultierte aus der Unsicherheit in Verbindung mit damals noch offenen Rechtsfällen der Bank. Der Ausgang der Präsidentenwahl in den USA beflügelte im November die amerikanischen Börsen und vor allem die Bankentitel. Auch der STOXX Europe 600 Banks profitierte von der Erwartung einer Deregulierung der Banken. Er stieg deutlich und schloss das Jahr 2016 mit lediglich 7% im Minus. Beim DAX führte die Ankündigung der Verlängerung des Anleihekaufprogramms durch die EZB Anfang Dezember zu erheblichen Kursgewinnen. Er beendete das Jahr 2016 mit einem Plus von 7%. Die Aktie der Deutschen Bank konnte in diesem Marktumfeld insbesondere in den beiden letzten Monaten des Jahres einen Teil ihrer Verluste wieder aufholen. Sie schloss 2016 mit einem Minus von 23% und einem Kurs von 17,25 € ab.

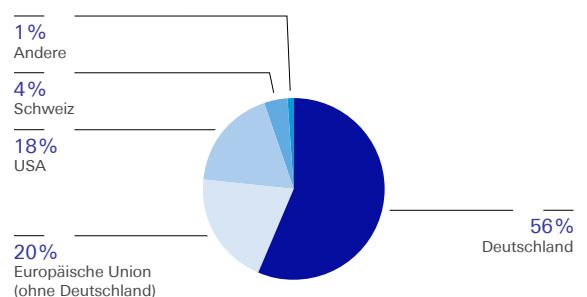
1-1 Marktkapitalisierung

In Mrd € zum Jahresende



1-2 Regionale Verteilung des Grundkapitals

In % zum Jahresende 2016



Angaben gerundet

Strategie – wichtige Meilensteine erreicht

Im Berichtsjahr hat die Deutsche Bank gute Fortschritte bei der Umsetzung ihrer strategischen Agenda erzielt. Kosteneinsparungen und der Abbau von Komplexität im Konzern zeigten positive Effekte. Die risikogewichteten Aktiva konnten auch dank des beschleunigten Abbaus der Non-Core Operations Unit erheblich reduziert werden. Hohe Priorität hatte weiterhin der Abbau der Rechtsrisiken. Vor dem Hintergrund der Veränderungen des operativen Umfelds und der Herausforderungen für die Bank wurde zu Beginn des Jahres 2017 eine strategische Überprüfung unternommen und eine Reihe von Maßnahmen beschlossen. Ziel ist es, die Wurzeln der Deutschen Bank auf ihrem Heimatmarkt sowie ihre Position als führende europäische Bank mit globalem Netzwerk zu stärken. Unterstützt wird diese strategische Neuordnung durch eine Kapitalerhöhung, mit der eine harte Kernkapitalquote von etwa 14% (bei Vollumsetzung, pro forma zum 31. Dezember 2016) erreicht werden dürfte. Vorstand und Aufsichtsrat beabsichtigen, der Hauptversammlung im Mai 2017 eine Gesamtdividende von 0,19 € je Aktie vorzuschlagen.

Marktkapitalisierung gesunken

Die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank belief sich Ende 2016 auf 23,8 Mrd €, rund 7,3 Mrd € weniger als ein Jahr zuvor. [Grafik 1-1](#) Im Durchschnitt wurden auf Xetra handelstäglich 13,2 Millionen Deutsche Bank-Aktien gehandelt (5,4 Millionen mehr als 2015). Das Xetra-Handelsvolumen (einfach gezählt) lag 2016 bei 48,4 Mrd €, 5,4 Mrd € weniger als 2015. Der Anteil der Deutsche Bank-Aktie am Xetra-Aktienumsatz belief sich auf 13,7% (veränderte Basis im Vergleich zu Vorjahreswerten aufgrund eines Wechsels in den DAX-Werten, 2015: 8,0%). Das entspricht Rang eins unter den DAX-Papieren (2015: Rang vier). Die Gewichtung der Deutsche Bank-Aktie im DAX betrug 2,5% (2015: 3,5%). An der New Yorker Börse, an der die Deutsche Bank-Aktie seit 2001 notiert ist, hat sich die durchschnittliche Zahl der pro Tag gehandelten Aktien im Vergleich zu 2015 um 4,1 Millionen Aktien auf 6,2 Millionen erhöht.

Der deutliche Kursrückgang im Berichtsjahr hat die Rendite der Deutsche Bank-Aktie stark beeinträchtigt. Ein Anleger, der Anfang 2012 für insgesamt 10.000 € Deutsche Bank-Aktien erworben, die Bardividende zum Kauf neuer Aktien eingesetzt und sich an Kapitalerhöhungen ohne Einbringung eigener Mittel beteiligt hat, besaß Ende 2016 ein Depot im Wert von 6.776 €. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Verlust von 7,5%. Der STOXX Europe 600 Banks verzeichnete im gleichen Zeitraum inklusive Dividende ein jährliches Plus von 8,6%, der DAX von 14,2%.

Mehr Privataktionäre, vier Großaktionäre

Die Deutsche Bank-Aktie befindet sich weiterhin fast vollständig in Streubesitz. 2016 waren 99% der Aktionäre Privatpersonen. Der von ihnen gehaltene Anteil am Grundkapital betrug zum Ende des Berichtsjahres 23% (2015: 19%). Auf institutionelle Investoren entfielen 77% (2015: 81%) des gezeichneten Kapitals von 3.530.939.215,36 €.

Die Deutsche Bank hat vier Großaktionäre, deren Positionen über der gesetzlichen Meldeschwelle von 3% liegen. Den größten Aktienanteil mit 5,95% hält BlackRock Inc., Wilmington. Paramount Services Holdings Ltd., British Virgin Islands, und Supreme Universal Holdings Ltd., Cayman Islands, halten jeweils 3,05%. Am 15. Februar 2017 informierte uns Hainan Jiaoguan Holding Co., Ltd., Haikou, dass sie einen Anteil von 3,04% hält.

Die Zahl der Aktionäre stieg 2016 auf 598.122 (2015: 561.559). Dies spiegelt den Anstieg der Zahl der Privataktionäre wider. Die regionale Verteilung des Grundkapitals hat sich im Berichtsjahr erneut zugunsten der USA verschoben. Laut Aktienregister blieb der in Deutschland gehaltene Anteil am Grundkapital mit 56% konstant, auch der in der Schweiz gehaltene Anteil blieb mit 4% unverändert. Der in der Europäischen Union ohne Deutschland gehaltene Anteil ging auf 20% (2015: 22%) zurück, der Anteil im Rest der Welt sank 2016 auf 1% (2015: 3%). Hingegen stieg der in den USA gehaltene Anteil das zweite Jahr in Folge an; er lag zum Jahresende bei 18% (2015: 15%). [Grafik 1-2](#) Die regionale Verteilung des Grundkapitals spiegelt den Verwahrort der Aktien wider und nicht notwendigerweise den Sitz der Aktionäre.

Aktienrückkäufe zur Erfüllung von Vergütungsplänen

Die ordentliche Hauptversammlung 2016 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 10% des Grundkapitals (137,9 Millionen Aktien) bis Ende April 2021 zurückzukaufen. Davon können bis zu 5% (69,0 Millionen Aktien) über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen der Hauptversammlung 2015. Im Zeitraum von der Hauptversammlung 2016 bis zum 31. Dezember 2016 wurden 0,9 Millionen Aktien zurückgekauft. Sie dienten im gleichen Zeitraum der Erfüllung von Vergütungsplänen. Die Bank hielt zum 31. Dezember 2016 keine zurückgekauften eigenen Aktien.

Solide Nachfrage nach Fremdkapitalinstrumenten der Deutschen Bank

Trotz der Herausforderungen, denen sich die Deutsche Bank 2016 stellen musste, gab es starke Unterstützung seitens der Fremdkapitalinvestoren. Dies ermöglichte eine Refinanzierung zu angemessenen Spreads. Die Deutsche Bank hat 2016 insgesamt Schuldtitel im Wert von 31,8 Mrd € mit einem durchschnittlichen Spread von 129 Basispunkten über Drei-Monats-EURIBOR (alle Spreads aus anderen Währungen als Euro wurden an den Drei-Monats-EURIBOR angepasst) und einer durchschnittlichen Laufzeit von 6,7 Jahren ausgegeben. Davon entfielen 17 Mrd € auf Benchmarkemissionen, das heißt Emissionen, die bestimmte Größenanforderungen erfüllen. Weitere 14,8 Mrd € wurden im Rahmen von Privatplatzierungen bei institutionellen und Privatkunden (Retail) eingenommen. [Siehe zu Bonitätseinstufungen Lagebericht S. 84–86](#)

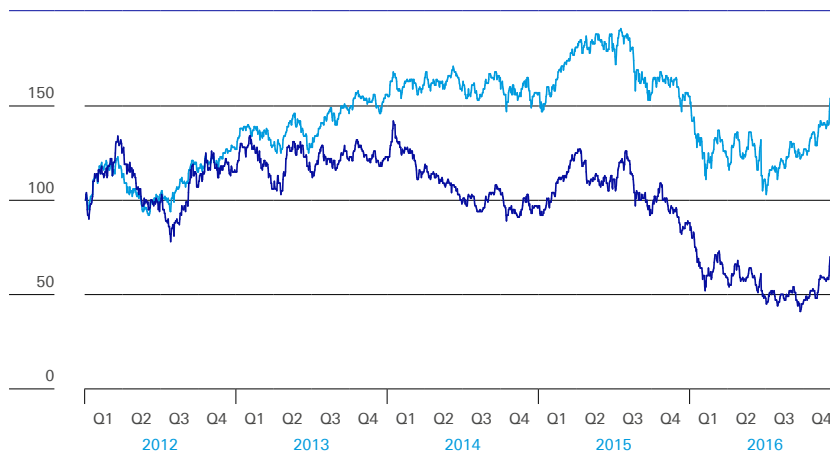
Zu den wichtigsten Transaktionen 2016 zählte die Emission vorrangig unbesicherter Schuldtitel im März in Höhe von 1,6 Mrd € mit einer Laufzeit von drei Jahren. Weitere wichtige Transaktionen waren die Emissionen von 0,75 Mrd € Ergänzungskapital im Mai mit einer Laufzeit von zehn Jahren sowie vorrangig unbesicherter Schuldtitel in Höhe von 4,5 Mrd US-\$ mit einer Laufzeit von fünf Jahren im Oktober.

Insgesamt sind die Emissionen der Deutschen Bank im Hinblick auf Märkte, Instrumente, Währungen und Anlegergruppen gut diversifiziert. Zum Ende des Berichtsjahres stammten 72% der Refinanzierung der Bank aus sehr stabilen Quellen. Dazu zählen Einlagen von Privatkunden und Kunden aus dem Transaction Banking sowie Emissionen an den Kapitalmärkten und Eigenkapital.

1–3 Langfristige Rendite

Gesamtrendite (Total Return Index), Jahresanfang 2012 = 100

— STOXX Europe 600 Banks
— Deutsche Bank



Quelle: Bloomberg

Wissenswertes über die Deutsche Bank-Aktie

Strukturdaten

		2016	2015	2014
Anzahl der Aktionäre		598.122	561.559	599.230
Aktionäre nach Gruppen in % des Grundkapitals ¹	Institutionelle (einschließlich Banken)	77	81	80
	Private	23	19	20
Regionale Aufteilung in % des Grundkapitals ¹	Deutschland	56	56	57
	Europäische Union (ohne Deutschland)	20	22	21
	Schweiz	4	4	7
	USA	18	15	13
	Andere	1	3	4

Leistungskennzahlen

	2016	2015	2014
Gesamterrendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Return) ²	-23,4%	-7,5%	-22,5%
Anteil am Aktienumsatz (Xetra)	13,73% ⁴	7,96%	9,27%
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag (in Mio Aktien) ³	13,2	7,8	8,1
Aktienkurs höchst	22,10 €	33,42 €	38,15 €
Aktienkurs tiefst	9,90 €	20,69 €	22,66 €
Dividende (in €) je Aktie	0,11 ⁵	0,08 ⁵	0,75

	31. Dez. 2016
Ausgegebene Aktien	1.379.273.131
Ausstehende Aktien	1.379.069.689
Grundkapital	3.530.939.215,36 €
Marktkapitalisierung	23,79 Mrd €
Aktienkurs ⁶	17,25 €
Gewicht im DAX	2,54%
Gewicht im Euro STOXX 50	1,07%

Wertpapierkennung

Deutsche Börse		New York Stock Exchange	
Emissionsart	Namensaktie	Emissionsart	Global Registered Share
Symbol	DBK	Währung	US-\$
WKN	514000	Symbol	DB
ISIN	DE0005140008	CINS	D 18190898
Reuters	DBKGn.DE	Bloomberg	DBK GR

¹Angaben gerundet

²Auf der Basis von Xetra

³Orderbuchstatistik (Xetra)

⁴Veränderte Basis im Vergleich zu Vorjahreswerten aufgrund eines Wechsels in den DAX-Werten

⁵Vorschlag für die Hauptversammlung am 18. Mai 2017

⁶Xetra-Schlusskurs

1

Lagebericht

Die Geschäftsentwicklung – 36

Überblick – 36

Der Deutsche Bank-Konzern – 39

Geschäftsergebnisse – 49

Vermögenslage – 81

Liquiditäts- und Kapitalmanagement – 84

Ausblick – 87

Risiken und Chancen – 97

Risikobericht – 100

Risiko und Kapital – Übersicht – 102

Risiko- und Kapitalmanagementstrategie – 107

Risiko- und Kapitalmanagement – 120

Materielles Risiko und Kapital-
performance – 156

Vergütungsbericht – 229

Vergütungsbericht für den Vorstand – 232

Vergütungsbericht für die Mitarbeiter – 264

Grundzüge des Vergütungssystems
für die Mitglieder des Aufsichtsrats – 282

Unternehmerische Verantwortung – 286

Mitarbeiter – 288

Internes Kontrollsystem bezogen auf die
Rechnungslegung – 294

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB
und erläuternder Bericht – 299

Erklärung zur Unternehmensführung
gemäß §§ 289a und 315
Absatz 5 HGB – 303

Die Geschäftsentwicklung

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Anhangangaben gesehen werden. Der Abschnitt „Geschäftsergebnisse“ enthält qualitative und quantitative Angaben zu den Segmentergebnissen und Angaben auf Unternehmensebene zu den Ertragskomponenten, entsprechend dem International Financial Reporting Standard (IFRS) 8, „Segmentberichterstattung“. Diese Informationen, die zum Konzernabschluss gehören und über Referenzierungen in diesen einbezogen werden, sind in diesem Bericht durch eine seitliche Klammer markiert. Für weitere Angaben zu den Segmenten gemäß IFRS 8 verweisen wir auf Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses.

Überblick

Die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (in %)	2016	2015	Haupttreiber
Weltwirtschaft¹	3,0	3,3	Das Weltwirtschaftswachstum schwächte sich im Jahr 2016 durch die Abkühlung in den Industrieländern ab. Das Wachstum in den Schwellenländern blieb unverändert. Hohe Verschuldung und ein erneut enttäuschender Welthandel dämpften das Wachstum. Die Ausrichtung der Geldpolitik der großen Zentralbanken unterstützte die Konjunktur.
Davon:			
Industrieländer ¹	1,6	2,1	
Schwellenländer ¹	4,1	4,1	
Eurozone¹	1,7	1,9	Niedrige Ölpreise und extrem expansive Geldpolitik unterstützten, aber Lagerabbau und dämpfender Außenhandel führen insgesamt zur Wachstumsverlangsamung.
Davon: Deutschland	1,9	1,7	
USA	1,6	2,6	Schwächstes Wachstum seit dem Jahr 2011, da der Außenhandel, Ausrüstungsinvestitionen und ein negativer Lagerzyklus Wachstum kosteten. Solide Entwicklung des Konsums stabilisierte.
Japan¹	1,0	1,2	
Asien^{1,2}	6,0	6,1	Moderates Wachstum hielt an. Schwache Nachfrage aus Industrieländern und China belastete.
Davon: China	6,7	6,9	

Quellen: Nationale Behörden

¹ Für 2016 basierend auf Deutsche Bank Research Prognosen.

² Ohne Japan.

Umfeld Bankenbranche

Die Kreditentwicklung mit dem privaten Sektor in der Eurozone verlief auch im Jahr 2016 sehr verhalten. Das Kreditvolumen mit Unternehmen stagnierte wie schon im Vorjahr, nachdem es in den drei Jahren zuvor um insgesamt fast ein Zehntel geschrumpft war. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte moderat um rund 2 % gegenüber dem Vorjahr zu, vor allem aufgrund von Expansion im Hypothekengeschäft. Auf der Passivseite hielt das starke Wachstum der Unternehmenseinlagen mit ca. 6 % p.a. an und bei den Einlagen der Haushalte erhöhten sich die Zuflüsse trotz minimaler Zinsen auf fast 4 %. Insgesamt beschleunigte sich damit das Einlagenwachstum leicht und der Abstand zum Kreditwachstum wurde größer. Die Zinsen fielen weiter. Die leichte Volumenausweitung konnte den Margenrückgang um rund 7 % gegenüber dem Vorjahr nicht ausgleichen, so dass der Zinsüberschuss der Banken nach einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren 2014 und 2015 wieder etwas gesunken sein dürfte.

In Deutschland hat sich mit Blick auf das Kreditgeschäft der Abstand zum Euroraum 2016 vergrößert, nachdem die Dynamik vor einem Jahr noch ähnlich gering gewesen war. Die Ausleihungen an Unternehmen lagen aufgrund einer starken zweiten Jahreshälfte 2016 mehr als 2 % höher als ein Jahr zuvor, die an Haushalte sogar 3 %, was ebenfalls im Wesentlichen auf eine starke Entwicklung bei Hypothekarkrediten zurückzuführen ist. Die Einlagen des Privatsektors beschleunigten ihre Expansion paradoxerweise auf rund 5 %, obwohl das Zinsniveau noch unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Die Zinsen auf Unternehmenseinlagen fielen sogar im Aggregat erstmals in der Geschichte in den negativen Bereich. Trotzdem hielt das die Firmen nicht davon ab, noch mehr Liquidität bei den Banken zu parken. Der deutsche Unternehmenssektor ist aus Bankensicht atypischerweise Netto-Sparer, d.h. seine Einlagen übersteigen das Kreditvolumen.

In den USA zog die Kreditvergabe im Jahr 2016 von hohem Niveau zunächst noch weiter an, bevor sie im letzten Quartal 2016 wieder etwas nachließ. Insgesamt bleibt das klassische Bilanzgeschäft jedoch sehr schwungvoll: Privatkundenkredite befinden sich mit etwa 5 % im Plus gegenüber dem Vorjahr, Firmenkredite sogar mit über 8 %. Letztere haben die nominalen Vorkrisenstände mittlerweile deutlich übertroffen und einen neuen Rekordwert erreicht, getrieben von einem breiten Aufschwung sowohl bei gewerblichen Immobilien- als auch klassischen Unternehmenskrediten im engeren Sinne. Das Retailsegment profitiert vom anhaltenden Boom bei Verbraucherkrediten ebenso wie vom Umschwung bei Hypotheken, die erstmals seit der Finanzkrise wieder robust wachsen. Die Einlagen des Privatsektors legten weiter in außergewöhnlich hohem Tempo zu und haben zuletzt mit einem Zuwachs von rund 8 % gegenüber dem Vorjahr noch mehr Fahrt aufgenommen. Ihr Gesamtbetrag hat sich seit dem Jahr 2004 verdoppelt.

In Japan expandieren die insgesamt ausstehenden Kredite unverändert mit reichlich 2 % verglichen mit dem Vorjahr, wohingegen dem Bankensektor immer mehr Einlagen zufließen. Hier hat sich der Anstieg auf 6 % erhöht, den höchsten Wert seit Beginn der Statistik 2001.

In China zeichnet sich eine Überhitzung der Kreditvergabe an private Haushalte ab. Allein in den letzten 12 Monaten hat das Kreditvolumen hier um 23 % zugelegt, wofür insbesondere die mittel- bis langfristigen Ausleihungen verantwortlich sind. Diese haben sich in nur dreieinhalb Jahren verdoppelt, bei einem kumulierten nominalen Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft seit Ende 2012 von nur 39 %. Der Anstieg der Verschuldung der Unternehmen bei den Banken hat sich dagegen zuletzt auf lediglich 8 % gegenüber dem Vorjahr verlangsamt. Den Banken hilft, dass auch auf der Refinanzierungsseite die Dynamik in letzter Zeit zugenommen hat, die Einlagen des Privatsektors liegen mittlerweile 14 % höher als zum Ende des Jahres 2015.

Ergebnis der Deutschen Bank

Das Ergebnis im Geschäftsjahr 2016 wurde stark geprägt durch entschlossenes Handeln des Managements mit dem Ziel, die Bank zu verbessern und zu modernisieren sowie von Belastungen durch Rechtsstreitigkeiten und Marktturbulenzen. Bei der Implementierung strategischer Entscheidungen haben wir signifikante Fortschritte gemacht und Maßnahmen ergriffen, um unsere Kontrollinfrastruktur weiter zu stärken. Auch bei unserer Strategie zum fortgesetzten Risikoabbau und bei der Aufarbeitung anhängiger Rechtsstreitigkeiten wurden deutliche Fortschritte erzielt. Unsere Erträge und Kundenbestände wurden durch die negative Berichterstattung über unsere Verhandlungen mit dem U.S. Justizministerium im Oktober 2016 beeinträchtigt. Nach unserer Einschätzung haben wir in einem schwierigen Jahr unsere Widerstandsfähigkeit bewiesen, zumal wir viele unserer Kunden angesichts unserer kontinuierlichen Fortschritte bei der Umsetzung unserer Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, zurückgewinnen konnten. Wir haben das Jahr mit einer starken Kapital- und Liquiditätsposition abgeschlossen.

Die Konzernfinanzkennzahlen lauten wie folgt:

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2016	Status zum Ende 2015
Erträge	30,0 Mrd €	33,5 Mrd €
Ergebnis vor Steuern	- 0,8 Mrd €	- 6,1 Mrd €
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	- 1,4 Mrd €	- 6,8 Mrd €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital) ¹	- 2,7 %	- 12,3 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) ¹	- 2,3 %	- 9,8 %
Bereinigte Kostenbasis ²	24,7 Mrd €	26,5 Mrd €
Aufwand-Ertrag-Relation ³	98,1 %	115,3 %
Risikogewichtete Aktiva (RWA) ⁴	357,5 Mrd €	396,7 Mrd €
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ⁵	11,8 % ⁶	11,1 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁷	3,5 %	3,5 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren Konzernergebnis. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts zu finden.

² Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Wertberichtigungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sowie Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Weitere Einzelheiten sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts enthalten.

³ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

⁴ RWA und Kapitalquoten basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

⁵ Die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁶ Berücksichtigt die Entscheidung des Vorstands eine Dividende in Höhe von € 0,19 pro Aktie aus dem Bilanzgewinn für 2016 auszuschütten. Diese Dividende berücksichtigt die erwarteten, vor der Hauptversammlung im Mai 2017 zu emittierenden Aktien. Die Dividende beinhaltet eine Auszahlung des aus 2015 vorgetragenen Bilanzgewinns in Höhe von rund € 165 Millionen und sieht eine Dividende in Höhe von € 0,11 pro Aktie aus dem verbleibenden Bilanzgewinn für 2016 vor. Insgesamt erwarten wir, eine Dividende in Höhe von rund € 400 Millionen für 2017 auszuschütten.

⁷ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

Die Nettoerträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf 30,0 Mrd € und lagen damit um 3,5 Mrd € unter dem Wert von 2015. Der Rückgang war vor allem auf die Kosten des Risikoabbaus in der Abwicklungseinheit NCOU und die niedrigeren Erträge in den Unternehmensbereichen GM und CIB zurückzuführen, die das schwierige Marktumfeld, das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa, negative Einschätzungen des Marktes über die Bank und die Strategieumsetzung widerspiegeln. Der Rückgang wurde durch einen Gewinn aus dem Verkauf der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in PW&CC und der Anteile an der Visa Europa Limited in PW&CC und in der Postbank teilweise kompensiert.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen im Jahr 2016 29,4 Mrd €, was einem Rückgang von 24 % gegenüber 2015 entspricht. Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus den niedrigeren Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, aus geringeren Belastungen durch Rechtsstreitigkeiten und aus niedrigeren Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen. Die Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte betragen 1,3 Mrd € in 2016 und enthielten eine Belastung von 1,0 Mrd € im Zusammenhang mit dem Verkauf von Abbey Life. In 2015 betragen die Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte 5,8 Mrd €. Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beliefen sich in 2016 auf 2,4 Mrd €, eine Reduktion von 2,8 Mrd € im Vergleich zu 2015. Der Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen wurde durch einen Anstieg der EDV-Aufwendungen sowie höhere Aufwendungen im Versicherungsgeschäft teilweise aufgehoben.

Der Verlust vor Steuern lag bei 810 Mio € in 2016 gegenüber einem Verlust vor Steuern von 6,1 Mrd € in 2015. Hauptursache für die Verbesserung um 5,3 Mrd € in 2016 waren die deutlich geringeren Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte und auch deutlich geringere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten. Der Verlust nach Steuern in 2016 betrug 1,4 Mrd € gegenüber einem Verlust von 6,8 Mrd € im Jahr 2015.

Unsere Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) lag zum Jahresende 2016 bei 11,8 %, nach 11,1 % zum Jahresende 2015. Gründe für diesen Anstieg sind die Maßnahmen zum Risikoabbau und Veräußerungsgewinne. Die Harte Kernkapitalquote unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen lag mit 13,4 % zum Jahresende 2016 deutlich über der Vorgabe von 10,76 %.

Die EZB hat der Deutschen Bank die Ergebnisse des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) für 2017 mitgeteilt. Darin wird die Säule 2-Mindestanforderung für die Harte Kernkapitalquote (CET 1), unter Berücksichtigung der CRR/CRD 4-Übergangsregelungen, auf 9,51 % festgelegt. Im Vergleich dazu weisen wir zum 1. Januar 2017 eine CET 1-Quote in Höhe von 12,76 % aus. Die SREP-Mindestanforderung für 2017 setzt sich zusammen aus einer Säule 1-Mindestanforderung in Höhe von 4,5 %, einer zusätzlichen Säule 2-Anforderung in Höhe von 2,75 %, einem Kapitalerhaltungspuffer von 1,25 %, einem antizyklischen Kapitalpuffer von derzeit 0,01 % und dem G-SIB-Puffer von 1,0 %.

Der Deutsche Bank-Konzern

Deutsche Bank: Unsere Organisation

Die Deutsche Bank, mit Hauptsitz in Frankfurt am Main, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 1.591 Mrd € (zum 31. Dezember 2016) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2016 beschäftigte die Bank 99.744 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von Vollzeitkräften), die in 62 Ländern und 2.656 Niederlassungen (67 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten sowie Dienstleistungen an.

Zum 31. Dezember 2016 setzte sich der Deutsche Bank-Konzern aus den folgenden sechs Unternehmensbereichen zusammen:

- Global Markets (GM)
- Corporate & Investment Banking (CIB)
- Private, Wealth and Commercial Clients (PW&CC)
- Deutsche Asset Management (Deutsche AM)
- Postbank (PB)
- Non-Core Operations Unit (NCOU)

Die sechs Unternehmensbereiche werden von Infrastrukturfunktionen unterstützt. Darüber hinaus haben wir eine regionale Managementstruktur, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt. Die in diesem Bericht verwendeten Vergleichszahlen aus Vorperioden wurden angepasst, um die Ende 2015 bekannt gegebene neue Segmentstruktur zu berücksichtigen. Im Einklang mit unseren Zielen, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, wird die Non-Core Operations Unit (NCOU) ab dem Jahr 2017 nicht mehr länger als eigenständiger Unternehmensbereich existieren.

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen mit bestehenden und neuen Kunden in nahezu jedem Land der Welt. Diese Geschäftsaktivitäten werden abgewickelt über:

- Tochtergesellschaften und Niederlassungen in zahlreichen Ländern,
- Repräsentanzen in vielen anderen Ländern und
- einen oder mehrere Repräsentanten zur Betreuung unserer Kunden in einer Reihe von weiteren Ländern.

Wir haben seit dem 1. Januar 2014 die folgenden signifikanten Investitionsausgaben oder Veräußerungen getätigt, die nicht den Investitionsausgaben beziehungsweise Veräußerungen der nachstehenden Unternehmensbereiche zugewiesen wurden:

Am 26. Oktober 2016 schloss die Deutsche Bank eine Vereinbarung über den Verkauf ihrer mexikanischen Bank- und Broker-Dealer-Tochtergesellschaften an die InvestaBank S.A., Institución de Banca Múltiple. Die Transaktion ist Teil der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, um die weltweite Präsenz der Bank effizienter zu gestalten. Der Vollzug der Transaktion wird für das erste Halbjahr 2017 erwartet, vorbehaltlich der regulatorischen Zustimmung und weiterer Auflagen.

Am 26. August 2016 schloss die Deutsche Bank eine Vereinbarung über die Veräußerung ihrer Tochter in Argentinien, der Deutsche Bank S.A., an die Banco Comafi S.A. Die Transaktion ist Teil der Strategie und des Plans des Konzerns, um die weltweite Präsenz der Bank effizienter zu gestalten. Der Vollzug der Transaktion wird für das erste Halbjahr 2017 erwartet, vorbehaltlich der regulatorischen Zustimmung und weiterer Auflagen.

Führungsstruktur

Der Vorstand hat den Konzern als Matrix-Organisation bestehend aus (i) Unternehmensbereichen, (ii) Infrastrukturfunktionen und (iii) Regional Management strukturiert.

Der Vorstand hat gemäß dem deutschen Aktiengesetz unter eigener Verantwortung die Deutsche Bank zu leiten. Seine Mitglieder werden vom Aufsichtsrat, einem selbstständigen Gesellschaftsorgan, ernannt und entlassen. Unser Vorstand befasst sich unter anderem mit den Themen strategisches Management, Unternehmensführung, Ressourcenallokation sowie Risikomanagement und -kontrolle. Dabei wird er von funktionalen Ausschüssen unterstützt.

In jedem Unternehmensbereich und jeder Region übernehmen Operating Committees und Executive Committees die Koordinations- und Steuerungsfunktionen. Dadurch wird gewährleistet, dass die Umsetzung der Strategie einzelner Geschäftsbereiche und die Pläne für die Entwicklung von Infrastrukturbereichen an unseren globalen Geschäftszielen ausgerichtet sind.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Global Markets (GM)

Überblick über den Unternehmensbereich

Zu Beginn des Jahres 2016 haben wir unseren ehemaligen Unternehmensbereich Corporate Banking and Securities (CB&S) in zwei Teile aufgespalten: den neuen Unternehmensbereich Global Markets und unsere Geschäftseinheit Corporate Finance, die jetzt Teil unseres Unternehmensbereichs Corporate & Investment Banking ist. Der Unternehmensbereich Global Markets (GM) bietet weltweit Finanzprodukte an, einschließlich Handels- und Hedging-Dienstleistungen für institutionelle und Firmenkunden.

Im Unternehmensbereich Global Markets hat die Deutsche Bank seit dem 1. Januar 2014 folgende signifikante Veräußerungen getätigt:

Im Juni 2015 hat der Finanzinformationsdienstleister Markit Ltd. eine Zweitplatzierung seiner Aktien (Secondary Public Offering) durchgeführt. Im Rahmen dieses Angebots hat Markit zudem Eigene Aktien von zahlreichen Aktionären, darunter der Deutschen Bank, zurückgekauft. Wir haben rund 4 Millionen unserer 5,8 Millionen Markit-Aktien (2,7 %) angeboten und verkauft.

Im Dezember 2014 haben wir den Verkauf von 75 % eines Portfolios an US-amerikanischen Gewerbeimmobilienkrediten in besonderen Situationen in Höhe von 2,5 Mrd US-Dollar an einen von der Texas Pacific Group verwalteten Fonds abgeschlossen. Wir haben einen Anteil von 25 % an dem Portfolio behalten und werden weiterhin am Markt für US-amerikanische Gewerbeimmobilien in besonderen Situationen neue Kredite vergeben und ankaufen.

Im Juni 2014 initiierte die Markit Ltd ihre Börsennotierung an der NASDAQ-Börse durch die Platzierung von Anteilen bestehender Aktionäre. Im Rahmen dieser Börseneinführung haben wir 5,8 Millionen unserer 11,6 Millionen Markt-Aktien (5,7 %) angeboten und verkauft.

Produkte und Dienstleistungen

Zu den Geschäftsaktivitäten von Global Markets gehören der Vertrieb und der Handel sowie die Strukturierung eines breiten Spektrums von Finanzprodukten wie Anleihen, Aktien und aktienbezogenen Produkten, börsennotierten und außerbörslich gehandelten Derivaten, Devisen, Geldmarktinstrumenten sowie strukturierten Produkten. Die Institutional Client Group und Equity Sales betreuen institutionelle Kunden, während die Abteilung Research Analysen zu Märkten, Produkten und Handelsstrategien für Kunden erstellt.

Unsere gesamten Handelsaktivitäten unterliegen unseren Risikomanagementprozessen und -kontrollen, die im Risikobericht ausführlich erläutert sind.

Vertriebskanäle und Marketing

Die Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, beinhalten eine Neuausrichtung und Optimierung unseres Betreuungsmodells, damit die Kunden weiterhin im Mittelpunkt unseres Geschäfts stehen. Wir beenden Kundenbeziehungen, bei denen die Erträge zu gering oder die Risiken zu hoch sind, und verbessern gleichzeitig unsere Prozesse zur Aufnahme von Neukunden sowie das Know-Your-Customer-(KYC)Verfahren.

Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking (CIB)

Überblick über den Unternehmensbereich

In Corporate & Investment Banking (CIB) werden die Kompetenzen der Deutschen Bank in den Bereichen Commercial Banking, Corporate Finance und Transaction Banking in einem Unternehmensbereich vereint. In diesem werden die Corporate-Finance- und Global-Transaction-Banking-Aktivitäten der Deutschen Bank gebündelt. CIB umfasst dabei sowohl Beratungs- als auch Abwicklungsgeschäft im Hinblick auf den unterschiedlichsten Finanzbedarf anspruchsvoller Unternehmens- und institutioneller Kunden.

In Corporate und Investment Banking haben wir seit dem 1. Januar 2014 keine signifikanten Kapital-Investitionen oder Desinvestitionen getätigt.

Produkte und Dienstleistungen

Corporate Finance ist für Fusionen und Übernahmen (M&A) sowie für das Beratungs- und Emissionsgeschäft mit Anleihen und Aktien verantwortlich. Regional aufgestellte und branchenorientierte Betreuungsteams stellen sicher, dass den Firmenkunden und institutionellen Kunden der Bank die gesamte Palette der Finanzprodukte und -dienstleistungen aus einer Hand zur Verfügung steht.

Die Beratung erstreckt sich auf öffentliche Übernahmen, Fusionen und Veräußerungen, die Verteidigung gegen Übernahmen, Dual-Track-Sales-Verfahren, die Überprüfung von Geschäftsportfolios und die Suche von Akquisitionszielen, Wettbewerbsstrategien und -analysen, Bilanzoptimierung und Corporate Governance.

Zu den Leistungen im Bereich Debt Origination zählen die Kundenbetreuung mit regionalem Treasury-Produktbedarf sowie die Initiierung, Strukturierung, Syndizierung und Emission von Fremdfinanzierungsprodukten und Kreditportfolio-Produkten.

Das Equity Origination Geschäft bietet Aktienprimärgeschäft wie Börsengänge, Nachfolgeangebote, Bezugsrechts-emissionen, Paketverkäufe, beschleunigte Bookbuilding-Verfahren und Wandel- und Umtauschanleihen an.

Mit Erträgen von 4,5 Mrd € ist Global Transaction Banking (GTB) ein führender globaler Anbieter von Cash Management-, Trade Finance- und Wertpapierdienstleistungen und stellt die gesamte Palette von Commercial-Banking-Produkten und -Dienstleistungen für Firmenkunden und Finanzinstitute weltweit zur Verfügung.

Trade Finance bietet innerhalb unseres gesamten internationalen Geschäftsnetzes Standortexpertise, ein breites Spektrum an internationalen Handelsprodukten und -leistungen (einschließlich Finanzierungen), individualisierte Lösungen für strukturierte Handelsgeschäfte und modernste Technologie, sodass unsere Kunden die Risiken und sonstigen Anforderungen im grenzüberschreitenden Handel und Binnenhandel besser steuern können.

Cash Management erfüllt die Anforderungen einer Vielzahl von Unternehmen und Finanzinstituten. Mit einer umfassenden Palette innovativer Produkte bieten wir Lösungen für die komplexen Anforderungen globaler und regionaler Treasury-Funktionen. Dazu gehören die Bereitstellung von Zugangsmöglichkeiten für Kunden, Zahlungs- und Inkassodienste, Liquiditätsmanagement, Informations- und Kontodienstleistungen sowie elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsdienste.

Securities Services ist ein Anbieter von Treuhand-, Zahlungs-, Verwaltungs- und dazugehörigen Dienstleistungen für bestimmte Wertpapier- und Finanztransaktionen der in mehr als 30 Ländern als Wertpapierverwahrer auf dem jeweiligen Inlandsmarkt vertreten ist.

Vertriebskanäle und Marketing

Die Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, beinhalten eine Neuausrichtung und Optimierung unseres Betreuungsmodells zum Vorteil unserer Kernkunden. Wir beenden Kundenbeziehungen, bei denen wir der Auffassung sind, dass die Erträge zu gering oder die Risiken zu hoch sind, und verbessern gleichzeitig unsere Prozesse zur Aufnahme von Neukunden sowie Know-Your-Customer (KYC)-Verfahren.

Investment Banking Coverage (IBC) und Corporate Banking Coverage (CBC) wurden zusammengeführt, um CIB eine integrierte Betreuungsexpertise zu ermöglichen. Der Konzern bietet die optimalen Produkte aus Beratung, Kapitalmärkten, Risikomanagement und Transaction Banking sowohl für das Top-Management als auch für den Treasurer. Der Bereich German Large Corporates (GLC) versorgt unser Mittelstandsgeschäft mit einer breiten Produkt- und Beratungsexpertise mit regionaler Ausrichtung.

Zu den Kunden des Unternehmensbereichs zählen große Firmenkunden, Finanzinstitute, Sponsoren, staatliche Stellen und Staaten auf der ganzen Welt. Unsere Branchenexpertise umfasst Verbraucher- und Privatkundendienstleistungen, Finanzinstitute, finanzielle Sponsoren, Gesundheitswesen, Industrie, Technologie, Medien und Telekommunikation, Rohstoffe und Immobilien, sowie die Beherbergungs- und Freizeitbranche.

Unternehmensbereich Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC)

Überblick über den Unternehmensbereich

Im Unternehmensbereich Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) bündelt die Deutsche Bank ihre Expertise im Privat- und Firmenkundengeschäft sowie in der Vermögensverwaltung. Sowohl im Heimatmarkt Deutschland als auch international bieten wir unseren Kunden hochwertige Beratung und ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen an. Als Beratungsbank sind wir bestrebt, uns durch ein globales Netzwerk, starke Kapitalmarkt- und Finanzierungs-Expertise sowie moderne digitale Leistungen auszuzeichnen.

Der Unternehmensbereich besteht aus folgenden Geschäftsbereichen:

Der Geschäftsbereich Private & Commercial Clients Germany (PCC Germany) fokussiert sich auf Privat- und Firmenkunden in Deutschland. Für kleine und mittlere Unternehmen bieten wir ein integriertes Betreuungskonzept an. Dabei nutzen wir die bereichsübergreifende Expertise im Deutsche Bank Konzern, um nah an den Bedürfnissen unserer Kunden agieren zu können.

Der Geschäftsbereich Private & Commercial Clients International (PCC International) bietet Bank- und Finanzdienstleistungen für Privatkunden und Geschäfts-/Firmenkunden in Europa und Indien an. In Europa sind wir in fünf großen Bankmärkten vertreten: Italien, Spanien, Belgien, Portugal und Polen.

Der Geschäftsbereich Wealth Management (WM) betreut wohlhabende, vermögende und sehr vermögende Privatkunden sowie Family Offices. Wir bieten unseren Kunden ein breites Spektrum an klassischen wie auch alternativen Produkten und Lösungen im Vermögensanlagegeschäft an. Unser Angebot umfasst daneben auch Produkte im Kredit- und Einlagengeschäft. Wir nutzen die bereichsübergreifende Kompetenz innerhalb des Deutsche Bank Konzerns und unser globales Netzwerk, um Kapitalmarktexpertise und internationale Lösungen anzubieten, die auf die individuellen Bedürfnisse unserer Kunden zugeschnitten sind. Dazu gehören eine generationenübergreifende und grenzüberschreitende Vermögensplanung, diskretionäres Portfoliomanagement, strukturiertes Risikomanagement sowie die Erarbeitung maßgeschneiderter Lösungen für Privatanleger und ausgewählte Institutionen in enger Zusammenarbeit mit unseren Experten aus den Bereichen Global Markets, Corporate & Investment Banking und Asset Management.

Seit dem 1. Januar 2014 haben wir folgende signifikante Investitionsausgaben oder Veräußerungen getätigt:

Am 28. Dezember 2015 hatte die Deutsche Bank vereinbart, ihre gesamte Beteiligung (19,99 %) an der Hua Xia Bank Company Limited ("Hua Xia") an die PICC Property & Casualty Company Limited ("PICC Property & Casualty") zu veräußern. Der Abschluss der Transaktion unterlag den üblichen Abschlussbedingungen und behördlichen Genehmigungen, darunter die der China Banking Regulatory Commission, die der PICC Property and Casualty im vierten Quartal 2016 die Zustimmung zum Erwerb der Beteiligung der Deutschen Bank an Hua Xia erteilt hat.

Im vierten Quartal 2015 hat die Bank bekannt gegeben, dass sie eine Vereinbarung mit der Raymond James Financial, Inc. eingegangen ist, um ihre US-amerikanische Private Client Services (PCS)-Einheit zu veräußern. Im September 2016 wurde diese Transaktion erfolgreich abgeschlossen.

Im November 2015 gab Visa Inc. bekannt, eine endgültige Vereinbarung über den Erwerb von Visa Europe Limited erzielt zu haben. In diesem Zusammenhang hat die Visa Europe Ltd. alle Aktionäre gebeten, darunter auch verschiedene Einheiten des Deutsche Bank-Konzerns, ihre Aktien gegen eine Barabfindung zurückzugeben. Die Deutsche Bank hat dies im Januar 2016 getan und bei Abschluss der Transaktion am 21. Juni 2016 eine Barabfindung erhalten. Darüber hinaus besteht ein Anspruch auf eine spätere Zahlung einschließlich einer Zinszahlung am dritten Jahrestag des Abschlusses der Transaktion.

Im Oktober 2014 haben wir die Immobilien von 90-Retail Banking-Filialen in Italien an den Italian Banking Fund (IBF), einen von der Hines Italy SGR verwalteten geschlossenen institutionellen Immobilienfonds, veräußert. Die veräußerten Immobilien hatten einen Gesamtwert von 134 Mio € und werden zum Großteil für einen Zeitraum von mindestens zwölf Jahren von dem Fonds geleast.

Im Mai 2014 haben wir den Verkauf einer Beteiligung von 20,2 % an der Deutschen Herold AG an die Zürich Beteiligungs AG, eine Tochtergesellschaft der Zurich Insurance Group AG, abgeschlossen. Wir haben die Beteiligung von 20,2 % unmittelbar vor dem Verkauf von einem Dritten erworben. Davon basierten 15,2 % auf einer Kaufvereinbarung, welche die Deutsche Bank und Zurich in 2001 eingegangen waren. Die verbleibenden 5,0 % der Beteiligung waren das Ergebnis der Ausübung einer Kaufoption durch Zürich.

Produkte und Dienstleistungen

Unser Angebot an Bank- und Finanzdienstleistungen reicht von einer umfassenden Betreuung von Privatkunden über die individuelle Betreuung anspruchsvoller Kunden im Private Banking und im Wealth Management bis hin zur spezifischen Betreuung von Geschäfts- und Firmenkunden.

Unsere Geschäftsbereiche PCC Germany und PCC International bieten ein vergleichbares Spektrum an Bankprodukten und -dienstleistungen in Europa und Indien an. Lokale Markt-, Kunden- und aufsichtsrechtliche Anforderungen können zu Variationen im Produktangebot einzelner Länder führen. Wir bieten Dienstleistungen im Zahlungsverkehr, Karten- und Kontengeschäft sowie Produkte im Einlagen-, Kredit-, Vermögensanlage- und Versicherungsgeschäft an. Darüber hinaus umfasst unser Angebot Produkte für kleine und mittlere Unternehmen, die im Rahmen unseres Mid-Cap-Joint-Venture von anderen Bereichen des Deutsche Bank Konzerns bereitgestellt werden.

Unser Geschäftsbereich Wealth Management bietet maßgeschneiderte Lösungen in der Vermögensverwaltung sowie Private Banking-Dienstleistungen an. Diese umfassen neben einem diskretionären Portfoliomanagement auch klassische und alternative Anlagelösungen, die durch strukturiertes Risikomanagement, Vermögensplanung, Kreditvergabe und Dienstleistungen für Family Offices ergänzt werden.

Vertriebskanäle und Marketing

Wir verfolgen einen Omnikanal-Ansatz, um die Erreichbarkeit für unsere Kunden und die Verfügbarkeit unserer Dienstleistungen weiter zu optimieren. Dabei wird dem Ausbau digitaler Kapazitäten in allen Geschäftsbereichen von PW&CC eine große Priorität eingeräumt.

PCC Germany und PCC International:

- Filialen: In unseren Filialen bieten wir grundsätzlich unsere gesamte Produktpalette sowie alle Beratungsleistungen an. Unser Filialnetz wird durch unseren telefonischen Kundenservice sowie durch Selbstbedienungseinrichtungen ergänzt.
- Beratungscenter: Die Beratungscenter agieren in Deutschland als Bindeglied zwischen den Filialen und unseren digitalen Angeboten. Damit können wir eine umfassende Betreuung und Beratung unserer Privat- und Geschäftskunden unabhängig von Filial-Öffnungszeiten gewährleisten.
- Online und Mobile Banking: Unser Internetauftritt umfasst eine Vielzahl von Produktinformationen und Dienstleistungen wie zum Beispiel interaktive Tools, Online-Anleitungen sowie Zugang zu spezifischen Medieninhalten. Wir bieten zudem eine leistungsstarke Transaktionsplattform für Bank-, Brokerage- und Self Service-Dienstleistungen an. Dies wird kombiniert mit App-Lösungen für Smartphones und Tablet-Computer, die sehr stark genutzt werden.
- Finanzberater / Vertriebs- und Kooperationspartnerschaften: Die PCC Geschäftsbereiche bieten in den meisten Ländern einen zusätzlichen Zugang zu Bank- und Finanzdienstleistungen durch unabhängige Finanzberater und Vertriebs- und Kooperationspartner an.

Wealth Management:

- Globale Kundenbetreuungs- und Beratungsteams: Diese Teams sind für die Pflege von Kundenbeziehungen, Beratungsleistungen und Unterstützung der Kunden beim Zugang zu den Produkten und Leistungen von WM verantwortlich. Um den Kunden umfassende Service- und Beratungsleistungen zur Verfügung zu stellen, gibt es in WM für alle Kunden eine zentrale Anlaufstelle mit spezialisierten Expertenteams für einzelne Kundengruppen.
- Key Client Partners (KCP): Sehr vermögende Privatkunden werden von Key Client Partners (KCP) betreut, die Möglichkeiten zur Vermögensanlage und maßgeschneiderte Lösungen über alle Anlagekategorien hinweg anbieten. Zu dem Angebot gehören unter anderem Privatmarktanlagen, Finanzierungslösungen, Lösungen für nicht zum Kerngeschäft gehörende Vermögenswerte, Alternativlösungen für besondere Situationen und Kapitalmarktlösungen.

Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM)

Überblick über den Unternehmensbereich

Mit einem verwalteten Vermögen von über 700 Mrd € zum 31. Dezember 2016 sieht sich der Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM) als einen der weltweit führenden Vermögensverwalter, der Kunden aus der ganzen Welt Zugang zu den internationalen Finanzmärkten verschafft und Lösungen anbietet. Ziel der Deutsche AM ist es, allen Kunden – sowohl einzelnen Anlegern als auch den sie betreuenden Institutionen – eine nachhaltige finanzielle Zukunft zu eröffnen.

2016 ergriff Deutsche AM einige Maßnahmen, um sich mehr auf sein Kerngeschäft als Anlageverwalter zu konzentrieren: Trennung vom Geschäftsbereich Wealth Management der Deutschen Bank, Übertragung der Handels- und bilanzierungswirksamen Geschäfte auf den Bereich Global Markets, Ausstieg aus nicht strategischen Bereichen wie Abbey Life.

Wir haben die folgenden signifikanten Kapitalveräußerungen seit dem 1. Januar 2014 vorgenommen:

Im Dezember 2016 hat die Deutsche Bank den Verkauf des Abbey Life Geschäftes (Abbey Life Assurance Company Limited, Abbey Life Trustee Services Limited und Abbey Life Trust Securities Limited) an ein Tochterunternehmen der Phoenix Group Holdings ("Phoenix Group") abgeschlossen.

Produkte und Dienstleistungen

Zur Produkt- und Dienstleistungspalette von Deutsche AM gehören sowohl aktive als auch passive Anlagestrategien sowie ein breites Spektrum an Vermögensklassen, einschließlich Aktien, festverzinslicher Wertpapiere, Liquiditätsprodukten, Immobilien, Infrastruktur, Private Equity und nachhaltige Anlagen. Deutsche AM liefert Alpha- und Beta-Lösungen, um anhand der Nutzung von Informationen und Technologien die Anforderungen seitens der Anleger bezüglich Langlebigkeit, Haftung und Liquidität zu erfüllen.

Vertriebskanäle und Marketing

Kundenbetreuungs- und Beratungsteams sind für die Pflege von Kundenbeziehungen, Beratungsleistungen und Unterstützung der Kunden beim Zugang zu den Produkten und Leistungen von Deutsche AM verantwortlich. Darüber hinaus vermarktet und vertreibt der Bereich seine Produkte über andere Unternehmensbereiche des Deutsche Bank-Konzerns, insbesondere über PW&CC für Privatanleger, sowie über die Vertriebskanäle von Drittanbietern. Um den Kunden effektive Service- und Beratungsleistungen zur Verfügung zu stellen, verfügt Deutsche AM über eine zentrale Anlaufstelle für Kunden, in der verschiedene Expertenteams spezifische Kundengruppen betreuen.

Unternehmensbereich Postbank

Überblick über den Unternehmensbereich

Die Postbank ist ein deutscher Finanzdienstleister für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister. Als Bank mit mehreren Vertriebskanälen bietet die Postbank ihre Produkte in ihrem deutschlandweiten Filialnetz, über den mobilen Vertrieb, das Direktbankgeschäft (online und mobil), über Callcenter sowie den Drittvertrieb durch Vertreter an. Die Gesellschaft bietet in ihren Filialen zudem in Zusammenarbeit mit der Deutschen Post DHL AG Post- und Paketdienste an. Die Postbank fokussiert ihre Geschäftstätigkeit in erster Linie auf das Privat- und Firmenkundengeschäft (Transaction Banking und Finanzierung) in Deutschland. Im ersten Halbjahr ist es der Postbank auf ihrem Weg in die Eigenständigkeit gelungen, die Fähigkeit zur Entflechtung von der Deutschen Bank zum 30. Juni 2016 herzustellen.

Seit dem 1. Januar 2014 haben wir folgende signifikante Veräußerungen getätigt:

Im November 2015 gab die Visa Inc. bekannt, eine endgültige Vereinbarung über den Erwerb der Visa Europe Ltd. erzielt zu haben. In diesem Zusammenhang hat die Visa Europe Ltd. alle Aktionäre gebeten, darunter auch die Postbank, ihre Aktien gegen eine Barabfindung zurückzugeben. Die Postbank hat dies im Januar 2016 getan und bei Vollzug der Transaktion am 21. Juni 2016 eine Barabfindung und aktienbasierte Kompensation erhalten. Darüber hinaus besteht ein Anspruch auf eine spätere Barzahlung einschließlich einer Zinszahlung am dritten Jahrestag des Vollzugs-tags.

Im Juli 2015 wurden die Anteile an der Postbank P.O.S. Transact GmbH verkauft und die Gesellschaft anschließend entkonsolidiert.

Produkte und Dienstleistungen

Im Bereich Retail Banking bietet die Postbank ihren Privat- und Geschäftskunden standardisierte Bank- und Finanzdienstleistungen an, die auf typische Bedarfssituationen ausgerichtet sind. Ihre Kernprodukte sind Girokonten, Sparkonten, Hypothekendarlehen, Bausparverträge und Verbraucherkredite. Anlageprodukte (insbesondere Investmentfonds) und Versicherungsgeschäfte sowie Postdienstleistungen und weitere Produkte außerhalb des Bankgeschäfts runden das Produktangebot ab.

Im Firmenkundengeschäft konzentriert sich die Postbank auf kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland. Ihre Kernprodukte umfassen Unternehmenskredite, internationale gewerbliche Immobilienfinanzierung, Abwicklung von Zahlungsverkehr, Factoring und Leasing sowie Zins- und Währungsmanagement. Zu den Bankdienstleistungen für Firmenkunden zählt die Tätigkeit von Transaktionen am Geld- und Kapitalmarkt entsprechend den Kundeninteressen.

Vertriebskanäle und Marketing

Die Postbank unterhält ein landesweites Filialnetz, das Ende 2016 1.043 Standorte in Deutschland und einen Standort in Luxemburg umfasste. Darüber hinaus ist die Postbank in circa 4.500 Partner-Filialen der Deutsche Post DHL AG, wo Kunden auf ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank zugreifen können, sowie in rund 700 Beratungscen-ter der Postbank Finanzberatung AG präsent. Als Bank mit mehreren Vertriebskanälen bietet die Postbank ihre Produkte in Filialen, über den mobilen Vertrieb, das Direktbankgeschäft (online und mobil), über Callcenter sowie den Drittvertrieb durch Vertreter und Kooperationspartner an.

- Filialen: Zusätzlich zu unserem deutschlandweiten Filialnetz haben wir damit begonnen, neue Vertriebszentren aufzubauen, in denen Kunden – unter einem Dach – von unserer gesamten Produkt- und Beratungspalette sowie von Postdienstleistungen profitieren können.
- Selbstbedienungsterminals: Diese Geräte werden zur Unterstützung unseres Filialnetzes eingesetzt und ermöglichen Kunden, Geld abzuheben und zu überweisen, Kontoauszüge zu drucken oder Termine mit einem Finanzbera-ter zu vereinbaren.

- Mobiler Vertrieb: Ferner vermarkten wir unsere Produkte und Dienstleistungen im Privatkundengeschäft zusätzlich über unabhängige Finanzberater.
- Callcenter: Unsere Callcenter bieten Kunden Remote Services (z. B. Abrufen von Kontoinformationen, Durchführung von Wertpapiergeschäften).
- Online und Mobile Banking: Auf unseren Webseiten stellen wir unseren Kunden vielfältige Produktinformationen und Dienstleistungen zur Verfügung, unter anderem interaktive Tools, Anleitungen und umfangreiche Medieninhalte. Wir stellen eine leistungsstarke Transaktionsplattform für Bank-, Brokerage- und Selbstbedienungsleistungen sowie ein viel genutztes Multi-Mobile-Angebot für Smartphones und Tablets zur Verfügung. Ferner investieren wir in die weitere Verbesserung leistungsstarker kundenfreundlicher End-to-end-Prozesse.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit (NCOU)

Im zweiten Halbjahr 2012 wurde die Non-Core Operations Unit (NCOU) als damals fünfte Säule der Geschäftsstruktur der Deutschen Bank geschaffen. Ziel war es, die Bank dabei zu unterstützen, Risiken im Zusammenhang mit kapitalintensiven Aktiva, die nicht zum Kerngeschäft gehören, zu verringern und damit den Kapitalbedarf zu reduzieren. Wir beabsichtigten mit der Schaffung der NCOU nach außen hin die Transparenz bezüglich unserer nicht strategischen Positionen zu verbessern, durch Abtrennung der nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten den Fokus des Managements stärker auf das Kerngeschäft zu richten und eine gezielte Beschleunigung des Risikoabbaus zu erreichen.

Die NCOU hat ihre Risikoabbauziele erfolgreich umgesetzt und das Portfolio so weit abgebaut, dass zum Jahresende 2016 das angestrebte Ziel, die risikogewichteten Aktiva („RWA“) auf unter 10 Mrd € zu senken, erreicht wurde. Bei der Ausübung dieses Mandats hat sich die NCOU aktiv auf Initiativen konzentriert, die zu einem wirksamen Kapitalbeitrag sowie einem Schuldenabbau führten, sodass die Bank in der Lage war, ihre harte Kernkapitalquote auf Basis der Vollumsetzung zu stärken. Zu Beginn des Jahres 2017 hat die NCOU aufgehört, als eigenständiger Unternehmensbereich zu bestehen.

Die verbliebenen Aktiva haben einen Bilanzwert von circa 6 Mrd € zum 31. Dezember 2016 und werden nun von den entsprechenden Segmenten des Kerngeschäfts, insbesondere Global Markets und Private Wealth & Commercial Clients gemanaged.

Der Unternehmensbereich NCOU hat seit dem 1. Januar 2014 folgende signifikante Veräußerungen getätigt:

Im November 2016 veräußerte die Deutsche Bank ihren verbleibenden Anteil von 16,9 % an Red Rock Resorts nach dem Börsengang im April 2016, bei dem die Deutsche Bank rund 3 % veräußert hatte.

Im April 2016 schloss die Deutsche Bank eine Vereinbarung zum Verkauf von Maher Terminals USA, LLC in Port Elizabeth, New Jersey an Macquarie Infrastructure Partners III („MIP III“), einen von Macquarie Infrastructure and Real Assets verwalteten Fonds. Im Rahmen der Transaktion hat MIP III zugesagt, 100 % an Maher Terminals USA zu erwerben. Nach Erhalt aller aufsichtsbehördlichen Genehmigungen haben wir im November 2016 den Verkauf für 739 Mio US-\$ erfolgreich abgeschlossen.

Im April 2015 hat die Deutsche Bank vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigungen eine Vereinbarung über den Verkauf des Fairview Container Terminal in Port of Prince Rupert, Kanada (eines Geschäftssegments von Maher Terminals) an DP World (einen in Dubai domizilierten Hafenterminalbetreiber) zu einem Preis in Höhe von 580 Mio CAD geschlossen. Nach Erhalt aller aufsichtsbehördlichen Genehmigungen haben wir im August 2015 den Verkauf erfolgreich abgeschlossen.

Am 19. Dezember 2014 hat die Deutsche Bank den Verkauf der Nevada Property 1 LLC, des Eigentümers von The Cosmopolitan of Las Vegas, an Blackstone Real Estate Partners VII zu einem Kaufpreis in Höhe von 1,73 Mrd US-\$ abgeschlossen.

Im März 2014 hat die Deutsche Bank den Verkauf der BHF-BANK an Kleinwort Benson Group und RHJ International zu einem Preis in Höhe von insgesamt 347 Mio € abgeschlossen. Der Preis wurde vorwiegend in bar (316 Mio €) und der Restbetrag in Form von neu emittierten Aktien der RHJ International zum Nennwert gezahlt. Diese Aktien wurden anschließend verkauft.

Infrastruktur und Regional Management

Die Infrastrukturfunktionen nehmen Kontroll- und Dienstleistungsfunktionen sowie insbesondere Aufgaben in Bezug auf die konzernweite, unternehmensbereichsübergreifende Ressourcenplanung, -steuerung und -kontrolle sowie das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement wahr.

Die Infrastrukturfunktionen sind in die folgenden Verantwortungsbereiche untergliedert:

- Vorsitzende: Vorstand, Communications, CSR, Group Audit, Corporate Strategy, Research und Group Incident & Investigation Management
- Chief Financial Officer: Group Finance, Group Tax, Group Treasury, Investor Relations, Corporate M&A und Group Management Consulting, Regional Finance, Divisional Finance inklusive Cost Operations, Planning and Performance Management und Finance Change & Administration
- Chief Risk Officer: Credit Risk, Operational Risk, Market Risk, Liquidity Risk, Enterprise Risk, Business aligned Risk, Regional Risk Management, Information & Resilience Risk Management und Corporate Insurance
- Chief Regulatory Officer: Group Regulatory Affairs, Group Structuring, Public Affairs, Compliance, Anti-Financial Crime
- Chief Administrative Officer: Legal inklusive Data Protection, Global Governance und Human Resources inklusive Corporate Executive Matters
- Chief Operating Officer: Group Technology and Operations, Digital Transformation, Corporate Services und Chief Information Security Office and Chief Data Officer

Regional Management hat die Aufgabe, die Integrität und Reputation des Konzerns zu schützen sowie lokale Aktivitäten an der strategischen Entwicklung über Unternehmensbereiche, Infrastrukturfunktionen und Rechtseinheiten der Deutschen Bank AG hinweg auszurichten und zu koordinieren.

Alle Aufwendungen und Erträge der Infrastrukturfunktionen und des Regional Managements werden in vollem Umfang unseren fünf (vormal sechs) Unternehmensbereichen zugeordnet.

Signifikante Investitionsausgaben und Veräußerungen

Signifikante Investitionsausgaben und Veräußerungen der letzten drei Geschäftsjahre sind in den vorangehenden Erläuterungen zu den Unternehmensbereichen berücksichtigt.

Seit dem 1. Januar 2016 haben wir kein öffentliches Übernahmeangebot für unsere Aktien durch Dritte erhalten und keine öffentlichen Übernahmeangebote für Aktien anderer Gesellschaften unterbreitet.

Geschäftsergebnisse

Konzernergebnisse

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	14.707	15.881	14.272	- 1.175	- 7	1.610	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.383	956	1.134	427	45	- 178	- 16
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	13.324	14.925	13.138	- 1.601	- 11	1.788	14
Provisionsüberschuss ¹	11.744	12.765	12.409	- 1.021	- 8	356	3
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen ¹	1.401	3.842	4.299	- 2.440	- 64	- 457	- 11
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	653	203	242	450	N/A	- 39	- 16
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	455	164	619	291	177	- 455	- 73
Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Sonstige Erträge	1.053	669	108	385	58	561	N/A
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	15.307	17.644	17.677	- 2.336	- 13	- 33	- 0
Summe Erträge insgesamt²	28.632	32.569	30.815	- 3.937	- 12	1.754	6
Personalaufwand	11.874	13.293	12.512	- 1.419	- 11	781	6
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	15.454	18.632	14.654	- 3.178	- 17	3.977	27
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	374	256	289	117	46	- 32	- 11
Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.256	5.776	111	- 4.520	- 78	5.665	N/A
Restrukturierungsaufwand	484	710	133	- 226	- 32	577	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	29.442	38.667	27.699	- 9.225	- 24	10.968	40
Ergebnis vor Steuern	- 810	- 6.097	3.116	5.287	- 87	- 9.213	N/A
Ertragsteueraufwand	546	675	1.425	- 129	- 19	- 750	- 53
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 1.356	- 6.772	1.691	5.416	- 80	- 8.463	N/A
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	45	21	28	24	112	- 6	- 23
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 1.402	- 6.794	1.663	5.392	- 79	- 8.457	N/A

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.

² Nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Zinsüberschuss

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	25.636	25.967	25.001	- 331	- 1	966	4
Summe der Zinsaufwendungen	10.929	10.086	10.729	843	8	- 643	- 6
Zinsüberschuss	14.707	15.881	14.272	- 1.175	- 7	1.610	11
Verzinsliche Aktiva im Jahres- durchschnitt ¹	1.033.172	1.031.827	1.040.908	1.345	0	- 9.080	- 1
Verzinsliche Passiva im Jahres- durchschnitt ¹	812.578	816.793	855.105	- 4.215	- 1	- 38.312	- 4
Zinsertragssatz ²	2,39 %	2,52 %	2,40 %	- 0,13 Ppkt	- 5	0,12 Ppkt	5
Zinsaufwandssatz ³	1,23 %	1,23 %	1,25 %	0,00 Ppkt	0	- 0,02 Ppkt	- 2
Zinsspanne ⁴	1,16 %	1,28 %	1,14 %	- 0,12 Ppkt	- 9	0,14 Ppkt	12
Zinsmarge ⁵	1,42 %	1,54 %	1,37 %	- 0,12 Ppkt	- 8	0,17 Ppkt	12

Ppt. – Prozentpunkte

¹ Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

² Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

³ Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁴ Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁵ Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

2016

Der Rückgang des Zinsüberschusses um 1,2 Mrd € (7 %) von 15,9 Mrd € im Jahr 2015 auf 14,7 Mrd € im Jahr 2016 resultierte hauptsächlich aus höheren Zinsaufwendungen und niedrigeren Zinserträgen. Der Zinsüberschuss in GM war geringer und beinhaltete geringere Erträge aus dem Prime Finance-Bereich aufgrund geringerer Kundenvolumen. Die höheren Zinsaufwendungen in GM spiegelten höherer Refinanzierungskosten wieder. Der Zinsüberschuss in CIB ging aufgrund geringerer Margen, des Niedrigzinsumfelds, schwacher Handelsvolumina und strategischen Entscheidungen im Rahmen unserer Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, zurück. Insgesamt verringerten sich sowohl die Zinsspanne als auch die Zinsmarge um 12 Basispunkte im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr.

2015

Der Anstieg des Zinsüberschusses um 1,6 Mrd € (11 %) von 14,3 Mrd € in 2014 auf 15,9 Mrd € in 2015 resultierte hauptsächlich aus einem höheren Zinsüberschuss aus Handelsaktivitäten im Unternehmensbereich GM, der vor allem auf eine starke Kundenaktivität und höhere Volumina im Kundengeschäft zurückzuführen war. Günstige Wechselkursentwicklungen und ein organisches Wachstum im Unternehmensbereich Deutsche AM trugen ebenfalls zu dem Anstieg bei. Insgesamt erhöhte sich die Zinsspanne um 14 Basispunkte, und die Zinsmarge verbesserte sich um 17 Basispunkte, hauptsächlich aufgrund höherer Zinsen und ähnlicher Erträge und geringerer Zinsaufwendungen bei geringeren verzinslichen Volumina im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr.

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
GM – Sales & Trading (Equity)	852	1.258	1.416	-406	-32	-158	-11
GM – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.582	3.857	3.105	-275	-7	752	24
Non-Core Operations Unit	-1.449	-634	-691	-815	129	57	-8
Sonstige	-1.584	-639	469	-945	148	-1.108	N/A
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	1.401	3.842	4.299	-2.441	-64	-457	-11

2016

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank im Gesamtjahr 2016 um 2,4 Mrd € auf 1,4 Mrd €. Hauptgrund hierfür waren der Einfluss ungünstiger Wechselkurse und Zinsstrukturen auf den Marktwert eines Derivats in der Kategorie „Sonstige“, welche größtenteils durch Erträge auf die zugrunde liegenden Vermögenswerte in GM ausgeglichen wurden. Ein Rückgang war auch in der NCOU zu verzeichnen. Dieser war hauptsächlich auf Belastungen im Zuge des Risikoabbaus durch die Auflösung von langfristigen Derivaten und die Abwicklung damit zusammenhängender Vermögenswerte zurückzuführen. Darüber hinaus waren die Erträge in GM durch ein schwieriges Marktumfeld in Equities und durch die Implementierung der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, negativ beeinflusst.

2015

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank im Gesamtjahr 2015 um 457 Mio € auf 3,8 Mrd €. Diese Entwicklung resultierte hauptsächlich aus einem Anstieg der Verluste in Höhe von 1,1 Mrd € in der Kategorie „Sonstige“. Faktoren, die dazu beitrugen, waren Verluste aus dem Derivatebestand in GM aufgrund von ungünstigen Bewegungen der Zinsstrukturen und der Wechselkurse, teilweise aufgehoben durch einen Anstieg um 752 Mio € in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) hauptsächlich aufgrund gestiegener Marktvolatilität im ersten Quartal 2015. Dies führte zu einer Zunahme der Kundennachfrage und der Transaktionsvolumina.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen wesentliche Geschäfte in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (beispielsweise Coupon- und Dividenden erträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten werden in Abhängigkeit von unterschiedlichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, entweder im Zinsüberschuss oder im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Um diese Entwicklung mit Blick auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns besser analysieren zu können, untergliedern wir in der folgenden Tabelle den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Unternehmensbereichen beziehungsweise innerhalb des Unternehmensbereichs GM nach Produkten.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	14.707	15.881	14.272	- 1.175	- 7	1.610	11
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	1.401	3.842	4.299	- 2.440	- 64	- 457	- 11
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	16.108	19.723	18.570	- 3.615	- 18	1.153	6
Aufgliederung nach Konzernbereich/ Produkt:¹							
Sales & Trading (Equity)	1.979	2.887	2.639	- 907	- 31	247	9
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.452	8.215	7.328	- 763	- 9	887	12
Sales & Trading insgesamt	9.431	11.102	9.967	- 1.671	- 15	1.135	11
Sonstige Produkte ²	- 204	- 360	- 785	155	- 43	425	- 54
Global Markets ³	9.227	10.742	9.182	- 1.515	- 14	1.560	17
Corporate & Investment Banking	2.090	2.215	1.969	- 125	- 6	247	13
Private, Wealth and Commercial Clients	3.877	3.862	3.973	14	0	- 111	- 3
Deutsche Asset Management	364	255	398	109	43	- 144	- 36
Postbank	2.175	2.316	2.165	- 142	- 6	151	7
Non-Core Operations Unit	- 1.261	- 353	- 310	- 909	N/A	- 43	14
Consolidation & Adjustments	- 363	685	1.193	- 1.048	N/A	- 508	- 43
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	16.108	19.723	18.570	- 3.615	- 18	1.153	6

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen

Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“.

² Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

³ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Global Markets (GM)

2016

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen verringerte sich im Geschäftsjahr 2016 gegenüber 2015 um 1,5 Mrd € (14 %) auf 9,2 Mrd €. Die Erträge im Bereich Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) sanken gegenüber 2015 um 763 Mio €, was einer Abnahme von 9 % entspricht. Dieser Rückgang war auf ein schwieriges Marktumfeld und den Rückzug aus bestimmten Ländern im Rahmen der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, zurückzuführen. Geringere Erträge in Bereich Emerging Markets und Foreign Exchange wurden teilweise durch höhere Erträge im Core Rates Bereich kompensiert. Die Erträge in Sales & Trading (Equity) sanken gegenüber 2015 um 907 Mio € (31 %). Der Rückgang war über alle Equity-Bereiche hauptsächlich aufgrund einer geringeren Kundenaktivität in einem herausfordernden Marktumfeld und im Prime Finance-Bereich wurden die Erträge beeinträchtigt durch höheren Refinanzierungskosten basierend auf größeren Zinsspannen auf unserer Verbindlichkeiten aufgrund der negativen Marktwahrnehmung über die Bank. Die Erträge aus sonstigen Produkten waren negative 204 Mio € und verbesserten sich jedoch um 155 Mio € (43 %) in 2016 gegenüber dem Vorjahreswert.

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg im Geschäftsjahr 2015 gegenüber 2014 um 1,6 Mrd € (17 %) auf 10,7 Mrd €. Die Erträge im Bereich Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) lagen im Jahr 2015 um 887 Mio € (12 %) über dem Vorjahreswert. Grund für diesen Anstieg waren die erhöhte Marktvolatilität und starke Kundenaktivität sowohl im Devisengeschäft als auch im Bereich Asia Pacific Local Markets sowie die erfreuliche Entwicklung bei Core Rates. Die Erträge in Emerging Markets stiegen, während die Erträge im Kreditgeschäft auf Vorjahresniveau blieben. Sales & Trading (Equity) verzeichnete 2015 einen Zuwachs der Erträge um 247 Mio € (9 %) gegenüber 2014. Die deutlich gestiegenen Erträge im Bereich Prime Finance infolge der höheren Kundenbestände wurden durch die schwächere Kundenaktivität und ein schwieriges Umfeld für das Risikomanagement im Bereich Equity Derivatives teilweise ausgeglichen. Im Equity Trading blieben die Erträge auf dem Niveau des Vorjahres. Die Erträge aus sonstigen Produkten waren negativ, verbesserten sich 2015 jedoch um 425 Mio € (54 %) gegenüber dem Vorjahreswert. Maßgeblich hierfür waren die deutlich geringeren Bewertungsanpassungen mit negativem Ergebnisbeitrag.

Corporate & Investment Banking (CIB)**2016**

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank im Geschäftsjahr 2016 gegenüber 2015 um 125 Mio € (6 %) auf 2,1 Mrd €. Der Rückgang war in erster Linie auf niedrigere Zinserträge im Bereich Trade Finance zurückzuführen, der durch schwache Margen und Negativzinsen belastet wurde.

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erhöhte sich im Geschäftsjahr 2015 gegenüber 2014 um 247 Mio € (13 %) auf 2,2 Mrd €. Der Anstieg des Zinsüberschusses spiegelt die höheren Erträge im Kreditgeschäft, insbesondere in den USA und Großbritannien, sowie die höheren Volumina in den Bereichen Structured Export und Commodity Trade Finance wider. Außerdem trugen Wechselkursgewinne im Devisengeschäft zu einem Rückgang der Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bei.

Private, Wealth and Commercial Clients (PW&CC)**2016**

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen lag mit 3,9 Mrd € im Geschäftsjahr 2016 auf Vorjahresniveau. Der Rückgang des Zinsüberschusses gegenüber 2015 war durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa bedingt. Außerdem war im Vorjahreswert die Zahlung einer höheren Sonderdividende bei PCC Germany enthalten, die im Nachgang zu einer Verkaufstransaktion eines Beteiligungsunternehmens entstand. Diese Ertragsrückgänge wurden durch ein höheres Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aufgrund positiver Effekte aus der Transaktion im Zusammenhang mit der Beteiligung von PW&CC an der Hua Xia Bank Co. Ltd. kompensiert.

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank im Geschäftsjahr 2015 gegenüber 2014 um 111 Mio € (3 %) auf 3,9 Mrd €. Ursächlich hierfür waren hauptsächlich Effekte aus der Transaktion im Zusammenhang mit der Beteiligung von PW&CC an der Hua Xia Bank Co. Ltd. und das weiterhin herausfordernde Zinsumfeld im Jahr 2015. Dies wurde durch positive Währungseffekte, geringere Refinanzierungskosten und höhere Kreditvolumina im Bereich Wealth Management sowie durch eine Sonderdividende bei PCC Germany aus einer Verkaufstransaktion eines Beteiligungsunternehmens teilweise ausgeglichen.

Deutsche Asset Management (Deutsche AM)

2016

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erhöhte sich im Geschäftsjahr 2016 gegenüber 2015 um 109 Mio € (43 %) auf 364 Mio €. Hauptgründe für den Anstieg waren eine 2016 vorgenommene Wertaufholung auf unsere Risikoposition bei der HETA Asset Resolution AG innerhalb unserer Fonds mit Kapitalgarantie und günstige Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life infolge höherer Marktgewinne.

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank im Geschäftsjahr 2015 gegenüber 2014 um 144 Mio € (36 %) auf 255 Mio €. Der Rückgang resultiert vor allem aus einer Abschreibung auf unsere Risikoposition bei der HETA Asset Resolution AG im Jahr 2015 sowie negativen Marktwertanpassungen bei den Fonds mit Kapitalgarantie.

Postbank (PB)

2016

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen verringerte sich im Geschäftsjahr 2016 gegenüber 2015 um 142 Mio € (6 %) auf 2,2 Mrd €. Während der Zinsüberschuss trotz des weiterhin schwierigen Niedrigzinsumfelds praktisch unverändert blieb, sank das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen, bedingt durch die außerordentlich hohen Nettoerträge im Handelsgeschäft im Jahr 2015, um 143 Mio € beziehungsweise 87 %.

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erhöhte sich im Geschäftsjahr 2015 gegenüber 2014 um 151 Mio € (7 %) auf 2,3 Mrd €. Die Zunahme spiegelte vor allem das bessere Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen wider, das auf die überdurchschnittlich hohen Nettoerträge im Handelsgeschäft von 322 Mio € im Jahr 2015 zurückzuführen war. Das Niedrigzinsumfeld stellte die Postbank weiterhin vor Herausforderungen; es gelang jedoch, den Zinsüberschuss durch ein Wachstum des Kreditvolumens zu stabilisieren.

Non-Core Operations Unit (NCOU)

2016

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2016 auf minus 1,3 Mrd € im Vergleich zu minus 353 Mio € im Jahr 2015. Die Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung von langfristigen Derivaten sowie verschiedenen Anleiheverkäufen und weiteren Abwicklungen im Portfolio.

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2015 auf minus 353 Mio €, was einem Anstieg des Fehlbetrags um 43 Mio € (14 %) gegenüber 2014 entspricht. Hauptgrund für die Zunahme war der niedrigere Zinsüberschuss nach dem Verkauf von Vermögenswerten, der einen 2014 angefallenen einmaligen Verlust in der Special Commodities Group aus unserem Engagement in handelbaren Produkten am US-amerikanischen Markt überstieg.

Consolidation & Adjustments (C&A)

2016

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2016 auf minus 363 Mio €, ein Rückgang von 1,0 Mrd € gegenüber dem Vorjahreswert von 685 Mio €. Diese Entwicklung ist vor allem auf einen Anstieg der Zinsen am langen Ende der Zinsstrukturkurve für den US-Dollar und Euro im vierten Quartal 2016 zurückzuführen. Die gegenläufigen Marktwertanpassungen wurden in anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

2015

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen betrug 2015 685 Mio € im Vergleich zu 1.193 Mio € im Geschäftsjahr 2014. Dies entspricht einer Abnahme von 508 Mio € (43 %), hauptsächlich bedingt durch fallende Zinsen am langen Ende der Zinsstrukturkurve im Jahr 2014. Diese Instrumente wurden auf Mikroebene abgesichert; die gegenläufigen Marktwertanpassungen wurden in anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Der Rückgang wurde teilweise durch einen positiven Effekt aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (FVA) interner unbesicherter Derivate aufgehoben.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

2016

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich 2016 auf 1,4 Mrd € und war damit um 427 Mio € (45 %) höher als im Vorjahreszeitraum. Grund war vor allem eine höhere Risikovorsorge in den Unternehmensbereichen CIB und GM, verursacht durch Forderungen gegenüber den Branchen Schifffahrt, Metalle und Bergbau sowie Öl und Gas. In der NCOU erhöhte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft aufgrund der nach IAS 39 umklassifizierten Aktiva in den europäischen Hypothekenportfolios. Die Zunahme wurde teilweise durch einen Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in PW&CC und der Postbank ausgeglichen, was die weiterhin hohe Qualität des Kreditportfolios und das günstige Wirtschaftsumfeld widerspiegelt.

2015

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag 2015 mit 956 Mio € um 178 Mio € (16 %) unter dem Vorjahreswert, hauptsächlich aufgrund erheblicher Rückgänge in der NCOU und in PW&CC. Der Rückgang in der NCOU ist auf nach IAS 39 umklassifizierte Aktiva und Immobilienkredite, der Rückgang in PW&CC auf Verkäufe notleidender Kredite, das positive Kreditumfeld in Deutschland sowie die sich stabilisierende Wirtschaftslage in Südeuropa zurückzuführen. Die Entwicklung wurde durch die höhere Risikovorsorge in CIB im Zusammenhang mit den Portfolios für Schiffskredite und Leveraged Finance teilweise aufgezehrt.

Übrige zinsunabhängige Erträge

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Provisionsüberschuss ¹	11.744	12.765	12.409	- 1.021	- 8	356	3
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	653	203	242	450	N/A	- 39	- 16
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	455	164	619	291	177	- 455	(73)
Sonstige Erträge	1.053	669	108	385	58	561	N/A
Übrige zinsunabhängige Erträge	13.906	13.802	13.378	104	1	424	3

¹ beinhaltet:

Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften:							
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	401	432	404	- 31	- 7	28	7
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	3.507	3.666	3.057	- 159	- 4	609	20
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	380	382	283	- 3	- 1	99	35
Insgesamt	4.287	4.480	3.744	- 193	- 4	736	20
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts:							
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	1.871	2.388	2.545	- 517	- 22	- 157	- 6
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	1.434	1.746	1.488	- 312	- 18	258	17
Insgesamt	3.305	4.134	4.033	- 829	- 20	101	3
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen:	4.152	4.151	4.632	1	0	- 480	- 10
Provisionsüberschuss insgesamt	11.744	12.765	12.409	- 1.021	- 8	356	3

N/A – Nicht aussagefähig

Provisionsüberschuss

2016

Der Provisionsüberschuss sank von 12,8 Mrd € im Geschäftsjahr 2015 um 1,0 Mrd € (8 %) auf 11,7 Mrd € im Geschäftsjahr 2016. In PW&CC ging der Provisionsüberschuss in erster Linie durch erhebliche Marktbewegungen und geringere Kundenaktivitäten zurück. Die Erträge in CIB wurden vor allem durch rückläufige Transaktionsvolumina und das schwächere Emissionsgeschäft infolge der weltweiten politischen Unsicherheiten und erwarteter Zinserhöhungen belastet. In GM wirkte sich das verminderte Provisionsaufkommen infolge der geringeren Marktvolumina negativ aus.

2015

Der Provisionsüberschuss stieg von 12,4 Mrd € im Geschäftsjahr 2014 um 356 Mio € (3 %) auf 12,8 Mrd € im Geschäftsjahr 2015. Die Provisionen aus verwaltetem Vermögen erhöhten sich aufgrund eines guten operativen Ergebnisses in unseren Geschäftsbereichen und spiegelten die günstigen Marktbedingungen, Mittelzuflüsse und erfolgsabhängige Provisionseinnahmen in Active Asset Management wider. Diese Entwicklung wurde durch einen rückläufigen Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen teilweise aufgezehrt, der einen Rückgang in der Postbank aufgrund eines neuen Vertragsabschlusses mit der Deutschen Post DHL und einen geringeren Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft beinhaltete.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

2016

Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten erhöhte sich von 203 Mio € in 2015 um 450 Mio € auf 653 Mio € im Geschäftsjahr 2016. Der Anstieg beruht auf der Veräußerung einer Beteiligung an Visa Europe Limited, dem Verkauf von Staatsanleihen im Unternehmensbereich Postbank und dem Risikoabbau in der NCOU.

2015

Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten sank von 242 Mio € in 2014 um 39 Mio € (16 %) auf 203 Mio € im Geschäftsjahr 2015. Der Rückgang 2015 resultierte vor allem aus einem Gewinn aus einem Geschäftsverkauf im Vorjahr sowie Gewinnen aus Wertpapierverkäufen der DB Bauspar.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen

2016

Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen erhöhte sich von 164 Mio € in 2015 um 291 Mio € auf 455 Mio € im Geschäftsjahr 2016. Der Anstieg ist in erster Linie auf den Gewinn aus dem Börsengang von Red Rock Resorts in der NCOU zurückzuführen.

2015

Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen sank von 619 Mio € in 2014 um 73 % auf 164 Mio € im Geschäftsjahr 2015, hauptsächlich aufgrund der Bewertung unserer Beteiligung im Zusammenhang mit der Hua Xia Bank.

Sonstige Erträge

2016

Die Sonstigen Erträge stiegen um 58 % von 669 Mio € in 2015 auf 1,1 Mrd € im Geschäftsjahr 2016. Die Zunahme 2016 spiegelte vor allem die Realisierung der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus der Ausbuchung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. wider, teilweise kompensiert durch Verluste aus der Veräußerung von nach IAS 39 umklassifizierten Aktiva in der NCOU und des nicht Wiederauftretens von Erträgen aus Rechtsstreitigkeiten und des Verkaufs von Maher Prince Rupert in 2015.

2015

Die Sonstigen Erträge stiegen von 108 Mio € in 2014 auf 669 Mio € im Geschäftsjahr 2015. Der Anstieg 2015 war vor allem auf den Verkauf von Aktiva infolge des beschleunigten Risikoabbaus in der NCOU zurückzuführen, inklusive Maher Prince Rupert, und Erträge aus Rechtsstreitigkeiten in der NCOU.

Zinsunabhängige Aufwendungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Personalaufwand	11.874	13.293	12.512	-1.419	-11	781	6
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ¹	15.454	18.632	14.654	-3.178	-17	3.977	27
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	374	256	289	117	46	-32	-11
Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.256	5.776	111	-4.520	-78	5.665	N/A
Restrukturierungsaufwand	484	710	133	-226	-32	577	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	29.442	38.667	27.699	-9.225	-24	10.968	40

N/A - nicht aussagefähig

¹ beinhaltet:

	2016	2015	2014	in Mio €	in %	in Mio €	in %
EDV-Aufwendungen	3.872	3.664	3.333	208	6	331	10
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.972	1.944	1.978	28	1	-34	-2
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	2.305	2.283	2.029	22	1	255	13
Kommunikation und Datenadministration	761	807	725	-46	-6	82	11
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	450	505	521	-56	-11	-16	-3
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen	664	598	660	66	11	-62	-9
Marketingaufwendungen	285	294	293	-9	-3	2	1
Konsolidierte Beteiligungen	334	406	811	-72	-18	-405	-50
Sonstige Aufwendungen ²	4.812	8.129	4.305	-3.317	-41	3.824	89
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	15.454	18.632	14.654	-3.178	-17	3.977	27

² Darin enthalten sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 2,4 Mrd € in 2016, 5,2 Mrd € in 2015 und 1,6 Mrd € in 2014. Des Weiteren sind für 2014 darin enthalten 0,4 Mrd € Kreditbearbeitungsgebühren in PBC.

Personalaufwand

2016

Der Personalaufwand sank von 13,3 Mrd € in 2015 um 1,4 Mrd € (11 %) auf 11,9 Mrd € im Geschäftsjahr 2016, hauptsächlich infolge niedrigerer leistungsbezogenen Vergütungen.

2015

Der Personalaufwand stieg von 12,5 Mrd € in 2014 um 781 Mio € (6 %) auf 13,3 Mrd € im Geschäftsjahr 2015. Dies reflektiert hauptsächlich ungünstige Wechselkursentwicklungen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

2016

Der Sachaufwand und sonstige Aufwand verringerte sich von 18,6 Mrd € in 2015 um 3,2 Mrd € (17 %) auf 15,5 Mrd € im Geschäftsjahr 2016. Hauptgrund für den Rückgang waren 2,8 Mrd € niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten im Vergleich zu 2015. Positive Wechselkursentwicklungen und die Reduktion verschiedener Kostenpositionen wurden teilweise durch gestiegene EDV-Aufwendungen infolge höherer Abschreibungen auf selbst entwickelte Software aufgehoben.

2015

Der Sachaufwand und sonstige Aufwand stieg von 14,7 Mrd € in 2014 um 4,0 Mrd € (27 %) auf 18,6 Mrd € im Geschäftsjahr 2015. Der Anstieg resultierte hauptsächlich aus höheren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 5,2 Mrd € im Vergleich zu 1,6 Mrd € Rechtsstreitigkeiten für den Konzern und 400 Mio € Kreditbearbeitungsgebühren in PW&CC im Jahr 2014, ungünstigen Wechselkursentwicklungen, höheren Abschreibungen und Wertminderungen bei Software sowie wesentlich höheren Bankenabgaben. Diese Effekte wurden durch niedrigere Kosten aufgrund der Veräußerung von Vermögenswerten in der NCOU im Jahr 2014 und sonstiger Kosteneinsparungen teilweise kompensiert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft**2016**

Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft stiegen von 256 Mio € in 2015 um 117 Mio € (46 %) auf 374 Mio € im Geschäftsjahr 2016, ausschließlich aufgrund höherer Aufwendungen im Versicherungsgeschäft bei Abbey Life. Diesen Aufwendungen standen Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Versicherungsgeschäft gegenüber.

2015

Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sanken von 289 Mio € in 2014 um 32 Mio € (11 %) auf 256 Mio € im Geschäftsjahr 2015. Dieser Rückgang war ausschließlich auf versicherungsbezogene Aufwendungen in Bezug auf Abbey Life zurückzuführen. Diesen Aufwendungen standen Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Versicherungsgeschäft gegenüber.

Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte**2016**

Die Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte sanken von 5,8 Mrd € in 2015 um 4,5 Mrd € (78 %) auf 1,3 Mrd €. In den Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte für 2016 ist eine Wertminderung von 1,0 Mrd € im Zusammenhang mit dem Verkauf von Abbey Life enthalten und eine Wertminderung von 285 Mio € in GM aufgrund des Transfers bestimmter Geschäftsaktivitäten aus der Deutschen AM.

2015

Von den Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 5,8 Mrd € entfielen 2,6 Mrd € (davon 1,8 Mrd € Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und 834 Mio € auf sonstige immaterielle Vermögenswerte) auf PB, 1,6 Mrd € auf GM, 1,0 Mrd € auf PW&CC und 600 Mrd € auf CIB. Der Gesamtbetrag setzt sich aus einer vollen Wertminderung auf den Geschäfts- und Firmenwert in GM und der Postbank sowie einer teilweisen Wertminderung auf sonstige immaterielle Vermögenswerte in der Postbank zusammen. Die Wertminderungen waren größtenteils auf einen Anstieg der erwarteten höheren aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen und Veräußerungen in PW&CC zurückzuführen.

Restrukturierungsaufwand

2016

Der Restrukturierungsaufwand betrug 484 Mio € im Geschäftsjahr 2016, im Vergleich zu 710 Mio € in 2015 und reflektiert die laufende Umsetzung der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden.

2015

Der Restrukturierungsaufwand stieg von 133 Mio € in 2014 auf 710 Mio € im Geschäftsjahr 2015. Diese Zunahme war auf Aufwendungen von 616 Mio € für die Implementierung unserer 2015 vorgestellten Strategie zurückzuführen, denen teilweise geringere Aufwendungen unseres 2015 planmäßig abgeschlossenen OpEx-Programms im Vergleich zum Vorjahr gegenüberstanden.

Ertragsteueraufwand

2016

Der Ertragsteueraufwand lag bei 546 Mio € (2015: 675 Mio €). Die effektive Steuerquote in Höhe von minus 67 % (2015: minus 11 %) wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

2015

Der Ertragsteueraufwand lag bei 675 Mio € (2014: 1,4 Mrd €). Die effektive Steuerquote in Höhe von minus 11 % (2014: 46 %) wurde im Wesentlichen durch signifikante steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Segmentergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Konzernbereiche dargestellt. Informationen zu den folgenden Sachverhalten sind in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung und
- Rahmenwerk unserer Managementberichtssysteme.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2016 gültige Konzernstruktur. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis unserer Managementberichtssysteme ermittelt.

								2016
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments and Other	Total
Erträge insgesamt¹	9.290	7.483	7.717	3.020	3.366	- 382	- 479	30.014
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	142	672	255	1	184	128	1	1.383
Zinsunabhängige Aufwendungen								
Personalaufwand	1.787	1.711	2.438	611	1.397	68	3.861	11.874
Sachaufwand	6.885	3.243	3.815	1.171	1.418	2.678	- 3.756	15.454
Aufwendungen im								
Versicherungsgeschäft	0	0	0	374	0	0	0	374
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	0	0	1.021	0	- 49	- 0	1.256
Restrukturierungsaufwand	127	165	141	47	0	4	- 0	484
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	9.084	5.119	6.394	3.223	2.815	2.701	106	29.442
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	47	1	0	0	0	- 4	- 46	0
Ergebnis vor Steuern	16	1.691	1.068	- 204	367	- 3.207	- 541	- 810
Aufwand-Ertrag-Relation	98 %	68 %	83 %	107 %	84 %	N/A	N/A	98 %
Aktiva²	1.012.627	189.910	189.444	12.340	139.743	5.523	40.959	1.590.546
Investitionen in langlebige Aktiva	2	1	13	0	121	- 0	773	909
Risikogewichtete Aktiva ³	157.913	79.698	43.855	8.961	42.209	9.174	15.706	357.518
Verschuldungsposition (CRD 4) – Stichtagswert	682.346	271.925	195.373	3.131	146.978	7.882	40.018	1.347.653
Durchschnittliches Eigenkapital	24.695	12.076	9.008	6.221	6.006	4.037	38	62.082
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittli- chen materiellen Eigenkapital)⁴	0 %	10 %	9 %	- 8 %	4 %	N/A	N/A	- 3 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittli- chen Eigenkapital)⁴	0 %	9 %	8 %	- 2 %	4 %	N/A	N/A	- 2 %
¹ beinhaltet:								
Zinsüberschuss	4.765	2.092	3.678	326	2.154	188	1.504	14.707
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	124	14	5	44	0	269	- 1	455
² beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	517	112	23	203	0	98	73	1.027

N/A – Nicht aussagekräftig

³ RWA und Kapitalquoten basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

⁴ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt. Diese belief sich zum 31. Dezember 2016 auf minus 67 %. Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind. Zum 31. Dezember 2016 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 35 %.

	2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments and Other	Total
Erträge insgesamt¹	10.857	8.047	7.510	3.021	3.112	794	184	33.525
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	50	342	300	1	211	51	1	956
Zinsunabhängige Aufwendungen								
Personalaufwand	2.320	2.115	2.517	778	1.425	86	4.052	13.293
Sachaufwand	8.622	3.512	3.869	1.304	1.475	2.921	-3.073	18.632
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	256	0	0	0	256
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.568	600	1.011	0	2.597	0	0	5.776
Restrukturierungsaufwand	89	39	585	-2	0	-1	0	710
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	12.599	6.266	7.983	2.336	5.497	3.006	980	38.667
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	26	0	-0	-0	1	1	-27	0
Ergebnis vor Steuern	-1.817	1.439	-774	684	-2.596	-2.264	-770	-6.097
Aufwand-Ertrag-Relation	116 %	78 %	106 %	77 %	177 %	N/A	N/A	115 %
Aktiva ²	1.113.771	123.809	176.038	30.352	136.061	23.007	26.092	1.629.130
Investitionen in langlebige Aktiva	1	1	0	1	112	-0	643	758
Risikogewichtete Aktiva ³	161.347	86.087	49.603	10.759	43.242	32.896	12.780	396.714
Verschuldungsposition (CRD 4) – Stichtagswert	731.197	276.732	188.467	5.358	141.370	36.553	15.511	1.395.188
Durchschnittliches Eigenkapital	24.675	12.483	10.265	5.719	7.798	6.755	1.361	69.055
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittli- chen materiellen Eigenkapital) ⁴	-5 %	8 %	-6 %	48 %	(30) %	N/A	N/A	-12 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittli- chen Eigenkapital) ⁴	-5 %	7 %	-5 %	8 %	(22) %	N/A	N/A	-10 %
¹ beinhaltet:								
Zinsüberschuss	5.807	2.299	3.868	449	2.153	282	1.024	15.881
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	55	12	40	34	0	20	3	164
² beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	466	111	19	182	3	166	68	1.013

N/A – Nicht aussagekräftig

³ RWA und Kapitalquoten basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

⁴ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt. Diese belief sich zum 31. Dezember 2015 auf minus 11 %. Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind. Zum 31. Dezember 2015 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 35 %.

								2014
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments and Other	Total
Erträge insgesamt¹	10.069	7.667	7.868	2.643	3.238	489	-26	31.949
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	27	232	349	-0	274	251	1	1.134
Zinsunabhängige Aufwendungen								
Personalaufwand	2.286	2.067	2.568	631	1.344	94	3.522	12.512
Sachaufwand	5.796	3.033	3.872	1.132	1.743	2.366	-3.287	14.654
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	289	0	0	0	289
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	-83	0	194	0	111
Restrukturierungsaufwand	92	29	9	-3	0	4	1	133
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	8.174	5.129	6.449	1.965	3.087	2.658	237	27.699
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	25	1	-0	4	1	-2	-28	0
Ergebnis vor Steuern	1.843	2.306	1.070	674	-123	-2.419	-236	3.116
Aufwand-Ertrag-Relation	81 %	67 %	82 %	74 %	95 %	N/A	N/A	87 %
Aktiva ²	1.186.046	130.634	164.928	29.840	141.157	33.936	22.163	1.708.703
Investitionen in langlebige Aktiva	0	0	0	1	108	-0	517	626
Risikogewichtete Aktiva ³	147.063	73.692	46.564	5.402	42.843	56.899	21.506	393.969
Verschuldungsposition (CRD 4) – Stichtagswert	754.648	248.828	172.212	4.367	144.051	85.673	35.401	1.445.181
Durchschnittliches Eigenkapital	20.569	10.512	9.183	5.144	8.134	7.724	143	61.410
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittli- chen materiellen Eigenkapital) ⁴	6 %	16 %	10 %	67 %	(2) %	N/A	N/A	4 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittli- chen Eigenkapital) ⁴	6 %	14 %	8 %	9 %	(1) %	N/A	N/A	3 %
¹ beinhaltet:								
Zinsüberschuss	5.390	2.114	3.720	398	2.152	381	117	14.272
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	125	5	440	22	-9	34	2	619
² beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	472	99	3.151	163	3	170	85	4.143

N/A – Nicht aussagekräftig

³ RWA und Kapitalquoten basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.⁴ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt. Diese belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 46 %. Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind. Zum 31. Dezember 2014 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 35 %.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Global Markets

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt							
Sales & Trading (Equity)	2.502	3.337	3.117	- 835	- 25	220	7
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.339	8.215	7.595	- 876	- 11	620	8
Sales & Trading	9.841	11.552	10.712	- 1.711	- 15	840	8
Sonstige Produkte	- 551	- 695	- 643	144	- 21	- 52	8
Summe Erträge insgesamt	9.290	10.857	10.069	- 1.567	- 14	788	8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	142	50	27	92	185	23	85
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	1.787	2.320	2.286	- 533	- 23	34	1
Sachaufwand	6.885	8.622	5.796	- 1.737	- 20	2.826	49
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	1.568	0	- 1.283	- 82	1.568	N/A
Restrukturierungsaufwand	127	89	92	38	43	- 3	- 4
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	9.084	12.599	8.174	- 3.515	- 28	4.424	54
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	47	26	25	22	85	1	3
Ergebnis vor Steuern	16	- 1.817	1.843	1.833	N/A	- 3.660	N/A
Aufwand-Ertrag-Relation	98 %	116 %	81 %	N/A	- 18 Ppkt	N/A	35 Ppkt
Aktiva ¹	1.012.627	1.113.771	1.186.046	- 101.143	- 9	- 72.276	- 6
Risikogewichtete Aktiva ²	157.913	161.347	147.063	(3.433)	(2)	14.284	10
Durchschnittliches Eigenkapital ³	24.695	24.675	20.569	20	0	4.106	20
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	0 %	- 5 %	6 %	N/A	6 Ppkt	N/A	-12 Ppkt
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	0 %	- 5 %	6 %	N/A	5 Ppkt	N/A	-11 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalquoten basieren auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung.³ Die Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2016

Die Erträge im Unternehmensbereich Global Markets beliefen sich 2016 auf 9,3 Mrd €, was einem Rückgang von 1,6 Mrd € (14 %) gegenüber 10,9 Mrd € im Geschäftsjahr 2015 entsprach. Die Erträge wurden durch schwierige Rahmenbedingungen im Aktienhandel, negative Marktwahrnehmung über die Bank und die Umsetzung der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, belastet.

Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) erzielte Erträge von 7,3 Mrd €, die um 876 Mio € (11 %) unter dem Vorjahreswert lagen. Die Erträge im Devisengeschäft konnten auf dem starken Niveau des Vorjahres gehalten werden. Im Bereich Core Rates waren die Erträge unverändert, da die gute Entwicklung in Europa durch einen schwächeren Geschäftsverlauf in den USA teilweise aufgehoben wurde. Die Erträge im Kreditgeschäft entsprachen ebenfalls dem Vorjahresniveau und spiegelten die Auswirkungen des Risikoabbaus im Bereich Securitized Trading im Rahmen der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, wider. Die starke Geschäftsentwicklung im Bereich Financing & Solutions und bei gewerblichen Immobilien, insbesondere in den USA, wurde durch die schlechtere Entwicklung in den Bereichen Credit Flow und Securitized Trading kompensiert. Die Erträge im Bereich Emerging Markets gingen 2016 deutlich zurück. Gründe hierfür waren der Rückzug aus Ländern, insbesondere aus Russland, im Rahmen der Umsetzung der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, schwächere Kundenaktivitäten und makroökonomische Unsicherheiten. Die deutlich niedrigeren Erträge im Bereich Asia Pacific Local Markets sind auf ungünstige Marktbedingungen im ersten Halbjahr und die Schwäche an den Märkten zurückzuführen, die das kundenbezogene Geschäft belasteten.

Die Erträge in Sales & Trading (Equity) sanken um 835 Mio € (25 %) auf 2,5 Mrd €. Der Ertragsrückgang in Prime Finance spiegelte die geringeren Kundenbestände und Handelsaktivitäten, sowie die erhöhten Refinanzierungskosten aufgrund der erweiterten DB Credit Spreads wider. Im Bereich Equity Derivatives wirkte sich die geringere Kundenaktivität ebenfalls ertragsmindernd aus. Die Erträge in Cash Equity sanken 2016 infolge eines schwierigen Marktumfelds und niedrigerer Kundenvolumina.

Die Erträge aus sonstigen Produkten im Gesamtjahr 2016 beliefen sich auf minus 551 Mio € im Vergleich zu minus 695 Mio € im Gesamtjahr 2015. Sie beinhalteten Transfers aus dem und in den Bereich Corporate & Investment Banking, die aus der Kundenbetreuung und dem Produktvertrieb resultierten, sowie die folgenden Bewertungsanpassungen: erstens einen Marktwertgewinn von 61 Mio € (Gesamtjahr 2015: Gewinn von 113 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiva (RWA) für kreditbezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments – CVA). CVAs führen gemäß den CRR/CRD 4-Kapitalvorschriften zu einer Erhöhung der RWAs des Konzerns (der Konzern versucht diese regulatorische CVA-Erhöhung durch Absicherungen über Credit Default Swaps zu reduzieren; diese regulatorischen Absicherungen des Kapitals erfolgen zusätzlich zu den Absicherungen für CVA-Exposures nach Maßgabe der IFRS-Vorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und führen daher zu Marktwertschwankungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, die als Ertragsposten ausgewiesen werden). Zweitens ein Verlust von 146 Mio € im Gesamtjahr 2015 im Zusammenhang mit einer Verfeinerung der Berechnungsmethode nach IFRS für CVA an; im Geschäftsjahr 2016 wurde kein entsprechender Posten verbucht. Drittens einen Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments – FVA) von 141 Mio € (Gesamtjahr 2015: Verlust von 145 Mio €, der einen negativen Effekt von 26 Mio € aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode beinhaltete); zuletzt einen Gewinn von 27 Mio € (Gesamtjahr 2015: Gewinn von 48 Mio €) im Zusammenhang mit den Auswirkungen einer forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (Debt Value Adjustment – DVA) bei bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Global Markets belief sich auf 142 Mio € (2015: Aufwand von 50 Mio €), was hauptsächlich auf eine geringe Anzahl von Engagements in den Branchen Metalle und Bergbau sowie Gewerbliche Immobilien zurückzuführen war.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken im Vergleich zum Gesamtjahr 2015 um 3,5 Mrd € (28 %). Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf geringere Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und geringere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in 2016 beinhalteten 876 Mio € für Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten. Ohne diese Effekte lagen die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 3 % unter dem Vorjahreswert.

Das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2016 entsprach einem Gewinn von 16 Mio € (2015: Verlust von 1,8 Mrd €). Zu dieser Entwicklung trugen die um 2,0 Mrd € geringeren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten im Jahr 2016 und die um 1,3 Mrd € höheren Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert im Jahr 2015 bei, die durch den Rückgang der Erträge um 1,6 Mrd € im Geschäftsjahr 2016 teilweise aufgehoben wurden.

2015

Die Erträge im Unternehmensbereich Global Markets beliefen sich 2015 auf 10,9 Mrd €, ein Anstieg von 788 Mio € (8 %) gegenüber 10,1 Mrd € im Geschäftsjahr 2014.

Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) erzielte Erträge von 8,2 Mrd €, die um 620 Mio € (8 %) über dem Wert des Vorjahres lagen. Die Erträge im Devisengeschäft waren aufgrund der gestiegenen Marktvolatilität und regen Kundenaktivität deutlich höher als im Vorjahr. Im Core Rates-Geschäft wurden dank der guten Geschäftsentwicklung in Europa und Nordamerika erheblich höhere Erträge erzielt. Die Erträge im Kreditgeschäft lagen auf Vorjahresniveau, da die starke Entwicklung in den Bereichen Credit Flow und Securitized Trading durch die geringere Kundenaktivität bei gewerblichen Immobilien und ein schwächeres Marktumfeld, insbesondere in der Region Asien-Pazifik, aufgehoben wurde.

Im Bereich Emerging Markets nahmen die Erträge trotz schwieriger Märkte und unseres Rückzugs aus Russland aufgrund einer starken Performance in Lateinamerika zu. Die Erträge im Bereich Asia Pacific Local Markets stiegen kräftig und profitierten von dem soliden Volumen neuer Transaktionen und dem robusten kundenbezogenen Geschäft aufgrund der erhöhten Volatilität hauptsächlich als Reaktion auf die Abwertung des chinesischen Yuan im August 2015.

Sales & Trading (Equity) erzielte Erträge von 3,3 Mrd €, was einem Anstieg von 220 Mio € (7 %) entspricht. Prime Finance verzeichnete aufgrund der höheren Kundenbestände einen deutlichen Ertragsanstieg. Im Bereich Equity Derivatives blieben die Erträge infolge der schwächeren Kundenaktivität und eines schwierigen Umfelds für das Risikomanagement im zweiten Halbjahr hinter den Vergleichszahlen des Vorjahres zurück. Die Erträge im Bereich Cash Equity entsprachen dem Niveau des Vorjahres.

Die Erträge aus sonstigen Produkten im Gesamtjahr 2015 beliefen sich auf minus 695 Mio € im Vergleich zu minus 643 Mio € im Gesamtjahr 2014. Sie beinhalteten Transfers aus dem und in den Bereich Corporate & Investment Banking, die aus der Kundenbetreuung und dem Produktvertrieb resultierten, sowie die folgenden Bewertungsanpassungen: erstens einen Marktwertgewinn von 113 Mio € (Gesamtjahr 2014: Gewinn von 8 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiva (RWA) für kreditbezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments – CVA); zweitens einen Verlust von 146 Mio € (Gesamtjahr 2014: Verlust von 58 Mio €) im Zusammenhang mit einer Verfeinerung der Berechnungsmethode für CVA nach IFRS; drittens einen Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments – FVA) von 145 Mio € (Gesamtjahr 2014: Verlust von 139 Mio €, der einen negativen Effekt von 26 Mio € (Gesamtjahr 2014: Verlust von 51 Mio €) aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode beinhaltete); und schließlich einen Gewinn von 48 Mio € (Gesamtjahr 2014: Verlust von 126 Mio €, einschließlich eines Gewinns von 37 Mio € im Zusammenhang mit einer Verfeinerung der Bewertungsmethode) im Zusammenhang mit den Auswirkungen einer forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (Debt Value Adjustment – DVA) bei bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Global Markets belief sich auf 50 Mio € (2014: 27 Mio €). Der Anstieg war auf einen Effekt aus der Rekalibrierung der Bewertungen bei Gewerblichen Immobilien zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen im Vergleich zum Gesamtjahr 2014 um 4,4 Mrd € (54 %). Diese Zunahme resultierte aus Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und höheren Kosten für Rechtsstreitigkeiten.

Das Ergebnis vor Steuern entsprach einem Verlust von 1,8 Mrd € im Vergleich zu einem Gewinn von 1,8 Mrd € im Vorjahr. Der Verlust vor Steuern war auf eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert von 1,6 Mrd € und höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 2,0 Mrd € zurückzuführen, die teilweise durch gestiegene Erträge ausgeglichen werden konnten.

Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)				Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
	2016	2015	2014	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt							
Trade Finance & Cash Management Corporates	2.627	2.803	2.611	-176	-6	192	7
Institutional Cash & Securities Services	1.847	1.867	1.605	-20	-1	262	16
Equity-Emissionsgeschäft	405	658	761	-253	-39	-103	-14
Debt-Emissionsgeschäft	1.388	1.469	1.574	-82	-6	-104	-7
Beratung	500	587	579	-86	-15	8	1
Kreditgeschäft & Sonstiges	717	663	538	54	8	126	23
Summe Erträge insgesamt	7.483	8.047	7.667	-564	-7	380	5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	672	342	232	330	97	110	48
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	1.711	2.115	2.067	-403	-19	48	2
Sachaufwand	3.243	3.512	3.033	-269	-8	479	16
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	600	0	-600	N/A	600	N/A
Restrukturierungsaufwand	165	39	29	126	N/A	10	34
Zinsunabhängige Aufwendungen	5.119	6.266	5.129	-1.147	-18	1.137	22
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	0	1	1	N/A	-0	-77
Ergebnis vor Steuern	1.691	1.439	2.306	252	17	-867	-38
Aufwand-Ertrag-Relation	68 %	78 %	67 %	N/A	-9 Ppkt	N/A	11 Ppkt
Aktiva ¹	189.910	123.809	130.634	66.102	53	-6.825	-5
Risikogewichtete Aktiva ²	79.698	86.087	73.692	-6.388	-7	12.395	17
Durchschnittliches Eigenkapital ³	12.076	12.483	10.512	-407	-3	1.970	19
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	10 %	8 %	16 %	N/A	2 Ppkt	N/A	-8 Ppkt
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	9 %	7 %	14 %	N/A	2 Ppkt	N/A	-7 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalquoten basieren auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung.³ Die Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2016

Der Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking (CIB) verzeichnete 2016 einen Ertragsrückgang gegenüber dem Vorjahr. Den größten Anteil daran hatte der Bereich Corporate Finance, da die ab dem vierten Quartal 2015 einsetzende geringere Kundenaktivität und Schwäche an den Primärmärkten auch im ersten Halbjahr 2016 anhielten. Die Erträge im Bereich Transaction Banking sanken geringfügig vor dem Hintergrund zahlreicher Negativfaktoren im makroökonomischen Umfeld. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich im Geschäftsjahr 2016 deutlich. Dieser Zunahme standen die im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringeren Zinsunabhängigen Aufwendungen mindernd gegenüber.

Die Erträge verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 564 Mio € (7 %) auf 7,5 Mrd €. Im Transaction Banking verzeichnete der Bereich Trade Finance & Cash Management Corporates einen Ertragsrückgang um 176 Mio € (6 %), zu dem die niedrigen Zinsen in der Eurozone, der hohe Margendruck und die Limitierung des Kundenkreises beitrugen. Die Entwicklung im Bereich Institutional Cash and Securities Services war im Jahresvergleich unverändert. Die Ergebnisse von Securities Services wurden erneut durch das Niedrigzinsumfeld in Europa und die geringere weltweite IPO-Aktivität belastet. Dies wurde durch einen besseren Geschäftsverlauf im Bereich Institutional Cash ausgeglichen, wo die positiven Auswirkungen höherer Zinsen in den USA die ersten nachteiligen Folgen einer geänderten Risikotoleranz gegenüber Geschäftsrisiken und der Limitierung des Kundenkreises überwogen. Innerhalb von Corporate Finance verzeichnete das Aktienemissionsgeschäft mit einem Minus von 253 Mio € (39 %) den größten Rückgang im Gesamtjahr, der die branchenweit geringeren Emissionsvolumina widerspiegelte. Dieser Trend kehrte sich im zweiten Halbjahr 2016 teilweise um, was sich in einem Anstieg der Erträge niederschlug. Das Anleiheemissionsgeschäft verzeichnete

nach einem schwachen ersten Quartal einen Rückgang von 82 Mio € (6 %) im Gesamtjahr. Im weiteren Jahresverlauf belebte sich das Geschäft jedoch aufgrund der höheren Marktliquidität und relativ stabiler Zinsen, sodass in den folgenden neun Monaten des Jahres höhere Erträge als im Vergleichszeitraum 2015 erzielt wurden. Die Erträge im Beratungsgeschäft sanken um 86 Mio € (15 %) infolge der schwächeren Marktaktivität gegenüber dem Vorjahr. Wie im Aktienemissionsgeschäft zog das Geschäft im zweiten Halbjahr an, was sich auch in den besseren Geschäftsergebnissen zeigte. Die Erträge im Kreditgeschäft und sonstigen Produkten erzielte stiegen um 54 Mio € (8 %) im Jahresvergleich an, resultierend aus der Kreditvergabe an Unternehmen sowie Überträgen aus dem und in das Segment Global Markets.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich gegenüber 2015 um 330 Mio € (97 %). Der größte Teil des Anstiegs resultiert aus der Bonitätsverschlechterung im Schifffahrtssektor, der mit anhaltenden Strukturproblemen wie einem Überangebot und der Redundanz bestimmter Schiffstypen zu kämpfen hat. Die ausgeprägte Schwäche dieser Branche hat dazu geführt, dass mehr Kreditnehmer unter einem Liquidationszenario als ausgefallen eingestuft wurden.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken im Jahresvergleich um 1,1 Mrd € (18 %) auf 5,1 Mrd €. Ausschlaggebend hierfür waren die einmalige Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert im Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 600 Mio € und die geringeren Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten (2016: 17 Mio €, 2015: 329 Mio €), die den höheren Restrukturierungsaufwand mehr als überwogen. Außerdem wurden im Berichtsjahr Kosteneinsparungen durch geringere Aufwendungen für leistungsbezogene Vergütungen, einen Personalabbau um 3 % durch Maßnahmen im Rahmen der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, und ein aktives Kostenmanagement bei den Sachaufwendungen erzielt.

Das Ergebnis vor Steuern betrug 1,7 Mrd €, was einem Anstieg von 252 Mio € (17 %) gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die niedrigeren Erträge und die bedeutend höhere Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurden durch den erheblichen Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen mehr als ausgeglichen.

2015

Corporate & Investment Banking verzeichnete 2015 solide Erträge. Dies war auf den erheblich besseren Geschäftsverlauf im Transaction Banking gegenüber 2014 zurückzuführen, zu dem höhere Volumina und vorteilhafte Wechselkursänderungen beitrugen. Im Bereich Corporate Finance war die Entwicklung zweigeteilt: Während in den ersten sechs Monaten des Jahres hohe Renditen und Emissionen auf Rekordniveau verzeichnet wurden, ließ die Dynamik in der zweiten Jahreshälfte stark nach, was die geringere Aktivität an den Märkten für Emissions- und Beratungsdienstleistungen widerspiegelte.

Die Erträge lagen bei 8 Mrd € und damit um 380 Mio € (5 %) über dem Vorjahreswert von 7,7 Mrd €. Im Transaction Banking stiegen die Erträge um 454 Mio € (11 %), wobei das Ertragswachstum über alle Regionen hinweg verzeichnet wurde. Der Bereich Trade Finance profitierte insbesondere von höheren Margen im Geschäft mit strukturierten Produkten, aber auch das traditionelle Handelsfinanzierungsgeschäft erhielt Auftrieb – ebenfalls begünstigt durch höhere Margen, gepaart mit einem Anstieg der Finanzierungsvolumina. Die Erträge im Cash Management für Unternehmenskunden wurden durch günstige Wechselkursentwicklungen sowie steigende Volumina gestützt. Die Erträge im Bereich Institutional Cash and Securities Services stiegen sowohl aufgrund der starken Geschäftsaktivität, bedingt durch das Volumenwachstum und höhere Kundeneinlagen, als auch infolge günstiger Wechselkursentwicklungen. Im Emissions- und Beratungsgeschäft wurden im Gesamtjahr 2015 Erträge von 2,7 Mrd € verzeichnet. Dieser Rückgang um 199 Mio € (7 %) spiegelte einen gesunkenen Marktanteil sowie teilweise eine geringere Risikotoleranz, insbesondere im Bereich Leveraged Finance, wider. Im Aktienemissionsgeschäft sanken die Erträge aufgrund eines niedrigeren Provisionsaufkommens im zweiten Halbjahr. Das Anleiheemissionsgeschäft verzeichnete einen Ertragsrückgang von 7 %, verursacht durch die schwächere Marktaktivität und geringere Risikotoleranz in der zweiten Jahreshälfte. Die Erträge im Beratungsgeschäft entsprachen dem Niveau des Vorjahres. Der Bereich Kreditgeschäft & Sonstiges erzielte einen Ertragsanstieg um 126 Mio € (23 %), resultierend aus der Kreditvergabe an Unternehmen sowie Überträgen aus dem und in das Segment Global Markets.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich um 110 Mio € (48 %) auf 342 Mio € aufgrund der höheren Vorsorge in den Schifffahrts- und Leveraged Finance-Portfolios.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 1,1 Mrd € (22 %). Die Zunahme resultierte aus höheren Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert um 600 Mio € und höheren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten um 329 Mio €, nachteiligen Wechselkursänderungen sowie höheren Kosten zur Erfüllung regulatorischer Anforderungen.

Das Ergebnis vor Steuern betrug 1,4 Mrd €, was einem Rückgang von 867 Mio € (38 %) gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert, die höheren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie die gestiegene Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurden durch die bessere Ertragslage nur teilweise kompensiert.

Unternehmensbereich Private, Wealth & Commercial Clients

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)				Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
	2016	2015	2014	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt:							
Kreditgeschäft	2.223	2.148	2.043	75	3	105	5
Einlagengeschäft	1.138	1.332	1.534	-193	-15	-202	-13
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	1.045	1.309	1.219	-264	-20	90	7
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	559	586	590	-27	-5	-4	-1
Sonstige Produkte	254	213	205	41	19	7	4
Private & Commercial Clients (PCC) Erträge insgesamt	5.218	5.588	5.591	-369	-7	-3	-0
Zinsüberschuss	811	816	653	-5	-1	163	25
Managementgebühren	645	747	731	-102	-14	16	2
Transaktionsbezogene Erträge	350	494	453	-145	-29	41	9
Sonstige Erträge	75	40	17	35	89	23	140
Wealth Management (WM) Erträge insgesamt	1.880	2.097	1.854	-217	-10	243	13
Hua Xia	618	-175	423	793	N/A	-598	N/A
Erträge insgesamt	7.717	7.510	7.868	207	3	-358	-5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	255	300	349	-45	-15	-49	-14
Zinsunabhängige Aufwendungen:							
Personalaufwand	2.438	2.517	2.568	-79	-3	-51	-2
Sachaufwand	3.815	3.869	3.872	-55	-1	-3	-0
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	1.011	0	-1.011	N/A	1.011	N/A
Restrukturierungsaufwand	141	585	9	-444	-76	577	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.394	7.983	6.449	-1.589	-20	1.535	24
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	-0	-0	0	N/A	-0	105
Ergebnis vor Steuern	1.068	-774	1.070	1.842	N/A	-1.844	N/A
Aufwand-Ertrag-Relation	83 %	106 %	82 %	N/A	-23 Ppkt	N/A	24 Ppkt
Aktiva ¹	189.444	176.038	164.928	13.406	8	11.110	7
Risikogewichtete Aktiva ²	43.855	49.603	46.564	-5.748	-12	3.039	7
Durchschnittliches Eigenkapital ³	9.008	10.265	9.183	-1.257	-12	1.082	12
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	9 %	-6 %	10 %	N/A	16 Ppkt	N/A	-16 Ppkt
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	8 %	-5 %	8 %	N/A	13 Ppkt	N/A	-12 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.

² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalkennzahlen basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

³ Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

Zusätzliche Informationen

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mrd €	in %	in Mrd €	in %
Invested Assets ¹	424	503	489	- 79	- 16	14	3
Nettomittelzu-/abflüsse	- 39	3	22	- 42	N/A	- 18	- 84

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Wir definieren Invested Assets als (a) im Namen von Kunden zu Anlagezwecken gehaltenes Vermögen und/oder (b) als von uns verwaltete Vermögenswerte der Kunden. Wir verwalten Invested Assets auf diskretionärer beziehungsweise Beratungsbasis oder als Einlagen.

2016

Das Geschäftsumfeld von Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) blieb in 2016 herausfordernd. Anhaltend niedrigen Zinsen und eine aufgrund der ungünstigen Marktlage geringere Kundenaktivität führten zu einem Ertragsrückgang sowohl im Einlagen- als auch im Wertpapiergeschäft. PW&CC behielt in diesem Umfeld eine strikte Kostendisziplin bei und profitierte zudem von weiterhin sehr niedrigen Zuführungen zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Darüber hinaus erzielte PW&CC in 2016 große Fortschritte bei der Umsetzung von Maßnahmen der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, wie dem Umbau der Vertriebsstruktur und dem fortgesetzten Ausbau digitaler Angebote. Ebenfalls im Rahmen der Strategieumsetzung konnten die Verkäufe der Private Client Services-Einheit („PCS“) und der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in China abgeschlossen werden. Letztgenannte Transaktion führte in 2016 zu einem signifikanten Veräußerungsgewinn, während das Ergebnis in 2015 durch negative Bewertungseffekte im Zusammenhang mit dieser Beteiligung, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 1,0 Mrd € sowie materielle Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen belastet war.

Die Erträge von PW&CC stiegen in 2016 auf 7,7 Mrd €. Sie lagen damit um 207 Mio € (3 %) über dem Vorjahreszeitraum. Dies war auf einen höheren Ertragsbeitrag aus der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. zurückzuführen. Im Berichtsjahr hat die Beteiligung 618 Mio € zu den Erträgen von PW&CC beigetragen. Darin war im Wesentlichen der zuvor genannte positive Effekt aus der Verkaufstransaktion enthalten. In 2015 hatte die Beteiligung dahingegen einen negativen Ertragsbeitrag von 175 Mio €, der sich aus negativen Bewertungs- und Transaktionseffekten von 697 Mio € und teilweise kompensierend wirkenden laufenden Beteiligungserträgen ergab. Lässt man die Effekte aus der Veräußerung der Hua Xia Bank Co. Ltd. und PCS (wie unten ausgeführt) unberücksichtigt, sanken die Erträge im Vergleich zum Vorjahr. In den Private & Commercial Clients (PCC)-Bereichen von PW&CC verringerten sich die Erträge in 2016 um 369 Mio € (7 %). Diese Entwicklung war insbesondere auf das schwierige Marktumfeld zurückzuführen, das zu reduzierter Kundenaktivität und zu um 264 Mio € (20 %) geringeren Erträgen aus Wertpapier- und Versicherungsprodukten führte. Zudem sanken die Erträge im Einlagengeschäft im Vergleich zum Vorjahr wegen der weiterhin rückläufigen Zinsen in Europa um 193 Mio € (15 %). Diese Ertragsrückgänge wurde teilweise durch verbesserte Erträge aus Kreditprodukten kompensiert, die gegenüber dem Vorjahr aufgrund höherer Volumina um 75 Mio € (3 %) stiegen. Die Erträge aus sonstigen Produkten in PCC verbesserten sich in 2016 um 41 Mio €. Im aktuellen Jahr beinhalteten sie einen Gewinn von 98 Mio € aus der Veräußerung der Anteile an der VISA Europe Limited sowie eine Dividendenzahlung von 50 Mio €, die im Nachgang zu einer von einem Beteiligungsunternehmen von PCC in 2015 durchgeführten Verkaufstransaktion entstand. Im Vorjahr war in den sonstigen Produkten eine vergleichbare Dividendenzahlung in Höhe von 101 Mio € enthalten. Im Geschäftsbereich Wealth Management (WM) sanken die Erträge in 2016 um 217 Mio € (10 %). Der Rückgang war zum Teil auf Entkonsolidierungseffekte nach dem Verkauf der Private Client Services-Einheit („PCS“) im September 2016 zurückzuführen. Darüber hinaus sanken die transaktionsbezogenen Erträge sowie die Managementgebühren. Neben dem schwierigen Marktumfeld und geringerer Kundenaktivität war dies auch auf strategische Maßnahmen zur Risikooptimierung und die zeitweise negative Marktwahrnehmung der Bank zurückzuführen. Die Erträge im Zinsgeschäft von WM blieben nahezu unverändert während sich die sonstigen Ertragskomponenten, vornehmlich wegen eines Gewinns aus dem Verkauf der Private Client Services-Einheit („PCS“), in 2016 um 35 Mio € erhöhten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich gegenüber 2015 um 45 Mio € (15 %) auf 255 Mio €. Dies spiegelt sowohl die hohe Qualität des Kreditportfolios als auch das anhaltend günstige wirtschaftliche Umfeld wider. Sowohl im Berichtsjahr als auch in 2015 waren zudem positive Effekte in vergleichbarer Höhe aus ausgewählten Portfolioverkäufen angefallen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von PW&CC verringerten sich im Vergleich zu 2015 um 1,6 Mrd € (20 %) auf 6,4 Mrd €. Im Vorjahr waren hier die vorgenannten Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 1,0 Mrd € sowie um 418 Mio € höhere Aufwendungen für Restrukturierungen und Abfindungen enthalten. Zudem war 2015 durch eine teilweise Abschreibung von Software in Höhe von 118 Mio € belastet. Dahingegen ergab sich in 2016 in den Zinsunabhängigen Aufwendungen nach dem Verkauf der Private Client Services-Einheit („PCS“) Einheit im September des Berichtsjahres ein positiver Entkonsolidierungseffekt. Lässt man diese Faktoren unberücksichtigt, blieben die Zinsunabhängigen Aufwendungen in den Jahren 2015 und 2016 auf einem vergleichbaren Niveau. Höhere Investitionen in die Digitalisierung und weitere Aufwendungen im Zusammenhang mit den Zielen, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, wurden durch geringeren Personalaufwand und eine strikte Kostendisziplin ausgeglichen.

Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 1,8 Mrd € auf 1,1 Mrd €. Der Anstieg war auf die vorgenannten negativen Sondereffekte in 2015, im Wesentlichen die Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und die höheren Aufwendungen im Zusammenhang mit Restrukturierungsaktivitäten, sowie auf den beschriebenen positiven Effekt aus der Verkaufstransaktion der Hua Xia Bank Co. Ltd. Beteiligung in 2016 zurückzuführen. Bereinigt um diese Faktoren blieb das Ergebnis von PW&CC in 2016 vornehmlich wegen der Auswirkungen des schwierigen Marktumfelds und der anhaltend niedrigen Zinsen auf die Erträge sowohl der PCC- als auch der WM-Bereiche unter dem Ergebnis von 2015.

Die Invested Assets von PW&CC von 424 Mrd € zum Jahresende 2016 reduzierten sich gegenüber dem 31. Dezember 2015 um 79 Mrd €. Zu dem Rückgang trugen im Wesentlichen zwei Faktoren bei. Zum einen entstand aufgrund der Veräußerung der Private Client Services-Einheit („PCS“) ein Entkonsolidierungseffekt von 38 Mrd €. Zum anderen ergaben sich in 2016 Nettomittelabflüsse in Höhe von insgesamt 39 Mrd € (davon 32 Mrd € in WM und 7 Mrd € in PCC), die zum größten Teil Ende des dritten beziehungsweise Anfang des vierten Quartals infolge der negativen Marktwahrnehmung der Bank entstanden. In WM sanken die Invested Assets zudem wegen anhaltender Aktivität von Kunden zum Risikoabbau und wegen der Umsetzung strategischer Maßnahmen zur Effizienzsteigerung bei länderübergreifenden Dienstleistungen und zur Risikooptimierung.

2015

In 2015 wurde das Ergebnis von PW&CC durch drei materielle Sonderfaktoren belastet, die insgesamt einen negativen Ergebniseffekt von 2,3 Mrd € hatten. Erstens musste ausgelöst durch höhere regulatorische Kapitalanforderungen eine Wertminderung von 1,0 Mrd € auf den Geschäfts- oder Firmenwert der Private & Commercial Client (PCC)-Bereiche von PW&CC vorgenommen werden. Zweitens löste die Vereinbarung über die Veräußerung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in Kombination mit der Entwicklung des Aktienkurses negative Bewertungs- und sonstige Transaktionseffekte in Höhe von insgesamt 697 Mio € aus. Drittens wurden die Zinsunabhängigen Aufwendungen durch Rückstellungen für Restrukturierungen und Abfindungszahlungen in Höhe von 595 Mio €, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Restrukturierung des Filialnetzes und der Zentralefunktion, belastet.

Die Erträge sanken im Vergleich zu 2014 um 358 Mio € (5 %) auf 7,5 Mrd €. Hauptgrund für diese Entwicklung waren die vorgenannten negativen Bewertungs- und Transaktionseffekte in Höhe von 697 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung von PW&CC an der Hua Xia Bank Co. Ltd., die teilweise durch höhere laufende Beteiligungserträge ausgeglichen wurden. In den PCC Geschäftsbereichen blieben die Erträge im Vergleich zu 2014 per Saldo stabil. Der Rückgang der Erträge im Einlagengeschäft um 202 Mio € (13 %) gegenüber dem Vorjahr wurde vor allem durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa verursacht. Dieser Rückgang wurde teilweise durch gestiegene Erträge aus dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft von 90 Mio € (7 %) kompensiert, die eine weiterhin starke Performance im Wertpapiergeschäft unter Ausnutzung der positiven Marktdynamik widerspiegeln. Zudem erhöhten sich die Erträge aus Kreditprodukten um 105 Mio € (5 %), was auf höhere Kreditvolumina, insbesondere im Hypotheken- und Konsumentenfinanzierungsgeschäft, sowie einen moderaten Anstieg der Gesamtportfoliomarge zurückzuführen war. Die Erträge aus sonstigen Produkten in den PCC Geschäftsbereichen enthielten sowohl in 2015 als auch in 2014 positive

Effekte in vergleichbarer Höhe. 2015 beinhaltet einen positiven Effekt in Höhe von 101 Mio € im Zusammenhang mit einer Sonderdividende aus einer Verkaufstransaktion eines Beteiligungsunternehmens, während Erträge aus sonstigen Produkten in 2014 von einem Einmalgewinn sowie Gewinnen aus Wertpapierverkäufen der DB Bauspar profitierten. Im Geschäftsbereich Wealth Management (WM) stiegen die Erträge im Vergleich zum Vorjahr um 243 Mio € (13 %) an. Der Zinsüberschuss im Geschäftsbereich WM erhöhte sich in 2015 um 163 Mio € (25 %) infolge positiver Währungseffekte, geringerer Refinanzierungskosten sowie gestiegener Kreditvolumina. Der Anstieg der transaktionsbezogenen Erträge um 41 Mio € (9 %) und der Managementgebühren um 16 Mio € (2 %) war im Wesentlichen auf positive Währungseffekte zurückzuführen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich in 2015 um 49 Mio € (14 %) auf 300 Mio €. Dies war auf die Qualität des PW&CC Kreditportfolios und das anhaltend günstige wirtschaftliche Umfeld in Deutschland zurückzuführen. Sowohl 2015 als auch das Vorjahr enthielten zudem positive Effekte aus ausgewählten Portfolioverkäufen in vergleichbarer Höhe.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 1,5 Mrd € auf 8,0 Mrd €, wesentlich bedingt durch die vorgenannte Wertminderung von insgesamt 1,0 Mrd € auf den Geschäfts- oder Firmenwert. Zudem beinhaltet das Gesamtjahresergebnis für 2015 Aufwendungen durch Rückstellungen für Restrukturierungen und Abfindungszahlungen in Höhe von 595 Mio €, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Restrukturierung des Filialnetzes und der Zentralefunktionen, und eine teilweise Abschreibung von Software im Zusammenhang mit den strategischen Entscheidungen zur Nutzung der gemeinsamen IT-Plattform mit der Postbank in Höhe von 118 Mio €. Im Vergleich dazu beinhalteten die Zinsunabhängigen Aufwendungen in 2014 Aufwendungen in Höhe von 267 Mio € für die Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren nach einer Änderung der deutschen Rechtsprechung und Aufwendungen durch Abfindungszahlungen und Rückstellungen für Restrukturierungen in Höhe von 107 Mio €. Darüber hinaus wurde 2014 ein positiver Effekt aus der Veräußerung von Gebäuden in Europa erzielt. Abgesehen von diesen Effekten erzielte PW&CC dank Effizienzsteigerungen weiterhin inkrementelle Einsparungen. Diese Effizienzsteigerungen wurden durch höhere Kosten aufgehoben, die vor allem durch gestiegene aufsichtsrechtliche Anforderungen, ungünstige Währungskursentwicklungen und inflatorische Kostensteigerungen (u.a. Tarifierhöhungen, Rentenanpassungen, Mietsteigerungen) verursacht wurden.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Verlust vor Steuern von 774 Mio €, einschließlich der vorgenannten Belastungen von 2,3 Mrd € ausgewiesen. Im Vergleich dazu wies PW&CC in 2014 einen Gewinn von 1,1 Mrd € aus, der durch die vorgenannten Aufwendungen in Höhe von 267 Mio € für die Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren und Aufwendungen durch Rückstellungen für Restrukturierungen und Abfindungszahlungen in Höhe von 107 Mio € belastet wurde.

Die Invested Assets erhöhten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um 14 Mrd € auf 503 Mrd €. Grund hierfür waren günstige Währungseffekte sowie Mittelzuflüsse in Höhe von 3 Mrd € in PW&CC insgesamt, vorwiegend im Geschäftsbereich Wealth Management.

Unternehmensbereich Deutsche Asset Management

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge							
Managementgebühren	2.196	2.344	1.988	-148	-6	356	18
Transaktionsbezogene Erträge	220	247	189	-27	-11	58	31
Sonstige Erträge	208	172	175	35	20	-2	-1
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	396	258	291	139	54	-34	-12
Erträge insgesamt	3.020	3.021	2.643	-1	-0	378	14
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	1	-0	-0	-4	1	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	611	778	631	-167	-21	147	23
Sachaufwand	1.171	1.304	1.132	-134	-10	173	15
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	374	256	289	117	46	-32	-11
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.021	0	-83	1.021	N/A	83	N/A
Restrukturierungsaufwand	47	-2	-3	49	N/A	1	-27
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.223	2.336	1.965	886	38	371	19
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	-0	4	1	N/A	-4	N/A
Ergebnis vor Steuern	-204	684	674	-888	N/A	10	1
Aufwand-Ertrag-Relation	107 %	77 %	74 %	N/A	29 Ppkt	N/A	3 Ppkt
Aktiva ¹	12.340	30.352	29.840	-18.013	-59	513	2
Risikogewichtete Aktiva ²	8.961	10.759	5.402	-1.798	-17	5.357	99
Durchschnittliches Eigenkapital ³	6.221	5.719	5.144	503	9	575	11
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	-8 %	48 %	67 %	N/A	-56 Ppkt	N/A	-19 Ppkt
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	-2 %	8 %	9 %	N/A	-10 Ppkt	N/A	-1 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalquoten basieren auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung.³ Die Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2016

Die Geschäftsentwicklung der Deutschen Asset Management (AM) wurde 2016 durch den Verkauf von Abbey Life und die daraus resultierenden Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 1,0 Mrd € sowie durch Nettomittelabflüsse, die von Deutsche Bank-spezifischen Faktoren verstärkt wurden, belastet. Trotz wenig vorteilhafter Marktbedingungen aufgrund anhaltender Unsicherheiten infolge des niedrigen globalen Wachstums erzielte Deutsche AM, vor Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life, ein solides Vorsteuerergebnis in Höhe von 794 Mio € und lag somit 16 % über dem Vorjahreswert in Höhe von 683 Mio €. Die Erträge ohne Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life lagen 5 % unter dem Vorjahreswert, während die zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und Wertminderungen um 12 % zurückgingen.

Die Erträge beliefen sich im Gesamtjahr 2016 auf 3,0 Mrd € und lagen damit auf Vorjahresniveau. Nettoerträge vor Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life beliefen sich auf 2,6 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um 5 % von 2,8 Mrd € im Vorjahr. Die Managementgebühren und andere laufende Erträge sanken um 148 Mio € (6 %). Die Abnahme war auf die geringeren Invested Assets und ungünstige Marktbedingungen zurückzuführen, die das Geschäft mit passiv und aktiv gemanagten Produkten belasteten. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge gingen gegenüber dem starken Vorjahreszeitraum bei alternativen Produkten um 27 Mio € (11 %) zurück. Die sonstigen Erträge erhöhten sich um 35 Mio € (20 %) infolge der 2015 vorgenommenen Abschreibung im Zusammenhang mit dem Engagement bei der Heta Asset Resolution AG sowie der Veräußerung von Abbey

Life und Deutsche AM India im Berichtsjahr. Dieser Anstieg wurde durch die negative Marktwertanpassung von Garantieprodukten und die niedrigeren Dividendenerträge im Bereich Alternatives teilweise kompensiert. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life stiegen infolge höherer Marktgewinne um 139 Mio € (54 %).

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich um 886 Mio € (38 %) auf 3,2 Mrd €, bedingt durch Wertminderungen hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Verkauf von Abbey Life und durch die höheren Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, welche durch Erträge ausgeglichen wurden. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen vor Abbey Life und den beschriebenen Effekten aus Wertminderung fallen in 2016 mit 1,8 Mrd € geringer aus als im Vorjahreszeitraum. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf gesunkene Vergütungsaufwendungen und die Umkehrung eines kostenspezifischen Einmaleffektes im vierten Quartal 2015 zurückzuführen.

Das Ergebnis vor Steuern entsprach einem Verlust von 204 Mio €, ein Rückgang von 888 Mio € gegenüber dem Vorjahr, der primär durch den vorher genannten Effekt aus dem Verkauf von Abbey Life verursacht wurde.

Die Invested Assets beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf 706 Mrd € und spiegeln einen Rückgang von 38 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2015 wider. Ursache hierfür war ein schwieriges Marktumfeld ebenso wie allgemein negative Marktempfindungen gegenüber der Deutschen Bank, Marktgerüchte bezüglich der Zukunft von Deutsche AM sowie Veränderungen in der Managementstruktur der Deutschen AM. Die hieraus resultierenden Mittelabflüsse von 41 Mrd € sind vor allem in der Region Nord- und Südamerika verzeichnet worden, vor allem aus Abflüssen in Barmittelbeständen im Zusammenhang mit der Geldmarktpolitik. Im Bereich der börsengehandelten Fonds sind weitere signifikante Mittelabflüsse zu verzeichnen gewesen, insbesondere im währungsgesicherten Geschäft, die die Industrie insgesamt betroffen haben. Weitere Treiber für die rückläufige Entwicklung der Invested Assets waren Veräußerungen in Höhe von 18 Mrd € hauptsächlich in Bezug auf Abbey Life und Deutsche AM India. Diese wurden teilweise durch günstige Marktentwicklungen in Höhe von 16 Mrd € bei Aktien und festverzinslichen Wertpapieren sowie durch positive Währungseffekte in Höhe von 4 Mrd € ausgeglichen. Wir verzeichneten in 2016 jedoch positive Mittelzuflüsse von 2 Mrd € in der Region Asien-Pazifik.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Invested Assets im Geschäftsjahr 2016 nach Produktklassen zusammen mit dem entsprechenden durchschnittlichen Gebührensatz dar:

in Mrd €	Alternativ	Geldmarkt	Aktien	Renten	Multi Asset	Gesamtes Vermögen
Bestand zum 31. Dezember 2015	84	77	183	314	86	744
Zuflüsse	16	10	41	69	23	158
Abflüsse	(15)	(19)	(54)	(85)	(26)	(199)
Nettomittelaufkommen	1	(9)	(13)	(16)	(3)	(41)
Währungsentwicklung	1	1	1	2	(0)	4
Marktentwicklung	2	(1)	7	8	2	16
Sonstiges	(3)	(4)	(6)	(2)	(2)	(18)
Bestand zum 31. Dezember 2016	84	63	171	305	82	706
Durchschnittlicher Gebührensatz (Basispunkte)	62	6	53	15	43	32

2015

Deutsche AM verzeichnete 2015 ein anhaltendes Wachstum über alle Produkte und Regionen hinweg. Dabei profitierte der Bereich vom höheren Niveau der Aktienmärkte, gestiegenen Mittelzuflüssen und einer daraus erwachsenden Zunahme des verwalteten Vermögens im Vergleich zum Vorjahr. Zudem führten positive Währungseffekte zu einem Anstieg der laufenden Erträge. Das Ergebnis wurde weiterhin von steigenden Kosten im Zusammenhang mit der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und den anhaltend niedrigen Zinsen beeinflusst, die ungünstige Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Garantieprodukten zur Folge hatten.

Die Erträge lagen im Gesamtjahr 2015 bei 3,0 Mrd € und damit um 378 Mio € (14 %) über dem Vorjahreswert. Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge erhöhten sich um 356 Mio € (18 %). Grund hierfür war ein Anstieg des durchschnittlichen verwalteten Vermögens aufgrund von Zuflüssen sowie dem höheren durchschnittlichen Niveau der Aktienmärkte und vorteilhaften Währungseffekten. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge stiegen um 58 Mio € (31 %) infolge der höheren leistungsbezogenen Erträge sowohl bei aktiv gemanagten als auch alternativen Produkten. Die sonstigen Erträge lagen mit einer Abnahme um 2 Mio € auf Vorjahresniveau. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life sanken um 34 Mio € (12 %) und wurden größtenteils durch gegenläufige Entwicklungen bei den Zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 371 Mio € (19 %). Ursächlich dafür waren negative Währungseffekte, die teilweise Wertaufholung einer Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte von Scudder im Vorjahr, höhere Kosten aufgrund des gestiegenen verwalteten Vermögens sowie ein höherer Personalaufwand. Diese Effekte wurden teilweise durch geringere Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms und niedrigere Aufwendungen im Versicherungsgeschäft ausgeglichen.

Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich 2015 infolge des oben genannten Ertragsanstiegs um 10 Mio € (1 %) auf 684 Mio €.

Die Invested Assets beliefen sich zum 31. Dezember 2015 auf 744 Mrd €, ein Anstieg von 53 Mrd € (8 %). Hauptgründe hierfür waren Währungseffekte von 36 Mrd €, Mittelzuflüsse von 18 Mrd € und günstige Aktienmarktentwicklungen von 4 Mrd €, die jedoch durch Veräußerungen und andere Effekte in Höhe von 5 Mrd € teilweise aufgehoben wurden.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Invested Assets im Geschäftsjahr 2015 nach Produktklassen zusammen mit dem entsprechenden durchschnittlichen Gebührensatz dar:

in Mrd €	Alternativ	Geldmarkt	Aktien	Renten	Multi Asset	Gesamtes Vermögen
Bestand zum 31. Dezember 2014	90	73	149	307	73	691
Zuflüsse	16	11	75	94	32	228
Abflüsse	(20)	(12)	(52)	(106)	(20)	(210)
Nettomittelaufkommen	(5)	(1)	23	(12)	12	18
Währungsentwicklung	5	5	7	19	1	36
Marktentwicklung	(2)	2	5	(2)	0	4
Sonstiges	(5)	(1)	(1)	2	0	(5)
Bestand zum 31. Dezember 2015	84	77	183	314	86	744
Durchschnittlicher Gebührensatz (Basispunkte)	54	7	50	14	40	30

Postbank

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt							
Girogeschäft	1.101	1.179	1.281	- 77	- 7	- 102	- 8
Kreditgeschäft	1.133	1.112	912	21	2	200	22
Spargeschäft	590	695	703	- 104	- 15	- 8	- 1
Baufinanzierungs- & Bauspargeschäft	216	230	225	- 14	- 6	5	2
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	94	94	98	1	1	- 5	- 5
Postdienstleistungen	230	239	415	- 9	- 4	- 176	- 42
NCOU	- 228	- 393	- 317	165	- 42	- 76	24
Sonstiges	229	- 43	- 78	272	N/A	35	- 45
Erträge insgesamt	3.366	3.112	3.238	254	8	- 126	- 4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	184	211	274	- 27	- 13	- 63	- 23
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	1.397	1.425	1.344	- 28	- 2	81	6
Sachaufwand	1.418	1.475	1.743	- 57	- 4	- 268	- 15
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	2.597	0	- 2.597	N/A	2.597	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.815	5.497	3.087	- 2.682	- 49	2.410	78
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	1	1	- 0	- 26	- 0	- 13
Ergebnis vor Steuern	367	- 2.596	- 123	2.963	N/A	- 2.473	N/A
Aufwand-Ertrag-Relation	84 %	177 %	95 %	N/A	-93 Ppkt	N/A	81 Ppkt
Aktiva ¹	139.743	136.061	141.157	3.682	3	- 5.096	- 4
Risikogewichtete Aktiva ²	42.209	43.242	42.843	- 1.032	- 2	399	1
Durchschnittliches Eigenkapital ³	6.006	7.798	8.134	- 1.791	- 23	- 337	- 4
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	4 %	- 30 %	- 2 %	N/A	34 Ppkt	N/A	-28 Ppkt
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	4 %	- 22 %	- 1 %	N/A	26 Ppkt	N/A	-21 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalquoten basieren auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung.³ Die Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2016

Die Postbank konzentrierte sich weiterhin auf Maßnahmen zur Steigerung des Kreditgeschäfts sowie zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung, während die Erträge im Spar- und Girogeschäft erneut durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld belastet wurden. Die Postbank wies im Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 367 Mio € aus, verglichen mit einem Verlust vor Steuern in Höhe von 2,6 Mrd € im Geschäftsjahr 2015, wobei das Vorjahresergebnis durch Sondereinflüsse wie eine Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und geringere Effekte durch Anpassungen in den baupartechnischen Rückstellungen in Höhe von insgesamt 2,8 Mrd € belastet worden war.

Die Erträge stiegen im Vergleich zu 2015 um 254 Mio € (8 %). Hauptgrund hierfür waren eine Zunahme der Sonstigen Erträge um 272 Mio € im Geschäftsjahr 2016 infolge des Verkaufs bestimmter Wertpapiere des Anlagevermögens (einschließlich der Veräußerung einer Beteiligung an der Visa Europa Ltd.) und der Anstieg der Erträge in der NCOU der Postbank um 165 Mio € (42 %), hauptsächlich bedingt durch den Wegfall von Ertragsbelastungen in 2015, die unter anderem aus Anpassungen in den baupartechnischen Rückstellungen resultiert hatten.

Die Postbank steigerte ihre Erträge im Kreditgeschäft um 21 Mio € (2 %), obwohl das Ergebnis im Vorjahr durch positive einmalige Effekte aus Vertragsanpassungen mit Geschäftspartnern der Postbank in Höhe von 58 Mio € beeinflusst war, in erster Linie bedingt durch höhere Kreditvolumina bei Hypothekendarlehen, Konsumentenkrediten und Unternehmenskrediten. Der Rückgang der Erträge im Spar- und Girogeschäft um 104 Mio € (15 %) beziehungsweise 77 Mio € (7 %) gegenüber dem Vorjahr wurde vor allem durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa verursacht. Die Postbank reagierte auf den vorgenannten Ertragsdruck im Einlagengeschäft mit der Einführung neuer Preismodelle für Girokonten zum 1. November 2016. Die Erträge im Baufinanzierungs- und Bauspargeschäft sanken infolge des Niedrigzinsumfeldes und des Restbestands ausstehender hochverzinslicher Bauspardarlehen um 14 Mio € (6 %).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich im Geschäftsjahr 2016 um 27 Mio € (13 %). Dieser Rückgang spiegelt die günstige Wirtschaftslage in Deutschland und die gute Qualität des Kreditportfolios der Postbank wider.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 2,7 Mrd €, in erster Linie bedingt durch die vorgenannte Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 2,6 Mrd € im Geschäftsjahr 2015. Der übrige Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen ist auf die anhaltende Fokussierung auf die Kosten und niedrigere Aufwendungen für strategische Initiativen, darunter geringere Abfindungen, zurückzuführen, obgleich höhere Kosten im Zusammenhang mit der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen im Bereich der Einlagensicherung anfielen. Der Personalaufwand sank um 2 %, der Sachaufwand und sonstige Aufwand um 4 % gegenüber dem Vorjahr. Abgesehen von den vorgenannten Effekten erzielte die Postbank durch die kundenorientierte Optimierung von End-to-End-Prozessen sowie verbesserte und digitalisierte Prozesse weitere Effizienzverbesserungen.

Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich im Geschäftsjahr 2016 um 3,0 Mrd € auf 367 Mio €. Der Anstieg ist hauptsächlich auf die nicht wiederkehrende Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie außergewöhnlich hohe Erträge aus dem Verkauf bestimmter Wertpapiere des Anlagevermögens zurückzuführen.

Die Invested Assets gingen im Vergleich zum 31. Dezember 2015 um 3 Mrd € auf 72 Mrd € zurück. Grund hierfür waren Mittelabflüsse im Einlagengeschäft in Höhe von 3 Mrd €.

2015

Das weiterhin anhaltende Niedrigzinsumfeld stellte die Postbank auch 2015 vor Herausforderungen. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse der Postbank 2015 von zwei wesentlichen Effekten in Höhe von insgesamt 2,8 Mrd € belastet: erstens einer Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 2,6 Mrd € im dritten Quartal 2015 und zweitens Anpassungen insbesondere in den bauspartechnischen Rückstellungen. Ohne diese Effekte erzielte die Postbank 2015 ein positives Ergebnis.

Die Erträge sanken im Vergleich zu 2014 um 126 Mio € (4 %). Grund für diesen Rückgang waren die zunehmende Belastung durch das Niedrigzinsumfeld, das insbesondere zu niedrigeren Erträgen im Spar- und Girogeschäft führte, sowie die vorgenannten Anpassungen in der NCOU der Postbank. Die Erträge aus Postdienstleistungen verringerten sich um 176 Mio € (42 %). Dies war vor allem auf eine Vertragsanpassung mit unserem Kooperationspartner, der Deutschen Post DHL AG, zurückzuführen und wurde teilweise durch geringere Kosten im Zusammenhang mit diesen Vertragsänderungen kompensiert. Die Rückgänge konnten durch einen Anstieg der Erträge im Kreditgeschäft um 200 Mio € (22 %) teilweise aufgefangen werden. Ursächlich hierfür waren höhere Kreditvolumina, insbesondere im Hypotheken- und Konsumentenfinanzierungsgeschäft, sowie ein moderater Anstieg der Gesamtportfoliomarge. Dies wurde von spezifischen Effekten aus erfolgreichen Vertragsanpassungen mit Geschäftspartnern der Postbank in Höhe von 58 Mio € begleitet. Die Erträge im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft sanken um 5 Mio € (5 %), während die Sonstigen Erträge um 35 Mio € (45 %) stiegen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich 2015 um 63 Mio € (23 %), was die günstige Wirtschaftslage in Deutschland und die gute Qualität des Kreditportfolios der Postbank widerspiegelt.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen um 2,4 Mrd €, was vor allem auf die bereits erwähnte starke Belastung durch die Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 2,6 Mrd € zurückzuführen war. Außerdem fielen im Geschäftsjahr 2015 außerordentlich hohe Aufwendungen von 197 Mio € für strategische Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Postbank an. Ohne diese Effekte verbesserte die Postbank das Management der zinsunabhängigen Aufwendungen, zu dem auch die geringeren Kosten aufgrund einer Vertragsanpassung mit der Deutschen Post DHL AG und die 2015 durchgeführten Effizienzmaßnahmen beitrugen. Diese Effizienzsteigerungen wurden teilweise durch höhere Kosten aufgehoben, die durch gestiegene aufsichtsrechtliche Anforderungen und inflationäre Kostensteigerungen (Tariferhöhungen, Rentenanpassungen, Mietsteigerungen) verursacht wurden.

Die Postbank wies 2015 einen Verlust vor Steuern in Höhe von 2,6 Mrd € aus. Ohne die vorgenannte Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und durchgeführten Anpassungen in den baupartechnischen Rückstellungen in Höhe von insgesamt 2,8 Mrd € erzielte die Postbank einen Gewinn vor Steuern gegenüber einem Verlust vor Steuern in Höhe von 123 Mio € im Geschäftsjahr 2014.

Die Invested Assets gingen im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um 2 Mrd € auf 75 Mrd € zurück. Grund hierfür waren Mittelabflüsse im Spargeschäft in Höhe von 3 Mrd €.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)				Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
	2016	2015	2014	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt	-382	794	489	-1.176	N/A	305	62
davon:							
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	-1.261	-353	-310	-909	N/A	-43	14
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	128	51	251	76	148	-200	-80
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt							
Personalaufwand	68	86	94	-18	-20	-8	-9
Sachaufwand	2.678	2.921	2.366	-243	-8	555	23
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-49	0	194	-49	N/A	-194	N/A
Restrukturierungsaufwand	4	-1	4	5	N/A	-6	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.701	3.006	2.658	-304	-10	347	13
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-4	1	-2	-5	N/A	3	N/A
Ergebnis vor Steuern	-3.207	-2.264	-2.419	-943	42	155	-6
Aktiva ¹	5.523	23.007	33.936	-17.485	-76	-10.929	-32
Risikogewichtete Aktiva ²	9.174	32.896	56.899	-23.722	-72	-24.003	-42
Durchschnittliches Eigenkapital ³	4.037	6.755	7.724	-2.717	-40	-969	-13

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.

² Risikogewichtete Aktiva und Kapitalquoten basieren auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

³ Die Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2016

Im Geschäftsjahr 2016 hat die Abwicklungseinheit NCOU ihre Strategie zum Risikoabbau erfolgreich umgesetzt und ihr Portfolio verkleinert, so dass sie wie geplant zum Jahresende geschlossen werden konnte. Ihre Tätigkeit konzentrierte sich auf Maßnahmen, die zu einem wirksamen Kapitalbeitrag sowie einer Verbesserung des Verschuldungsgrades führen sollten, was in zahlreichen Portfolios gelang. Dazu gehörte die Auflösung von langfristigen Derivaten sowie verschiedene Anleiheverkäufe und weitere Abwicklungen in den Korrelationshandels-Portfolios und den Negative Basis Portfolios. Der Verkauf unserer Anteile an Maher Port Elizabeth und Red Rock Resorts wurde im Berichtszeitraum ebenfalls abgeschlossen.

In der NCOU fielen im Berichtszeitraum negative Erträge von 382 Mio € an, nach positiven Erträgen von 794 Mio € im Vorjahr. Hauptgrund hierfür waren Belastungen im Zuge des Risikoabbaus in Höhe von 821 Mio €, in erster Linie durch die Auflösung von langfristigen Derivaten und die Abwicklung damit zusammenhängender Aktiva, die durch einen Gewinn von 368 Mio € im Zusammenhang mit Red Rock Resorts teilweise ausgeglichen wurden. Außerdem sanken die Portfolioerträge nach dem Verkauf von Beteiligungen einschließlich Maher Prince Rupert, wobei dieser Rückgang durch den Nettoeffekt aus niedrigeren Bewertungs- und Marktwertanpassungen teilweise kompensiert wurde. Die Erträge im Geschäftsjahr 2015 enthielten eine aus einer spezifischen Rechtsstreitigkeit resultierende Position von 219 Mio € sowie 195 Mio € Erlöse aus dem Verkauf von Maher Prince Rupert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich gegenüber 2015 um 76 Mio €. Dieser Anstieg war überwiegend auf die höheren Rückstellungen für die europäischen Wohnungsbaukredite und gewerblichen Kredite zurückzuführen, die nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte enthielten.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen verringerten sich gegenüber 2015 um 304 Mio € (10 %), hauptsächlich infolge niedrigerer Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten. Die Kosten ohne Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sanken gegenüber dem Vorjahr um 18 %, was auf den Verkauf von Vermögenswerten wie Maher Prince Rupert im Jahr 2015 zurückzuführen war.

Der Verlust vor Steuern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 943 Mio € auf 3,2 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus Belastungen durch den Risikoabbau, während die Zinsunabhängigen Aufwendungen zurückgingen.

2015

2015 setzte die NCOU ihre Strategie zum Risikoabbau fort. Dazu gehörte unter anderem der Vollzug des Verkaufs von Maher Prince Rupert sowie diverser Engagements, die von Altbeständen im Bankgeschäft herrührten. Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich insgesamt, wurde aber durch einen Anstieg der Zinsunabhängigen Aufwendungen belastet, insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung der Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten. Beim Abbau der Risikoaktiva wurden 2015 Gewinne von 412 Mio € erzielt.

Die Erträge erhöhten sich primär aufgrund von Sondereffekten um 305 Mio € (62 %). Diese enthielten eine aus einer spezifischen Rechtsstreitigkeit resultierende Position von 219 Mio € sowie 195 Mio € Erlöse aus dem Verkauf von Maher Prince Rupert. Die geringeren Portfolioerträge nach dem Verkauf von Beteiligungen einschließlich The Cosmopolitan of Las Vegas wurden durch den Nettoeffekt aus niedrigeren Bewertungs- und Marktwertanpassungen teilweise kompensiert. Die im Geschäftsjahr 2014 erfassten Erträge enthielten negative Positionen in Höhe von 314 Mio €, die aus Marktwertverlusten im Zusammenhang mit der Kreditrefinanzierung von Maher Terminals resultierten, sowie Verluste der Special Commodities Group (SCG) in Höhe von 151 Mio € im Zusammenhang mit handelbaren Produkten auf dem US-Energiemarkt.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank gegenüber 2014 um 200 Mio € (80 %). Dieser Rückgang war hauptsächlich auf eine niedrigere Risikovorsorge auf nach IAS 39 umklassifizierte Aktiva zurückzuführen, einschließlich Auflösungen von Risikovorsorge bei Immobilien.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen hauptsächlich infolge höherer Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten um 347 Mio € (13 %). Ohne Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten waren die Zinsunabhängigen Aufwendungen im Jahresvergleich um 41 % geringer, was auf Veräußerungen, unter anderem von The Cosmopolitan of Las Vegas, sowie den Wegfall einer einmaligen Wertminderung aus dem Vorjahr im Zusammenhang mit Maher Terminals zurückzuführen ist.

Der Verlust vor Steuern betrug 2,3 Mrd €, was einer Verbesserung von 155 Mio € gegenüber 2014 entspricht. Höhere Erträge und geringere Kreditausfälle waren die Haupttreiber, während die Zinsunabhängigen Aufwendungen aufgrund der Belastungen durch Rechtsstreitigkeiten höher ausfielen.

Consolidation & Adjustments

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Erträge insgesamt¹	-479	184	-26	-663	N/A	210	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	1	1	1	86	0	7
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	3.861	4.052	3.522	-191	-5	530	15
Sachaufwand	-3.756	-3.073	-3.287	-683	22	214	-7
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-0	0	0	-0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	-0	0	1	-0	N/A	-1	-94
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	106	980	237	-874	-89	743	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-46	-27	-28	-19	70	1	-4
Ergebnis vor Steuern	-541	-770	-236	229	-30	-535	N/A
Aktiva²	40.959	26.092	22.163	14.867	57	3.930	18
Risikogewichtete Aktiva³	15.706	12.780	21.506	2.926	23	-8.726	-41
Durchschnittliches Eigenkapital⁴	38	1.361	143	-1.323	-97	1.218	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.² Die Aktiva in C&A enthalten restliche Treasury-Aktiva, die keinen Geschäftssegmenten zugeordnet sind, sowie Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskosten.³ Risikogewichtete Aktiva basieren auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung. Risikogewichtete Aktiva in C&A enthalten die Treasury und Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Geschäftssegmente lagen. Dies sind in erster Linie die latenten Steuern des Konzerns.⁴ Das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital in C&A reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ beschrieben.

2016

Consolidation & Adjustments (C&A) verzeichnete im Geschäftsjahr 2016 negative Erträge in Höhe von 479 Mio €. Den größten Anteil daran hatten negative Effekte aus Bewertungs- und Terminierungsdifferenzen des Treasury-Portfolios in Höhe von 252 Mio €, hauptsächlich infolge von Zinsänderungen. Dies wurde jedoch kompensiert durch höhere Risikoaufschläge für eigene Verbindlichkeiten und Schwankungen in Cross-Currency Basisspreads. Außerdem enthielten die Erträge einen negativen Effekt in Höhe von 127 Mio € aus dem wechselkursbedingten Aufwand im Zusammenhang mit der Emission von zusätzlichem Kernkapital in britischen Pfund, sowie einen negativen Effekt in Höhe von 126 Mio € für Kommunalanleihen, die von den Geschäftsbereichen als voll steuerpflichtig ausgewiesen werden, und über C&A ausgeglichen werden. Diese negativen Effekte wurden teilweise durch einen positiven Beitrag von 71 Mio € aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (FVA) interner unbesicherter Derivate aufgehoben, was auf niedrigere Finanzierungsmargen zurückzuführen ist.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 106 Mio € waren hauptsächlich auf Kosten in Höhe von 137 Mio € im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Entkonsolidierung der Postbank zurückzuführen, die durch Steuerentlastungen in Höhe von 30 Mio € teilweise gemindert wurden.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Verlust vor Steuern von 541 Mio € ausgewiesen nach einem Verlust von 770 Mio € in 2015. Dies liegt vor allem daran, dass im vierten Quartal 2015 ein negativer Ergebnisbeitrag von 358 Mio € infolge der Kosten für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Infrastrukturfunktionen anfiel, der von Global Markets in C&A umgliedert wurde.

2015

In 2015 beliefen sich die Erträge in C&A auf 184 Mio €. Darin waren Erträge aus dem Treasury-Portfolio in Höhe von 221 Mio € enthalten, die mit den Zinsunabhängigen Aufwendungen verrechnet wurden, da Treasury die Erträge und Aufwendungen den Geschäftssegmenten zuordnet. Ferner beinhalteten die Erträge in C&A negative 146 Mio €, die aus Bewertungs- und Terminierungsdifferenzen resultierten. Die Gründe hierfür waren niedrigere Risikoaufschläge für eigene Verbindlichkeiten und eine Verengung des Basisspreads zwischen Euro und US-Dollar sowie eine Änderung

der Bewertungsmethode für Verbindlichkeiten, die zum Zeitwert bilanziert werden. In den Erträgen ebenfalls enthalten waren negative 130 Mio € im Zusammenhang mit dem Ausschluss von Postbank-Minderheitsaktionären. Diese negativen Effekte wurden teilweise durch einen positiven Beitrag von 72 Mio € aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (FVA) interner unbesicherter Derivate aufgehoben.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen 980 Mio €, die hauptsächlich auf Kosten für Rechtsstreitigkeiten von 358 Mio € im Zusammenhang mit Infrastrukturfunktionen, sowie Kosten in Höhe von 68 Mio € aus der Vorbereitung der Entkonsolidierung der Postbank und aus zugehöriger Grunderwerbsteuer zurückzuführen waren. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten auch eine Vorsorge für vergütungsabhängige Nebenleistungen in Höhe von 54 Mio €.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Verlust vor Steuern von 770 Mio € ausgewiesen nach einem Verlust von 236 Mrd € in 2014. Die Entwicklung war hauptsächlich auf die Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Infrastrukturfunktionen zurückzuführen.

Vermögenslage

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung 2016 gegenüber 2015	
			in Mio €	in %
Barreserven und Zentralbankeinlagen	181.364	96.940	84.424	87
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	11.606	12.842	- 1.236	- 10
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	36.368	56.013	- 19.645	- 35
Handelsaktiva	171.044	196.035	- 24.991	- 13
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	485.150	515.594	- 30.444	- 6
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	87.587	109.253	- 21.666	- 20
davon:				
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	47.404	51.073	- 3.669	- 7
Forderungen aus Wertpapierleihen	21.136	21.489	- 353	- 2
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	408.909	427.749	- 18.840	- 4
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.206	0	3.206	N/M
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	105.100	94.939	10.161	11
Übrige Aktiva	100.213	119.765	- 19.552	- 16
Summe der Aktiva	1.590.546	1.629.130	- 38.584	- 2
Einlagen	550.204	566.974	- 16.770	- 3
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	29.338	13.073	16.265	124
Handelsspassiva	57.029	52.304	4.725	9
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	463.858	494.076	- 30.218	- 6
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	60.492	44.852	15.640	35
davon:				
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	50.397	31.637	18.760	59
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.298	554	744	134
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	17.295	28.010	- 10.715	- 38
Langfristige Verbindlichkeiten	172.316	160.016	12.300	8
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	122.019	134.637	- 12.618	- 9
Übrige Passiva	53.176	67.564	- 14.388	- 21
Summe der Verbindlichkeiten	1.525.727	1.561.506	- 35.779	- 2
Eigenkapital einschließlich Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	64.819	67.624	- 2.805	- 4

Entwicklung der Aktiva

Die gesamten Aktiva sind im Vergleich zum Jahresende 2015 um 38,6 Mrd € (oder 2 %) zurückgegangen.

Der Nettorückgang wurde hauptsächlich von einem Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 30,4 Mrd € getrieben, der überwiegend auf Zinssatzschwankungen entfiel, da Änderungen in den Zinsstrukturkurven entgegengesetzt korreliert mit den Marktwerten unserer Zinsderivate-Produkte waren.

Handelsaktiva gingen um 25,0 Mrd € zurück, hauptsächlich getrieben durch Schuldverschreibungen aufgrund einer geringeren Kundennachfrage und fallender Märkte sowie infolge des Risikoabbaus unseres Handelsbuchs in unserer Non-Core Operations Unit.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind zusammen um 23,7 Mrd € zurückgegangen. Haupttreiber hierfür war ein geringerer Finanzierungsbedarf sowohl auf Kundenbilanz- als auch auf Bank-Seite sowie durch einen niedrigeren Bedarf zur Abdeckung von Short-Positionen.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft verringerten sich um 18,8 Mrd €, hauptsächlich aufgrund eines gesteuerten Abbaus in Corporate & Investment Banking, vor allem im Bereich Trade Finance / Cash Management, und unserer Non-Core Operations Unit, auch mit dem Ziel der Reduktion risikogewichteter Aktiva.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte, mit Ausnahme von Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Wertpapierleihen, die bereits oben behandelt wurden, gingen um 17,6 Mrd € zurück, hauptsächlich als Folge des Verkaufs von Abbey Life im vierten Quartal.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (in den Übrigen Aktiva enthalten) verringerten sich um 17,4 Mrd €, überwiegend aufgrund von Verkaufsaktivitäten von festverzinslichen Titeln als Teil unserer strategischen Liquiditätsreserve mit der Absicht des Abbaus risikogewichteter Aktiva sowie aufgrund des Verkaufs von Abbey Life.

Die erwähnten Rückgänge wurden durch eine Erhöhung der Barreserven und Zentralbankeinlagen zusammen mit Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) um 83,2 Mrd € teilweise ausgeglichen. Diese Erhöhung wurde überwiegend durch ein erhöhtes Volumen von Wertpapierpensionsgeschäften (Repo) im Rahmen unserer strategischen Liquiditätsreserve sowie anderen zahlungsmittelgenerierenden Aktivitäten wie dem gesteuerten Abbau von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, wie bereits oben erläutert, getrieben.

Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung erhöhten sich um 10,2 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg der Forderungen aus schwebenden Lieferpositionen im Vergleich zum Rekord-Tiefstand per Jahresende 2015.

Beginnend in 2016 haben wir bestimmte Anlagen in Wertpapieren als Teil unserer strategischen Liquiditätsreserve von der Position „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Position „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“ umgewidmet. Die zum 31. Dezember 2016 in der Position „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“ berichteten 3,2 Mrd € entsprechen einem Rückgang über den gleichen Betrag in der Position „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ (in den Übrigen Aktiva enthalten).

Die Gesamtveränderung der Bilanz beinhaltet einen Anstieg in Höhe von 7,2 Mrd € aus Wechselkursveränderungen, hauptsächlich bedingt durch die Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro. Diese durch Wechselkursveränderungen bedingten Effekte sind auch in den Veränderungen pro Bilanzposition enthalten, die in diesem Abschnitt diskutiert werden.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten ging zum 31. Dezember 2016 um 35,8 Mrd € (oder 2 %) gegenüber dem Jahresende 2015 zurück.

Der Gesamtrückgang war überwiegend durch eine Verringerung der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 30,2 Mrd € auf einen Rekord-Tiefstand getrieben, welcher hauptsächlich auf die gleichen Ursachen zurückzuführen war, die für positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten bereits oben beschrieben wurden.

Einlagen verringerten sich um 16,8 Mrd € während der Berichtsperiode, insbesondere durch Mittelabflüsse im dritten Quartal aufgrund einer negativen Wahrnehmung der Marktteilnehmer gegenüber der Deutschen Bank. Dieser Rückgang konnte jedoch durch einen Anstieg im vierten Quartal infolge verschiedener Initiativen zur Gewinnung von Einlagen, insbesondere in Corporate and Investment Banking, teilweise kompensiert werden.

Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung fielen um 12,6 Mrd €, hauptsächlich durch einen Rückgang in Verbindlichkeiten aus Prime Brokerage-Geschäften, der teilweise durch einen Anstieg der Verbindlichkeiten aus schwebenden Lieferpositionen im Vergleich zum Rekord-Tiefstand per Jahresende 2015 ausgeglichen wurde.

Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen gingen um 10,7 Mrd € zurück, überwiegend aus einer Reduktion unserer Commercial Paper-Bestände in der Berichtsperiode, die durch anderen Finanzierungsquellen ersetzt wurden, sowie aufgrund von Risikoabbau-Maßnahmen.

Diese Rückgänge wurden teilweise durch eine Erhöhung der Forderungen aus übertragenen Zentralbankguthaben, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, um insgesamt 35,8 Mrd € kompensiert. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf ein erhöhtes Volumen von Wertpapierpensionsgeschäften (Repo) im Rahmen unserer strategischen Liquiditätsreserve sowie gestiegener besicherter Finanzierung unserer hochliquiden Handelsbestände zurückzuführen.

Langfristige Verbindlichkeiten erhöhten sich um 12,3 Mrd €, hauptsächlich aufgrund von Mittelaufnahmen im Rahmen der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) der EZB.

Die Erhöhung der Handelsspassiva um 4,7 Mrd € entfiel hauptsächlich auf Neugeschäft und Hedging-Aktivitäten, verbunden mit geringeren Aufrechnungsmöglichkeiten aufgrund verringerter Kundenpositionen.

Ähnlich wie für die Aktivseite hatten Effekte aus Wechselkursveränderungen während der Berichtsperiode einen gegenläufigen Effekt, dieser ist bereits in den Veränderungen der Verbindlichkeiten, wie in diesem Abschnitt beschrieben, enthalten.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven zum 31. Dezember 2016 beliefen sich auf 219 Mrd € (zum Vergleich: 215 Mrd € zum 31. Dezember 2015). Wir erhielten eine positive Netto-Liquiditätsposition unter Stress zum 31. Dezember 2016 (in einem kombinierten Szenario).

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich zwischen dem 31. Dezember 2015 und dem 31. Dezember 2016 insgesamt um 2,8 Mrd € reduziert. Diese Verminderung resultierte hauptsächlich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernverlust von 1,4 Mrd €, einem Rückgang der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in Höhe von 854 Mio €, sowie Neubewertungsverlusten in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen in Höhe von 517 Mio €. Der Rückgang der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen resultiert hauptsächlich aus den Veräußerungen von Hua Xia und von Abbey Life; teilweise gegenläufig waren unrealisierte Gewinne in Bezug auf Anpassungen aus der Währungsumrechnung (insbesondere im US-Dollar).

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Unser Hartes Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 betrug zum 31. Dezember 2016 47,8 Mrd €, verglichen mit 52,4 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Die risikogewichteten Aktiva (RWA) gemäß CRR/CRD 4 verringerten sich zum 31. Dezember 2016 auf 356,2 Mrd €, verglichen mit 397,4 Mrd € per 31. Dezember 2015. Durch diesen Rückgang der RWA erhöhte sich die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 zum 31. Dezember 2016 auf 13,4 %, im Vergleich zu 13,2 % zum 31. Dezember 2015.

Unser Hartes Kernkapital in der CRR/CRD 4-Vollumsetzung betrug zum 31. Dezember 2016 42,3 Mrd €, verglichen mit 44,1 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Die RWA in der CRR/CRD 4-Vollumsetzung betragen 357,5 Mrd € zum 31. Dezember 2016, was zu einer Harten Kernkapitalquote gemäß Vollumsetzung von 11,8 % führte, mit entsprechenden Beträgen von 396,7 Mrd € und 11,1 % zum 31. Dezember 2015. Für weitere Informationen siehe „Lagebericht: Materielles Risiko und Kapitalperformance: Kapital- und Verschuldungsquote“.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Am 31. Dezember 2016 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 619 Mio € (31. Dezember 2015: 4,4 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug zum 31. Dezember 2016 519 Mio € (31. Dezember 2015: 4,3 Mrd €). Diese Vermögenswerte wurden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen zu diesen Vermögenswerten und den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ verwiesen.

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Erläuterungen zu unserem Liquiditätsrisikomanagement sind im Risikobericht enthalten.

Langfristige Bonitätseinstufung

Die Bonität der Deutsche Bank AG wird von Moody's Investors Service Inc. („Moody's“), Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited („S&P“), Fitch Ratings Limited („Fitch“) und DBRS, Inc. („DBRS“) bewertet. Sowohl S&P als auch Fitch sind in der Europäischen Union angesiedelt und wurden im Einklang mit der Regulierung (EC) No 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Europarates vom 16. September 2009 zu Kreditratingagenturen („CRA Regulierung“) registriert beziehungsweise zertifiziert. Bei Moody's werden die langfristigen Bonitätseinstufungen im Einklang mit Artikel 4(3) der CRA Regulierung von ihrer Niederlassung in Großbritannien zugelassen (Moody's Investors Services Ltd.). Bei DBRS werden die langfristigen Bonitätseinstufungen im Einklang mit Artikel 4(3) der CRA Regulierung von ihrer Niederlassung in Großbritannien zugelassen (DBRS Ratings Ltd.).

Entwicklung der Bonitätseinstufungen

Im Jahresverlauf 2016 waren die Langfristratings der Deutschen Bank durch die Umsetzung der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, in einem herausfordernden Umfeld beeinträchtigt. Die Ratingagenturen haben zudem ihre Kriterien im Hinblick auf die Änderungen der Bankenabwicklungsmechanismen angepasst.

Im Januar 2016 finalisierte Moody's die Anpassung seiner Ratingmethodik für die Bankenbranche. Diese berücksichtigt, dass in Deutschland ab dem 1. Januar 2017 Einlagen gesetzlichen Vorrang gegenüber vorrangigen unbesicherten Schuldtiteln haben. Infolgedessen erhöhte Moody's das Einlagenrating der Deutschen Bank um eine Stufe auf „A2“ und stufte das Rating der vorrangigen unbesicherten Schuldtitel auf „Baa1“ herab. Im Mai 2016 senkte Moody's jedoch alle Ratings der Deutschen Bank um eine Stufe (Counterparty Risk Assessment und Einlagenratings auf „A3“/vorrangig unbesicherte Schuldtitel auf „Baa2“), was durch wahrgenommene Herausforderungen beim Erreichen der strategischen Ziele begründet wurde. Alle Ratings haben einen stabilen Ausblick. Im Zusammenhang mit der Änderung der deutschen Insolvenzhierarchie ab 2017 hat Moody's im November 2016 ‚senior-senior‘ unbesicherte Langfristratings für deutsche Banken eingeführt. Vorrangig unbesicherte Schuldtitel, die in diese Kategorie fallen, beinhalten komplexe Strukturen, wodurch sie von einer Nachrangigstellung ausgenommen sind. Das Langfristrating dieser Instrumente ist identisch mit dem Einlagenrating von „A3“.

S&P hat im Juli 2016 den Ausblick auf das Rating von vorrangig unbesicherten Schuldtiteln sowie das Emittentenrating der Deutschen Bank auf negativ gesenkt. Dies wird mit dem operativen Umfeld begründet, welches die Fähigkeit der Bank die finanziellen Ziele der Strategie zu erreichen einschränken könnte. Im Dezember 2016 hat S&P die Langfristratings deutscher Banken auf CreditWatch gesetzt, um die bevorstehenden Änderungen in der deutschen Gesetzgebung beim Thema Bankenabwicklung zu reflektieren. Die Emittentenratings wurden auf CreditWatch auf positiv gesetzt, mit der Aussicht auf eine Heraufstufung, um den Anstieg der Verlustabsorptionsfähigkeit durch das Gesetz zur Gläubigerbeteiligung abzubilden. Vorrangig unbesicherte Schuldtitel wurden auf CreditWatch developing gesetzt. S&P plant die Überprüfung im ersten Quartal 2017 abzuschliessen.

Unter der Annahme eines zur Generierung von Erträgen herausfordernden Umfeldes hat Fitch im November 2016 die Ratings der Deutschen Bank auf negative watch gesetzt. Sie erwarten die Überprüfung nach der Bekanntgabe der Geschäftszahlen des ersten Quartals 2017 abzuschliessen. Im Zusammenhang mit dem erweiterten Abwicklungsrahmenwerk in Deutschland hat Fitch im Dezember 2016 Ratings für Derivategegentpartien und Einleger eingeführt, die für deutsche Banken gelten. In diesem Zusammenhang wurden auch bestimmte vorrangig unbesicherte Schuldtitel, die Marktrisiko beinhalten, heraufgestuft.

DBRS hat im Juli 2016 die Langfristratings der Deutschen Bank um eine Stufe gesenkt, nachdem die Ratings im April als zur Überprüfung klassifiziert wurden. Im Oktober 2016 wurde der Trend der Ratings der Deutschen Bank auf negativ gesetzt, was durch die Herausforderungen der Bank, stabile Erträge zu erwirtschaften, begründet wurde.

Ausgewählte Ratingkategorien

	Counterparty Risk	Vorrangig	Einlagen	Kurzfristrating
		unbesicherte Schuldtitel		
Moody's Investors Service, New York ¹	A3 (cr)	Baa2	A3	P-2
Standard & Poor's, New York ²	–	BBB+	–	A-2
Fitch Ratings, New York ³	A (dcr)	A-	A	F1
DBRS, Toronto ⁴	A (high)	A (low)	–	R-1 (low)

¹ Die „A“-Bonitätseinstufung von Moody's kennzeichnet Verbindlichkeiten, die der oberen Mittelklasse zugeordnet werden und ein geringes Kreditrisiko bergen. Verbindlichkeiten mit einem „Baa“-Rating werden der Mittelklasse zugerechnet und bergen ein moderates Kreditrisiko. Die Zahl 1 zeigt die Einstufung am oberen Ende der „Baa“-Kategorie an. Die Zahl 2 zeigt die Einstufung in der Mitte der „A“-Kategorie an. Die Zahl 3 steht für eine Einstufung am unteren Ende der „A“-Kategorie. Daher können sie bestimmte spekulative Elemente aufweisen.

² Standard & Poor's klassifiziert mit der Bonitätseinstufung der Kategorie „BBB“ Verbindlichkeiten mit angemessenen Sicherungsparametern. Nachteilige Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds oder sich verändernde Rahmenbedingungen verringern jedoch mit größerer Wahrscheinlichkeit die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Das Pluszeichen steht für die Einstufung am oberen Ende der „BBB“-Kategorie.

³ Eine „A“-Bonitätseinstufung von Fitch Ratings belegt eine hohe Bonität. Die „A“-Bonitätseinstufung von Fitch Ratings kennzeichnet eine geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „A“-Bonitätseinstufungen auf eine hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Ungünstige geschäftliche sowie wirtschaftliche Entwicklungen machen sich in dieser Kategorie etwas stärker bemerkbar als in den höheren Kategorien. Das Pluszeichen zeigt die Einstufung am oberen Ende der „A“-Kategorie an. Das Minuszeichen steht für die Einstufung am unteren Ende der „A“-Kategorie.

⁴ DBRS definiert seine „A“-Bonitätseinstufung als Beleg für eine zufriedenstellende Kreditqualität mit einem hohen Schutz von Kapital- und Zinszahlungen. Emittenten dieser Kategorie sind anfälliger für nachteilige Wirtschaftsbedingungen und konjunkturelle Schwankungen als Emittenten der Kategorien „AAA“ und „AA“.

Jede Bonitätseinstufung verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem der Deutschen Bank die Bonitätseinstufung mitgeteilt wurde. Die Ratingagenturen können ihre Bonitätseinstufungen jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Diese langfristigen Bonitätseinstufungen dienen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf der Wertpapiere der Deutschen Bank.

Vertragliche Verpflichtungen

Noch nicht fällige Barleistungsverpflichtungen zum 31. Dezember 2016

Vertragliche Verpflichtungen in Mio €	Insgesamt	Zahlungsfälligkeit nach Periode			
		Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten ¹	189.950	32.089	67.429	40.354	50.078
Hybride Kapitalinstrumente ¹	6.978	2.617	4.268	93	0
Langfristige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verpflichtungen ²	6.923	2.486	824	643	2.969
Finanzleasingverpflichtungen	91	6	11	8	67
Operating-Lease-Verpflichtungen	3.893	707	1.216	877	1.093
Kaufverpflichtungen	2.521	641	769	266	845
Langfristige Einlagen ¹	28.255	0	12.508	4.513	11.234
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	4.593	1.310	1.925	502	856
Insgesamt	243.203	39.856	88.949	47.255	67.142

¹ Beinhaltet Zinszahlungen.

² Beinhaltet im Wesentlichen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den oben genannten Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 89 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Informationstechnologie und Gebäudemanagement. Einige der unter „Kaufverpflichtungen“ ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar, tatsächlich anfallende künftige Zahlungen könnten höher ausfallen. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Anhangangaben) des Konzernabschlusses: Anhangangabe 5 „Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen“, Anhangangabe 25 „Leasingverhältnisse“, Anhangangabe 29 „Einlagen“ und Anhangangabe 33 „Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente“.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Im Jahr 2017 dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft auf 3,5 % moderat beschleunigen, nachdem es im Jahr 2016 mit lediglich 3,0 % den schwächsten Anstieg seit der globalen Finanzkrise im Jahr 2009 verzeichnet hatte. Die globale Inflationsrate dürfte sich voraussichtlich auf 5,2 % in 2017 beschleunigen, hauptsächlich aufgrund der wieder anziehenden Rohstoffpreise. Für die Industrieländer rechnen wir mit einer Erhöhung des Wachstums auf 1,9 % und einem Anstieg der Verbraucherpreise um 1,6 %. In den Schwellenländern dürfte sich das Wachstum im Jahr 2017 auf 4,6 % erhöhen. Die Inflationsrate dürfte dort bei 7,8 % liegen.

Der Ausblick für die Konjunktur der Eurozone bleibt herausfordernd und das BIP-Wachstum dürfte sich im Jahr 2017 auf 1,3 % verlangsamen. Die kommenden Schlüsselwahlen in den großen EU-Mitgliedstaaten und die damit verbundene Unsicherheit dürften das Wachstum im ersten Halbjahr 2017 dämpfen. Vorausgesetzt die politischen Risiken treffen nicht ein, erwarten wir, dass die Konjunktur in Folge der deutlich anziehenden US-Konjunktur, einer fiskalischen Lockerung und der unterstützenden gelpolitischen Ausrichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) im zweiten Halbjahr 2017 anziehen wird. Gemäß der Ankündigung vom Dezember 2016 verlängerte die EZB ihr Assetkaufprogramm um 9 Monate bis Ende des Jahres 2017. Die EZB wird die monatlichen Käufe aber im April 2017 auf 60 Mrd € reduzieren. Die Verbraucherpreise dürften im Jahr 2017 um 1,4 % steigen. Nach einem BIP-Wachstum von 1,9 % in 2016, erwarten wir, dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 2017 um 1,1 % expandiert, getrieben von der Binnenkonjunktur. Etwa die Hälfte der Verlangsamung geht dabei auf die geringere Zahl an Arbeitstagen zurück.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2017 eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums auf 2,6 %. Die dämpfenden Effekte, die der niedrige Ölpreis auf den Energiesektor ausübte, der Lagerabbau sowie Nettoexporte, die durch das sich in letzter Zeit ausweitende Handelsbilanzdefizit wachstumshindernd wirkten, dürften nach und nach abklingen und der private Konsum weiter solide wachsen. Insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte 2017 könnte das Zusammenspiel von Steuersenkungen, Deregulierungsmaßnahmen und Infrastrukturinvestitionen der neuen US-Regierung unter Präsident Donald J. Trump das Wachstum deutlich erhöhen. Wir erwarten eine Steigerung der Verbraucherpreise um 2,1 %. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte insgesamt weiter die US-Konjunktur unterstützen. Wir rechnen mit drei Erhöhungen des Leitzinses auf 1,375 % zum Jahresende 2017.

Die japanische Wirtschaft dürfte hauptsächlich binnenwirtschaft getrieben im Jahr 2017 mit erwartungsgemäß 1,1 % leicht stärker als im Vorjahr wachsen. Die Ausrichtung der Geldpolitik dürfte weiter unterstützend wirken. Im Fokus steht für die Bank of Japan die Zinskurvenkontrolle und das Tempo der Ausweitung der monetären Basis dürfte sich verlangsamen. Die Inflation wird annahmegemäß bei 0,6 % im Jahr 2017 liegen. Das Wachstum in den Schwellenländern insgesamt wird sich im Jahr 2017 wahrscheinlich auf 4,6 % erhöhen. Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte sich mit 5,9 % mehr oder weniger seitwärts bewegen und die Inflation bei 3,0 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte im Jahr 2017 nur noch um 6,5 % zulegen und die Inflationsrate auf 2,5 % steigen. Dies setzt aber eine zusätzliche Kreditausweitung voraus, welche das Risiko für eine Blasenbildung auf dem Immobilienmarkt und steigenden Kapitalabflüssen erhöht. Um den Immobiliensektor zu stützen könnte die People Bank of China das Kreditangebot ausweiten. Wir erwarten keine Leitzinsveränderung im Jahr 2017.

Die Unsicherheit unserer globalen Prognose bleibt angesichts der zahlreichen Risiken relativ hoch. Die globalen Finanzmärkte könnten deutlich negativer als unterstellt reagieren, wenn der durch die neue US-Regierung erwartete deutliche Wachstumsschub geringer als erwartet ausfällt oder aber protektionistische Maßnahmen ergriffen werden. Andererseits könnte es im Zuge einer US-Wachstumsbelebung zu einem stärker als unterstellten Anstieg der Zinsen kommen. Dies könnte weltweit negative Auswirkungen auf die Ausgaben der Haushalte und Unternehmen haben und zu deutlich stärkeren Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern führen. Ebenfalls könnte eine harte Landung Chinas globale Verwerfungen nach sich ziehen. Zudem könnte es zu einer Eskalation geopolitischer Risiken kommen, insbesondere der Konflikte im Nahen Osten. In Europa könnte ein chaotisch verlaufender Brexit, eine aufflammende Diskussion über den weiteren Kurs der Geldpolitik und die Zukunft der Eurozone, ein Stoppen bei der Implementierung von Strukturreformen oder aber eine gestiegene Zustimmung für populistische Parteien erhebliches Störpotenzial für unsere Prognosen entfalten. Regionale Unabhängigkeitsbestrebungen bleiben eine Herausforderung für die Stabilität der EU. Außerdem könnte ein Wiederaufkommen der Flüchtlingskrise die politische Uneinigkeit in der Europäischen Union weiter verschärfen.

Die Bankenbranche

Das Jahr 2017 dürfte für die Bankenbranche weltweit von einigen entscheidenden Weichenstellungen geprägt sein. Zum ersten könnten die unter dem Schlagwort Basel IV laufenden Diskussionen der im Baseler Ausschuss vertretenen Regulierer über größere Anpassungen der Eigenkapitalstandards abgeschlossen werden. Ein Scheitern der Verhandlungen ist jedoch nicht ausgeschlossen. Bei einer Einigung zeichnet sich u.a. ein deutlich wachsendes Gewicht des Standardansatzes zulasten interner Risikoberechnungsmodelle ab. Dies würde voraussichtlich einen signifikanten Anstieg der Risikoaktiva bei vielen Banken bedeuten. Zum zweiten deutet sich in den USA ein Jahrzehnt nach der Finanzkrise ein Paradigmenwechsel an, weg von immer schärferer und umfassenderer Regulierung hin zu einer deutlichen Lockerung. Dies könnte möglicherweise auch Auswirkungen auf den generellen Trend bei der Weiterentwicklung globaler Finanzmarktregeln haben. Zum dritten dürften sich mit dem angekündigten und in Kürze voraussichtlich eingeleiteten Ausstieg Großbritanniens aus der EU fundamentale Veränderungen bei Art, Umfang und insbesondere Standort von Finanzaktivitäten in Europa, aber auch darüber hinaus, ergeben. Dabei wird das Ausscheiden des größten nationalen Finanzplatzes aus dem europäischen Binnenmarkt den europäischen Finanzsektor insgesamt im globalen Wettbewerb zweifelsohne schwächen.

In Europa stehen neben dem Beginn der Brexit-Verhandlungen wichtige Wahlen in großen EU-Ländern bevor, bei denen der durch populistische Parteien ausgeübte Druck weiter zunehmen dürfte. Das könnte sich für die Bankenbranche aus dreierlei Gründen als problematisch erweisen: Erstens würde stärkerer Nationalismus, Protektionismus und Druck auf Banken wie Unternehmen grenzüberschreitende Geschäfte im europäischen Binnenmarkt erschweren. Zweitens könnte die Bankenbranche mit Verweis auf Verfehlungen der Vergangenheit verstärkt das Ziel populistischer Attacken werden, die in schärferer Regulierung, höherer Besteuerung oder sonstigen „Strafmaßnahmen“ wie etwa zunehmendem staatlichen Einfluss auf die Geschäftspolitik münden könnten. Drittens könnten wichtige politische Vorhaben auf der Gemeinschaftsebene wie etwa die Kapitalmarktunion, die Vollendung der Bankenunion oder allgemein wachstums- und innovationsfördernde Initiativen durch nationale Vetos blockiert und damit zum Stillstand gebracht werden. Mittelfristig würden sich die Geschäftsperspektiven der Banken in einem derart lahmgelegten Europa eintrüben.

Abgesehen von der außerordentlich hohen politischen Unsicherheit sind die Aussichten für moderate operative Verbesserungen bei den europäischen Banken in diesem Jahr nicht schlecht. Bei anhaltend mäßigem Wachstum, weiter sehr expansiver Geldpolitik und möglicherweise leicht steigendem Zinsniveau angesichts der fortschreitenden Zinswende in den USA könnte der Abbau der vor allem in Südeuropa immer noch sehr hohen Bestände an notleidenden Krediten voranschreiten. Die Kreditvergabe wird wahrscheinlich nur begrenzt zulegen, da die Zurückhaltung der Unternehmen mit neuen Investitionen anhalten dürfte, nicht zuletzt aufgrund einer schwachen Auslandsnachfrage. Die Einlagen sollten damit insgesamt weiter schneller wachsen als das Kreditvolumen. Dank einer günstigen Refinanzierungssituation könnten die Banken in Europa von leicht steigenden Kreditzinsen in Form einer steigenden Zinsmarge profitieren, zumindest für solche Kredite, die im Jahr 2017 vergeben werden.

In Deutschland sollte sich die verglichen mit dem Euroraum generell etwas höhere Dynamik im klassischen Bankgeschäft dank solider Fundamentaldaten auch 2017 fortsetzen, trotz etwas abnehmenden gesamtwirtschaftlichem Momentum. Hier gilt weiterhin besonderes Augenmerk dem Wohnimmobiliensektor – nicht zuletzt wegen der angespannten Situation auf einigen Märkten (insbesondere in den Ballungsräumen) – und der Hypothekarkreditvergabe, die eventuell weiter anziehen könnte.

In den USA hält der zyklische Kreditaufschwung nun bereits seit rund sechs Jahren an und hat fortwährend an Fahrt gewonnen, so dass angesichts der mittlerweile ausgesprochen hohen Wachstumsraten eine gewisse Verlangsamung zu erwarten gewesen wäre. Nach dem politischen Machtwechsel und der Ankündigung eines größeren Konjunkturprogramms scheint jedoch zunächst eine Fortsetzung der hohen Dynamik sowohl auf der Aktiv- als auch der Passivseite der Bankbilanzen nicht ausgeschlossen. Zusammen mit weiteren Zinserhöhungen der Notenbank und damit besseren Margen dürfte die Profitabilität der US-Banken in nominaler Betrachtung zunächst neue Rekorde erreichen, bevor mittelfristig mit wieder steigenden Kreditausfällen und einem geringeren Kreditwachstum zu rechnen ist.

In China wie auch in Japan sind 2017 keine gravierenden Änderungen der Geschäftsaussichten der Banken zu erwarten, da die gesamtwirtschaftliche Dynamik weitgehend die gleiche wie im Vorjahr bleiben sollte und sich auch keine abrupten wirtschaftspolitischen Kurswechsel abzeichnen. Offen bleibt, wie tragfähig die stark gestiegenen Verschuldungsniveaus sowohl der chinesischen Unternehmen als auch Haushalte sind, hier bestehen mittelfristig erhebliche Risiken.

Mit Blick auf die regulatorische Agenda werden in diesem Jahr abgesehen von den oben bereits genannten Themen verschiedene konkrete Maßnahmen im Fokus der Aufmerksamkeit stehen: i) die Festlegung höherer Leverage-Ratio-Mindestanforderungen für global systemrelevante Banken, ii) der anstehende Übergang bei der Bilanzierung von Kreditverlusten vom Prinzip des „eingetretenen Verlusts“ zum Prinzip des „erwarteten Verlusts“ und iii) die Festlegung, wie viel Eigen- und bail-in-fähiges Fremdkapital große Banken im Euroraum für eine Abwicklung vorhalten müssen (MREL). Unter Umständen wird Basel auch einen Vorschlag zur Kapitalunterlegung von Forderungen gegenüber Staaten vorlegen. Des Weiteren sind in Europa Fortschritte bei der Kapitalmarktunion möglich, eventuell wird angesichts der jüngsten Erfahrungen auch über Anpassungsbedarf bei der Bankenabwicklungsrichtlinie beziehungsweise dem Einheitlichen Abwicklungsmechanismus diskutiert werden. Zum Jahresende treten schließlich eine ganze Reihe wichtiger Reformvorhaben endgültig in Kraft – etwa wesentliche Teile von Basel III, MiFID II und die langfristige Refinanzierungsquote (NSFR).

Der Deutsche Bank-Konzern

Wir sehen die Deutsche Bank als eine führende europäische Bank mit globaler Reichweite und einer starken Heimatbasis in Deutschland, Europas größter Volkswirtschaft. Die Bank bedient die realwirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Unternehmens-, Institutions-, Vermögensverwaltung- und Privatkunden durch ein Dienstleistungsangebot im Bereich Zahlungsverkehr, Unternehmensfinanzierung und Kapitalmärkte, Asset Management, Vermögensverwaltung und Privatkundengeschäft.

Wir planen, unser Geschäft in die drei unterschiedlichen Geschäftsbereiche Corporate & Investment Bank (CIB), Private & Commercial Bank (PCB) und Deutsche Asset Management (Deutsche AM) umzugestalten. Wir erwarten, dass diese Neuordnung dazu beiträgt, uns auf Märkte, Produkte und Kunden zu fokussieren, bei denen wir besser positioniert sind, Wachstumschancen wahrzunehmen.

Im Jahr 2016 haben wir entscheidende Maßnahmen zur Verbesserung, Modernisierung und Vereinfachung der Bank getroffen. Infolgedessen haben wir 2016 mit starken Kapital- und Liquiditätskennzahlen abgeschlossen und wir erwarten, in 2017 die Trendwende für unser Gesamtergebnis zu erreichen. Im Rahmen unserer im März 2017 kommunizierten aktualisierten Strategie haben wir die Zusammensetzung und Ausprägung unserer wichtigsten finanziellen Ziele angepasst. Wir wollen unsere angepassten Kostenziele bis 2018 beziehungsweise 2021 und unsere verbleibenden Finanzkennzahlen langfristig im Einklang mit einer einfacheren und sichereren Bank erreichen. Diese Finanzkennzahlen sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt.

Finanzkennzahlen

Konzernfinanzkennzahlen ¹	Status zum Ende 2016	Ziel Konzernfinanzkennzahl
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ²	11,8 %	größer als 13,0 %
Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 ³	4,1 % ⁴	4,5 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital ⁵	- 2,7 %	circa 10,0 %
Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen ⁶	24,7 Mrd €	2018: circa 22 Mrd € 2021: circa 21 Mrd €

¹ In unserem Plan für 2017 haben wir einen USD/EUR-Wechselkurs von 1,01 und einen GBP/EUR-Wechselkurs von 0,88 bei der Festlegung der Finanzkennzahlen zugrundegelegt.

² Die Harte Kernkapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

³ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht zu finden.

⁴ Die Verschuldungsquote gemäß der CRR/CRD 4 entspricht unserer Kalkulation unserer Verschuldungsquote nach den Übergangsregelungen.

⁵ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Die Berechnung basiert auf einer effektiven Steuerquote von minus 67 % zum 31. Dezember 2016. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

⁶ Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Wertberichtigungen auf Firmenwerte und andere immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Im Jahr 2016 und früheren Jahren berichteten wir bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen, welche zusätzlich Aufwendungen aus dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life beinhalteten, die zum Ende des Jahres 2016 verkauft wurde. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

Unsere beabsichtigte Kapitalerhöhung von 8 Mrd € soll zu einer wesentlichen Stärkung unserer Kapitalbasis führen und wird voraussichtlich zu einer Harten Kernkapitalquote bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung (CET 1-Kapitalquote (Vollumsetzung)) von ungefähr 14 % und einer CRR/CRD 4 Verschuldungsquote (Vollumsetzung) von ungefähr 4 % zum 31. Dezember 2016 auf pro-forma Basis führen. Darüber hinaus erwarten wir, dass der geplante Börsengang eines Minderheitsanteils der Deutschen AM, der für die nächsten 24 Monaten geplant ist, und andere Vermögensabgänge, durch eine Reduzierung der risikogewichteten Aktiva (RWA) und Kapitalauswirkungen, einen Gegenwert von bis zu 2,0 Mrd € Kapital generieren sollen.

Im Geschäftsjahr 2017 erwarten wir eine Erhöhung der RWA, hauptsächlich durch operationelle Risiken, Methodenänderungen und Wachstum in ausgewählten Geschäftsfeldern. Bis zum Ende des Jahres 2017 wird unsere CET 1-Kapitalquote (Vollumsetzung) voraussichtlich etwa 13 % und unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote (Vollumsetzung) etwa 4 % (etwa 4,5 % gemäß Übergangsregelungen) betragen.

Für 2017 gehen wir davon aus, dass die Erträge im Vergleich zu 2016 weitgehend unverändert bleiben werden. Ohne die bereits abgeschlossenen und erwarteten Veräußerungen und die Auswirkungen der NCOU im Jahr 2016 erwarten wir jedoch eine Steigerung der Erträge, die von einem besseren operativen Umfeld für die Deutsche Bank und einem besseren makroökonomischem Ausblick getragen wird. Der Ausblick spiegelt die erwartete leichte Konjunkturerholung in Europa wider, während das Wachstum in Nord- und Südamerika voraussichtlich von steuerlichen Anreizen profitieren wird, sowie die positiven Auswirkungen eines verbesserten Zinsumfeldes. Wir erwarten eine bedeutende Zunahme der Kundenaktivitäten im Jahr 2017, eine Fortsetzung des Trends, den wir bereits seit Anfang des Jahres sehen können, und beabsichtigen, unsere Strukturen weiter zu vereinfachen und Prozesse effizienter zu gestalten.

Wir sind entschlossen, unsere angestrebte Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von 10 % zu erreichen, unter der Annahme eines normalisierten Umsatzumfeldes und auf der Grundlage der Erreichung unserer Kostenziele. Die derzeit laufenden und für die Umsetzung im Jahr 2017 und in den folgenden Jahren geplanten Maßnahmen sind Schlüsselemente für die Erreichung dieses Ziels. Angesichts der anhaltenden Belastung, vor allem aus Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungskosten, erwarten wir derzeit nur eine moderate Verbesserung unserer Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, im Jahr 2017.

Im Rahmen des konzernweiten Kostensenkungsprogramms planen wir, die Optimierung unseres Filialnetzwerkes umzusetzen, Effizienzen durch Digitalisierung von Prozessen zu realisieren und in den COO- und Infrastrukturfunktionen Personal und Kosten zu senken. Parallel dazu planen wir, unsere Investitionen in die Stärkung der Kontrollfunktionen und der unterstützenden Infrastrukturmgebung fortzusetzen.

Wir rechnen mit rund 22 Mrd € bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen im Jahr 2018, einschließlich der bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen der Postbank, und erwarten bis 2021 eine weitere Reduktion auf rund 21 Mrd €. Im Jahr 2017 erwarten wir Netto-Kostensenkungen durch im letzten Jahr getätigten Investitionen, durch die Auswirkungen des erwarteten Personalabbaus und des erfolgreichen Abschlusses unserer NCOU-Abgänge. Wir erwarten des Weiteren, dass wir unsere angekündigten Filialschließungen überwiegend im ersten Halbjahr 2017 umsetzen. Wir planen im Jahr 2017 zu unseren normalen Vergütungsprogrammen zurückzukehren, nachdem der Vorstand für 2016 eine grundsätzliche Begrenzung der Bonuszahlungen beschlossen hatte. Insgesamt gehen wir davon aus, dass unsere bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 weiter sinken werden.

Wir streben eine marktgerechte Ausschüttungsquote für das Geschäftsjahr 2018 und danach an. Sollten wir im Jahresabschluss der Deutsche Bank AG nach HGB ausreichende ausschüttungsfähige Gewinne für das Geschäftsjahr 2017 ausweisen, werden wir voraussichtlich empfehlen, zumindest eine Minimumdividende von 0,11 € pro Aktie für das Geschäftsjahr 2017 zu zahlen.

Unsere Geschäftsbereiche

Ab dem Jahr 2017 werden unsere Geschäftsbereiche, wie im Rahmen der Kommunikation zu unserer Strategie am 5. März 2017 angekündigt, in einer neuen Struktur organisiert, die aus den Geschäftsbereichen Corporate & Investment Bank (CIB), Private & Commercial Bank (PCB) und Deutsche Asset Management (Deutsche AM) bestehen wird.

Der folgende Ausblick für unsere Geschäftsbereiche wird in der aktuellen Struktur dargestellt. Um den zukünftigen organisatorischen Aufbau herauszustellen, haben wir unsere gegenwärtigen Geschäftsbereiche in der neuen Struktur CIB, PCB und Deutsche AM dargestellt.

Corporate & Investment Bank

Unser Geschäftsbereich Global Markets (GM) wird in unseren bestehenden Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking (CIB) überführt, um einen integrierten Geschäftsbereich Corporate & Investment Bank (CIB) zu schaffen. Dementsprechend werden unsere gegenwärtigen Geschäftsfelder in GM, Sales & Trading (Debt) und Sales & Trading (Equity), mit unseren bestehenden CIB-Geschäftsbereichen Corporate Finance und Transaction Banking im neuen Geschäftsbereich CIB zusammengeführt.

Langfristig strebt CIB an, ein führendes europäisches Franchise mit Umfang und Stärke für weltweite Wachstumsoptionen durch eine erfolgreiche Integration unseres GM-Geschäftes zu sein. Mit einer verbesserten Kapitalausstattung durch die Kapitalerhöhung, die am 5. März 2017 angekündigt wurde, plant der integrierte Geschäftsbereich CIB, das Geschäft mit Unternehmen auszubauen bei gleichzeitiger Beibehaltung eines stärker fokussierten Ansatzes für institutionelle Kunden. CIB beabsichtigt des Weiteren seine starke Position in den Zweitmärkten zu halten, um vor allem Erstemissionen, Absicherung und andere Vermittlungsbedürfnisse unserer Firmen-, Regierungs- und institutionellen Kunden zu bedienen.

Für Kunden wird der kombinierte Geschäftsbereich CIB die Expertise für das Großhandelsgeschäft, die Kundenbetreuung, das Risikomanagement und Infrastruktur zusammenbringen. CIB beabsichtigt, Ressourcen und Kapital an einem integrierten CIB-Kunden- und Produktumfang auszurichten, um Kunden mit hoher Priorität weitere Vorteile zu bieten. Die Bank erwartet, dass der zusammengeführte Geschäftsbereich CIB besser auf die Bestrebungen der Deutschen Bank in Bezug auf Art und Umfang der Möglichkeiten abgestimmt ist. Mit einem integrierten Ansatz zur Kundenbetreuung und Profitabilität von Kundenbeziehungen plant CIB, einen höheren Anteil der Kundenausgaben über verbesserte Cross-selling- und zielgerichtete Lösungen für unsere Kunden mit hoher Priorität erzielen zu können. Wir glauben, dass diese Chance im Bereich mit Unternehmenskunden besonders groß ist, wo die Bank ein höheres Potential in Kundensegmenten wie Verkehr, Infrastruktur und Energie und in Asien hat und Kundenbedürfnisse bei Produkten wie Zahlungs- und Treasury-Lösungen, integrierte Devisenangebote, strategische Beratung, Leveraged Finance-Transaktionen und Liquidität und Sicherheiten bedienen kann.

Wachstum im Firmenkundengeschäft dürfte auch im Bereich der institutionellen Kunden Chancen schaffen. Insgesamt erwartet die Deutsche Bank, dass der Großteil des Wachstum vor allem aus der Erhöhung der Erträge aus den vorhandenen Ressourcen entsteht, in dem selektiv Kapital für Kunden mit hoher Priorität eingesetzt wird.

Der neue Geschäftsbereich CIB erwartet, eine Reduzierung der bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen von ungefähr 0,7 Mrd € bis zum Jahr 2018 zu erreichen und durch Straffung der Infrastruktur weitere Effizienzen in den Front- und Middle-Office-Funktionen und den unterstützenden Infrastrukturbereichen zu heben, ohne dabei ganze Geschäftsfelder aufgeben zu müssen. Des Weiteren wird CIB eine durchgehende divisionale Verantwortlichkeit für interne Prozesse und die Datenumgebung einführen, um das Kontrollumfeld zu verbessern. Durch diese Anstrengungen wird unser Fokus auf die Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften, Know-your-client (KYC) und die Verbesserung des Kundenonboardingprozesses, Systemstabilität und die Steuerung und das Verhalten beibehalten. Wir beabsichtigen, auch weiterhin in Global Transaction Banking zu investieren, sowohl in die Behebung von Regulierungsdefiziten in der bestehenden Infrastruktur als auch in die Verbesserung unseres globalen Produktangebotes, um das Umsatzwachstum zu steigern.

Corporate & Investment Banking

Für unsere Geschäftsfelder Corporate Finance und Global Transaction Banking gehen wir davon aus, dass die Corporate Finance-Erträge im Vergleich zu 2016 insgesamt stabil bleiben. Dabei erwarten wir Wachstum im Emissionsgeschäft basierend auf dem positiven Momentum im zweiten Halbjahr 2016. Im Bereich Global Transaction Banking dürften die Erträge zwar von weiteren erwarteten Zinsanhebungen in den USA profitieren, doch im Zusammenhang mit dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld in Europa und der potenziellen Verringerung des globalen Handelsvolumens sowie strategischen Maßnahmen zur Rationalisierung unseres Kundenkreises und der geografischen Präsenz bleiben Herausforderungen bestehen.

Zu den Risiken des Ausblicks zählen die weitere Lockerung der Geldpolitik in unseren Hauptmärkten, eine volatile Konjunkturlage, eine Zunahme des politischen Risikos im Zusammenhang mit anstehenden Wahlen in Europa und die Unsicherheit rund um das EU-Austrittsverfahren Großbritanniens. Prognosen zufolge dürfte sich das globale Wachstum 2017 insgesamt zwar erholen, doch die ungleichen Wachstumsraten in den Regionen werden sich auf CIB und insbesondere Corporate Finance unterschiedlich auswirken. So wird das starke Wachstum in den USA durch eine Konjunkturabschwächung in Europa und China kompensiert.

Global Markets

Für das Jahr 2017 erwarten wir, dass sich die branchenweite Erhöhung der Erträge in Sales & Trading (Debt) und Sales & Trading (Equity) aus dem zweiten Halbjahr 2016 fortsetzt. Bisher haben wir im Jahr 2017 starke Märkte im Bereich Debt, insbesondere auf Kreditmärkten gesehen was durch eine Ausweitung der Spreads unterstützt wurde. Jedoch war die Kundenaktivität in Equities bisher eher mäßig, was teilweise durch eine gedämpfte Volatilität verursacht wurde.

Wir erwarten für 2017 eine branchenweite Erhöhung der Erträge in Sales & Trading (Debt) im Vergleich zu 2016. Steilere Zinskurven und divergierende geldpolitische Maßnahmen dürften auf die Erträge im Zins- und Devisengeschäft positive Auswirkungen haben. Zudem dürften sinkende Kreditrisikoaufschläge nach der Präsidentschaftswahl in den USA die Voraussetzungen für einen Ertragszuwachs im Kreditgeschäft potentiell verbessern. Bei den branchenweiten Erträgen in Sales & Trading (Equity) wird für 2017 ebenso ein leichter Zuwachs durch ein steigendes Neuemissionsgeschäft und ein positives Handelsumfeld erwartet. Über unsere Plattformen Debt und Equities hinweg sind wir für das Jahr 2017 guter Hoffnung, Marktanteile zurückzugewinnen, bedingt durch die verbesserte finanzielle Stärke der Deutschen Bank durch die geplante Kapitalerhöhung, welche im März 2017 angekündigt wurde, verbunden mit der Beilegung von materiellen Rechtsstreitigkeiten zum Jahresende 2016.

Der Ausblick für Global Markets ist mit etlichen Risiken behaftet: der Abhängigkeit des globalen Wirtschaftswachstums von politischen Entwicklungen in Europa, etwa dem EU-Austrittsverfahren Großbritanniens, der Entwicklung der Geldpolitik der Zentralbanken sowie fortlaufenden regulatorischen Veränderungen. Die Finanzmärkte könnten sich zudem mit Herausforderungen wie einer geringeren Kundenaktivität, weiterhin hohen regulatorischen Anforderungen und potenziellen geopolitischen Ereignissen konfrontiert sehen.

Wir haben signifikante Fortschritte in Bezug auf frühere strategische Portfoliomassnahmen im Zusammenhang mit der Reallokation der Ressourcen von GM und einer Reihe von Austritten aus Geschäftsfeldern und Rationalisierungen gemacht. Wir haben bereits ungefähr die Hälfte unserer Ziele für die risikogewichteten Aktiva und Verschuldung erreicht, der Neuzuschnitt unseres Geschäftsportfolios inklusive unserer Länderaustritte ist nahezu abgeschlossen. Zusätzlich haben wir gute Fortschritte bei der Neuordnung unseres Kundenportfolios gemacht. Wir erwarten in den kommenden Jahren eine Realisierung der Vorteile daraus, hauptsächlich durch geringere Kosten und niedrigere Komplexität.

Nach der Kommunikation der Strategie im März 2017 haben wir die strategischen Pläne von GM für die risikogewichteten Aktiva und den CRD 4-Verschuldungsgrad revalidiert. Wir erwarten weitere zusätzliche Kapital- und Bilanz-effizienzen über den Geschäftsbereich hinweg und in Teilbereichen mit starken Geschäftsergebnissen. Wir erwarten jedoch auch, dass wir überschüssiges Kapital in Zielkunden und Teilbereichen unseres Geschäftsbereiches einsetzen (wie beispielsweise in unser Kreditfinanzierungsgeschäft).

Zudem sind wir darauf konzentriert, die Kosten zu reduzieren, die Plattformeffizienz zu steigern und gleichzeitig die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zu verbessern, unsere Kontrollen zu optimieren und unsere Handlungsweisen zu ändern. Wir erwarten weiterhin, dass unser Ergebnis durch einen weiteren Anstieg risikogewichteter Aktiva (hauptsächlich aufgrund des Anstiegs der risikogewichteten Aktiva aus operationellen Risiken), die Einschränkung unseres Geschäftsumfanges und die Fortschritte bei der Aufarbeitung von Rechtsstreitigkeiten belastet sein wird. Trotz des anhaltenden unsicheren Ausblicks werden die vorgestellten strategischen Prioritäten uns so gut positionieren, dass wir als Teil des integrierten Geschäftsbereiches CIB potenziellen Herausforderungen begegnen und künftige Chancen nutzen können.

Private & Commercial Bank

PW&CC wird zusammen mit der integrierten Postbank den Geschäftsbereich Private & Commercial Bank (PCB) bilden, und damit Deutschlands führende Privat- und Geschäftskundenbank mit über 20 Millionen Kunden, bei der eine nahtlose Kundenbetreuung erfolgen wird. Die kombinierte Einheit wird mit zwei Marken operieren, um die gesamte Kundenbasis beginnend von Privatkunden bis hin zu beratungsorientierten Kunden der Vermögensverwaltung und Mittelstandsunternehmen abzudecken. Unsere Marke PW&CC wird sich auf wohlhabende, Vermögensverwaltungs- und Geschäftskunden fokussieren während die Postbank ein hoch standardisiertes Angebot an eine breitere Kundenbasis anbieten wird.

Private, Wealth & Commercial Clients

In unseren Private & Commercial Clients (PCC)-Bereichen erwarten wir, dass die Erträge aus dem Einlagengeschäft aufgrund des niedrigen Zinsniveaus in 2017 in einem ähnlichem Ausmaß wie im Vorjahr zurückgehen werden. Durch eine anhaltend hohe Nachfrage im Kreditgeschäft, verbunden mit einem selektiven Ausbau unseres Kreditportfolios, erwarten wir einen weiteren Anstieg der Erträge, der etwas dynamischer als in 2016 ausfallen sollte. Im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft erwarten wir in 2017 einen deutlichen Anstieg der Erträge im Vergleich zu 2016, das von geringer Aktivität unserer Kunden in einem turbulenten Marktumfeld geprägt war. In unserem Wealth Management (WM)-Bereich wird der Verkauf der Private Client Services (PCS)-Einheit in 2017 erwartungsgemäß zu einem Rückgang der Ertragsbasis führen. Ohne diesen Entkonsolidierungseffekt erwarten wir für die Erträge von WM in 2017 einen leichten Anstieg, zu dem alle Kernregionen beitragen sollten. In unseren Erträgen in 2016 war noch ein materieller Beitrag von circa 620 Mio € aus unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. enthalten, der im Wesentlichen aus dem Verkauf der Beteiligung im vierten Quartal 2016 entstand. Ab 2017 erwarten wir keinen weiteren materiellen Ertragsbeitrag aus der Hua Xia Beteiligung.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war in 2016 auf sehr niedrigem Niveau und profitierte zudem von ausgewählten Portfolio-Verkäufen. In 2017 gehen wir von Nettozuführungen zur Risikovorsorge aus, die auf dem Niveau der vorangegangenen Jahre liegen.

Wir erwarten, dass die Anzahl unserer Mitarbeiter in 2017 infolge der mit der Umsetzung unserer Strategie verbundenen Optimierung des Filialnetzes und einer fortgesetzten Verbesserung unserer Effizienz weiter sinken wird. Wir antizipieren, dass der damit einhergehende geringere Personalaufwand sowie der aus dem Verkauf der PCS-Einheit resultierende Entkonsolidierungseffekt zu einem Rückgang unserer Kosten führen werden, der teilweise durch die Inflationsentwicklung sowie die fortgeführten Investitionskosten im Zusammenhang mit der Strategieumsetzung kompensiert wird. Insgesamt rechnen wir in 2017 mit einem leichten Rückgang der bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen.

Zu den Unsicherheiten, die unsere Ergebnissituation in 2017 beeinflussen könnten, gehören ein geringer als erwartet ausfallendes Wirtschaftswachstum in unseren Kernmärkten, ein weiterer Rückgang der globalen Zinsen sowie eine über unseren Erwartungen liegende Volatilität der Aktien- und Kreditmärkte, die sich ungünstig auf die Investitionsbereitschaft unserer Kunden auswirken und zu Nettomittelabflüssen führen könnte. Ferner könnten eine Verschärfung des Wettbewerbs und weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen sowohl unsere Erträge als auch unsere Kostenbasis negativ beeinflussen.

Postbank

Im Einklang mit unserer Entscheidung, die Postbank zu behalten, beabsichtigen wir ein standardisiertes Angebot für eine breitere Privatkundenbasis durch die Entwicklung eines führenden digitalen Angebots in Deutschland anzubieten. Unsere Positionierung als „digitale und persönliche“ Bank ist auch weiterhin der Grundpfeiler unserer Strategie, während wir unseren kundenorientierten Geschäftsansatz weiter ausbauen.

Vor dem Hintergrund des veränderten Kundenverhaltens konzentrieren wir uns auf die Straffung des Vertriebsmodells, indem wir unsere Multikanal-Services weiter verbessern. Um den künftigen Ansprüchen unserer Kunden gerecht zu werden, werden wir in digitale Angebote und Serviceangebote vor Ort investieren. Dementsprechend beabsichtigen wir auch weiterhin unser Filialnetz in Deutschland zu optimieren, indem wir neue Filialformate (zum Beispiel Vertriebscenter) etablieren und weitere Selbstbedienungsmöglichkeiten schaffen, während sich die Anzahl der Filialen verringert. Ferner werden wir Investitionen zur Förderung der digitalen Transformation unseres Geschäftsmodells tätigen, indem wir rein digitale End-to-End-Prozesse, insbesondere bei Konsumentenkrediten und Girokonten, implementieren.

Für 2017 gehen wir von gleichbleibenden Erträgen aus. Infolge der anhaltend hohen Kundennachfrage sowie unseres strategischen Ansatzes zum Ausbau unseres Kreditportfolios erwarten wir ein Wachstum der Erträge aus dem Kreditgeschäft. Wir gehen davon aus, dass die Erträge aus dem Spargeschäft weiterhin durch das Niedrigzinsumfeld belastet werden, während wir für die Erträge aus dem Girogeschäft aufgrund der neuen im November 2016 etablierten Preismodelle für Girokonten mit einem leichten Anstieg rechnen. Unser Ziel ist eine spürbare Verbesserung der Erträge im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft durch unseren verbesserten ganzheitlichen Beratungsansatz für wertpapierorientierte Kunden. Die Erträge in der NCOU der Postbank werden sich leicht verbessern, insbesondere aufgrund von Fälligkeiten hochverzinslicher Verbindlichkeiten. Für die Erträge im Bereich Sonstiges erwarten wir aufgrund fehlender Veräußerungen von Vermögenswerten im Vergleich zum Geschäftsjahr 2016 ein niedriges Niveau.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die im Geschäftsjahr 2016 auf sehr niedrigem Niveau blieb, dürfte vornehmlich aufgrund des erwarteten Ausbaus unseres Kreditportfolios im Geschäftsjahr 2017 erwartungsgemäß geringfügig höher ausfallen.

Vor dem Hintergrund unseres Ziels, die Profitabilität in Zukunft weiter zu erhöhen, erwarten wir, dass die Zinsunabhängigen Gesamtaufwendungen durch zusätzliche Investitionen im Zusammenhang mit den oben genannten Initiativen zur Transformation beeinträchtigt werden. Trotzdem dürften die Aufwendungen dank der kontinuierlichen Anstrengungen, die Effizienz weiter zu steigern, leicht abnehmen.

Sowohl unsere Erträge als auch unsere Kostenbasis könnten durch weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen und das anhaltende Niedrigzinsumfeld mit Negativzinsen in bestimmten Schlüsselmärkten negativ beeinflusst werden, was zu möglichen nachteiligen Auswirkungen auf unsere Rentabilität führen würde.

Deutsche Asset Management

Deutsche Asset Management (Deutsche AM), bleibt ein Kerngeschäft für die Deutsche Bank. Um zukünftige Wachstumsmöglichkeiten besser nutzen zu können und dessen intrinsischen Wert zu generieren, beabsichtigen wir, einen Minderheitenanteil des Geschäftes der Deutschen AM im Rahmen eines Börsenganges zu verkaufen. Dies soll das Geschäft als weltweit führender Asset Manager positionieren und es mit Flexibilität auszustatten, um das Geschäftsmodell zu erweitern und Ressourcen optimal zu nutzen.

Wir glauben, dass Deutsche AM positioniert ist, auf die Herausforderungen der Branche zu antworten und Chancen zu nutzen, indem breite Investmentangebote mit sorgfältigen Geschäftsentscheidungen und Ausführungen kombiniert werden. Für 2017 rechnen wir mit zahlreichen Herausforderungen, unter anderem einem unsicheren politischen und weltwirtschaftlichen Ausblick, volatilen Aktien- und Schuldenmärkten in Verbindung mit einem verschärften Wettbewerb und steigenden regulatorischen Kosten. Das Wachstum wird in den Industrieländern voraussichtlich relativ stabil bleiben. Für die USA hingegen wird mit einer Stärkung des Wachstums gerechnet, während das Wachstum in Europa moderat nachlässt und in vielen Schwellenländern ein langsames Wachstum und eine erhöhte Volatilität verzeichnet werden dürften. Diese Entwicklungen werden sich auf die Risikoneigung von Investoren sowie möglicherweise auf Managementgebühren und Mittelzuflüsse auswirken. Neben zunehmenden Abweichungen zwischen den USA und dem Rest der Welt hinsichtlich geldpolitischer Maßnahmen sind weltweit weitere Marktschwankungen möglich. Während dieser für Investoren unsicheren Phase wird Deutsche AM weiterhin seine Aufgaben als vertrauenswürdiger Partner und Anbieter von Investmentlösungen für unsere Kunden wahrnehmen.

Wir sind optimistisch, dass die langfristigen Wachstumstrends unsere Leistungsfähigkeiten im Bereich passiver Produkte, einschließlich Index- und börsengehandelte Produkte, und im Bereich aktiver Produkte, über klassische und alternative Investments, unter anderem Sachwerte sowie Multi-Asset-Lösungen, begünstigen werden. Zusätzlich erwarten wir aufgrund demografischer Entwicklungen ein weiteres Wachstum bei Lösungen für die Altersvorsorge und bei ergebnisorientierten Lösungen, insbesondere in Industrieländern. Dennoch sind wir vor dem Hintergrund des volatilen Nettomittelauflommens und der Marktschwankungen im Geschäftsjahr 2016 zurückhaltend, was den Vermögensanlagebereich und die Ertragserwartungen für das Geschäftsjahr 2017 anbelangt. Mit den bestehenden Produkten und den geplanten Neueinführungen beabsichtigt der Bereich Deutsche AM mittelfristig seinen Marktanteil auszubauen.

Es wird branchenweit mit einer Zunahme der Vermögenswerte und des Ertragspools – wenn auch mit einer im Vergleich zu den Vorjahren niedrigeren organischen Wachstumsrate – gerechnet, was den Druck auf die Branche, die sich bereits mit einem Provisionsdruck, einem wachsenden Regulierungsaufwand sowie einem starken Wettbewerb konfrontiert sieht, weiter erhöht. In Anbetracht dieser Herausforderungen werden wir unsere Wachstumsinitiativen durch die Beibehaltung der Disziplin bezüglich unserer Kostenbasis ausgleichen. Im Geschäftsjahr 2017 wollen wir das Effizienzsteigerungspotenzial aus abgeschlossenen Plattforminvestitionen, wie etwa der Implementierung einer marktführenden einheitlichen Front- und Middle-Office-Investment-IT-Lösung, ausschöpfen und weitere Verbesserungen an der operativen Plattform vornehmen, um den Kundenservice weiterzuentwickeln, die Geschäftskontrollen auszubauen und die Effizienz zu erhöhen.

Für das Jahr 2017 erwarten wir, dass die Erträge exklusive der Auswirkungen aus Marktwertbewegungen im Versicherungsportfolio von Abbey Life im Vergleich zum Jahr 2016 durch den Verkauf von Abbey Life sowie des Geschäftes von Deutsche AM in Indien geringer ausfallen werden. Im Gegenzug erwarten wir auf der Kostenseite entsprechende gegenläufige Effekte durch die Abgänge der oben beschriebenen Geschäfte sowie durch weitere operationale Effizienzsteigerungen.

Risiken und Chancen

Die Risiken und Chancen, deren Eintreten wir für wahrscheinlich halten, sind in unserem Ausblick berücksichtigt. Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf solche zukünftigen Trends und Ereignisse, die gegenüber dem im Ausblick reflektierten Erwartungen Verschlechterungen oder Verbesserungen darstellen könnten.

Risiken

Makroökonomische und Marktbedingungen

Sollten sich die Wachstumsaussichten, das Zinsumfeld und die Wettbewerbssituation in der Finanzdienstleistungsbranche schlechter entwickeln als in unserem Ausblick angenommen, könnte dies die Pläne für unsere Geschäftsaktivitäten und unser Geschäftsergebnis sowie unsere strategischen Pläne nachteilig beeinflussen.

Ein andauernd erhöhter Grad politischer Ungewissheit könnte sowohl nicht vorhersehbare Konsequenzen für das Finanzsystem und die Gesamtwirtschaft haben als auch dazu beitragen, bestimmte Aspekte der europäischen Integration rückgängig zu machen, was zu einer Verringerung der Geschäftsaktivitäten, Abschreibungen von Vermögenswerten und Verlusten in unseren Geschäftsfeldern führen könnte. Unsere Fähigkeit, uns gegen diese Risiken zu schützen, ist begrenzt.

Es ist schwer zu prognostizieren, welche makroökonomischen Auswirkungen die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union auszuschcheiden, insgesamt haben wird, da diese von der politischen Antwort Europas auf den Brexit abhängen werden. Generell erwarten wir eine längere Periode der Unsicherheit in Bezug auf den zukünftigen Status des Vereinigten Königreichs mit der Europäischen Union. Infolgedessen sind schwächere Investitionen und damit verbunden langsames Wirtschaftswachstum für die Zeit der Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich zu erwarten. Demzufolge werden wir die Entwicklungen und ihre potenziellen Auswirkungen auf unser Geschäfts- und Betriebsmodell eingehend beobachten. Dies könnte möglicherweise dazu führen, dass Vermögenswerte abgeschrieben werden müssen.

Wir könnten auch gezwungen sein, unsere Forderungen gegenüber europäischen oder anderen Ländern in größerem Umfang als erwartet abzuschreiben, falls sich die Staatsschuldenkrise wieder verstärken sollte. Die Credit Default Swaps, die wir abgeschlossen haben, um uns gegen diese Länderrisiken abzusichern, könnten nicht ausreichen, um die Verluste zu kompensieren.

Ungünstige Marktbedingungen, unvorteilhafte Preise und Preisschwankungen sowie zurückhaltendes Investoren- und Kundenverhalten könnten in der Zukunft unsere Erträge und unser Ergebnis maßgeblich und in negativer Weise beeinflussen.

Sollten die direkten Aufwendungen und die Auswirkungen auf unser Geschäft wie oben und im Ausblick beschrieben signifikant größer sein, als wir gegenwärtig erwarten, könnte sich dies auf die Ermittlung unserer „ausschüttbaren Posten“ auswirken und damit unsere Fähigkeit beeinträchtigen, AT1- Kapitalinstrumente ganz oder teilweise zu bedienen. Falls das Ergebnis der Deutschen Bank im Jahresabschluss nach HGB nicht in ausreichendem Maße ausschüttbare Posten („available distributable items“, ADI) generiert, könnte dies die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, AT1- Kupons zu bedienen. Dies könnte zu höheren Refinanzierungskosten führen und die Wahrnehmung der Deutschen Bank am Markt weiter beeinträchtigen, woraus sich potentiell negative Effekte auf unser Geschäftsergebnis und unsere Finanzlage ergeben könnten. Dies könnte auch dazu führen, dass sich der Druck auf unser Kapital, unsere Liquidität und andere regulatorischen Kennzahlen weiter erhöht.

Aufsichtsrechtliche Reformen

Die als Antwort auf die Schwächen in der Finanzbranche erlassenen oder vorgeschlagenen Reformen sowie die vermehrte aufsichtsrechtliche Überprüfung und größere Ermessensspielräume werden für uns mit materiellen Kosten verbunden sein. Dies könnte erhebliche Unsicherheit für uns bedeuten sowie nachteilige Folgen für unsere Geschäftspläne wie auch für die Durchführung unserer strategischen Pläne haben. Die Änderungen, die von uns verlangen, eine höhere Kapitalunterlegung aufrechtzuerhalten, könnten nicht nur unser Geschäftsmodell, unsere Finanzlage und unser Geschäftsergebnis, sondern auch das Wettbewerbsumfeld im Allgemeinen maßgeblich beeinflussen. Andere regulatorische Reformen, wie etwa die Bankenabgabe, könnten auch unsere geschätzten betrieblichen Aufwendungen beachtlich erhöhen. Die sich auf Abwicklungsfähigkeit und Abwicklungsmaßnahmen beziehenden Reformen könnten sich auch auf unsere Anteilseigner und Gläubiger auswirken.

Juristische, steuer- und aufsichtsrechtliche Untersuchungen

Wir unterliegen einer Anzahl von Rechtsstreitigkeiten sowie steuer- und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen, deren Ausgang schwer zu prognostizieren ist und die unser geplantes Geschäftsergebnis, unsere finanzielle Situation und unsere Reputation erheblich und nachteilig beeinflussen könnten. Falls diese Angelegenheiten zu Bedingungen abgeschlossen werden, die ungünstiger sind als von uns erwartet, sei es hinsichtlich ihrer Kosten oder der Auswirkungen auf unser Geschäft, oder falls sich die Wahrnehmung unseres Geschäfts und seiner Aussichten verschlechtern sollte, könnte es sein, dass wir unsere strategischen Ziele nicht erreichen könnten oder diese anpassen müssten.

Risikomanagement Richtlinien, Verfahren und Methoden sowie Operationelle Risiken

Obwohl wir in erheblichem Maße Ressourcen eingesetzt haben, um unsere Risikomanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und operationelle Risiken weiterzuentwickeln, könnten diese nicht vollumfänglich wirksam sein, unsere Risiken in jedem Marktumfeld und alle Arten von Risiken zu mindern, weil es uns beispielsweise nicht gelingt Risiken zu erkennen oder vorherzusehen.

Strategie

Wenn es uns nicht gelingt, unsere Strategie erfolgreich umzusetzen, was auch von den zuvor genannten Faktoren abhängt, könnte es sein, dass wir unsere finanziellen Ziele nicht erreichen, Verluste machen oder eine geringe Profitabilität haben, eine Erosion unserer Kapitalbasis verzeichnen. Außerdem könnten unsere Finanzlage, unser Ergebnis und unser Aktienkurs in erheblichem Maße nachteilig betroffen sein.

Chancen

Makroökonomische und Marktbedingungen

Sollten sich die ökonomischen Bedingungen, die Wachstumsaussichten, das Zinsumfeld und die Wettbewerbsbedingungen in der Finanzdienstleistungsbranche besser als angenommen entwickeln, könnte dies zu höheren Erträgen führen, die nur teilweise durch zusätzliche Kosten aufgezehrt werden könnten. Dies könnte deshalb zu einer Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern und der Aufwand-Ertrag-Relation sowie der regulatorischen Kennziffern wie Tier-1-Kapitalquote und Verschuldungsquote führen.

Wenn Marktbedingungen, Preise und Volatilitäten sowie das Investorenverhalten sich besser als angenommen entwickeln, könnte dies auch unsere Erträge und unser Ergebnis positiv beeinflussen. Gleichmaßen könnten sich eine über den Erwartungen liegende Kundennachfrage und ein höherer Marktanteil positiv auf unser Ergebnis auswirken.

Strategie

Unsere Strategie versucht, es uns zu ermöglichen, eine einfachere und weniger komplexe Bank zu werden, die mit weniger Risiken behaftet, besser kapitalisiert und ein besser geführtes Unternehmen sein wird. Die Strategie könnte weitere Chancen eröffnen, wenn sie in größerem Umfang oder unter vorteilhafteren Bedingungen als angenommen implementiert wird. Sollten sich Geschäftsfelder und Prozesse über die im Plan reflektierten Annahmen hinaus verbessern und sollten sich Kosteneffizienzen früher oder in größerem Umfang als geplant realisieren lassen, könnte dies auch unser Ergebnis positiv beeinflussen.

Risikobericht

Einführung – 101

Risiko und Kapital – Übersicht – 102

Wichtige Risikokennzahlen – 102

Zusammenfassende Risikobewertung – 103

Risikoprofil – 104

**Risiko- und
Kapitalmanagementstrategie – 107**

Grundsätze des Risikomanagements – 107

Risikosteuerung – 108

Risikokultur – 112

Risikotoleranz und Risikokapazität – 113

Risiko- und Kapitalplan – 113

Stresstests – 115

Sanierungs- und Abwicklungsplanung – 117

Risiko- und Kapitalmanagement – 120

Kapitalmanagement – 120

Festlegung von Limiten für Ressourcen – 120

Identifikation und Bewertung des Risikos – 121

Kreditrisikomanagement – 122

Steuerung des Marktrisikos – 132

Operationelles Risiko-Management – 140

Steuerung des Liquiditätsrisikos – 147

Strategisches Risikomanagement – 153

Reputationsrisikomanagement – 153

Versicherungsrisiko – 154

Risikokonzentration und Diversifikation – 155

**Materielles Risiko und Kapital-
performance – 156**

Kapital- und Verschuldungsquote – 156

Kreditengagement – 175

Qualität von Vermögenswerten – 197

Risikopositionswerte des Marktrisikos aus

Handelsaktivitäten – 209

Risikopositionswerte des Marktrisikos aus

Nichthandelsaktivitäten – 213

Risikopositionswert des

operationellen Risikos – 215

Risikopositionswerte des

Liquiditätsrisikos – 216

Einführung

Veröffentlichungen gemäß IFRS 7 und IAS 1 sowie IFRS 4

Der nachstehende Risikobericht enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt-, und sonstigen Risiken auf Basis des „International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7) Financial Instruments: Disclosures“, Veröffentlichungen zum Kapital entsprechend dem „International Accounting Standard 1 (IAS 1) Presentation of Financial Statements“ sowie qualitative und quantitative Angaben zu Versicherungsrisiken auf Basis des „International Financial Reporting Standard 4 (IFRS 4) Insurance contracts“. Die Informationen, die zum Konzernabschluss gehören und über Referenzierungen in diesen einbezogen werden, sind in diesem Risikobericht durch eine seitliche Klammer gekennzeichnet.

Veröffentlichungen gemäß Säule 3 des Kapitalregelwerks nach Basel 3

Der überwiegende Teil der Veröffentlichungsanforderungen gemäß Säule 3 des Kapitalregelwerks nach Basel 3, die innerhalb der Europäischen Union durch die CRR und unterstützend durch EBA Implementing Technical Standards eingeführt wurden, sind in unserem zusätzlichen Säule 3-Bericht publiziert, der auf unserer Homepage hinterlegt ist. In den Fällen, in denen Veröffentlichungen in diesem Risikobericht auch Säule 3-Offenlegungsanforderungen unterstützen, ist dies durch entsprechende Referenzierungen von dem Säule 3-Bericht in den Risikobericht gekennzeichnet.

Offenlegung gemäß den Prinzipien und Empfehlungen der Enhanced Disclosure Task Force (EDTF)

In 2012 wurde die „Enhanced Disclosure Task Force“ („EDTF“) als eine privatwirtschaftliche Initiative unter der Schirmherrschaft des Financial Stability Board mit dem primären Ziel gegründet, die grundlegenden Prinzipien für verbesserte Offenlegung von Risiken sowie Empfehlungen für die Verbesserung bereits existierender Offenlegungen von Risiken zu entwickeln. Als ein Mitglied der EDTF haben wir die Offenlegungsvorschläge in diesem Risikobericht und teilweise auch in unserem zusätzlichen Säule 3-Bericht berücksichtigt.

Risiko und Kapital - Übersicht

Wichtige Risikokennzahlen

Die folgenden ausgewählten Risikokennzahlen und die zugehörigen Metriken sind wichtiger Bestandteil unseres ganzheitlichen Risikomanagements über alle Risikoarten. Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote (CET 1 Ratio), die Interne Kapitaladäquanzquote (Internal Capital Adequacy Ratio, ICA), die Verschuldungsquote (Leverage Ratio), die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und die Netto-Liquiditätsposition unter Stress (Stressed Net Liquidity Position, SNLP) sind übergeordnete Metriken und integraler Bestandteil unserer strategischen Planung, des Risikotoleranz-Rahmenwerks, unserer Stresstests (außer LCR) und der Sanierungs- und Abwicklungsplanung, die unser Vorstand mindestens einmal jährlich überprüft und genehmigt. CET 1 Ratio, LR, Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote, LCR und Risikogewichtete Aktiva sind regulatorisch definierte Risikokennzahlen und Metriken und basieren auf einer Vollumsetzung der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und der „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, Eigenkapitalrichtlinie 4, oder „CRD 4“). ICA, Ökonomischer Kapitalbedarf und SNLP sind spezifische Deutsche Bank interne Risikometriken in Ergänzung zu den genannten regulatorischen Metriken.

Common Equity Tier 1 - Kapitalquote		Risikogewichtete Aktiva	
31.12.2016	11,8 %	31.12.2016	357,5 Mrd €
31.12.2015	11,1 %	31.12.2015	396,7 Mrd €
Interne Kapitaladäquanzquote¹		Ökonomischer Kapitalbedarf	
31.12.2016	162 %	31.12.2016	35,4 Mrd €
31.12.2015	158 %	31.12.2015	38,4 Mrd €
Verschuldungsquote		Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	
31.12.2016	3,5 %	31.12.2016	1.348 Mrd €
31.12.2015	3,5 %	31.12.2015	1.395 Mrd €
Mindestliquiditätsquote (LCR)		Netto-Liquiditätsposition unter Stress (sNLP)	
31.12.2016	128 %	31.12.2016	36,1 Mrd €
31.12.2015	119 %	31.12.2015	45,5 Mrd €

¹ Die Definition des Kapitalangebots zur Ermittlung der Interne Kapitaladäquanzquote wurde weiter an CRR/CRD 4 Regeln angeglichen. Immaterielle Vermögenswerte und Goodwill Vermögenswerte werden nun als Kapitalabzugsposition behandelt, anstatt der ökonomische Kapitalnachfrage hinzugerechnet zu werden. Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt "Interne Kapitaladäquanz".

Für weitere Details verweisen wir auf die Kapitel „Risikotoleranz und Risikokapazität“, „Sanierungs- und Abwicklungsplanung“, „Stress Testing“, „Risikoprofil“, „Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP“, „Kapitalinstrumente“, „Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals (inklusive CET 1 Kapitalquote und Risikogewichtete Aktiva auf einer CRR/CRD 4-Umsetzung mit und ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4.“, „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)“, „Verschuldungsquote“ (inklusive Verschuldungsquote auf einer CRR/CRD 4-Umsetzung mit und ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4), „Mindestliquiditätsquote“, und „Stresstests und Szenarioanalysen“.

Zusammenfassende Risikobewertung

Haupt-Risikokategorien sind 1) finanzielle Risiken wie das Kreditrisiko (einschließlich Transfer- und Abwicklungsrisiken), Marktrisiko (einschließlich Marktrisiko aus Handelsaktivitäten, aus Nicht-Handelsaktivitäten sowie aus dem handelsbezogenen Ausfallrisiko („Traded Default Risk“)), Liquiditätsrisiken, Geschäftsrisiken (einschließlich des steuerlichen und strategischen Risikos), und 2) nichtfinanzielle Risiken (NFRs) wie das Reputationsrisiko und das operationelle Risiko (mit den wichtigen Unterkategorien Compliance-Risiko, Rechtsrisiko, Modellrisiko, Informationssicherheitsrisiko, Betrugsrisiko und Geldwäscherisiko). Wir verwalten die Identifizierung, Bewertung und Minderung der wichtigsten aktuellen und aufkommenden Risiken durch einen internen Steuerungsprozess und die Verwendung von Risiko-Management-Tools und -Verfahren. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung soll sicherstellen, dass wir die Auswirkungen dieser Risiken auf unsere Finanzergebnisse und langfristigen strategischen Ziele und den Ruf mildern. Lesen Sie den Abschnitt „Risiko- und Kapitalmanagement“ für detaillierte Informationen über die Verwaltung unserer wesentlichen Risiken.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Zusammenhängen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung sowie eine deduktive Analyse makroökonomischer und politischer Szenarien überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiko-Einflussfaktoren zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Im vierten Quartal 2016 besteht weiterhin ein erhöhter Grad an politischer Unsicherheit. Die Märkte reagierten insgesamt positiv auf die US Präsidentschaftswahlen im November 2016 mit einem Anstieg des US Dollars und ansteigenden Anleiherenditen in Erwartungen eines potentiellen Fiskalstimulus und höherem Wirtschaftswachstum, obgleich sich die Schwellenmärkte aufgrund von Kapitalabflüssen unterdurchschnittlich entwickelten. Das Scheitern des italienischen Referendums über eine Senatsreform im Dezember 2016 war gemeinhin von Marktteilnehmern erwartet worden, wobei sich die kurzfristigen Risiken auf das fragile Bankensystem konzentrieren. Der Ölpreis erholte sich aufgrund der Vereinbarung der OPEC, die Öl-Förderung zu drosseln. Wir erwarten, dass die politischen Unsicherheiten weiterhin die Risiken im Euroraum im Jahr 2017 dominieren werden, insbesondere die Wahlen in mehreren wichtigen europäischen Ländern vor dem Hintergrund der möglicherweise angespannten Brexit-Verhandlungen nach der Auslösung des Artikels 50 des Vertrags über die Europäische Union seitens Großbritanniens, der bis Ende März 2017 erwartet wird. Eine mögliche Umstellung auf eine protektionistischere politische Haltung in den USA würde Druck auf seine wichtigen Handelspartner wie China und Mexiko ausüben. Ausgewählte Schwellenmärkte stehen vor erhöhten politischen und Sicherheitsrisiken.

Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken ist integriert in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihres Eintritts bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigten, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken im Zusammenspiel mit den verfügbaren Risikominderungsmaßnahmen zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Testparametern eintreten. Informationen über die Risiko- und Kapitalpositionen unserer Portfolios sind im Kapitel „Risiko- und Kapitalperformance“ zu finden.

Im Jahr 2016 hielt der in den Vorjahren beobachtete globale Trend zu mehr Regulierung der Finanzdienstleistungsindustrie an, und er wird sich aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir konzentrieren uns darauf, potenzielle politische und aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse zu bewerten.

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements im gesamten Jahr 2016 darauf, unser Risikoprofil in Übereinstimmung mit unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und unsere strategischen Initiativen zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Optimierung der Bilanzstruktur. Dieser Ansatz spiegelt sich in den nachfolgenden Risikobewertungen wider.

Risikoprofil

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko, für die angegebenen Stichtage. Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht.

Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf nach Risikoklasse

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)			Veränderung 2016 gegenüber 2015	
	31.12.2016	31.12.2015	in Mio €	in %
Kreditrisiko	13.105	13.685	- 580	- 4
Marktrisiko	14.593	17.436	- 2.843	- 16
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.229	4.557	- 328	- 7
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	10.364	12.878	- 2.514	- 20
Operationelles Risiko	10.488	10.243	245	2
Geschäftsrisiko	5.098	5.931	- 833	- 14
Diversifikationseffekte über die Risikoarten ¹	- 7.846	- 8.852	1.006	- 11
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	35.438	38.442	- 3.004	- 8

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Zum 31. Dezember 2016 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 35,4 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um 3,0 Mrd € oder 8 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 38,4 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Der Rückgang resultierte sich hauptsächlich aus dem Verkauf von unserer Beteiligung an Hua Xia Bank.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko reduzierte sich um 580 Mio € oder 4 % zum 31. Dezember 2016, im Vergleich zum Jahresende 2015. Der Rückgang resultierte hauptsächlich aus einer niedrigeren Abwicklungsrisiko Komponente.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen reduziert sich zum 31. Dezember 2016 auf 4,2 Mrd € im Vergleich zu 4,6 Mrd € zum Jahresende 2015. Die Änderung resultiert hauptsächlich aus niedrigeren Positionswerten im Non-Core Operations Unit, Verkauf vom Abbey Life und den Rückgang aus Verbriefungen und Gewerbe- und Immobilien Geschäfte. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen reduzierte sich um 2,5 Mrd € oder 20 % im Vergleich zu 31. Dezember 2015. Der Rückgang reflektiert hauptsächlich den erheblichen Abbau von Investitionsrisiko durch den Verkauf von unserer Beteiligung an Hua Xia Bank und aus niedrigeren Positionswerten bei den strukturellen Währungsrisiken, resultierend aus geringeren Aktionären zurechenbaren Eigenkapital Positionen in Fremdwährung.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken betrug 10,5 Mrd € zum 31. Dezember 2016, was einem Anstieg von 245 Mio € oder 2 % gegenüber 10,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 entspricht. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche. Dies drückt sich in den Verlustdaten aus, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten und weitgehend der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und regulatorischen Durchsetzungsmaßnahmen geschuldet sind.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch Komponenten von Nicht-Standard-Risiken wie das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko reduzierte sich um 833 Mio € im Vergleich zu 31. Dezember 2015, auf 5,1 Mrd € zum 31. Dezember 2016. Der Rückgang reflektiert einen niedrigeren Ökonomischen Kapitalbedarf für die strategische Risikokomponente, resultierend aus dem aktualisierten Geschäftsausblick.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs zwischen den einzelnen Risiken über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko reduzierte sich um 1 Mrd €. Der Rückgang reflektiert hauptsächlich den niedrigeren Verbrauch vom Ökonomischen Kapitalbedarf über alle Risikoarten.

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor risikoartenübergreifenden Effekten auf Konzernebene wieder.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals

31.12.2016

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Konzern gesamt	Konzern gesamt (in %)
Kreditrisiko	4.984	3.202	1.726	62	2.582	108	442	13.106	37
Marktrisiko	4.444	897	360	2.197	1.352	332	5.010	14.592	41
Operationelles Risiko	6.567	1.763	833	561	604	160	0	10.488	30
Geschäftsrisiko	4.582	171	32	100	0	245	-32	5.098	14
Diversifikationseffekte ¹	-4.990	-1.018	-477	-441	-562	-110	-248	-7.846	(22)
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	15.587	5.015	2.473	2.480	3.976	735	5.172	35.438	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in %	44	14	7	7	11	2	15	100	N/M

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).31.12.2015¹

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Konzern gesamt	Konzern gesamt (in %)
Kreditrisiko	4.838	3.899	1.678	90	2.601	537	42	13.685	36
Marktrisiko	4.971	819	2.564	2.095	1.611	899	4.478	17.437	45
Operationelles Risiko	6.274	1.613	958	282	600	452	64	10.243	27
Geschäftsrisiko	5.154	405	1	0	0	261	110	5.931	15
Diversifikationseffekte ²	-5.123	-1.172	-964	-373	-647	-369	-204	-8.852	(23)
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	16.113	5.564	4.237	2.094	4.165	1.780	4.490	38.442	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in %	42	14	11	5	11	5	12	100	N/M

N/A – nicht aussagekräftig

¹ Die Beträgszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 31. Dezember 2016 angepasst.² Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Das Risikoprofil von Global Markets (GM) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Tätigkeiten als Originator sowie Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil von GM reflektiert ein erhöhtes Verlustrisikoprofil der kompletten Branche und interne Verluste. Der übrige Teil des Risikoprofils von GM leitet sich aus dem Geschäftsrisiko ab, welches Ertragschwankungsrisiken reflektiert. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Markt- und Geschäftsrisiko reduzierte sich zum Jahresende 2016, teilweise ausgeglichen aus erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf für operationelle Risiko. Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Marktrisiko reflektierte hauptsächlich die niedrigeren Positionswerte aus Ausfallrisiko aus Handelspositionen und den Verkauf von Abbey Life.

Die Erträge von Corporate & Investment Banking (CIB) resultieren aus einer Vielzahl von Produkten mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken resultiert aus Kreditrisiken in den Geschäftsbereichen Trade Finance und Corporate Finance, während andere Geschäftsbereiche wenig bis kein Kreditrisiko haben. Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Kreditrisiken in 2016 resultiert hauptsächlich aus niedrigerem Kontrahentenrisiko Komponente. Die Marktrisiken ergeben sich hauptsächlich aus der Modellierung der Kundeneinlagen und Handelsaktivitäten.

Das Risikoprofil von Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden, kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread-Risiken wieder. Durch den Verkauf der Beteiligung an der Hua Xia Bank resultierte einen signifikanten Rückgang vom Ökonomischen Kapitalbedarfs für Marktrisiko aus Nichthandelspositionen im Vergleich zum Jahresende 2015.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AM entsprechende operationelle Risiken mit sich. Der Ökonomische Kapitalbedarf für operationelle Risiken und das Geschäftsrisiko erhöhten sich im Vergleich zum Jahresende 2015.

Das Risikoprofil der Postbank-Einheit beinhaltet hauptsächlich Kredit- und Einlagengeschäft mit Privat- und Firmenkunden, aus den Kreditrisiken, unter Marktrisiko erfasste Credit-Spread-Risiken im Bankbuch sowie operationale Risiken resultieren.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens und enthält hauptsächlich Kredit- und Marktrisiken, für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau vorgesehen ist. Der niedrigere Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko im Vergleich zum Jahresende 2015 reflektiert hauptsächlich den Risikoabbau von nicht strategischen Beständen.

Consolidation & Adjustments beinhalten hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken, das Risiko aus Pensionsverpflichtungen sowie das Aktienvergütungsrisiko. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs aus Kreditrisiko zum Jahresende 2016 resultierte hauptsächlich aus Änderungen der Unternehmens- und Bereichsstruktur der Bank.

Risiko- und Kapitalmanagementstrategie

Grundsätze des Risikomanagements und der Risikosteuerung

Die Vielfältigkeit unseres Geschäftsmodells erfordert es, Risiken effektiv zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche mit Eigenkapital zu unterlegen. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind:

- Die Kernaufgaben des Risikomanagements obliegen dem Vorstand, der deren Ausführung und Kontrolle an ranghohe Risikomanager und -Komitees delegiert.
- Im Risikomanagement betreiben wir ein Modell der „Drei Verteidigungslinien“ („Three Lines of Defense“, 3LoD). Zur „ersten Verteidigungslinie“ („1. LoD“) gehören alle Unternehmensbereiche und ausgewählte Infrastrukturfunktionen (Group Technology Operations und Corporate Services), diese sind die „Risikoeigner“. Die „zweite Verteidigungslinie“ („2. LoD“) umfasst alle Kontrollfunktionen. Die „dritte Verteidigungslinie“ („3. LoD“) ist die Konzernrevision (Group Audit), welche die Effektivität der Kontrollen absichert. Das 3LoD-Modell und alle ihm zugrunde liegenden Prinzipien werden auf jeder Ebene des Unternehmens genutzt, einschließlich aller Regionen, Länder, Niederlassungen und rechtlichen Einheiten. Alle drei Verteidigungslinien sind voneinander unabhängig und dafür verantwortlich, sicherzustellen, dass Strukturen unterhalten werden, die die inhaltliche Umsetzung der Prinzipien des Three Line of Defence Programms gewährleisten.
- Die Risikostrategie wird vom Vorstand jährlich genehmigt. Sie wird auf Basis unserer konzernweiten Risikotoleranz sowie unseres Strategie- und Kapitalplans definiert, um Risiko-, Kapital- und Ergebnisziele aufeinander abzustimmen.
- Konzernweit durchgeführte risikoartenübergreifende Prüfungen sollen sicherstellen, dass solide Verfahren zur Risikosteuerung und eine ganzheitliche Wahrnehmung von Risiken bestehen.
- Wir steuern alle wesentlichen Risiken, wie Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts- und Reputationsrisiken, durch Risikomanagementprozesse. Modellierungs- und Messansätze zur Quantifizierung von Risiken und des Kapitalbedarfs sind über alle bedeutenden Risikoklassen hinweg implementiert. Das Reputationsrisiko wird implizit in unserem Rahmenwerk für Ökonomisches Kapital berücksichtigt, insbesondere im operationellen Risiko und im strategischen Risiko. Weitere Informationen zu den Managementprozessen unserer wesentlichen Risiken werden im Kapitel „Risiko- und Kapitalmanagement“ dargestellt.
- Für die wesentlichen Kapital- und Liquiditätsgrenzwerte und -kennziffern sind Überwachung, Stresstests sowie Eskalationsprozesse etabliert.
- Systeme, Prozesse und Richtlinien sind essenzielle Komponenten für die Leistungsfähigkeit unseres Risikomanagements.
- Der Sanierungsplan legt die Eskalationsabläufe zum Krisenmanagement fest und liefert dem Seniormanagement eine Aufstellung von Maßnahmen, die dazu dienen, die Kapital- und Liquiditätssituation im Krisenfall zu verbessern.
- Der Abwicklungsplan wird von der für uns zuständigen Abwicklungsbehörde verantwortet, dem „Single Resolution Board“ (SRB). Er beschreibt eine Strategie zur Abwicklung der Deutschen Bank im Falle eines Ausfalls. Sein Ziel ist es, schwere Störungen des Finanzsystems oder des wirtschaftlichen Umfeldes zu verhindern, indem kritische Dienstleistungen aufrechterhalten werden.

Risikosteuerung

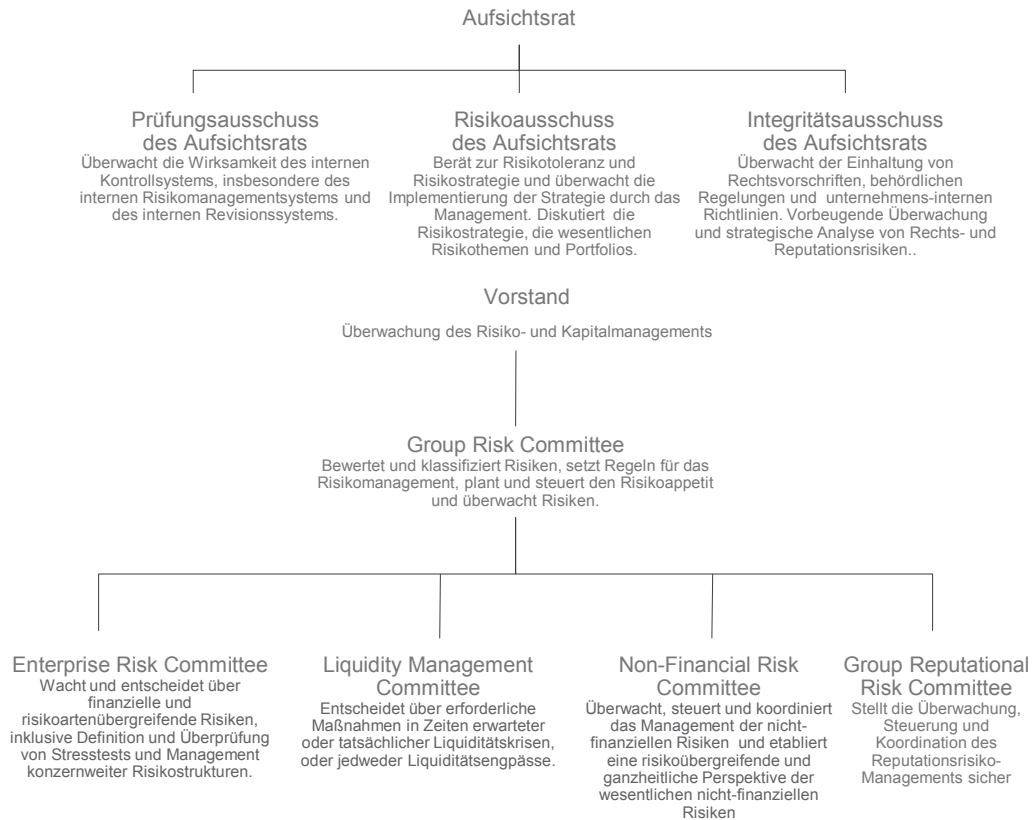
Unsere Aktivitäten in der ganzen Welt werden von zuständigen Behörden in jedem der Länder, in denen wir Geschäft betreiben, reguliert und überwacht. Diese Aufsicht konzentriert sich auf Lizenzierung, Eigenkapitalausstattung, Liquidität, Risikokonzentration, Führung des Geschäfts sowie Organisation und Meldepflichten. Die Europäische Zentralbank in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der EU-Staaten, die dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus beigetreten sind, fungieren über das gemeinsame Aufsichtsteam als unsere primären Aufsichtsbehörden, um die Einhaltung des deutschen Kreditwesengesetzes und anderer geltender Gesetze und Vorschriften sowie das CRR/CRD 4-Regelwerk, entsprechend seiner Umsetzung in deutsches Recht, zu überwachen.

Europäische Bankaufsichtsbehörden bewerten unsere Risikotragfähigkeit auf verschiedene Weisen, die ausführlicher im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Kapital“ beschrieben werden.

Mehrere Managementebenen stellen eine durchgängige Risikosteuerung sicher:

- Der Aufsichtsrat wird regelmäßig über unsere Risikolage, unser Risikomanagement und Risikocontrolling, unsere Reputation und wesentliche Rechtsfälle unterrichtet. Er hat verschiedene Komitees gebildet, die sich mit spezifischen Themen befassen.
 - In den Sitzungen des Risikoausschusses berichtet der Vorstand über wichtige Risikoportfolien, die Risikostrategie und Angelegenheiten, die aufgrund der Risiken, die sie nach sich ziehen, von besonderer Bedeutung sind. Er berichtet ferner über die Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen. Der Risikoausschuss berät mit dem Vorstand Fragen der Gesamtrisikoposition und der Risikostrategie und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Kontrolle der Implementierung der Strategie.
 - Der Integritätsausschuss, neben weiteren Aufgaben, überwacht die Maßnahmen des Vorstands, mit denen die Einhaltung von Rechtsvorschriften und behördlichen Regelungen sowie unternehmensinternen Richtlinien durch das Unternehmen sichergestellt wird. Er überprüft auch die Ethik- und Verhaltenskodizes der Bank, und unterstützt, auf Anfrage, den Risikoausschuss bei der Überwachung und Analyse der für die Bank wesentlichen Rechts- und Reputationsrisiken.
 - Der Prüfungsausschuss, neben weiteren Aufgaben, überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der internen Revision.
- Der Vorstand verantwortet das Management des Deutsche Bank-Konzerns in Übereinstimmung mit Gesetzen, der Satzung und seiner Geschäftsordnung mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung im Unternehmensinteresse und mithin der Aktionäre, Mitarbeiter und anderer Anspruchsberechtigter. Der Vorstand muss eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gewährleisten, die ein angemessenes und wirksames Risikomanagement beinhaltet. Im April 2016 schuf der Vorstand durch Fusion des Risk Executive Committee (Risk ExCo) und des Capital and Risk Committee (CaR) das Group Risk Committee (GRC) als das zentrale Forum für die Überprüfung und Entscheidung wesentlicher Risikothemen. Das GRC wird von vier Unterkomitees unterstützt: dem Group Reputational Risk Committee, dem Non-Financial Risk Committee, dem Enterprise Risk Committee und dem Liquidity Management Committee, deren Aufgaben nachfolgend detaillierter beschrieben sind.

Governance-Struktur des Risikomanagements des Deutsche Bank-Konzerns



Die nachstehenden funktionalen Ausschüsse sind von zentraler Bedeutung für das Management der Risiken in der Deutschen Bank:

- Das GRC hat verschiedene Pflichten und Rechte, inklusive der Genehmigung zentraler Risikomanagementprinzipien, oder Empfehlung derselben zur Genehmigung durch den Vorstand, Empfehlung des Konzernsanierungsplans und des „Contingency Funding Plans“ zur Genehmigung durch den Vorstand, Empfehlung übergreifender Risikotoleranzparameter und Sanierungsindikatoren zur Genehmigung durch den Vorstand, Festlegung von Risikoobergrenzen für die den Geschäftsbereichen verfügbaren Ressourcen und der Unterstützung des Vorstands während des konzernweiten Risiko- und Kapitalplanungsprozesses. Weitere Pflichten beinhalten die Überprüfung der Entwicklung von Hochrisiko-Portfolios und –Engagements, die Überprüfung der Ergebnisse konzernweiter interner und aufsichtlicher Stresstests inklusive Empfehlung erforderlicher Maßnahmen und die Überwachung der Entwicklung der Risikokultur im Konzern.
- Das NFRC überwacht, steuert und koordiniert das Management der nicht-finanziellen Risiken im Deutsche Bank Konzern und etabliert eine risikoübergreifende und ganzheitliche Perspektive der wesentlichen nicht-finanziellen Risiken des Konzerns. Es hat die Aufgabe, die Leitlinien zum nicht-finanziellen Risikoappetit zu definieren und das Betriebsmodell für nicht-finanzielle Risiken, inklusive der Prinzipien der Drei Verteidigungslinien und der Abhängigkeiten sowohl zwischen Geschäftsbereichen und Kontrollfunktionen, als auch innerhalb der Kontrollfunktionen, zu überwachen und zu steuern,

- Das GRRC stellt die Überwachung, Steuerung und Koordination des Managements der Reputationsrisiken sicher und gewährleistet, dass es angemessene Prozesse für Rückschauen und für aus Erfahrungen zu ziehende Lehren gibt. Es analysiert und entscheidet alle Angelegenheiten, die ihm von den regionalen Reputationsrisikokomitees („RRRC“) vorgelegt werden und Entscheidungen der RRRCs, welche von den Geschäftseinheiten angefochten werden. Es berät die entsprechenden Ebenen des Konzerns in Fragen konzernweiter Reputationsrisiken, inklusive der Kommunikation sensibler Themen. Die RRRCs sind als Unterkomitees des GRRC im Namen des Vorstands dafür verantwortlich, dass die Überwachung, Steuerung und Koordination des Managements der Reputationsrisiken in den entsprechenden Regionen sichergestellt ist.
- Das ERC wurde als Nachfolger des Portfolio Risk Committee („PRC“) eingeführt, mit der Aufgabe, sich auf unternehmensweite Risikotrends, Ereignisse und risikoübergreifende Portfolios zu konzentrieren, indem es Risikospezialisten aus den verschiedenen Risikodisziplinen zusammenbringt. Das ERC genehmigt die jährlichen Länderrisikoportfolioübersichten, setzt Produktlimite, überprüft Risikoportfoliokonzentrationen im Konzern, überwacht konzernweite Stresstests, die genutzt werden, um die Risikotoleranz zu steuern, und überprüft Themen mit unternehmensweiten Risikoimplikationen, wie die Risikokultur.
- Das LMC entscheidet über die Ergreifung von Maßnahmen zur Abwendung einer bevorstehenden oder bereits eingetretenen angespannten Liquiditätslage oder jedweder Liquiditätsengpässe. In dieser Funktion ist das Komitee für eine detaillierte Bewertung der Liquiditätslage der Bank verantwortlich, inklusive der Beurteilung ihrer Fähigkeit, Zahlungsverpflichtungen in einer angespannten Marktlage, im Falle von idiosynkratischem Stress, oder einer Kombination aus beidem, nachkommen zu können. Das LMC ist in Stressphasen auch verantwortlich dafür, die zügige Umsetzung taktischer Liquiditätsmaßnahmen zu überprüfen und permanent die Liquiditätsposition der Bank zu überwachen.

Unser Risikovorstand (Chief Risk Officer) hat die konzernweite, unternehmensbereichsübergreifende Verantwortung für das Management aller Kredit-, Markt- und operationellen Risiken sowie umfassend die Verantwortung für die Kontrolle der Risiken, unter Einschluss der Liquiditätsrisiken, und die Fortentwicklung der Methoden der Risikomessung. Darüber hinaus ist der Chief Risk Officer für die zusammenfassende Beobachtung und Analyse von und der Berichterstattung zu Risiken verantwortlich.

Der Risikovorstand trägt direkte Managementverantwortung für verschiedene Risikomanagementfunktionen, die mit folgenden Aufgaben betraut:

- Überprüfung der Konsistenz der Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche mit der Risikotoleranz, die das GRC gemäß der Vorgaben des Vorstands festgelegt hat;
- Festlegung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche;
- Einführung und Genehmigung von Risikolimiten;
- Regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen;
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementinfrastrukturen und -systeme für die jeweiligen Unternehmensbereiche.

Zusätzlich zu den spezialisierten Risikomanagementfunktionen deckt unsere Enterprise Risk Management („ERM“) Funktion übergreifende Risikoaspekte ab. Ihre Aufgabe ist es, eine stärkere Konzentration auf ein ganzheitliches Risikomanagement und eine risikoübergreifende Übersicht zur weiteren Verbesserung unserer Risikoportfoliosteuerung zu ermöglichen. Wesentliche Ziele sind:

- Steuerung von risikoübergreifenden strategischen Initiativen und stärkere Verknüpfung zwischen der Festlegung der Portfoliostrategie und deren Umsetzung;
- Strategische und zukunftsbezogene Managementberichterstattung zu wichtigen Risikothemen, insbesondere zur Risikotoleranz und zu Stresstests;
- Stärkung der Risikokultur in der Bank;
- Förderung der Umsetzung konsistenter Risikomanagementstandards.

ERM legt außerdem die bankweiten Grundsätze des Risikomanagements fest, deren Ziel es ist, alle Risiken im Unternehmen innerhalb des genehmigten Risikoappetits zu identifizieren und zu überwachen.

Die spezialisierten Risikomanagementfunktionen und ERM berichten an den CRO.

Unsere Bereiche Finance, Risk und Group Audit arbeiten unabhängig von unseren Geschäftsbereichen. Es ist die Verantwortung von Finance und Risk, die Quantifizierung sowie Verifizierung eingegangener Risiken vorzunehmen. Group Audit als dritte Verteidigungslinie, führt unabhängig risikoorientierte Prüfungen des Aufbaus und der operativen Effektivität unseres internen Kontrollsystems durch.

Die Integration des Risikomanagements unserer Tochtergesellschaft Deutsche Postbank AG wird durch vereinheitlichte Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken sowie Strategien und Prozesse zur Bestimmung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und der entsprechenden internen Kontrollsysteme sichergestellt. Die wichtigsten Elemente der gemeinsamen Steuerung sind:

- Funktionale Berichtslinien aus dem Risikomanagement der Postbank an das Risikomanagement der Deutschen Bank;
- Erweiterung der zentralen Risikokomitees der Postbank um stimmberechtigte Mitglieder der Deutschen Bank aus den jeweiligen Risikofunktionen und umgekehrt für ausgewählte zentrale Komitees; und
- Umsetzung wichtiger Konzern-Risikoricthlinien bei der Postbank.

Die wesentlichen Risikomanagementausschüsse der Postbank umfassen:

- Das Bankrisikokomitee, das den Vorstand der Postbank mit Blick auf die Festlegung der Risikotoleranz und Risiko- und Kapitalallokation berät;
- Das Kreditrisikokomitee, das für die Limitallokation und Festlegung eines angemessenen Limit-Rahmenwerks verantwortlich ist;
- Das Marktrisikokomitee, das über die Limitallokation, die strategische Positionierung des Anlage- und Handelsbuchs der Postbank, sowie die Steuerung des Liquiditätsrisikos entscheidet;
- Das Managementkomitee für operationelle Risiken, das ein angemessenes Risikorahmenwerk und die Limitallokation für operationelle Risiken für die verschiedenen Geschäftsbereiche definiert;
- Das Modell- und Validierungskomitee, das für die Überwachung der Validierung aller Ratingsysteme und Risikomanagementmodelle verantwortlich ist.

Der Risikovorstand der Postbank oder ranghohe Risikomanager der Deutschen Bank sind stimmberechtigte Mitglieder der oben genannten Gremien.

Risikokultur

Wir fördern aktiv eine starke Risikokultur auf allen Ebenen unserer Organisation. Dabei ist es unser Ziel, einen ganzheitlichen Ansatz für die Steuerung von Risiken und Erträgen auf allen Ebenen der Organisation sowie das effektive Management unseres Risiko-, Kapital- und Reputationsprofils, zu fördern. Bei unseren Geschäftsaktivitäten gehen wir bewusst Risiken ein. Die folgenden Prinzipien stützen dabei die Risikokultur unseres Konzerns:

- Risiken werden im Rahmen einer definierten Risikotoleranz eingegangen;
- Jedes Risiko muss gemäß dem Rahmenwerk für das Risikomanagement genehmigt werden;
- Risiken müssen angemessenen Ertrag bringen;
- Risiken sollten fortlaufend überwacht und gesteuert werden.

Mitarbeiter auf allen Ebenen sind für die Steuerung und Eskalation von Risiken verantwortlich. Wir erwarten von Mitarbeitern, dass sie durch ihr Verhalten eine starke Risikokultur fördern. Dies wird dadurch gestärkt, dass unsere Leistungsbeurteilungs- und Vergütungsprozesse eine Verhaltensbewertung beinhalten. Verhaltensweisen einer starken Risikokultur wurden auf allen Ebenen der Organisation konsistent kommuniziert und umfassen:

- Verantwortung für unsere Risiken übernehmen;
- Risiken konsequent, zukunftsorientiert und umfassend bewerten;
- kritisches Hinterfragen fördern, betreiben und respektieren;
- Probleme gemeinsam lösen; und
- die Deutsche Bank und ihre Reputation bei allen Entscheidungen in den Mittelpunkt stellen.

Zur Stärkung dieser erwarteten Verhaltensweisen und zur Stärkung der Risikokultur unterhalten wir eine Reihe von konzernweiten Aktivitäten. Die Mitglieder unseres Vorstands und das Senior Management kommunizieren regelmäßig die Bedeutung einer starken Risikokultur um ein einheitliches Leitbild vorzuleben. Um diese Verhaltensweisen zu unterstützen, haben wir in 2016 eine interne Bildungs-Kampagne „Wir sind alle Risikomanager“ durchgeführt. Diese umfasste ein Video und Intranet-Mitteilungen von Vorstandsmitgliedern und anderen hochrangigen Führungskräften.

Der Red Flags-Prozess sorgt weiterhin für einen Zusammenhang zwischen risikorelevanten Verhaltensweisen und dem Performance Management. Er ermöglicht uns, die Einhaltung bestimmter risikorelevanter Richtlinien und Verfahren zu überwachen, bei denen ein Verstoß eine Red Flag mit entsprechender Risikogewichtung zur Folge hat. In 2016 wurde der Prozess durch die Einführung eines IT-basierten Meldetools verbessert. Red Flags werden bei Entscheidungen zur Beförderung, Vergütung und Leistungsbewertung berücksichtigt.

Wir haben unser Schulungsprogramm weiterentwickelt, um das Risikobewusstsein zu schärfen. In 2016 haben wir eine überarbeitete Schulung zum Risikobewusstsein für alle Mitarbeiter durchgeführt, die neue Kapitel zu Reputationsrisiken und Risikobereitschaft beinhaltete.

Risikotoleranz und Risikokapazität

Die Risikotoleranz ist Ausdruck des aggregierten Risikos, das wir im Rahmen unserer Risikokapazität einzugehen bereit sind, um unsere Geschäftsziele zu erreichen. Sie wird anhand von quantitativen Mindestmessgrößen und qualitativen Aussagen festgelegt. Risikokapazität ist definiert als das maximale Risikoniveau, das wir eingehen können, ohne regulatorische Schwellenwerte oder Verpflichtungen gegenüber Anspruchsberechtigten zu überschreiten.

Die Risikotoleranz ist ein integraler Bestandteil unserer Prozesse zur Entwicklung unseres Risikoplans- und unserer Strategie, sodass sichergestellt ist, dass Risiko-, Kapital- und Performanceziele, auch unter Berücksichtigung von Risikokapazität und Risikotoleranz, für finanzielle und nicht-finanzielle Risiken, abgestimmt sind. Zudem wird getestet, ob der Risikoplan auch unter Marktstresssituationen im Einklang mit unserer Risikoappetit und -Risikokapazität ist. Die anhand eines Top-down-Ansatzes ermittelte Risikotoleranz dient als Limit für die Risikoan-nahme in der Bottom-up-Planung der Geschäftsbereiche.

Der Vorstand überprüft und genehmigt jährlich oder – bei unerwarteten Änderungen des Risikoumfelds – auch in kürzeren Abständen unsere Risikotoleranz und -kapazität, um sicherzustellen, dass sie unserer Konzernstrategie, dem Geschäftsumfeld, den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie den Anforderungen der Anspruchsberechtigten entsprechen.

Um unsere Risikotoleranz und Risikokapazität näher zu bestimmen, haben wir auf Konzernebene unterschiedliche zukunftsgerichtete Indikatoren und Schwellenwerte festgelegt und Eskalationsmechanismen zur Ergreifung erforderlicher Maßnahmen definiert. Wir wählen Risikokennzahlen, die die wesentlichen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, und die Finanzlage insgesamt reflektieren. Zudem verbinden wir unser Governance-Rahmenwerk für das Risiko- und Sanierungsmanagement mit dem Rahmenwerk für die Risikotoleranz. Im Einzelnen bewerten wir im Rahmen von regelmäßig durchgeführten konzernweiten Benchmark- sowie strengeren Stresstests eine Reihe von Kennzahlen unter Stress, wie die Tier-1-Kernkapitalquote und Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4-Übergangsregelungen (phase-in) und Vollumsetzung (fully loaded), die interne Kapitaladäquanzquote („ICA“) sowie die Nettoliquiditätsposition unter Stress („SNLP“).

Berichte, die unser Risikoprofil mit unserer Risikotoleranz und Risikostrategie vergleichen, sowie unsere Überwachung hiervon, werden regelmäßig dem Vorstand präsentiert. Treten Ereignisse ein, bei denen in Normal- oder Stresssituationen unsere festgelegte Risikotoleranzschwelle überschritten wird, wenden wir eine vorab definierte Governance-Matrix für deren Eskalation an. Damit stellen wir sicher, dass diese Überschreitungen dem zuständigen Risikoausschuss gemeldet werden. Änderungen der Risikotoleranz und der Risikokapazität müssen je nach Relevanz vom Group Risk Committee beziehungsweise vom gesamten Vorstand genehmigt werden.

Risiko- und Kapitalplan

Strategie- und Kapitalplan

Wir führen alljährlich einen integrierten strategischen Planungsprozess durch, der die Entwicklung unserer zukünftigen strategischen Ausrichtung der Gruppe und unserer Geschäftsbereiche und -einheiten widerspiegelt. Der strategische Plan zielt darauf ab, eine ganzheitliche Perspektive zu entwickeln, die Kapital, Finanzierung und Risiko unter Risiko- und Renditegesichtspunkten berücksichtigt. Dieser Prozess übersetzt unsere langfristigen strategischen Ziele in messbare kurz- und mittelfristige Finanzziele und erlaubt eine unterjährige Überprüfung der Zielerreichung und deren Management. Dabei zielen wir darauf ab, Wachstumsmöglichkeiten zu identifizieren, die eine nachhaltige Ertragsentwicklung unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken ermöglichen und die eine entsprechende Allokation des verfügbaren Kapitals erlauben. Risikospezifische Portfoliostrategien ergänzen diesen Rahmen und erlauben eine weiterführende Umsetzung der Risikostrategie auf Portfolioebene, die Besonderheiten der Risikoart sowie Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Der strategische Planungsprozess umfasst zwei Phasen: eine deduktive Zielfestsetzung sowie eine induktive Substanziierung.

In der ersten Phase – der Zielfestsetzung durch die Leitungsebene – werden die Kernziele für Gewinne und Verluste (inklusive Umsatz und Kosten), Kapitalangebots- und Kapitalbedarfsentwicklung sowie Bilanzentwicklung (Bilanzsumme, Refinanzierung und Liquidität) für die Gruppe wie auch die Hauptgeschäftsbereiche diskutiert. Die Ziele für die nächsten fünf Jahre basieren auf unserem makroökonomischen Ausblick und den Erwartungen bezüglich des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks. In der Folge genehmigt der Vorstand die Ziele.

In der zweiten Phase werden die gesetzten Ziele in Detailplänen für Geschäftseinheiten entwickelt, wobei das erste Jahr auf monatlicher Basis als operativer Plan, das Jahr zwei wird in Quartalen geplant und die Jahre drei bis fünf als Jahrespläne ausformuliert werden. Die vorgeschlagenen Detailpläne werden von Finance und Risk einer kritischen Prüfung unterzogen und mit jedem Geschäftsbereichsleiter einzeln erörtert. Dabei werden die Besonderheiten des Geschäftsbereichs berücksichtigt und konkrete Ziele vereinbart, die alle darauf ausgerichtet sind, unsere Strategie zu unterstützen. Die Detailpläne enthalten Ziele für wichtige Gesellschaften, um die lokale Risiko- und Kapitalausstattung zu prüfen. Stresstests ergänzen den strategischen Plan, um auch gestresste Marktbedingungen zu würdigen.

Der resultierende Strategie- und Kapitalplan wird dem Vorstand zur Diskussion und Genehmigung vorgelegt. Der finale Plan wird dem Aufsichtsrat vorgelegt.

Der Strategie- und Kapitalplan ist darauf ausgerichtet, unsere Vision einer führenden, auf Kunden ausgerichteten globalen Universalbank zu unterstützen. Er zielt darauf ab, sicherzustellen, dass wir

- ein ausgewogenes risikoadjustiertes Ergebnis in allen Geschäftsbereichen und -einheiten erreichen;
- die Risikomanagementstandards mit speziellem Fokus auf Risikokonzentrationen hochhalten;
- aufsichtsrechtliche Anforderungen einhalten;
- eine starke Kapital- und Liquiditätsposition sicherstellen;
- mit einer stabilen Refinanzierungs- und Liquiditätsstrategie die Geschäftsplanung innerhalb der Liquiditätsrisikotoleranz sowie der aufsichtsrechtlichen Vorgaben unterstützen.

Unser Strategie- und Kapitalplanungsprozess ermöglicht uns damit die

- Festlegung ertrags- und risikobezogener Kapitaladäquanzziele unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspläne;
- Bewertung unserer Risikotragfähigkeit mit Blick auf interne und externe Anforderungen (d.h. in Bezug auf das ökonomische Kapital und das aufsichtsrechtliche Eigenkapital);
- Durchführung eines angemessenen Stresstests zur Ermittlung der Auswirkungen auf Kapitalbedarf, Kapitalbasis und Liquiditätsposition.

Die spezifischen Limite, wie zum Beispiel aufsichtsrechtliche Kapitalnachfrage, Ökonomisches Kapital und Verschuldungsposition, werden aus dem Strategie- und Kapitalplan abgeleitet und sollen unsere Risiko-, Kapital- und Ertragsziele auf allen relevanten Unternehmensebenen angleichen.

Alle extern kommunizierten finanziellen Ziele werden in entsprechenden Managementkomitees laufend überwacht. Eine projektierte Zielverfehlung wird zusammen mit möglichen Alternativstrategien diskutiert, um letztendlich die gesetzten Ziele dennoch zu erreichen. Änderungen des Strategie- und Kapitalplans müssen vom Vorstand genehmigt werden. Die Erfüllung unserer extern kommunizierten Solvabilitätsziele stellt sicher, dass wir auch jene Anforderungen erfüllen, die uns unsere Herkunftslandbehörde für die Gruppe im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process) kommuniziert hat. Am 8. Dezember 2016 wurde die Deutsche Bank von der EZB über ihre Entscheidung hinsichtlich der prudentiellen Mindestkapitalanforderungen für 2017 informiert, welche aus den Ergebnissen des SREP im Jahr 2016 resultierte. Die Entscheidung verlangt, dass die Deutsche Bank auf konsolidierter Ebene eine harte Kernkapitalquote unter Anwendung von Übergangsregelungen in Höhe von mindestens 9,51 % aufrechterhält, beginnend ab dem 1. Januar 2017. Diese Anforderung an das harte Kernkapital umfasst die Säule 1 Mindestkapitalanforderung in Höhe von 4,50 %, die Säule 2 Anforderung (SREP Add-

on) in Höhe von 2,75 %, den Kapitalerhaltungspuffer unter Übergangsregelungen in Höhe von 1,25 %, den antizyklischen Kapitalpuffer (derzeit 0,01 %) und den G-SII-Puffer unter Übergangsregelungen in Höhe von 1,00 %, welcher sich aus der Einstufung der Deutschen Bank als global systemrelevantes Institut („Global Systemically Important Institution“, G-SII) ableitet. Die neue CET 1-Kapitalanforderung in Höhe von 9,51 % für 2017 liegt unter der CET 1-Kapitalanforderung von 10,76 %, welche für die Deutsche Bank in 2016 galt. Demnach belaufen sich im Jahr 2017 die Anforderungen an die Kernkapitalquote der Deutschen Bank auf 11,01 % und an die Gesamtkapitalquote auf 13,01 %. Im Anschluss an die Ergebnisse des SREP in 2016 hat uns die EZB eine individuelle Erwartung mitgeteilt, einen CET 1-Kapital-Zusatzbetrag gemäß Säule 2 bereitzuhalten, besser bekannt als „Säule 2“-Empfehlung. Der Kapital-Zusatzbetrag gemäß der „Säule 2“-Empfehlung besteht eigenständig von und ergänzend zu der Säule 2 Anforderung. Die EZB hat ihre Erwartung geäußert, dass die Banken die „Säule 2“-Empfehlung einhalten, obwohl diese nicht rechtsverbindlich ist, und ein Versäumnis, der „Säule 2“-Empfehlung nachzukommen, nicht automatisch rechtliche Schritte nach sich zieht.

Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP

Der ICAAP verlangt von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und Verfahren zur Risikosteuerung anzuwenden, um die angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen, das heißt, das zur Verfügung stehende interne Kapital muss die intern gemessenen Risiken übersteigen (siehe auch Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“).

Wir erfüllen auf Konzernebene den ICAAP – wie unter Basel 3/Säule 2 gefordert und über die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in das deutsche Aufsichtsrecht überführt – durch das konzernweite Rahmenwerk für Risikomanagement und Governance, Methoden, Prozesse und Infrastruktur.

In Übereinstimmung mit den Basel- und MaRisk-Vorschriften zählen zu unseren Kerninstrumenten, um die ausreichende Kapitalisierung fortdauernd sicherzustellen:

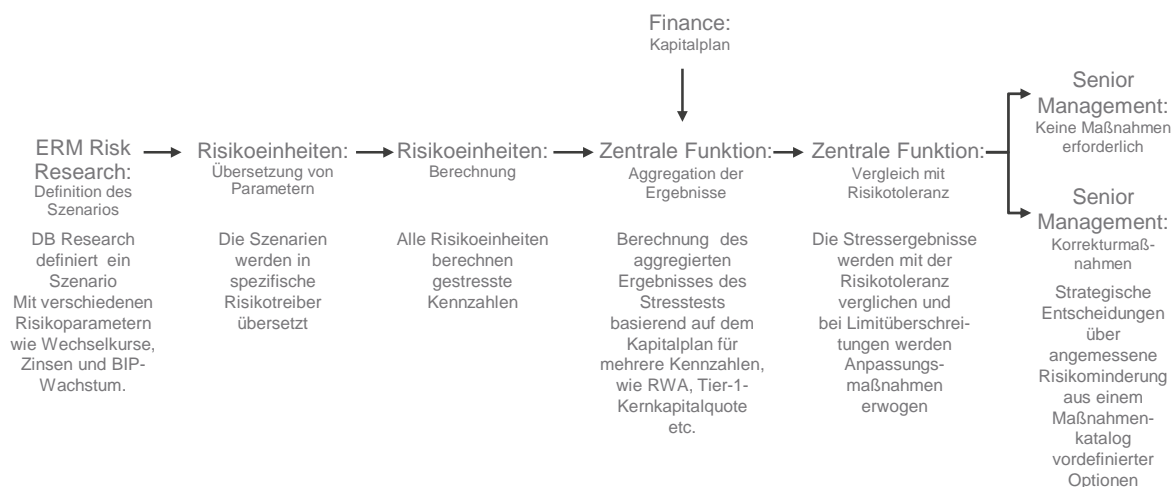
- der strategische Planungsprozess, der Risikostrategie und Risikotoleranz mit den Geschäftszielen in Einklang bringt;
- der fortlaufende Überwachungsprozess für genehmigte Risiko-, Leverage und Kapitalziele;
- die regelmäßige Berichterstattung über Risiken-, Leverage und Kapital an die Steuerungsgremien;
- die Ökonomische Kapitalmethode sowie das Stresstest-Rahmenwerk, das auch spezifische Stresstests zur Unterstützung der Sanierungsplan-Überwachung beinhaltet.

Stresstests

Wir führen regelmäßig Stresstests durch, um die Auswirkungen eines erheblichen Konjunkturabschwungs auf unser Risikoprofil und unsere Finanzlage zu bewerten. Diese Stresstests ergänzen klassische Risiko Maße und sind integraler Bestandteil unserer Strategie- und Kapitalplanungsprozesse. Unser Stresstest-Rahmenwerk umfasst regelmäßige konzernweite Stresstests, die auf intern definierten Benchmark-Szenarien und starken globalen Rezessionsszenarien basieren. In unseren Stresstests erfassen wir alle wesentlichen Risikoarten. Der Zeithorizont für unsere internen Stresstests beträgt in der Regel ein Jahr, aber kann auch auf mehrere Jahre erweitert werden, falls die Vorgaben des Szenarios dies erfordern. Unsere Methoden werden vom Deutsche Bank internen Validierungsteam (Global Model Validation and Governance (– GMVG‘)) regelmäßig geprüft, um zu beurteilen, ob die Auswirkungen eines gegebenen Szenarios korrekt erfasst werden. Die Analysen werden um Portfolio- und länderspezifische Stresstests sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen, wie jährliche Reverse-Stresstests und zusätzlich von Regulatoren auf Konzern- oder Tochtergesellschaftslevel verlangte Stresstests, ergänzt. Regulatorische Stresstests, die zum Beispiel im Jahr 2016 durchgeführt wurden, sind der EBA-Stresstest auf Konzern-Ebene und der CCAR-Stresstest für die US-Tochtergesellschaft. Ferner wird ein für die Kapitalplanung relevanter Stresstest durchgeführt, um die Umsetzbarkeit des Kapitalplans der Deutschen Bank bei ungünstigen Marktgegebenheiten zu bewerten und einen klaren Zusammenhang zwischen Risikotoleranz, Geschäftsstrategie, Kapitalplan und Stresstests aufzuzeigen. Ein integrierter Ansatz ermöglicht es uns, die Auswirkungen von Ad-hoc-Szenarien zu berechnen, die potenzielle finanzielle oder geopolitische Schocks simulieren.

In der ersten Phase unserer internen Stresstests definiert ERM Risk Research in Zusammenarbeit mit Experten aus dem Marktbereich ein makroökonomisches Krisenszenario. ERM Risk Research beobachtet die politische und wirtschaftliche Entwicklung rund um den Globus und bildet diese in einer makroökonomischen „Heatmap“ ab. In dieser Heatmap werden potenzielle negative Szenarien identifiziert. Anhand von quantitativen Modellen und Expertenschätzungen werden ökonomische Parameter, wie Wechselkurse, Zinsen, BIP-Wachstum oder Arbeitslosenquoten, entsprechend festgelegt, um die Auswirkungen auf unser Geschäft darzustellen. Die Beschreibung des Szenarios wird von Experten in den jeweiligen Risikoeinheiten in spezifische Risikoparameter übersetzt. Im Rahmen unserer internen Modelle für Stresstests werden die folgenden Messgrößen unter Stress ermittelt: Risikogewichtete Aktiva, Ökonomisches Kapital pro Risikotyp und die Auswirkung auf unsere Erträge und Verluste. Diese Ergebnisse werden auf Konzernebene aggregiert und wesentliche Größen wie die Nettoliquiditätsposition unter Stress, die Tier-1-Kernkapitalquote, die interne Kapitaladäquanzquote und die Verschuldungsquote unter Stress hergeleitet. Vor der eigentlichen Ermittlung der Stress Test Auswirkungen werden die Szenarien im Enterprise Risk Committee (ERC), besprochen und genehmigt. Das ERC überprüft auch die endgültigen Stresstestergebnisse. Nach dem Vergleich mit unserer festgelegten Risikotoleranz diskutiert das ERC über spezifische Risikominderungsmaßnahmen, um die Stressauswirkungen gemäß dem übergreifenden Strategie- und Kapitalplan zu mindern, sofern bestimmte Grenzwerte überschritten werden. Darüber hinaus werden die Ergebnisse in der Sanierungsplanung berücksichtigt. Dies ist in einer existenziellen Krisensituation für die Abwicklungsfähigkeit der Bank unerlässlich. Das Ergebnis wird dem Senior Management und schließlich dem Vorstand vorgestellt, um Bewusstsein auf höchster Ebene zu schaffen. Es gibt einen wesentlichen Einblick in spezifische geschäftliche Schwachstellen und trägt zur Gesamtbewertung des Risikoprofils der Bank bei. Die im Jahr 2016 durchgeführten konzernweiten Stresstests zeigten, dass zusammen mit den verfügbaren Risikominderungsmaßnahmen die Bank ausreichend kapitalisiert bleibt um den intern festgelegte Stress-Exit-Level zu erreichen, welcher deutlich über den regulatorischen Frühinterventions-Level liegt. Zudem wird jährlich ein Reverse-Stresstest durchgeführt, um das Geschäftsmodell anhand von Szenarien auf Nachhaltigkeit zu überprüfen. Der Stresstest basiert auf hypothetischen makroökonomischen Szenarien und idiosynkratischen Ereignissen, die ernsthafte Auswirkungen auf unsere Ergebnisse haben. Vergleicht man die hypothetischen Szenarien, die dazu führen, dass das Geschäftsmodell nicht mehr tragbar ist, mit dem derzeitigen makroökonomischen Umfeld, dürfte der Eintritt des Szenarios sehr unwahrscheinlich sein. Unter Berücksichtigung der sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit eines Reverse-Stresstest-Szenarios betrachten wir unsere Geschäftskontinuität nicht als gefährdet.

Stresstest-Rahmenwerk des Deutsche Bank-Konzerns



Risikoberichterstattung und -messsysteme

Unsere Risikodatenbankensysteme unterstützen das aufsichtsrechtliche Meldewesen, externe Veröffentlichungen und die interne Managementberichterstattung zu Kredit-, Markt-, operationellen (einschließlich Rechtsrisiken), Geschäfts-, Reputations-, Liquiditäts-, Modell- und Compliance-Risiken. Unsere Risiko-Infrastruktur integriert die relevanten Konzerngesellschaften sowie Geschäftsbereiche. Sie bildet die Grundlage für die regelmäßige sowie Ad-hoc-Berichterstattung zu Risikopositionen, Kapitaladäquanz und Limitinanspruchnahmen an die zuständigen Funktionen. Spezielle Einheiten in Finance und Risk übernehmen die Verantwortung für die Messung und Analyse von Risiken sowie die entsprechende Berichterstattung. Dabei stellen sie die erforderliche Qualität und Integrität der risikorelevanten Daten sicher. Unsere Risikomanagementsysteme werden nach einem risikobasierten Prüfungsansatz durch Group Audit überprüft.

Die Hauptberichte zum Risiko- und Kapitalmanagement, in denen die zentralen Governance-Gremien über konzernweite Risikoprofil informiert werden, sind:

- Das Risiko- und Kapitalprofil wird dem GRC und dem Vorstand monatlich vorgestellt und anschließend dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats zur Information zugeleitet. Es umfasst einen Überblick über unsere aktuelle Risiko-, Kapital- und Liquiditätssituation sowie auch Informationen zur Adäquanz unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und Ökonomischen Kapitals.
- Der Konzern Treasurer und das Group Capital Management stellen dem GRC monatlich einen Überblick über den Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungsbedarf vor. Dieser umfasst wesentliche Entwicklungen und Kenngrößen einschließlich des Tier-1-Kernkapitals sowie der Verschuldungsquote nach CRR/CRD 4 und eine Übersicht über den aktuellen Status unserer Finanzierung und Liquidität, die Liquiditätsstresstests und Notfallmaßnahmen.
- Zweimal im Quartal und/oder bei Bedarf häufiger werden konzernweite makroökonomische Stresstests durchgeführt, deren Ergebnisse dem ERC zur Verfügung gestellt und diskutiert werden.

Diese Berichte werden durch eine Auswahl weiterer Standard- und Ad-hoc-Berichte von Risk und Finance vervollständigt und unterschiedlichen übergeordneten Ausschüssen präsentiert, die für das Risiko- und Kapitalmanagement auf Konzernebene verantwortlich sind.

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Die Finanzkrise 2007/2008 hat Banken und weite Teile der globalen Finanzmärkte einer beispiellosen Belastungsprobe ausgesetzt. Diese Belastungen mündeten in massiven staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für betroffene Banken sowie umfangreichen Interventionen durch Zentralbanken. Die Krisenereignisse zwangen zahlreiche Finanzinstitute zudem, ihre Geschäftsaktivitäten in bedeutendem Umfang zu restrukturieren und ihre Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungsbasis zu stärken. Darüber hinaus machte diese Krise deutlich, dass viele Finanzinstitute auf eine rasch fortschreitende, systemische Krise nur unzureichend vorbereitet waren und daher nicht auf eine Weise agieren und reagieren konnten, dass ihr potenzielles Scheitern ohne wesentliche negative Auswirkungen auf das gesamte Finanzsystem und damit letztlich auf Wirtschaft und Gesellschaft bleiben würde.

Als Reaktion auf diese Krise haben zahlreichen Jurisdiktionen (wie die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, einschließlich Deutschland und Großbritannien sowie der USA) neue Gesetzgebungen erlassen, die die Banken oder die zuständigen Aufsichtsbehörden dazu auffordern einen Sanierungs- und Abwicklungsplanung zu entwickeln. Der Konzern-Sanierungsplan wird einmal jährlich aktualisiert und den Regulatoren vorgelegt. Er berücksichtigt sowohl Änderungen in den Geschäftsaktivitäten der Bank als auch veränderte aufsichtsrechtliche Anforderungen.

Dieser Sanierungsplan versetzt uns in die Lage, unsere finanzielle Stärke und Überlebensfähigkeit auch während einer extremen Stresssituation wiederherzustellen. Der Sanierungsplan stellt insbesondere dar, wie wir auf eine finanzielle Stresssituation, die einen signifikanten Einfluss auf unsere Kapital- beziehungsweise Liquiditätsposition hätte, reagieren könnten. Dazu beinhaltet er eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen, mit dem Ziel, uns, unsere Kunden und die Märkte zu schützen und eine potenziell kostspieligere Abwicklung zu verhindern. Übereinstimmend mit aufsichtsrechtlichen Leitlinien haben wir eine umfangreiche Anzahl von möglichen Sanierungsmaßnahmen identifiziert, die verschiedene Arten von Stressszenarien abschwächen würden. Diese Szenarien berücksichtigen sowohl idiosynkratische als auch marktweite Ereignisse, die erhebliche Kapital- und Liquiditätsauswirkungen sowie Auswirkungen auf unseren Geschäftserfolg wie auch auf unsere Bilanz hätten. Der Sanierungsplan einschließlich der entsprechenden internen Richtlinien ermöglicht es uns, unsere Sanierungsmaßnahmen wirksam zu planen und zu überwachen sowie in Krisensituationen zu eskalieren und auszuüben.

Der Vorstand entscheidet, wann der Sanierungsplan umgesetzt werden muss und welche Maßnahmen in der jeweiligen Situation als angemessen angesehen werden.

Der Sanierungsplan ist derart ausgestaltet, dass er eine Vielzahl von Richtlinien – unter anderem die für uns in der Europäischen Union relevante Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) und des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) und anderer relevanter Jurisdiktionen – abdeckt. Ferner berücksichtigt der Sanierungsplan zahlreiche Anmerkungen aus den intensiv geführten Diskussionen mit unseren Aufsichtsbehörden und unserer Krisenmanagementgruppe „CMG“ (bestehend aus wesentlichen heimischen und ausländischen Regulatoren).

Wir arbeiten zudem eng mit der Abwicklungsbehörde Einheitlicher Europäischer Bankenabwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) zusammen und unterstützen diese in ihrem Auftrag, einen Abwicklungsplan für den Konzern der Deutschen Bank gemäß der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) und des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) zu erstellen.

Darüber hinaus verlangt Title I des „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“ (Dodd-Frank Act) und die vom Direktorium des US-Zentralbankensystems und der Bundesanstalt zur Versicherung von Einlagen bei Kreditinstituten („FDIC“) zur Umsetzung herausgegebenen Implementierungen von allen „Bank Holding Companies“ mit Vermögenswerten über 50 Mrd US-Dollar – einschließlich der Deutschen Bank AG – jährlich einen Plan zur geordneten Abwicklung von Niederlassungen und Geschäftsaktivitäten im Falle einer zukünftigen finanziellen Notlage oder einer Insolvenz zu erstellen (der „Title I US Resolution Plan“), und diesen den Regulierungsbehörden vorzulegen. Für Banken mit Sitz außerhalb der USA – einschließlich DB -, bezieht sich der „Title I US Resolution Plan“ nur auf Niederlassungen, Filialen, Geschäftsstellen und Geschäftsaktivitäten, die komplett in den USA angesiedelt oder in weiten Teilen dort abgewickelt werden. Zusätzlich hierzu wurde die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“) 2014 erstmals dazu aufgefordert, einen spezifischen Abwicklungsplan (den „IDI Plan“) einzureichen. Die DBTCA ist eine der Institutionen der DB AG, die versicherte Einlagen in den USA hält („IDIs“). Die finalen Regelungen der FDIC verlangen von IDIs mit Vermögenswerten über 50 Mrd US-Dollar regelmäßig Abwicklungspläne nach dem „Federal Deposit Insurance Act“ (der „IDI Rule“) und dem Title I US Resolution Plan (dem „US-Resolution-Plan“) der FDIC vorzulegen. Um die IDI-Rule-Erfordernisse erfüllen können, erweiterten wir außerdem im Jahr 2014 unseren Title I US Resolution Plan. Entsprechend den aufsichtsrechtlichen Anforderungen hat die Deutsche Bank im Juli 2015 ihre aktuellsten US-Resolutionen und IDI-Pläne eingereicht. Im Juni 2016 erhielt die Deutsche Bank von der Federal Reserve und der FDIC die Anweisung, dass die Einreichungstage unserer US-Resolution Pläne bis Juli 2017 verlängert worden sind. Kernelemente des US Resolution Plans sind signifikante Rechtseinheiten (Material Entities, „MEs“), Kerngeschäftsfelder (Core Business Lines, „CBLs“), kritische ökonomische Funktionen (Critical Operations, „COs“) sowie für die Zwecke des IDI-Plans kritische Dienstleistungen (Critical Services). Der 2015 US Resolution Plan legt die

Abwicklungsstrategie für jede ME dar. Diese sind als solche Einheiten definiert, die signifikant für die Aktivitäten einer CO oder CBL sind. Der US Resolution Plan zeigt, wie jede ME, CBL und CO in einer zügigen und geordneten Art und Weise sowie ohne systemischen Einfluss auf die US-Finanzmarktstabilität abgewickelt werden kann. Zudem legt der US Resolution Plan die Strategie dar, wie kritische Dienstleistungen im Abwicklungsfall fortgeführt werden können. Die im US Resolution Plan adressierten wesentlichen Faktoren beinhalten folgende Maßnahmen zur Sicherstellung:

- verbleibenden Zugang zu Dienstleistungen von anderen US-amerikanischen und nicht-US-amerikanischen Rechtseinheiten sowie externen Parteien, wie Anbietern von Zahlungsdiensten, Börsen und wesentlichen Dienstleistern;
- Verfügbarkeit sowohl externer als auch interner Finanzierungsquellen;
- Weiterbeschäftigung wichtiger Mitarbeiter während der Abwicklungsphase; und
- effizienten und koordinierten Abwicklung grenzüberschreitender Verträge.

Der 2015 US Resolution Plan wurde in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen in den USA erarbeitet, um sicherzustellen, dass er das Geschäft, kritische Infrastrukturen sowie wesentliche Abhängigkeiten korrekt darstellt.

MREL und TLAC

Gemäß der Verordnung für einen einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus, der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und dem deutschen Sanierungs- und Abwicklungsgesetz sind Banken dazu verpflichtet, zu jedem Zeitpunkt eine robuste Mindestanforderung an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten (minimum requirement for own funds and eligible liabilities, "MREL") einzuhalten, deren Höhe von der zuständigen Abwicklungsbehörde einzelfallbezogen für jedes Institut festgelegt wird. Zusätzlich veröffentlichte der Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board, "FSB") am 9. November 2015 einen Standard, der mit seiner Umsetzung in nationales Recht global systemrelevante Banken dazu verpflichtet, ab 1. Januar 2019 eine neue institutsspezifische Mindestanforderung an Verlustabsorptionskapazität (total loss-absorbing capacity, "TLAC") einzuhalten. Sowohl TLAC als auch MREL dienen eigens dazu, Banken dazu zu verpflichten, einen ausreichenden Betrag an Instrumenten vorzuhalten, die im Falle einer Abwicklung zur Verlustabsorption zur Verfügung stehen. Damit soll sichergestellt werden, dass angeschlagene Banken ohne Rückgriff auf Steuergelder abgewickelt werden können.

Am 23. November 2016 hat die Europäische Kommission eine Überarbeitung der Kapitaladäquanzverordnung vorgeschlagen, um die TLAC Anforderungen in europäisches Recht umzusetzen. Darüber hinaus hat sie Änderungen der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten sowie der Verordnung für einen einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus vorgeschlagen. Nach den Änderungsvorschlägen der Kommission würde das Regelwerk zur Verlustabsorption für europäische Banken, die global systemrelevant sind, an das internationale TLAC Eckdatenpapier angeglichen. Bei den als TLAC qualifizierenden Instrumenten handelt es sich um solche des harten und des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals sowie um bestimmte anrechenbare, unbesicherte Verbindlichkeiten. Das TLAC Eckdatenpapier sieht ab 1. Januar 2019 die Einhaltung einer Mindest-TLAC-Quote von 16 % in Bezug auf risikogewichtete Aktiva beziehungsweise die Einhaltung einer Mindest-Verschuldungsquote von 6 % vor. Ab 2022 ist die Mindest-TLAC-Quote 18 % in Bezug auf risikogewichtete Aktiva beziehungsweise ist die Mindest-Verschuldungsquote 6,75 %. Die Abwicklungsbehörde kann bei Bedarf zusätzlich einen institutionsspezifischen Aufschlag verlangen. Für europäische Banken, die nicht global systemrelevant sind, würde MREL weiterhin einzelfallbezogen für jedes Institut festgelegt.

Des Weiteren treten nach dem deutschen Abwicklungsmechanismusgesetz, das im November 2015 veröffentlicht wurde, in Insolvenzverfahren, die am oder nach dem 1. Januar 2017 eröffnet werden, vorrangige Schuldverschreibungen im Rang hinter sonstigen vorrangigen Verbindlichkeiten zurück, ohne nachrangige Verbindlichkeiten darzustellen.

Risiko- und Kapitalmanagement

Kapitalmanagement

Unsere Treasury-Abteilung steuert die Solvabilität, die Kapitaladäquanz und die Verschuldungsquote auf Konzernebene und auf lokaler Ebene in jeder Region. Treasury implementiert unsere Kapitalstrategie, die vom Group Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Sie umfasst die Emission sowie den Rückkauf von Aktien und Kapitalinstrumenten, die Absicherung von Kapitalquoten von Devisenschwankungen, die Festlegung von Limiten für wesentliche finanzielle Ressourcen, die Allokation von Eigenkapital sowie die regionale Kapitalplanung. Es ist unser Ziel, stets eine solide ökonomische und aufsichtsrechtliche Kapitalisierung aufrechtzuerhalten. Wir überwachen und passen fortwährend Kapitalnachfrage und -angebot an im Bestreben, ein adäquates Gleichgewicht ökonomischer und aufsichtsrechtlicher Bedingungen zu jeder Zeit und unter allen Aspekten zu erzielen. Die verschiedenen Sichtweisen beinhalten das Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital und die Kapitalanforderungen durch Ratingagenturen.

Treasury steuert die Emission und den Rückkauf von Kapitalinstrumenten, das heißt das Tier-1-Kernkapital, zusätzliches Tier-1-Kapital sowie die Tier-2-Kapitalinstrumente. Treasury beobachtet den Markt für Passiv-Management-Geschäfte fortlaufend. Solche Transaktionen stellen eine antizyklische Möglichkeit dar, Tier-1-Kern-Kapital durch den Rückkauf von Deutsche Bank-Fremdkapitalemissionen unter deren Ausgabepreis zu schaffen.

Unsere Hauptwährungen sind Euro, US-Dollar und Britisches Pfund. Treasury steuert die Sensitivität unserer Kapitalquoten im Hinblick auf Schwankungen in diesen Hauptwährungen. Das Kapital unserer ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen in anderen Währungen ist größtenteils gegen Währungsschwankungen abgesichert. Treasury bestimmt, welche Währungen abgesichert werden sollen, entwickelt geeignete Absicherungsstrategien in enger Abstimmung mit dem Risikomanagement und schließt entsprechende Absicherungsgeschäfte ab.

Wir erwarten darüber hinaus Anforderungen zu ausreichende Mindeststandard an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten (zusammengefasst in „MREL“) als auch eine ausreichende Verlustabsorptionskapazität („TLAC“). In diesem Zusammenhang überprüfen wir unser Emissionsportfolio aus vorrangigen Wertpapieren, um es haftungsfähig unter Bail-In zu machen. Wir bereiten uns darauf vor, diese neuen Anforderungen zu erfüllen, sobald sie anwendbar sind.

Festlegung von Limiten für Ressourcen

Der Verbrauch von wesentlichen Finanzressourcen werden durch folgende Governance-Prozesse und Anreizmechanismen beeinflusst.

Die angestrebten Zielkapazitäten für die Ressourcennutzung werden in unserem jährlichen Strategischen Plan überprüft und mit unseren angestrebten Zielen für die Tier-1-Kernkapitalquote sowie die Verschuldungsquote abgestimmt. In einem quartärlchen Prozess genehmigt das Group Risk Committee die auf dem strategischen Plan basierenden divisionalen Limite für die Ressourcennutzung hinsichtlich Kapitalanforderung und Verschuldungsposition, welche um aktuelle Marktbedingungen und den kurzfristigen Ausblick angepasst werden. Die Einhaltung der Limite wird über einen engen Überwachungsprozess und ein Verfahren für Überziehungen durchgesetzt.

Die aufsichtsbehördlichen Anforderungen ergeben sich aus dem höheren Wert der Solvenzanforderungen auf Basis der Tier-1-Kernkapitalquote und der Verschuldungsanforderungen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Bilanzsumme. Für die interne Kapitalallokation erfolgt die Zuteilung erst auf Basis der Solvenz und anschließend auf Basis des Verschuldungsgrades, sofern benötigt. Die Allokationsmethode folgt einem zweistufigen Ansatz: Im ersten Schritt wird das den Aktionären zurechenbare Eigenkapital („Shareholders Equity“) allokiert, bis das extern kommunizierte Ziel einer 12,5 %-Tier-1-Kernkapital-Solvenzquote (beruhend auf der Vollumsetzung von CRR/CRD 4) erreicht ist. Im zweiten Schritt wird das restliche den Aktionären zurechenbare Eigenkapital auf Basis seines Beitrags zur aufsichtsrechtlichen Bilanzsumme auf die Segmente verteilt, bis das extern kommunizierte Ziel einer 4,5 %-Verschuldungsquote (bei Vollumsetzung von CRR/CRD 4) erreicht ist, sofern benötigt. Die Allokationsgrenzen werden nach Bedarf überprüft, falls eine Anpassung der extern kommunizierten Ziele für die Tier-1-Kernkapitalquote und Verschuldungsquote erfolgt. In der Leistungsmessung, verwendet unsere Methode unterschiedliche Eigenkapitalkosten für die einzelnen Geschäftsfelder verwendet, um die Ergebnisvolatilität der einzelnen Geschäftsmodelle differenzierter zu reflektieren. Dies ermöglicht verbesserte Leistungssteuerung und Investitionsentscheidungen.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden jährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgestellt. Die meisten unserer Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung der Kapital- und Refinanzierungspläne werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen vollumfänglich berücksichtigt.

Außerdem ist Treasury im Anlageausschuss des größten Pensionsfonds der Bank vertreten. Dieser Ausschuss legt die Investitionsrichtlinien des Pensionsfonds fest. Durch diese Vertretung wird eine Absicherung unserer Kapitalbasis durch die Abstimmung von Pensionsfondsvermögen und -verbindlichkeiten beabsichtigt.

Identifikation und Bewertung des Risikos

Durch unsere Geschäftsaktivitäten sind wir einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Zu diesen Risiken gehören Kreditrisiko, Marktrisiko, Geschäftsrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko und Reputationsrisiko, die wir in den folgenden Kapiteln näher beschreiben. Unsere Risikoidentifizierungs- und Risikobewertungs-Prozesse aktivieren unser „Drei Verteidigungslinien“ („Three Lines of Defense“, 3LoD) Modell. Die wesentlichen Risiken werden in der ersten Verteidigungslinie identifiziert. Die zweite Linie ergänzt und aggregiert identifizierte Risiken in der konzernweiten Risikoarten-Taxonomie und bewertet die Wesentlichkeit der identifizierten Risiken. Die Prozesse sind in der gesamten Organisation implementiert, um die relevanten Messgrößen und Indikatoren zu erfassen. Das Kernziel aller Prozesse ist es eine angemessene Transparenz und Verständnis für die bestehenden und neu entstehenden Risiken zur Verfügung zu stellen, und eine ganzheitliche risikotypübergreifende Sichtweise zu fördern. Die Risikoinventur wird regelmäßig, mindestens einmal im Jahr und bei Bedarf auch öfter aktualisiert, indem der Risikoidentifizierungs- und Risikobewertungsprozess gemäß MaRisk durchgeführt wird.

In Anpassung an unsere „drei Verteidigungslinien“ Taxonomie, kategorisieren wir unsere wesentlichen Risiken in finanziellen Risiken und nicht-finanzielle Risiken mit Wirkung zum 1. Januar 2016. Die finanziellen Risiken beinhalten das Kreditrisiko (einschließlich Transfer- und Abwicklungsrisiken), das Marktrisiko (einschließlich Marktrisiko aus Handelsaktivitäten, aus Nicht-Handelsaktivitäten sowie aus dem handelsbezogenen Ausfallrisiko („Traded Default Risk“)), das Liquiditätsrisiko und das Geschäftsrisiko. Die nicht-finanziellen Risiken umfassen die operationellen Risiken und Reputationsrisiken sowie Compliance-Risiken, Rechtsrisiken, Modellrisiken und Informationssicherheitsrisiken, die durch unser Rahmenwerk zu den operationellen Risiken berücksichtigt werden. Für alle wesentlichen Risiken gelten gemeinsame Risikomanagement-Standards, einschließlich einer dedizierten Risikomanagement-Funktion, die Festlegung einer spezifischen Risikoart Appetit und die Entscheidung über die Höhe des vorzuhaltenden Kapitals.

Kredit-, Markt- und operationelles Risiko erfordern aufsichtsrechtliches Eigenkapital. Im Rahmen unseres Prozesses zur Bewertung der internen Kapitaladäquanz berechnen wir das Ökonomische Kapital von Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationellen Risiken, das benötigt wird, um die aus unseren Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken, wobei Diversifikationseffekte zwischen diesen Risikotypen berücksichtigt werden. Darüber hinaus berücksichtigt unser Ökonomisches Kapitalrahmenwerk weitere Risiken, wie zum Beispiel Reputationsrisiken und Refinanzierungsrisiken, für die keine eigenständigen Modelle zur Ermittlung eines Ökonomischen Kapitals eingebettet wurden. Das Liquiditätsrisiko wird bei der Berechnung des Ökonomischen Kapitals nicht berücksichtigt.

Kreditrisikomanagement

Rahmenwerk für die Steuerung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko entsteht bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden einheitlich „Geschäftspartner“ genannt) ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten), gehaltene Anleihen und Schuldverschreibungen oder unseren direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie beispielsweise außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Bilanzwerte unserer Beteiligungspositionen werden ebenfalls in den Kapiteln über das Kreditrisiko dargestellt. Wir steuern die jeweiligen Positionen innerhalb unserer Markt- und Kreditrisikorahmenwerke.

Basierend auf unserem jährlichen Risikoidentifizierungs- und Bewertungsprozess unterscheiden wir im Kreditrisiko vier wesentlichen Kategorien: Ausfallrisiko (Kontrahentenrisiko), Branchenrisiko, Länderrisiko und Produktrisiko:

- Das Ausfallrisiko (Kontrahentenrisiko), als wichtigstes Element des Kreditrisikos, ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.
- Das Branchenrisiko ist das Risiko einer nachteiligen Entwicklung im operativen Umfeld einer spezifischen Branche, welche zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der in diesem Segment aktiven Geschäftspartner und zu einem erhöhten Kreditrisiko in diesem Portfolio führt.
- Das Länderrisiko ist das Risiko, dass uns ein unerwartetes Ausfall- oder Abwicklungsrisiko mit entsprechendem Verlust in einem Land entsteht, bedingt durch eine Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen, die in erster Linie die Kontrahenten in dieser Gerichtsbarkeit beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet auch das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Interventionen nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
- Das Produktrisiko umfasst produktspezifische Kreditrisiken von Transaktionen mit bestimmten Geschäftspartnern oder Gruppen bestimmter Geschäftspartner. Diese berücksichtigen die Wahrscheinlichkeit einer Kreditinanspruchnahme zum Zeitpunkte des Ausfalles, erwartete Rückflüsse und die Laufzeit der Inanspruchnahme.

Wir messen, steuern/minimieren und berichten/überwachen unser Kreditrisiko anhand der nachstehend beschriebenen Philosophie und Grundsätze:

- Unsere Kreditrisikomanagementfunktion ist unabhängig von unseren Geschäftsbereichen und in jedem unserer Geschäftsbereiche werden Kreditentscheidungsstandards, -prozesse und -grundsätze einheitlich angewandt.
- Das Grundprinzip für das Kreditrisikomanagement ist die Kundenanalyse. Unsere Kundenselektion erreichen wir in Zusammenarbeit mit den Partnern aus den Geschäftsbereichen, welche die erste Verteidigungslinie bilden.
- Wir beabsichtigen, hohe Konzentrationsrisiken und Tail-Risks (große unerwartete Verluste) zu vermeiden, indem wir ein diversifiziertes Kreditportfolio halten. Kunden-, branchen-, länder- und produktspezifische Konzentrationen werden anhand unserer Risikotoleranz bewertet und gesteuert.
- Wir wenden Genehmigungsstandards an, um große gebündelte Kreditrisiken auf Kreditnehmer- und Portfolioebene zu vermeiden. Diesbezüglich haben wir einen Ansatz hinsichtlich nicht besicherter Barkredite und nutzen Marktabsicherungen zur Risikoreduzierung. Zusätzlich streben wir für unser Derivateportfolio nach einer Absicherung durch angemessene Besicherungsvereinbarungen und schließen in einzelnen Fällen auch zusätzliche Sicherungsgeschäfte gegen Konzentrationsrisiken ab, um Kreditrisiken aus Marktbewegungen weiter zu reduzieren.
- Jede Gewährung einer neuen Kreditfazilität und jegliche materielle Veränderung einer bereits existierenden Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene. Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Wir messen unser gesamtes Kreditengagement gegenüber einem Kreditnehmer und fassen es konzernweit in Übereinstimmung mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf konsolidierter Basis zusammen.
- Wir steuern unsere Kreditengagements auf Basis von Kreditnehmereinheiten, bei denen alle Kreditfazilitäten von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (beispielsweise dadurch, dass ein Kontroll- oder Beherrschungsverhältnis besteht), konsolidiert in einer Gruppe zusammen.
- Innerhalb des Kreditrisikomanagements haben wir – wo es sinnvoll erscheint – spezialisierte Teams etabliert, die für die Ermittlung interner Bonitätseinstufungen, die Analyse und Genehmigung der Transaktionen, die Überwachung von Portfolios oder die Betreuung von Spezialkreditmanagement-Kunden verantwortlich sind.

Messung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko wird gemessen an der Bonitätseinstufung, dem regulatorischen und internen Kapitalbedarf und den unten genannten wesentlichen Kreditkennzahlen.

Die Bonitätseinstufung ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Genehmigungs- und Kreditprozesses und bildet die Basis für die Ermittlung der Risikotoleranz auf Kreditnehmer- und Portfolioebene, der Kreditentscheidung und des Transaktionspreises wie auch die Ermittlung des regulatorischen Kapitals für das Kreditrisiko. Jeder Kreditnehmer muss dahingehend beurteilt werden und jede Bonitätseinstufung muss mindestens jährlich überprüft werden. Eine fortlaufende Beobachtung der Geschäftspartner bezweckt, dass die Bonitätseinstufungen auf dem neuesten Stand sind. Es darf keine Kreditlimite ohne Bonitätseinstufung geben. Für jede Bonitätseinstufung muss die bestmögliche Bewertungsmethode angewendet werden und die sich ergebende Bonitätseinstufung muss in den maßgeblichen Systemen erfasst sein. Es wurden unterschiedliche Bonitätseinstufungsmethoden eingeführt, um die besonderen Beurteilungsmerkmale von Risikopositionsklassen, einschließlich Zentralregierungen und Zentralbanken, Institutionen, Unternehmen und Privatkunden, widerzuspiegeln.

Geschäftspartner in unseren nichthomogenen Portfolios werden durch unser unabhängiges Kreditrisikomanagement bewertet. Auf das Länderrisiko bezogene Bonitätseinstufungen werden durch ERM Risk Research bereitgestellt.

Unsere Bonitätseinstufungsanalyse basiert auf einer Kombination von qualitativen und quantitativen Einflussfaktoren. Bei der Beurteilung von Kunden wenden wir hausinterne Bewertungsmethoden, Ratingsysteme und unsere 21-stufige Bewertungsskala zur Ermittlung der Bonität unserer Geschäftspartner an.

Alle Veränderungen in Bonitätseinstufungsmethoden und die Neueinführung müssen vor ihrer erstmaligen Verwendung bei Kreditentscheidungen und Kapitalberechnungen beziehungsweise im Fall wesentlicher Änderungen zunächst von dem Regulatory Credit Risk Model Committee (RCRMC) genehmigt werden. Den Vorsitz hat der Leiter des Kreditrisikomanagement und der Leiter der Modellrisikofunktion oder ein Vertreter. Vorschläge mit erheblichen Veränderungen sind dem Vorstand zur Genehmigung vorzustellen. Zusätzlich müssen das Risikokomitee und der Aufsichtsrat regelmäßig über Modellveränderungen, die der Vorstand zur Kenntnis bekommt, informiert werden. Eine aufsichtsrechtliche Genehmigung kann möglicherweise ebenfalls erforderlich sein. Die Validierung der Methoden erfolgt unabhängig von der Modellerstellung durch „Global Model Validation and Governance“. Die Ergebnisse der regelmäßigen Validierungsprozesse nach Maßgabe unternehmensinterner Richtlinien sind dem RCRMF auch dann zu melden, wenn die Validierungsergebnisse keine Änderung bewirken. Zu Beginn jedes Kalenderjahres wird dem RCRMF der Validierungsplan und in jedem Quartal ein Statusbericht vorgestellt.

Bei der Postbank obliegt die Verantwortung für die Implementierung und die Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Bonitätseinstufungssysteme der Postbankabteilung „Risikoanalytik“ und einem Postbank-Validierungsgremium unter Vorsitz des Head of Credit Risk Controlling der Postbank. 2016 wurde eine unabhängige Modellrisiko und Validierungsfunktion zusätzlich zu der Modelentwicklungsabteilung etabliert. Alle Bonitätseinstufungssysteme werden vom Bank Risk Committee, unter Vorsitz des Chief Risk Officers (CRO) der Postbank, genehmigt. Der Postbank-Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Bonitätseinstufungssysteme sowie über die Bonitätseinstufungsergebnisse informiert. Postbank und Deutsche Bank entsenden gegenseitig Mitglieder des Senior Managements in die Komitees, um eine einheitliche Steuerung zu gewährleisten.

Zur Ermittlung der aufsichtlichen Kapitalanforderung für das Kreditrisiko wenden wir sowohl den fortschrittlichen auf internen Bonitätseinstufungen basierender Ansatz (Advanced Internal Rating Based Approach, IRBA), als auch den IRB-Basis Ansatz und den Standardansatz an, gemäß den entsprechenden Genehmigungen durch unsere Bankenaufsicht.

Der fortgeschrittene IRBA stellt den differenziertesten Ansatz innerhalb des aufsichtsrechtlichen Regelwerks für das Kreditrisiko dar, wodurch wir sowohl interne Bonitätseinstufungsverfahren nutzen als auch interne Schätzungen von verschiedenen spezifischen Risikoparametern vornehmen können. Diese Methoden und Parameter sind bereits seit Langem bewährte Schlüsselkomponenten im internen Risikomes- und Risikosteuerungsprozess zur Unterstützung des Kreditgenehmigungsprozesses, zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals und des erwarteten Verlusts und zur internen Überwachung und Berichterstattung von Kreditrisiken. Zu den relevanten Parametern zählen die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, auch „PD“), die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD“), und die Fälligkeit (Maturity, auch „M“), welche das aufsichtsrechtliche Risikogewicht und den Konversionsfaktor (Credit Conversion Factor, auch „CCF“), als Bestandteile des Risikopositionswerts (Exposure at Default, auch „EAD“) beeinflussen. Für unsere Risikopositionen aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften wird der Risikopositionswert im Wesentlichen auf Basis der Internal Model Method („IMM“) im Einklang mit der CRR und der SolvV bestimmt. Für die meisten unserer internen Bonitätseinstufungsverfahren steht uns für die Einschätzung dieser Parameter eine Datenhistorie von mehr als sieben Jahren zur Verfügung. Unsere internen Bonitätseinstufungsverfahren stellen eher zeitpunktbezogene („point-in-time“) als zyklusbezogene („through-the-cycle“) Bonitätseinstufungen bereit.

Wir wenden den IRB-Basis-Ansatz für die Mehrheit unserer für den IRB-Basis-Ansatz geeigneten übrigen Kreditportfolios bei der Postbank an, die im Jahr 2016 nicht dem fortgeschrittenen IRBA neu zugewiesen wurden. Der IRB-Basis-Ansatz steht im aufsichtsrechtlichen Regelwerk für Kreditrisiken zur Verfügung und erlaubt den Instituten die Verwendung ihrer internen Bonitätseinstufungsverfahren bei Berücksichtigung vordefinierter aufsichtsrechtlicher Werte für alle weiteren Risikoparameter. Die auf internen Abschätzungen basierenden Parameter umfassten die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), während die Verlustquote bei Ausfall (LGD) und der Konversionsfaktor (CCF) im aufsichtsrechtlichen Regelwerk definiert sind.

Wir wenden für eine Teilmenge unserer Kreditrisikopositionen den Standardansatz an. Der Standardansatz misst das Kreditrisiko entweder gemäß festgelegten Risikogewichten, die aufsichtsrechtlich definiert sind, oder durch die Anwendung externer Bonitätseinstufungen. In Übereinstimmung mit Artikel 150 CRR ordnen wir bestimmte Risikopositionen dauerhaft dem Standardansatz zu. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Risikopositionen, deren Erfüllung von der Bundesrepublik Deutschland oder anderen öffentlichen Stellen in Deutschland sowie Zentralregierungen anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, soweit sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, geschuldet werden. Diese Risikopositionen machen den Großteil der Risikopositionen im Standardansatz aus und erhalten überwiegend ein Risikogewicht von 0 %. Für interne Zwecke werden sie jedoch im Rahmen einer internen Kreditbewertung angemessen erfasst und in die Prozesse für die Risikosteuerung und das Ökonomische Kapital integriert.

Neben der oben beschriebenen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung für das Kreditrisiko bestimmen wir auch die interne Kapitalanforderung über ein ökonomisches Kapitalmodell.

Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit unserem Rahmenwerk für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % extreme aggregierte unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken. Unser Ökonomisches Kapital für Kreditrisiken wird bestimmt aus der Verlustverteilung eines Portfolios, die mithilfe einer Monte-Carlo-Simulation von korrelierten Bonitätsveränderungen ermittelt wird. Die Verlustverteilung wird in zwei Schritten modelliert. Zunächst werden individuelle Kreditengagements aufgrund von Parametern für Ausfallwahrscheinlichkeit, „Exposure-at-Default“ (Engagementhöhe bei Ausfall) und „Loss-given Default“ (Verlustquote), bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Ausfalls mithilfe ökonomischer Faktoren modelliert, die den geografischen Regionen und Branchen entsprechen. Unter Verwendung eines eigenentwickelten Modells, das Bonitätsveränderungen und Laufzeiteffekte berücksichtigt, wird dann eine Simulation der Portfolioverluste durchgeführt. Effekte durch negativ korrelierte („Wrong-Way“) Derivatrisiken (das heißt, das derivatebezogene Kreditrisikoengagement ist im Ausfall höher als in einem Szenario ohne Ausfall) werden modelliert durch die Anwendung unseres eigenen Alpha-Faktors bei der Ermittlung des „Exposure-at-Default“ für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte gemäß CRR. Erwartete Verluste und Ökonomisches Kapital aus dieser Verlustverteilung werden bis auf Transaktionsebene zugewiesen, um eine Steuerung auf Transaktions-, Kunden- und Geschäftsebene zu ermöglichen.

Neben der Bonitätseinstufungsanalyse sind der Hauptmaßstab im Kreditrisikomanagement, den wir anwenden, um unser Kreditportfolio zu steuern, einschließlich Transaktionsgenehmigungen und Festlegung der Risikotoleranz, interne Limite und Kreditinanspruchnahmen innerhalb dieser Limite. Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Bei der Festlegung der Kreditlimite für einen Geschäftspartner berücksichtigen wir dessen Kreditwürdigkeit unter Zugrundelegung der internen Bonitätseinstufung. Kreditengagements werden sowohl auf Brutto- als auch auf Nettobasis gemessen. Hierbei wird der Nettowert durch Abzug von Kreditsicherungsinstrumenten und bestimmten Sicherheiten von den jeweiligen Bruttowerten ermittelt. Bei Derivaten werden die aktuellen Marktwerte und potenzielle künftige Entwicklungen über die Laufzeit einer Transaktion zugrunde gelegt. Grundsätzlich berücksichtigen wir auch das Risiko-Rendite-Verhältnis der einzelnen Transaktionen und des Portfolios. Die Risiko-Rendite-Kennzahlen beschreiben die Entwicklung der Umsätze mit Geschäftspartnern wie auch die Kapitalbindung. In diesem Zusammenhang betrachten wir auch die Umsätze mit Geschäftspartnern im Verhältnis zur Inanspruchnahme von risikogewichteten Aktiva.

Steuerung und Minderung von Kreditrisiken

Steuerung von Kreditrisiken auf Geschäftspartnerebene

Unsere Kunden im Kreditgeschäft werden grundsätzlich Kreditanalysten nach Kreditbereichen entsprechend der Kundenart (wie Kreditinstitute, Firmenkunden oder Privatpersonen) oder Wirtschaftsregion (zum Beispiel Schwellenländer) und speziellen Teams für interne Bonitätseinstufungsanalysen zugeordnet. Die entsprechenden Kreditanalysten verfügen über die notwendige Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung der Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Kunden und ihren kreditbezogenen Transaktionen. In unserem Privatkundenbereich sind Kreditentscheidung und -überwachung aus Effizienzgründen in erheblichem Maße automatisiert. Das Kreditrisikomanagement überwacht die entsprechenden Prozesse und Systeme, die im Privatkundenkreditbereich hierbei verwendet werden. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. In diesem Zusammenhang stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir versuchen, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind.

Sobald wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen Bedenken bestehen, dass sich die Kreditqualität verschlechtert hat, oder es nicht unwahrscheinlich erscheint, dass sich die Kreditqualität bis zu dem Punkt verschlechtern könnte, so dass eine erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeit gegeben ist, werden die betreffenden Engagements generell auf eine Beobachtungsliste gesetzt. Wir wollen diese Kunden anhand unserer Risikosteuerungsinstrumente frühzeitig identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse daraus zu maximieren. Die Zielsetzung dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größtmögliche Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

Kreditlimite werden vom Kreditrisikomanagement im Rahmen der erteilten Kompetenzen genehmigt. Dies gilt auch für Abwicklungsrisiken. Diese vom Kreditrisikomanagement vorab genehmigten Limite berücksichtigen unsere Risikotoleranz und die erwarteten Volumina und Laufzeiten. Kreditgenehmigungen werden durch Unterzeichnung des Kreditbereichs vom jeweiligen Kreditgenehmigungskompetenzträger dokumentiert und für die Zukunft aufbewahrt.

Eine Kreditgenehmigungskompetenz wird generell als persönliche Kreditgenehmigungskompetenz in Abhängigkeit von fachlicher Qualifikation und Erfahrung vergeben. Alle erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen unterliegen einer regelmäßigen Prüfung auf Angemessenheit mit Blick auf die individuelle Leistung des Kompetenzträgers.

Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz nicht ausreichend ist, um ein notwendiges Kreditlimit zu genehmigen, wird die Transaktion an einen Mitarbeiter mit einer höheren Kreditgenehmigungskompetenz oder, falls notwendig, an ein zuständiges Kreditkomitee weitergeleitet. Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz und die von Komitees nicht ausreichen, um entsprechende Limite zu genehmigen, wird der Fall dem Vorstand vorgelegt.

Kreditrisikominderung auf Geschäftspartnerebene

Wir legen nicht nur die Kreditwürdigkeit der Geschäftspartner und die eigene Risikotoleranz fest, sondern verwenden darüber hinaus verschiedene Risikominderungstechniken, um das Kreditengagement zu optimieren und potenzielle Kreditverluste zu reduzieren. Die Instrumente zur Minderung des Kreditrisikos werden wie folgt eingesetzt:

- Umfassende und rechtlich durchsetzbare Kreditdokumentation mit angemessenen Bedingungen,
- Sicherheiten, um durch zusätzliche mögliche Rückflüsse Verluste zu reduzieren,
- Risikotransfers, mit denen das Verlustpotenzial aus dem Ausfallrisiko eines Schuldners auf eine dritte Partei übertragen wird, einschließlich Absicherungen durch unsere Credit Portfolio Strategies Group,
- Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen, die das Kreditrisiko aus Derivaten sowie Wertpapierpensionsgeschäften reduzieren.

Sicherheiten

Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig die Hereinnahme oder das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem das Ausfallrisiko des Kreditnehmers durch das des Sicherungsgebers ersetzt oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöht werden. Obwohl Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Risikoübernahmestandards im Kreditgeschäft.

Wir unterteilen erhaltene Sicherheiten in die folgenden zwei Kategorien:

- Finanzielle und andere Sicherheiten, die es uns ermöglichen, das ausstehende Engagement vollständig oder in Teilen zurückzuführen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptverpflichtungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören in der Regel Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherungsübereignungen von Forderungen oder Beständen, Sachmittel (zum Beispiel Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.
- Garantiesicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers ergänzen, seine Verpflichtungen gemäß dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die von Dritten bereitgestellt werden. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Akkreditive, Versicherungsverträge, Exportkreditversicherungen, Kreditderivate, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.

Mit unseren Prozessen streben wir an, sicherzustellen, dass die von uns akzeptierten Sicherheiten zum Zwecke der Risikominderung von hoher Qualität sind. Dieses Streben umfasst unser Bemühen, rechtswirksame und rechtlich durchsetzbare Dokumentationen für verwert- und bewertbare Sicherheiten zu erstellen, die regelmäßig von Expertenteams bewertet werden. Die Beurteilung der Eignung von Sicherheiten einschließlich des zu verwendenden Sicherheitenabschlags für eine bestimmte Transaktion ist Teil der Kreditentscheidung und muss in konservativer Weise durchgeführt werden. Wir nutzen Sicherheitenabschläge, die regelmäßig überprüft und genehmigt werden. In diesem Zusammenhang streben wir an, Korrelationsrisiken zu vermeiden, bei denen das Kontrahentenrisiko des Kreditnehmers mit einem erhöhten Risiko für eine Verschlechterung des Sicherheitenwerts einhergeht. Für erhaltene Garantien unterliegt der Prozess für die Analyse des Garantiegebers vergleichbaren Bonitätsprüfungen und Entscheidungsprozessen wie bei einem Kreditnehmer.

Risikotransfers

Risikotransfers an dritte Parteien bilden eine Hauptfunktion unseres Risikosteuerungsprozesses und werden in verschiedenen Formen durchgeführt. Dazu gehören Kompletverkäufe, Absicherung von Einzeladressen und Portfolios sowie Verbriefungen. Risikotransfers werden von den jeweiligen Geschäftsbereichen und durch unsere Credit Portfolio Strategies Group (CPSG) in Übereinstimmung mit speziell genehmigten Vollmachten durchgeführt.

CPSG ist für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und kreditleihebezogene Zusagen des Firmenkunden- und institutionellen Kundenkreditportfolios, des Portfolios strukturierter Finanzierungen sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstandes innerhalb unserer Konzernbereiche GM und CIB verantwortlich.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt CPSG den jeweiligen Geschäftsfeldern der Unternehmensbereiche GM und CIB die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich CPSG auf zwei wesentliche Ziele, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb eines Kreditportfolios sowie
- Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von besicherten Kreditforderungen, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio-Credit Default Swaps.

Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen für Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte

Die Aufrechnung wird bei außerbörslich abgeschlossenen und börsengehandelten Derivaten angewandt. Darüber hinaus wird die Aufrechnung auch bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften angewandt, sofern die vertragliche Vereinbarung, Struktur und Natur der Risikominderung eine Aufrechnung mit dem zugrunde liegenden Kreditrisiko erlauben.

Alle börsengehandelten Derivate werden über eine zentrale Gegenpartei abgerechnet. Diese Gegenpartei steht zwischen beiden Handelsparteien und ist somit Geschäftspartner für beide Seiten. Wenn verfügbar und vereinbart mit unseren Kunden nutzen wir zentrale Gegenparteien auch für unser außerbörslich abgeschlossenes Derivategeschäft. Der Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act fordert verpflichtend eine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei in den Vereinigten Staaten für bestimmte standardisierte außerbörslich abgeschlossene Derivate seit 2013. Zusätzlich wurden von der Commodities and Futures Trading Commission (CFTC) 2016 endgültige Regelungen eingeführt, welche die phasenweise implementierte Abwicklung weiterer Arten von Interest Rate Swaps und Index Credit Default Swaps bis Oktober 2018 fordert. Die Europäische Richtlinie (EU) Nr. 648/2012 über außerbörslich abgeschlossene Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (EMIR) und die durch die Kommission delegierten Richtlinien (EU) 2015/2205, (EU) 2015/592 sowie (EU) 2016/1178 fordern den Handel über zentrale Gegenparteien, für bestimmte Zinsderivate begann diese obligatorische Abrechnung über zentrale Gegenparteien am 21. Juni 2016. Sie wird für bestimmte Index basierte Kreditderivate und weitere Zinsderivate am 9. Februar 2017 beginnen. Artikel 4 (2) EMIR erlaubt eine Ausnahme von Innerkonzern-Geschäften, verbunden mit der Forderung nach Vollkonsolidierung, Etablierung einer angemessenen zentralen Risikobewertung und angemessenen Kontrollprozessen. Die Bank hat sich erfolgreich für diese Ausnahme für die Mehrheit der regulatorischen Tochtergesellschaften beworben. Dies beinhaltet Deutsche Bank Securities Inc. Und Deutsche Bank Luxembourg S.A.. Per 16. Januar 2016 hat die Bank für 71 bilaterale Innerkonzern Beziehung diese Ausnahmegenehmigung erhalten.

Die Regeln für zentrale Gegenparteien fordern eine Abwicklung am selben Tag in derselben Währung und reduzieren dadurch unser Abwicklungsrisiko. Abhängig vom Geschäftsmodell der zentralen Gegenpartei findet diese Abwicklung für alle Derivate oder nur für die Derivate derselben Klasse statt. Viele Vorschriften der zentralen Gegenparteien regeln Beendigung, Schließung oder Aufrechnung aller Transaktionen für den Fall einer Insolvenz der zentralen Gegenpartei. In unserem Risikoanalyse- und Risikobewertungsprozess wenden wir „Close-out Netting“ (Aufrechnung mit vorgezogener Fälligkeit) nur dann an, wenn wir von der Werthaltigkeit und der Durchsetzbarkeit überzeugt sind. Für die relevante zentrale Gegenpartei muss eine „Close-out Netting“-Rückstellung gebildet sein.

Um das Kreditrisiko aus außerbörslich abgeschlossenen Derivategeschäften zu reduzieren, sind wir grundsätzlich bemüht, wenn keine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei erfolgen kann, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association, Inc (ISDA) oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Ein Rahmenvertrag ermöglicht es für das „Close-out Netting“, dann, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfasster Derivategeschäfte so zu verrechnen, dass lediglich eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt. Für bestimmte Teile unseres Derivategeschäfts (wie Devisengeschäfte) schließen wir auch Rahmenverträge ab, unter denen die Zahlungsströme aufgerechnet werden können, was zur Verringerung unseres Abwicklungsrisikos führt. Bei unseren Risikomess- und Risiko-beurteilungsprozessen wenden wir das „Close-out Netting“ nur so weit an, wie wir uns von der rechtlichen Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit des Rahmenvertrags in allen betreffenden Jurisdiktionen überzeugt haben.

Darüber hinaus schließen wir Besicherungsvereinbarungen („Credit Support Annexes“, „CSA“) zu Rahmenverträgen ab, um das derivatebezogene Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Besicherungsanhänge bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen (gewöhnlich täglichen) Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen. Die Besicherungsvereinbarungen erlauben darüber hinaus die Kündigung der zugrunde liegenden Derivategeschäfte, falls der Vertragspartner einer Aufforderung zum Sicherheitennachschuss nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass der Anhang durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch bei der Aufrechnung, in unserer Beurteilung der besicherten Position wider.

Die Regeln der DFA und CFTC inklusive der CFTC Regeln § 23.504 und § 23.158 sowie der EMIR und der Commission Delegated Regulation, insbesondere den Commission Delegated Regulation (EU) 2016/2251 führten die verpflichtende Nutzung der Master Agreements und CSA, die entweder vor oder zeitgleich mit dem Abschluss einer nicht zentral abgewickelten Derivatetransaktion einzugehen sind, ein.

Die US Margin Regeln übernommen von US prudential regulators (the OCC, Federal Reserve, FDIC, Farm Credit Administration and FHFA) und der CFTC fordern das Hinterlegen und Einholen von Einschuß- und Nachschussforderungen (Initial und Variation Margin) für unser Derivategeschäft mit anderen Derivatehändlern, wie auch mit Kunden die a) „finanzielle Endabnehmer“ wie in den US Margin Regeln definiert und b) einen durchschnittlichen täglichen Nominalbetrag von Swaps, security-based Swaps, Devisen-Fowards und Devisenswaps mit Derivateforderungen von mehr als 8 Mrd \$, im Juni, July und August des vorherigen Kalenderjahres haben. Die US Margin Regeln verlangen zusätzlich von uns, dass wir Sicherheitsleistungen (Margin) für unsere Derivategeschäfte mit „finanzielle Endabnehmer“ hinterlegen beziehungsweise erhalten müssen. Die Sicherheitenerfordernisse haben einen Schwellenwert von 50 Mio \$ für Einschußforderungen (Initial Margin) und eine Nullschwelle (zero threshold) für die Nachschußforderung (Variation Margin), mit einem gemeinsamen Minimum Übertragungsbetrag von 500.000 \$. Die US Einschußforderungen sind seit September 2016 zusammen mit weiteren Nachschußpflichtanforderungen von März 2017 gültig. Weitere Anforderungen zu Einschußforderungen (Initial Margin) werden auf jährlicher Basis von September 2017 bis September 2020 eingeführt. Unter EMIR muss CSA eine tägliche Bewertung und tägliche Nachschußforderung (Variation Margin) mit Nullschwelle (zero threshold) und einen maximalen Übertragungsbetrag von 500.000 € beinhalten. Für große Derivate über 8 Mrd € muss eine Einschußforderung (Initial Margin) hinterlegt werden. Die Anforderungen zur Nachschußforderung (Variation Margin) unter EMIR werden vom 1. März 2017 an angewendet. Die Anforderungen für Sicherheitsleistungen werden schrittweise bis 1. September 2020 eingeführt. Entsprechend dem Artikel 11 (5) bis (10) EMIR dürfen entsprechende Aufsichtsbehörden Ausnahmegenehmigungen für konzerninterne Transaktionen erteilen. Während einige der Anforderungen identisch mit den EMIR Ausnahmeregelungen (siehe oben) sind, sind weitere Anforderungen, wie z.B. keine heutigen und zukünftigen Einschränkungen für den sofortigen Übertragungen innerhalb der Gruppe, zu beachten. Die Bank plant die Nutzung dieser Ausnahmeregelung.

In einigen Besicherungsanhängen zu Rahmenverträgen haben wir ratingbezogene Klauseln vereinbart, die vorsehen, dass eine Partei zusätzliche Sicherheiten stellen muss, wenn ihre Bonitätsbewertung herabgestuft wird. Wir schließen auch Rahmenverträge ab, die im Falle der Verschlechterung der Bonitätseinstufung einer Partei das Recht zur Kündigung durch die andere Partei vorsehen. Diese Herabstufungsklauseln in den Besicherungsanhängen und Rahmenverträgen finden üblicherweise auf beide Parteien Anwendung, können aber auch in manchen Fällen nur gegen uns wirken. Wir analysieren und überwachen in unserem Stresstestansatz für Liquiditätsrisiken laufend unsere möglichen Eventualzahlungsverpflichtungen, die aus einer Herabstufung resultieren. Für eine Darstellung der quantitativen Auswirkungen einer Herabstufung unserer Bonitätsbewertung siehe Tabelle „Stresstestergebnisse“ im Kapitel „Liquiditätsrisiko“.

Konzentration bei der Kreditrisikominderung

Bei der Kreditrisikominderung kann es zu Konzentrationen kommen, wenn mehrere Garantiegeber und Anbieter von Kreditderivaten mit ähnlichen ökonomischen Merkmalen an vergleichbaren Aktivitäten beteiligt sind und ihre Fähigkeit zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen durch Änderungen im Wirtschafts- oder Branchenumfeld beeinträchtigt wird. Für die Überwachung der Aktivitäten zur Kreditrisikominderung verwenden wir eine Palette von quantitativen Instrumenten und Messgrößen. Diese beinhaltet auch das Überwachen von potenziellen Risikokonzentrationen innerhalb der gestellten Sicherheiten, welche durch spezifische Stresstests unterstützt werden.

Für weitere qualitative und quantitative Details in Bezug auf die Anwendung von Kreditrisikominderungen und potenziellen Konzentrationen verweisen wir auf den Abschnitt „Maximales Kreditrisiko“.

Steuerung von Kreditrisiken auf Portfolioebene

Auf Portfolioebene können Kreditrisikokonzentrationen dann entstehen, wenn wir wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Kunden mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhalten und diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, da sie in gleicher Weise von Änderungen der wirtschaftlichen oder branchenbezogenen Rahmenbedingungen betroffen sind.

Unser Portfoliomanagement hält geeignete Analysen zur Bestimmung von Konzentrationen bereit, um diese auf ein akzeptables Niveau zu begrenzen.

Steuerung von Branchenrisiken

Für die Steuerung von Branchenrisiken haben wir unsere institutionellen Kunden in verschiedene Branchenteilportfolios klassifiziert. Für jedes dieser Teilportfolios wird in der Regel jährlich ein Branchenportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt Branchenentwicklungen und Risiken für unser Kreditportfolio, überprüft Konzentrationsrisiken und analysiert das Risiko-Rendite-Profil des Portfolios. Zudem enthält er Stresstests hinsichtlich der Reaktion des jeweiligen Teilportfolios bei einem wirtschaftlichen Abschwung. Schlussendlich wird diese Analyse genutzt, um Kreditstrategien bezüglich des jeweiligen Portfolios zu definieren.

Die Branchenportfolioberichte werden dem CRM Portfolio Committee vorgelegt. In Ergänzung zu diesen Berichten wird die Entwicklung der Branchenteilportfolios während des Jahres regelmäßig überwacht und mit den genehmigten Strategien für die Teilportfolios verglichen. Für das CRM Portfolio Committee werden regelmäßig Übersichten erstellt, um die jüngsten Entwicklungen zu besprechen und Maßnahmen einzuleiten, sofern dies erforderlich ist.

Steuerung des Länderrisikos

Die Vermeidung von hohen Konzentrationen auf regionaler Ebene ist ein integraler Bestandteil unseres Kreditrisikomanagementkonzepts. Zu diesem Zweck werden Länderrisikolimits für Schwellenländer sowie ausgewählte Industrieländer (basierend auf internen Bonitätseinstufungen von Länderrisiken) gesetzt. Schwellenländer sind unterteilt in Regionen. Für jede Region sowie die risikoreicheren Industrieländer wird in der Regel jährlich ein Länderportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt wesentliche makroökonomische Entwicklungen und Aussichten, überprüft die Zusammensetzung des Portfolios und Konzentrationsrisiken und analysiert das Risiko-Rendite-Profil des Portfolios. Auf dieser Grundlage werden Limite und Strategien für die Länder und – wenn notwendig – für die Region als Ganzes festgelegt. Länderrisikolimits werden entweder vom Vorstand oder durch unser Enterprise Risk Committee, im Rahmen delegierter Kompetenzen, und beim Vorstand der Postbank für betreffende Portfolios, genehmigt.

In unserem Länderrisiko-Management sind Limite für Kundenexposure im jeweiligen Land gesetzt, um das gesamte länderspezifische Kreditrisiko und das Risiko von politischen Ereignissen zu managen. Diese Limite beinhalten Exposure von lokalen Kunden wie auch Tochtergesellschaften multinationaler Kunden. Separate Limite für Transferrisiken sind gesetzt und werden für grenzüberschreitende Exposure (Kredit- oder Handelsexposure) für Kunden in den oben genannten Ländern angewendet. Darüber hinaus werden Gap-Risiko-Limite gesetzt, um Verluste aus Korrelationsrisiken zu managen.

Über das Kreditrisiko hinaus beinhaltet unser Länderrisikomanagement Marktrisiko in Handelspositionen in Entwicklungsländern und ist auf der Basis von potenziellen Verlusten aus Stresstestergebnissen gesetzt. Darüberhinaus berücksichtigen wir Treasury Risk, das Kapitalpositionen und Risikopositionen von Deutsche Bank-Einheiten in oben genannten Ländern beinhaltet, wenn diese unter Limite aus dem oben genannten Transferrisiken fallen.

Unsere Einstufungen des Länderrisikos sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Analyseteam für Länderrisiko innerhalb der Deutschen Bank (ERM Risk Research) ermittelt und beinhalten:

- **Bonitätseinstufung von Staaten.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung oder seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- **Bonitätseinstufung des Transferrisikos.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Transferrisikoereignis eintritt, das heißt das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte nicht an Nichtgebietsansässige übertragen kann.
- **Bonitätseinstufung des Ereignisrisikos.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Marktrisikofaktoren (Zinsen, Bonitätsaufschlag usw.) eines Landes kommt. Ereignisrisiken werden als Teil unserer Ereignisrisikoszenarien gemessen; für weitere Details siehe Abschnitt „Messung des Marktrisikos“ in diesem Bericht.

Sämtliche Bonitätseinstufungen von Staaten und des Transferrisikos werden mindestens einmal im Quartal vom Enterprise Risk Committee geprüft. Wenn als notwendig erachtet, können häufigere Bewertungen vorgenommen werden.

Produktspezifisches Risikomanagement

Ergänzend zu unserem Kunden-, Branchen- und Länderrisikoansatz fokussieren wir uns auf die produktspezifischen Risikokonzentrationen und setzen gezielt entsprechende Limite, sofern diese für das Risikomanagement benötigt werden. Produktspezifische Limite werden insbesondere festgesetzt, wenn eine Konzentration gleichartiger Transaktionen in einem spezifischen Produkt in bestimmten Fällen zu signifikanten Verlusten führen könnte. So könnten korrelierte Verluste aus Verwerfungen an den Finanzmärkten, signifikante Veränderungen spezifischer produktbeeinflussender Marktparameter, makroökonomische Ausfallszenarien oder andere Faktoren mit Implikationen für bestimmte Kreditprodukte resultieren. Ein Schwerpunkt wird auf Underwriting Caps gelegt. Diese Höchstgrenzen limitieren das aggregierte Risiko aus Transaktionen, bei denen wir Kreditzusagen mit der Intention machen, das Risiko zu verkaufen oder Teile des Risikos an dritte Parteien weiterzugeben. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen. Das Risiko besteht darin, dass wir die Anlagen nicht erfolgreich platzieren können, das heißt, wir müssen das zugrunde liegende Risiko länger als geplant halten. Diese Übernahmeverpflichtungen sind zusätzlich dem Marktrisiko von wachsenden Risikoaufschlägen ausgesetzt. Wir sichern diese Risikoaufschläge im Rahmen von genehmigten Marktrisikolimiten aktiv ab.

Darüber hinaus wenden wir in unserem PWCC-Geschäft produktspezifische Strategien und das Setzen der Risikotoleranz für unser homogenes Portfolio an. Hier sind individuelle Risikoanalysen zweitrangig. Diese Portfolios umfassen unter anderem Baufinanzierungen, Geschäftskunden- und Konsumentenfinanzierung. Für das Wealth Management werden Zielgrößen für globale Konzentrationen sowohl für Produkte als auch auf Basis der Liquidität der zugrunde liegenden Sicherheiten festgelegt.

Steuerung des Marktrisikos

Rahmenwerk für das Marktrisiko

Ein Großteil unserer Geschäftsaktivitäten unterliegt Marktrisiken, definiert als die Möglichkeit der Veränderung der Marktwerte unserer Handels- und Anlagepositionen. Risiken können aus Änderungen bei Zinssätzen, Bonitätsaufschlägen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohwarenpreisen und anderen relevanten Parametern wie Marktvolatilitäten und marktbezogenen Ausfallwahrscheinlichkeiten entstehen.

Eines der Hauptziele des Market Risk Managements (MRM), eines Bereichs unserer unabhängigen Risk-Funktion, ist es, sicherzustellen, dass sich das Risiko unserer Geschäftseinheiten innerhalb des gebilligten Risikoappetits befindet und angemessen ist im Sinne der definierten Strategie. Zur Erreichung dieses Ziels arbeitet Market Risk Management eng mit den Risikonehmern (Geschäftseinheiten) und anderen Kontroll- und Unterstützungsfunktionen zusammen.

Wir unterscheiden grundsätzlich drei unterschiedliche Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten (Trading Market Risk, „TMR“) entsteht in erster Linie durch Marktpflegeaktivitäten im Unternehmensbereich Global Markets. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohstoffen sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das handelsbezogene Ausfallrisiko (Traded Default Risk, „TDR“) resultiert aus Ausfällen sowie Bonitätsveränderungen.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten (Nontrading Market Risk, „NTMR“) resultiert aus Marktbewegungen, in erster Linie außerhalb der Aktivitäten unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und aus außerbilanziellen Positionen. Dieses schließt Zinsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Investitionsrisiken und Fremdwährungsrisiken ein sowie Marktrisiken, die aus unseren Pensionsverpflichtungen, Garantiefonds und aktienbasierten Vergütungen resultieren. Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten beinhaltet auch Risiken aus der Modellierung von Kundendepots sowie Spar- und Kreditprodukten.

Die Steuerungsfunktion des Market Risk Managements wurde aufgesetzt und definiert, um die Überwachung aller Marktrisiken, ein effizientes Entscheidungsmanagement und eine zeitnahe Eskalation an die Geschäftsleitung zu unterstützen.

Das Market Risk Management definiert und implementiert ein Rahmenwerk für die systematische Identifizierung, Beurteilung, Überwachung und Meldung unserer Marktrisiken. Marktrisiko-Manager identifizieren Marktrisiken mittels aktiver Portfolioanalyse und Kooperation mit den Geschäftsbereichen.

Messung des Marktrisikos

Das Market Risk Management hat die Aufgabe, alle Arten von Marktrisiken mittels spezifischer Risikomessgrößen, die den jeweiligen ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen, umfassend zu ermitteln.

Nach Maßgabe der ökonomischen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen messen wir Marktrisiken anhand von mehreren intern entwickelten wesentlichen Risikokennzahlen und aufsichtsrechtlich definierten Marktrisikoaansätzen.

Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Unser wichtigster Mechanismus zur Steuerung des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten ist die Anwendung unseres Rahmenwerks betreffend die Risikotoleranz, von welchem das Limit-Rahmenwerk eine Schlüsselkomponente ist. Unterstützt durch das Market Risk Management legt unser Vorstand für die Marktrisiken im Handelsbuch konzernweite Limite für Value-at-Risk, für das Ökonomische Kapital sowie für Portfoliostresstests fest. Das Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche und einzelne Geschäftssparten auf. Grundlage hierfür sind vorge-sehene Geschäftspläne und die Risikoneigung.

Des Weiteren gibt es innerhalb von Market Risk Management mit den Geschäftsbereichen abgestimmte Führungspersonen, um geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, festzulegen, indem sie das Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen aufteilen.

Value-at-Risk- und Limite für das Ökonomische Kapital sowie Portfolio-Stresstests werden für die Steuerung aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtportfolioebene verwendet. Als zusätzliches und ergänzendes Instrument führt das Market Risk Management zur Steuerung bestimmter Portfolios und Risikoarten zusätzlich Risikoanalysen und geschäftsbe-reichsspezifische Stresstests durch. Limite werden darüber hinaus für Sensitivitäten und Konzentrations-/Liquiditäts- risiken sowie Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und für Ereignisrisiko-Szenarien festgelegt.

Die Geschäftssparten sind verantwortlich für das Einhalten der Limite, die für die Überwachung von Engagements und die entsprechende Berichterstattung maßgeblich sind. Die vom Market Risk Management festgesetzten Marktrisiko- limite werden auf täglicher, wöchentlicher und monatlicher Basis überwacht.

Intern entwickelte Modelle

Value-at-Risk (VaR)

VaR ist ein quantitatives Maß für das Risiko eines potenziellen (Wert-)Verlusts bei einer zum beizulegenden Zeitwert zu bewertenden Position aufgrund von Marktschwankungen, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und auf einem bestimmten Konfidenzniveau mit einer definierten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für das Handelsgeschäft wird anhand unseres internen Modells ermittelt. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, ein Vorgängerinstitut der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser internes Modell zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs für allgemeine und spezifische Marktri- siken genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig weiterentwickelt und die Genehmigung ist weiterhin gültig.

Wir berechnen den VaR mit einem Konfidenzniveau von 99 % und für eine Haltedauer von einem Tag. Damit gehen wir von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Marktwertverlust aus unseren Handelspositionen mindes- tens so hoch sein wird wie der berichtete VaR-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke, welche die Berechnung unserer Kapitalanforderungen und risikogewichteten Aktiva beinhalten, beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Zur Bestimmung des VaR verwenden wir historische Marktdaten eines Jahres als Eingangsgröße. Ein Monte-Carlo- Simulationsverfahren wird bei der Berechnung angewandt. Es basiert auf der Annahme, dass Änderungen der Risiko- faktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung oder einer nicht normalen Verteilung (t- Verteilung, asymmetrische t-Verteilung, asymmetrische Normalverteilung). Zur Berechnung des aggregierten VaR benutzen wir innerhalb desselben Einjahreszeitraums beobachtete Korrelationen der Risikofaktoren.

Unser VaR-Modell ist so konzipiert, dass ein umfassendes Spektrum an Risikofaktoren in allen Vermögensklassen berücksichtigt wird. Die wichtigsten Risikofaktoren sind Swap-/Staatstitel-Kurven, index- und emittentenspezifische Kreditkurven, Finanzierungsmargen, Preise für einzelne Aktienpositionen und Indizes, Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie die impliziten Volatilitäten. Eine vollständige Risikoabsicherung erfordert darüber hinaus, dass Risikofaktoren zweiter Ordnung, zum Beispiel der CDS-Index im Vergleich mit einzelnen Basisfaktoren, die Geldmarktbasis, implizite Dividenden, optionsbereinigte Spreads und Leihsätze von Edelmetallen, bei der Ermittlung des VaR berücksichtigt werden.

Für jede Geschäftseinheit wird ein spezifischer VaR für jede Risikoart, zum Beispiel Zinsrisiko, Credit-Spread-Risiko, Aktienkursrisiko, Fremdwährungsrisiko und Rohwarenpreisrisiko, errechnet. Dafür werden für jede Risikoart Sensitivitäten abgeleitet und anschließend die Änderungen der entsprechenden Risiko-Einflussfaktoren simuliert. Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte VaR an einem bestimmten Tag geringer sein wird als die Summe des VaR der einzelnen Risikoarten. Eine einfache Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoarten zur Erlangung eines aggregierten VaR würde die Annahme unterstellen, dass die Verluste in allen Risikoarten gleichzeitig eintreten.

Das Modell trägt sowohl linearen als auch – insbesondere bei Derivaten – nichtlinearen Effekten durch die Kombination von sensitivitätsbasierten und Neubewertungsansätzen mithilfe von Rastern Rechnung.

Durch den VaR-Ansatz können wir ein konstantes, einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und -produkte anwenden. Dies ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und Verrechnung von Positionen in einem Portfolio. Damit können Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögensklassen berücksichtigt werden. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch mit unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei VaR-Schätzungen sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- Historische Marktdaten sind unter Umständen keine guten Indikatoren für potenzielle künftige Ereignisse, insbesondere für solche von extremer Natur. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im VaR zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie beispielsweise im Jahr 2008), aber auch zu einer Überbewertung.
- Die angenommene Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren könnten sich insbesondere bei extremen Marktereignissen als falsch erweisen. Eine Haltedauer von einem Tag führt bei Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der VaR gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Risiko innerhalb eines Tages (Intra-Day-Risk) wird im VaR zum Tagesende nicht erfasst.
- Handelsbücher können Risiken enthalten, die das Value-at-Risk-Modell nicht oder nicht vollständig erfasst.

Wir entwickeln unsere internen Risikomodelle ständig weiter und stellen umfangreiche Ressourcen zu ihrer Überprüfung und Verbesserung bereit. Weiterhin haben wir den Prozess zur systematischen Erfassung und Evaluierung von Risiken, die derzeit nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfasst werden, fortlaufend weiterentwickelt und verbessert. Eine Analyse der Materialität dieser Risiken wird durchgeführt, um diejenigen Risiken mit der höchsten Materialität für die Berücksichtigung in unseren internen Modellen zu priorisieren. Nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfassten Risiken werden regelmäßig mithilfe unseres RNIV Rahmenwerks überwacht und bewertet.

Stress-Value-at-Risk

Der Stress-Value-at-Risk berechnet die Stress-Value-at-Risk-Kennzahl auf Basis eines einjährigen Zeitraums ununterbrochenen signifikanten Marktstresses. Wir berechnen eine Stress-Value-at-Risk-Kennzahl mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage. Unsere Berechnung des Stress-Value-at-Risk und des Value-at-Risk erfolgt anhand der selben Systeme, Handelsinformationen und Prozesse. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die in einer Periode mit signifikantem Stress ermittelten historischen Daten und beobachteten Korrelationen (welche sich durch hohe Volatilitäten auszeichnen) als Grundlage für das Monte-Carlo-Simulationsverfahren genutzt werden.

Der Auswahlprozess zur Selektion für das Zeitfenster der Stress-Value-at-Risk-Berechnung basiert auf der Identifizierung eines Zeitfensters, das durch hohe Volatilität und extreme Schwankungen der wichtigsten Value-at-Risk-Treiber charakterisiert ist. Das hierdurch identifizierte Zeitfenster wird bestätigt, indem das SVaR auf Konzernebene mit benachbarten Zeitfenstern verglichen wird.

Inkrementeller Risikoaufschlag

Der Inkrementelle Risikoaufschlag deckt die Ausfall- und Migrationsrisiken für mit Kreditrisiken belegenen Positionen im Handelsbuch ab. Er wird angewandt für Kreditprodukte über einen einjährigen Anlagehorizont bei einem Konfidenzniveau von 99,9 % unter Annahme konstanter Positionen. Wir nutzen ein Monte Carlo-Simulationsverfahren für die Berechnung des Inkrementellen Risikoaufschlags als 99,9 %-Quantil der Portfolioverlustverteilung und für die Zuordnung des anteiligen Inkrementellen Risikoaufschlags für Einzelpositionen.

Das Modell berücksichtigt die Ausfall- und Migrationsrisiken aller Portfolios mithilfe einer präzisen und konsistenten quantitativen Methode. Wesentliche Parameter für die Berechnung des Inkrementellen Risikoaufschlags sind Risikopositionswerte, Rückflussquoten Restlaufzeiten, Bonitätseinstufungen mit dazugehörigen Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten sowie Parameter für die Emittentenkorrelationen.

Umfassender Risikoansatz

Der Umfassende Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“) erfasst das inkrementelle Risiko für das Firmen-Korrelationshandelsportfolio durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das qualitativen Mindestanforderungen und Anforderungen in Bezug auf Stresstests unterliegt. Der Umfassende Risikoansatz für das Korrelationshandelsportfolio basiert auf unseren eigenen internen Modellen.

Wir ermitteln den Umfassenden Risikoansatz auf Basis eines Monte-Carlo-Simulationsverfahrens mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr. Unser Modell wird auf berücksichtigungsfähige Positionen im Korrelationshandel angewandt, die in der Regel aus verbrieften Unternehmenskrediten, nth-to-default-CDS und häufig gehandelten Index- sowie Einzelnamen-CDS bestehen.

Handelsgeschäfte, auf die der Umfassende Risikoansatz angewandt wird, müssen bestimmte Mindeststandards für Liquidität erfüllen. Das Modell berücksichtigt Portfoliokonzentrationen und nichtlineare Effekte mittels eines vollständigen Neubewertungsansatzes.

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem unteren Schwellenwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem standardisierten Verbriefungsrahmenwerk. Seit dem ersten Quartal 2016 beinhalten die Berechnungen der risikogewichteten Aktiva des Umfassenden Risikoansatzes zwei regulatorisch vorgeschriebene Aufschläge, welche (a) das Stressen der impliziten Korrelationen für n-th-to-default CDS und (b) Stresstestverluste über den Betrag des internen Modells hinaus abdecken.

Marktrisiko-Standardansatz

Das Market Risk Management überwacht die Risikopositionen und ermittelt Risikothemen und Konzentrationen für bestimmte Positionen unter dem spezifischen Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“). Wir verwenden den MRSA, um die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko für Verbriefungspositionen im Handelsbuch zu bestimmen, welche außerhalb des Anwendungsbereichs des regulatorischen Korrelationshandelsportfolios liegen.

Wir verwenden den MRSA auch zur Bestimmung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderung für das Langlebkeitsrisiko, wie in den Regularien der CRR/CRD 4 geregelt. Das Langlebkeitsrisiko ist das Risiko einer gegenläufigen Veränderung der Lebenserwartung, die zu einem Wertverlust von auf Langlebigkeit basierenden Verträgen und Transaktionen führt. Für Zwecke des Risikomanagements werden bei der Überwachung und Steuerung des Langlebkeitsrisikos auch Stresstests sowie eine Zuweisung des Ökonomischen Kapitals eingesetzt. Des Weiteren erfordern bestimmte Investmentfonds eine Kapitalbelastung nach Maßgabe des MRSA. Zum Zweck des Risikomanagements werden diese Positionen auch in unser Rahmenwerk zum internen Berichtswesen eingebunden.

Marktrisiko-Stresstesting

Stresstesting ist ein wichtiges Verfahren in der Risikosteuerung, mit dem die potenziellen Auswirkungen extremer Marktereignisse und extremer Veränderungen auf einzelne Risikofaktoren beurteilt werden. Es gehört zu den wichtigsten Messinstrumenten zur Einschätzung des Marktrisikos unserer Positionen und ergänzt den VaR sowie das Ökonomische Kapital. Um die unterschiedlichen Risiken zu erfassen, führt das Market Risk Management unterschiedliche Arten von Stresstests durch – Portfoliostresstests, individuelle Stresstests auf Geschäftsbereichsebene, Event Risk-Szenarien – und trägt auch zu konzernweiten Stresstests bei.

Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Unser Modell für die Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten – auf dem Ökonomischen Kapital basierender skaliertes Stress-Value-at-Risk („SVaR“) – umfasst zwei Kernkomponenten: die Komponente der allgemeinen Risiken („Common-Risk-Komponente“), die alle Risikotreiber bereichsübergreifend erfasst, und die Komponente des „geschäftsspezifischen Risikos“, welche die Common Risk-Komponente um eine Reihe von geschäftsspezifischen Stresstests (Business Specific Stress Tests, „BSSTs“) ergänzt. Beide Komponenten werden anhand schwerer, in der Vergangenheit beobachteter Marktschocks kalibriert. Die Berechnung der Common-Risk-Komponente erfolgt mittels einer skalierten Version des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks für den Stress-VaR, während die BSSTs eher spezifische produkt-/geschäftbezogene Risiken (z.B. komplexe Basisrisiken) sowie Risiken höherer Ordnung, die nicht in der Common-Risk-Komponente abgebildet sind, erfassen sollen.

Ökonomischer Kapitalbedarf für das Ausfallrisiko aus Handelspositionen

Das Ausfallrisiko aus Handelspositionen erfasst die relevanten vom Kreditrisiko betroffenen Positionen unserer Handels- und Bankbücher. Handelsbuchpositionen werden mit Hilfe von Kontrollschwellen für einzeladressenbezogene Konzentrationen und Portfolios anhand der Bonitätseinstufung, des Volumens und der Liquidität von Market Risk Management überwacht. Die Kontrollschwellen für Risiken aus einzeladressenbezogenen Konzentrationen werden für zwei Kennziffern gesetzt: der Verlust bei Kreditausfall (Default Exposure), das heißt die Auswirkungen auf die GuV eines unmittelbaren Kreditausfalls bei aktueller Erlösquote, und das Anleihenäquivalent zum Zeitwert, also die offene Position bei einem Kreditausfall mit einer Erlösquote von null Prozent. Um die Effekte aus Diversifikation und Konzentration zu berücksichtigen, führen wir eine kombinierte Berechnung des Ökonomischen Kapitals für das Ausfallrisiko aus Handelspositionen und das Kreditrisiko durch. Wesentliche Parameter für die Berechnung des Ausfallrisikos aus Handelspositionen sind Risikopositionswerte, Rückflüsse und Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie Laufzeiten. Die Wahrscheinlichkeit von gleichzeitigen Bonitätsverschlechterungen und Ausfällen wird durch die Korrelation von Ausfällen und Bonitätseinstufungen im Portfoliomodell ermittelt. Diese Korrelationen ergeben sich aus systematischen Faktoren, die Länder, Regionen und Branchen darstellen.

Berichterstattung über Marktrisiken aus Handelsaktivitäten

Die Market-Risk-Management-Berichterstattung sorgt für Transparenz der Risikoprofile und unterstützt das Erkennen der wichtigsten Marktrisiko-Einflussfaktoren auf sämtlichen Organisationsebenen. Der Vorstand und die Senior Governance Committees erhalten regelmäßige und, je nach Erfordernis, Ad-hoc-Berichte über Marktrisiken, das aufsichtsrechtliche Kapital und Stresstests. Die Senior Risk Committees werden in unterschiedlichen Abständen, unter anderem wöchentlich und monatlich, über Risiken informiert.

Darüber hinaus erstellt das Market Risk Management täglich und wöchentlich spezifische Berichte über Marktrisiken und meldet jeden Tag Limitüberschreitungen in den einzelnen Vermögensklassen.

Vorsichtige Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva

Gemäß Artikel 34 CRR müssen Institute die Vorschriften in Artikel 105 CRR zur vorsichtigen Bewertung auf all ihre zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva anwenden und den Betrag erforderlicher zusätzlicher Bewertungsanpassungen vom harten Kernkapital (CET 1) abziehen.

Wir haben den Betrag der zusätzlichen Bewertungsanpassungen auf Basis der Methode bestimmt, die in der Delegierten Verordnung (EU) 2016/101 niedergelegt ist.

Zum 31. Dezember 2016 betrug der Betrag zusätzlicher Bewertungsanpassungen 1,4 Mrd €.

Basierend auf Artikel 159 CRR darf der Gesamtbetrag aus allgemeinen und spezifischen Kreditrisikoanpassungen und zusätzlichen Bewertungsanpassungen für Engagements, die in den Anwendungsbereich des IRB-Ansatzes fallen und in die Berechnung des erwarteten Verlustbetrags eingehen, vom gesamten erwarteten Verlustbetrag für diese Engagements abgezogen werden. Ein verbleibender positiver Differenzbetrag muss gemäß Artikel 36 (1) Buchstabe d vom harten Kernkapital abgezogen werden.

Zum 31. Dezember 2016 reduzierte sich der erwartete Verlustbetrag durch Subtraktion der zusätzlichen Bewertungsanpassungen um 0,5 Mrd €, was die negative Auswirkung der zusätzlichen Bewertungsanpassungen auf unser hartes Kernkapital zu einem Teil verminderte.

Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten

Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten stammt vor allem aus Aktivitäten außerhalb unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und von bestimmten außerbilanziellen Positionen. Zu den signifikanten Marktrisikofaktoren, denen die Bank ausgesetzt ist und die von Risikomanagementteams in diesem Bereich überwacht werden, gehören:

- Zinsrisiken (einschließlich Risiken aus eingebetteten Optionen und Verhaltensmustern bei bestimmten Produktarten), Credit-Spread-Risiken, Währungsrisiken, Aktienrisiken (einschließlich Investitionen in Aktienmärkten und Private Equity sowie in Immobilien, Infrastruktur und Fondsvermögen);
- Marktrisiken aus außerbilanziellen Positionen wie Pensionsplänen und Garantien sowie strukturelle Währungsrisiken und Risiken aus aktienbasierten Vergütungen.

Zinsrisiken im Anlagebuch

Zinsrisiko im Anlagebuch ist das momentane und zukünftige Risiko von Änderungen der Zinsstrukturkurven, bezogen auf das Kapital und auf die Erträge der Bank. Dies beinhaltet das Zinsanpassungsrisiko (Gapisiko), welches aus Unterschieden in der Laufzeit und der Zinsanpassung von Anlagebuchpositionen entsteht, das Basisrisiko, welches aus relativen Veränderungen produktspezifischer Bewertungskurven resultiert, sowie das Optionsrisiko aus gehandelten Optionen so wie aus eingebetteten Optionselementen in bilanziellen und außerbilanziellen Positionen.

Die Bank misst den Einfluss des Zinsänderungsrisikos hinsichtlich der Änderung auf den wirtschaftlichen Wert als auch auf die Erträge der Bank. Unser Bereich Group Treasury hat das Mandat, das Zinsrisiko im Anlagebuch zentral für die Bank zu steuern. Das Marktrisikomanagement agiert dabei als unabhängige Aufsichtsfunktion.

Die Bank verfügt über Risikominderungstechniken, die dazu dienen, das wertorientierte Zinsrisiko von nicht handelsbezogenen Positionen weitestgehend abzusichern. Der überwiegende Teil unserer Zinsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde, mit Ausnahme einiger Gesellschaften und Portfolios, durch interne Absicherungsgeschäfte auf das Treasury Pool Management übertragen. Die Position von Treasury Pool Management wird auf der Basis von Value-at-Risk Limiten als Teil des Anlagebuchs gesteuert, wobei Treasury das transferierte Nettorisiko mit dem Global Markets Handelsbuch absichert. Das Zinsrisiko von Global Markets wird auf Value-at-Risk-Basis im Handelsbuch gesteuert und spiegelt sich entsprechend in den Handelsportfolio-Zahlen wider. Die Behandlung des Zinsrisikos in unseren Handelsportfolios und die Anwendung des Value-at-Risk-Modells werden im Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“ erläutert.

Die wichtigsten Ausnahmen von den obigen Ausführungen gibt es für die Postbank und einige PW&CC Einheiten. Diese Einheiten steuern das Zinsrisiko separat über ein dediziertes Aktiv-Passiv-Management. Darüber hinaus hält die Gruppe durch die Treasury verwaltete ausgewählte Zinsrisikopositionen, überwiegend zur Reduzierung der Ertragsvolatilität.

Die Messung und Berichterstattung in Bezug auf das wertorientierte Zinsrisiko erfolgt täglich. Ertragsrisiken werden monatlich überwacht.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderung des Barwertes der Anlagebuchpositionen bei Verschiebungen der Zinsstrukturkurven. Die Veränderung des Barwertes im Falle der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven um minus 200 und plus 200 Basispunkte (mit einer Zinsuntergrenze von 0 %) beläuft sich auf insgesamt minus 0,4 Mrd € und minus 0,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016.

Barwertiges Zinsrisiko im Bankbuch für einzelne Währungen

in Mrd €	31.12.2016	
	-200 bp ¹	+200 bp
EUR	-0,5	-0,1
GBP	0	-0,1
USD	0,2	-0,2
JPY	0	0
Sonstige	0	0
Gesamt	-0,4	-0,3

¹ nach unten hin auf null begrenzt

Ein plötzlicher paralleler Anstieg der Zinsstrukturkurven würde das Nettozinsergebnis aus den Anlagebuchpositionen positiv beeinflussen. Die Veränderung des Nettozinsergebnisses über einen Zeitraum von einem Jahr berechnen wir zum 31. Dezember 2016 im Falle der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven um minus 200 und plus 200 Basispunkte (mit einer Zinsuntergrenze von 0 %) auf insgesamt minus 0,6 Mrd € und €2,1 Mrd €.

Die Geschäftsbereiche PW&CC und CIB enthalten Risiken in Bezug auf das Kundenverhalten bei Einlagen, Spar- und Kreditprodukten. Dabei ist eine wesentliche Komponente die Fristentransformation der vertraglich kurzfristigen Einlagen. Die effektive Laufzeit der vertraglich kurzfristigen Einlagen basiert auf beobachtbarem Kundenverhalten, der Elastizität der Marktzinssätze für Einlagen (DRE) und der Volatilität der Einlagenhöhe. Des Weiteren werden Annahmen über vorzeitige Darlehensrückzahlungen getroffen. Dabei verwendete Parameter beruhen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, statistischen Analysen und Expertenschätzungen. Wenn sich die zukünftige Entwicklung von Einlagen, Zinssätzen oder des Kundenverhaltens wesentlich von den getroffenen Annahmen unterscheidet, kann dies Einfluss auf das Zinsrisiko in unserem Anlagebuch haben.

Credit-Spread-Risiken im Anlagebuch

Die Deutsche Bank ist Credit-Spread-Risiken aus im Anlagebuch gehaltenen Wertpapieren ausgesetzt. Diese Risikokategorie ist eng verbunden mit den Zinsrisiken im Anlagebuch, da die dort beschriebenen Basisrisiken relative Veränderungen in der Bewertung von Finanzinstrumenten mit unterschiedlichen Zinsstrukturkurven beschreiben. Innerhalb der nicht handelsbezogenen Marktrisiken wird die Basis zwischen einer produktspezifischen Anleihenrenditekurve und der risikolosen Zinsstrukturkurve unter der Kategorie Credit-Spread-Risiken abgebildet.

Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken entstehen aus Aktiv-Passiv-Positionen in unseren Nichthandelsportfolios, die auf eine andere als die Verkehrswährung der jeweiligen Gesellschaft lauten. Die meisten dieser Fremdwährungsrisiken werden über interne Absicherungsgeschäfte auf Handelsbücher im Bereich Global Markets übertragen und daher über die Value-at-Risk-Positionen in den Handelsbüchern ausgewiesen sowie gesteuert. Die verbleibenden, nicht übertragenen Währungsrisiken werden in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, so dass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. In wenigen Ausnahmefällen wird abweichend von dem obigen Ansatz das im Zusammenhang mit dem Handelsportfolio beschriebene allgemeine Market-Risk-Management-Kontroll- und Berichterstattungsverfahren angewandt.

Der überwiegende Teil der Fremdwährungsrisiken aus Nichthandelsgeschäften steht im Zusammenhang mit nicht abgesicherten strukturellen Währungsrisiken insbesondere bei unseren US-amerikanischen, britischen und chinesischen Gesellschaften. Strukturelle Fremdwährungsrisiken resultieren aus lokalen Kapitalbeständen (einschließlich Gewinnrücklagen) bei unseren konsolidierten Tochtergesellschaften und Niederlassungen sowie aus Investitionen, die auf Equity-Basis bilanziert wurden. Änderungen der Devisenkurse für die zugrunde liegenden Verkehrswährungen führen zu einer Neubewertung des Kapitals sowie der Gewinnrücklagen und werden in „Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung“ als Währungsumrechnungsanpassungen ausgewiesen.

Vordringliches Ziel bei der Steuerung unserer strukturellen Währungsrisiken ist die Stabilisierung der Kapitalquoten auf Konzernebene gegenüber den Auswirkungen von Devisenkursschwankungen. Aus diesem Grunde werden einzelne strukturelle Währungspositionen mit beträchtlichen risikogewichteten Aktiva in den jeweiligen Währungen nicht abgesichert, um Schwankungen der Kapitalquote für betreffende Gesellschaften und den Konzern insgesamt zu vermeiden.

Investitionsrisiken

Bei den investitionsbezogenen Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten handelt es sich vor allem um anteilskapitalbasierte Risiken im Anlagebuch aus unseren nicht konsolidierten strategischen Beteiligungen und Alternative-Asset-Portfolios.

Strategische Investitionen beziehen sich in der Regel auf Akquisitionen zur Unterstützung der Geschäftsorganisation und haben einen mittleren bis langen Anlagehorizont. Alternative Vermögenswerte umfassen Principal Investments und andere nicht strategische Investitionen. Bei Principal Investments handelt es sich um Direktinvestitionen in Private Equity (einschließlich Leveraged-Buy-out- und Equity-Bridge-Finanzierungszusagen), Immobiliengeschäfte (einschließlich Mezzanine Debt) und Venture-Capital-Verpflichtungen, die durchgeführt wurden, um eine Wertsteigerung zu erzielen. Darüber hinaus soll mit erfolgreichen Principal Investments in Hedgefonds und Investmentfonds eine Erfahrungshistorie aufgebaut werden für den Verkauf an externe Kunden. Zu den sonstigen nicht-strategischen Beteiligungen gehören Vermögenswerte, die bei der Abwicklung notleidender Positionen oder anderer nichtstrategischer „Legacy Investment Assets“ in Private Equity und im Immobilienbereich zurückgewonnen werden.

Pensionsrisiken

Wir sind bei einer Reihe spezifischer leistungsorientierter Pensionspläne für frühere und aktuelle Mitarbeiter Marktrisiken ausgesetzt. Durch Investitionen und fortlaufende Planbeiträge wird sichergestellt, dass die geplanten Pensionszahlungen nach Maßgabe der Pensionspläne durchgeführt werden können. Marktrisiken entstehen infolge eines potenziellen Rückgangs des Marktwerts der Aktiva oder einer Zunahme der Passiva der jeweiligen Pensionspläne. Das Market Risk Management überwacht und meldet alle Marktrisiken sowohl in Bezug auf die Aktiv- als auch die Passivseite unserer leistungsorientierten Pensionspläne einschließlich Zinsrisiken, Inflationsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Aktien- und Langlebighkeitsrisiken. Nähere Angaben zu unseren Verpflichtungen aus der betrieblichen Altersvorsorge enthält die Anhangangabe 36 „Leistungen an Arbeitnehmer“.

Sonstige Risiken

Neben den obigen Risiken ist das Market Risk Management für die Kontrolle und Steuerung von Marktrisiken aus der Steuerung von Kapital- und Liquiditätsrisiken in unserem Treasury-Bereich zuständig. Neben dem Verfahren zur strukturellen Absicherung von Fremdwährungsrisiken bei Kapitalbeständen gehört dazu auch die Absicherung von Marktrisiken aus unseren aktienbasierten Vergütungsplänen.

Marktrisiken entstehen im Rahmen unserer Vermögensverwaltungsaktivitäten in Deutsche AM vor allem bei Fonds oder Konten mit Kapitalgarantie, aber auch aus Co-Investments in unsere Fonds.

Messung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisiken wird entweder durch Anwendung der Standardmethode (Stress-Value-at-Risk basiertes Ökonomisches Kapitalmodell) ermittelt oder mithilfe von für einzelne Risikoklassen spezifischen Stresstestverfahren, die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens bei Produkten mit Verhaltensorptionalität berücksichtigen.

Operationelles Risiko-Management

Rahmenwerk des operationellen Risikos

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen sowie Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das operationelle Risiko umfasst keine Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Group Operational Risk Management („Group ORM“) hat die Verantwortung über das Design, die Implementierung und die Aufrechterhaltung des Operational Risk Management Rahmenwerks („ORMF“) einschließlich zugehöriger Kontrollen. Group ORM zeichnet auch verantwortlich für eine risikübergreifende Bewertung von Risiken und für deren Aggregation, um einen ganzheitlichen Blick auf das nicht-finanzielle Risikoprofil der Bank einschließlich Mitigierungsplänen zu erhalten. Das Ziel von Mitigierungsaktivitäten ist stets, unseren Risikoappetit nicht zu überschreiten.

Wir treffen bewusste Entscheidungen zum aktiven Management operationeller Risiken, sowohl strategisch als auch innerhalb der täglichen Geschäftsabläufe. Die folgenden vier Grundsätze liegen dem operationellen Risikomanagement bei der Deutschen Bank zugrunde:

Operationelles Risiko Grundsatz I: Die Risikoeigner tragen die volle Verantwortung für ihre operationellen Risiken und steuern sie im Rahmen eines festgelegten risikospezifischen Appetits. Unter Risikoeignern versteht man definitionsgemäß: Die erste Verteidigungslinie (GM, CIB, Deutsche AM, PW&CC, NCOU und die erste Verteidigungslinie der Infrastrukturfunktionen) für ihre gesamten operationellen Risiken, sowie die Kontrollbereiche der zweiten Verteidigungslinie (Infrastrukturfunktionen) für Risiken, die in ihren Kontrollprozessen entstehen.

Die Risikoeigner sind verantwortlich für das Management aller operationellen Risiken innerhalb ihres Geschäftsbereichs beziehungsweise ihrer Prozesse mit Blick auf den End-to-End-Prozess. Sie verantworten innerhalb eines festgelegten risikospezifischen Appetits für operationelle Risiken die Identifikation, Schaffung und Aufrechterhaltung ihrer (z.B. Level 1) Kontrollen. Zusätzlich überwachen sie die Minderung festgestellter und bewerteter Risiken innerhalb des spezifischen Risikoappetits durch Korrekturmaßnahmen, Versicherung oder durch Einstellung/Einschränkung von Geschäftstätigkeiten.

Divisional Control Officers („DCOs“) und gleichartige Funktionsträger in Infrastrukturfunktionen unterstützen die Risikoeigner. Sie stellen sicher, dass das ORMF im Geschäftsbereich oder in der Infrastrukturfunktion eingebettet ist. DCOs beurteilen die Wirksamkeit von Level 1 Kontrollen, überwachen das Gesamtrisikoprofil und stellen damit sicher, dass geeignete Kontroll-/Korrekturmaßnahmen verfügbar sind. Zudem ist durch die DCO sicherzustellen, dass geeignete Steuerungs-Foren zur Überwachung des operationellen Risikoprofils verfügbar sind und dass sie in den Entscheidungsfindungsprozess in der jeweiligen Division eingebunden sind.

Operationelles Risiko Grundsatz II: Die Risikotyp-Kontrollinstanzen sind unabhängige Kontrollfunktionen der zweiten Verteidigungslinie, die spezifische Risikotypen aus der Operationellen Risikotyp Taxonomie kontrollieren.

Die Risikotyp-Kontrollinstanzen verantworten die Schaffung eines wirksamen Risikomanagement-Rahmenwerks für den jeweiligen Risikotyp. Für diesen Risikotyp definieren sie die Risikotaxonomie, Mindestkontrollstandards und setzen den spezifischen Risikoappetit. Risikotyp-Kontrollinstanzen hinterfragen, bewerten und erstellen die entsprechende Risikoberichterstattung und führen Level 2 Kontrollen ergänzend zu den Level 1 Kontrollen durch. Außerdem etablieren sie eine unabhängige Steuerung von operationellen Risiken und bereiten aggregiertes Reporting für das Komitee für Nicht-Finanzielle Risiken („NFRC“) des Konzerns vor.

Operationelles Risiko Grundsatz III: Das Group Operational Risk Management („Group ORM“) erstellt und unterhält das Group Operational Risk Management Rahmenwerk („ORMF“). Group ORM entwickelt und unterhält die unabhängige Überwachung und Pflege des ORMF des Konzerns, mit Festlegung der Funktionen und Verantwortlichkeiten für den Prozess zur Identifizierung, Bewertung, Minderung, Überwachung, Meldung und Eskalation operationeller Risiken. Group ORM verantwortet zudem die Pflege der operationellen Risikotyp- und Kontrolltaxonomien und stellt eine vollumfängliche Abdeckung durch die Kontrollfunktionen der zweiten Verteidigungslinie entlang des konzernweiten Taxonomiestandards sicher. Darüber hinaus überwacht Group ORM die Ausführung und Ergebnisse des „Risk and Control Assessment“-Verfahrens der Bank und stellt die reguläre Infrastruktur zur Verfügung.

Group ORM hinterfragt das operationelle Risikoprofil des Konzerns und ermöglicht unabhängige Risikobetrachtungen zur Erleichterung der zukunftsorientierten Steuerung operationeller Risiken. Darüber hinaus prüft und bewertet Group ORM unabhängig wesentliche Risiken und wichtige Kontrollen auf Bereichs- und Infrastrukturebene in der gesamten Bank. Um risikomindernde Maßnahmen zu identifizieren und Prioritäten zu definieren, überwacht Group ORM das operationelle Risikoprofil des Konzerns und erstellt eine entsprechende Berichterstattung im Vergleich zum Risikoappetit des Konzerns. Group ORM etabliert Berichts- und Eskalationsverfahren an den Vorstand für Ergebnisse der Risikobewertung und festgestellter signifikanter Kontrolllücken, während gleichzeitig Group Audit (dritte Verteidigungslinie) über signifikante Kontrolllücken in Kenntnis gesetzt wird.

Operationelles Risiko Grundsatz IV: Die Tätigkeiten von Group Operational Risk Management („Group ORM“) zielen darauf ab, dass ausreichend Kapital zur Unterlegung des operationellen Risikos zur Verfügung steht. Group ORM ist verantwortlich für Entwurf, Implementierung und Aufrechterhaltung eines geeigneten Ansatzes, um die ausreichende Eigenkapitalausstattung für das operationelle Risiko festzulegen und dem Vorstand zur Genehmigung vorzustellen. Group ORM verantwortet hierbei die Berechnung und Zuweisung des Kapitalbedarfs für operationelle Risiken und für die Expected Loss Planung innerhalb des Advanced Measurement Approach (AMA). Group ORM unterstützt jährliche Kapitalplanungsprozesse und monatliche Prüfungsprozesse in Bezug auf operationelles Risiko.

Organisations- und Kontrollstruktur

Das Operational Risk Management ist Teil des Bereichs Risk des Konzerns, dem der Chief Risk Officer vorsitzt. Der Chief Risk Officer ernennt den Leiter des Group Operational Risk Managements.

Der Leiter des Group Operational Risk Management ist verantwortlich für Entwurf, Implementierung und Aufrechterhaltung eines effektiven und effizienten Rahmenwerks für operationelle Risiken, inklusive des Kapitalmodells für operationelle Risiken.

Das Komitee für nichtfinanzielle Risiken (Non-Financial Risk Committee, „NFRC“) wird über den Ko-Vorsitz des Chief Risk Officer und des Chief Regulatory Officer geleitet. Aufgabe des NFRC ist es, im Namen des Vorstands die Überwachung, Steuerung und Koordinierung operationeller Risiken im Konzern zu gewährleisten und eine risikübergreifende und ganzheitliche Sicht der wesentlichen operationellen Risiken des Konzerns zu etablieren. Zu den Entscheidungs- und Weisungsbefugnissen des NFRC zählen die Prüfung, Beratung und das Management sämtlicher Fragen zum operationellen Risiko unserer Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen, die das Risikoprofil der Bank beeinflussen könnten.

Der Leiter von Group Operational Risk Management ist insgesamt verantwortlich für die Erstellung und Aufrechterhaltung des ORMF, welches die Einhaltung aller rechtlichen und regulatorischen Vorgaben einschließt. Er ist der Eigner des konzernweiten Kapitalmodells für operationelle Risiken und überwacht die aktuelle Entwicklung, ebenso wie den Kapitalberechnungsprozess. Als Modell-Eigner steuert er relevante Modellrisiken und etabliert angemessene Kontrollen. Der Modell-Eigner genehmigt, innerhalb seiner vom Chief Risk Officer gesetzten Autorität, quantitative und qualitative Änderungen, die Einfluss auf das regulatorische und ökonomische Risikokapital der Bank haben.

Während die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen für die tägliche Steuerung operationeller Risiken zuständig sind, überwacht Group ORM die operationellen Risiken sowie die Risikokonzentrationen im Konzern und unterstützt eine konsistente Anwendung des ORMF innerhalb des Konzerns.

Im Jahr 2016 verfeinerten wir das Konzept der Drei Verteidigungslinien („Three Lines of Defence“) weiter und setzten es in der Bank um. Der Fokus lag hierbei auch weiterhin auf der umfassenden Übernahme von Eigenverantwortung durch die Geschäftsbereichsleiter für die Risiken, die innerhalb ihrer Geschäfts- und Infrastrukturbereiche entstehen sowie auf den von ihnen einzurichtenden Kontrollen und der Einführung von Minimumkontrollstandards, mit denen die Risikotyp-Kontrollinstanzen ihr Mandat weiterentwickeln können.

Management unserer operationeller Risiken

Wir managen das operationelle Risiko durch Anwendung des Group Operational Risk Management Rahmenwerks („ORMF“), welches es uns ermöglicht, unser Risikoprofil im Vergleich zum Risikoappetit der Bank zu ermitteln, systematisch operationellen Risiken und Risikokonzentrationen zu identifizieren und risikomindernde Massnahmen zu definieren und priorisieren.

Wir wenden zahlreiche Verfahren an, um das breite Spektrum der in der Definition für operationelle Risiken aufgeführten Risikotypen abzudecken. Diese dienen dem Ziel der effizienten Steuerung des operationellen Risikos unserer Geschäftstätigkeit und werden zur Identifizierung, Beurteilung und Minderung operationeller Risiken genutzt:

- Die kontinuierliche Erfassung von Verlustereignissen aus operationellen Risiken ist die Voraussetzung für die Steuerung operationeller Risiken einschließlich detaillierter Risikoanalysen, der Definition risikomindernder Maßnahmen und zeitnahe Information an das Senior Management. In unserem „db-IncidentReporting System“ („dbIRS“) erfassen wir sämtliche Verluste aus operationellen Risikoereignissen über 10.000 €
- Der Lessons-Learned-Prozess ist verpflichtend bei Ereignissen und Beinaheverlusten ab 500.000 € anzuwenden und schließt folgende, jedoch nicht allein hierauf beschränkte, Prozessschritte ein:
 - systematische Risikoanalysen einschließlich einer Beschreibung des Geschäftsumfelds, in dem das Ereignis entstanden ist, sowie vorangegangener Ereignisse, Beinaheverluste und mit dem Ereignis verbundene Risikoindikatoren,
 - Ursachenanalysen,
 - Überprüfung von Kontrollverbesserungen und anderer Handlungen zur Vermeidung oder Minderung möglicher Wiederholungen und
 - Beurteilung der verbleibenden Risikopositionen.

Sämtliche Korrekturmaßnahmen werden erfasst und deren Implementierung monatlich an das Senior Management berichtet

- Szenarioanalysen: Wir vervollständigen unser Risikoprofil indem wir eine Sammlung an Szenarien bestehend aus relevanten externen Ereignissen sowie zusätzlich internen Szenarien zusammenstellen. Wir berücksichtigen systematisch öffentlich bereitgestellte Informationen über externe Verlustereignisse in der Bankenbranche, um zu verhindern, dass vergleichbare Vorfälle bei uns vorkommen, zum Beispiel durch gesonderte tiefgreifende Analysen oder durch Überprüfung des Risikoprofils.
- Neu auftretende Risiken: Wir bewerten und genehmigen die Auswirkungen, die Änderungen auf unser Risikoprofil haben. Sie sind das Ergebnis von neuen Produkten, Outsourcing-Aktivitäten, strategischen Initiativen, Akquisitionen und Veräußerungen sowie materiellen System- und Prozessveränderungen. Neu identifizierte operationelle Risiken werden mit dem Risikoappetit des jeweiligen Risikotyps verglichen und danach entweder mitigiert oder akzeptiert. Risiken, welche nationale oder internationale Richtlinien oder Gesetzgebungen brechen, können nicht akzeptiert werden; solche Risiken müssen direkt nach Ihrer Identifikation beseitigt werden.
- Read-Across Analyse: Wir streben eine kontinuierliche Verbesserung des Prozesses zur Bewertung identifizierter Sachverhalte an, um festzustellen, ob diese einen breiter gefassten, bereichs- und standortübergreifenden Ansatz erfordern. Wesentliche Feststellungen eines Bereichs werden geprüft, um ihre Relevanz für andere Bereiche der Bank zu bewerten. Wir implementieren eine Business Intelligence Software, die eine Vielzahl von Datenquellen nutzt, um Risikocluster innerhalb der Bank zu identifizieren. Wir zielen darauf ab, unsere vorausschauenden Analysen, unsere Clustermöglichkeiten und die zeitnahe Identifizierung von Risikokonzentrationen mit der Nutzung dieser Software zu verbessern.
- Risikominderung: Wir überwachen die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung, die mithilfe der Instrumente zur Steuerung operationeller Risiken eingeführt worden sind. Operationelle Restrisiken, die als „signifikant“ oder höher eingestuft sind, welche die risikotragende Division nicht weiter mindert, sind formell durch den Risikoeigner zu akzeptieren. Diese Entscheidungen werden durch die relevanten Kontrollfunktionen der zweiten Verteidigungslinie und Group ORM überwacht und geprüft. Das Komitee für nichtfinanzielle Risiken hat ein Veto-Recht zur Entscheidung der Division.

- In unseren Top-Risiko-Analysen berücksichtigen wir die Ergebnisse der vorgenannten Aktivitäten. Die Top-Risiko-Analysen sind eine wesentliche Grundlage für den jährlichen Strategie- und Planungsprozess für das Management operationeller Risiken. Ziel ist die Identifizierung der wesentlichsten Risiken der Bank hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit und Schwere von operationellen Risiken.
- Mit Risikoindikatoren überwachen wir das operationelle Risikoprofil sowie das Geschäftsumfeld und veranlassen risikomindernde Maßnahmen. Sie ermöglichen die vorausschauende Steuerung operationeller Risiken durch entsprechende Frühwarnsignale.
- In unserem Selbstbewertungsprozess („Self-Assessment“), den wir nach einem Bottom-up-Ansatz durchführen, werden Bereiche mit hohem Risikopotenzial ermittelt und Maßnahmen zur Risikominderung festgelegt. Wir halten regelmäßig Risiko-Workshops zur Bewertung von spezifischen Risiken für Länder und lokalen Rechtseinheiten, in denen wir vertreten sind, sowie der Einleitung entsprechender Maßnahmen zur Risikominderung, ab. Wir befinden uns in der Ablösung des existierenden Selbstbewertungsprozesses durch einen verbesserten Risk and Control Assessment Prozess („R&CA“), der durch ein konzernweit verfügbares Softwaretool unterstützt wird. Während des Geschäftsjahres 2016 haben Geschäfts- und Infrastrukturbereiche Risiko- und Kontrollbewertungen durchgeführt, so dass eine über 90 prozentige Abdeckung der operationellen Risiken erreicht wurde. Wir werden die 100 prozentige Vervollständigung der offenen Bewertungen bis zum Ende des ersten Quartals 2017 erreichen.

Zusätzliche Verfahren, Methoden und Techniken werden in Ergänzung des globalen Rahmenwerks für operationelle Risiken durch die für einzelnen Risikotypen die verantwortlichen Risikotyp-Kontrollinstanzen angewandt. Diese beeinhalteten unter anderem:

- Das Compliance-Risiko wird definiert als das aktuelle oder potenzielle Risiko für Erträge und Kapital infolge von Verstößen gegen Gesetze, Regelungen, Vorschriften, Vereinbarungen, vorgeschriebene Praktiken oder ethische Standards beziehungsweise infolge von deren Nichteinhaltung. Dadurch kann es zu Geldstrafen, Schäden und/oder der Annullierung von Verträgen sowie zur Schädigung des Rufs eines Unternehmens kommen. Das Compliance-Risiko wird durch den Infrastrukturbereich Compliance (unterstützt durch die Geschäfts- und weitere Infrastrukturbereiche der Bank) gesteuert. Hierbei greifen Maßnahmen der Identifizierung und Beachtung wesentlicher Regelungen und Vorschriften, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens der Bank führen könnte. Compliance bietet Beratung für andere Bereiche an und verantwortet die Einführung und Überwachung effizienter Verfahren zur Umsetzung anwendbarer, wesentlicher Regelungen und Vorschriften sowie des erforderlichen Kontrollrahmenwerks. Die Ergebnisse daraus werden regelmäßig an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.
- Risiken aus Finanzkriminalität werden innerhalb des Bereichs Anti-Financial Crime („AFC“) über ein spezielles Programm gesteuert, das sich auf regulatorische und aufsichtsrechtliche Anforderungen stützt. AFC hat Rollen und Verantwortlichkeiten definiert und dezidierte Funktionen zur Identifikation und Steuerung von Risiken aus Finanzkriminalität aus Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Nichteinhaltung von Sanktionen und Embargos sowie anderen kriminellen Finanzaktivitäten wie Betrug, Korruption und andere Delikte etabliert. Der Bereich AFC stellt eine kontinuierliche Verbesserung seiner Strategie zur Finanzkriminalitätsprävention durch regelmäßige Anpassung der relevanten internen Richtlinien und Prozesse sicher, erstellt bankspezifische Risikoanalysen und verantwortet entsprechende Mitarbeiterschulungen.
- Die Rechtsabteilung befasst sich, mit Unterstützung durch die „Legal Risk Management („LRM“)-Funktion, mit der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken der Bank. Im Auftrag der Rechtsabteilung unternimmt die LRM-Funktion zahlreiche Maßnahmen, um Rechtsrisiken proaktiv zu identifizieren und zu steuern. Dazu zählt die Überwachung der Teilnahme der Rechtsabteilung am Risiko- und Kontrollbewertungsprozess der Bank in Bezug auf die rechtlichen Risikotypen für die die Rechtsabteilung die Risikokontrollfunktion ist, das Vereinbaren und die Teilnahme an Portfolioüberprüfungen und Risikominderungspläne, die Aufsicht über den „Legal-Lessons-Learned“ Prozess, sowie die Durchführung von Qualitätssicherungskontrollen bezüglich der Prozesse in der Rechtsabteilung, die die Robustheit des rechtlichen Kontrollrahmenwerks prüft und Maßnahmen zur Stärkung von Kontrollen identifiziert.

- Information and Resilience Risk Management („IRRM“) ist Risikotyp-Kontrollinstanz für mehrere Risiken unserer Operationellen Risikotyp Taxonomie. Das Mandat beinhaltet Kontrollen zu Infrastrukturrisiken, um System- oder Prozessausfälle zu vermeiden und Informationssicherheit zu gewährleisten. Weitere Kontrollen stellen auch sicher, dass die Geschäftsbereiche robuste Pläne vorhalten, wie kritische Geschäftsprozesse und –funktionen im Fall einer Störung aus technisch oder baulich bedingten Ereignissen oder Hackerangriffen beziehungsweise Naturkatastrophen wieder-hergestellt werden. IRRM steuert durch ein umfassendes Vendor Risk Management Rahmenwerk auch die Risiken, die der Bank durch Auslagerungsaktivitäten entstehen.
- Modellrisiken werden als materielles Risiko der Bank eingestuft und durch eine dezidierte Kontrollinstanz der zweiten Verteidigungslinie gesteuert. Weitere Details sind im separaten Kapitel „Model Risk Management“ dieses Reports aufgeführt.

Messung unseres operationellen Risikos

Wir berechnen und messen den aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Kapitalbedarf für operationelle Risiken mittels des „Advanced Measurement Approach (AMA)“-Ansatzes. Unsere Kapitalberechnung nach dem AMA-Modell basiert auf dem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach, „LDA“). Das Risikoprofil (die Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe) ermitteln wir, indem wir auf Bruttoverluste aus historischen internen und externen Verlustdaten (letztere aus dem „ORX“-Konsortium der Operational Riskdata eXchange Association) zurückgreifen, zusätzliche externe Szenarien aus einer öffentlichen Datenbank (IBM OpData) hinzufügen und diese durch interne Szenariodaten (gemäß einer Verteilung nach Verlustfrequenz und -schwere) ergänzen. Unser LDA geht konservativ vor, indem Verluste, die über mehrere Jahre auftreten können, als ein Verlustereignis gezeigt werden.

Innerhalb des LDA-Modells werden die Verteilungen von Verlusthäufigkeit und -höhe in einer Monte-Carlo-Simulation zusammengeführt, um zu ermitteln, welche potenziellen Verluste über einen Zeithorizont von einem Jahr entstehen könnten. Schließlich werden für jeden in der Monte-Carlo-Simulation generierten Verlust die risikomindernden Effekte von Versicherungen angerechnet. Unter Berücksichtigung von Korrelations- und Diversifikationseffekten wird – unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen – eine Verteilung der Nettoverluste auf Konzernebene ermittelt, die die erwarteten und unerwarteten Verluste abdeckt. Anschließend wird das Kapital den Geschäftsbereichen zugeordnet und sowohl eine qualitative Anpassung („QA“) als auch der Abzug erwarteter Verluste („EL“) vorgenommen.

Der aufsichtsrechtliche Kapitalbedarf wird aus dem 99,9 %-Quantil abgeleitet. Das ökonomische Kapital ist auf ein 99,98 %-Quantil festgesetzt, um innerhalb eines Jahres auftretende, sehr schwere unerwartete Verluste abzudecken. Der aufsichtsrechtliche und ökonomische Kapitalbedarf werden jeweils für einen Zeithorizont von einem Jahr berechnet.

Der regulatorische und ökonomische Kapitalbedarf wird vierteljährlich berechnet. Group ORM zielt darauf ab, angemessene Entwicklungs-, Validierungs- und Veränderungssteuerungen für die Kapitalbedarf Quantifizierung bereitzustellen. Die Validierung findet hierbei im Einklang mit dem Modell-Risikoprozess der Deutschen Bank statt und wird durch eine unabhängige Validierungsfunktion durchgeführt.

Entwicklung der Kapitalanforderungen für das Operationelle Risiko

In 2016 waren unsere operationellen Risikoverluste vorwiegend durch Verluste aus zivilrechtlichen Prozessen und Durchsetzungsmaßnahmen von regulatorischen Vorgaben bestimmt, die den Großteil unserer operationellen Risiken ausmachen. Da diese Verluste einen Anteil von 90 % der operationellen Risikoverluste einnehmen, ist der überwiegende Teil des regulatorischen und ökonomischen Kapitalbedarfs für operationelle Risiken dadurch bedingt. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf die Anhangangabe 30 „Rückstellungen“. Unsere nicht auf Rechtsstreitigkeiten beruhenden operationellen Risikoverluste waren geringer als in 2015.

Unser operationelles Risikomanagement unterstützt die zukunftsorientierte Steuerung unseres Risikos durch die Überwachung der potenziellen Gewinn- und Verlustsituation auf Basis von regulären Überprüfungen von Rechtsrisiken, Trendanalysen zu eingetretenen Verlusten und Risikoindikatoren.

Dies kommt insbesondere im Management und in der Messung unserer Rechtsrisiken zur Geltung. Wir nutzen hierzu sowohl interne als auch externe Datenquellen, um Entwicklungen spezifisch für die Bank wie auch für die Finanzindustrie im Allgemeinen beurteilen zu können. Die Messung unserer Rechtsrisiken bildet den mehrjährigen Charakter von lang laufenden Gerichtsprozessen zudem durch Berücksichtigung der zunehmenden Informationssicherheit in den unterschiedlichen Phasen von Rechtsstreitigkeiten ab.

Wir messen operationelle Risiken inklusive Rechtsrisiken, indem wir den maximalen Verlustbetrag bestimmen, der unter Annahme einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Dieser maximale Verlustbetrag beinhaltet eine Komponente, die aufgrund der IFRS Bestimmungen in unserem Finanzbericht ausgewiesen ist, sowie eine Komponente, die als regulatorischer und ökonomischer Kapitalbedarf ausgedrückt wird und nicht als Rückstellungen in unserem Finanzbericht dargestellt wird.

- Die Verluste aus Rechtsrisiken, welche die Bank mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50 % erwartet, sind in unserem Finanzbericht beschrieben. Diese Verluste beinhalten Veränderungen von Rückstellungen auf neue oder existierende Verluste, soweit diese für einen bestimmten Zeitraum wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf die Anhangangabe 30 „Rückstellungen“ in diesem Bericht.
- Unspezifische Verluste aus Rechtsrisiken, die nicht als Rückstellungen in unserem Finanzbericht ausgewiesen werden, da diese nicht den IAS 37 Bestimmungen unterliegen, werden als „regulatorischer und ökonomischer Kapitalbedarf“ angegeben.

Um die Verluste aus Rechtsstreitigkeiten in unserem AMA-Modell zu quantifizieren, berücksichtigen wir historische Verluste, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und „Legal Forecasts“. Legal Forecasts sind üblicherweise Spannen möglicher Verlusthöhen aus laufenden Verfahren, die nicht als wahrscheinlich, aber denkbar eingestuft werden. Denkbare Verluste aus Rechtsstreitigkeiten können aus anhängigen und auch künftigen Verfahren resultieren, welche auf Bewertungen unserer Rechtsexperten basieren und mindestens jedes Quartal überprüft werden.

Wir berücksichtigen die Legal Forecasts in unserem „Relevant Loss Data“-Bestand, welches in das AMA-Modell eingeht. Hierbei sind die Legal Forecasts nicht auf den Jahreshorizont der Kapitalberechnung beschränkt, sondern werden unter der konservativen Annahme einer frühen Beilegung voll angerechnet, womit ihr mehrjähriger Charakter berücksichtigt wird. Diese Berücksichtigung der Legal Forecasts im AMA-Modell erfolgt bereits seit 2014 als Teil einer proaktiven Einführung unserer vorgestellten Modellverbesserung, für die wir im August 2016 die Genehmigung unserer Europäischen Aufsichtsbehörde, der EZB, erhalten haben.

Steuerung des Liquiditätsrisikos

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, das aus unserem potenziellen Unvermögen entsteht, alle Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen, oder unseren Zahlungsverpflichtungen nur zu überhöhten Kosten nachkommen zu können. Das Ziel des Rahmenwerks zur Steuerung des Liquiditätsrisikos des Konzerns ist es sicherzustellen, dass der Konzern seine Zahlungsverpflichtungen zu jedem Zeitpunkt erfüllen kann, und die Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken im Rahmen ihres Risikoappetits zu steuern. Das Rahmenwerk betrachtet relevante und wichtige Einflussfaktoren des Liquiditätsrisikos, egal ob sie bilanziell oder außerbilanziell auftreten.

Rahmenwerk für das Liquiditätsrisikomanagement

Im Einklang mit der Überprüfung der Aufsicht der Europäischen Zentralbank und des Bewertungsrahmenwerkes (ECB's Supervisory Review and Evaluation Process „SREP“) hat die Deutsche Bank einen individuellen adäquaten Liquiditäts-, Bewertungs-Prozess (ILAAP) durchgeführt, welcher überprüft und vom Vorstand genehmigt wurde. ILAAP stellt eine umfangreiche Dokumentation des Rahmenwerks zur Steuerung des Liquiditätsrisikos des Konzerns dar und beinhaltet die Identifizierung der Hauptliquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, denen der Konzern ausgesetzt ist, beschreibt wie diese Risiken identifiziert, beobachtet und gemessen werden und beschreibt die Techniken und Mittel, die benutzt werden, um diese Risiken zu steuern und ihnen entgegen zu wirken.

Der Vorstand legt die Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie der Bank fest, genauso wie der Risikoappetit, basierend auf Empfehlungen des Group Risk Committee (GRC). Der Vorstand überprüft und genehmigt mindestens einmal jährlich die konzernweiten Limite zur Messung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sowie den langfristigen Refinanzierungs- und Emissionsplan der Bank.

Unsere Treasury-Funktion ist für die Steuerung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken der Deutschen Bank weltweit verantwortlich. Liquidity Risk Control ist eine unabhängige Kontrollfunktion, verantwortlich für die regelmäßige Überprüfung des Liquiditätsrahmenwerks, die Unterbreitung des Risikoappetits an das GRC und die Validierung der Liquiditätsrisikomodelle, die von Treasury entwickelt wurden, um das Liquiditätsrisikoprofil des Konzerns zu messen und zu steuern.

Unsere Treasury Funktion steuert Liquidität und Refinanzierung, in Übereinstimmung mit dem vom Vorstand genehmigten Risikoappetit entlang einer Fülle von relevanten Maßen und implementiert eine Vielzahl von Werkzeugen um diese zu beobachten und Übereinstimmung zu erzielen. Zusätzlich arbeitet Treasury eng mit Liquidity Risk Control („LRC“) und den Geschäftsbereichen zusammen um die zugrundeliegenden Liquiditätsmerkmale der Geschäftsbereichportfolios zu analysieren und zu verstehen. Die Parteien sind in regelmäßigem Austausch, um die Veränderungen in der Liquiditätsposition der Bank zu verstehen, die von Geschäftsaktivitäten oder Marktveränderungen kommen. Fest zugeordnete Geschäftsbereichsziele sollen sicherstellen, dass der Konzern seine Liquiditäts- und Refinanzierungsappetit zu jeder Zeit sicherstellt.

Der Vorstand wird über die Entwicklung bezüglich dieser Risikoappetitmaße im Rahmen einer wöchentlichen Liquidity-, Scorecard informiert. Als Teil des jährlichen Planungsprozesses projizieren wir die Entwicklung unserer Hauptliquiditäts- und Refinanzierungsmaße basierend auf dem zugrundeliegenden Geschäftsplan um sicherzustellen, dass unser Plan im Einklang ist mit unserem Risikoappetit.

Kapitalmarktmissionen

Die Deutsche Bank hat ein breites Spektrum an Refinanzierungsquellen, inklusive Einlagen von Privat- und institutionellen Kunden, unbesicherter und besicherter Refinanzierung über Wholesale-Refinanzierung und Emissionen in die Kapitalmärkte. Kapitalmarktmissionen, welche unbesicherte Anleihen, besicherte Anleihen und ebenfalls Kapitalinstrumente umfassen, sind eine wichtige Quelle der langfristigen Refinanzierung für die Bank und werden direkt von unserer Treasury-Einheit gesteuert. Mindestens einmal pro Jahr übermittelt Treasury einen jährlichen langfristigen Refinanzierungsplan an das GRC als Empfehlung und dann an den Vorstand zur Genehmigung. Dieser Plan wird von globalem und lokalem Refinanzierungsbedarf beeinflusst und basiert auf erwartetem Neugeschäftsvolumen der Geschäftsbereiche. Unser Kapitalmarktportfolio wird dynamisch durch unseren jährlichen Refinanzierungsplan gesteuert, um zu hohe Fälligkeitskonzentrationen zu vermeiden.

Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesale-Markt

Die Deutsche Bank überwacht alle Zahlungsströme von Wholesale-Refinanzierungsquellen auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von zwölf Monaten. Als Refinanzierung aus dem Wholesale-Markt betrachten wir zu diesem Zweck unsere unbesicherten Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unsere Treasury Pool Management Abteilung erbracht wurden, sowie unsere besicherten Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unsere Markets-Geschäftsbereiche erbracht wurden. Derartige Verbindlichkeiten kommen vorrangig von Unternehmen, Banken und anderen Finanzinstituten, Regierungen und Staaten.

Der Konzern hat eine Vielzahl von vom Vorstand genehmigten Limiten eingeführt um die Abhängigkeit der Bank von Wholesale Gegenparteien zu beschränken, die historisch gesehen am anfälligsten bei Markt-Stress waren. Die Wholesale-Refinanzierungslimite wurden gegen unsere monatlichen Stresstestresultate kalibriert um sicherzustellen, dass der Konzern unter unserem schwierigsten Szenario liquide bleibt, auch wenn die Limite voll ausgenutzt sind.

Die Limite für eine Refinanzierung über den Wholesale-Markt werden täglich überwacht und auf den globalen kombinierten Währungsbetrag über alle Wholesale-Refinanzierungs Währungen überwacht, auf besicherte und unbesicherte und mit speziellen Laufzeiten Limiten, die die ersten acht Wochen darstellen. Unsere Liquiditätsreserven stellen das Hauptmittel gegen einen potenziellen Stressfall im kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungsmarkt dar.

Die Tabellen ab Seite 218 zeigen die vertraglichen Fälligkeiten unserer kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungen sowie unserer Kapitalmarktmissionen.

Liquiditätsstresstests und Szenarioanalysen

Globale Liquiditäts-Stresstests und Szenarioanalysen sind eines unserer Hauptwerkzeuge, um Liquiditätsrisiken zu messen und die globale kurzfristige Liquiditätsposition innerhalb des Liquiditätsrahmenwerkes zu bewerten. Diese vervollständigen den operationellen intraday Liquiditätsmanagementprozess und die langfristige Liquiditätsstrategie, dargestellt durch die Liquiditätsablaufbilanz.

Das globale Liquiditätsstresstesting wird von Treasury, in Übereinstimmung mit der vom Vorstand genehmigten Risikotoleranz, als Teil des Liquiditätsrahmenwerkes gesteuert. Treasury ist verantwortlich für die generelle Methode, inklusive der Definition der Stressszenarien, die Wahl der Liquiditätsrisikotreiber und die Festlegung der angemessenen Annahmen (Parametern) um Eingabedaten in Modelergebnisse zu überführen. Liquidity Risk Control ist für die unabhängige Validierung der Liquiditätsrisikomodelle verantwortlich. Treasury Reporting & Analysis (LTRA) ist sowohl verantwortlich um diese Methoden in Übereinstimmung mit Treasury und IT zu implementieren, als auch für die Stresstestberechnung.

Wir nutzen Stresstests und Szenarioanalysen, um den Einfluss von unerwarteten und schwerwiegenden Stressevents auf unsere Liquiditätsposition zu untersuchen. Die Szenarien, die wir benutzen, basieren auf historischen Ereignissen, wie der Finanzmarktkrise 2008.

Die Deutsche Bank hat fünf Szenarien gewählt, um die gestresste Netto-Liquiditätsposition (stressed Net Liquidity Position "sNLP") zu berechnen. Diese Szenarien beinhalten die historische Erfahrung der Deutsche Bank während Perioden von institutsspezifischem und/oder marktweitem Stress und werden als plausibel und genügend hart betrachtet um einen materiellen Einfluss auf die Liquiditätsposition des Konzerns zu haben. Eine globale Finanzmarkt-krise zum Beispiel ist unter einem bestimmten Stressszenario abgedeckt (systemisches Marktrisiko), das die potentiellen Konsequenzen, die beobachtet wurden, zum Beispiel während der letzten Finanzmarktkrise im Jahr 2008, modelliert. Zusätzlich haben wir regionale Marktstressszenarien eingeführt. Unter jedem dieser Szenarien nehmen wir an, dass ein großer Teil unserer Kredite an nicht-Wholesale Kunden verlängert wird, um unsere Geschäftsbereiche zu unterstützen und dass Wholesale-Refinanzierung, von den risikosensitivsten Gegenparteien (inklusive Banken und Geldmarktfonds) komplett vertraglich ausläuft in einer aktuellen Stressphase.

Zusätzlich haben wir potenzielle Refinanzierungs-Anforderungen von abhängigen Liquiditätsrisiken, die passieren können, inklusive Kreditfazilitäten, erhöhter Sicherheitenanforderungen unter Derivateverträgen und Abflüssen von Einlagen mit einem vertraglichen Rating-Trigger, hinzugefügt.

Dann modellieren wir Tätigkeiten, die wir ergreifen würden, um die Abflüsse auszugleichen. Ausgleiche beinhalten unsere Liquiditätsreserven und Vermögenswertliquidität aus anderen nicht belasteten Vermögenswerten.

Stresstests werden auf globaler Ebene und auf individueller Ebene für bestimmte juristische Einheiten durchgeführt. Neben dem globalen Stress Test führen wir Stress Tests für unsere materiellen Währungen (EUR, USD und GBP) durch. Wir überprüfen wesentliche Stresstestannahmen regelmäßig und haben den Schweregrad einiger Stressannahmen im Laufe des Jahres 2016 erhöht.

Liquiditäts-Stresstests werden über einen Zeitraum von acht Wochen gemacht, welchen wir als am kritischsten betrachten in einer Liquiditätskrise, und wir wenden die relevanten Stresstestannahmen zu Risikofaktoren von bilanziellen und außerbilanziellen Produkten auf täglicher Basis an. Über den acht Wochen Zeitraum hinaus analysieren wir den Einfluss einer längeren Stressperiode auf zwölf Monate. Dieser Stresstest wird täglich ausgeführt und auf monatlicher Basis betrachtet er zusätzliche Bilanzinformation.

Unser interner Risikoappetit während 2016 zielt darauf ab, einen positiven Liquiditätsüberschuss von 5 Mrd € innerhalb des Acht- Wochen-Stresszeitraums in allen Szenarien in unserem währungsaggregierten Stresstest zu erhalten. Dieser angestrebte Minimalüberschuss wurde auf 10 Mrd € Risikoappetit vom Januar 2017 an erhöht.

Auf Seite 221 findet man die Ergebnisse unserer internen Stresstests unter den verschiedenen Szenarien.

Mindestliquiditätsquote

Zusätzlich zur Durchführung des internen Stresstestings hat der Konzern eine vom Vorstand genehmigte Risikotoleranz seine Mindestliquiditätsquote (LCR). Finalisiert vom Baseler Ausschuss im Januar 2013, soll die LCR die kurzfristige Widerstandsfähigkeit eines Liquiditätsrisikoprofils einer Bank über einen Zeitraum von 30 Tagen in Stressszenarien unterstützen. Die Quote ist definiert als der Betrag des Volumens liquider Vermögenswerte mit hoher Bonität (High Quality Liquid Assets-HQLA), die zur Beschaffung von Liquidität genutzt werden könnten, verglichen mit dem Gesamtvolumen der Nettomittelabflüsse, die aus tatsächlichen und Eventualrisiken in einem gestressten Szenario resultieren.

Diese Anforderung wurde im Rahmen der delegierten Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission im Oktober 2014 in europäisches Recht umgesetzt. Die Übereinstimmung mit der LCR muss in Europa ab dem 1. Oktober 2015 erfolgen. Die Mindestliquiditätsquote ist vorbehaltlich einer Einführungsphase von 70 % am 1. Januar 2016, erhöhte sich auf 80 % in 2017 auf 100 % in 2018.

Der Konzern betrachtet die LCR als Ergänzung zum internen Stresstest-Rahmenwerk und mit Erhalt einer Quote über der regulatorischen Minimalanforderung hilft sie sicherzustellen, dass die Liquiditätsressourcen, die der Konzern hält, ausreichen, um einen kurzfristigen Liquiditätsstressfall zu entschärfen.

Unser interner Risikoappetit ist es, eine LCR von mindestens 105 % zu erhalten.

Hauptunterschiede zwischen den Liquiditätsstresstest und der LCR umfassen den Zeithorizont (acht Wochen vs. 30 Tage), die Klassifizierung und die Abschlagsdifferenzen zwischen Liquiditätsreserven und den hochliquiden Aktiva der LCR, die Abflussraten für verschiedene Arten von Refinanzierung und Liquiditätszufluss-Annahmen für verschiedene Aktivaklassen (zum Beispiel Kreditrückzahlungen). Unser Liquiditätsstresstest enthält ebenso Annahmen zum Intraday-Liquiditätsabfluss, welche die LCR nicht enthält.

Refinanzierungsrisikomanagement

Strukturelle Refinanzierung

Das Hauptwerkzeug der Deutschen Bank zum Beobachten und Steuern des Liquiditätsrisikos ist die Liquiditätsablaufbilanz. Die Liquiditätsablaufbilanz bewertet die strukturelle Refinanzierung des Konzerns für den Zeitraum von größer als einem Jahr. Zur Erstellung eines Fälligkeitsprofils (Liquiditätsablaufbilanz) ordnen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva entsprechend ihren ökonomischen oder modellierten Fälligkeiten, Laufzeitbändern zu. Dies erlaubt es dem Konzern, erwartete Überflüsse und Engpässe in langfristigen Geldausflüssen über Geldeingängen in jedem Laufzeitenband zu identifizieren, und erleichtert das Steuern von potenziellen Liquiditätsgefahren.

Die Liquiditätsablaufbilanz basiert auf den vertraglichen Laufzeitinformationen. Wenn die vertragliche Laufzeit das Liquiditätsprofil nicht adäquat widerspiegelt, wird sie durch modellierte Annahmen ersetzt. Kurzfristige Bilanzpositionen (< 1 Jahr) oder passende Refinanzierungsstrukturen (wenn Vermögenswert- und Refinanzierungslaufzeit übereinstimmen, also ohne Refinanzierungsrisiko sind) können von der Auswertung ausgenommen werden.

Der bottom-up Ansatz für individuelle Geschäftsbereiche wird mit einer top-down Abstimmung gegen die IFRS Konzernbilanz kombiniert. Aus den kumulativen Laufzeitenprofilen von Vermögenswerten und Refinanzierungen über ein Jahr kann jeder Liquiditätsüberschuss oder Liquiditätsunterdeckung in der Konzernlaufzeitenstruktur identifiziert werden. Das kumulierte Profil wird beginnend beim Band über zehn Jahren bis herunter zu dem Band über ein Jahr aufgebaut.

Der strategische Liquiditätsplanungsprozeß, welcher die Entwicklung von Angebot und die Nachfrage nach Refinanzierungsmitteln über alle Geschäftsbereiche hinweg beinhaltet, stellt, zusammen mit den von der Bank angestrebten wesentlichen Liquiditäts- und Refinanzierungskennzahlen, die Hauptgrundlage für unseren jährlichen Emissionsplan. Nach Genehmigung durch den Vorstand legt der Emissionsplan die Emissionsziele für Wertpapiere nach Laufzeit, Volumen und Instrument fest. Wir haben eine spezielle Risikotoleranz für unsere US-Dollar und Britische Pfund Liquiditätsablaufbilanz eingeführt, welche als Grenze in der maximalen Unterdeckung für jedes Laufzeitenband (größer als 1 Jahr bis zu größer als 10 Jahre) 10 Mrd € beziehungsweise 5 Mrd € festlegt. Dies ergänzt die Risikotoleranz für unsere währungsübergreifende Liquiditätsablaufbilanz, die es erfordert, eine positive Liquiditätsposition in jedem Laufzeitenband (größer als 1 Jahr bis zu größer als 10 Jahre) vorzuhalten.

Strukturelle Liquiditätsquote

Zusätzlich zu unserer internen Liquiditätsablaufbilanz wurde die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) als Teil von Basel 3 eingeführt als regulatorisches Maß, um das strukturelle Liquiditätsprofil einer Bank zu bewerten. Die NSFR soll die mittel- bis langfristigen Refinanzierungsrisiken reduzieren indem sie von Banken ein stabiles Refinanzierungsprofil im Verhältnis ihrer bilanziellen und außerbilanziellen Aktivitäten verlangt. Die Quote ist definiert als der Betrag der verfügbaren stabilen Refinanzierung (Anteil von Eigen- und Fremdmitteln, die als eine stabile Quelle der Refinanzierung angesehen werden) im Verhältnis zu dem Betrag, der für eine stabile Refinanzierung (eine Funktion der Liquiditätseigenschaften der verschiedenen gehaltenen Anlageklassen) erforderlich ist.

Obwohl die NSFR ein internationaler Mindeststandard vom 1. Januar 2018 an werden soll, ist die Quote noch vorbehaltlich nationaler Umsetzung. In der EU hat die Europäischen Kommission am 23. November 2016 einen Gesetzesvorschlag verabschiedet um die CRR anzupassen. Der Vorschlag definiert, unter anderem, eine verpflichtende mengenbezogene NSFR Anforderung, welche zwei Jahre nach dem Vorschlag in Kraft tritt. Der Vorschlag ist vorbehaltlich Änderungen durch den EU Gesetzgebungsprozesses. Aus diesem Grund wurde für Banken, die in der EU ansässig sind, die endgültige Definition der Quote und die damit zusammenhängende zeitliche Implementierung noch nicht bestätigt.

Wir untersuchen zurzeit die Auswirkungen der NSFR und erwarten, diese Quote in unser Liquiditätsrisikorahmenwerk einzubetten, wenn die entsprechenden Regeln und der Zeitplan in der EU final feststehen.

Diversifizierung der Finanzierungsmittel

Die Diversifizierung unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements. Unsere stabilsten Refinanzierungsmittel stammen aus Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital sowie von Privat- und Transaktionsbankkunden. Andere Kundeneinlagen sowie die besicherte Refinanzierungen und Shortpositionen sind weitere Finanzierungsquellen. Die unbesicherte Wholesale-Refinanzierung repräsentiert unbesicherte Wholesale-Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unseren Geschäftsbereich Treasury Pool Management aufgenommen wurden. Aufgrund der Kurzfristigkeit dieser Verbindlichkeiten werden diese primär zur Refinanzierung von Barsalden und liquiden Handelsbeständen genutzt.

Um eine zusätzliche Diversifizierung unserer Refinanzierungsmittel sicherzustellen, besitzen wir eine Pfandbrieflizenz, die uns die Emission von Hypothekendarlehen ermöglicht. Zusätzlich haben wir ein Programm zur Emission von gedeckten Anleihen unter spanischem Recht (Cedulas) eingeführt.

Die unbesicherte Wholesale-Refinanzierung umfasst eine Bandbreite von unbesicherten Produkten wie Certificates of Deposits (CDs), Commercial Paper (CPs) sowie Termin-, Call- und Tagesgelder, weitestgehend mit Laufzeiten bis zu einem Jahr.

Um eine ungewollte Abhängigkeit von diesen kurzfristigen Refinanzierungsquellen zu vermeiden und ein gesundes Refinanzierungsprofil zu fördern, das im Einklang mit der festgelegten Risikotoleranz steht, haben wir Limitstrukturen (über die Zeitachse) für diese Finanzierungsquellen implementiert, die aus unserer monatlichen Stresstestanalyse abgeleitet sind. Darüber hinaus haben wir ein Limit für das Gesamtvolumen der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung definiert, um die Abhängigkeit von dieser Finanzierungsquelle im Rahmen der Diversifizierung der Finanzierungsquellen zu steuern.

Die Grafik auf Seite 217 zeigt die Zusammensetzung unserer externen Refinanzierungsquellen, die zu unserer Liquiditätsrisikoposition beitragen. Sie sind in Mrd € sowie als prozentualer Anteil an den gesamten externen Finanzierungsquellen dargestellt.

Funds Transfer Pricing

Das Liquiditätstransferpreiskonzept der Deutschen Bank ist für alle Geschäftsbereiche und Regionen bindend. Es stellt sicher, dass die Preise (i) für Aktiva im Einklang mit deren zugrunde liegenden Liquiditätsrisiken stehen, (ii) für Passiva im Einklang mit deren Liquiditätswerten und Refinanzierungslaufzeiten stehen und (iii) für die bedingten Zahlungsverpflichtungen im Einklang mit den Kosten für die Bereitstellung ausreichender Liquiditätsreserven stehen, die zur Abdeckung unerwarteter Zahlungsrisiken benötigt werden.

Das Konzept für Verrechnungspreise der Deutschen Bank entspricht den regulatorischen Grundsätzen und Leitlinien. Über die Verrechnungspreise werden die Refinanzierungs- und Liquiditätsrisikokosten und -nutzen an alle Geschäftsbereiche auf Basis von Marktsätzen allokiert. Diese Marktsätze spiegeln die ökonomischen Kosten für Liquidität für die Bank wider. Treasury kann zusätzliche finanzielle Anreize im Rahmen der Liquiditätsrisikorichtlinien der Bank setzen. Während das Konzept für Verrechnungspreise eine gewissenhafte konzernweite Zuordnung der Refinanzierungskosten der Deutschen Bank zu den Nutzern der Liquidität sicherstellt, schafft es zusätzlich einen anreizbasierten Vergütungsrahmen für die Geschäftsbereiche, langfristige, stabile und stresskonforme Refinanzierung zu generieren. Refinanzierungsrelevante Geschäfte unterliegen einem (laufzeitenabhängigen) Liquiditätsverrechnungspreis und/oder anderen Transferpreismechanismen in Abhängigkeit von Marktbedingungen. Die Liquiditätsprämien werden von Treasury festgelegt und in einem Treasury-Liquiditätskonto ausgewiesen, das die aggregierten Liquiditätskosten und -nutzen widerspiegelt. Die Steuerung und Allokation der Kostenbasis des Liquiditätskontos ist die wichtigste Stellgröße für die Verrechnung unserer Refinanzierungskosten.

Liquiditätsreserven

Die Liquiditätsreserven beinhalten verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (von Staaten, staatlichen Einrichtungen und staatlich garantierten Wertpapieren) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte.

Das Volumen unserer Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten täglichen Stresstestergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so werden wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren halten. Somit schwankt das Gesamtvolumen unserer Liquiditätsreserven in Abhängigkeit von den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Unsere Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Konzernebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. An wichtigen Standorten werden weitere Reserven gehalten. Wir halten unsere Reserven in den wichtigsten Währungen. Ihre Größe und Zusammensetzung unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch das Senior Management.

Belastung von Vermögenswerten

Belastete Vermögenswerte sind hauptsächlich die bilanziellen und außerbilanziellen Vermögenswerte, die bei der besicherten Refinanzierung, bei Sicherheiten-Swaps und sonstigen besicherten Verbindlichkeiten als Sicherheit verpfändet werden. Im Allgemeinen belasten wir Kredite, um langfristige Kapitalmarktmissionen wie Pfandbriefe oder andere Selbstverbriefungsstrukturen zu begeben, während Fremdfinanzierungen und Aktienbestände auf einer besicherten Basis eine regelmäßige Aktivität unserer Global-Markets-Abteilung sind. Darüber hinaus berücksichtigen wir, in Übereinstimmung mit den technischen Standards der EBA zum regulatorischen Berichtswesen von belasteten Vermögenswerten, Vermögenswerte, die über Abrechnungssysteme platziert sind, einschließlich leistungsgestörter Mittel und Sicherheitenleistungen (Initial Margin), sowie andere als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte, die nicht frei abgerufen werden können, wie vorgeschriebene Mindestreserven bei Zentralbanken, als belastete Vermögenswerte. Nach EBA-Richtlinien auch als belastet einbezogen sind Forderungen aus derivativen Ausgleichszahlungen.

Strategisches Risikomanagement

Strategisches Risiko ist das Risiko eines potenziellen Gewinnrückgangs verursacht durch verringerte Umsätze, die nicht durch eine entsprechende Kostenreduzierung kompensiert werden können. Es kann aus einer unpassenden strategischen Positionierung, einer unzureichenden Strategieumsetzung oder dem Fehlen effektiver Gegenmaßnahmen zu materiellen negativen Planabweichungen führen, die entweder externe oder interne Gründe haben können (einschließlich makroökonomischer und idiosynkratischer Treiber).

Das wesentliche Ziel des strategischen Risikomanagements besteht in der Stärkung der Gewinnverlässlichkeit der Bank, sowie dem Schutz vor unangemessener Gewinnvolatilität, um die übergeordneten Risikoappetitziele (insbesondere Core Tier 1 und Leverage Ratio) zu unterstützen. Wir wollen dies durch die Nutzung unserer Risikokontrollsysteme sowohl auf der Konzernebene als auch auf Ebene jeder Geschäftseinheit erreichen.

Reputationsrisikomanagement

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir das Reputationsrisiko als das Risiko möglicher Schäden an der Marke und dem Ruf der Deutschen Bank und das damit verbundene Risiko beziehungsweise die Auswirkung auf unsere Erträge, unser Kapital oder unsere Liquidität, welche durch Assoziation, Tätigkeit oder Untätigkeit entsteht, wenn diese von den Betroffenen wahrgenommen werden könnten als unangemessen, unmoralisch oder nicht mit Werten und Überzeugungen der Deutsche Bank vereinbar.

Unser Reputationsrisiko wird durch das Reputationsrisiko-Rahmenwerk geregelt. Das Rahmenwerk wurde implementiert, um einheitliche Standards für die Identifikation, Bewertung und Steuerung von Reputationsrisiko bereitzustellen. Auch wenn jeder Mitarbeiter die Verantwortung hat, den Ruf der Deutschen Bank zu schützen, liegt die Hauptverantwortung für die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und, falls erforderlich, Berichterstattung von Angelegenheiten des Reputationsrisikos bei unseren Geschäftsbereichen. Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, im Rahmen seiner Tätigkeit wachsam zu sein, um jegliche mögliche Ursachen für das Reputationsrisiko zu erkennen und diese gemäß dem Rahmenwerk zu adressieren.

Wenn ein potenzielles Reputationsrisiko erkannt wird, ist es erforderlich, dieses zu melden, damit weitere Schritte gemäß dem für den Geschäftsbereich geltenden Reputationsrisikobewertungsprozess getroffen werden. Für den Fall, dass eine Angelegenheit ein materielles Reputationsrisiko trägt oder eines der obligatorischen Überweisungskriterien zutrifft, muss sie an eines der vier Regionalen Reputationsrisikokomitees (RRRCs) zur weiteren Überprüfung gemeldet werden und stellt damit die „zweite Verteidigungslinie“ dar. Die RRRCs sind Unterkomitees des Group Reputational Risk Committee (GRRC), das selbst ein Unterkomitee des Group Risk Committee (GRC) ist, und sind im Name des Vorstands verantwortlich für die Überwachung, Steuerung und Koordination des Managements von Reputationsrisiken in ihren jeweiligen Regionen der Deutsche Bank. In Ausnahmefällen können Reputationsrisiko-Angelegenheiten auch durch die RRRCs an das GRRC weitergereicht werden.

Die Modellierung und quantitative Messung für das Reputationsrisiko findet implizit Berücksichtigung in unserem Ökonomischen Kapitalmodell, da das Risiko im Wesentlichen durch das Ökonomische Kapital für operationelle und strategische Risiken mit abgedeckt wird.

Modellrisikomanagement

Modellrisiko ist die Möglichkeit nachteiliger Folgen durch falsche oder falsch verwendete Ergebnisse von Modellen und den daraus erstellten Berichten. Modellrisiko kann zu finanziellen Verlusten, unangemessenen strategischen oder Geschäftsentscheidungen oder zu Reputationsschäden führen. In diesem Zusammenhang ist ein Modell definiert als eine quantitative Methode, ein System, oder ein Ansatz in Verbindung mit statistischen, wirtschaftlichen, finanziellen oder mathematischen Theorien und Techniken, welche Eingangsgrößen in quantitative Schätzungen überführt.

Für das Management von Modellrisiken werden Bewertungsmodelle, Risiko- und Kapitalmodelle und Sonstige Modelle betrachtet:

- Bewertungsmodelle dienen der Bewertung von bilanziell relevanten Forderungen und Verbindlichkeiten sowie der Ermittlung von Preissensitivitäten, die für das Marktrisikomanagement verwendet werden;
- Risiko- und Kapitalmodelle dienen der Berechnung von Risikokennzahlen für regulatorische oder interne Kapitalanforderungen wie etwa VaR, IMM, Stress Tests, etc.
- Sonstige Modelle sind Modelle außerhalb der oben genannten Modellkategorien.

Der Modellrisikoappetit folgt den qualitativen Konzernstandards, bindet das Management der Modellrisiken in die Risikokultur der Bank ein und reduziert diese Risiken weitest möglich.

Das Management von Modellrisiken beinhaltet folgende Aspekte:

- eine unabhängige Validierung der Modelle umfasst eine kritische Überprüfung der Modellentwicklung und identifiziert Anwendungseinschränkungen oder methodische Einschränkungen, welche eine Anpassung der Ergebnisse nötig machen könnten, sowie Feststellungen, die zu beheben sind;
- die Einführung eines Rahmenwerks zur robusten Steuerung der Modellrisiken, einschließlich hochrangig besetzter Foren zur Überwachung und zur Eskalation von Modellrisiko bezogenen Themen
- die Erstellung von an regulatorischen Anforderungen ausgerichteten bankweiten Richtlinien für Modellrisiko sowie die Festlegung von klaren Verantwortlichkeiten über den gesamten Lebenszyklus eines Modells hinweg.
- die Einschätzung der Kontrollumgebung für Modellrisiken sowie regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand

Versicherungsrisiko

Seit dem Verkauf von Abbey Life entstehen Versicherungsrisiken vor allem aus unseren Verpflichtungen aus leistungsorientierten Versorgungszusagen (Pensionsverpflichtungen), die in Anhangangabe 36 „Leistungen an Arbeitnehmer“ im Detail beschrieben werden. Im Rahmen unseres Risikomanagements betrachten wir die versicherungsbezogenen Risiken aus den Pensionsverpflichtungen als Teil der Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten. Es gibt außerdem versicherungsbezogene Risiken innerhalb des Pensions & Insurance Risk Markets-Geschäfts, die wir als Marktrisiken aus Handelsaktivitäten einordnen. Wir überwachen die Annahmen, die der Berechnung dieses Risikos zugrunde liegen, regelmäßig und treffen gegebenenfalls risikomindernde Maßnahmen wie Rückversicherungen. Innerhalb des Pensions & Insurance Risk Markets-Geschäfts ist der Großteil der versicherungsbezogenen Risiken abgesichert, so dass die Bank nur Residualrisiken ausgesetzt ist. Risiken entstehen vor allem aus:

- Langlebigerisiko – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch auf zukünftige Rentenzahlungen auswirkt.
- Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche infolge von Todesfällen oder Berufsunfähigkeit höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden.
- Bestandsrisiko – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist.

Risikokonzentration und Diversifikation

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen beschreiben eine Häufung gleicher oder ähnlicher Risikotreiber innerhalb spezifischer Risikoarten (d.h. Intra-Risikokonzentrationen in Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken) sowie unterschiedliche Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diese können innerhalb von Kontrahenten, Geschäftsbereichen, Regionen/Ländern, Branchen und Produkten sowie darüber hinaus auftreten. Das Management von Risikokonzentrationen ist Bestandteil der Steuerung einzelner Risikoarten und wird regelmäßig überwacht. Das Hauptziel des Managements von Risikokonzentrationen besteht darin, übermäßige Konzentrationen in unserem Portfolio zu vermeiden, was durch einen quantitativen und qualitativen Ansatz erreicht und im Folgenden dargestellt wird:

- Intra-Risikokonzentrationen werden durch die jeweiligen Risiko-Disziplinen (Kredit-, Markt-, Liquiditäts- sowie operationelles Risikomanagement und andere Risiko-Disziplinen) beurteilt, überwacht und gemindert. Dies wird durch die Festlegung von Limits auf verschiedenen Ebenen und/oder des Managements entsprechend der Risikoart unterstützt.
- Inter-Risikokonzentrationen werden über quantitative deduktive Belastungstests und qualitative induktive Bewertungen gesteuert, mit denen Risikothemen unabhängig von der Risikoart ermittelt und bewertet werden. Dies ermöglicht eine ganzheitliche Sicht auf die Bank.

Das Enterprise Risk Committee (ERC), ein Unterausschuss des Group Risk Committee (GRC), war im Gesamtjahr 2016 das höchste Gremium für die Überwachung der Konzentrationsrisiken.

Diversifikationseffekt aus verschiedenen Risikoarten

Bei diesem Ansatz werden bei der Ermittlung des Ökonomischen Kapitals die Diversifizierungseffekte zwischen Kredit-, Markt-, operationellen und strategische Risiken quantifiziert. Bis zu dem Maße, dass Korrelationen zwischen diesen Risikoarten unter den Wert 1,0 fallen, resultiert ein positiver Diversifikationseffekt. Mit der Berechnung der Effekte der Diversifizierung nach Risikoarten wird sichergestellt, dass die Werte des Ökonomischen Kapitals der einzelnen Risikoarten auf ökonomisch sinnvolle Weise aggregiert werden.

Materielles Risiko und Kapitalperformance

Kapital- und Verschuldungsquote

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals berücksichtigt die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen CRR/CRD 4-Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. In einigen Fällen bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von den früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken Basel 2 oder Basel 2.5 eingeführt worden waren. Hierzu gehören Regeln, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesen Fällen geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen für ein Teilmenge der Beteiligungspositionen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Institutsgruppe gemäß CRR und deutschem Kreditwesengesetz (KWG). Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Unsere Versicherungsgesellschaften werden in eine zusätzliche, für Finanzkonglomerate geltende Berechnung der Kapitaladäquanz nach der deutschen Finanzkonglomerate-Solvabilitätsverordnung (auch „Solvabilitätsspanne“) einbezogen. Unsere Solvabilitätsspanne als Finanzkonglomerat wird weiterhin von unseren Bankaktivitäten dominiert.

Das gesamte aufsichtsrechtliche Eigenkapital nach den per Jahresende 2016 geltenden Regelungen besteht aus Kernkapital und Ergänzungskapital (T2). Das Kernkapital setzt sich aus dem Harten Kernkapital (CET 1) und dem Zusätzlichen Kernkapital (AT1) zusammen.

Das Harte Kernkapital besteht in erster Linie aus dem Stammkapital (vermindert um eigene Anteile) einschließlich Kapitalrücklagen, den Gewinnrücklagen (inklusive Verlusten des laufenden Geschäftsjahres, sofern vorhanden) sowie der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung und berücksichtigt aufsichtsrechtliche Anpassungen (das heißt prudentielle Filter und Abzüge). Prudentielle Filter für das Harte Kernkapital gemäß Artikel 32 bis 35 CRR umfassen (i) Eigenkapitalerhöhungen aus verbrieften Vermögenswerten, (ii) Geschäfte zur Absicherung von Zahlungsströmen und Wertveränderungen eigener Verbindlichkeiten und (iii) zusätzliche Bewertungsanpassungen. Abzüge vom Harten Kernkapital umfassen (i) immaterielle Vermögenswerte, (ii) von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, (iii) negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge, (iv) Netto-Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds, (v) Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche, an denen das Institut eine Überkreuzbeteiligung hält, und (vi) wesentliche und nicht-wesentliche Beteiligungen am Kapital (CET 1, AT1, T2) von Unternehmen in der Finanzbranche oberhalb bestimmter Schwellenwerte. Alle nicht abgezogenen Positionen (das heißt Beträge unter dem Schwellenwert) werden risikogewichtet.

Das Zusätzliche Kernkapital besteht aus den Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals und den damit verbundenen Agiobeträgen sowie den Minderheitsanteilen, die sich für das konsolidierte Zusätzliche Kernkapital qualifizieren, sowie, während der Übergangsphase, unter Bestandsschutz stehende Instrumente, die gemäß zuvor geltendem Regelwerk anrechenbar waren. Um die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Zusätzliches Kernkapital unter CRR/CRD 4 zu erfüllen, müssen die Instrumente verlusttragende Eigenschaften aufweisen, um durch Umwandlung in Stammaktien oder eine Abschreibungsregelung Verluste bei einem Auslöseereignis auffangen zu können, und weitere verlusttragende Eigenschaften vorweisen (zeitlich unbefristet und nicht mit einem Tilgungsanreiz ausgestattet, jederzeitige volle Verfügungsfreiheit über die Dividenden-/Kuponzahlungen etc.).

Das Ergänzungskapital besteht aus den anrechenbaren Kapitalinstrumenten mit den damit verbundenen Agiobeträgen und nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, bestimmten Wertberichtigungen und den Minderheitsanteilen, die sich für das konsolidierte Ergänzungskapital qualifizieren. Um die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Ergänzungskapitalinstrument oder nachrangige Verbindlichkeit zu erfüllen, muss die Ursprungslaufzeit mindestens fünf Jahre betragen. Darüber hinaus sind anrechenbare Kapitalinstrumente unter anderem nicht auszustatten mit einem Tilgungsanreiz, einem Recht des Investors, Zahlungen zu beschleunigen, oder einem creditsensitiven Dividendenmerkmal.

Für Kapitalinstrumente, die unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung nicht mehr als Zusätzliches Kernkapital oder als Ergänzungskapital anerkannt werden, gelten Bestandsschutzregelungen während der Übergangsphase. Diese Instrumente unterliegen einem schrittweisen Auslaufen zwischen 2013 und 2022 mit einer Anerkennungsobergrenze von 60 % in 2016 und einer sinkenden Obergrenze von 10 % pro Jahr.

Kapitalinstrumente

Unser Vorstand erhielt von der Hauptversammlung 2015 die Ermächtigung, bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2020 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Wir haben die Genehmigung für vergütungsbezogene Aktienrückkäufe von der BaFin für 2015 und von der EZB für 2016 gemäß neuen CRR/CRD 4-Regeln erhalten. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2015 bis zur Hauptversammlung 2016 (19. Mai 2016) haben wir 37,9 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 4,7 Millionen Aktien durch die Ausübung von Call Optionen. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum oder wurden im anstehenden Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet, so dass der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury zur Hauptversammlung 2016 12,1 Millionen war.

Die Hauptversammlung 2016 gewährte unserem Vorstand die Ermächtigung bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2021 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Im Zeitraum seit der Hauptversammlung 2016 bis zum 31. Dezember 2016 wurden 0,9 Millionen Aktien zurückgekauft. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet, so dass der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury zum 31. Dezember 2016 0 betrug.

Seit der Hauptversammlung 2015 beträgt der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 1.760 Mio € (688 Millionen Aktien). Das bedingte Kapital beträgt 486 Mio € (190 Millionen Aktien).

Unsere ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Trust Vorzugsaktien) werden unter CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln nicht anerkannt – hauptsächlich, da sie über keinen Abschreibungs- oder Eigenkapitalwandlungsmechanismus verfügen. Allerdings werden sie während der CRR/CRD 4-Übergangsphase größtenteils als Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier-1) und unter den CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln teilweise als Ergänzungskapital anerkannt. Während der Übergangsphase reduziert sich der maximal anerkennbare Betrag an Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten aus Basel 2.5- konformen Emissionen zum 31. Dezember 2012 jeweils zum Jahresanfang um 10 % oder 1,3 Mrd € bis 2022. Zum 31. Dezember 2016 führte dies zu anrechenbaren Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten in Höhe von 11,1 Mrd € (4,6 Mrd € der neu begebenen AT1-Anleihen sowie noch übergangsweise anrechenbare Hybride Kernkapital-Instrumente von 6,5 Mrd €). Ein Hybrides Kernkapital-Instrument mit einem Nominalbetrag in Höhe von 0,2 Mrd \$ und einem anrechenbaren Betrag in Höhe von

0,1 Mrd € wurde im ersten Quartal 2016 gekündigt. 6,0 Mrd € ehemals emittierter Hybrider Kernkapital-Instrumente können unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung noch als Ergänzungskapital angerechnet werden. Bei CRD 4 Vollumsetzung betrug die Summe unserer Zusätzlichen Kernkapital-Instrumenten nach regulatorischen Anpassungen 4,6 Mrd €.

Am 19. Mai 2016 haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier-2-Anleihen mit einem gesamten Nominalvolumen von 750 Mio € begeben. Die Anleihen haben eine Stückelung von 100.000 € und werden am 19. April 2026 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert und waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933, in seiner geänderten Fassung, und wurden nicht in den USA angeboten oder verkauft.

Weiterhin haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier-2-Papiere mit einem gesamten Nominalvolumen von 31 Mio € am 15. Juni 2016 begeben. Die Papiere haben eine Stückelung von 100.000 € und werden am 15. Juni 2026 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert und waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933, in seiner geänderten Fassung, und wurden nicht in den USA angeboten oder verkauft.

Die Summe unserer Ergänzungskapital-Instrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase nach regulatorischen Anpassungen anerkannt sind, betrug 6,7 Mrd € zum 31. Dezember 2016. Es gab zum 31. Dezember 2016 keine ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente mehr, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase noch als Ergänzungskapital anerkannt werden. Der Nominalbetrag der Ergänzungskapital-Instrumente betrug 8,0 Mrd €. Im Jahr 2016 wurden keine Ergänzungskapital-Instrumente gekündigt. Bei CRD IV Vollumsetzung betrug die Summe unserer Ergänzungskapital-Instrumente 12,7 Mrd € (inklusive der 6,0 Mrd € ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente, die nur noch in der Übergangsphase als Zusätzliches Kernkapital anerkannt werden).

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Die für den Konzern geltende Säule 1 Mindestanforderung an das Harte Kernkapital beläuft sich auf 4,50 % der risikogewichteten Aktiva (RWA). Um die Säule 1 Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8,00 % zu erfüllen, kann auf bis zu 1,50 % Zusätzliches Kernkapital und bis zu 2,00 % Ergänzungskapital zurückgegriffen werden.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Maßnahmen der Aufsichtsbehörden nach sich ziehen, wie beispielsweise die Beschränkung von Dividendenzahlungen oder von bestimmten Geschäftsaktivitäten wie Kreditvergaben. Wir haben in 2016 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten. Für unsere Tochterunternehmen, die wegen ihrer Immaterialität nicht in unseren aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis einbezogen wurden, bestanden 2016 keine eigenen aufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalvorgaben.

Zusätzlich zu diesen Mindestkapitalanforderungen wurden die folgenden kombinierten Kapitalpufferanforderungen schrittweise seit 2016 eingeführt und werden ab 2019 zur Vollumsetzung kommen (abgesehen von dem systemischen Risikopuffer, sofern dieser verlangt sein sollte, welcher keiner schrittweisen Einführung unterliegt). Die Kapitalpufferanforderungen sind zusätzlich zu den Säule 1 Mindestkapitalanforderungen zu erfüllen, es besteht jedoch die Möglichkeit, diese in Stresszeiten abzubauen.

Im März 2015 wurde die Deutsche Bank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank als global systemrelevantes Institut („Global Systemically Important Institution“, G-SII) eingestuft, was zu einer G-SII-Kapitalpufferanforderung von 2,00 % Hartem Kernkapital der RWA in 2019 führt. Dies steht im Einklang mit der vom Financial Stability Board (FSB) getroffenen Beurteilung der Systemrelevanz auf der Grundlage der Indikatoren, welche im Jahr 2015 veröffentlicht wurden. Die zusätzliche Kapitalpufferanforderung von 2,00 % für G-SIIs wurde auf Basis einer Übergangsregelung in 2016 mit 0,50 % eingeführt und beläuft sich im Jahr 2017 auf 1,00 %. Wir werden weiterhin unsere Kennzahlen auf unserer Website veröffentlichen.

Der Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10c KWG, welcher die Umsetzung des Artikels 129 CRD 4 widerspiegelt, beläuft sich auf 2,50 % CET 1 Kapital der RWA. Die zusätzliche Kapitalpufferanforderung von 2,50 % wurde in 2016 mit 0,625 % eingeführt und beläuft sich auf 1,25 % in 2017.

Der antizyklische Kapitalpuffer wird angewendet, wenn exzessives Kreditwachstum zu einer Erhöhung des systemweiten Risikos in einer Volkswirtschaft führt. Er kann zwischen 0 und 2,50 % CET 1 Kapital der RWA im Jahr 2019 variieren. In besonderen Fällen kann er auch 2,50 % überschreiten. Der institutsspezifische antizyklische Kapitalpuffer für die Deutsche Bank berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpuffer jener Länder, in denen unsere relevanten kreditbezogenen Positionswerte getätigt wurden. Zum 31. Dezember 2016 (sowie zum aktuellen Zeitpunkt) belief sich der institutsspezifische antizyklische Kapitalpuffer auf 0,01 %.

Zusätzlich zu den zuvor erwähnten Kapitalpuffern können nationale Regulatoren, wie die BaFin, einen systemischen Risikopuffer verlangen, um langanhaltende, nicht-zyklische systemische oder makro-prudenzielle Risiken zu vermeiden und zu entschärfen, welche nicht von der CRR abgedeckt werden. Sie können bis zu 5,00 % CET 1 Kapital der RWA als zusätzlichen Puffer verlangen. Zum Jahresende 2016 (sowie zum aktuellen Zeitpunkt) war der systemische Risikopuffer nicht relevant für die Deutsche Bank.

Zudem wurde die Deutsche Bank AG von der BaFin als anderweitig systemrelevantes Institut („Other Systemically Important Institution“, O-SII) mit einer zusätzlichen Kapitalpufferanforderung von 2,00 % eingestuft, welche auf konsolidierter Ebene zu erfüllen ist. Für die Deutsche Bank wird der O-SII-Puffer in Schritten von 0,66 % in 2017, 1,32 % in 2018 und 2,00 % in 2019 angewendet. Zum Jahresende 2016 war für die Deutsche Bank keine O-SII-Kapitalpufferanforderung anzuwenden.

Abgesehen von gewissen Ausnahmen muss nur die höhere Anforderung aus entweder dem systemischen Risikopuffer, dem G-SII Kapitalpuffer und dem O-SII Kapitalpuffer umgesetzt werden. Entsprechend ist der O-SII-Puffer für die Deutsche Bank derzeit nicht relevant, da er niedriger ist als der G-SII-Puffer.

Ferner kann die Europäische Zentralbank (EZB) gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) nach Säule 2 einzelnen Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die strenger als die gesetzlichen Anforderungen sind (sogenannte Säule 2 Anforderung). Am 4. Dezember 2015 hat die EZB der Deutschen Bank mitgeteilt, dass der Konzern verpflichtet ist, eine Harte Kernkapitalquote von mindestens 10,25 % basierend auf den gemäß CRR/CRD 4 anzuwendenden Übergangsregelungen zu jeder Zeit aufrechtzuhalten. Bei Berücksichtigung des G-SII Kapitalpuffers in Höhe von 0,50 % und des antizyklischen Kapitalpuffers in Höhe von 0,01 % betragen unsere gesamten CET 1 Kapitalanforderungen 10,76 % zum 31. Dezember 2016. Die entsprechenden Anforderungen an die Kernkapitalquote der Deutschen Bank beliefen sich demnach auf 12,26 % und die Anforderungen an die Gesamtkapitalquote auf 14,26 % zum 31. Dezember 2016.

Am 8. Dezember 2016 wurde die Deutsche Bank von der EZB über ihre Entscheidung hinsichtlich der prudentiellen Mindestkapitalanforderungen für 2017 informiert, welche aus den Ergebnissen des SREP im Jahr 2016 resultierte. Die Entscheidung verlangt, dass die Deutsche Bank auf konsolidierter Ebene eine Harte Kernkapitalquote unter Anwendung von Übergangsregelungen in Höhe von mindestens 9,51 % aufrechterhält, beginnend ab dem 1. Januar 2017. Diese Anforderung an das Harte Kernkapital umfasst die Säule 1 Mindestkapitalanforderung in Höhe von 4,50 %, die Säule 2 Anforderung (SREP Add-on) in Höhe von 2,75 %, den Kapitalerhaltungspuffer unter Übergangsregelungen in Höhe von 1,25 %, den antizyklischen Kapitalpuffer (derzeit 0,01 %) und den G-SII-Puffer unter Übergangsregelungen in Höhe von 1,00 %, welcher sich aus der Einstufung der Deutschen Bank als global systemrelevantes Institut („Global Systemically Important Institution“, G-SII) ableitet. Die neue CET 1-Kapitalanforderung in Höhe von 9,51 % für 2017 liegt unter der CET 1-Kapitalanforderung von 10,76 %, welche für die Deutsche Bank in 2016 galt. Demnach belaufen sich im Jahr 2017 die Anforderungen an die Kernkapitalquote der Deutschen Bank auf 11,01 % und an die Gesamtkapitalquote auf 13,01 %. Im Anschluss an die Ergebnisse des SREP in 2016 hat uns die EZB eine individuelle Erwartung mitgeteilt, einen CET 1-Kapital-Zusatzbetrag gemäß Säule 2 bereitzuhalten, besser bekannt als „Säule 2“-Empfehlung. Der Kapital-Zusatzbetrag gemäß der „Säule 2“-Empfehlung besteht eigenständig von und ergänzend zu der Säule 2 Anforderung. Die EZB hat ihre Erwartung geäußert, dass die Banken die „Säule 2“-Empfehlung einhalten, obwohl diese nicht rechtsverbindlich ist, und ein Versäumnis, der „Säule 2“-Empfehlung nachzukommen, nicht automatisch rechtliche Schritte nach sich zieht.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die verschiedenen Säule 1 und Säule 2 Mindestkapital- und Kapitalpufferanforderungen (die „Säule 2“-Empfehlung hierin jedoch nicht enthalten), die für die Deutsche Bank in den Jahren 2016 und 2017 gelten (unter Anwendung der Übergangsregeln):

Übersicht Mindestkapitalanforderungen und Kapitalpuffer

	2016	2017
Säule 1		
Mindestanforderung an das Harte Kernkapital	4,50 %	4,50 %
Kapitalerhaltungspuffer	0,625 %	1,25 %
Antizyklischer Kapitalpuffer	0,01 %	0,01 % ¹
G-SII Kapitalpuffer ³	0,50 %	1,00 %
O-SII Kapitalpuffer ³	0,00 %	0,66 %
Systemischer Risikopuffer ³	0,00 %	0,00 % ²
Säule 2		
Säule 2 SREP Add-on - aus dem Harten Kernkapital (die "Säule 2"-Empfehlung hierin nicht enthalten)	5,125 %	2,75 %
SREP-Anforderung an das Harte Kernkapital	10,25 %	8,50 %
Gesamte Anforderung an das Harte Kernkapital aus Säule 1 und Säule 2⁴	10,76 %	9,51 %
Gesamte Anforderung an das Kernkapital aus Säule 1 und Säule 2	12,26 %	11,01 %
Anforderung an das Gesamtkapital aus Säule 1 und Säule 2	14,26 %	13,01 %

¹ Die antizyklische Kapitalpufferanforderung der Deutschen Bank basiert auf von der EBA und dem Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht („Basel Committee of Banking Supervision“, BCBS) verordneten länderspezifischen Kapitalpufferquoten sowie den relevanten kreditbezogenen Positionswerten der Deutschen Bank zum jeweiligen Berichtsstichtag. Da für das Jahr 2017 noch keine Daten verfügbar sind, wird für 2017 eine antizyklische Kapitalpufferquote von 0,01 % angenommen.

² Für den systemischen Risikopuffer wurde für das projizierte Jahr 2017 angenommen, dass dieser bei 0 % bleibt; er unterliegt jedoch Änderungen, die sich aus weiteren Vorgaben ergeben können.

³ Abgesehen von gewissen Ausnahmen, muss nur die höhere Anforderung aus entweder dem systemischen Risikopuffer, dem G-SII-Puffer und dem O-SII Puffer angewendet werden.

⁴ Die gesamte Anforderung an das Harte Kernkapital aus Säule 1 und Säule 2 (ohne Berücksichtigung der „Säule 2“-Empfehlung) berechnet sich als Summe der SREP-Anforderung, der höheren Anforderung aus der G-SII-, O-SII-, und systemischen Risikopufferanforderung sowie der antizyklischen Kapitalpufferanforderung.

Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Kapitals

Unser Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 betrug per 31. Dezember 2016 55,5 Mrd €, bestehend aus Hartem Kernkapital (CET 1) in Höhe von 47,8 Mrd € und Zusätzlichem Kernkapital (AT1) in Höhe von 7,7 Mrd €. Das Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war damit 2,7 Mrd € geringer als am Jahresende 2015. Diese Entwicklung war überwiegend auf einen Rückgang des Harten Kernkapitals um 4,6 Mrd € seit Jahresende 2015 zurückzuführen, während sich das Zusätzliche Kernkapital in derselben Periode um 1,9 Mrd € erhöhte.

Der Rückgang um 4,6 Mrd € im Harten Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war im Wesentlichen die Folge höherer aufsichtsrechtlicher Anpassungen aufgrund der höheren Phase-in Rate von 60 % in 2016 im Vergleich zu 40 % in 2015 und des den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren negativen Konzernergebnisses in Höhe von 1,4 Mrd € in 2016. Die Entscheidung (EU) (2015/4) der EZB verlangt die Anrechnung des negativen Konzernergebnisses im Harten Kernkapital per Jahresende. Am 5. März 2017 beschloss der Vorstand, der im Mai 2017 stattfindenden Hauptversammlung eine Dividendenzahlung von 0,19 € für 2015 und 2016 vorzuschlagen, wobei die zu erwartenden neuen Aktien aus der vorgeschlagenen Kapitalerhöhung berücksichtigt werden. Gemäß dieser Entscheidung wurde das regulatorische Kapital per Jahresende 2016 um einen Dividendenabgrenzungsbetrag von 0,4 Mrd € reduziert. Diese Dividendenabgrenzung ist im Einklang mit der Entscheidung (EU) (2015/4) der EZB über die Anrechnung von Jahresend- oder Zwischengewinnen im Harten Kernkapital.

Der auf Jahressicht positive Effekt von 0,6 Mrd € unter Übergangsregeln, welcher daraus resultierte, dass die vormaligen, vom 15 %-Schwellenwert abhängigen Abzüge durch den Verkauf unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank ausblieben, wurde durch eine Reihe von negativen Effekten mehr als ausgeglichen. Diese umfassen Neubewertungsverluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen in Höhe von 0,5 Mrd € sowie einen zusätzlichen Kapitalabzug in Höhe von 0,3 Mrd €, welcher der Deutschen Bank mit Wirkung ab Oktober 2016 basierend auf einer Benachrichtigung durch die EZB gemäß Artikel 16(1)(c), 16(2)(b) und (j) der Verordnung (EU) No 1024/2013 auferlegt wurde.

Der Anstieg im Zusätzlichen Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 um 1,9 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus verringerten aufsichtsrechtlichen Anpassungen (1,9 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2015), die schrittweise abnehmend vom Zusätzlichen Kernkapital während der Übergangsphase abgesetzt werden. Diese Anpassungen stellen den Restbetrag von bestimmten Kapitalabzügen vom Harten Kernkapital dar, die bei der Anwendung der CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung vom Harten Kernkapital abgezogen werden, während der Übergangszeit jedoch vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen werden dürfen. Die Phase-in Rate für diese Abzüge im CET 1-Kapital erhöhte sich auf 60 % in 2016 (40 % in 2015) und verringerte sich entsprechend auf Ebene des AT1-Kapitals auf 40 % in 2016 (60 % in 2015).

Unser Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 46,8 Mrd € zum 31. Dezember 2016, im Vergleich zu 48,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Unser Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 42,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016, verglichen mit 44,1 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Unser Zusätzliches Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 4,6 Mrd € zum 31. Dezember 2016, unverändert im Vergleich zum Jahresende 2015.

Der Rückgang unseres Harten Kernkapitals gemäß Vollumsetzung um 1,8 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2015 war im Wesentlichen auf unser negatives Konzernergebnis in Höhe von 1,4 Mrd € sowie auf die Dividendenabgrenzung von 0,4 Mrd € zurückzuführen. Der auf Jahressicht positive Effekt in Höhe von 1,8 Mrd €, welcher daraus resultierte, dass die vormaligen, vom 15 %-Schwellenwert abhängigen Abzüge durch den Verkauf unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank ausblieben, wurde durch eine Reihe von negativen Effekten nahezu gänzlich ausgeglichen. Diese umfassen höhere Abzüge vom Harten Kernkapital basierend auf von der künftigen Rentabilität abhängigen latenten Steueransprüchen aus steuerlichen Verlustvorträgen in Höhe von 0,5 Mrd €, Neubewertungsverluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen in Höhe von 0,5 Mrd €, den zusätzlichen Kapitalabzug in Höhe von 0,3 Mrd €, welcher der Deutschen Bank mit Wirkung ab Oktober 2016 auferlegt wurde sowie einen weiteren Rückgang in Höhe von 0,5 Mrd €, welcher hauptsächlich auf unrealisierte Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zurückzuführen ist.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	37.290	37.290	37.088	37.088
Gewinnrücklagen	20.113	20.113	27.607	27.607
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	3.708	3.645	4.096	4.281
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden ¹	-2.023	-2.023	-7.025	-7.025
Sonstige	0	79	0	92
Hartes Kernkapital (CET 1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	59.088	59.104	61.766	62.042
Hartes Kernkapital (CET 1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-1.398	-1.398	-1.877	-1.877
Sonstige prudenzielle Filter (außer Zusätzliche Bewertungsanpassungen)	-639	-428	-622	-330
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-8.436	-5.062	-8.439	-3.376
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	-3.854	-2.312	-3.310	-1.324
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-297	-188	-106	-58
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	-945	-567	-1.173	-469
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-59	-41	-76	-39
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %- / 15 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0	-818	-278
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (Betrag liegt über der 10 %- / 15 %-Schwelle) (negativer Betrag)	-590	-354	-953	-324
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen ²	-591	-971	-291	-1.537
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	-16.810	-11.321	-17.665	-9.613
Hartes Kernkapital (CET 1)	42.279	47.782	44.101	52.429
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	4.676	4.676	4.676	4.676
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	N/A	6.516	N/A	6.482
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	11.191	4.676	11.157
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	-125	-51	-125	-48
Vom Zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	-3.437	N/A	-5.316
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0	0	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	-125	-3.488	-125	-5.365
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	4.551	7.703	4.551	5.793
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	46.829	55.486	48.651	58.222
Ergänzungskapital (T2)	12.673	6.672	12.325	6.299
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	59.502	62.158	60.976	64.522
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	357.518	356.235	396.714	397.382
Kapitalquoten				
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,8	13,4	11,1	13,2
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	13,1	15,6	12,3	14,7
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	16,6	17,4	15,4	16,2

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Berücksichtigt die Entscheidung des Vorstands eine Dividende in Höhe von € 0,19 pro Aktie für 2015 und 2016 auszuschütten. Diese Dividende berücksichtigt die erwarteten, vor der Hauptversammlung im Mai 2017 zu emittierenden Aktien.

² Enthält einen zusätzlichen Kapitalabzug in Höhe von 0,3 Mrd €, welcher der Deutschen Bank mit Wirkung ab Oktober 2016 basierend auf einer Benachrichtigung durch die EZB gemäß Artikel 16(1)(c), 16(2)(b) und (j) der Verordnung (EU) No 1024/2013 auferlegt wurde, sowie den zusätzlichen Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung von 0,2 Mrd €.

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

	31.12.2016	31.12.2015
	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4
in Mio €		
Eigenkapital per Bilanzausweis	59.833	62.678
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	- 123	- 681
Davon:		
Kapitalrücklage	- 6	- 5
Gewinnrücklage	- 276	- 369
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	159	- 307
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	59.710	61.997
Anteile ohne beherrschenden Einfluss unter Anwendung der Übergangsregeln	79	92
Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons ¹	- 621	- 231
Umkehreffekt der Dekonsolidierung/Konsolidierung der Position Kumulierten sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, während der Übergangsphase	- 63	184
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	59.104	62.042
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	- 1.398	- 1.877
Sonstige prudenzielle Filter (außer Zusätzliche Bewertungsanpassungen)	- 428	- 330
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	- 380	- 1.246
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	- 5.062	- 3.376
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	- 2.666	- 1.648
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	- 567	- 469
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	- 278
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	- 820	- 389
Hartes Kernkapital	47.782	52.429

¹ Berücksichtigt die Entscheidung des Vorstands eine Dividende in Höhe von € 0,19 pro Aktie für 2015 und 2016 auszuschütten. Diese Dividende berücksichtigt die erwarteten, vor der Hauptversammlung im Mai 2017 zu emittierenden Aktien.

Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

in Mio €	CRR/CRD 4	
	31.12.2016	31.12.2015
Hartes Kernkapital – Anfangsbestand	52.429	60.103
Stammaktien, Nettoeffekt	0	0
Kapitalrücklage	192	-53
Gewinnrücklagen	-1.826	-6.097
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten, Nettoeffekt/(+) Verkauf (-) Kauf	10	-3
Entwicklungen der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	231	2.759
Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons ¹	-621	-231
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	479	-1.877
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	-1.686	-780
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	-988	-800
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-130	89
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	-97	-277
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	278	-194
Verbriefungspositionen, nicht in den risikogewichteten Aktiva enthalten	0	0
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, für die die Bedingungen in Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	-30	-191
Sonstiges, inklusive aufsichtsrechtlicher Anpassungen	-457	-19
Hartes Kernkapital – Endbestand	47.782	52.429
Zusätzliches Kernkapital – Anfangsbestand	5.793	3.794
Neue, im Zusätzlichem Kernkapital anrechenbare Emissionen	0	0
Fällige und gekündigte Instrumente	-76	-4.289
Übergangsbestimmungen	1.879	5.529
davon:		
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	1.689	5.320
Sonstiges, inklusive aufsichtsrechtlicher Anpassungen	108	759
Zusätzliches Kernkapital – Endbestand	7.703	5.793
Kernkapital	55.486	58.222
Ergänzungskapital – Endbestand	6.672	6.299
Gesamtkapital	62.158	64.522

¹ Berücksichtigt die Entscheidung des Vorstands eine Dividende in Höhe von € 0,19 pro Aktie für 2015 und 2016 auszuschütten. Diese Dividende berücksichtigt die erwarteten, vor der Hauptversammlung im Mai 2017 zu emittierenden Aktien.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die risikogewichteten Aktiva, aufgeteilt nach Modellansätzen und Geschäftsbereichen. Sie beinhalten die zusammengefassten Effekte aus der segmentbezogenen Reallokation der infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Reallokationen zwischen Geschäftsbereichen.

Im Kreditrisiko werden in der Zeile „Sonstige“ im fortgeschrittenen IRBA RWA aus Verbriefungen im Anlagebuch, bestimmte Beteiligungspositionen und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen gezeigt. Innerhalb des Standardansatzes stellt die Position „Sonstige“ RWA aus Verbriefungspositionen des Anlagebuchs sowie Positionen in den weiteren Risikopositionsklassen außerhalb von Zentralstaaten und Zentralbanken, Instituten, Unternehmen und Mengengeschäft dar.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich gemäß Übergangsregelungen

	31.12.2016							
in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjus- tments	Konzern Insgesamt
Kreditrisiko	61.288	62.997	36.161	3.758	36.561	4.075	15.505	220.345
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	1.594	2.397	990	191	0	77	-5.249	0
Fortgeschrittener IRBA	52.218	58.214	31.924	1.713	29.901	2.318	19.167	195.454
Zentralstaaten und Zentralbanken	1.840	1.023	39	1	10	0	14.523	17.436
Institute	7.903	3.168	140	31	1.205	47	778	13.272
Unternehmen	34.237	47.541	8.678	234	7.450	466	1.785	100.392
Mengengeschäft	124	28	22.237	0	18.507	421	0	41.317
Sonstige	8.114	6.454	830	1.447	2.729	1.383	2.081	23.038
IRB-Basis-Ansatz	2.021	190	0	0	3.505	0	0	5.716
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	6	0	0	6
Unternehmen	2.021	190	0	0	3.499	0	0	5.710
Standardansatz	5.270	2.196	3.247	1.854	3.035	1.678	1.587	18.867
Zentralstaaten oder Zentralbanken	22	0	2	0	50	0	0	75
Institute	430	5	11	0	40	1	23	509
Unternehmen	2.136	1.351	1.103	834	731	697	1.096	7.948
Mengengeschäft	1	187	1.543	0	1.656	83	0	3.470
Sonstige	2.681	652	587	1.020	558	898	468	6.866
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	185	1	0	0	121	0	0	308
Abwicklungsrisiko	36	0	0	0	0	0	0	36
Kreditrisikobezogene								
Bewertungsanpassung (CVA)	8.846	39	43	139	252	90	8	9.416
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	8.808	39	25	139	242	90	4	9.347
Standardansatz	38	0	18	0	10	0	3	69
Marktrisiko	29.409	788	0	0	62	3.502	0	33.762
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	25.595	788	0	0	0	2.780	0	29.163
Standardansatz	3.814	0	0	0	62	722	0	4.599
Operationelles Risiko	58.032 ¹	15.578	7.362	4.957	5.334	1.413	0	92.675
Fortgeschrittener Messansatz	58.032	15.578	7.362	4.957	5.334	1.413	0	92.675
Insgesamt	157.612	79.403	43.565	8.854	42.209	9.079	15.512	356.235

	31.12.2015							
in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Kreditrisiko	61.132	70.748	41.310	8.194	37.553	11.558	11.524	242.019
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	- 93	2.016	1.133	272	5	71	- 3.404	0
Fortgeschrittener IRBA	53.512	63.054	36.009	6.243	30.177	7.424	13.805	210.223
Zentralstaaten und Zentralbanken	3.569	993	26	1	13	6	10.013	14.619
Institute	7.744	3.948	111	78	1.293	342	633	14.149
Unternehmen	32.853	53.313	7.661	277	7.701	2.620	1.034	105.459
Mengengeschäft	176	39	20.877	0	18.234	655	0	39.980
Sonstige	9.170	4.761	7.334	5.888	2.937	3.801	2.125	36.016
IRB-Basis-Ansatz	2.082	175	1	0	3.075	0	0	5.333
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	5	0	0	5
Unternehmen	2.082	175	1	0	3.070	0	0	5.329
Standardansatz	4.812	5.501	4.167	1.679	4.186	4.063	1.123	25.530
Zentralregierungen oder Zentralbanken	14	30	3	0	144	0	10	202
Institute	538	34	14	1	81	2	0	671
Unternehmen	2.268	3.713	946	715	918	736	587	9.884
Mengengeschäft	6	239	2.499	0	1.763	512	0	5.018
Sonstige	1.985	1.485	705	962	1.279	2.813	525	9.755
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	820	2	0	0	111	0	0	933
Abwicklungsrisiko	9	0	0	0	0	0	0	9
Kreditrisikobezogene								
Bewertungsanpassung (CVA)	11.971	8	74	309	391	3.082	41	15.877
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	11.949	8	55	307	378	3.081	2	15.780
Standardansatz	22	0	19	2	14	1	40	97
Marktrisiko	32.502	1.191	6	1.262	32	14.286	275	49.553
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	27.643	1.032	6	367	0	8.741	275	38.063
Standardansatz	4.860	159	0	895	32	5.545	0	11.491
Operationelles Risiko	54.777	14.165	8.518	2.739	5.266	3.972	487	89.923
Fortgeschrittener Messansatz	54.777	14.165	8.518	2.739	5.266	3.972	487	89.923
Insgesamt	160.391	86.112	49.909	12.504	43.242	32.898	12.326	397.382

Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen 356,2 Mrd € zum 31. Dezember 2016 verglichen mit 397,4 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Der Rückgang von 41,1 Mrd € resultierte größtenteils aus einer Verringerung der RWA aus dem Kredit- und Marktrisiko. Der Rückgang der RWA aus dem Kreditrisiko von 21,7 Mrd € entstand vor allem aus der Veräußerung unserer Anteile an der Hua Xia und der Abbey Life, dem fortgesetzten Risikoabbau in unserer Non-Core Operations Unit, Optimierungsinitiativen im Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking, die Verbriefungspositionen, Reduzierungen von Eigenanteilen bei Syndizierungen und die Optimierung von Kundenportfolios betreffen sowie geringeren Risikopositionswerten in den Geschäftsbereichen Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking und Global Markets. Der Rückgang der RWA für das Marktrisiko seit dem 31. Dezember 2015 wurde vor allem durch eine Verringerung der Risikopositionswerte in der Non-Core Operations Unit und zu einem geringeren Umfang durch saisonbedingt geringere Risikopositionswerte in Global Markets erreicht. Der Rückgang der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassung (CVA) um 6,5 Mrd € ist im wesentlichen auf den fortgesetzten Risikoabbau des Portfolios sowie Änderungen in der Bewertungsmethodik und den Bewertungsrichtlinien zurückzuführen. Der Anstieg der RWA für das Operationelle Risiko ist im Wesentlichen auf große Operationelle Risikoereignisse, wie z.B. die Beilegung von regulatorischen Streitfällen von Finanzinstituten, zurückzuführen, die in unserem AMA Modell reflektiert werden und die teilweise kompensiert werden durch rückläufige Risikopositionswerte in Global Markets.

Die RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung beliefen sich auf 357,5 Mrd € zum 31. Dezember 2016, verglichen mit 396,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Der Rückgang resultierte aus den gleichen Bewegungen wie zuvor für die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen beschrieben. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung waren aufgrund der Anwendung der Bestandsschutzregelung für Beteiligungspositionen aus den Übergangsbestimmungen gemäß Artikel 495 der CRR, die für bestimmte Beteiligungspositionen die Vergabe von 100 % Risikogewicht anstatt eines per Artikel 155 CRR im Rahmen der CRR/CRD 4-Vollumsetzung ermittelten Risikogewichtes zwischen 190 % und 370 % erlauben, um 1,3 Mrd € höher als die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen.

Obwohl diese Bestandsschutzregelung nicht bei der vollständigen Umsetzung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks gültig sein wird, nutzen wir sie dort weiterhin für eine kleine Anzahl an Beteiligungspositionen, begründet durch unser Ziel, die Auswirkungen des Auslaufs der Bestandsschutzregelung durch eine Veräußerung dieser Positionen bis zum Jahresende 2017 oder anderer Maßnahmen zu begegnen. Unser Beteiligungsportfolio, für das wir die Bestandsschutzregelung für Beteiligungspositionen bis zum Jahresende 2017 weiterhin anwenden, besteht aus 15 Positionen mit einem Gesamtwert von 220 Mio €, die für die Berechnung der RWA auf Basis einer CRR/CRD 4 Vollumsetzung ein Risikogewicht von 100 % anstelle eines Risikogewichts zwischen 190 % und 370 % erhalten. Wir beobachten eng die aktuellen Marktentwicklungen und mögliche Auswirkungen von illiquiden Märkten oder ähnlichen Erschwernissen, die eine Veräußerung dieser Positionen verhindern könnten. Ohne Anwendung der Bestandsschutzregelung für diese Transaktionen hätten sich deren RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung auf 816 Mio € belaufen, die RWA insgesamt somit auf maximal 358,1 Mrd € zum 31. Dezember 2016 anstelle der für den Konzern berichteten RWA bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung in Höhe von 357,5 Mrd € bei Anwendung der Bestandsschutzregelung. Würden wir die zugehörigen Harte Kernkapitalquote, Kernkapitalquote und Gesamtkapitalquote unter Nutzung von 358,1 Mrd € RWA berechnen, so blieben diese (aufgrund von Rundungen) unverändert bei 11,8 %, 13,1 % und 16,6 % die wir unter Anwendung der Bestandsschutzregelung angeben.

Zum 31. Dezember 2015 belief sich unser Beteiligungsportfolio, für das wir die Bestandsschutzregelung für Beteiligungspositionen angewandt haben, auf einen Gesamtwert von 1,5 Mrd €. Ohne Anwendung der Bestandsschutzregelung für diese Transaktionen würden sich deren RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung auf maximal 5,4 Mrd € belaufen, die RWA insgesamt somit auf maximal 400,7 Mrd €. Würden wir die zugehörigen Harte Kernkapitalquote, Kernkapitalquote und Gesamtkapitalquote unter Nutzung von 400,7 Mrd € RWA berechnen, so würden diese sich auf 11,0 %, 12,1 % und 15,2 % belaufen anstatt 11,1 %, 12,3 % und 15,4 %, die wir unter Anwendung der Bestandsschutzregelung angeben.

Die nachfolgende Tabelle stellt eine Analyse der wesentlichen Einflussgrößen auf die RWA-Bewegungen für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken sowie die kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung in der Berichtsperiode dar. Die Klassifizierung der wesentlichen Einflussgrößen auf die Entwicklung der RWA für das Kreditrisiko haben wir vollständig an die Vorgaben der Enhanced Disclosure Task Force (EDTF) angepasst.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko inklusive Gegenpartei-Kreditrisiko

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Kreditrisiko	Eigenmittelanforderungen	Kreditrisiko	Eigenmittelanforderungen
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenanfang	242.019	19.362	244.128	19.531
Portfoliogröße	- 8.085	- 647	- 4.822	- 386
Portfolioqualität	- 3.827	- 306	- 2.103	- 168
Modellanpassungen	2.328	186	728	58
Methoden und Grundsätze	- 1.280	- 102	- 3.346	- 268
Akquisitionen und Verkäufe	- 12.701	- 1.016	- 206	- 16
Fremdwährungsbewegungen	350	28	10.378	830
Sonstige	1.539	123	- 2.738	- 219
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenende	220.345	17.628	242.019	19.362

Davon: Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Gegenpartei-Kreditrisiko

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Gegenpartei-Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen	Gegenpartei-Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen
RWA-Bestand für Gegenpartei-Kreditrisiko am Periodenanfang	37.276	2.982	41.117	3.289
Portfoliogröße	-2.740	-219	-6.224	-498
Portfolioqualität	511	41	-95	-8
Modellanpassungen	1.439	115	0	0
Methoden und Grundsätze	-60	-5	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	-707	-57	0	0
Fremdwährungsbewegungen	-106	-8	2.479	198
Sonstige	0	0	0	0
RWA-Bestand für Gegenpartei-Kreditrisiko am Periodenende	35.614	2.849	37.276	2.982

Der Bereich „Portfoliogröße“ beinhaltet organische Veränderungen in der Buchgröße wie auch in der Zusammensetzung der Portfolios. Die Kategorie „Portfolioqualität“ beinhaltet hauptsächlich die Effekte von Bewegungen der RWA für das Kreditrisiko aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufungen, der Verlustquoten bei Ausfall, der regelmäßigen Rekalibrierungen der Modellparameter sowie zusätzlichen Anwendungen von Sicherheitenvereinbarungen. Die Kategorie „Modellanpassungen“ zeigt vornehmlich den Einfluss von Modellverbesserungen wie auch die zusätzliche Anwendung fortgeschrittener Modelle. Bewegungen der RWA, die aufgrund von externen, regulatorisch getriebenen Änderungen, zum Beispiel der Anwendung neuer regulatorischer Anforderungen, auftreten, werden im Abschnitt „Methoden und Grundsätze“ geführt. „Akquisitionen und Verkäufe“ beinhaltet ausschließlich signifikante Veränderungen der Portfoliozusammensetzung, welche durch neue Geschäftsaktivitäten oder Veräußerungen von bestehenden Geschäften gekennzeichnet sind. Die Kategorie „Sonstige“ enthält alle weiteren Änderungen, welche nicht den zuvor genannten Positionen zugeordnet werden können.

Der Rückgang der RWA für das Kreditrisiko um 9 % beziehungsweise 21,7 Mrd € seit dem 31. Dezember 2015 ist vor allem auf Rückgänge in den Kategorien „Akquisitionen und Verkäufe“ sowie „Portfoliogröße“ zurückzuführen. „Akquisitionen und Verkäufe“ reflektiert im Wesentlichen die Veräußerung der Anteile an der Hua Xia und der Abbey Life. Der Rückgang in der Kategorie „Portfoliogröße“ wird im wesentlichen durch den Risikoabbau in der Non-Core Operations Unit sowie einem generellen Abbau von Risikopositionswerten in Global Markets und Corporate & Investment Banking getrieben. Prozessverbesserungen und die Auswirkung von Rekalibrierungen risikorelevanter Parameter in der Kategorie „Portfolioqualität“ tragen ebenfalls zu dem Rückgang bei.

Der Anstieg in der Kategorie „Modellanpassungen“ in der Tabelle für das Gegenpartei-Kreditrisiko resultiert im Wesentlichen aus einer geänderten Behandlung der Nachschuss-Risikoperiode und dem allgemeinen Korrelationsrisiko für spezielle Derivateportfolien. Der Anstieg wurde teilweise durch eine Verbesserung der Kalkulation bei effektiven Fälligkeit für besicherte Kontrahenten reduziert. Der Anstieg in der Kategorie „Sonstige“ geht im Wesentlichen auf die Aufhebung des 15 %-Schwellenwertabzugs aufgrund der Veräußerung des Anteils an der Hua Xia Bank zurück, der zu höheren RWA für latente Steuerforderungen führt, die von der künftigen Profitabilität abhängen und aus steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen resultieren.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für Credit Valuation Adjustment

in Mio €	31.12. 2016		31.12. 2015	
	RWA-Bestand für CVA	Eigenmittel-anforderungen	RWA-Bestand für CVA	Eigenmittel-anforderungen
RWA-Bestand für CVA am Periodenanfang	15.877	1.270	21.203	1.696
Veränderungen des Risikovolumens	-5.600	-448	-5.591	-447
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	278	22	-1.552	-124
Modellverbesserungen	-1.000	-80	0	0
Methoden und Grundsätze	0	0	-77	-6
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen	-139	-11	1.894	152
RWA-Bestand für CVA am Periodenende	9.416	753	15.877	1.270

Die Entwicklung der CVA-RWA ist in mehrere Kategorien unterteilt: Veränderungen des Risikovolumens, die die Veränderungen der Portfoliogröße sowie -zusammenstellung beinhalten; Veränderungen der Marktdaten und Kalibrierungen umfassen Veränderungen in den Marktdaten, Volatilitäten sowie Rekalibrierungen; Modellverbesserungen beziehen sich auf Änderungen der Internen-Modell-Methode (IMM) für Kreditengagements oder auf Änderungen in den Value-at-Risk-Modellen, die für die RWA für CVA genutzt werden; Methoden und Grundsätze betreffen regulatorische Veränderungen. Jegliche signifikanten Unternehmensakquisitionen oder -verkäufe würden individuell hervorgehoben werden.

Per 31. Dezember 2016 beliefen sich die RWAs für CVA Risiken auf 9,4 Mrd € was einer Reduktion von 6,5 Mrd € (40 %) im Vergleich zu 15,9 Mrd € zum 31. Dezember 2015 entspricht. Diese Reduktion ist im Wesentlichen durch den Rückgang unseres OTC-Derivate Portfolios und eine Modelländerung im Bereich der in der Value-at-Risk-Berechnung verwandten Ratings getrieben.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko

in Mio €							31.12.2016
	VaR	SVaR	IRC	CRM	Anderes	RWA Insgesamt	Gesamtkapitalanforderungen
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	6.931	17.146	11.608	2.378	11.491	49.553	3.964
Risikovolumen	-655	-1.547	-2.716	-3.553	-8.852	-17.323	-1.386
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	403	0	0	0	2.018	2.421	194
Modellverbesserungen	-57	237	-230	0	0	-50	-4
Methoden und Grundsätze	-665	-1.565	0	1.475	0	-754	-60
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen	0	0	0	-27	-58	-84	-7
Sonstiges	0	0	0	0	0	0	0
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	5.957	14.271	8.662	273	4.599	33.762	2.701

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	49.553	64.209
Veränderungen des Risikovolumens	-17.323	-27.671
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	2.421	3.919
Modellverbesserungen	-50	1.501
Methoden und Grundsätze	-754	5.707
Akquisitionen und Verkäufe	0	0
Fremdwährungsbewegungen	-84	1.888
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	33.762	49.553

Die Analyse für das Marktrisiko umfasst Bewegungen in unseren internen Modellen für den Value-at-Risk, den Stress-Value-at-Risk, den Inkrementellen Risikoaufschlag, den Umfassenden Risikoansatz sowie Ergebnisse vom Marktrisiko-Standardansatz, welche in der Kategorie „Anderes“ zusammengefasst sind. Der Marktrisiko-Standardansatz umfasst Handelsbuchverbriefungen, nth-to-default-Kreditderivate, Langleblichkeitsrisiken, relevante Collective Investment Undertakings und das Marktirisiko RWA der Postbank.

Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie „Marktdaten und Rekalibrierungen“ enthalten. Veränderungen in unseren internen Modellen für Marktrisiko-RWA, wie Methodenverbesserungen oder Erweiterung des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie „Modellverbesserungen“ einbezogen. In der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ werden aufsichtsrechtlich vorgegebene Anpassungen unserer RWA-Modelle oder -Berechnungen berücksichtigt. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile „Akquisitionen und Verkäufe“ einbezogen. Effekte von Währungsbewegungen werden nur für CRM und Standardansatz Methoden berechnet.

Zum 31. Dezember 2016 betrug das RWA für Marktrisiko 33,8 Mrd €. Der RWA-Rückgang für Marktrisiken um 15,8 Mrd € (32 %) seit dem 31. Dezember 2015 ergab sich im Wesentlichen aus dem Rückgang in der Kategorie „Risikovolumen“. Dieser lässt sich auf eine signifikante Risikoreduzierung in der Non-Core Operations Unit zurückführen, welche sich sowohl auf den Umfassenden Risikoansatz als auch auf den vom Marktrisiko-Standardansatz für Verbriefungen auswirkte. Darüber hinaus trug ein reduziertes Exposure in Global Markets zu der Reduzierung in der Kategorie „Veränderungen des Risikovolumens“ über die anderen Marktrisikokomponenten hinweg bei.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko

in Mio €	31.12. 2016		31.12. 2015	
	RWA-Bestand für das operationelle Risiko	Eigenmittelanforderungen	RWA-Bestand für das operationelle Risiko	Eigenmittelanforderungen
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenanfang	89.923	7.194	67.082	5.367
Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern)	7.048	564	24.170	1.934
Veränderung der erwarteten Verluste	- 1.798	- 144	- 2.216	- 177
Zukunftsgerichtete Risikokomponente	- 1.140	- 91	163	13
Modellverbesserungen	- 358	- 29	724	58
Methoden und Grundsätze	- 1.000	- 80	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenende	92.675	7.414	89.923	7.194

Interne und externe Verluste werden unter der Kategorie „Veränderungen im Verlustprofil“ angezeigt. Die Kategorie „Veränderungen der erwarteten Verluste“ reflektiert die divisionale Planung der operationellen Verluste, wobei diese vom AMA Kapital unter bestimmten Einschränkungen abgezogen wird. Die Kategorie „Zukunftsgerichtete Risikokomponente“ repräsentiert die qualitative Anpassung (QA) und spiegelt die Effektivität und die Leistungsfähigkeit der laufenden Steuerung operationeller Risiken durch Key Risk Indicators und Self-Assessments wider. Das Geschäftsumfeld und interne Kontrollfaktoren stehen dabei im Mittelpunkt. Die Kategorie „Modellverbesserungen“ berücksichtigt Initiativen, um das Modell zu verbessern. Die Kategorie „Methoden und Grundsätze“ umfasst extern beeinflusste Veränderungen wie zum Beispiel regulatorische Aufschläge. Die Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe“ berücksichtigt signifikante Veränderungen des Risikoprofils aufgrund Neugeschäft oder Verkäufen.

Der Anstieg der risikogewichteten Aktiva um insgesamt 2,8 Mrd € resultierte vorrangig aus großen operationellen Risikoereignissen wie beispielsweise aufsichtsrechtlich bedingten Vergleichszahlungen von Finanzinstituten, die in unserem AMA-Modell berücksichtigt werden und unter der Kategorie „Veränderungen des Verlustprofils“ angezeigt werden. Die Auswirkung des am 23. Dezember 2016 verkündeten Vergleichs mit dem Department of Justice in den USA bezogen auf Untersuchungen im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities aus dem Zeitraum 2005 bis 2007 wurden analysiert. Zusammen mit weiteren Veränderungen unseres operationellen Risikoprofils wird die Angemessenheit der Kapitalanforderungen bestätigt.

Aufgrund der Implementierung einer Modellverbesserung für die Modellierung der Häufigkeitsverteilung im ersten Quartal wurde der Kapitalaufschlag im vierten Quartal zurückgenommen, den wir seit Beantragung der Modellverbesserung veranschlagt hatten, siehe „Modellverbesserungen“. Ferner haben wir im vierten Quartal auch den Kapitalaufschlag für IT-Risiken aufgrund der Abbildung von neuen Szenarien bezüglich IT-Risiken, wie unter „Methoden und Grundsätze“ beschrieben, zurückgenommen.

Weitere in den Modellverbesserungen enthaltene Auswirkungen auf die übrigen RWA-Komponenten des operationellen Risikos werden sich erwartungsgemäß im Einklang mit der Umsetzung der Modelländerungen einstellen, welche kürzlich von der gemeinschaftlichen Aufsicht („Joint Supervisory Team“) genehmigt wurde.

Ökonomisches Kapital

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die Definition des Kapitalangebots wurde im ersten Quartal 2016 weiter an die Vorschriften des CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerks angepasst. Der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden nun ebenfalls vom Säule 2 Kapitalangebot abgezogen, anstatt zur Kapitalanforderung addiert zu werden. Der Vorjahresvergleich wurde entsprechend angepasst.

Ökonomisches Kapitalangebot und ökonomischer Kapitalbedarf

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	31.12.2016	31.12.2015
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	59.833	62.678
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	- 440	- 407
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds ²	- 945	- 1.173
Aktive latente Steuern	- 8.666	- 7.762
Zusätzliche Bewertungsanpassung ³	- 1.398	- 1.877
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	- 297	- 106
Fonds baupartechnische Absicherung	- 231	- 291
Eigene Instrumente des harten Kernkapitals	- 45	- 62
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt ⁴	- 557	- 147
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁵	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	- 8.982	- 10.078
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	11.259	11.962
Tier-2-Kapitalinstrumente	8.003	8.016
Kapitalangebot	57.534	60.754
Ökonomischer Kapitalbedarf		
Kreditrisiko	13.105	13.685
Marktrisiko	14.593	17.436
Operationelles Risiko	10.488	10.243
Geschäftsrisiko	5.098	5.931
Diversifikationseffekte	- 7.846	- 8.852
Kapitalbedarf	35.438	38.442
Interne Kapitaladäquanzquote	162 %	158 %

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzgl. Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

³ Analog zum Abzug beim regulatorischen Kapital.

⁴ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁵ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 162 % zum 31. Dezember 2016 im Vergleich zu 158 % zum 31. Dezember 2015. Die Änderung der Quote resultierte aus dem Grund, dass das Kapitalangebot proportional weniger zurückgegangen ist als der Kapitalbedarf. Der Rückgang des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 2.8 Mrd € resultierte hauptsächlich aus unseren Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Der Rückgang der Hybriden Tier-1-Instrumente um 703 Mio € resultierte im Wesentlichen aus zurückgezahlten Kapitalinstrumenten. Der Rückgang der Kapitalanforderung resultiert aus dem niedrigeren Ökonomischen Kapitalbedarf (siehe Abschnitt „Risikoprofil“).

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement.

Verschuldungsquote

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und das Aktionärsvermögen auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Group Risk Committee (GRC). Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst.

Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen. Während das CRR/CRD 4 Rahmenwerk zur Zeit keine verbindliche Mindestverschuldungsquote vorgibt, die von den relevanten Finanzinstituten eingehalten werden muss, empfiehlt ein Gesetzesvorschlag, der am 23. November 2016 von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde, eine Mindestverschuldungsquote von 3 % einzuführen. Der Gesetzesvorschlag besagt, dass die Verschuldungsquote zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Vorschlags Anwendung findet, wird aber noch innerhalb der EU Institutionen diskutiert.

Wir berechnen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung gemäß Artikel 429 der CRR (Verordnung Nr. 575/2013), der mit der durch die Europäische Kommission am 10. Oktober 2014 verabschiedeten delegierten Verordnung (EU 2015/62), veröffentlicht am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union, geändert wurde.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote besteht aus den Komponenten Derivaten, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, außerbilanzielle Risikopositionen und andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte).

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Derivate wird auf Grundlage der regulatorischen Marktbewertungsmethode für Derivate, die die aktuellen Wiederbeschaffungskosten zuzüglich eines regulatorisch definierten Aufschlags für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert beinhaltet, berechnet. Sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind werden variable Barnachschusszahlungen von der Gesamtrisikopositionsmessgröße abgezogen: bei von Gegenparteien erhaltenen variablen Barnachschusszahlungen vom Anteil, der sich auf die aktuellen Wiederbeschaffungskosten von Derivaten bezieht und bei an Gegenparteien geleisteten variablen Barnachschusszahlungen von der Gesamtrisikopositionsmessgröße, die sich aus Forderungen ergibt, die als Vermögenswerte bilanziert wurden. Abzüge von Forderungen für in bar geleistete Nachschüsse bei Derivategeschäften werden in Tabelle Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote unter Risikopositionen aus Derivaten gezeigt. Der effektive Nominalwert für geschriebene Kreditderivate, das heißt der Nominalwert reduziert um alle negativen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die ins Kernkapital eingeflossen sind, ist in die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote eingerechnet. Die sich daraus ergebende Gesamtrisikopositionsmessgröße wird um den effektiven Nominalwert eines gekauften Kreditderivats auf den gleichen Referenznamen reduziert, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte beinhaltet die Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften, die mit Verbindlichkeiten aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften aufgerechnet werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Zusätzlich zu den Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften wird ein Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen in die Gesamtrisikopositionsmessgröße aufgenommen.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für außerbilanzielle Risikopositionen berücksichtigt die Gewichtungsfaktoren (Credit Conversion Factors) aus dem Standardansatz für das Kreditrisiko von 0 %, 20 %, 50 % oder 100 % je nach Risikokategorie, mit einer Untergrenze von 10 %.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) beinhaltet den Bilanzwert der jeweiligen Positionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) sowie aufsichtsrechtlichen Anpassungen für Positionen, die bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals abgezogen wurden.

Die folgenden Tabellen zeigen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote und die Verschuldungsquote, beide auf Basis einer Vollumsetzung, auf den Formularen der technischen Durchführungsstandards (ITS), welche von der Europäische Kommission mit Durchführungsverordnung (EU) 2016/200 der Kommission, die im Amtsblatt der Europäischen Union am 16. Februar 2016 veröffentlicht wurde, verabschiedet wurden:

Summarische Abstimmung zwischen bilanzierten Aktiva und Risikopositionen für die Verschuldungsquote

in Mrd €	31.12.2016	31.12.2015
Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	1.591	1.629
Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	0	3
Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	- 276	- 263
Anpassung für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	20	25
Anpassung für außerbilanzielle Posten (d. h. Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	102	109
Sonstige Anpassungen	- 90	- 107
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.348	1.395

Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2016	31.12.2015
Summe Risikopositionen aus Derivaten	177	215
Summe Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	135	164
Summe außerbilanzielle Risikopositionen	102	109
Sonstige bilanzwirksame Risikopositionen	948	924
Bei der Ermittlung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung abgezogene Aktivabeträge	- 15	- 17
Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung	46,8	48,7
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.348	1.395
Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das Kernkapital (in %)	3,5	3,5

Beschreibung der Faktoren, die die Verschuldungsquote in 2016 beeinflusst haben

Zum 31. Dezember 2016 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung 3,5 % verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2015, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 46,8 Mrd € im Verhältnis zur anzuwendenden Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.348 Mrd € (48,7 Mrd € sowie 1.395 Mrd € per 31. Dezember 2015).

Unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote unter Anwendung der Übergangsregelung betrug 4,1 % zum 31. Dezember 2016, sie wurde berechnet als Kernkapital unter Anwendung der Übergangsregelung in Höhe von 55,5 Mrd € dividiert durch die anzuwendende Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.350 Mrd €. Die Gesamtrisikopositionsmessgröße unter Anwendung der Übergangsregelung ist 2 Mrd € höher als auf Basis einer Vollumsetzung, da die bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogenen Aktivabeträge unter Anwendung der Übergangsregelung niedriger sind.

Im Laufe des Jahres 2016 verringerte sich unsere Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote um 48 Mrd € auf 1.348 Mrd €. Das spiegelt größtenteils einen Rückgang bei Derivaten um 38 Mrd € wider, der hauptsächlich auf geringere Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert sowie den effektiven Nominalwerten geschriebener Kreditderivate nach Aufrechnung zurückzuführen ist. Des Weiteren gab es einen Rückgang in Höhe von 29 Mrd € bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften, welcher den Rückgang in der Bilanz bei den Bilanzpositionen für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, und Prime-Brokerage-Geschäfte) widerspiegelt. Außerdem reduzierten sich außerbilanzielle Positionen um 7 Mrd €, was mit niedrigeren Nominalwerten bei unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten korrespondiert. Den genannten Rückgängen der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote steht ein Anstieg bei sonstigen bilanzwirksamen Risikopositionen um 25 Mrd € gegenüber, hauptsächlich durch die Erhöhung in der Bilanz bei Barreserven und Zentralbankeinlagen, teilweise kompensiert durch die Reduzierung der Bilanz bei Handelsaktiva, Forderungen aus dem Kreditgeschäft und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerten.

Der Rückgang unserer Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote im Laufe des Jahres 2016 enthält Währungseffekte in Höhe von 11 Mrd €, die hauptsächlich auf der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar beruhen und teilweise durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem Pfund Sterling kompensiert wurden.

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 25 zum 31. Dezember 2016, verglichen mit 24 zum 31. Dezember 2015.

Für die zentralen Treiber der Entwicklung des Kernkapitals verweisen wir auf den Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ dieses Berichts.

Kreditengagement

Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern resultieren aus dem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft, wozu Kredite und Eventualverbindlichkeiten ebenso zählen wie direkte Handelsaktivitäten mit Kunden in bestimmten Instrumenten einschließlich außerbörslich gehandelter Derivate, wie Devisentermingeschäfte und außerbörsliche Zinstermingeschäfte. Ausfallrisiken entstehen auch im Zusammenhang mit unseren Positionen in Beteiligungen und in gehandelten Kreditprodukten, wie Anleihen.

Wir definieren unser Kreditengagement, indem wir sämtliche Transaktionen berücksichtigen, bei denen Verluste eintreten können, die durch die Nichteinhaltung der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners verursacht werden.

Maximales Kreditrisiko

Die folgenden Tabellen zeigen für die angegebenen Stichtage unser maximales Kreditrisiko vor Berücksichtigung von Sicherheiten und sonstigen Maßnahmen zur Kreditrisikoreduzierung (Aufrechnungen und Absicherungen), die nicht für eine Verrechnung in unserer Bilanz infrage kommen. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Aufrechnungen beinhalten Effekte von rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsvereinbarungen sowie den Ausgleich negativer Marktwerte aus Derivaten durch Barsicherheiten. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Absicherungen beinhalten hauptsächlich Sicherheiten auf Immobilien, Sicherheiten in Form von liquiden Geldbeständen sowie als Sicherheit erhaltene Wertpapiere. Wir berücksichtigen für Absicherungen intern ermittelte Sicherheitsabschläge und begrenzen die Sicherheitenwerte zusätzlich auf die Höhe des jeweils besicherten Kreditengagements.

Maximales Kreditrisiko

in Mio € ¹	31.12.2016				
	Maximales Kreditrisiko ²	Kreditrisikoreduzierung			
		Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	Kreditrisikoreduzierung insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen	181.364	0	0	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	11.606	0	0	25	25
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	16.287	0	15.944	0	15.944
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.081	0	19.193	0	19.193
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁴	667.411	389.475	139.274	1.241	529.990
Handelsaktiva	95.410	0	3.601	1.007	4.607
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	485.150	386.727	64.438	164	451.329
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	86.850	2.748	71.235	70	74.054
davon:					
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	47.404	2.748	44.591	0	47.339
Forderungen aus Wertpapierleihen	21.136	0	20.918	0	20.918
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁴	54.275	0	560	28	589
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁵	413.455	0	210.776	30.189	240.965
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.206	0	0	0	0
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	76.036	39.567	1.061	80	40.708
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁶	52.341	0	5.094	8.661	13.756
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁶	166.063	0	8.251	7.454	15.705
Maximales Kreditrisiko	1.662.125	429.042	400.153	47.679	876.874

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (744.159 Mio €) und erworbener Absicherungen über Kreditderivate.

³ Kreditderivate werden mit den Nominalbeträgen der zugrunde liegenden Positionen dargestellt.

⁴ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

⁵ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁶ Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

in Mio € ¹	31.12.2015				
	Maximales Kreditrisiko ²	Kreditrisikoreduzierung			Kreditrisiko- reduzierung insgesamt
		Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate ³	
Barreserven und Zentralbankeinlagen	96.940	0	22	0	22
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	12.842	0	57	13	70
Forderungen aus übertragenen Zentralbank- einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	22.456	0	22.037	0	22.037
Forderungen aus Wertpapierleihen	33.557	0	32.031	0	32.031
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁴	734.449	409.317	152.858	699	562.874
Handelsaktiva	119.991	0	4.615	519	5.134
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	515.594	407.171	69.008	106	476.285
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	98.864	2.146	79.235	74	81.455
davon:					
Forderungen aus Wertpapierpensions- geschäften (Reverse Repos)	51.073	2.146	47.664	0	49.811
Forderungen aus Wertpapierleihen	21.489	0	21.154	0	21.154
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁴	71.368	0	760	0	760
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁵	432.777	0	207.923	30.188	238.111
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	78.978	58.478	386	365	59.229
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁶	57.325	0	5.730	8.166	13.897
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁶	174.549	0	6.973	6.275	13.248
Maximales Kreditrisiko	1.715.241	467.795	428.777	45.707	942.279

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (655.584 Mio €) und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate.

³ Erworbene Kreditabsicherungen werden mit den Nominalbeträgen der zugrunde liegenden Positionen dargestellt.

⁴ Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

⁵ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁶ Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

Der Rückgang des maximalen Kreditrisikos zum 31. Dezember 2016 war größtenteils durch einen Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 30,4 Mrd €, der Handelsaktiva um 24,6 Mrd €, der Forderungen aus dem Kreditgeschäft um 19,3 Mrd €, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte um 17,1 Mrd € und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte um 12,0 Mrd € getrieben, der teilweise durch einen Anstieg von Barreserven und Zentralbankeinlagen um 84,4 Mrd € kompensiert wurde.

In den Handelsaktiva waren zum 31. Dezember 2016 gehandelte festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 81,3 Mrd € (zum 31. Dezember 2015: 103,2 Mrd €) enthalten, die zu mehr als 81 % (zum 31. Dezember 2015: über 79 %) als „Investment-Grade“ eingestuft waren. Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte setzten sich überwiegend aus Schuldtiteln, von denen mehr als 98 % (zum 31. Dezember 2015: mehr als 95 %) als „Investment-Grade“ klassifiziert waren, zusammen.

Zur Kreditrisikominimierung eingesetzte Instrumente werden in drei Kategorien eingeteilt: Aufrechnungen, Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivate. Durch eine konservative Festlegung von Sicherheitenabschlägen und Nachbesicherungsverpflichtungen (Margin Calls) sowie eine vorsichtige Einschätzung der eingesetzten Sicherungsinstrumente durch Experten wird verhindert, dass Marktentwicklungen zu einem Anstieg unbesicherter Engagements führen. Alle Kategorien werden regelmäßig überwacht und überprüft. Grundsätzlich sind die eingesetzten Instrumente zur Kreditrisikominimierung diversifiziert und von angemessener Qualität. Sie bestehen weitestgehend aus Barmitteln, von Staaten mit hoher Bonitätseinstufung begebenen Staatsanleihen und Garantien von bonitätsmäßig gut eingestufteten Banken und Versicherungen. Diese Finanzinstitute sind im Wesentlichen in Westeuropa und den USA angesiedelt. Des Weiteren haben wir für das homogene Konsumentenkreditgeschäft Sicherheitenpools aus sehr liquiden Vermögenswerten und grundpfandrechtlichen Sicherheiten, die generell für Wohnimmobilien und hauptsächlich in Deutschland bestehen.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Wir leiten unsere Kreditqualität aus internen Bonitätseinstufungen ab und gruppieren die Engagements wie nachstehend gezeigt. Für weitere Details bezüglich interner Bonitätseinstufungen verweisen wir auf Abschnitt „Messung des Kreditrisikos“.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

	31.12.2016						
in Mio € ¹	iAAA–iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC und schlechter	Insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen	174.978	4.241	1.778	238	81	47	181.364
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	5.546	3.452	1.612	689	112	195	11.606
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	3.542	7.734	1.028	2.624	1.338	22	16.287
Forderungen aus Wertpapierleihen	16.036	2.882	802	343	18	0	20.081
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	277.645	258.627	61.162	52.904	11.183	5.889	667.411
Handelsaktiva	46.398	10.956	12.024	17.729	5.833	2.471	95.410
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	188.037	234.491	38.113	19.138	3.297	2.073	485.150
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	43.211	13.180	11.024	16.037	2.053	1.344	86.850
davon:							
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	13.622	10.684	7.401	13.667	1.165	866	47.404
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften	18.697	1.498	937	4	0	0	21.136
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	42.808	6.616	2.106	577	72	254	52.433
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	44.116	52.421	127.682	121.213	42.941	14.273	402.645
davon:							
Nach IAS 39 zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet	54	28	341	26	68	87	604
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.206	0	0	0	0	0	3.206
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	26.594	25.791	9.656	13.091	630	273	76.036
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁴	5.699	13.712	16.753	9.663	4.477	2.038	52.341
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁴	21.479	45.635	47.480	29.274	18.173	4.022	166.063
Insgesamt	621.650	421.112	270.058	230.615	79.025	27.013	1.649.473

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

³ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

	31.12.2015						
in Mio € ¹	iAAA–iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC und schlechter	Insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen	91.154	2.377	1.918	1.311	68	111	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	4.606	5.450	877	957	18	935	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	3.607	15.590	1.870	1.234	37	118	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	24.306	5.380	1.461	2.361	49	0	33.557
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	287.102	302.873	65.479	59.148	13.177	6.669	734.449
Handelsaktiva	55.319	14.526	15.837	24.971	5.558	3.780	119.991
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	184.183	271.328	36.100	17.265	4.894	1.824	515.594
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	47.601	17.019	13.543	16.912	2.724	1.065	98.864
davon:							
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	15.371	10.120	10.053	13.699	968	863	51.073
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften	17.629	3.819	8	33	0	0	21.489
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	59.157	4.519	2.070	3.404	159	219	69.528
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	52.022	59.376	123.334	136.404	40.348	9.387	420.871
davon:							
Nach IAS 39 zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet	1.672	461	878	627	76	397	4.110
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	30.724	26.465	6.924	13.615	941	308	78.978
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁴	6.384	15.464	18.283	10.827	4.668	1.700	57.325
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁴	23.035	46.220	44.603	37.643	21.212	1.834	174.549
Insgesamt	582.099	483.714	266.820	266.904	80.678	21.282	1.701.495

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

³ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

Der Rückgang des Kreditrisikos um 52,0 Mrd € zum 31. Dezember 2016 war größtenteils durch einen Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit „Investment-Grade“ Rating getrieben, insbesondere in der Ratingkategorie iA.

Wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien

In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und außerbörslich gehandelte Derivate, gehandelte Kredite, gehandelte festverzinsliche Wertpapiere, zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere sowie Wertpapierpensionsgeschäfte:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und sonstige ähnliche Arrangements (im Wesentlichen Haftungsübernahmeerklärungen).

- „Außerbörslich gehandelte Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nach Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten.
- „Gehandelte Kredite“ werden erworben und gehalten mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs, oder die materiellen Risiken werden sämtlich abgesichert oder verkauft. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
- „Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere“ beinhalten Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, die mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs erworben werden. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
- „Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere“ bezeichnen Schuldverschreibungen, Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, welche zu fixen Bedingungen begeben werden und durch den Emittenten zurückgekauft werden können, die wir als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert haben.
- „Wertpapierpensionsgeschäfte“ sind Rückkaufs- und Leihegeschäfte von Wertpapieren oder Rohwaren vor Anwendung der bilanziellen Aufrechnung und erhaltenen Sicherheiten.

In den nachfolgenden Tabellen sind folgende Produkte nicht enthalten, obwohl wir sie bei der Kreditrisikoüberwachung berücksichtigen: Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklungen, Barreserven und Zentralbankeinlagen, Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken), zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, Forderungen aus Zinsabgrenzungen, bilanzwirksame Verbriefungspositionen („Traditional“) und Beteiligungen.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Unternehmensbereichen

31.12.2016									
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁵	Insgesamt
Global Markets	62.567	22.006	656	42.711	11.240	72.180	3.296	91.561	306.216
Corporate & Investment Banking	82.620	126.593	48.123	520	1.756	162	272	6.574	266.619
Private, Wealth and Commercial Clients	159.658	9.139	2.664	317	0	1	139	0	171.918
Deutsche Asset Management	343	55	21	27	7	2.569	26	0	3.047
Postbank	104.728	7.837	320	420	0	0	17.220	4.290	134.816
Non-Core Operations Unit	3.133	131	434	175	191	257	0	34	4.355
Consolidation & Adjustments and Other	407	302	123	24	0	6.124	33.768	2.450	43.197
Insgesamt	413.455	166.063	52.341	44.193	13.193	81.293	54.722	104.909	930.169

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 7,4 Mrd € zum 31. Dezember 2016.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016 im Zusammenhang mit Konsumentenkreditengagements.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere.

⁵ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2015

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Global Markets	58.092	25.467	1.292	44.824	13.905	85.454	3.454	110.581	343.069
Corporate & Investment Banking	97.280	129.420	51.005	503	1.176	147	326	9.986	289.843
Private, Wealth and Commercial Clients	163.772	11.383	3.738	314	0	13	161	0	179.381
Deutsche Asset Management	265	63	22	406	10	4.296	3.281	0	8.343
Postbank	103.525	5.798	336	344	0	0	17.128	7.132	134.263
Non-Core Operations Unit	9.335	1.642	784	2.625	368	6.934	1.932	14	23.634
Consolidation & Adjustments and Other	508	775	149	37	0	6.368	41.985	862	50.684
Insgesamt	432.777	174.549	57.325	49.053	15.459	103.212	68.266	128.575	1.029.215

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 8,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Im Rahmen unserer Resegmentierung wurden alle Treasury Aktivitäten ab 2016 Consolidation & Adjustments zugeordnet. Den wesentlichen Beitrag zum Kreditrisikoengagement in Consolidation & Adjustments liefert die Treasury Liquiditätsreserve. Mit Treasury assoziierte Finanzressourcen werden auf Ebene der Bilanzsumme und nicht auf Einzel Ebene auf die Geschäftsbereiche allokiert. Eine Allokation auf die wichtigsten Kreditrisikokategorien würde das Kreditrisikoengagement in Consolidation & Adjustments zum 31. Dezember 2016 auf insgesamt 8,9 Mrd € und zum 31. Dezember 2015 auf 9,2 Mrd € reduzieren und in den anderen Geschäftsbereichen entsprechend erhöhen.

Unsere wesentlichen Kreditrisikoengagements verringerten sich um 99,0 Mrd €

- Gegliedert nach Unternehmensbereichen kann eine Reduzierung des Engagements über alle Unternehmensbereiche mit Ausnahme der Postbank beobachtet werden. Unser Engagement in Global Markets verringerte sich um 36,9 Mrd € und in Corporate & Investment Banking um 23,2 Mrd €. Unsere Non-Core Operations Unit erzielte einen gesteuerten Abbau von 19,3 Mrd €.
- Aus Produktsicht wurden große Reduzierungen für Wertpapierpensionsgeschäfte, gehandelte festverzinsliche Wertpapiere, Kredite und festverzinsliche Wertpapiere beobachtet.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Branchen

31.12.2016									
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁵	Insgesamt
Finanzintermediation	49.630	31.296	10.189	22.554	3.115	19.580	16.452	104.095	256.911
Fondsmanagement	26.062	6.843	53	1.441	115	1.322	183	59	36.077
Verarbeitendes									
Gewerbe	29.932	41.801	15.067	2.850	1.658	2.368	302	2	93.980
Handel	16.733	10.473	5.607	518	443	556	30	0	34.360
Private Haushalte	187.862	9.936	1.267	652	105	2	0	0	199.825
Gewerbliche									
Immobilien	27.324	4.372	512	1.780	2.015	861	78	67	37.008
Öffentliche Haushalte	15.707	1.795	189	6.457	629	47.265	35.515	480	108.037
Sonstige	60.206	59.548	19.456	7.941	5.114	9.339	2.162	205	163.972
Insgesamt	413.455	166.063	52.341	44.193	13.193	81.293	54.722	104.909	930.169

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 7,4 Mrd € zum 31. Dezember 2016.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016 im Zusammenhang mit Konsumentenkreditengagements.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere.

⁵ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2015									
in Mio €	Kredite ^{1,2}	Unwiderrufliche Kreditzusagen ^{2,3}	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ⁴	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁵	Insgesamt
Finanzintermediation	61.357	33.391	11.717	26.539	3.815	24.761	23.772	124.340	309.692
Fondsmanagement	25.923	8.952	381	1.601	118	2.303	461	237	39.976
Verarbeitendes									
Gewerbe	27.937	40.969	17.192	2.885	1.500	2.341	314	0	93.137
Handel	18.209	12.594	5.424	1.038	499	564	95	1	38.423
Private Haushalte	200.818	11.638	2.013	719	128	0	0	34	215.350
Gewerbliche									
Immobilien	22.578	4.803	681	1.812	3.429	738	205	40	34.285
Öffentliche Haushalte	17.113	2.510	280	6.170	491	55.774	39.085	2.242	123.664
Sonstige	58.842	59.692	19.636	8.289	5.478	16.731	4.333	1.680	174.688
Insgesamt	432.777	174.549	57.325	49.053	15.459	103.212	68.266	128.575	1.029.215

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 8,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

² Vorjahreswerte wurden angepasst um Veränderungen bei den Branchen zu reflektieren.

³ Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit Konsumentenkreditengagements.

⁴ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁵ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Die obige Tabelle gibt eine Übersicht über unser Kreditengagement nach Branchen; Zuordnungskriterium hierfür ist die NACE-Klassifikation des Vertragspartners mit dem wir Geschäfte machen.

Aus Branchensicht war unser Kreditengagement im Vergleich zum Vorjahr geringer. Unser Engagement verringerte sich gegenüber der Branche Finanzintermediation um 52,8 Mrd € und Öffentliche Haushalte um 15,6 Mrd €, hauptsächlich durch ein verringertes Engagement bei Wertpapierpensionsgeschäften und gehandelte festverzinsliche Wertpapieren. Das Engagement gegenüber privaten Haushalten verringerte sich um 15,5 Mrd € größtenteils durch einen geringeren Bestand an Krediten.

Unser Kreditengagement in den Branchen Finanzintermediation, verarbeitendes Gewerbe sowie im öffentlichen Sektor umfasst vorwiegend Kredite mit Bonitätseinstufungen im „Investment-Grade“-Bereich. Das Portfolio unterliegt den Kreditvergabestandards, die in unseren „Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken“ festgelegt sind. Dazu gehören verschiedene Kontrollen zur Risikokonzentration hinsichtlich Einzeladressen, Ländern und Branchen sowie produktbezogenen Konzentrationen.

Wesentliche Transaktionen, wie Kreditvergaben mit dem Zweck der Syndizierung, werden von Entscheidungsträgern mit hoher Kreditkompetenz und (je nach Transaktionsvolumen) einem Kreditausschuss und/oder dem Vorstand überprüft. Auf die Strukturierung solcher Transaktionen wird ein großes Augenmerk gelegt, um sicherzustellen, dass Risikorückführungen zeitnah und kosteneffizient erreicht werden. Kreditengagements in diesen Kategorien bestehen zumeist gegenüber Kreditnehmern guter Qualität und unterliegen ebenfalls Maßnahmen zur Risikominderung gemäß der Beschreibung der Aktivitäten unserer Credit Portfolio Strategies Group.

Unser Kreditengagement gegenüber privaten Haushalten betrug 187,9 Mrd € zum 31. Dezember 2016 (zum 31. Dezember 2015: 200,8 Mrd €) und ist größtenteils den Unternehmensbereichen PCC und Postbank zugeordnet. Hypothekenkredite machten 150,6 Mrd € (80 %) des Portfolios aus, davon waren 119,5 Mrd € in Deutschland. Der übrige Teil des Portfolios (37,6 Mrd €, 20 %) stand in erster Linie im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditgeschäft. Angesichts der Homogenität dieses Portfolios werden die Kreditwürdigkeit unserer Geschäftspartner sowie die Bonitätseinstufung über eine automatisierte Entscheidungslogik (Decision Engine) ermittelt.

Hauptzweck des Hypothekengeschäfts ist die Finanzierung eigengenutzter Immobilien, die über verschiedene Kanäle in Europa, insbesondere in Deutschland, aber auch in Spanien, Italien und Polen, verkauft werden. Dabei übersteigt das Engagement in der Regel nicht den Immobilienwert. Das Konsumentenkreditgeschäft besteht aus den Produkten „Individuelle Ratenkredite“, „Kreditlinien“ und „Kreditkarten“. Es gelten verschiedene Anforderungen an die Kreditvergabe, wie zum Beispiel maximale Kreditbeträge und Laufzeiten, die je nach den regionalen Bedingungen und privaten Umständen des Kreditnehmers variieren (so wird beispielsweise der Maximalbetrag für einen Konsumentenkredit an das Nettohaushaltseinkommen angepasst). Die Zinssätze werden vor allem in Deutschland meistens für einen bestimmten Zeitraum festgelegt. Durch ein zweitrangiges Pfandrecht besicherte Kredite werden nicht aktiv vertrieben.

Die Höhe des Kreditrisikos des Baufinanzierungsportfolios wird im Wesentlichen durch die Bewertung der Kundenqualität und der zugrunde liegenden Sicherheit bestimmt. Die Kreditbeträge sind im Allgemeinen höher als Konsumentenkredite und werden für einen längeren Zeitraum gewährt. Das Risiko des Konsumentenkreditgeschäfts hängt von der Qualität des Kreditnehmers ab. Da diese Kredite nicht besichert sind, sind im Vergleich zu Hypothekenkrediten die Kreditbeträge geringer und die Laufzeiten kürzer. Auf der Grundlage unserer Kriterien und Prozesse für die Kreditvergabe, diversifizierter Portfolios (Kunden/Immobilien) und geringer Beleihungsausläufe wird das Risiko im Hypothekengeschäft als niedrig und das im Konsumentenfinanzierungsgeschäft als mittel eingestuft.

Unsere gewerblichen Immobilienkredite werden grundsätzlich durch erstrangige Hypotheken, hauptsächlich in den USA und Europa, auf die zugrunde liegende Immobilie besichert. Dabei wurden die Kreditvergabestandards 2016 eingehalten, die in den vorgenannten „Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken“ definiert wurden (das heißt, die Bonitätseinstufung geht der Kreditgenehmigung auf der Grundlage einer zugewiesenen Kreditgenehmigungskompetenz voraus). Ferner gelten für Kredite zusätzliche Richtlinien für die Risikoübernahme und Vorgaben, wie beispielsweise Beleihungsquoten von in der Regel unter 75 %. Zusätzlich holt unser Bewertungsteam, welches Teil unseres unabhängigen Kreditrisikomanagements ist, aufgrund der Bedeutung der zugrunde liegenden Sicherheit externe Gutachten für alle besicherten Kredite ein. Dieses Bewertungsteam überprüft und hinterfragt die gemeldeten Immobilienwerte regelmäßig.

Die Commercial Real Estate Group behält nur in Ausnahmefällen Mezzanine- oder andere Junior- Tranchen (obwohl wir Mezzanine-Kredite auch zeichnen). Die Postbank hält allerdings ein nicht nennenswertes Unterportfolio mit Junior-Tranchen. Für die Verbriefung begebene Kredite werden sorgfältig unter einem Produktlimit überwacht. Verbriefte Kredite werden vollständig verkauft (sofern nicht die aufsichtsrechtliche Anforderung besteht, das ökonomische Risiko bei der Bank zu belassen), während wir häufig einen Teil der syndizierten Bankenkredite behalten. Das bei der Deutschen Bank verbleibende Portfolio, welches zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, unterliegt ebenfalls den vorgenannten Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken. Wir stellen auf der Grundlage konservativer Vergabestandards auch unbesicherte Kreditlinien für Immobilienfonds und sonstige Publikumsgesellschaften mit guter Kapitalausstattung in der Regel mit Investment-Grade Einstufung zur Verfügung. Wir stellen sowohl festverzinsliche (im Allgemeinen verbrieft Produkte) als auch variabel verzinsliche Kredite bereit, welche wir gegen Zinsänderungsrisiken absichern. Darüber hinaus werden problembehaftete und leistungsgestörte Kredite und Kreditportfolios grundsätzlich mit einem erheblichen Abschlag auf die Nominalbeträge und die aktuellen Sicherheitenwerte von anderen Finanzinstituten erworben. Es existiert ein stringenter Genehmigungsprozess, und das Risiko wird über getrennte Portfoliolimite gesteuert. Die Bewertung gewerblicher Immobilien und Mieteinnahmen können stark von makroökonomischen Bedingungen und idiosynkratischen Risiken beeinflusst werden. Dementsprechend erhält das Portfolio eine höhere Risikoeinstufung und unterliegt der vorgenannten engen Begrenzung bezüglich Konzentrationsbildung. Unsere Engagements in NCOU wurden im Jahresverlauf weiter reduziert und betragen inzwischen weniger als 3 % des gesamten Commercial Real Estate Portfolio.

Die Kategorie Sonstige Kredite beinhaltet 60,2 Mrd € zum 31. Dezember 2016 (58,8 Mrd € zum 31. Dezember 2015) und umfasst zahlreiche kleinere Branchen, wobei auf keine einzelne Branche mehr als 6 % der Kredite insgesamt entfallen.

Unser Kreditengagement gegenüber den zehn größten Kunden belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 7 % des gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien, verglichen mit 6 % zum 31. Dezember 2015. Unsere zehn größten Kreditengagements bestanden gegenüber Kunden mit guter Bonitätsbewertung oder bezogen sich ansonsten auf strukturierte Kredite mit einem hohen Maß an Risikominderungen.

Unser Kreditengagement in jeder der unter Beobachtung stehenden Branchen "Öl & Gas", „Metalle, Bergbau & Stahl“ und „Schifffahrt“ beträgt weniger als 2 % im Verhältnis zum gesamten Kreditengagement.

Unser Kreditengagement in der Öl & Gas Branche beträgt rund 8 Mrd €. Rund 50 % unseres Kreditengagements ist investment grade, hauptsächlich in den belastbareren Segmenten Ölkonzerne und staatliche Ölfirmen. Weniger als 25 % unseres Öl & Gas Kreditportfolios befindet sich in Bereichen mit erhöhtem Risiko, die von niedrigem Ölpreis betroffen sind, zum Beispiel sub-investmentgrade Anteil in Exploration & Production (hauptsächlich besichert) und das Segment Öl & Gas Services & Equipment.

Unser Kreditengagement in unserem Portfolio "Metalle, Bergbau und Stahl" beträgt rund 6 Mrd €. Dieses Portfolio hat eine geringere Kreditqualität im Vergleich zum gesamten Kreditportfolio und hat einen Investmentgrade-Anteil von nur 27 %. Vergleichbar zur Branchenstruktur, befindet sich ein wesentlicher Anteil des Portfolios in Schwellenländern. Unsere Strategie ist, dieses Kreditportfolio zu reduzieren angesichts der gestiegenen Risiken in der Branche, insbesondere angesichts des Überangebotes mit dem Ergebnis von Preis- und Margendruck.

Unser Kreditengagement in der Schifffahrtsbranche beträgt rund 5 Mrd €, und ist weitestgehend besichert. Das Portfolio ist diversifiziert über die Schiffstypen mit globalem Risikoprofil und diversifizierten Ertragsquellen, trotz der Tatsache, dass eine Mehrzahl der Kunden in Europa angesiedelt ist. Ein hoher Anteil des Portfolios ist Subinvestmentgrade bewertet um die andauernden, herausfordernden Marktbedingungen der letzten Jahre abzubilden. Das Engagement gegenüber dem Deutschen „KG“ Sektor beträgt weniger als 10 % des gesamten Schiffsengagements.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Region

31.12.2016

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁵	Insgesamt
Deutschland	197.368	27.954	11.511	2.636	236	3.070	12.970	5.571	261.316
Westeuropa (ohne Deutschland)	96.297	36.496	15.798	22.852	2.800	19.565	26.755	18.811	239.375
davon:									
Frankreich	2.703	5.854	1.373	1.436	216	2.255	4.866	1.830	20.534
Luxemburg	19.312	2.998	575	1.521	330	1.228	7.179	372	33.515
Niederlande	8.934	6.370	1.749	3.270	224	2.164	4.143	474	27.328
Großbritannien	7.942	7.331	1.422	7.925	519	4.224	1.929	9.327	40.620
Osteuropa	9.664	1.475	1.437	456	1.121	1.288	1.713	36	17.191
davon:									
Polen	7.402	702	208	65	6	281	1.542	0	10.205
Russland	836	432	425	38	645	174	77	0	2.626
Nordamerika	69.921	92.699	12.013	12.162	6.471	36.332	11.444	61.771	302.814
davon:									
Kanada	2.247	2.288	163	1.723	112	628	249	95	7.505
Cayman Islands	2.993	1.045	86	725	37	1.215	24	11.679	17.804
USA	56.567	87.503	11.336	9.307	6.181	30.961	10.843	47.528	260.225
Mittel- und Südamerika	5.338	1.113	1.196	1.020	621	1.975	202	890	12.356
davon:									
Brasilien	1.655	178	626	207	61	843	179	594	4.342
Mexiko	618	414	170	299	73	561	0	10	2.145
Asien/Pazifik	31.644	5.782	9.958	4.753	1.606	18.525	1.425	17.515	91.208
davon:									
China	2.953	722	1.113	446	11	687	0	1.945	7.877
Japan	888	299	350	941	95	3.932	17	9.002	15.522
Südkorea	1.393	59	767	692	0	1.609	0	0	4.521
Afrika	2.045	421	387	164	335	419	0	314	4.085
Sonstige	1.178	122	40	150	3	119	212	0	1.825
Insgesamt	413.455	166.063	52.341	44.193	13.193	81.293	54.722	104.909	930.169

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 7,4 Mrd € zum 31. Dezember 2016.² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016 im Zusammenhang mit Konsumentenkreditengagements.³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere.⁵ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

31.12.2015									
in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte ⁴	Insgesamt
Deutschland	203.387	23.621	11.663	3.044	530	5.065	20.080	6.568	273.957
Westeuropa (ohne Deutschland)	100.414	42.700	17.525	21.156	3.237	21.463	37.684	30.240	274.420
davon:									
Frankreich	2.335	5.904	1.535	1.015	279	3.445	6.875	3.514	24.901
Luxemburg	19.890	3.140	648	1.629	481	1.746	9.937	318	37.790
Niederlande	10.405	5.851	2.348	3.498	297	2.508	6.243	456	31.606
Großbritannien	8.828	9.880	1.608	6.161	508	4.614	4.762	16.352	52.713
Osteuropa	10.319	1.946	1.650	450	1.409	2.738	244	55	18.811
davon:									
Polen	7.434	705	281	50	0	1.640	85	0	10.195
Russland	1.295	533	583	42	953	113	0	1	3.520
Nordamerika	72.008	96.310	14.154	14.468	6.784	50.842	7.890	74.061	336.517
davon:									
Kanada	1.481	2.391	590	1.764	54	1.016	659	1.676	9.631
Cayman Islands	2.882	1.931	91	919	149	1.724	62	12.459	20.216
USA	60.991	90.773	12.966	11.367	6.146	47.786	7.158	58.496	295.683
Mittel- und Südamerika	6.506	1.111	1.218	1.706	731	2.345	25	1.240	14.883
davon:									
Brasilien	2.267	344	587	458	53	1.191	4	526	5.430
Mexiko	731	102	91	331	107	363	19	378	2.121
Asien/Pazifik	37.202	7.685	10.321	7.901	2.201	20.372	2.075	14.794	102.551
davon:									
China	5.646	1.005	954	571	32	976	0	964	10.149
Japan	848	336	357	1.348	41	3.930	22	5.556	12.438
Südkorea	2.158	16	919	1.000	0	1.359	8	0	5.460
Afrika	2.123	501	537	300	227	324	100	351	4.464
Sonstige	817	674	258	29	340	62	166	1.266	3.612
Insgesamt	432.777	174.549	57.325	49.053	15.459	103.212	68.266	128.575	1.029.215

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 8,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit Konsumentenkreditengagements.

³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.

⁴ Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Die obige Tabelle gibt eine Übersicht über unser Kreditengagement nach Region. Das Zuordnungskriterium hierfür ist das Sitzland des Vertragspartners. Siehe dazu auch Abschnitt „Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone“ in diesem Bericht für eine detaillierte Diskussion der „Sitzland-Perspektive“.

Die größten Kreditrisikokonzentrationen aus regionaler Sicht in Bezug auf Kredite bestanden in unserem Heimatmarkt Deutschland mit einem hohen Anteil privater Haushalte. Dieses Engagement macht einen Großteil unseres Immobilienfinanzierungsgeschäfts aus.

Bei außerbörslichen Derivaten, handelbaren Vermögenswerten und Wertpapierpensionsgeschäften bestanden aus regionaler Sicht die größten Konzentrationen in Westeuropa (ohne Deutschland) und Nordamerika. Aus Branchensicht haben Engagements aus außerbörslich gehandelten Derivaten, handelbaren Vermögenswerten sowie Wertpapierpensionsgeschäften einen wesentlichen Anteil in der Branche Finanzintermediation mit einem sehr guten Rating. Für handelbare Vermögenswerte bestand auch ein großer Anteil an Kreditrisiko mit dem öffentlichen Sektor.

Unser Gesamtbestand an Krediten verringerte sich zum 31. Dezember 2016 auf 413,5 Mrd € gegenüber 432,8 Mrd € zum 31. Dezember 2015 an, hauptsächlich in den Regionen Deutschland und Asien/Pazifik. Innerhalb der Branchen lag der größte Rückgang bei den Privaten Haushalten und Finanzintermediation. Die Reduzierung von Krediten in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ist hauptsächlich bedingt durch einen gesteuerten Abbau in Corporate & Investment Banking und unserer Non-Core Operations Unit, mit dem Ziel der Reduktion risikogewichteter Aktiva.

Der Rückgang bei Wertpapierpensionsgeschäften um 23,7 Mrd €, größtenteils in Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland), war hauptsächlich auf einen geringeren Finanzierungsbedarf sowohl auf Kundenbilanz- als auch auf Bank-Seite sowie durch einen niedrigeren Bedarf zur Abdeckung von Short-Positionen zurückzuführen.

Kreditengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehender Tabelle ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben.

In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Die folgende, auf der Sitzland-Perspektive basierende Tabelle zeigt unsere Bruttosition, die darin enthaltenen nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „nicht gezogen“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen Ländern der Eurozone. Die Bruttosition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung gekaufter Besicherung durch Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltenen Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere im Retail Portfolio gehalten, aber auch gegenüber Finanzinstituten – vorwiegend basierend auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – und gegenüber Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. In einigen Fällen ist die Möglichkeit der Geschäftspartner für Ziehungen unter den verfügbaren Fazilitäten durch die spezifischen Vertragsvereinbarungen eingeschränkt. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen, inklusive der nominalen Nettosition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten, gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte europäische Länder beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sind. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttoposition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten europäischen Ländern – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt	
	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2016	31.12. 2015 ¹	31.12. 2016 ¹	31.12. 2015
Griechenland												
Brutto	89	0	743	732	986	1.539	6	7	0	0	1.824	2.277
nicht gezogen	0	0	31	23	21	118	0	0	0	0	52	142
Netto	83	0	258	237	15	95	1	1	0	0	357	333
Irland												
Brutto	826	459	908	998	9.280	8.752	31	35	3.263 ²	4.361 ²	14.308	14.605
nicht gezogen	0	0	42	23	2.000	2.568	1	0	172 ²	393 ²	2.214	2.984
Netto	569	28	352	528	5.374	5.327	5	5	3.459 ²	4.347 ²	9.759	10.235
Italien												
Brutto	2.735	4.048	3.051	2.421	10.591	10.642	17.122	17.841	358	470	33.857	35.421
nicht gezogen	32	25	74	73	4.730	4.622	208	148	26	24	5.069	4.892
Netto	438	507	920	754	7.514	7.093	7.288	6.989	344	448	16.504	15.792
Portugal												
Brutto	61	112	127	260	1.424	1.509	1.674	1.743	65	59	3.352	3.684
nicht gezogen	0	0	12	22	232	210	12	25	0	0	256	258
Netto	79	64	73	181	1.205	1.111	143	202	65	59	1.564	1.616
Spanien												
Brutto	1.325	729	1.947	1.292	8.340	9.350	9.770	9.928	112	257	21.493	21.556
nicht gezogen	0	0	261	203	4.310	4.235	283	298	3	14	4.858	4.750
Netto	1.195	757	971	516	6.643	6.838	1.935	1.872	265	476	11.009	10.458
Brutto insgesamt	5.037	5.348	6.776	5.703	30.621	31.792	28.603	29.553	3.797	5.147	74.835	77.544
nicht gezogen	33	25	419	344	11.292	11.754	504	472	202	431	12.449	13.026
Netto insgesamt³	2.364	1.356	2.574	2.216	20.751	20.463	9.371	9.069	4.133	5.330	39.194	38.434

¹ Ungefähr 68 % des Gesamtengagements zum 31. Dezember 2016 wird innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

² Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

³ Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 281 Mio € zum 31. Dezember 2016 und 159 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten europäischen Ländern erhöhte sich im Jahr 2016 um 760 Mio €. Der Anstieg war hauptsächlich auf höhere Engagements in Italien und Spanien zurückzuführen, der teilweise durch ein niedrigeres Engagement in Irland kompensiert wurde.

Kreditengagement gegenüber ausgewählten europäischen Ländern

Die in der Tabelle dargestellten Beträge reflektieren die Netto-„Sitzland-Perspektive“ unserer Kreditengagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder

in Mio €	31.12.2016				31.12.2015			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	89	-6	83	2	0	0	0	0
Irland	569	0	569	74	55	-28	28	1
Italien	2.662	-2.223	438	398	3.989	-3.482	507	36
Portugal	61	17	79	-8	112	-48	64	-9
Spanien	1.322	-127	1.195	279	725	32	757	-12
Insgesamt	4.703	-2.339	2.364	744	4.881	-3.526	1.356	17

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Der Anstieg des Nettokreditengagements gegenüber Staaten im Vergleich zum Jahresende 2015 um 1,0 Mrd € resultierte hauptsächlich aus Änderungen in den Beständen an Staatspapieren von Irland und Spanien.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet zum 31. Dezember 2016 Bilanzpositionen, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden. Hiervon betragen die Anteile für staatliche Kredite gegenüber Italien 261 Mio € und gegenüber Spanien 401 Mio € zum 31. Dezember 2016, gegenüber 273 Mio € für Italien und 478 Mio € für Spanien zum 31. Dezember 2015.

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren, standardisierten, homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatkredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Die folgenden Tabellen zeigen unser Firmenkreditengagement nach Produktarten und unseren internen Bonitätsklassen. Für weitere Details bezüglich interner Bonitätseinstufungen verweisen wir auf Abschnitt „Messung des Kreditrisikos“.

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner – brutto

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2016

Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in % ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außenbörslich gehandelte Derivate ³	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0,00 ≤ 0,04	43.149	21.479	5.699	16.408	46.014	132.749
iA	> 0,04 ≤ 0,11	39.734	45.635	13.712	12.566	6.616	118.264
iBBB	> 0,11 ≤ 0,5	57.287	47.480	16.753	8.300	1.696	131.515
iBB	> 0,5 ≤ 2,27	46.496	29.274	9.663	5.333	366	91.132
iB	> 2,27 ≤ 10,22	22.920	18.173	4.477	1.053	9	46.631
iCC und schlechter	> 10,22 ≤ 100	15.069	4.022	2.038	533	21	21.683
Insgesamt		224.655	166.063	52.341	44.193	54.722	541.974

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016 im Zusammenhang mit Konsumentenkreditengagements.³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2015

Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in % ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außenbörslich gehandelte Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0,00 ≤ 0,04	50.712	23.035	6.384	22.753	59.157	162.042
iA	> 0,04 ≤ 0,11	49.197	46.220	15.464	10.998	4.515	126.394
iBBB	> 0,11 ≤ 0,5	62.044	44.603	18.283	7.871	1.911	134.711
iBB	> 0,5 ≤ 2,27	51.454	37.643	10.827	5.358	2.621	107.904
iB	> 2,27 ≤ 10,22	20.610	21.212	4.668	1.558	57	48.105
iCC und schlechter	> 10,22 ≤ 100	9.853	1.834	1.700	515	4	13.906
Insgesamt		243.871	174.548	57.325	49.053	68.266	593.063

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.³ Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die obige Tabelle zeigt einen generellen Rückgang unseres Brutto-Firmenkreditengagements von 51,1 Mrd € oder 8,6 % in 2016. Die Verringerung des Kreditportfolios um 19,2 Mrd € ist im Wesentlichen auf einen Rückgang in den Regionen Deutschland und Asien/Pazifik zurückzuführen. Dies ist hauptsächlich auf einen gesteuerten Abbau in Corporate & Investment Banking und unserer Non-Core Operations Unit, mit dem Ziel der Reduktion risikogewichteter Aktiva, zurückzuführen. Festverzinsliche Wertpapiere verringerten sich um 13,5 Mrd €, überwiegend in der höchsten Bewertungseinstufung, hauptsächlich aufgrund von Verkaufsaktivitäten von festverzinslichen Titeln als Teil unserer strategischen Liquiditätsreserve mit der Absicht des Abbaus risikogewichteter Aktiva. Der Rückgang in unwiderruflichen Kreditzusagen von 8,5 Mrd € resultiert hauptsächlich aus einer Verringerung in Westeuropa (ohne Deutschland), Nordamerika und in der Region Asien/Pazifik. Teilweise wurde dieser Rückgang durch einen Anstieg in Deutschland kompensiert. Die Qualität des Firmenkreditengagements vor Kreditrisikominderung ist im Vergleich zum 31. Dezember 2015 stabil bei einem Anteil der Engagements mit „Investment-Grade“ Bewertung von 71 %.

Wir nutzen, wie oben beschrieben, Techniken zur Kreditrisikominderung, um unser Firmenkreditengagement zu optimieren und um unsere potenziellen Kreditverluste zu reduzieren. Die folgenden Tabellen zeigen unser Firmenkreditengagement nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften.

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner – netto

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2016¹

Bewertungseinstufung	Ausfall- wahrschein- lichkeit in % ²	Kredite	Unwider- rufliche Kredit- zusagen	Eventual- verbindlich- keiten	Außer- börslich gehandelte Derivate	Festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0,00 ≤ 0,04	32.305	19.653	4.351	10.480	46.014	112.802
iA	> 0,04 ≤ 0,11	24.970	41.435	11.393	10.032	6.616	94.448
iBBB	> 0,11 ≤ 0,5	28.369	43.659	13.845	7.439	1.672	94.984
iBB	> 0,5 ≤ 2,27	19.573	27.206	5.932	4.034	361	57.105
iB	> 2,27 ≤ 10,22	8.090	16.745	2.176	1.020	9	28.041
iCCC und schlechter	> 10,22 ≤ 100	5.954	2.872	889	509	21	10.246
Insgesamt		119.261	151.571	38.586	33.514	54.694	397.626

¹ Nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften gemäß IFRS-Anforderungen.² Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

31.12.2015¹

Bewertungseinstufung	Ausfall- wahrschein- lichkeit in % ²	Kredite	Unwider- rufliche Kredit- zusagen	Eventual- verbindlich- keiten	Außer- börslich gehandelte Derivate	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt ³
iAAA–iAA	> 0,00 ≤ 0,04	37.450	20.567	4.963	14.844	59.157	136.982
iA	> 0,04 ≤ 0,11	31.446	42.466	13.256	7.983	4.515	99.666
iBBB	> 0,11 ≤ 0,5	31.706	41.190	15.230	6.848	1.911	96.885
iBB	> 0,5 ≤ 2,27	23.865	35.173	6.811	4.139	2.621	72.609
iB	> 2,27 ≤ 10,22	8.698	20.309	2.411	1.516	57	32.990
iCCC und schlechter	> 10,22 ≤ 100	4.532	1.670	759	514	4	7.479
Insgesamt		137.696	161.375	43.429	35.844	68.266	446.610

¹ Nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften gemäß IFRS-Anforderungen.² Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

Das Firmenkreditengagement nach Berücksichtigung von Sicherheiten betrug 397,6 Mrd € zum 31. Dezember 2016, was einer Risikominderung von 27 % oder 144,3 Mrd € im Vergleich zum Brutto-Firmenkreditengagement entspricht. Dies beinhaltet eine noch signifikantere Reduzierung von 47 % für Kredite, die wiederum eine Reduzierung um 60 % für die niedriger bewerteten „Sub-Investment-Grade“ bewerteten Kredite und 39 % für die höher bewerteten „Investment-Grade“-Kredite beinhalten. Die Risikominderung für die Gesamtfirmenkreditengagements in der schwächsten Bonitätsklasse war 53 % und somit signifikant höher als in der stärksten Bonitätsklasse mit 15 %.

Die Risikominderung von 144,3 Mrd € setzt sich zu 29 % aus Garantien und Sicherungsgeschäften und zu 71 % aus sonstigen Sicherheiten zusammen.

Risikomindernde Maßnahmen für das Firmenkreditengagement durch die CPSG Group

Unsere Kreditrisikostategie-Gruppe CPSG unterstützt die Risikoreduzierung in unserem Firmenkundenportfolio. Der nominale Betrag der CPSG Risikoreduzierung reduzierte sich von 45,0 Mrd € per 31. Dezember 2015 auf 43,3 Mrd € per 31. Dezember 2016.

Per Jahresende 2016 reduzierte CPSG Kreditrisiken von 42,2 Mrd € durch synthetische Collateralized Loan Obligations hauptsächlich unterstützt durch Finanzgarantien. Diese Position umfasste 41,4 Mrd € am 31. Dezember 2015.

CPSG hält darüber hinaus Kreditderivate über 1,1 Mrd €. Diese Position umfasste 3,6 Mrd € am 31. Dezember 2015. Die Kredit Derivate für unser Portfoliomangement sind als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert.

CPSG hat von dem Wahlrecht unter IAS 39 Gebrauch gemacht, Kredite und Zusagen zum beizulegenden Zeitwert auszuweisen. Der Nominalbetrag der CPSG-Kredite und –Zusagen, die zum beizulegendem Zeitwert bewertet sind, hat sich vom 31. Dezember 2015 von 8,2 Mrd € auf 3,9 Mrd € zum 31. Dezember 2016 reduziert.

Konsumentencreditengagement

Mit unserem Konsumentencreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentencreditengagement, Überfälligkeitsquoten und Nettokreditkosten

	Gesamtengagement in Mio € ¹		90 Tage oder mehr überfällig in % ¹		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ²	
	31.12.2016	31.12.2015 ³	31.12.2016	31.12.2015 ³	31.12.2016	31.12.2015 ³
Konsumentencreditengagement Deutschland	150.639	149.748	0,75	0,87	0,13	0,16
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.316	20.326	2,45	2,77	0,99	0,89
Immobilienfinanzierungen	130.324	129.422	0,48	0,57	0,00	0,05
Konsumentencreditengagement außerhalb Deutschlands	38.162	39.158	4,22	4,89	0,68	0,54
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.663	13.259	8,44	9,55	0,98	1,18
Immobilienfinanzierungen	24.499	25.898	1,87	2,50	0,51	0,21
Konsumentencreditengagement insgesamt	188.801	188.906	1,45	1,70	0,24	0,24

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,1 Mrd € zum 31. Dezember 2016 und 3,6 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

² Nettokreditkosten für den zum Bilanzstichtag endenden 12-Monats-Zeitraum dividiert durch das Kreditengagement an diesem Bilanzstichtag.

³ Rückwirkend zum 31.12.2015 werden rd. 454 Mio € Immobilienfinanzierungen der Postbank nicht mehr unter der Region Deutschland, sondern unter Immobilienfinanzierungen der Region außerhalb Deutschland ausgewiesen. Diese wurden bislang im Rahmen einer Verbriefung, welche in 2016 gekündigt wurde, den Immobilienfinanzierungen Deutschland zugeordnet.

Zum 31. Dezember 2016 ist unser Konsumentencreditengagement gegenüber dem Jahresende 2015 um 105 Mio € oder 0,1 % gesunken. Der Rückgang kommt überwiegend aus den Portfolien in Italien (minus 1.1 Mrd €), Spanien (minus 147 Mio €) und Polen (minus 105 Mio €) und wird durch Anstiege in den Portfolien in Deutschland (890 Mio €) und Indien (319 Mio €) teilweise kompensiert. Die Volumensveränderungen in Italien, Deutschland, Spanien und Polen wurden durch selektive Portfolioverkäufe beeinflusst. Währungskurs-Effekte haben zusätzlich zur Reduktion des polnischen Portfolios geführt.

Die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im gesamten Konsumentenkreditengagement sank von 1,70 % per Jahresende 2015 auf 1,45 % zum 31. Dezember 2016. Die Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements blieben unverändert bei 0,24 %. Diese Entwicklung basiert auf einer sich weiter verbessernden oder stabilisierenden allgemeinen Wirtschaftslage in Ländern, in denen wir aktiv sind, einem positiven Effekt des oben genannten selektiven Portfolioverkaufs in Italien und Belastungen durch selektive Portfolioverkäufe in Spanien (insb. unserer NCOU Einheit).

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	31.12.2016	31.12.2015
≤ 50 %	68 %	68 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	9 %
> 90 ≤ 100 %	3 %	3 %
> 100 ≤ 110 %	2 %	2 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	1 %	2 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Prozent zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Immobilienwerte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den jeweiligen Sicherheitenwert dieser liquiden Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten von Sicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, der Beleihungsauslauf und die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile unseres Risikomanagements bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung unseres Kreditrisikos. In der Regel akzeptieren wir höhere Beleihungsausläufe, je besser die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers ist. Dennoch gibt es Restriktionen für Beleihungsausläufe in Ländern mit einem negativen Konjunkturausblick oder erwarteten Rückgängen von Immobilienwerten.

Zum 31. Dezember 2016 verzeichneten wir für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 % unverändert im Vergleich zum Vorjahr.

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Alle börsengehandelten Derivate werden über zentrale Gegenparteien („CCPs“) abgewickelt, deren Richtlinien und Vorschriften tägliche Sicherheitennachschüsse für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Wir nehmen auch bei Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen einer zentralen Gegenpartei (außerbörsliche Abwicklung) in Anspruch. Dabei profitieren wir von der durch das Abwicklungssystem der zentralen Gegenpartei erzielten Kreditrisikominderung.

Der Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (DFA) stellt ein umfangreiches Rahmenwerk für die Regulierung außerbörslich gehandelter Derivate („OTC-Derivate“) bereit und regelt unter anderem die Clearingpflicht, Börsenhandel und die Transaktionsberichterstattung für bestimmte OTC-Derivate. Außerdem legt es die Vorschriften für die Registrierung sowie die Kapital-, Einschuss- und beruflichen Verhaltensstandards für Swap Dealers, Security-based Swap Dealers, Major Swap Participants und Major Security-based Swap Participants fest. Die DFA und die entsprechenden Vorschriften der Commodity Futures Trading Commission („CFTC“) fordern seit 2013 in den Vereinigten Staaten verpflichtend eine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei für bestimmte standardisierte außerbörslich abgeschlossene Derivate, u.a. bestimmte Zinsswaps und Index Credit Default Swaps. Die EU-Verordnung Nr. 648/2012 über außerbörslich gehandelte Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister („EMIR“) führte im Jahr 2013 eine Reihe von Techniken zur Risikominderung bei außerbörslich gehandelten Derivatetransaktionen, die keinem zentralen Clearing unterliegen, sowie im Jahr 2014 die Berichterstattung über außerbörslich gehandelte und börsengehandelte Derivate, ein. Das zentrale Clearing für bestimmte standardisierte außerbörslich gehandelte Derivatetransaktionen in der EU wurde im Juni 2016 bindend. Darüber hinaus wird erwartet, dass ab Februar 2017 die Übergangsregelungen für Einschussanforderungen außerbörslich gehandelter Derivategeschäfte in der EU, die keinem zentralen Clearing unterzogen wurden, stufenweise eingeführt werden. Sie beginnen mit einer phasenweisen Einführung von Anforderungen für Ersteinschüssen gefolgt von Anforderungen für Nachschüsse, die im März 2017 beginnen.

Die Commodity Futures Trading Commission (CFTC) verabschiedete 2016 finale Regularien, welche das Clearing von zusätzlichen Zinsswaps erforderlich machen und phasenweise bis Ende Oktober 2018 eingeführt werden. Im Dezember 2016 hat die CFTC, auch in Übereinstimmung mit dem Dodd-Frank Act, erneut Regularien eingereicht, um gewisse Rohstoffe und wirtschaftlich äquivalente Swaps, Futures und Optionen mit Positionslimiten zu versehen. Dieser Antrag wurde noch nicht finalisiert. Die Securities and Exchange Commission („SEC“) hat ebenfalls Regularien bezüglich der Registrierung, Standards zum Geschäftsgebaren, Handelsbestätigungen sowie Beglaubigungsvoraussetzungen für Händler von wertpapierbasierten Swaps und für vorrangig an wertpapierbasierten Swaps Beteiligten ausgearbeitet. Diese Regularien erlangen erst Gültigkeit, wenn die SEC ihre Rechtsetzungsbefugnisse für wertpapierbasierte Swaps vervollständigt. Schlussendlich haben die U.S. Prudential Regulators (OCC, Federal Reserve, FDIC, Farm Credit Administration und FHFA) und die CFTC finale Gesetze zur Festsetzung von Einschussanforderungen für Swaps, die keinem Clearing unterzogen wurden, und wertpapierbasierte Swaps eingeführt. Die finalen Einschussanforderungen werden phasenweise eingeführt, angefangen mit dem Inkrafttreten der Bestimmung für Ersteinschüsse und variablen Nachschussforderungen im September 2016, gefolgt von zusätzlichen Bestimmungen für variable Nachschussanforderungen, welche zum 1. März 2017 in Kraft treten. Zusätzliche Bestimmungen für Ersteinschüsse werden stufenweise auf einer jährlichen Basis von September 2017 bis September 2020 eingeführt, zusammen mit den relevanten Compliance Daten die jeweils vom Transaktionsvolumen der Parteien und ihrer Vertragspartner abhängen.

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Aufgliederung der Nominalbeträge sowie Marktwerte (brutto) der Vermögenswerte und Verpflichtungen aus außerbörslich gehandelten Derivaten auf der Grundlage von Clearing-Kanälen wieder.

Nominalbeträge der Derivate, aufgliedert nach Abwicklungsart und Art der Derivate

31.12.2016

in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	13.214.990	8.828.544	6.102.510	28.146.044	309.405	284.954	24.451
Bilateral (Amt)	2.777.349	3.625.915	2.645.075	9.048.340	272.059	248.396	23.664
CCP (Amt)	10.437.641	5.202.629	3.457.434	19.097.704	37.346	36.558	787
Börsengehandelt	5.013.591	1.387.444	1.174	6.402.209	326	394	- 68
Zinsbezogen insgesamt	18.228.581	10.215.988	6.103.684	34.548.253	309.731	285.348	24.382
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	3.994.113	1.053.558	537.044	5.584.715	129.731	126.480	3.251
Bilateral (Amt)	3.938.295	1.053.434	537.044	5.528.773	129.288	126.049	3.239
CCP (Amt)	55.818	124	0	55.942	443	431	12
Börsengehandelt	29.431	398	35	29.864	6	54	- 48
Währungsbezogen insgesamt	4.023.544	1.053.956	537.078	5.614.579	129.738	126.534	3.203
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	366.170	168.529	25.313	560.012	20.358	23.692	- 3.334
Bilateral (Amt)	366.170	168.529	25.313	560.012	20.358	23.692	- 3.334
CCP (Amt)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	472.888	74.045	9.006	555.939	6.172	8.575	- 2.402
Aktien-/indexbezogen insgesamt	839.058	242.574	34.319	1.115.951	26.531	32.266	- 5.736
Kreditderivate							
Außerbörslich	297.563	1.076.954	142.572	1.517.089	21.297	22.399	- 1.102
Bilateral (Amt)	157.950	298.313	58.852	515.115	7.426	8.238	- 811
CCP (Amt)	139.613	778.640	83.720	1.001.974	13.870	14.161	- 291
Börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate insgesamt	297.563	1.076.954	142.572	1.517.089	21.297	22.399	- 1.102
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	2.660	1.657	9.222	13.539	479	653	- 175
Bilateral (Amt)	2.660	1.657	9.222	13.539	479	653	- 175
CCP (Amt)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	53.757	8.766	0	62.523	440	503	- 63
Rohwarenbezogen insgesamt	56.417	10.423	9.222	76.062	918	1.156	- 238
Sonstige:							
Außerbörslich	13.994	6.856	98	20.948	443	719	- 276
Bilateral (Amt)	13.963	6.856	98	20.917	433	698	- 265
CCP (Amt)	31	0	0	31	10	21	- 11
Börsengehandelt	4.929	0	0	4.929	10	29	- 18
Sonstige insgesamt	18.923	6.856	98	25.877	453	747	- 295
Außerbörslich insgesamt	17.889.490	11.136.098	6.816.759	35.842.347	481.712	458.897	22.816
Total bilateral business	7.256.387	5.154.704	3.275.604	15.686.696	430.043	407.725	22.318
Total CCP business	10.633.102	5.981.394	3.541.155	20.155.651	51.669	51.172	497
Börsengehandelt insgesamt	5.574.597	1.470.653	10.214	7.055.464	6.954	9.555	- 2.600
Insgesamt	23.464.086	12.606.751	6.826.973	42.897.811	488.667	468.451	20.215
Positive Marktwerte nach Aufrechnungsvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten							
	0	0	0	0	44.784	0	0

31.12.2015							
in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	10.955.593	9.682.810	6.375.377	27.013.781	345.998	325.179	20.819
Bilateral (Amt)	3.906.875	4.952.043	3.205.837	12.064.755	316.736	298.220	18.516
CCP (Amt)	7.048.718	4.730.767	3.169.540	14.949.025	29.261	26.959	2.302
Börsengehandelt	4.452.134	1.400.495	3.742	5.856.371	272	237	35
Zinsbezogen insgesamt	15.407.727	11.083.305	6.379.119	32.870.152	346.270	325.416	20.854
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	4.672.846	1.134.801	531.085	6.338.731	116.007	115.379	628
Bilateral (Amt)	4.644.414	1.134.686	531.085	6.310.184	115.900	115.270	630
CCP (Amt)	28.432	115	0	28.547	107	109	-2
Börsengehandelt	33.064	15	0	33.079	109	174	-65
Währungsbezogen insgesamt	4.705.910	1.134.815	531.085	6.371.810	116.116	115.553	563
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	394.193	197.092	23.521	614.806	25.063	28.818	-3.756
Bilateral (Amt)	394.193	197.092	23.521	614.806	25.063	28.818	-3.756
CCP (Amt)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	501.706	66.571	8.993	577.270	5.533	6.164	-631
Aktien-/indexbezogen insgesamt	895.899	263.663	32.514	1.192.076	30.596	34.983	-4.387
Kreditderivate							
Außerbörslich	270.524	949.312	129.622	1.349.458	23.548	20.992	2.556
Bilateral (Amt)	176.492	445.572	72.423	694.486	14.784	12.386	2.399
CCP (Amt)	94.032	503.741	57.199	654.972	8.763	8.606	157
Börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate insgesamt	270.524	949.312	129.622	1.349.458	23.548	20.992	2.556
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	5.998	1.260	9.516	16.775	776	891	-115
Bilateral (Amt)	5.998	1.260	9.516	16.775	776	891	-115
CCP (Amt)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	78.204	27.066	10	105.279	497	604	-107
Rohwarenbezogen insgesamt	84.202	28.326	9.526	122.054	1.273	1.496	-223
Sonstige:							
Außerbörslich	20.621	5.378	43	26.043	906	1.953	-1.048
Bilateral (Amt)	20.618	5.378	43	26.039	902	1.953	-1.051
CCP (Amt)	3	0	0	3	3	0	3
Börsengehandelt	8.430	11	0	8.441	22	49	-27
Sonstige insgesamt	29.051	5.389	43	34.484	928	2.002	-1.074
Außerbörslich insgesamt	16.319.775	11.970.654	7.069.164	35.359.593	512.297	493.213	19.084
Total bilateral business	9.148.589	6.736.032	3.842.425	19.727.045	474.162	457.538	16.623
Total CCP business	7.171.186	5.234.622	3.226.739	15.632.548	38.135	35.674	2.461
Börsengehandelt insgesamt	5.073.538	1.494.157	12.746	6.580.441	6.433	7.229	-795
Insgesamt	21.393.313	13.464.811	7.081.910	41.940.034	518.730	500.441	18.289
Positive Marktwerte nach Aufrechnungs- vereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten	0	0	0	0	53.202	0	0

Beteiligungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte unserer Beteiligungen nach IFRS-Definition, gegliedert nach Handels- und Nichthandelspositionen für den jeweiligen Berichtstermin. Wir steuern unsere Positionen innerhalb unseres Marktrisikos und anderer angemessener Risikorahmenwerke.

Zusammensetzung unserer Beteiligungen

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Gehandelte Beteiligungen	75.633	76.044
Nichtgehandelte Beteiligungen ¹	2.979	3.228
Beteiligungen insgesamt	78.613	79.273

¹ Enthält Beteiligungen in Investmentfonds in Höhe von 288 Mio € zum 31. Dezember 2016 und 642 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Zum 31. Dezember 2016 umfassten unsere gehandelten Beteiligungen vor allem Global Markets Aktivitäten in Höhe von 74,4 Mrd € und 1,2 Mrd € aus Deutsche Asset Management Geschäft. Im Jahresvergleich verringerten sich die gehandelten Beteiligungen insgesamt um 411 Mio € hauptsächlich durch eine Reduktion in Deutsche Asset Management, welche teilweise durch einen Anstieg in Global Markets kompensiert wurde.

Qualität von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldnern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neu verhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

in Mio €	31.12. 2016			31.12. 2015		
	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neu verhandelt oder wertgemindert	219.106	182.760	401.865	237.758	182.306	420.064
Überfällige Kredite, nicht neu verhandelt oder wertgemindert	882	2.445	3.327	1.143	2.544	3.687
Neu verhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	357	459	816	438	437	875
Wertgeminderte Kredite	4.310	3.137	7.447	4.532	3.619	8.151
Insgesamt	224.655	188.801	413.455	243.871	188.906	432.777

Überfällige Kredite

Kredite gelten als überfällig, wenn vertraglich vereinbarte Tilgungs- und/oder Zinszahlungen des Kreditnehmers ausstehend sind, es sei denn, diese Kredite sind durch Konsolidierung erworben worden. Im Rahmen einer Konsolidierung angekaufte Kredite betrachten wir als überfällig, sobald Tilgungs- und/oder Zinszahlungen des Kreditnehmers, die zum Zeitpunkt der ersten Konsolidierung der Kredite erwartet wurden, ausstehend sind.

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Anzahl der überfälligen Tage

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Kredite, weniger als 30 Tage überfällig	2.116	2.387
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	494	547
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	268	281
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	484	540
Insgesamt	3.363	3.755

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Branche

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015 ¹
Finanzintermediation	95	203
Fondsmanagement	28	16
Verarbeitendes Gewerbe	278	125
Handel	172	131
Private Haushalte	2.076	2.495
Gewerbliche Immobilien	190	192
Öffentliche Haushalte	12	3
Sonstige	512	592
Insgesamt	3.363	3.755

¹ Die Vergleichszahlen wurden gegenüber dem Vorjahr angepasst, um Veränderungen in der Branchenzusammensetzung zu reflektieren.

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Region

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	1.299	1.430
Westeuropa (ohne Deutschland)	1.531	1.417
Osteuropa	155	139
Nordamerika	233	641
Mittel- und Südamerika	18	8
Asien/Pazifik	113	106
Afrika	14	15
Sonstige	0	0
Insgesamt	3.363	3.755

Die überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite reduzierten sich um 392 Mio € auf 3,4 Mrd € zum 31. Dezember 2016, getrieben durch wenige Engagements in PW&CC.

Aggregierter Wert der Sicherheiten – mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen –, die wir zur Absicherung unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite halten

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Finanzielle und andere Sicherheiten	1.775	2.254
Erhaltene Garantien	148	133
Insgesamt	1.923	2.387

Der aggregierte Wert der Sicherheiten auf überfällige, nicht wertgeminderte Kredite am 31. Dezember 2016 verringerte sich gegenüber dem Vorjahr analog zur Reduktion der überfälligen, nicht wertgeminderten Kredite.

Kredite mit gelockerten Kreditbedingungen (Forborne-Kredite)

Aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen können wir mit einem Kreditnehmer, der sich in, beziehungsweise in absehbarer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten befindet, eine Forbearance-Maßnahme vereinbaren, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Für unsere Firmenkunden wird ein individueller Ansatz unter Berücksichtigung der einzelnen Transaktion sowie kundenspezifischer Fakten und Umstände angewandt. Für Konsumentenkredite vereinbaren wir Forbearance-Maßnahmen für einen begrenzten Zeitraum, indem die vollständige oder teilweise Rückzahlung oder zukünftige Ratenzahlungen auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben werden. Allerdings muss der in diesem Zeitraum nicht gezahlte Betrag inklusive aufgelaufener Zinsen zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden. Rückzahlungsoptionen umfassen eine Verteilung auf die Restlaufzeit, eine einmalige Zahlung oder eine Laufzeitverlängerung. Die Möglichkeiten einer Forbearance-Maßnahme sind begrenzt und abhängig von der wirtschaftlichen Situation des Kunden, unseren Risikomanagementstrategien und den örtlichen Gesetzen. Im Falle einer Forbearance-Vereinbarung führen wir, wie unten beschrieben, eine Verlusteinschätzung durch, bilden, soweit notwendig, eine Wertberichtigung und berichten den Kredit anschließend als wertgemindert.

Unser Management und Reporting von Forborne-Krediten folgt den EBA Definitionen für Forbearance und leistungsgestörte Kredite (finaler Entwurf des technischen Durchführungsstandards (ITS) für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung über Forborne und Non-Performing Bestände gemäß Artikel 99 (4) der Regulierung (EU) No. 575/2013). Sobald die in der ITS genannten Bedingungen erfüllt sind, berichten wir Kredite als Forborne-Kredite beziehungsweise entfernen Kredite aus dem Forbearance-Bericht, sobald die Aufhebungsbedingungen in der ITS erfüllt sind (d.h. ein Kredit wird nach einer Bewährungszeit von mindestens 2 Jahren wieder auf nicht leistungsgestört hochgestuft, sofern mindestens über einen Zeitraum von einem Jahr regelmäßige, insgesamt nicht immaterielle Zins- und Tilgungszahlungen getätigt wurden und zum Ende der Bewährungszeit keine Forderung gegenüber dem Kunden mehr als 30 Tage überfällig ist).

Forborne-Kredite

in Mio €	31.12.2016				31.12.2015 ¹				
	Nicht leistungsgestört		Leistungsgestört		Nicht leistungsgestört		Leistungsgestört		Neu verhandelte Kredite insgesamt
	Nicht wertgemindert	Nicht wertgemindert	Wertgemindert	Neu verhandelte Kredite insgesamt	Nicht wertgemindert	Nicht wertgemindert	Wertgemindert		
Deutschland	907	374	983	2.264	1.067	441	1.096	2.605	
Nicht-Deutschland	799	709	1.697	3.204	619	716	1.801	3.136	
Insgesamt	1.706	1.083	2.679	5.468	1.686	1.157	2.897	5.741	

Die Verringerung der neu verhandelten Kredite belief sich in 2016 auf 273 Mio €, verursacht von leistungsgestörten sowie nicht leistungsgestörten Krediten an deutsche Kunden. Die Reduktion resultiert in erster Linie aus NCOU aufgrund von de-risking Aktivitäten sowie aus PW&CC aufgrund des günstigen Kreditumfelds in Deutschland.

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, die nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind („Verlustereignis“). Bei unserer Beurteilung berücksichtigen wir entsprechend den Anforderungen in IAS 10 Informationen zu solchen Ereignissen, die uns bis zum Zeitpunkt vorliegen, an dem der Geschäftsbericht zur Veröffentlichung autorisiert wird;
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte; und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Group Finance durchgeführt wird. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden an die höheren Führungsebenen von Group Finance und Risk Senior Management berichtet und von diesen genehmigt.

Für weitere Details bezüglich unserer wertgeminderten Kredite verweisen wir auf Anhang 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Während wir die Wertminderungen für unsere Firmenkreditengagements individuell bewerten, nehmen wir bei unseren kleineren standardisierten homogenen Krediten eine kollektive Beurteilung der Wertminderung vor.

Unsere Risikovorsorge für kollektiv bewertete Kredite, die nicht als wertgemindert gelten, dient zur Abdeckung von entstandenen Verlusten, die weder einzeln ermittelt noch im Rahmen der Verlusteinschätzung für kleinere homogene Kredite zu einer Wertberichtigung führen.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle finden Sie in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

in Mio €	31.12.2016			31.12.2015			Veränderung 2016 gegenüber 2015	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Global Markets ¹	181	187	103	5	83	1.814	177	- 1.711
Corporate & Investment Banking	2.826	1.706	60	2.154	1.375	64	672	- 3
Private, Wealth & Commercial Clients	1.938	1.210	62	2.157	1.332	62	- 219	1
Deutsche Asset Management ²	0	1	N/A	0	1	N/A	0	N/A
Postbank	1.708	1.007	59	1.846	1.126	61	- 138	- 2
Non-Core Operations Unit	794	432	54	1.989	1.109	56	- 1.195	- 1
davon: gemäß IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	92	69	75	667	389	58	- 575	17
Consolidation & Adjustments and Other ²	0	4	N/A	0	2	N/A	0	N/A
Insgesamt	7.447	4.546	61	8.151	5.028	62	- 703	- 1

¹ Die Wertgeminderten Kredite in Global Markets sind mehr als voll gedeckt durch den Wertberichtigungsbestand, da letzterer kollektiv ermittelte Wertberichtigungen für nicht wertgeminderte Kredite beinhaltet.

² NA – nicht aussagefähig. Der Wertberichtigungsbestand in Consolidation & Adjustments and Other sowie in Deutsche Asset Management resultiert vollständig aus kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für nicht wertgeminderte Kredite.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigung für Kreditausfälle und Deckungsquoten nach Branchenzugehörigkeit

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv	Kollektiv	Insgesamt	
					ermittelt für wertgemin- derte Kredite	ermittelt für nicht wertge- minderte Kredite		
Finanzintermediation	122	11	133	27	3	47	77	58
Fondsmanagement	14	7	21	1	0	4	5	26
Verarbeitendes Gewerbe	524	229	754	476	149	82	707	94
Handel	472	234	707	223	161	29	413	58
Private Haushalte	193	2.467	2.661	220	1.466	67	1.754	66
Gewerbliche Immobilien	385	37	422	168	25	39	233	55
Öffentliche Haushalte	19	0	19	4	0	3	7	35
Sonstige ¹	2.397	334	2.731	953	168	230	1.351	49
Insgesamt	4.126	3.321	7.447	2.071	1.972	503	4.546	61

¹ Davon 'Transport, Lagerung und Kommunikation': Wertgeminderte Kredite, insgesamt 1.1 Mrd € (40 %), Wertberichtigungen für Kreditausfälle, insgesamt 650 Mio € (48 %). Der Rest verteilt sich über mehrere Branchen, wovon keine einen Anteil von 25 % oder mehr an den Gesamtwerten der Kategorie 'Sonstige' aufweist.

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv	Kollektiv	Insgesamt	
					ermittelt für wertgemin- derte Kredite	ermittelt für nicht wertge- minderte Kredite		
Finanzintermediation	159	10	169	38	5	55	98	58
Fondsmanagement	23	10	33	1	0	7	8	25
Verarbeitendes Gewerbe	518	247	765	470	149	70	688	90
Handel	280	257	538	182	154	45	381	71
Private Haushalte	332	2.931	3.263	324	1.805	74	2.202	67
Gewerbliche Immobilien	860	52	912	503	36	36	576	63
Öffentliche Haushalte	16	0	16	2	0	2	5	32
Sonstige ²	2.047	408	2.456	733	186	153	1.071	44
Insgesamt	4.236	3.916	8.151	2.252	2.335	442	5.028	62

¹ Die Vorjahreszahlen wurden gegenüber dem Vorjahr angepasst, um Veränderungen in der Branchenzusammensetzung zu reflektieren.

² Davon 'Transport, Lagerung und Kommunikation': Wertgeminderte Kredite, insgesamt 865 Mio € (34 %), Wertberichtigungen für Kreditausfälle, insgesamt 375 Mio € (35 %). Der Rest verteilt sich über mehrere Branchen, wovon keine einen Anteil von 25 % oder mehr an den Gesamtwerten der Kategorie 'Sonstige' aufweist.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigung für Kreditausfälle und Deckungsquoten nach Regionen

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv	Kollektiv	Insgesamt	
					ermittelt für wertgemin- derte Kredite	ermittelt für nicht wertge- minderte Kredite		
Deutschland	1.154	1.486	2.639	563	804	122	1.489	56
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.021	1.688	3.709	1.008	1.057	130	2.195	59
Osteuropa	46	132	179	39	106	10	154	86
Nordamerika	495	1	496	148	0	128	277	56
Mittel- und Südamerika ¹	4	0	5	3	0	14	16	363
Asien/Pazifik ¹	341	14	355	286	5	76	367	103
Afrika	63	1	64	24	0	8	32	50
Sonstige	2	0	2	0	0	17	17	908
Insgesamt	4.126	3.321	7.447	2.071	1.972	503	4.546	61

¹ Die Wertgeminderten Kredite in Mittel- und Südamerika sowie in Asien/Pazifik sind mehr als voll gedeckt durch den Wertberichtigungsbestand, da letzterer kollektiv ermittelte Wertberichtigungen für nicht wertgeminderte Kredite beinhaltet.

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				Deckungs- quote wert- geminderter Kredite in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin- derte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wertge- minderte Kredite		
						Einzel ermittelt	Insgesamt	
Deutschland	1.362	1.642	3.004	647	930	105	1.682	56
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.280	2.057	4.337	1.294	1.237	132	2.662	61
Osteuropa	76	179	255	38	165	10	213	83
Nordamerika	340	2	342	150	0	107	257	75
Mittel- und Südamerika ¹	0	6	6	0	0	12	12	187
Asien/Pazifik	155	23	178	100	2	60	162	91
Afrika ¹	21	5	26	23	0	5	28	107
Sonstige ¹	2	0	2	0	0	10	10	553
Insgesamt	4.236	3.915	8.151	2.252	2.335	442	5.028	62

¹ Die Wertgeminderten Kredite in Mittel- und Südamerika, Afrika und Sonstige sind mehr als voll gedeckt durch den Wertberichtigungsbestand, da letzterer kollektiv ermittelte Wertberichtigungen für nicht wertgeminderte Kredite beinhaltet.

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	31.12.2016			31.12.2015		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	4.236	3.915	8.151	4.990	4.359	9.348
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert	2.177	1.291	3.469	898	1.176	2.073
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ¹	- 1.080	- 723	- 1.803	- 1.010	- 859	- 1.869
Abschreibungen	- 979	- 987	- 1.966	- 537	- 717	- 1.254
Verkäufe wertgeminderter Kredite	- 266	- 161	- 427	- 239	- 53	- 292
Wechselkursveränderungen/Sonstige	38	- 15	23	135	10	145
Bestand am Jahresende	4.126	3.321	7.447	4.236	3.915	8.151

¹ Inklusive Rückzahlungen.

Unsere wertgeminderten Kredite verringerten sich in 2016 um 704 Mio € (9 %) auf 7,4 Mrd €, größtenteils verursacht durch unser kollektiv bewertetes Portfolio in NCOU, PCC und Postbank. Auch unser Portfolio einzeln bewerteten notleidenden Kredite verzeichnete eine Reduktion da Verringerungen in NCOU neue Wertminderungen in CIB und GM überkompensierten. Letzt genannte Ansteige stehen unter anderem in Zusammenhang mit dem schwachen Marktumfeld in der Schifffahrtsbranche sowie den gesunkenen Rohstoffpreisen in den Branchen Metalle und Bergbau.

Die Deckungsquote der wertgeminderten Kredite (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln wertgeminderten oder kollektiv ermittelten Kredite im Verhältnis zu den gemäß IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten) verringerte sich von 62 % zum Jahresende 2015 auf 61 % zum 31. Dezember 2016.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 92 Mio € an reklassifizierten Krediten und Forderungen gemäß IAS 39. Diese Position reduzierte sich um 575 Mio € oder 86 % im Vergleich zum letzten Jahresende vornehmlich aufgrund von Abschreibungen.

Risikovorsorge für Kreditausfälle und Eingänge aus abgeschriebenem Krediten nach Branche

	2016				2015		
	Risikovorsorge für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenem Krediten						
in Mio €	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertberichtigte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wertberichtigte Kredite	Insgesamt	Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	Risikovorsorge für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenem Krediten (insgesamt)	Eingänge aus abgeschriebenem Krediten
Finanzintermediation	5	1	-9	-3	4	-5	1
Fondsmanagement	0	1	-3	-2	0	2	0
Verarbeitendes Gewerbe	177	20	12	209	14	61	16
Handel	43	28	-14	58	4	78	4
Private Haushalte	20	521	-10	531	99	513	101
Gewerbliche Immobilien	32	39	5	76	36	33	18
Öffentliche Haushalte	-0	0	1	0	0	-17	0
Sonstige ¹	552	58	55	665	31	378	21
Insgesamt	829	668	37	1.534	187	1.043	161

¹ Den größten Beitrag zur Risikovorsorge in der Kategorie ‚Sonstige‘ hat der Sektor ‚Transport, Lagerung und Kommunikation mit 422 Mio € (63 %) in 2016 und 154 Mio € (41 %) in 2015. Der Rest verteilt sich über mehrere Branchen, wovon keine einen Anteil von 25 % oder mehr an den Gesamtwerten der Kategorie ‚Sonstige‘ aufweist.

Unsere bestehenden Zusagen, neue Gelder an Schuldner mit notleidenden Krediten zu verleihen, beliefen sich auf 117 Mio € zum 31. Dezember 2016 und 54 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Sicherheiten gehalten zur Absicherung unserer wertgeminderten Kredite mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Finanzielle und andere Sicherheiten	2.016	2.722
Erhaltene Garantien	343	223
Sicherheiten für wertgeminderte Kredite insgesamt	2.359	2.945

Gehaltene Sicherheiten für wertgeminderte Kredite sind zum 31. Dezember 2016 um 586 Mio € oder 20 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Deckungsquote einschließlich der Sicherheiten (definiert als Summe des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln oder kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite zuzüglich Sicherheiten für unsere wertgeminderten Kredite, mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwertes beim besicherten Kreditvolumen, im Verhältnis zu dem nach IFRS wertgeminderten Krediten) verringerte sich auf 93 % zum 31. Dezember 2016 gegenüber 98 % zum 31. Dezember 2015.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Das Wertminderungskonzept wird auch auf Vermögenswerte angewandt, die zur Veräußerung gehalten werden, und grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert angesetzt werden, wobei Wertänderungen in der Neubewertungsrücklage reflektiert werden. Der Wertberichtigungsbedarf eines solchen zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswertes ermittelt sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den fortgeschriebenen Anschaffungskosten und dem aktuellen, niedrigeren beizulegenden Zeitwert dieses Vermögenswertes. Eine ausführliche Erläuterung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze findet sich in Konzernanhang 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“.

Überfällige nicht wertgeminderte sowie wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte, kumulierte Wertminderungen, Deckungsquote und Sicherheiten für wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Überfällige nicht wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte	1.661	1.610
davon:		
Weniger als 30 Tage überfällig	178	47
30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	24	0
60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	23	0
Mehr als 90 Tage überfällig	1.436	1.563
Wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte	229	229
Kumulierte Wertminderungen	131	109
Deckungsquote wertgeminderter zur Veräußerung zur Verfügung stehender finanzieller Vermögenswerte in %	57	47
Sicherheiten für wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte	20	19
davon:		
Finanzielle und andere Sicherheiten	20	19
Erhaltene Garantien	0	0

Übernommene Sicherheiten

Wir nehmen Sicherheiten in die Bilanz auf, indem wir zur Risikominderung dienende Sicherheiten oder andere Kreditverbesserungen in unser Eigentum nehmen. Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzen wir übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke. Die in 2016 übernommenen Sicherheiten in gewerblichen und privaten Immobilien bezogen sich in erster Linie auf unser Portfolio in Spanien.

Übernommene Sicherheiten während der Berichtsperiode

in Mio €	2016	2015
Gewerbliche Immobilien	9	5
Private Immobilien	55	43
Sonstige	0	0
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	64	48

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen Immobilien beinhalten keine infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß IFRS 10 übernommenen Sicherheiten. In den Geschäftsjahren 2016 und 2015 hat der Konzern keine Sicherheiten bezogen auf diese Trusts übernommen.

Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio €	2016						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	743	604	1.347	24	12	36	1.383
davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	3	-16	-13	0	0	0	-13
Nettoabschreibungen:	-894	-870	-1.764	0	0	0	-1.764
Abschreibungen	-979	-972	-1.951	0	0	0	-1.951
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	85	101	187	0	0	0	187
Sonstige Veränderung	-30	-35	-65	-5	3	-2	-67
Bestand am Jahresende	2.071	2.475	4.546	162	183	346	4.892
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft:							
Absolut	409	56	465	-34	-4	-39	427
Relativ	123 %	10 %	53 %	-59 %	-27 %	-52 %	45 %
Nettoabschreibungen:							
Absolut	-412	-258	-670	0	0	0	-670
Relativ	85 %	42 %	61 %	0 %	0 %	0 %	61 %
Bestand am Jahresende:							
Absolut	-181	-301	-482	18	15	34	-448
Relativ	-8 %	-11 %	-10 %	13 %	9 %	11 %	-8 %

Der Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 4,9 Mrd € am 31. Dezember 2016 im Vergleich zu 5,3 Mrd € zum Jahresende 2015. Dieser Rückgang wurde durch Abschreibungen verursacht, die teilweise durch neue Risikovorsorgen kompensiert wurden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich um 427 Mio € im Vergleich zu 2015, verursacht durch den Anstieg der Risikovorsorge für Kreditausfälle um 465 Mio € und teilweise kompensiert durch einen Rückgang der Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 39 Mio €. Der Anstieg der Risikovorsorge in unserem Portfolio einzeln bewerteter Kredite resultiert hauptsächlich aus CIB und Global Markets, verursacht durch die anhaltende Marktschwäche im Schifffahrtssektor sowie die geringeren Rohstoffpreise in den Branchen Metalle und Bergbau und Öl und Gas. Der Anstieg der Risikovorsorge für Kreditausfälle in unserem kollektiv bewerteten Portfolio wurde durch NCOU getrieben und teilweise durch nach IAS 39 reklassifizierte Kredite verursacht, Der Anstieg in NCOU wurde teilweise kompensiert durch Reduktionen in PW&CC und Postbank, was unter anderem auf unsere gute Portfolioqualität sowie das gute wirtschaftliche Umfeld zurückzuführen war. Der Rückgang der Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Kreditgeschäft resultiert insbesondere aus CIB und reflektiert Auflösungen aufgrund der Ziehung einiger weniger Garantien, was zu einer vergleichbaren Erhöhung der Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft führte.

Der Anstieg der Nettoabschreibungen im Vergleich zum Vorjahr um 670 Mio € resultiert insbesondere aus NCOU, verursacht durch nach IAS 39 reklassifizierten Krediten sowie Portfolioverkäufen.

Unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und in der NCOU berichtet werden, betrug 69 Mio € zum 31. Dezember 2016 und damit 2 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, ein Rückgang um 82 % gegenüber 389 Mio € zum Jahresende 2015 (8 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus Nettoabschreibungen in Höhe von 355 Mio € und aus Wechselkursdifferenzen der nach IAS 39 reklassifizierten Vermögenswerte, die mehrheitlich nicht in Euro denominated wurden, teilweise kompensiert von zusätzlicher Risikovorsorge in Höhe von 66 Mio €.

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 erhöhte sich die Risikovorsorge für Kreditausfälle für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 110 Mio €, hauptsächlich verursacht durch unsere European-Mortgage-Portfolios. Die Nettoabschreibungen erhöhten sich um 242 Mio €, insbesondere verursacht durch unser European-Mortgage-Portfolio sowie ein großes Einzelengagement.

in Mio €	2015						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	334	548	882	58	16	74	956
davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-64	-51	-116	0	0	0	-116
Nettoabschreibungen:	-482	-612	-1.094	0	0	0	-1.094
Abschreibungen	-538	-717	-1.255	0	0	0	-1.255
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	56	105	161	0	0	0	161
Sonstige Veränderung	36	-8	28	1	10	11	39
Bestand am Jahresende	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft:							
Absolut	-164	-83	-247	71	-1	70	-178
Relativ	-33 %	-13 %	-22 %	-538 %	-8 %	N/A	-16 %
Nettoabschreibungen:							
Absolut	515	-100	415	0	0	0	415
Relativ	-52 %	19 %	-28 %	0 %	0 %	0 %	-28 %
Bestand am Jahresende:							
Absolut	-112	-72	-184	59	27	86	-99
Relativ	-5 %	-3 %	-4 %	69 %	19 %	38 %	-2 %

N/A – nicht aussagekräftig

Der Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 5,3 Mrd € am 31. Dezember 2015 im Vergleich zu 5,4 Mrd € zum Jahresende 2014. Dieser Rückgang wurde verursacht durch Abschreibungen, die teilweise im Zusammenhang mit Verkäufen wertgeminderter Kredite standen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich um 178 Mio € gegenüber dem Vorjahr, verursacht durch den Rückgang der Wertberichtigungen für Kreditausfälle um 247 Mio €. Der Rückgang der Risikovorsorge in unserem einzeln bewerteten Kreditportfolio um 164 Mio € wurde insbesondere durch nach IAS 39 reklassifizierte Kredite und andere Real Estate Kredite in NCOU verursacht. Höhere Risikovorsorge in CB&S, verursacht durch unsere Portfolios für Schiffskredite und Leveraged Finance, hat den gesamten Rückgang teilweise kompensiert. Die um 83 Mio € geringere Risikovorsorge in unserem kollektiv bewerteten Kreditportfolio folgt aus höheren Auflösungen von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit Kreditverkäufen sowie einem andauernd positiven Kreditumfeld in Deutschland und einer Stabilisierung des Südeuropäischen Marktes. Der Anstieg in der Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft um 70 Mio € im Vergleich zur Vorjahresperiode ist auf einen größeren Einzelfall in GTB und die Postbank zurückzuführen.

Der Rückgang der Abschreibungen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2014 um 415 Mio € wird hauptsächlich von der Postbank beeinflusst und ist auf das hohe Niveau des Vorjahres zurückzuführen, das durch einen einmaligen Effekt einer Prozessanpassung verursacht wurde.

Unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und in der NCOU berichtet werden, betrug 389 Mio € zum Jahresende 2015 und damit 8 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, ein Rückgang um 25 % gegenüber 518 Mio € zum Jahresende 2014 (10 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus Nettoabschreibungen in Höhe von 113 Mio € und Nettoauflösungen in Höhe von 44 Mio €, teilweise kompensiert durch Wechselkursveränderungen der überwiegend nicht in Euro denominierten, nach IAS 39 reklassifizierten Kredite.

Im Vergleich Geschäftsjahr 2014 sank die Risikovorsorge für Kreditausfälle für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 129 Mio € und die Nettoabschreibungen stiegen um 98 Mio € an. Beide Veränderungen wurden hauptsächlich durch Verkäufe wertgeminderter Kredite verursacht.

Derivate – Bewertungsanpassung

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nehmen wir eine Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, „CVA“) beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als in unserem Standardkreditgeschäft haben wir in der Regel mehr Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren außerbörslich gehandelten Derivatetransaktionen zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten oder das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir häufig in der Lage, unter den betreffenden Derivatevereinbarungen, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Derivatetransaktionen kurzfristig zu kündigen und glattzustellen.

Die mit unseren Kunden geschlossenen Rahmenvereinbarungen für außerbörslich gehandelte Derivatetransaktionen sehen in der Regel eine breite Palette an Standard- oder spezifischen Kündigungsrechten vor, so dass wir bei Ausfällen eines Geschäftspartners oder in anderen Fällen, die auf eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit hinweisen, schnell reagieren können. Wir haben einen geringeren Spielraum unter den bestehenden Regeln und Regularien für zentrale Gegenparteien, die hauptsächlich auf den Einzahlungen in Ausfallfonds und Garantien der Mitglieder der Geschäftsabwicklungsstelle beruhen und weniger auf den Kündigungen und Schließungen der Verträge, was nur zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt wird, wenn alle anderen Maßnahmen fehlschlagen sollten. Mit Bezug auf die schweren systemischen Störungen des Finanzsektors, die durch Ausfälle von zentralen Gegenparteien hervorgerufen werden könnten, empfahl das Financial Stability Board („FSB“) im Oktober 2014, diese denselben Abwicklungsmechanismen zuzuordnen, die auch für systemrelevante Banken (G-SIBs) gelten.

Unsere vertraglichen Kündigungsrechte werden von internen Regelungen und Vorgängen mit definierten Rollen und Verantwortlichkeiten unterstützt, die versichern, dass potenzielle Adressenausfallrisiken rechtzeitig identifiziert und adressiert werden. Diese Vorgänge beinhalten notwendige Abwicklungs- und Handelsrestriktionen. Führt unsere Entscheidung dazu, dass Derivatetransaktionen beendet werden, so dass eine Nettoverpflichtung des Geschäftspartners verbleibt, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um. Diese wird dann im Rahmen unseres regulären Abwicklungsprozesses bearbeitet. Infolgedessen weisen wir in der Regel in der Bilanz keine leistungsge störten Derivate aus.

Das Korrelationsrisiko („Wrong-Way Risk“) entsteht, wenn das Engagement gegenüber einem Geschäftspartner negativ mit dessen Bonität korreliert ist. Gemäß Artikel 291 (2) und (4) CRR hatten wir, ohne die Postbank, einen monatlichen Korrelationsrisiko-Überwachungsprozess (für ein spezifisches Korrelationsrisiko, generell explizites Korrelationsrisiko auf Länder-, Industrie oder Regionenebene und generell implizite Korrelationsrisiken) etabliert, wobei Engagements aus Transaktionen, die ein Korrelationsrisiko aufweisen, automatisch selektiert und dem verantwortlichen Kreditbetreuer vorgelegt werden. Ein Korrelationsrisikobericht wird dem Senior Management des Kreditrisikos monatlich zugesendet. Ergänzend verwendeten wir, ohne die Postbank, einen neu etablierten Prozess zur Kalibrierung eines eigenen Alpha-Faktors (wie in Artikel 284 (9) CRR definiert), um das gesamte Korrelationsrisiko in seinen Derivaten und Wertpapierpensionsgeschäften abzuschätzen. Das Kontrahentenrisiko aus Derivatepositionen der Postbank ist für den Konzern immateriell und Sicherheiten werden in der Regel in Form von Barsicherheiten gehalten.

Risikopositionswerte des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten

Value-at-Risk-Werte der Handelsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns (ohne Postbank)

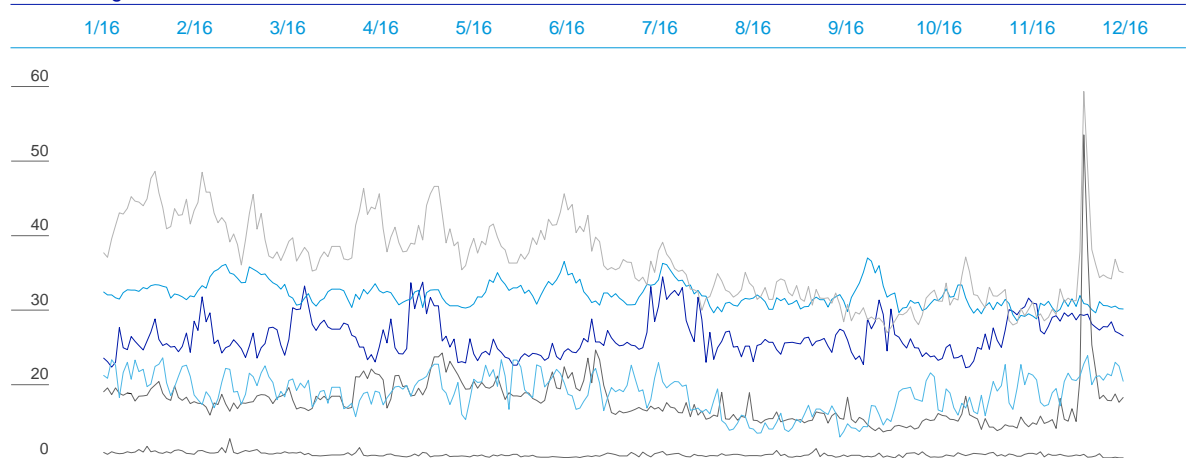
Die nachfolgenden Tabellen und die Grafik zeigen die Value-at-Risk-Werte unserer Handelsbereiche, die mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag berechnet werden. Sie beinhalten nicht die Anteile am Handelsbuch der Postbank, die separat berechnet werden.

Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations-effekt		Zins-risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs-risiko		Währungs-risiko ¹		Rohwarenpreis-risiko	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt	32,0	43,3	-35,0	-40,9	19,7	20,3	26,6	30,9	9,3	16,6	10,7	15,0	0,7	1,3
Maximum	59,4	65,6	-57,6	-59,2	29,5	30,2	32,5	40,3	52,4	28,3	16,7	25,0	3,3	4,0
Minimum	20,4	28,7	-25,6	-31,0	14,8	16,2	22,3	24,0	4,4	9,2	3,6	6,0	0,2	0,5
Periodenende	30,1	33,3	-36,9	-38,8	19,9	18,3	24,3	26,2	10,0	11,7	12,6	15,1	0,2	0,9

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Entwicklung des Value-at-Risk nach Risikoarten in 2016



in Mio €

- VaR Zinsrisiko
- VaR Credit-Spread Risiko
- VaR Aktienkursrisiko
- VaR Währungsrisiko, inkl. Edelmetalle
- VaR Rohwarenpreisrisiko
- VaR Insgesamt

Der durchschnittliche Value-at-Risk in 2016 betrug 32,0 Mio €, was einem Rückgang von 11,2 Mio € gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2015 entspricht. Der Rückgang des durchschnittlichen Value-at-Risk war getrieben von Reduzierungen über die Wertpapierklassen Credit Spread, Währungskursrisiko und Aktienkursrisiko hinweg, welche sich auf im Durchschnitt niedrigere directionelle Exposures im Vergleich zum ganzen Jahr 2015 zurückführen lassen.

Die Spitze im Value-at-Risk im Dezember 2016 war getrieben von Handelsbuchaktivitäten über einen kurzen Zeitraum während der Prozessvereinfachung von Kundentransaktionen.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko (ohne Postbank)

Die nachfolgenden Tabellen zeigen den Stress-Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Sie beinhalten nicht die Anteile am Handelsbuch der Postbank, die separat berechnet werden.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten

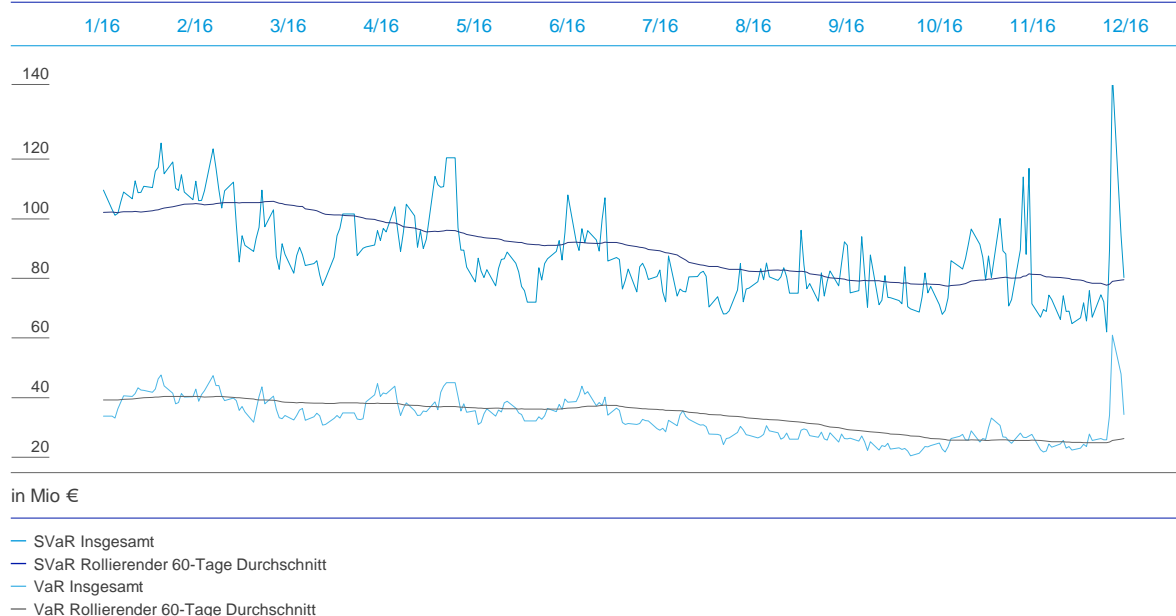
in Mio €	Insgesamt		Diversifikations-effekt		Zins-risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs-risiko		Währungs-risiko ¹		Rohwarenpreis-risiko	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt	85,2	105,1	-78,2	-114,5	51,9	60,7	74,9	106,7	20,6	22,8	14,8	26,7	1,3	2,5
Maximum	143,7	135,7	-150,0	-186,7	82,5	84,2	99,3	154,5	144,5	68,7	30,4	59,8	3,9	7,6
Minimum	60,4	82,4	-53,4	-71,7	37,4	45,1	59,0	82,6	2,4	0,1	3,4	5,7	0,4	0,7
Periodenende	75,8	106,3	-91,3	-98,0	51,9	45,5	63,0	90,9	29,6	44,1	22,1	22,6	0,5	1,2

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk belief sich in 2016 auf 85,2 Mio €, was einem Rückgang von 19,9 Mio € im Vergleich zum Jahr 2015 entspricht. Der Rückgang im Durchschnitt war getrieben von Reduzierungen über die Wertpapierklassen Credit Spread, Währungskursrisiko und Aktienkursrisiko hinweg, welche sich auf im Durchschnitt niedrigere direktionelle Risikopositionen im Vergleich zum ganzen Jahr 2015 zurückführen lassen. Des Weiteren reduzierte sich der Zinsrisiko Stress-Value-at-Risk im Durchschnitt über das Jahr 2016 aufgrund von Veränderungen in der Portfoliozusammensetzung. Ähnlich zum Value-at-Risk gab es einen Anstieg im Dezember 2016 resultierend aus der Prozessvereinfachung von Kundentransaktionen.

Das folgende Diagramm vergleicht die Entwicklung des täglichen Value-at-Risk mit dem täglichen Stress-Value-at-Risk und ihren 60-Tage-Durchschnittswerten, jeweils mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag für unsere Handelsbereiche berechnet. Die Beträge sind in Millionen Euro angegeben und schließen Beiträge aus dem Postbank-Handelsbuch aus, die separat berechnet werden.

Entwicklung des Value-at-Risk und des Stress-Value-at-Risk in 2016



Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der Inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert des Stichtags oder den Durchschnittswert der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)^{1,2,3}

in Mio €	Insgesamt		Non-Core Operations Unit		Global Credit Trading		Core Rates		Fixed Income & Currencies APAC		Emerging Markets - Debt		Sonstige	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt	840,2	975,0	52,0	17,5	393,0	539,3	200,4	106,0	188,6	160,0	116,8	235,0	-110,5	-82,0
Maximum	944,4	1.020,8	57,3	85,0	405,8	693,0	229,6	179,0	243,0	351,0	128,0	300,0	-65,6	-52,0
Minimum	693,0	843,8	44,5	-4,8	368,0	435,0	173,7	50,0	119,6	113,0	111,6	144,0	-141,8	-128,0
Perioden- ende	693,0	890,0	51,8	-1,0	368,0	489,0	173,7	86,0	119,6	123,0	121,8	259,0	-141,8	-65,0

¹ Die Werte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember 2016 beziehungsweise am 31. Dezember 2015 endete.

² Die Aufteilung in Geschäftsbereiche wurde für das 2016 Reporting aktualisiert, um die gegenwärtige Geschäftsstruktur besser abzubilden.

³ Alle Liquiditätshorizonte sind auf 12 Monate festgelegt.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag betrug 693 Mio € zum Jahresende 2016 und verringerte sich um 197 Mio € (22 %) verglichen mit dem Jahresende 2015. Der Inkrementelle Risikoaufschlag basierend auf dem Zwölf-Wochen-Durchschnitt betrug 840 Mio € zum Jahresende 2016 und damit 135 Mio € (14 %) weniger verglichen mit dem Durchschnitt der zwölf Wochen, welche am 31. Dezember 2015 geendet haben. Der reduzierte durchschnittliche Inkrementelle Risikoaufschlag ist getrieben von geringeren Kreditrisikopositionen in Global Credit Trading im Vergleich zum ganzen Jahr 2015.

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem internen Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem unteren Schwellenwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem standardisierten Verbriefungsrahmenwerk.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)^(1,2,3)

in Mio €	2016	2015
Durchschnitt	31,3	188,4
Maximum	39,8	197,3
Minimum	21,9	180,3
Periodenende	17,9	190,2

¹ Der regulatorische umfassende Risikoansatz wird auf Basis des Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember endet.

² Periodenende basiert auf internem Model-Spot-Wert.

³ Alle Liquiditätshorizonte sind auf 12 Monate festgelegt.

Der Wert für den Umfassenden Risikoansatz zum Jahresende 2016 betrug 18 Mio € und verringerte sich um 172 Mio € (91 %) im Vergleich zum Jahresende 2015. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt unseres Umfassenden Risikoansatzes betrug 31 Mio € zum Jahresende 2016 und damit 157 Mio € (83 %) weniger als der Zwölf-Wochen-Durchschnitt zum Jahresende 2015. Der Rückgang stellte sich aufgrund des kontinuierlichen Risikoabbaus im Korrelationshandelsportfolio ein.

Marktrisiko-Standardansatz

Zum 31. Dezember 2016 führten Verbriefungspositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem spezifischen Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 278,4 Mio €, die risikogewichteten Aktiva in Höhe von 3,5 Mrd € entsprachen. Zum 31. Dezember 2015 führten diese Positionen zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 811 Mio €, die einem gesamten RWA-Äquivalent von 10,1 Mrd € entsprachen. Der Rückgang ist auf den stetigen Risikoabbau von Verbriefungspositionen zurückzuführen.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate stiegen auf 6,4 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 80 Mio € entsprach, verglichen mit 6 Mio € beziehungsweise 78 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Ergänzend beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 31. Dezember 2016 auf 39 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 487 Mio € entsprach, im Vergleich zu 70 Mio € und 873 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Die Kapitalanforderung für das Langlebigkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betrug für NCOU und PIRM 46 Mio € zum 31. Dezember 2016, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 570 Mio € entsprach, verglichen mit 36 Mio € und 451 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Marktrisiko des Handelsbuchs der Postbank

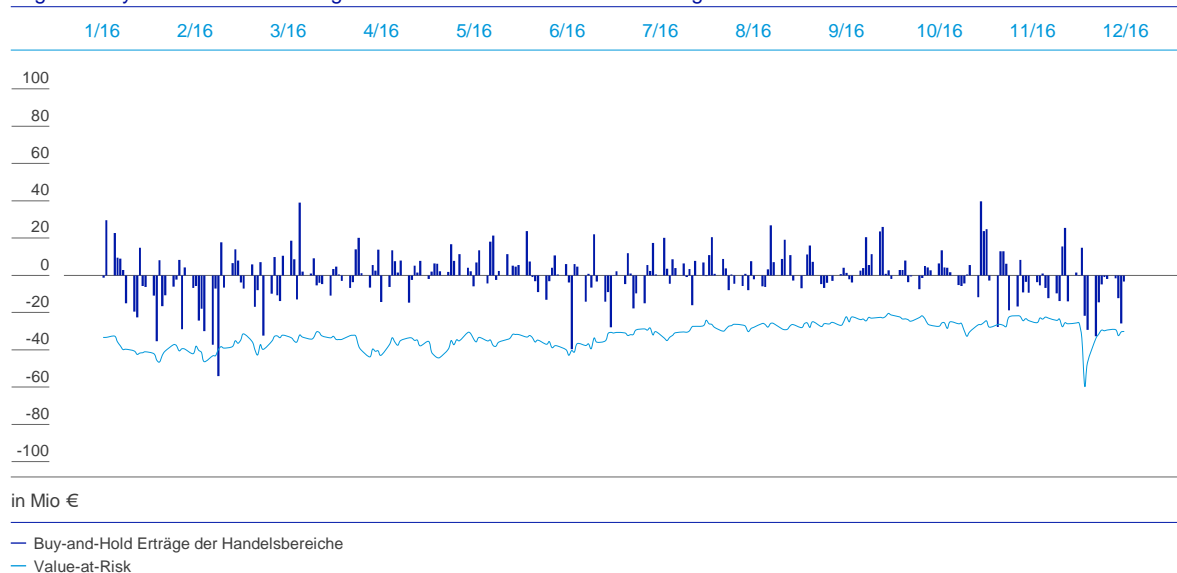
Der Value-at-Risk des Postbank-Handelsbuchs betrug bei einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag Null am 31. Dezember 2016. Die derzeitige Handelsbuch-Strategie der Postbank erlaubt keine neuen Handelsaktivitäten in Bezug auf das Handelsbuch. Daher enthielt das Handelsbuch der Postbank zum 31. Dezember 2016 keine Positionen. Gleichwohl wird die Postbank als Handelsbuchinstitut klassifiziert.

Ergebnisse des Aufsichtsrechtlichen Backtestings des Trading Market Risk

In 2016 haben wir einen globalen Ausreißer, in denen die Verluste auf der Buy-and-Hold-Basis den Value-at-Risk überstiegen, gegenüber drei Ausreißern in 2015 beobachtet. Der erste Ausreißer war im Februar 2016 zu verzeichnen, verursacht durch mit Marktereignissen stehende Verluste über verschiedene Geschäftsbereiche hinweg. Dies war eine Konsequenz aus der erhöhten Risikoaversion an den Märkten in Folge von einigen Bedenken in Bezug auf die globale ökonomische Aussicht. Basierend auf den Ergebnissen unseres Backtestings, unserer Analyse der zugrunde liegenden Gründe der Ausreißer und Verbesserungen in unserer Value-at-Risk-Methodik sind wir weiterhin davon überzeugt, dass unser Value-at-Risk-Modell ein angemessenes Maß für unser handelsbezogenes Marktrisiko unter normalen Marktbedingungen darstellt.

Das folgende Schaubild zeigt die täglichen Buy-and-Hold-Handelsergebnisse der Handelseinheiten im Vergleich zum Value-at-Risk gegenüber dem jeweiligen Vortag für die Handelstage der Berichtsperiode. Der Value-at-Risk wird in negativen Beträgen dargestellt, um den abgeschätzten potenziellen Verlust visuell mit den Buy-and-Hold-Handelsergebnissen vergleichen zu können. Die Beträge sind in Mio € angegeben. Das Schaubild unterlegt, dass unsere Handelseinheiten ein positives Buy-and-Hold-Handelsergebnis an 54 % der Handelstage in 2016 erzielt haben (gegenüber 51 % in 2015). Zudem ist der globale Ausreißer in 2016 aufgezeigt.

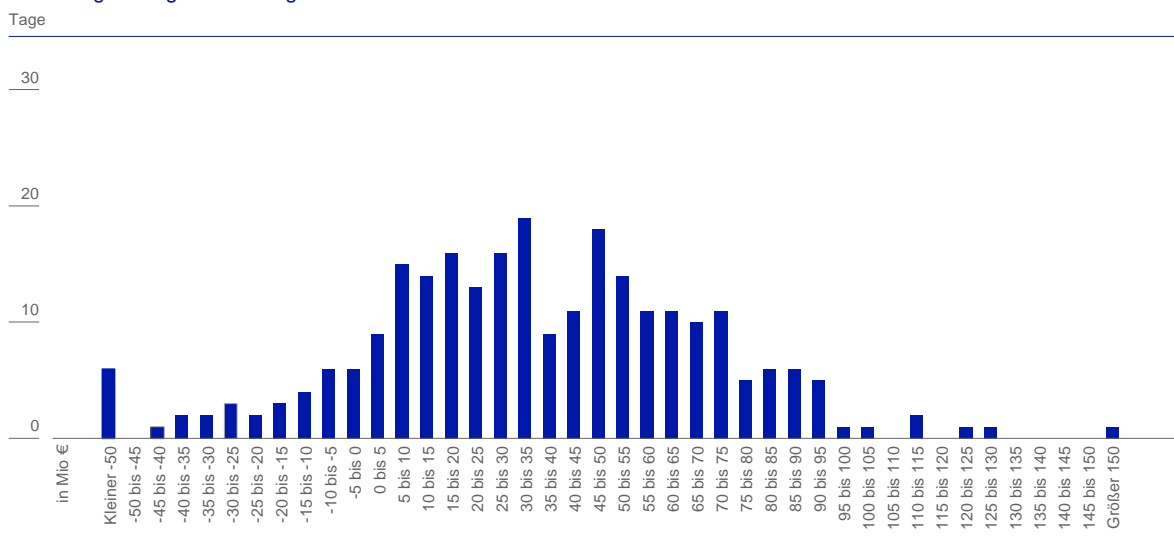
Tägliche Buy-and-Hold-Handelsergebnisse der Handelseinheiten im Vergleich zum Value-at-Risk in 2016



Tägliche Erträge der Handelsbereiche

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge unserer Handelsbereiche (ohne Postbank). Das tägliche Ergebnis ist definiert als vollständiges Ergebnis, welches durch neue Handelsgeschäfte, Gebühren und Provisionen, „Buy-and-Hold“, Reserven, „Carry“ und andere Erträge erzielt wird. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelsertrag erzielt wurde.

Verteilung der täglichen Erträge unserer Handelsbereiche in 2016



Im Jahr 2016 erzielten unsere Handelsbereiche an 87 % der Handelstage einen positiven Ertrag (gegenüber 91 % in 2015).

Risikopositionswerte des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios

Buchwerte und Ökonomischer Kapitalbedarf für Nichthandelsportfolios

in Mio €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Strategische Beteiligungen	1.064	829	562	332
Alternative Assets	2.335	6.363	690	2.764
Principal Investments	972	1.735	374	504
Sonstige nichtstrategische Beteiligungen	1.363	4.627	316	2.260
Sonstige nichtgehandelte Marktrisiken ¹	N/A	N/A	9.112	9.782
Zinsrisiko	N/A	N/A	1.921	2.057
Bonitätsaufschlagsrisiko	N/A	N/A	1.419	1.654
Aktienvergütungsrisiko	N/A	N/A	582	405
Pensionsrisiko	N/A	N/A	1.007	828
Strukturelle Währungsrisiken	N/A	N/A	2.485	3.183
Guaranteed Funds	N/A	N/A	1.699	1.655
Nichthandelsportfolios insgesamt	3.399	7.192	10.364	12.878

N/A – Nicht anwendbar

¹ N/A gibt an, dass das Risiko mehrheitlich bezogen ist auf außerbilanzielle Positionen oder Verbindlichkeiten.

In den Gesamtzahlen des Ökonomischen Kapitals sind Diversifikationseffekte zwischen den unterschiedlichen Risikoarten berücksichtigt.

- **Strategische Beteiligungen.** Die Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs entstand vor allem durch Marktwerthanpassungen der Beteiligungen innerhalb des Portfolios.
- **Alternative Assets.** Das Ökonomische Kapital für nicht handelsbezogene Marktrisiken reduzierte sich 2016 hauptsächlich durch den Verkauf von Hua Xia Bank Company Limited und Maher Terminals USA sowie durch weitere Risikoabbauaktivitäten im Bereich Non-Core Operations Unit.
- **Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken:**
 - **Zinsrisiko.** Neben dem den offenen Zinsrisikopositionen zugeordneten Ökonomischen Kapital besteht eine wesentliche Komponente in dieser Kategorie aus der Fristentransformation der vertraglich kurzfristigen Einlagen. Die effektive Laufzeit der vertraglich kurzfristigen Einlagen basiert auf beobachtbarem Kundenverhalten, der Elastizität der Marktzinssätze für Einlagen (DRE) und der Volatilität der Einlagenhöhe. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird abgeleitet durch Parameterannahmen, die Marktstressszenarien widerspiegeln, insbesondere die DRE, für die effektive Laufzeit täglich fälliger Einlagen. Verhaltens- und wirtschaftliche Profile werden bei der Berechnung der effektiven Laufzeit berücksichtigt ebenso wie optionale Ziehungen in unserem Baufinanzierungsgeschäft. Am 31. Dezember 2016 betrug unser Ökonomischer Kapitalbedarf für Zinsrisiken 1.921 Mio € gegenüber 2.057 Mio € am 31. Dezember 2015. Die Abnahme des Ökonomischen Kapitalbedarfs beruht überwiegend auf Methodenverbesserungen bezüglich der Modellierung der Kundeneinlagen.
 - **Credit-Spread-Risiken.** Ökonomischer Kapitalbedarf für Portfolios im Anlagebuch mit wesentlichen Credit-Spread-Risiken. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 1.419 Mio € gegenüber 1.654 Mio € zum 31. Dezember 2015. Die Reduktion im Ökonomischen Kapitalbedarf beruht auf reduzierten Credit-Spread-Risiken bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve teilweise kompensiert durch die Erfassung zusätzlicher Credit-Spread-Risiken im Bereich von Global Markets.
 - **Aktienvergütungsrisiken.** Das Risiko besteht aufgrund einer strukturellen Shortposition in Bezug auf den Kurs der Deutsche Bank-Aktie aus Restricted Equity Units. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2016 betrug 582 Mio € auf diversifizierter Basis, verglichen mit minus 405 Mio € zum 31. Dezember 2015. Die Erhöhung beruht hauptsächlich auf einer höheren Anzahl an Restricted Equity Units.
 - **Pensionsrisiken.** Das Risiko resultiert aus unseren leistungsdefinierten Versorgungszusagen inklusive Zinsrisiko und Inflationsrisiko, Credit-Spread-Risiken, Aktienkursrisiko und Langlebigkeitsrisiko. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf betrug 1.007 Mio € und 828 Mio € zum 31. Dezember 2016 respektive zum 31. Dezember 2015. Der Anstieg ist im Wesentlichen zurückzuführen auf einer Erhöhung der Credit-Spread-Risiken.
 - **Strukturelle Währungsrisiken.** Unser Währungsrisiko entsteht aus nicht währungskursgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf auf diversifizierter Basis betrug 2.485 Mio € zum 31. Dezember 2016 versus 3.183 Mio € zum 31. Dezember 2015. Der Rückgang beruht auf einer insgesamt reduzierten Fremdwährungsposition, auch bedingt durch den Verkauf der Hua Xia Bank Company Limited.
 - **Guaranteed Funds-Risiken.** Der Ökonomischen Kapitalbedarf von 1.699 Mio € zum 31. Dezember 2016 bleibt im Wesentlichen unverändert gegenüber 1.655 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Risikopositionswert des operationellen Risikos

Operationelles Risiko – Risikoprofil

Verluste aus operationellen Risiken pro Verlustkategorie (Gewinn- und Verlustsicht)

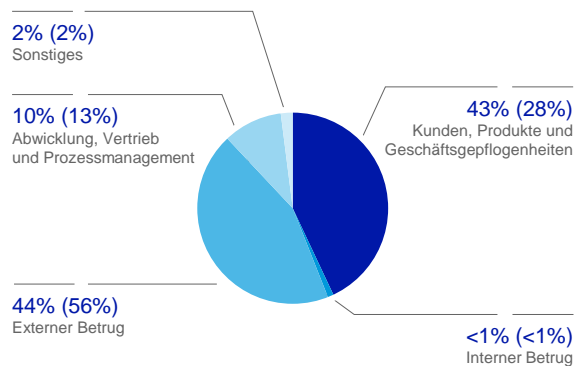
in Mio €	2016	2015 ¹
Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten	2.566	3.346
Interner Betrug	396	2.176
Externer Betrug	18	- 197
Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement	160	381
Sonstiges	23	20
Insgesamt	3.163	5.726

¹ Veränderte 2015 Verlustzahlen verursacht durch Reklassifizierungen und nachträgliches Erfassen von Verlusten

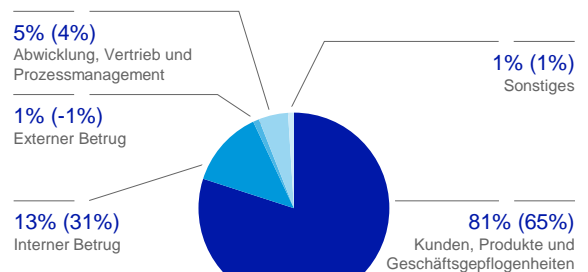
Zum 31. Dezember 2016 reduzierte sich aus Sicht der Gewinn- und Verlustrechnung die Summe aller Verluste aus operationellen Risiken um 2,6 Mrd € oder 45 % im Vergleich zum Jahresende 2015. Der Rückgang ist hauptsächlich in den Verlustkategorien „Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten“ sowie „Interner Betrug“ aufgrund erzielter Einigungen und höherer Rückstellungen für laufende Rechtsstreitigkeiten in 2015 begründet.

Operationelle Verluste pro Verlustkategorie, aufgetreten im Zeitraum 2016 (2011–2015)¹

Anzahl operationeller Verluste (nach Verlusteintrittsdatum)



Verteilung operationeller Verluste (nach Buchungsdatum)



¹ Prozentangabe in Klammern entspricht der Anzahl der Verluste beziehungsweise Summe der gebuchten Verluste im Zeitraum 2011–2015. Verlustanzahl und -betrag können sich nachträglich verändern.

Das oben links gezeigte Diagramm „Anzahl operationeller Verluste“ fasst die eingetretenen operationellen Verluste zusammen, die im Jahr 2016 eintraten gegenüber den eingetretenen Verlusten des Zeitraums 2011 bis 2015, basierend auf der Periode in der ein Verlustereignis zum ersten Mal auftrat. Ein Verlust, der zum Beispiel in 2002 eingetreten ist und zu einer Buchung eines OR-Verlusts in 2016 führte, würde in der Grafik „Anzahl operationeller Verluste“ fehlen, aber in der Grafik „Verteilung operationeller Verluste“ enthalten sein.

Bei der Betrachtung der Verlustfrequenz trat die Verlustkategorie „Externer Betrug“ mit einem Anteil von 44 % aller Verluste hervor. Die Verlustkategorie „Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten“ hat einen Anteil von 43 % und wird gefolgt von der Verlustkategorie „Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement“ mit 10 %. Die Summe der verbleibenden Verlustkategorien („Sonstiges“) ist mit 2 % konstant. Die Verlustkategorie „Interner Betrug“ trägt verglichen mit 2011 bis 2015 unverändert mit einem Anteil von weniger als 1 % zu der Verlustfrequenz bei.

In der Grafik oben rechts wird die Verteilung der Verluste aus operationellen Risiken (Gewinn- und Verlustsicht) des Jahres 2016 gegenüber denen, die in den letzten fünf Jahren gebucht wurden, dargestellt. Die Verlustkategorie „Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten“ hat mit 81 % den größten Anteil an der Gesamtsumme aller Verluste und reflektiert die Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und Durchsetzungsmaßnahmen. „Interner Betrug“ stellt mit 13 % den zweitgrößten Anteil dar und ist durch regulatorische Auseinandersetzungen vergangener Jahre zu begründen. Die Verlustkategorien „Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement“ (5 %), „Sonstiges“ (1 %) und „Externer Betrug“ (1 %) sind verglichen zu den anderen Verlustkategorien von geringerer Bedeutung.

Risikopositionswerte des Liquiditätsrisikos

Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen

Die Kreditmärkte in 2016 waren beeinflusst von anhaltender politischer Unsicherheit, dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld und der Einführung einer Vielzahl von Gesetzen von Maßnahmen bezüglich der Rangordnung im Insolvenzfall bei unbesicherten Anleihen, Deutschland eingeschlossen. Der fünfjährige Deutsche Bank-CDS wurde in der Spanne zwischen 98 und 267 Basispunkten gehandelt und erreichte seinen Höchststand im Februar. Seitdem ist der Risikoaufschlag signifikant gesunken und der CDS wurde zum Jahresende bei 175 Basispunkten, in der Mitte dieser Spanne für das Jahr gehandelt. Die Aufschläge auf unsere Anleihen wiesen eine ähnliche Volatilität auf. Unsere Euro-Benchmarkanleihe mit einem Coupon von 1,25 %, die im September 2021 fällig wird wurde zum Beispiel in der Spanne zwischen 80 und 189 Basispunkten gehandelt und schloss das Jahr am niedrigeren Ende dieser Spanne.

Unser Refinanzierungsplan für 2016 in Höhe von bis zu 30 Mrd €, der Eigenemissionen mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr umfasst, wurde vollständig erfüllt und wir haben das Jahr 2016 mit einem Refinanzierungsvolumen von 31,8 Mrd € beendet. Die Refinanzierung verteilte sich hauptsächlich auf die folgenden Finanzierungsquellen: Emission unbesicherter Benchmarkanleihen (13,0 Mrd €), nachrangige (Tier 2) Benchmarkanleihen (0,8 Mrd €), besicherter Benchmarkanleihen (€3,3 Mrd €), unbesicherte plain vanilla Emissionen an Privatkunden (8,0 Mrd €) und andere strukturierte unbesicherte und besicherte Privatplatzierungen (6,7 Mrd €). Das Gesamtemissionsvolumen von 31,8 Mrd € wurde gleichmäßig in Euro (15,2 Mrd €) und in US-Dollar (15,1 Mrd €) emittiert. Darüber hinaus haben wir kleine Beträge in JPY und CHF emittiert. Zusätzlich zu den direkten Emissionen nutzen wir langfristige Währungsswaps, um unseren Refinanzierungsbedarf außerhalb des Euro zu steuern. Unsere Investorenbasis der Emissionen in 2016 umfasst Privatkunden (19 %), Banken (12 %), Vermögensverwalter und Pensionsfonds (39 %), Versicherungen (11 %) und andere institutionelle Investoren (19 %). Aus geografischer Sicht teilte sich die Investorenbasis auf Deutschland (30 %), das restliche Europa (25 %), die USA (28 %), die Region Asien/Pazifik (15 %) und andere Länder (2 %) auf. Von unseren zum 31. Dezember 2016 ausstehenden Kapitalmarktemissionen wurden etwa 84 % auf unbesicherter Basis emittiert.

Der durchschnittliche Risikoaufschlag für unsere Emissionen über dem 3-Monats Euribor (alle nicht-Euro Refinanzierungsaufschläge wurden auf den 3-Monats Euribor zurückbasiert) betrug für das gesamte Jahr 129 Basispunkte bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 6,7 Jahren. Unsere Emissionsaktivitäten waren im ersten Halbjahr leicht höher, mit einem sich reduzierenden Volumen im zweiten Halbjahr des Jahres 2015. In den einzelnen Quartalen haben wir die folgenden Volumina emittiert: 9,1 Mrd €, 11,1 Mrd €, 2,8 Mrd € und 8,8 Mrd €.

Für 2017 haben wir einen Refinanzierungsplan von 25 Mrd € aus. Wir planen, diesen über die oben genannten Quellen zu erfüllen, ohne dabei von einer Quelle übermäßig abhängig zu sein. Des Weiteren planen wir einen Teil dieser Refinanzierung in US-Dollar aufzunehmen und Währungsswaps abzuschließen, um den verbleibenden Finanzierungsbedarf abzudecken. Unsere gesamten Kapitalmarktfälligkeiten, ohne rechtlich ausübbarer Kaufoptionen, belaufen sich 2017 auf rund 21,5 Mrd €.

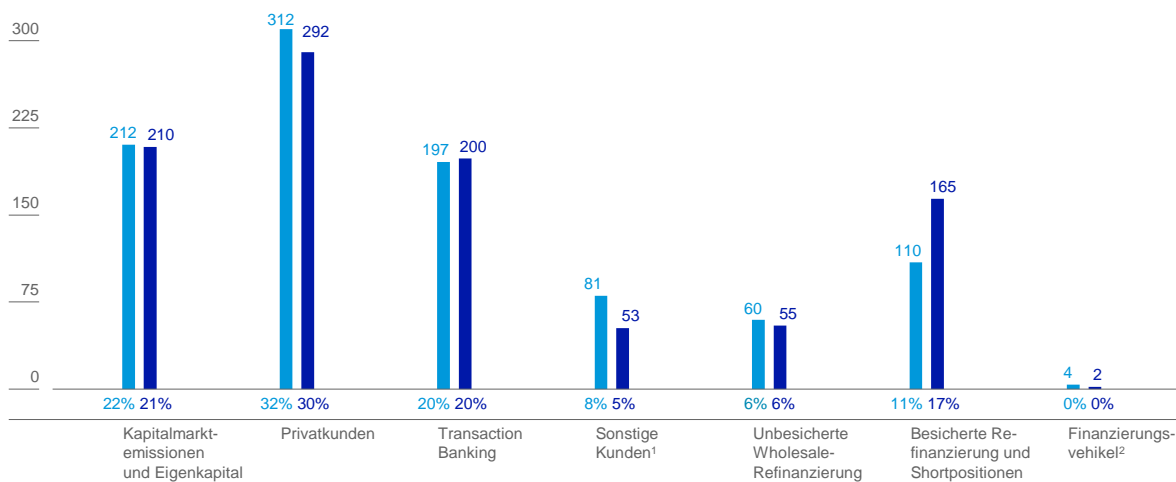
Diversifizierung der Finanzierungsmittel

In Laufe von 2016 ist unser Gesamtrefinanzierungsvolumen konstant bei 977 Mrd € gegenüber 976 Mrd € geblieben. Der Rückgang bei den Einlagen von Privatkunden in Höhe von 19,6 Mrd € (6 %) spiegelt einen Rückgang der Guthaben von Kunden der Vermögensverwaltung im zweiten Halbjahr wider. Einlagen von Transaktionsbankkunden erhöhten sich um 3,3 Mrd € (2 %) während sich die unbesicherte Wholesale-Refinanzierung um 5,4 Mrd € (9 %) reduzierte. Refinanzierung im Bereich Sonstige Kunden ging um 28,1 Mrd € zurück, hauptsächlich getrieben durch eine Verkleinerung der Nettoverpflichtungen aus Prime Brokerage Geschäften um 20 Mrd €. Die besicherten Refinanzierung und Shortpositionen erhöhte sich um 54,9 Mrd € (50 %), getrieben durch erhöhte Repo-Aktivitäten und zudem durch eine Netto-Erhöhung in der Refinanzierung durch die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte der Zentralbank (TLTROs) von 14 Mrd €. Dies spiegelt sich in einer Erhöhung in den Barsalden in der Liquiditätsreserve von 80 Mrd € wider.

Der Gesamtanteil der stabilsten Refinanzierungsquellen (bestehend aus Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital, Privatkunden und Transaktionsbankkunden) sank von 74 % auf 72 %.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen

in Mrd €



■ Am 31. Dezember 2015: gesamt 976 Mrd €

■ Am 31. Dezember 2016: gesamt 977 Mrd €

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

² Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Abgleich zur Bilanzsumme: Derivate und Abwicklungssalden 504 Mrd € (528 Mrd €), Aufrechnungseffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 68 Mrd € (71 Mrd €), sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 42 Mrd € (54 Mrd €), jeweils zum 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015; Beträge können aufgrund von Rundungen Summenabweichungen ergeben.

Fälligkeiten von unbesicherter Wholesale-Refinanzierung, ABCP und Kapitalmarktemissionen¹

	31.12.2016							
in Mio €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischen-summe weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	15.626	5.294	6.961	1.588	29.469	40	659	30.168
Einlagen von sonstigen								
Wholesale-Kunden	4.164	5.712	3.992	4.111	17.979	703	422	19.104
CDs und CP	1.117	1.379	1.973	1.060	5.529	4	1	5.534
ABCP	0	0	0	0	0	0	0	0
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten ²	626	4.111	4.735	11.825	21.296	8.085	49.993	79.374
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten ²	430	696	858	1.715	3.698	3.578	20.217	27.494
Besicherte Schuldverschreibungen	0	482	678	1.284	2.445	2.718	18.601	23.764
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	8	1.576	972	2.556	4.620	11.712	18.887
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt²	21.963	17.682	20.773	22.555	82.973	19.749	101.605	204.326
davon:								
Besichert	0	482	678	1.284	2.445	2.718	18.601	23.764
Unbesichert	21.963	17.199	20.094	21.271	80.528	17.031	83.004	180.563

¹ Beinhaltet zusätzliche AT1-Anleihen, die als zusätzliche Eigenkapitalbestandteile in der Bilanz ausgewiesen werden. Verbindlichkeiten mit Kündigungsrechten werden mit ihrem rechtlich frühestmöglichen Kündigungstermin eingestellt. Über die Eintrittswahrscheinlichkeit einer derartigen Kündigung werden keine Annahmen getroffen.

² Die Aufteilung zwischen unbesicherten und unbesicherten strukturierten Titeln wurde an die Definitivität der Gesamtverlustabsorptionskapazität angeglichen. Zahlen für 2015 wurden entsprechend angepasst.

Das Gesamtvolumen der innerhalb eines Jahres fällig werdenden unbesicherten Wholesale-Verbindlichkeiten, ABCP und Kapitalmarktemissionen in Höhe von 83 Mrd € zum 31. Dezember 2016 sollte im Zusammenhang mit unseren gesamten Liquiditätsreserven von 219 Mrd € betrachtet werden.

	31.12.2015							
in Mio €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischen-summe weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	11.101	8.073	3.196	1.399	23.769	143	69	23.981
Einlagen von sonstigen								
Wholesale-Kunden	2.872	8.911	5.090	4.078	20.950	319	191	21.460
CDs und CP	1.216	3.718	3.984	5.636	14.555	298	1	14.853
ABCP	0	0	0	0	0	0	0	0
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten ¹	2.598	6.320	2.249	3.079	14.246	17.175	38.659	70.081
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten ¹	708	2.376	2.214	3.371	8.669	5.365	23.446	37.480
Besicherte Schuldverschreibungen	0	51	1.371	75	1.496	2.460	18.056	22.012
Nachrangige Verbindlichkeiten	734	680	263	310	1.987	1.376	16.199	19.562
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	19.229	30.129	18.367	17.948	85.673	27.136	96.621	209.430
davon:								
Besichert	0	51	1.371	75	1.496	2.460	18.056	22.012
Unbesichert	19.229	30.078	16.996	17.873	84.176	24.677	78.565	187.418

¹ Die Aufteilung zwischen unbesicherten und unbesicherten strukturierten Titeln wurde an die Definitivität der Gesamtverlustabsorptionskapazität angeglichen. Zahlen für 2015 wurden entsprechend angepasst.

Die folgende Tabelle zeigt den Währungsaufriß unserer kurzfristigen unbesicherten Wholesale-Refinanzierungen, unserer ABCP-Refinanzierung und unserer Kapitalmarktemissionen.

Währungsaufriß der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung, ABCP und der Kapitalmarktemissionen

in Mio €	31.12.2016					31.12.2015				
	in EUR	in USD	in GBP	in anderen Währungen	Insgesamt	in EUR	in USD	in GBP	in anderen Währungen	Insgesamt
Einlagen von Banken	3.554	22.122	3.649	843	30.168	4.875	17.066	1.053	987	23.981
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	15.396	2.964	541	203	19.104	15.912	4.257	476	815	21.460
CDs und CP	4.456	259	259	560	5.534	10.771	1.202	1.843	1.038	14.853
ABCP	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten ¹	39.510	33.504	8	6.352	79.374	42.403	22.145	110	5.422	70.081
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten ¹	11.037	12.697	133	3.626	27.494	15.515	17.750	176	4.039	37.480
Besicherte Schuldverschreibungen	23.745	16	0	2	23.764	21.952	60	0	0	22.012
Nachrangige Verbindlichkeiten	8.540	9.196	799	353	18.887	8.507	9.858	800	397	19.562
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	106.239	80.758	5.390	11.940	204.326	119.935	72.338	4.459	12.698	209.430
davon:										
Besichert	23.745	16	0	2	23.764	21.952	60	0	0	22.012
Unbesichert	82.494	80.742	5.390	11.938	180.563	97.984	72.278	4.459	12.697	187.418

¹ Die Aufteilung zwischen unbesicherten und unbesicherten strukturierten Titeln wurde an die Definitivität der Gesamtverlustabsorptionskapazität angeglichen, Zahlen für 2015 wurden entsprechend angepasst.

Liquiditätsreserven

Zusammenfassung unserer Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften.

in Mrd €	31.12.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	178	178	98	98
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	136	136	75	75
Tochtergesellschaften	42	42	23	23
Hochliquide Wertpapiere (enthält Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	27	25	100	94
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	25	24	78	73
Tochtergesellschaften	2	1	22	21
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	14	9	17	13
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	9	6	14	11
Tochtergesellschaften	5	3	3	2
Gesamte Liquiditätsreserven	219	212	215	205
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	171	166	167	159
Tochtergesellschaften	48	46	48	46

Am 31. Dezember 2016 beliefen sich unsere Liquiditätsreserven auf 219 Mrd € im Vergleich zu 215 Mrd € am 31. Dezember 2015. Obwohl der Nettozuwachs in der Liquiditätsreserve nur 3 Mrd € betrug, war der Anstieg in Verfügbare Barsalden und Äquivalente 80 Mrd €, wohingegen die unbelasteten Wertpapiere um 76 Mrd € gesunken sind. Dies wurde hauptsächlich beeinflusst von Maßnahmen während des Jahres die ausstehende besicherte Refinanzierung zu erhöhen, als auch von allgemeinen Verringerungen in Beständen der Geschäftsbereiche hauptsächlich während des letzten Quartals in 2016. Dies wurde als kurzfristige Vorsichtsmaßnahme betrachtet, im Hintergrund eines herausfordernden Umfeldes für die Gruppe während dieser Zeit. Unsere Liquiditätsreserven betragen im Berichtsjahr durchschnittlich 212,4 Mrd € gegenüber 202,2 Mrd € in 2015. Die obige Tabelle zeigt den Buchwert für den Bilanzwert unserer Liquiditätsreserven, während der Liquiditätswert unsere Schätzung des Werts widerspiegelt, der vor allem

durch besicherte Refinanzierungen erzielt werden könnte. Dabei werden die Entwicklungen an den Märkten für besicherte Refinanzierungen in Stressperioden berücksichtigt.

Der Liquiditätswert (gewichtet) unserer Liquiditätsreserven von 212 Mrd € übersteigt den Liquiditätswert (gewichtet) unserer liquiden Vermögenswerte mit hoher Bonität (High Quality Liquid Assets - HQLA) von 203 Mrd €. Die Hauptunterschiede dieser Differenz sind, daß Liquiditätsreserven Zentralbank-fähige erhalten, aber ansonsten illiquide Sicherheiten (zum Beispiel gehandelte Kredite, andere Firmenanleihen mit Investmentgrade und ABS), welche nicht in den HQLA enthalten sind und daß die HQLA Aktien von Hauptindizes enthalten, aber Geldguthaben mit Zentralbanken um eine minimale Geldanforderung zu erfüllen und Geldguthaben mit nicht EU-Banken, die schlechter als mit AA-bewertet sind ausschließen, die in der LCR beinhaltet sind, aber nicht als Teil der HQLA.

Mindestliquiditätsquote

Unsere LCR von 128 % zum 31. Dezember 2016 wurde gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission berechnet und mit dem technischen Implementierungsstandard der EBA zum Reporting der LCR an Aufsichtsbehörden.

Komponenten der Mindestliquiditätsquote

	31.12.2016	31.12.2015
	Liquiditätswert (gewichtet)	Liquiditätswert (gewichtet)
in Mrd €		
Erstklassige liquide Aktiva	201	192
Mittelzuflüsse	93	111
Mittelabflüsse	250	272
Nettomittelabflüsse	158	161
LCR in %	128 %	119 %

Management des Refinanzierungsrisikos

Strukturelle Refinanzierung

Alle Liquiditätsablaufbilanzen (die über alle Währungen aggregierte, die US-Dollar und die GBP Liquiditätsablaufbilanz) waren innerhalb der entsprechenden Risikotoleranzen per Jahresende 2016 sowie 2015.

Stresstests und Szenarioanalysen

Während des Jahres 2016, hauptsächlich im Spätherbst, wurde unsere Liquiditäts- und Refinanzierungsposition von Marktspekulationen über unsere Verhandlungen mit dem US-Justizministerium im Hinblick auf unsere Emission und Plazierung von hypothekengedeckten Wertpapieren (RMBS) durch negative Kundenreaktionen nachteilig beeinflusst und unsere internen Messgrößen der vorhandenen Liquidität über den Zeitraum einer Stresssituation zeigen einen Bedarf korrigierende Massnahmen zu ergreifen. Wir antworteten mit Massnahmen, die vorgesehen sind um diese Messgrößen zu den üblichen Levels zurückzuführen und waren im Kontakt mit unseren Aufsichtsbehörden.

Weltweite monatliche Stresstestergebnisse über alle Währungen

in Mrd €	31.12.2016			31.12.2015 ¹		
	Finanzierungs- lücke ²	Positions- schließung ³	Netto- Liquiditäts- position ⁴	Finanzierungs- lücke ²	Positions- schließung ³	Netto- Liquiditäts- position ⁴
Systemisches Marktrisiko	64	204	141	71	218	147
Emerging Markets	10	190	180	14	190	176
Verschlechterung der Bonitätseinstufung um eine Stufe (Deutsche Bank-spezifisch)	43	195	152	51	200	148
Starke Verschlechterung der Bonitätseinstufung (Deutsche Bank-spezifisch)	178	224	46	188	240	53
Kombiniert ⁴	206	242	36	218	264	46

¹ Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

² Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.

³ Alle Szenarien zeigen den acht-Wochen Punkt.

⁴ Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung.

Weltweite monatliche US-Dollar Stresstest-Ergebnisse

in Mrd €	31.12.2016			31.12.2015		
	Finanzierungs- lücke ¹	Positions- schließung ²	Netto- Liquiditäts- position ³	Finanzierungs- lücke ¹	Positions- schließung ²	Netto- Liquiditäts- position ³
Kombiniert ⁴	94	164	69	102	163	61

¹ Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

² Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.

³ Alle Szenarien zeigen den acht-Wochen Punkt.

⁴ Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung.

Weltweite monatliche GBP Stresstest-Ergebnisse

in Mrd €	31.12.2016			31.12.2015		
	Finanzierungs- lücke ¹	Positions- schließung ²	Netto- Liquiditäts- position ³	Finanzierungs- lücke	Positions- schließung	Netto- Liquiditäts- position
Kombiniert ⁴	10	20	10	10	32	22

¹ Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

² Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.

³ Alle Szenarien zeigen den acht-Wochen Punkt.

⁴ Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung.

Die untere Tabelle zeigt die zusätzlichen Sicherheiten in allen Währungen, die im Falle einer Herabstufung unserer langfristigen Bonitätseinstufung um eine oder zwei Stufen durch Ratingagenturen benötigt werden.

Zusätzliche vertragliche Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Einstufige Ver- schlechterung der Bonität	Zweistufige Ver- schlechterung der Bonität	Einstufige Ver- schlechterung der Bonität	Zweistufige Ver- schlechterung der Bonität
Vertragliche derivative Abflüsse und Nachschussforderungen	1.470	1.982	4.332	6.472
Andere vertragliche Abflüsse und Nachschussforderungen	317	1.459	317	1.459

Belastung von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt bezieht sich auf belastete Vermögenswerte innerhalb der Institutsgruppe, konsolidiert für aufsichtsrechtliche Zwecke gemäß dem deutschen Kreditwesengesetz. Nicht eingeschlossen sind damit Versicherungsunternehmen oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Die von Tochterunternehmen des Versicherungsgewerbes als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte sind Bestandteil der Anhangangabe 23 „Als Sicherheiten verpfändete und erhaltene Vermögenswerte“ des Konzernabschlusses. Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte, gehalten, um Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern erfüllen zu können, sind Bestandteil der Anhangangabe 40 „Informationen zu Tochtergesellschaften“ des Konzernabschlusses.

Belastete Vermögenswerte sind hauptsächlich die bilanziellen und außerbilanziellen Vermögenswerte, die bei der besicherten Refinanzierung, Sicherheiten-Swaps und sonstigen besicherten Verbindlichkeiten als Sicherheit verpfändet werden. Darüber hinaus berücksichtigen wir, in Übereinstimmung mit den technischen Standards der EBA zum regulatorischen Berichtswesen von belasteten Vermögenswerten, Vermögenswerte, die über Abrechnungssysteme platziert sind, einschließlich leistungsgestörter Mittel und Sicherheitenleistungen (Initial Margin), sowie andere als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte, die nicht frei abgerufen werden können, wie vorgeschriebene Mindestreserven bei Zentralbanken, als belastete Vermögenswerte. Nach EBA-Richtlinien auch als belastet einbezogen sind Forderungen aus derivativen Ausgleichszahlungen.

Sofort verfügbare Vermögenswerte sind unbelastete und frei übertragbare bilanzielle und außerbilanzielle Positionen, die nicht auf andere Weise belastet sind und die in uneingeschränkt übertragbarer Form vorliegen. Bis auf Forderungen aus Wertpapierleihe, aus Wertpapierpensionsgeschäften und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten werden alle unbelasteten, zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, finanziellen Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Investitionen als sofort verfügbar angesehen.

Der sofort verfügbare Wert entspricht dem aktuell bilanzierten Buchwert und nicht einem gestressten Liquiditätswert (siehe „Liquiditätsreserven“-Abschnitt mit einer Analyse unbelasteter liquider Vermögenswerte, die in einem Liquiditätsstressszenario verfügbar sind). Sonstige unbelastete Vermögenswerte sind bilanzielle und außerbilanzielle Positionen, die nicht als Sicherheit für besicherte Refinanzierung oder andere besicherte Schuldverschreibungen gehalten werden oder die auf andere Weise als nicht verfügbar angesehen werden. In dieser Kategorie enthalten sind Forderungen aus Wertpapierleihen sowie aus Wertpapierpensionsgeschäften und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten. In ähnlicher Weise werden Kredite und sonstige Forderungen an Kunden nur dann als sofort verfügbar angesehen, sofern diese in einer standardisierten, übertragbaren Form vorliegen und noch nicht genutzt wurden, um Finanzierungsmittel zu generieren. Dies stellt einen konservativen Ansatz dar, da ein Teil dieser Kredite, die momentan unter Sonstige gezeitigt werden, in ein Format gebracht werden könnte, das es uns ermöglichen würde, Finanzierungsmittel zu generieren.

Belastete und unbelastete Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2016			
	Buchwert			
	Vermögens- werte	Belastete Vermögens- werte	Unbelastete Vermögenswerte	
Sofort verfügbar			Sonstige	
Schuldtitle	151	57	94	0
Aktieninstrumente	75	42	33	0
Sonstige Aktiva:				
Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	191	12	179	0
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften ¹	36	0	0	36
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²				
Handelsaktiva	14	0	14	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	488	0	0	488
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften ¹	69	0	0	69
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	7	0	7	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	3	0	3	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	419	72	17	329
Sonstige Aktiva	139	55	0	84
Insgesamt	1.591	239	347	1.005

¹ Forderungen aus Wertpapierleihe und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) werden alle unter Unbelastete Vermögenswerte, Sonstige gezeigt. Die Verwendung der zugrunde liegenden Sicherheiten ist gesondert in der Tabelle der außerbilanziellen Vermögenswerte unten erfasst.

² Enthält keine Schuldtitle oder Aktieninstrumente (oben gesondert ausgewiesen).

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2016			
	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten			
	Vermögens- werte	Belastete Vermögens- werte	Unbelastete Vermögenswerte	
Sofort verfügbar			Sonstige	
Erhaltene Sicherheiten:	260	218	43	0
Schuldtitle	196	155	41	0
Aktieninstrumente	64	63	2	0
Sonstige erhaltene Sicherheiten	0	0	0	0

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2015			
	Buchwert			
	Vermögens- werte	Belastete Vermögens- werte	Unbelastete Vermögenswerte	
Sofort verfügbar			Sonstige	
Schuldtitle	215	74	141	0
Aktieninstrumente	76	49	28	0
Sonstige Aktiva:				
Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	107	11	96	0
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften ¹	56	0	0	56
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ²				
Handelsaktiva	17	0	17	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	518	0	0	518
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften ¹	73	0	0	73
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	12	0	12	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	3	0	3	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	424	45	11	368
Sonstige Aktiva	132	59	0	74
Insgesamt	1.632	238	307	1.087

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2015			
	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten			
	Vermögens- werte	Belastete Vermögens- werte	Unbelastete Vermögenswerte	
Sofort verfügbar			Sonstige	
Erhaltene Sicherheiten:	285	238	46	1
Schuldtitel	197	152	45	0
Aktieninstrumente	87	86	1	0
Sonstige erhaltene Sicherheiten	1	0	0	1

Die obigen Tabellen zeigen bilanzielle und außerbilanzielle Vermögenswerte, die in die Kategorien „Belastete“, „Sofort verfügbare“ und „Sonstige“ eingeteilt werden. Alle Forderungen aus Wertpapierleihe und aus Wertpapierpensionsgeschäften werden mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten ausgewiesen.

Die belasteten Vermögenswerte in den obigen Tabellen beinhalten Vermögenswerte, die auf Ebene der einzelnen Gesellschaften unbelastet, jedoch möglicherweise im Konzern nur eingeschränkt übertragbar sind. Solche Restriktionen können auf entsprechende lokale Anforderungen an die Kreditvergabe oder ähnliche aufsichtsrechtliche Restriktionen zurückzuführen sein. In dieser Situation ist es nicht möglich, einzelne nicht übertragbare Bilanzpositionen zu identifizieren.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten

Treasury analysiert und steuert unsere Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten. In Fällen, in denen die vertragliche Endfälligkeit die Liquiditätsrisikoposition nicht adäquat widerspiegelt, ist es notwendig, Modellannahmen zu treffen. In diesem Zusammenhang stellen die sofort rückzahlbaren Einlagen von Privat- und Transaktionsbankkunden ein besonders auffälliges Beispiel dar, da diese auch in der Phase der schweren Finanzkrise durchgehend eine hohe Stabilität gezeigt haben.

Diese Modellannahmen sind integraler Bestandteil des Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements, welches vom Vorstand definiert und festgelegt wurde. Siehe Abschnitt „Liquiditätsstresstests und Szenarioanalysen“ für weitere Informationen zu kurzfristigen Liquiditätspositionen mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr sowie Abschnitt „Strukturelle Refinanzierung“ für langfristige Liquiditätspositionen mit Restlaufzeiten über einem Jahr.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Fälligkeitsanalyse aller Vermögensgegenstände, basierend auf den Buchwerten, und die früheste rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2016 und 2015.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2016

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündi- gungs- frist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
	Barreserven und Zentralbankeinlagen	177.648	539	131	121	334	2.591	0	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	5.841	3.578	596	83	65	834	115	26	469	11.606
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	631	4.204	5.852	3.170	1.368	532	449	15	67	16.287
Mit Kreditinstituten	604	2.534	5.026	2.077	1.217	461	0	0	0	11.918
Mit Kunden	27	1.670	826	1.093	152	71	449	15	67	4.370
Forderungen aus Wertpapierleihen	19.548	532	0	0	0	0	0	0	0	20.081
Mit Kreditinstituten	2.459	52	0	0	0	0	0	0	0	2.511
Mit Kunden	17.089	480	0	0	0	0	0	0	0	17.570
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte										
– Handel	677.696	33.314	9.577	1.752	776	1.983	2.995	2.803	12.884	743.781
Handelsaktiva	171.044	0	0	0	0	0	0	0	0	171.044
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	94.486	0	0	0	0	0	0	0	0	94.486
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	75.633	0	0	0	0	0	0	0	0	75.633
Sonstige Handelsaktiva	924	0	0	0	0	0	0	0	0	924
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten	485.150	0	0	0	0	0	0	0	0	485.150
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	21.502	33.314	9.577	1.752	776	1.983	2.995	2.803	12.884	87.587
Forderungen aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	7.154	28.691	6.810	914	110	1.256	995	608	866	47.404
Forderungen aus Wertpapier- leihen	14.227	4.561	2.348	0	0	0	0	0	0	21.136
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	120	62	419	838	666	232	1.992	2.195	11.399	17.923
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	0	0	0	0	146	0	0	590	736
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1	0	0	0	0	350	7	0	29	387
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungs- geschäfte erfüllen	0	61	201	39	52	30	257	1.030	1.846	3.516
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Finanzaktiva	471	1.154	2.344	1.031	1.915	2.298	9.210	18.778	19.028	56.228
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	251	1.008	2.341	1.031	1.915	1.334	9.210	18.733	18.452	54.275
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	219	146	3	0	0	964	0	45	575	1.953
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18.364	23.666	26.185	29.223	9.128	9.107	28.787	66.383	198.067	408.909
An Kreditinstitute	937	1.978	3.043	2.425	650	641	1.529	1.298	775	13.276
An Kunden	17.427	21.688	23.142	26.798	8.477	8.467	27.258	65.085	197.292	395.633
Privatkunden	6.446	3.872	5.436	2.397	1.630	2.055	5.634	17.450	157.616	202.536
Unternehmen und sonstige Kunden	10.980	17.816	17.706	24.401	6.847	6.412	21.624	47.635	39.676	193.097
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	0	1.515	1.691	3.206
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	104.400	475	1.052	221	240	135	58	671	2.878	110.131
Summe der Finanzaktiva	1.004.599	67.523	45.937	35.640	13.878	17.510	41.870	91.221	236.931	1.555.109
Sonstige Aktiva	23.492	0	0	0	0	0	0	0	11.944	35.437
Summe der Aktiva	1.028.091	67.523	45.937	35.640	13.878	17.510	41.870	91.221	248.875	1.590.546

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2015

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündigungs- frist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen	94.290	337	0	0	0	2.313	0	0	0	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	7.703	2.115	434	341	1	2.025	83	100	40	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	450	8.293	5.530	4.539	1.861	568	888	328	0	22.456
Mit Kreditinstituten	426	7.050	5.091	3.648	1.601	311	647	0	0	18.773
Mit Kunden	24	1.243	440	890	260	258	241	328	0	3.683
Forderungen aus Wertpapierleihen	30.335	3.221	0	0	0	0	0	1	0	33.557
Mit Kreditinstituten	3.462	159	0	0	0	0	0	0	0	3.622
Mit Kunden	26.873	3.062	0	0	0	0	0	1	0	29.935
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte										
– Handel	735.748	35.190	6.176	3.652	1.318	1.298	5.173	6.599	25.727	820.883
Handelsaktiva	196.035	0	0	0	0	0	0	0	0	196.035
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	118.671	0	0	0	0	0	0	0	0	118.671
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	76.044	0	0	0	0	0	0	0	0	76.044
Sonstige Handelsaktiva	1.320	0	0	0	0	0	0	0	0	1.320
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten	515.594	0	0	0	0	0	0	0	0	515.594
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	24.119	35.190	6.176	3.652	1.318	1.298	5.173	6.599	25.727	109.253
Forderungen aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.139	31.257	5.449	2.344	503	341	1.690	2.384	965	51.073
Forderungen aus Wertpapier- leihen	17.898	3.544	47	0	0	0	0	0	0	21.489
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	79	376	656	1.303	791	448	3.483	4.214	14.532	25.883
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	4	0	0	0	155	0	0	10.230	10.389
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	2	9	24	5	24	354	0	1	0	419
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungs- geschäfte erfüllen	0	9	71	75	139	58	142	716	1.925	3.136
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Finanzaktiva	18	966	1.941	1.543	893	1.998	8.832	22.880	34.513	73.583
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	6	481	1.937	1.543	893	952	8.815	22.869	33.873	71.368
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	12	485	3	0	0	1.046	17	12	640	2.215
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	20.375	31.464	27.851	30.337	9.142	11.313	24.272	71.890	201.104	427.749
An Kreditinstitute	543	2.137	3.829	1.858	1.703	870	726	1.592	926	14.183
An Kunden	19.832	29.327	24.022	28.480	7.439	10.442	23.546	70.299	200.177	413.565
Privatkunden	5.363	6.048	6.102	3.065	2.536	2.874	6.743	18.787	149.127	200.646
Unternehmen und sonstige Kunden	14.470	23.279	17.920	25.415	4.903	7.568	16.803	51.512	51.050	212.919
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	94.078	932	1.479	564	254	1.003	115	62	66	98.555
Summe der Finanzaktiva	982.997	82.528	43.483	41.051	13.608	20.577	39.505	102.576	263.374	1.589.700
Sonstige Aktiva	26.341	0	0	0	0	0	0	0	13.089	39.430
Summe der Aktiva	1.009.338	82.528	43.483	41.051	13.608	20.577	39.505	102.576	276.463	1.629.130

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Fälligkeitsanalyse aller Verbindlichkeiten, basierend auf den Buchwerten, und die früheste rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2016 und 2015.

Fälligkeitsanalyse der Verbindlichkeiten nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12. 2016

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündigungs- frist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
	1 Monat	3 Monate	6 Monate	9 Monate	1 Jahr	2 Jahre	5 Jahre	10 Jahre		
Einlagen	329.776	36.590	110.606	17.562	15.756	12.595	8.532	8.041	10.746	550.204
von Kreditinstituten	64.438	9.602	13.129	2.279	6.175	4.220	1.885	5.372	8.993	116.094
von Kunden	265.337	26.988	97.477	15.283	9.581	8.375	6.647	2.669	1.752	434.110
Privatkunden	109.943	10.761	75.517	3.191	1.744	902	785	911	279	204.033
Unternehmen und sonstige Kunden	155.395	16.227	21.960	12.093	7.837	7.472	5.862	1.758	1.473	230.077
Handelsspassiva	520.887	0	0	0	0	0	0	0	0	520.887
Wertpapiere	56.592	0	0	0	0	0	0	0	0	56.592
Sonstige Handelsspassiva	437	0	0	0	0	0	0	0	0	437
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	463.858	0	0	0	0	0	0	0	0	463.858
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten (ohne Kreditzusagen und Finanz- garantien)	1.992	38.633	8.123	2.212	744	3.745	1.031	1.004	2.969	60.452
Verbindlichkeiten aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Repos)	1.587	36.128	7.584	1.791	2	2.739	566	0	0	50.397
Langfristige Verbindlichkeiten	201	73	329	384	640	859	398	949	2.640	6.473
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten	203	2.432	210	37	102	147	68	55	329	3.582
Investmentverträge	0	0	0	0	0	592	0	0	0	592
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforde- rungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	249	324	194	312	231	943	1.484	856	4.593
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	353	0	0	0	0	0	0	0	0	353
Verbindlichkeiten aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Repos) gegenüber Kreditinstituten	19.957	1.510	844	1.191	0	1.178	434	271	0	25.387
gegenüber Kunden	14.934	1.510	844	1.191	0	1.178	292	271	0	20.222
gegenüber Kreditinstituten	5.023	0	0	0	0	0	142	0	0	5.165
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.587	10	1	0	0	0	0	0	0	3.598
gegenüber Kreditinstituten	1.488	4	0	0	0	0	0	0	0	1.492
gegenüber Kunden	2.099	6	1	0	0	0	0	0	0	2.106
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	13.216	921	1.073	265	1.292	529	0	0	0	17.295
Langfristige Verbindlichkeiten	0	1.037	5.275	8.143	10.113	4.190	43.315	56.444	43.799	172.316
Schuldverschreibungen – vorrangig	0	989	5.085	7.476	9.772	3.534	13.284	51.704	30.162	122.006
Schuldverschreibungen – nachrangig	0	0	0	0	0	231	140	1.124	5.293	6.788
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – vorrangig	0	43	190	582	284	384	29.507	3.496	8.063	42.549
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – nachrangig	0	5	0	85	56	42	384	120	281	974
Hybride Kapitalinstrumente	0	0	0	730	1.054	413	4.176	0	0	6.373
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	128.398	976	1.665	221	201	161	295	112	3.246	135.274
Summe der Finanzverbindlichkeiten	1.018.165	79.926	127.911	30.518	29.473	23.635	58.726	67.356	61.616	1.497.325
Sonstige Verbindlichkeiten	28.362	0	0	0	0	0	0	0	0	28.362
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0	0	0	64.819	64.819
Summe der Passiva und Eigenkapitel	1.046.527	79.926	127.911	30.518	29.473	23.635	58.726	67.356	126.435	1.590.506
Eventualverbindlichkeiten	6.061	9.569	8.896	13.765	8.708	14.794	30.609	98.024	27.978	218.404
Kreditinstitute	305	688	1.501	1.671	602	587	1.185	958	192	7.688
Privatkunden	253	124	95	226	283	387	757	538	8.875	11.540
Unternehmen und sonstige Kunden	5.503	8.757	7.300	11.868	7.823	13.820	28.667	96.528	18.911	199.176

Fälligkeitsanalyse der Verbindlichkeiten nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12. 2015

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündigungs- frist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
	1 Monat	3 Monate	6 Monate	9 Monate	1 Jahr	2 Jahre	5 Jahre	5 Jahre		
Einlagen	345.569	37.777	117.943	21.500	10.169	8.600	7.356	6.935	11.126	566.974
von Kreditinstituten	72.304	5.131	15.770	5.884	1.616	2.106	2.188	5.214	8.852	119.065
von Kunden	273.265	32.646	102.173	15.616	8.552	6.494	5.168	1.721	2.273	447.909
Privatkunden	113.016	13.588	80.124	3.270	2.131	1.805	2.524	642	220	217.321
Unternehmen und sonstige Kunden	160.249	19.058	22.049	12.346	6.422	4.689	2.644	1.079	2.053	230.588
Handelsspassiva	546.381	0	0	0	0	0	0	0	0	546.381
Wertpapiere	51.327	0	0	0	0	0	0	0	0	51.327
Sonstige Handelsspassiva	977	0	0	0	0	0	0	0	0	977
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	494.076	0	0	0	0	0	0	0	0	494.076
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten (ohne Kreditzusagen und Finanz- garantien)	18.423	4.725	1.569	1.760	1.240	10.069	1.809	1.652	3.526	44.773
Verbindlichkeiten aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Repos)	17.600	2.712	690	1.172	140	9.322	0	0	0	31.637
Langfristige Verbindlichkeiten	269	47	342	426	879	513	1.669	1.384	3.183	8.710
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten	554	1.966	537	162	221	233	141	268	343	4.425
Investmentverträge	0	35	70	70	70	734	108	1.593	5.843	8.522
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforde- rungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	43	513	414	203	301	278	1.630	2.983	6.365
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	574	0	0	0	0	0	0	0	0	574
Verbindlichkeiten aus Wertpapier- pensionsgeschäften (Repos)	7.492	1.567	53	117	0	0	0	0	0	9.229
gegenüber Kreditinstituten	2.757	1.554	53	117	0	0	0	0	0	4.481
gegenüber Kunden	4.734	13	0	0	0	0	0	0	0	4.747
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.846	10	1	0	0	0	0	0	414	3.270
gegenüber Kreditinstituten	290	6	0	0	0	0	0	0	0	295
gegenüber Kunden	2.556	5	1	0	0	0	0	0	414	2.975
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	17.776	1.311	2.052	2.666	3.006	1.199	0	0	0	28.010
Langfristige Verbindlichkeiten	0	3.327	8.638	6.923	4.251	2.990	39.801	45.435	48.652	160.016
Schuldverschreibungen – vorrangig	0	3.184	8.444	5.815	3.782	2.631	24.701	40.061	36.599	125.217
Schuldverschreibungen – nachrangig	0	0	0	619	150	100	0	1.314	4.231	6.414
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – vorrangig	0	143	194	247	173	162	14.978	3.575	7.502	26.973
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – nachrangig	0	0	0	243	146	97	121	486	319	1.412
Hybride Kapitalinstrumente	0	733	0	262	0	0	735	4.373	918	7.020
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	146.678	931	2.859	198	83	170	340	14	36	151.309
Summe der Finanzverbindlichkeiten	1.085.739	50.458	133.696	33.911	19.023	24.063	50.426	61.633	73.496	1.532.443
Sonstige Verbindlichkeiten	28.984	0	0	0	0	0	0	0	0	28.984
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0	0	0	67.624	67.624
Summe der Passiva und Eigenkapitel	1.114.722	50.458	133.696	33.911	19.023	24.063	50.426	61.633	141.120	1.629.051
Eventualverbindlichkeiten	6.433	9.833	8.772	17.963	10.036	14.221	29.240	107.376	27.999	231.874
Kreditinstitute	425	406	1.405	2.354	1.301	1.059	1.512	1.213	177	9.852
Privatkunden	231	166	103	687	678	945	2.272	1.605	7.272	13.958
Unternehmen und sonstige Kunden	5.778	9.261	7.265	14.923	8.057	12.218	25.456	104.559	20.549	208.063

Vergütungsbericht

Einleitung – 230

Brief des Aufsichtsratsvorsitzenden – 231

Vergütungsbericht für den Vorstand – 232

Governance der Vorstandsvergütung – 232

Grundsätze der Vorstandsvergütung und des Vergütungssystems – 232

Vergütungsstruktur bis 2016 – 234

Vergütungsstruktur ab Januar 2017 – 238

Langfristige Anreizwirkung und Nachhaltigkeit – 245

Verfallbedingungen – 247

Begrenzungen bei außergewöhnlichen Entwicklungen – 247

Regelungen zur Aktienhaltepflcht – 248

Altersversorgungszusage – 248

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens – 249

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung – 250

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2016 – 250

Aktienanwartschaften – 251

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands – 252

Bezüge nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) – 253

Bezüge nach Maßgabe der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17) – 261

Vergütungsbericht für die Mitarbeiter – 264

Überblick über Vergütungsentscheidungen für 2016 – 264

Aufsichtsrechtliches Umfeld – 265

Vergütungsgovernance – 266

Vergütungsstrategie – 268

Struktur der Gesamtvergütung – 268

Methode zur Festlegung der variablen Vergütung – 271

Vergütungsentscheidungen für 2016 – 273

Bilanzielle Erfassung und Amortisation gewährter variabler Vergütung – 275

Struktur und Instrumente der variablen Vergütung – 276

Nachträgliche Risikoadjustierung der variablen Vergütung – 278

Offenlegung der Vergütungsinformationen gemäß § 16 InstVV und Art. 450 CRR – 280

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats – 282

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016 – 283

Einleitung

Der Vergütungsbericht für das Jahr 2016 enthält detaillierte Informationen zur Vergütung im Deutsche Bank-Konzern.

Der Vergütungsbericht umfasst insgesamt die folgenden drei Abschnitte:

Vergütungsbericht für den Vorstand

Im ersten Teil werden Struktur und Ausgestaltung des Vergütungssystems für den Vorstand der Deutsche Bank AG dargestellt. Hier wird zunächst das Vergütungssystem für das Geschäftsjahr 2016 gezeigt, das gegenüber dem Vergütungssystem für das Geschäftsjahr 2015 in der Struktur der variablen Vergütung durch eine zusätzliche Komponente erweitert wurde. Im Anschluss an die bestehenden Vergütungsstrukturen wird das ab dem Geschäftsjahr 2017 gültige Vergütungssystem vorgestellt, über dessen Billigung die Hauptversammlung im Mai 2017 Beschluss fassen wird. Darüber hinaus enthält der Bericht Informationen über die den Vorständen der Deutsche Bank AG vom Aufsichtsrat gewährte individuelle Vergütung.

Vergütungsbericht für die Mitarbeiter

Im zweiten Teil des Vergütungsberichtes werden Informationen über das Vergütungssystem und die Vergütungsstrukturen für die Mitarbeiter im Deutsche Bank-Konzern offengelegt (ausgenommen die Deutsche Postbank AG, die einen eigenen Bericht veröffentlicht). Der Bericht stellt das in 2016 eingeführte neue Vergütungsrahmenwerk dar und er erläutert die Entscheidungen über die variable Vergütung für das Jahr 2016. Darüberhinaus enthält der Bericht quantitative Vergütungsinformationen im Hinblick auf die Mitarbeiter, die als Risikoträger (sogenannte „Material Risk Takers“) gemäß der Institutvergütungsverordnung (InstVV) identifiziert wurden.

Bericht und Offenlegung über die Aufsichtsratsvergütung

Im dritten Teil finden sich Informationen zur Struktur und der Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates der Deutsche Bank AG.

Der Bericht erfüllt die Vorgaben des § 314 Abs. 1 Nr. 6 Handelsgesetzbuch („HGB“), des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 („DRS 17“) „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, der CRR, der InstVV sowie der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Brief des Aufsichtsratsvorsitzenden

*Sehr geehrte Aktionärin,
sehr geehrter Aktionär,*

auf den nachfolgenden Seiten finden Sie detaillierte Informationen über die Vergütung und das zugrundeliegende Vergütungssystem für die Mitglieder des Konzernvorstands für das Geschäftsjahr 2016.

Der Aufsichtsrat hat das Vergütungssystem mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 insbesondere durch die Erweiterung der variablen Vergütungskomponenten um den zusätzlichen Division Incentive Award für die Mitglieder des Vorstands mit Front-Office-Verantwortung geändert. Das geänderte Vergütungssystem haben wir Ihnen auf der Hauptversammlung im Mai 2016 zur Billigung vorgelegt. Leider wurde die Billigung nicht mehrheitlich erteilt.

Der Aufsichtsrat der Bank hat diesen Beschluss und die damit verbundene Kritik an dem vorgeschlagenen System sehr ernst genommen und bereits unmittelbar nach der Hauptversammlung begonnen, das bestehende System auf Basis der vorgetragenen Kritikpunkte zu analysieren und adäquate Änderungsmöglichkeiten zu diskutieren. Der Vergütungskontrollausschuss hat sich in den letzten Monaten daher intensiv mit dem Vergütungssystem auseinandergesetzt und den Aufsichtsrat regelmäßig über die Fortschritte informiert. Im Februar dieses Jahres hat der Aufsichtsrat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses neue Vergütungsstrukturen für die Mitglieder des Vorstands ab dem Geschäftsjahr 2017 beschlossen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir Ihnen mit dem neuen Vergütungssystem ab dem Jahr 2017 ein System präsentieren, dass transparente und klare Strukturen aufweist und die aus Ihrer Sicht kritischen Punkte angemessen berücksichtigt. Die Vergütung für die Mitglieder des Vorstands ist dabei stark an vorab definierte Ziele gekoppelt; die Leistung des Vorstands als Gesamtgremium auf Basis konzernweiter Kennziffern, aber auch auf individueller Ebene, wird anhand der Erreichung gemeinschaftlicher und individueller Ziele klar abgeleitet und honoriert. Die Strukturen unterstützen dabei eine starke Bindung der Vergütung an den Unternehmenserfolg und die Entwicklung der Deutsche Bank Aktie.

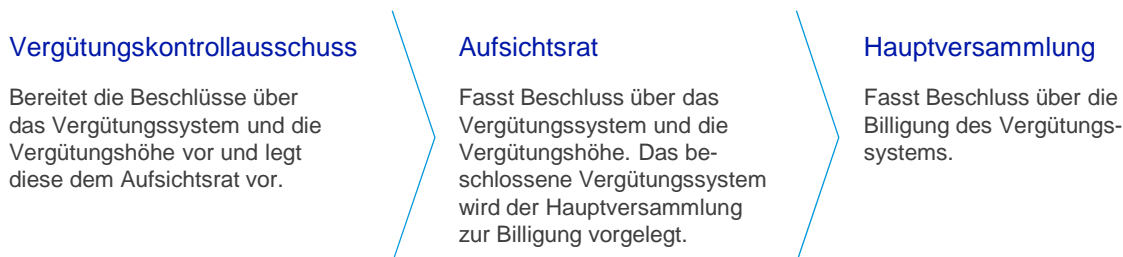
Das neue Vergütungssystem wird Ihnen ab Seite 238 detailliert vorgestellt. Selbstverständlich werden wir das System auf der Hauptversammlung im Mai 2017 erneut zur Abstimmung stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Paul Achleitner

Vergütungsbericht für den Vorstand

Governance der Vorstandsvergütung



Der Aufsichtsrat ist als Gesamtplenium zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands sowie für die Festsetzung ihrer individuellen Bezüge. Unterstützt wird der Aufsichtsrat dabei durch den Vergütungskontrollausschuss. Der Vergütungskontrollausschuss überwacht die angemessene Ausgestaltung des Vergütungssystems und bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrates über die Vergütung der Vorstandsmitglieder vor. Zusätzlich werden vom Vergütungskontrollausschuss und/oder Aufsichtsrat externe unabhängige Berater hinzugezogen, falls dies als erforderlich angesehen wird.

Der Vergütungskontrollausschuss besteht zurzeit aus insgesamt vier Mitgliedern. Entsprechend der regulatorischen Vorgaben verfügt mindestens ein Mitglied über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling und mindestens ein Mitglied kommt aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter.

Das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands wird vom Aufsichtsrat regelmäßig überprüft. Im Fall einer Änderung oder Neustrukturierung des Vergütungsrahmens nutzt der Aufsichtsrat zudem die durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung („VorstAG“) geschaffene Möglichkeit, dass auch die Hauptversammlung über die Billigung des Vergütungssystems beschließt.

Der Aufsichtsrat hat das Vergütungssystem für das Geschäftsjahr 2016 der Hauptversammlung im Mai 2016 zur Billigung vorgelegt. Die Hauptversammlung hat die Billigung jedoch nicht mehrheitlich erteilt. Aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses hat der Aufsichtsrat das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands mit Wirkung ab dem 1. Januar 2017 erneut geändert. Der Hauptversammlung wird im Mai 2017 die Möglichkeit gegeben, über die Billigung des geänderten Vergütungssystems Beschluss zu fassen.

Grundsätze der Vorstandsvergütung und des Vergütungssystems

Bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems und bei der Bemessung der individuellen Vergütung sind zahlreiche Faktoren zu beachten. Diese Faktoren lassen sich in bestimmte Vergütungsgrundsätze zusammenfassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die wesentlichen Vergütungsgrundsätze auf, die Einfluss auf das Vergütungssystem und die individuelle Vergütung haben und daher vom Aufsichtsrat bei Beschlüssen über Vergütungsfragen zu berücksichtigen sind.

Im Rahmen seiner Beschlussfassungen über die Struktur und Bemessung der Vergütung berücksichtigt der Aufsichtsrat insbesondere:

Governance	Die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Bemessung der individuellen Vergütung erfolgen im Rahmen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben. Ziel des Aufsichtsrates ist es dabei, den Vorstandsmitgliedern innerhalb der regulatorischen Rahmenbedingungen ein marktübliches und wettbewerbsfähiges Vergütungspaket anbieten zu können.
Strategie des Konzerns	Die Mitglieder des Vorstands werden durch die Ausgestaltung des Vergütungssystems motiviert, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen, dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben und unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden.
Gemeinschaftliche und individuelle Leistung der Vorstandsmitglieder	Die Bemessung der variablen, leistungsabhängigen Vergütung erfolgt auf Basis des Erreichungsgrades von vorab vereinbarten Zielen. Dabei werden zum einen gemeinschaftliche und auf den Deutsche Bank-Konzern bezogene Ziele vorgegeben, die für alle Vorstandsmitglieder gleichermaßen Geltung haben. Darüber hinaus legt der Aufsichtsrat für jedes Vorstandsmitglied individuelle Ziele fest, die insbesondere die Entwicklung des verantworteten Geschäfts- oder Infrastrukturbereichs beziehungsweise der Region berücksichtigen.
Regulatorische oder sonstige Vergütungs-obergrenzen	Gemäß den CRD 4 Regelungsansätzen ist das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung grundsätzlich auf 1:1 (Cap-Regelung) begrenzt, das heißt, die Höhe der variablen Vergütung darf die der fixen Vergütung nicht überschreiten. Der Gesetzgeber sieht jedoch vor, dass die Aktionäre insoweit eine Erleichterung beschließen können, indem das Verhältnis der festen zur variablen Vergütung auf 1:2 festgesetzt wird. Die Hauptversammlung hat im Mai 2014 der Festsetzung auf 1:2 mit einer Mehrheit von 90,84 % zugestimmt. Das vom Aufsichtsrat beschlossene Vergütungssystem sieht zudem feste Obergrenzen für die einzelnen Komponenten der variablen Vergütung vor. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Möglichkeit, für die Gesamtvergütung eines Vorstandsmitglieds eine zusätzliche Obergrenze (Cap) festzusetzen. Im Geschäftsjahr 2017 beträgt diese Obergrenze 9,85 Mio €.
Nachhaltigkeitsaspekte	Die gesamte variable Vergütung für die Vorstandsmitglieder wird derzeit ausschließlich in aufgeschobener Form gewährt. Ab 2017 wird ein Anteil von mindestens 75 % der aufgeschobenen Vergütung in Form von aktienbasierten Vergütungselementen gewährt, die erst mindestens fünf Jahre nach ihrer Gewährung in einer einzigen Tranche (cliff vesting) fällig werden und danach noch mit einer zusätzlichen Haltefrist von einem Jahr versehen sind. Der verbleibende Teil wird in nicht-aktienbasierter Form gewährt und in gleichen Tranchen über vier Jahre fällig. Während der Zurückbehaltungs- und Haltefrist unterliegt die aufgeschobene Vergütung bestimmten Verfallbedingungen.
Interessen der Aktionäre	Bei den Fragen der konkreten Ausgestaltung des Vergütungssystems, der Festlegung der individuellen Vergütungen sowie der Gestaltung der Auszahlungs- und Zuteilungsmodalitäten steht die enge Verknüpfung der Interessen der Vorstandsmitglieder mit den Interessen der Aktionäre im Vordergrund. Diese Verknüpfung erfolgt zum einen im Rahmen der Festsetzung der variablen Vergütung anhand der Zugrundelegung klar definierter Kennziffern, die einen direkten Bezug zur Wertentwicklung der Deutschen Bank haben. Zum anderen wird die Verknüpfung über die Gewährung aktienbasierter Vergütungselemente, die ab 2017 mindestens 75 % der gesamten variablen Vergütung betragen, sichergestellt. Die aktienbasierten Vergütungselemente sind unmittelbar an die Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gebunden und werden erst nach einem mehrjährigen Zeitraum fällig.

Das Vergütungssystem und die davon umfassten Vergütungsstrukturen sind mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils in deren Anstellungsverträgen geregelt.

Vergütungsstruktur bis 2016

Die Struktur des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands wurde mit Wirkung für das Geschäftsjahr 2016 gegenüber dem in 2015 gültigen Vergütungssystem vom Aufsichtsrat geändert. Das geänderte Vergütungssystem folgt dabei der Neuordnung der Führungsstruktur der Bank. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 sind alle vier Unternehmensbereiche (Front Offices) direkt durch Mitglieder im Vorstand vertreten. Für die Vorstandsmitglieder mit Front-Office Verantwortung wurden die bisherigen Komponenten der variablen Vergütung durch den neu eingeführten „Division Performance Award“ ergänzt, um dadurch Markterfordernisse zu reflektieren und ein wettbewerbsfähiges Vergütungsniveau sicherzustellen. Über die Einführung dieser Komponente hinaus wurden die Ziel- und Maximalgrößen der variablen Vergütungskomponenten angepasst.

Vergütungsstruktur und Vergütungselemente

	2016	2015
Fixe Vergütung	Grundvergütung + Beitrag betriebliche Altersvorsorge	Grundvergütung + Beitrag betriebliche Altersvorsorge
Variable Vergütung	Annual Performance Award (APA) + Long Term Performance Award (LTPA) + Division Performance Award (DPA)	Annual Performance Award (APA) + Long Term Performance Award (LTPA)

Das Vergütungssystem für das Geschäftsjahr 2016 besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten (fixe Vergütung)

Die fixe Vergütung wird erfolgsunabhängig gewährt und besteht in erster Linie aus einem Grundgehalt und Beiträgen zur betrieblichen Altersversorgung.

in €	2016	2015
Grundgehalt		
Co-Vorstandsvorsitzende	3.800.000	3.800.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder	2.400.000	2.400.000

in €	2016	2015
Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung		
Co-Vorstandsvorsitzende	650.000	650.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder (CIB) ¹	2.000.000	0
Ordentliche Vorstandsmitglieder (GM/AM) ¹	1.000.000	0
Ordentliche Vorstandsmitglieder (PW&CC)	650.000	400.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder (Infrastruktur/Region)	400.000	400.000

¹ Diese Front-Office Bereiche fielen in 2015 in die Zuständigkeit der Co-Vorstandsvorsitzenden.

Daneben zählen die sogenannten „Sonstigen Leistungen“ zu den erfolgsunabhängigen Komponenten. Die Sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrgestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogenen Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern sowie steuerpflichtigen Aufwandserstattungen.

Erfolgsabhängige Komponenten (variable Vergütung)

Die variable Vergütung wird erfolgsabhängig gewährt. Sie besteht aus den drei Komponenten **Annual Performance Award**, **Long-Term Performance Award** und **Division Performance Award**.

Annual Performance Award („APA“)

Der APA honoriert das Erreichen der kurz- und mittelfristigen geschäfts- und unternehmenspolitischen Ziele der Bank, die im Rahmen der Zielvereinbarung für das jeweilige Geschäftsjahr zur Leistungsbestimmung festgelegt wurden. Berücksichtigt werden dabei nicht nur finanzielle Erfolge, sondern auch das Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Kunden im Rahmen der Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der jährlichen Zielvereinbarung werden für alle Ziele Kennziffern und/oder Kriterien festgelegt, aus denen sich der Erreichungsgrad der Ziele ableitet.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurden die folgenden und für alle Vorstandsmitglieder identischen konzernübergreifenden Ziele vereinbart:

- **Kategorie Kapital:** Kernkapitalquote (Common Equity Tier-1 Ratio (CET 1)) und Verschuldungsquote,
- **Kategorie Kosten:** Kosten-Ertrag-Relation (Cost-Income Ratio (CIR)),
- **Kategorie Kompetenzen:** Wertbeitrag und
- **Kategorie Kultur/Kunden:** Mitarbeiterzufriedenheit, Verhalten und Reputation.

Zur Bewertung der individuellen Leistungskomponente wurde mit jedem Vorstandsmitglied zusätzlich ein quantitatives Ziel aus den Kategorien **Kapital/Kosten/Kompetenzen** und ein qualitatives Ziel aus den Kategorien **Kultur/Kunden** vereinbart.

Abhängig vom Erreichungsgrad der vorgenannten Ziele beträgt die Summe aus konzernübergreifenden und individuell vereinbarten Zielen maximal 80 % des Gesamt-APA. Lediglich über den verbleibenden Anteil kann der Aufsichtsrat zur Würdigung von besonderen, auch projektbezogenen Erfolgsbeiträgen eine Ermessensentscheidung treffen. Bei Verfehlen der Ziele ist ein Annual Performance Award nicht zu gewähren.

Long-Term Performance Award (LTPA)

Die Höhe des LTPA bestimmt sich nach der relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie (Relative Total Shareholder Return, RTSR) im Dreijahresdurchschnitt gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten und orientiert sich durch die zusätzliche Berücksichtigung nicht finanzieller Parameter (sogenannter „Culture & Clients-Faktor“) auch daran, wie die Ziele erreicht werden.

Ist der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie größer als 100 %, dann erhöht sich der Wert des Award-Anteils proportional bis zu einer Obergrenze von 150 % der Zielgröße. Der Wert vermindert sich jedoch überproportional, sofern der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite geringer als 100 % ist. Überschreitet die relative Aktienrendite auf Dreijahressicht im Durchschnitt 60 % nicht, ist der Wert des Award-Anteils null.

Die Vergleichsgruppe setzt sich derzeit aus folgenden Banken zusammen: BNP Paribas, Société Générale, Barclays, Credit Suisse, UBS, Bank of America, Citigroup, Goldman Sachs, JP Morgan Chase und Morgan Stanley.

Das für alle Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2016 gemeinschaftliche Ziel in der Rubrik „Culture & Client“-Faktor war die Schaffung eines robusten Kontrollumfeldes für den Deutsche Bank Konzern. Bei der Bewertung dieses Zieles mit „exzellent“ werden 150 % des „Culture & Client“-Zielwerts veranschlagt, bei „gut“ 100 %, bei „durchschnittlich“ 50 % und bei „unterdurchschnittlich“ fällt der Award-Anteil auf null.

Division Performance Award („DPA“)

Der DPA honoriert das Erreichen der kurz- und mittelfristigen geschäftspolitischen und strategischen Ziele der Bank, die im Rahmen der Zielvereinbarung für das jeweilige Geschäftsjahr zur Leistungsbestimmung festgelegt wurden. Die für die Bestimmung des DPA maßgeblichen Ziele sollen die geltenden geschäftspolitischen und strategischen Ziele der jeweiligen Division unterstützen und im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie sowie den individuellen Zielen, die für das Vorstandsmitglied unter Berücksichtigung seines Verantwortungsbereiches bestimmt werden, stehen.

Im Rahmen der jährlichen Zielvereinbarung werden für alle Ziele Kennziffern und/oder Kriterien festgelegt, aus denen sich der Erreichungsgrad der Ziele ableitet. Wurden die Ziele im Beurteilungszeitraum verfehlt, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass ein DPA nicht zu gewähren ist.

Gesamtvergütung

Nach Umsetzung der regulatorischen Vorgaben und auf Basis der vorgenannten einzelnen Vergütungskomponenten ergeben sich für das Geschäftsjahr 2016 die folgenden Werte für die Mitglieder des Vorstandes:

Gesamtvergütung / Ziel- und Maximalwerte

in €					2016	2015
	Grundgehalt	APA	LTPA	DPA	Gesamtvergütung	Gesamtvergütung
Co-Vorstandsvorsitzende						
Zielwert	3.800.000	1.500.000	3.800.000	0	9.100.000	9.100.000
Maximum	3.800.000	3.000.000	5.700.000	0	12.500.000	12.500.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder (CIB) ¹						
Zielwert	2.400.000	1.650.000	2.800.000	1.650.000	8.500.000	0
Maximum	2.400.000	3.300.000	4.200.000	3.300.000	13.200.000	0
Ordentliche Vorstandsmitglieder (GM/AM) ¹						
Zielwert	2.400.000	1.200.000	2.200.000	1.200.000	7.000.000	0
Maximum	2.400.000	2.400.000	3.300.000	2.400.000	10.500.000	0
Ordentliche Vorstandsmitglieder (PW&CC)						
Zielwert	2.400.000	800.000	1.800.000	800.000	5.800.000	5.800.000
Maximum	2.400.000	1.600.000	2.700.000	1.600.000	8.300.000	8.000.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder (Infrastruktur/Region)						
Zielwert	2.400.000	1.000.000	2.400.000	0	5.800.000	5.800.000
Maximum	2.400.000	2.000.000	3.600.000	0	8.000.000	8.000.000

¹ Diese Front-Office Bereiche fielen in 2015 in die Zuständigkeit der Co-Vorstandsvorsitzenden.

Die Gesamtvergütung eines Vorstandsmitglieds unterliegt einer zusätzlichen Obergrenze von 9,85 Mio € (Cap), die vom Aufsichtsrat für die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2016 festgesetzt wurde. Dies bedeutet, dass selbst bei Zielerreichungsgraden, die zu höheren Vergütungen führen würden, die Vergütung auf maximal 9,85 Mio € begrenzt ist.

Vergütungsstruktur ab Januar 2017

- Vereinfachung der Vergütungsstrukturen
- Klare Bindung der Vergütung an vorab vereinbarte Ziele
- Starker Fokus auf die Interessen der Aktionäre

Im Folgenden werden die Strukturen des ab dem Geschäftsjahr 2017 gültigen Vergütungssystems dargestellt. Dabei werden insbesondere die Änderungen zu dem bisher gültigen System aufgezeigt und die Gründe für die einzelnen Änderungen erläutert. Der Hauptversammlung wird im Mai 2017 die Möglichkeit gegeben, über die Billigung des geänderten Vergütungssystems Beschluss zu fassen.

Struktur und Vergütungselemente des neuen Vergütungssystems



Das ab Januar 2017 gültige Vergütungssystem besteht weiterhin aus erfolgsunabhängigen (fixen) und erfolgsabhängigen (variablen) Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten (fixe Vergütung)

Die fixe Vergütung wird erfolgsunabhängig gewährt und besteht aus dem Grundgehalt, den Beiträgen zur Altersversorgung sowie den „Sonstigen Leistungen“.

Bei der Bemessung der angemessenen Höhe des Grundgehaltes wurden verschiedene Faktoren berücksichtigt. Zunächst belohnt die Grundvergütung die grundsätzliche Übernahme des Mandates als Vorstand und die damit verbundene Gesamtverantwortung der einzelnen Vorstandsmitglieder. Darüber hinaus orientiert sich die Höhe an den im vergleichbaren Markt gezahlten Vergütungen. Im Rahmen des Marktvergleiches ist jedoch zu berücksichtigen, dass die regulatorischen Vorgaben nach der InstVV eine Obergrenze der variablen Vergütung von 200 % der fixen Vergütung vorsehen. Entsprechend muss die fixe Vergütung so bemessen sein, dass auch unter Berücksichtigung dieser Vorgaben eine wettbewerbsfähige und marktgerechte Vergütung sichergestellt werden kann. Die Umsetzung dieser regulatorischen Obergrenze erfolgte in der Bank bereits im Jahr 2014, infolge dessen die Grundvergütungen insgesamt entsprechend angehoben wurden und die Anhebungen in der Hauptversammlung im Mai 2014 mit großer Mehrheit beschlossen wurden.

Die InstVV eröffnet die Möglichkeit, Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung als fixe Vergütung zu definieren und so in die Bemessungsgrundlage zur Bestimmung des Verhältnisses zwischen fixen und variablen Vergütungsbestandteilen mit einzubeziehen. Der Aufsichtsrat überprüft die bisherige Zusagestruktur der Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung und passt diese gegebenenfalls an.

Daneben zählen die sogenannten „Sonstigen Leistungen“ zu den erfolgsunabhängigen Komponenten. Die Sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrergestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogenen Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern sowie steuerpflichtigen Aufwandserstattungen.

Erfolgsabhängige Komponenten (variable Vergütung)

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde der variable Teil der Vergütung um eine neue Komponente, den Division Performance Award, ergänzt. Diese neue Komponente sollte die Besonderheiten der im Vorstand vertretenen Geschäftsbereiche in den damit verknüpften Zielen aufzeigen und kompensieren. Die Änderung des Systems wurde von der Hauptversammlung im Mai 2016 nicht mehrheitlich gebilligt. In Bezug auf die neue Vergütungskomponente wurde kritisiert, dass die Strukturen dadurch noch komplexer und weniger transparent seien, die Einführung von Vergütungsbestandteilen nur für einen Teil des Vorstands nicht nachvollziehbar und die Verknüpfung der Komponente mit den zugrundeliegenden Zielen nicht überzeugend sei.

Der Aufsichtsrat hat die geäußerte Kritik zum Anlass genommen, die Strukturen der variablen Vergütung für 2017 deutlich zu vereinfachen und die Vergütung mit transparenten Leistungskriterien zu verknüpfen. Trotzdem erlaubt die Struktur, neben gemeinschaftlichen Zielen auch individuelle und divisionale Ziele zu vereinbaren und eine marktgerechte und wettbewerbsfähige Vergütung je nach Verantwortungsbereich zu erreichen und insoweit gleichzeitig auch den regulatorischen Anforderungen zu genügen.

Die gesamte variable Vergütung wird erfolgsabhängig gewährt. Sie besteht ab dem Geschäftsjahr 2017 aus einer Kurzfrist- und einer Langfristkomponente:

- dem [Short-Term Award](#) und
- dem [Long-Term Award](#).

Short-Term Award (STA)

Der STA ist an die Erreichung von kurz- und mittelfristigen Zielen geknüpft. Bei den Zielen handelt es sich zum einen um gemeinschaftliche Ziele, die vom Vorstand in seiner Gesamtheit zu erreichen sind und zum anderen um individuelle Ziele, deren Erreichungsgrad für jedes Vorstandsmitglied individuell bestimmt wird.

Um die gemeinschaftlichen Ziele von den individuellen Zielen klar zu trennen, unterteilt sich der STA in zwei Komponenten,

- die [Gruppenkomponente](#) und
- die [Individuelle Komponente](#).

Gruppenkomponente

Die vom Vorstand gemeinschaftlich zu erreichenden Ziele sind die Grundlage für die Bemessung der Gruppenkomponente als Teil des STA. Das wesentliche Ziel der Gruppenkomponente ist die Verbindung der variablen Vergütung für den Vorstand mit dem Gesamtergebnis der Bank.

Der Vorstand hat im Jahr 2016 beschlossen, einen Teil der variablen Vergütung für die außertariflichen Mitarbeiter der Bank stärker mit dem Konzernergebnis zu verknüpfen. Damit soll der Beitrag honoriert werden, den alle Mitarbeiter zu den Ergebnissen der Bank und den Erfolgen bei der Umsetzung der Strategie leisten. Die Vergütung für den Vorstand ist über ausgewählte Finanzkennziffern ebenfalls eng mit dem Erfolg der Bank verbunden. Der Aufsichtsrat hat entschieden, das Vergütungssystem für die Vorstandsmitglieder enger mit dem Vergütungssystem für die Mitarbeiter in Einklang zu bringen. Dies erfolgt dadurch, dass die Erfolgskennzahlen, die der Gruppenkomponente im Vergütungssystem für die Mitarbeiter zugrundeliegen, ab dem Jahr 2017 auch die Bezugsgröße für die Gruppenkomponente des STA darstellen.

Im Einklang mit den Zielen, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, sind vier Erfolgskennzahlen die Bezugsgröße für die Gruppenkomponente des STA, die wichtige Gradmesser für das Kapital-, Risiko-, Kosten- und Ertragsprofil der Bank darstellen.

Harte Kernkapitalquote (CET 1-Quote)	Das harte Kernkapital der Bank im Verhältnis zu ihren risikogewichteten Aktiva.
Verschuldensquote	Das Kernkapital der Bank als prozentualer Anteil ihrer Verschuldungsposition gemäß den Definitionen der CRR/CRD 4 Vorschriften.
Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen	Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Restrukturierungs- und Abfindungskosten, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts und der sonstigen immateriellen Vermögenswerte sowie Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.
Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital (RoTE)	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis nach Steuern, dividiert durch das durchschnittliche, den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare materielle Eigenkapital. Letzteres wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abgezogen werden.

Nach Abschluss eines Geschäftsjahres ermittelt der Aufsichtsrat, wie sich jede dieser Kennzahlen im Vergleich zu den veröffentlichten Zielgrößen entwickelt hat und leitet daraus einen Erreichungsgrad für jede Erfolgskennzahl ab.

Der Aufsichtsrat überprüft die Auswahl der Erfolgskennzahlen regelmäßig. Die vorgenannten vier Teilziele sind gleichgewichtet und fließen je nach Erreichungsgrad bis zu maximal 25 % in die Festlegung der Gruppenkomponente des STA ein. Wurden die auf den Kennziffern beruhenden Ziele im Beurteilungszeitraum nicht erreicht, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass eine Gruppenkomponente nicht zu gewähren ist.

Individuelle Komponente

Die individuelle Komponente des STA honoriert das Erreichen von kurz- und mittelfristigen individuellen und geschäftsbereichsbezogenen Zielen. Diese Ziele werden im Rahmen der Zielvereinbarung für das jeweilige Geschäftsjahr zur Leistungsbestimmung vom Aufsichtsrat festgelegt. Die maßgeblichen Ziele sollen die geltenden geschäftspolitischen und strategischen Ziele der Bank unterstützen und im Einklang mit dem Verantwortungsbereich des einzelnen Vorstandsmitglieds stehen. Berücksichtigt werden dabei nicht nur finanzielle Erfolge, sondern auch das Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Kunden im Rahmen der Geschäftstätigkeit. Als Ziele für die individuellen Komponenten können beispielsweise Ertragsentwicklungen im Jahresverlauf, projektbezogene Zielsetzungen, Diversity Ziele oder auch Entwicklungen in der Mitarbeiter- oder Kundenzufriedenheit sein.

Im Rahmen der jährlichen Zielvereinbarung werden für alle Ziele Kennziffern und/oder Kriterien festgelegt, aus denen sich der Erreichungsgrad der Ziele ableitet. Für ein Geschäftsjahr werden für jedes Vorstandsmitglied maximal drei Ziele festgelegt. Abhängig vom Erreichungsgrad der vorgenannten Ziele beträgt die Summe aus den individuellen und geschäftsbezogenen Zielen maximal 90 % der individuellen Komponente des STA. Lediglich über einen Anteil von 10 % der individuellen Komponente trifft der Aufsichtsrat zur Würdigung von besonderen, auch projektbezogenen Erfolgsbeiträgen im Laufe des Geschäftsjahres eine Ermessensentscheidung. Wurden die Ziele im Beurteilungszeitraum insgesamt verfehlt, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass eine individuelle Komponente nicht zu gewähren ist.

Minimum-, Ziel- und Maximumwerte

Abhängig vom Erreichungsgrad der vorgenannten Ziele beträgt die Summe aus Gruppen- und individueller Komponente maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung. Somit ist gewährleistet, dass die individuellen Ziele nicht hauptsächlich die Höhe der variablen Vergütung bestimmen. Wurden die Ziele im Beurteilungszeitraum insgesamt verfehlt, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass ein STA nicht zu gewähren ist.

Long-Term Award (LTA)

Der Aufsichtsrat hat entschieden, bei der Bemessung der variablen Vergütung einen deutlichen Schwerpunkt auf die Erreichung von langfristigen Zielen zu setzen. Die Zielgröße des LTA hat daher einen Anteil von mindestens 60 % an der gesamten variablen Zielvergütung. Genau wie bei der Kurzfristkomponente legt der Aufsichtsrat gemeinschaftliche und/oder individuelle langfristige Ziele für die Vorstandsmitglieder fest. Der Grad der Zielerreichung leitet sich aus der Definition klarer Kennziffern und/oder Kriterien für diese Ziele ab, die am Anfang des Geschäftsjahres vereinbart werden.

60 % der variablen Vergütung entfallen mindestens auf die Langfrist-Komponente

Der Aufsichtsrat legt für jedes Vorstandsmitglied insgesamt drei Ziele fest. Im Vergleich zum bisherigen Vergütungssystem wurde damit ein zusätzliches drittes Ziel in der Langfristkomponente hinzugefügt. Jedes Ziel fließt gleichgewichtig zu je 1/3 in die Bewertung des LTA ein.

Unverändert stellt die **relative Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie** gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten ein Ziel im Rahmen des LTA dar. Mit diesem Ziel soll weiterhin eine nachhaltige Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gefördert werden. Allerdings wurde der Anteil dieses Ziels am LTA von bisher 2/3 auf 1/3 gesenkt, um eine bessere Balance zu schaffen. Die Langfristigkeit dieses Zieles wird durch die fortgeführte Berücksichtigung eines Dreijahresdurchschnitts der relativen Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie (Relative Total Shareholder Return, RTSR) unterstützt. Der RTSR ergibt sich aus der Rendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Shareholder Return) im Verhältnis zum Durchschnittswert der Aktienrenditen einer ausgewählten Vergleichsgruppe (in Euro gerechnet). Eingang in die Berechnung dieses Anteils am LTA findet das Mittel der jährlichen relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie für die drei letzten Geschäftsjahre (Vergütungsjahr sowie die beiden vorhergehenden Jahre). Ist der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie größer als 100 %, dann erhöht sich der Wert des Award-Anteils proportional bis zu einer Obergrenze von 150 % der Zielgröße, das heißt, der Wert steigt um 1 % für jeden Prozentpunkt über 100 %. Der Wert vermindert sich jedoch überproportional, sofern der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite geringer als 100 % ist. Liegt die berechnete relative Aktienrendite im Bereich von kleiner 100 % bis 80 %, mindert sich für jeden Prozentpunkt weniger der Wert des Award-Anteils um jeweils 2 Prozentpunkte. Im Bereich zwischen 80 % und 60 % verringert sich der Wert des Award-Anteils für jeden Prozentpunkt weniger um jeweils 3 Prozentpunkte. Überschreitet die relative Aktienrendite auf Dreijahressicht im Durchschnitt 60 % nicht, ist der Wert des Award-Anteils null.

Die Vergleichsgruppe zur Ermittlung der relativen Aktienrendite wird anhand der Kriterien grundsätzlich vergleichbarer Geschäftstätigkeit, vergleichbarer Größe und internationaler Präsenz ausgewählt. Der Aufsichtsrat hat die Vergleichsgruppe im Rahmen der Konzeption des neuen Vergütungssystems kritisch geprüft und entschieden, diese im Vergleich zu der bisher gültigen Gruppe anzupassen. Im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit der Bank wurde beschlossen, die beiden auf das Investmentbanking ausgerichteten Finanzinstitute Goldman Sachs und Morgan Stanley aufgrund der unterschiedlichen Geschäftsstrategie im Vergleich zu einer Universalbank aus der Vergleichsgruppe herauszunehmen. Die insoweit verkleinerte Vergleichsgruppe wird jedoch durch die HSBC ergänzt, die auch für interne Benchmarking-Zwecke vergleichend herangezogen wird.

Die Vergleichsgruppe für den RTSR setzt sich damit aus folgenden Banken zusammen:

Peer Group der Deutschen Bank

BNP Paribas	Société Générale	Barclays	Credit Suisse	UBS
Bank of America	Citigroup	JP Morgan Chase	HSBC	

Das zweite Ziel steht im Zusammenhang mit dem Wachstum und der Stärkung der Bank. Unter dem Begriff des **organischen Kapitalwachstums** auf Netto-Basis legt der Aufsichtsrat ein Ziel fest, das der Förderung dieses Wachstums dient.

Das dritte Ziel stammt wie bisher aus der Kategorie „**Culture & Clients**“. Hier legt der Aufsichtsrat ein Ziel fest, das im Zusammenhang mit der Unternehmenskultur, der Kundenzufriedenheit oder dem Umgang mit Kunden steht. Hiermit soll nachhaltig auf die Entwicklung des bankinternen Umfelds abgestellt werden oder die Entwicklung der Kundenbeziehungen gefördert werden. Für das Geschäftsjahr 2017 hat der Aufsichtsrat erneut die Bewertung des Kontrollumfeldes im Deutsche Bank Konzern als Ziel für die Vorstände festgelegt.

Der Long-Term Award kann maximal 150 % der Zielgröße betragen.

Ziele

Die Ziele werden im Rahmen einer Zielvereinbarung zu Beginn eines Geschäftsjahres zur Leistungsbestimmung vom Aufsichtsrat festgelegt. Für alle Ziele werden Kennziffern und/oder Kriterien festgelegt, aus denen sich der Erreichungsgrad der Ziele transparent ableitet. Im Hinblick auf die gesamte variable Vergütung ist der Spielraum für diskretionäre Entscheidung auf ca. 3 bis 6 % stark begrenzt.

Nachfolgend wird die Zuordnung der Ziele zu den einzelnen Vergütungskomponenten dargestellt.

Short-Term Award (STA)	Gruppenkomponente ⁽¹⁾	
	Harte Kernkapitalquote (CET1-Quote)	25 %
	Verschuldungsquote	25 %
	Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen	25 %
	Eigenkapital nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital (RoTE)	25 %
	Individuelle Komponente (beispielhaft) ⁽²⁾	
	Ertragsentwicklung / IBIT im Jahresverlauf versus Plan	30 %
	Projektbezogene Zielsetzungen (Umsetzung, Management)	30 %
Long-Term Award (LTA) ⁽³⁾	Entwicklung Mitarbeiterzufriedenheit / Diversity Ziele	30 %
	Ermessensentscheidung	10 %
	Relative Aktienrendite	33,34 %
	Organisches Kapitalwachstum (netto)	33,33 %
	„Culture & Client Faktor“ / Bewertung Kontrollumfeld DB Konzern	33,33 %

(1) Gemeinschaftliche strategische Schwerpunktzielsetzungen, die auch für die Bewertung der Gruppenkomponente im Verfügungssystem für die Mitarbeiter im Konzern gelten.

(2) Kurzfristige individuelle und divisionale Ziele quantitativer und qualitativer Art

(3) Langfristige konzernweite Zielausprägungen

Maximale Gesamtvergütung

Die Gesamtvergütung eines Vorstandsmitglieds unterliegt Obergrenzen. Die variable Vergütung wird aufgrund regulatorischer Vorgaben auf 200 % der fixen Vergütung beschränkt. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat für die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2017 erneut eine Obergrenze in Höhe von 9,85 Mio € (Cap) festgesetzt. Dies bedeutet, dass selbst bei Zielerreichungsgraden, die zu höheren Vergütungen führen würden, die Vergütung auf maximal 9,85 Mio € begrenzt ist.

Eine detaillierte Darstellung der betraglichen Größen erfolgt in einer separaten Unterlage, die auf der Webseite der Bank bereitgestellt werden wird und die nicht Teil des Lagesberichts ist.

Langfristige Anreizwirkung und Nachhaltigkeit

Gemäß InstVV müssen mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben werden. Dieser aufgeschobene Teil muss mindestens zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, während der noch verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung zu gewähren ist. Beide Vergütungselemente sind über einen mehrjährigen Zurückbehaltungszeitraum zu strecken, an den sich für die aktienbasierten Vergütungselemente noch Haltefristen anschließen. In dem Zeitraum bis zur Lieferung beziehungsweise bis zum Zufluss können diese aufgeschoben gewährten Teile verfallen. Maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung dürfen nicht aufgeschoben gewährt werden. Hiervon muss jedoch wiederum mindestens die Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, und nur der verbleibende Teil darf direkt in bar ausgezahlt werden. In Summe betrachtet dürfen also nur maximal 20 % der gesamten variablen Vergütung sofort bar ausgezahlt werden, während mindestens 80 % zu einem späteren Zeitpunkt zufließen beziehungsweise geliefert werden.

Seit dem Jahr 2014 wird die gesamte variable Vergütung für die Vorstandsmitglieder ausschließlich in aufgeschobener Form gewährt. Das bis einschließlich 2016 gültige Vergütungssystem sieht vor, dass die Kurzfristkomponenten (APA und DPA) dabei grundsätzlich in Form nicht aktienbasierter Barvergütungsbestandteile („Restricted Incentive Award“) vergeben wurden. Die Langfristkomponente (LTPA) wird hingegen ausschließlich in Form von aktienbasierten Vergütungselementen („Restricted Equity Award“) gewährt.

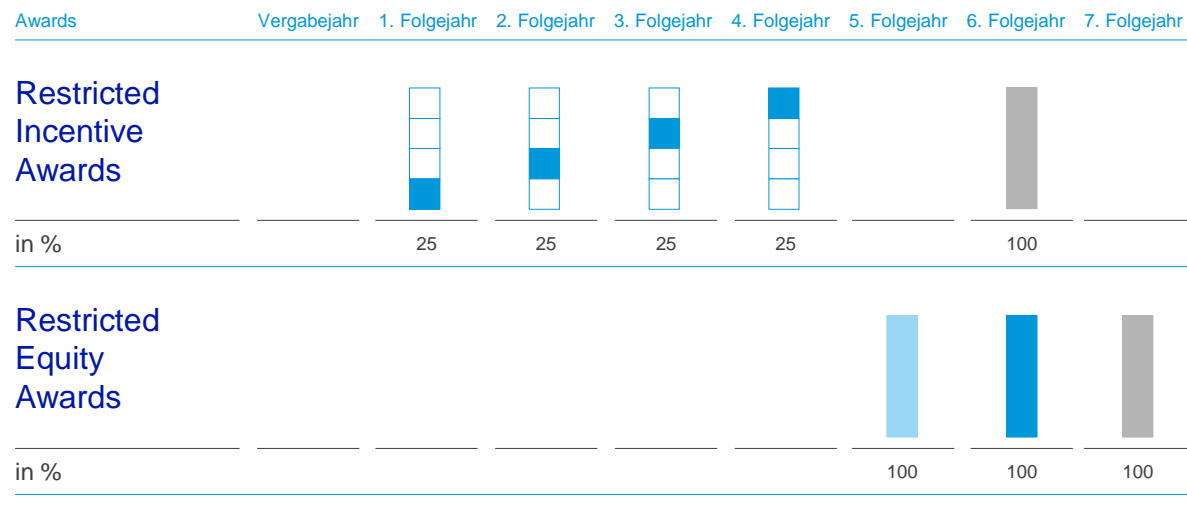
75 % der variablen Vergütung werden mindestens aktienbasiert gewährt

Um eine noch stärkere Bindung der Vorstände an den Unternehmenserfolg und an die Entwicklung der Deutsche Bank-Aktie zu erreichen, hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass ab dem Geschäftsjahr 2017 weiterhin die Langfristkomponente (LTA) ausschließlich in Form von Restricted Equity Awards, also aktienbasierten Vergütungselementen, gewährt wird, mindestens jedoch 75 % der gesamten variablen Vergütung. Lediglich die Kurzfristkomponente (STA), maximal jedoch 25 % der gesamten variablen Vergütung, wird in Form von Restricted Incentive Awards gewährt.

Die Restricted Incentive Awards werden über einen Zeitraum von vier Jahren unverfallbar. Die Restricted Equity Awards werden auf Basis der neuen regulatorischen Vorgaben fünf Jahre nach ihrer Gewährung in einer einzigen Tranche (Cliff Vesting) fällig und sind danach noch mit einer zusätzlichen Haltefrist von einem Jahr versehen. Demnach können die Vorstandsmitglieder frühestens nach sechs Jahren über die Aktien verfügen. Während der Zurückbehaltungs- und Haltefrist hängt der Wert der Restricted Equity Awards von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von der nachhaltigen Wertentwicklung der Bank ab. Für die Restricted Incentive Awards und die Restricted Equity Awards gelten während der Zurückbehaltungs- und Haltefrist besondere Verfallbedingungen.

Das nachfolgende Schaubild stellt die zeitliche Streckung der Zuflüsse beziehungsweise Lieferungen der variablen Vergütungskomponenten in den fünf Folgejahren nach Vergabe sowie den Zeitraum der Rückforderungsmöglichkeit dar.

Zeiträume für Auszahlung oder Lieferung und Unverfallbarkeit für den Vorstand (ab 2017)



- Fälligkeit und/oder Unverfallbarkeit, verbunden mit Auszahlung oder Lieferung.
- Fälligkeit mit anschließender Haltefrist bis zur Lieferung; Bestehen einzelner Verwirkungstatbestände während der Haltefrist.
- Ende der Möglichkeit der Rückforderung („Clawback“) bereits gezahlter/zugeflossener Vergütungsbestände.

Verfallbedingungen / Rückforderungsmöglichkeit

Durch die aufgeschoben gewährten beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards) wird eine langfristige Anreizwirkung erreicht, da sie bis zur jeweiligen Unverfallbarkeit beziehungsweise zum Ende der Haltefristen bestimmten Verfallbedingungen unterliegen. Anwartschaften können ganz oder teilweise verfallen, zum Beispiel bei individuellem Fehlverhalten (unter anderem bei Verstoß gegen Regularien) oder einer außerordentlichen Kündigung, auch bei einem negativen Ergebnis des Konzerns oder individuellen negativen Erfolgsbeiträgen. Darüber hinaus entfällt der Restricted Equity Award vollständig, wenn die gesetzlichen regulatorischen Mindestvorgaben zur Kernkapitalquote in diesem Zeitraum nicht eingehalten wurden.

Der Entwurf der Neuregelung der InstVV sieht unter anderem die Vereinbarung sogenannter „Clawback-Regelungen“ mit den Geschäftsleitern von bedeutenden Instituten vor. Im Gegensatz zu den Verfallbedingungen gibt eine solche Klausel dem Aufsichtsrat die Möglichkeit, bereits gezahlte beziehungsweise zugeflossene Vergütungsbestandteile aufgrund bestimmter negativer Erfolgsbeiträge des Vorstandsmitglieds zurückzufordern. Der Aufsichtsrat wird mit den Vorstandsmitgliedern eine solche Klausel vereinbaren.

Begrenzungen bei außergewöhnlichen Entwicklungen

Im Falle außergewöhnlicher Entwicklungen ist die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds auf einen Maximalbetrag begrenzt. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat mit den Mitgliedern des Vorstands eine Begrenzungsmöglichkeit der variablen Vergütung in deren Anstellungsverträgen vereinbart, wonach die variable Vergütung jeweils auf Beträge unterhalb der vorgesehenen Maximalbeträge beschränkt werden oder gänzlich entfallen kann. Zudem sehen gesetzliche Regelungen vor, dass der Aufsichtsrat die Bezüge der Vorstandsmitglieder auf eine angemessene Höhe herabsetzen kann, wenn sich die Lage der Gesellschaft nach Festsetzung so verschlechtert, dass die Weitergewährung unbillig für die Gesellschaft wäre. Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt ferner nicht, wenn der Regulator der Bank die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Regelungen zur Aktienhaltepflicht

- Nachhaltige Bindung der Vorstände an die Bank
- Identifikation mit Unternehmen und Aktionären
- Bindung an die Wertentwicklung durch aufgeschobene Vergütung

Sämtliche Mitglieder des Vorstands sind verpflichtet, einen bestimmten Wert an Deutsche Bank-Aktien zu halten. Durch diese Verpflichtung wird zum einen die Identifikation des Vorstands mit dem Unternehmen und dessen Aktionären gestärkt und zum anderen eine nachhaltige Bindung an die geschäftliche Entwicklung der Bank sichergestellt.

Die Anzahl zu haltender Aktien beträgt beim Vorstandsvorsitzenden das 2-Fache und bei den ordentlichen Vorstandsmitgliedern das 1-Fache ihrer jährlichen Grundvergütung.

in €	Aktienhaltepflicht
Vorstandsvorsitzender	7.600.000
Ordentliches Vorstandsmitglied	2.400.000

Es gilt grundsätzlich eine Karenzfrist von 36 Monaten für den Vorstandsvorsitzenden beziehungsweise 24 Monaten für die ordentlichen Vorstandsmitglieder, bis zu der diese Vorgaben erfüllt sein müssen. Die Karenzzeit verlängert sich jeweils um 12 Monate für ein Geschäftsjahr, das in die Karenzzeit fällt und für das den Vorstandsmitgliedern keine variable Vergütung gewährt wird. Aufgeschobene aktienbasiert gewährte Vergütungen können zu 75 % auf die Halteverpflichtung angerechnet werden.

Die Einhaltung der Vorgaben wird halbjährlich zum 30.06. beziehungsweise 31.12. eines Jahres überprüft. Bei festgestellten Differenzen haben die Vorstandsmitglieder bis zur nächsten Prüfung Zeit zur Korrektur. Sämtliche Vorstandsmitglieder haben im Jahr 2016 den Vorgaben zur Aktienhaltepflicht entsprochen.

Durch aufgeschoben gewährte beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckte Vergütungskomponenten bleibt eine weitere Verbundenheit mit der Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie in der Regel gleichwohl auch für einen Zeitraum nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand bestehen.

Altersversorgungszusage

Der Aufsichtsrat erteilt den Mitgliedern des Vorstands eine Zusage auf Altersversorgungsleistungen. Bei den Zusagen handelt es sich um einen beitragsorientierten Pensionsplan. Im Rahmen dieses Pensionsplans wurde für jedes teilnehmende Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird.

Die Mitglieder des Vorstands erhalten einen vertraglich fixierten festen jährlichen Euro-Betrag als Beitrag. Der Beitrag wird durch einen altersabhängigen Faktor mit durchschnittlich 4 % pro Jahr bis zum Alter von 60 Jahren vorab verzinst. Ab dem Alter von 61 Jahren erfolgt eine jährliche Verzinsung des Beitrags von 4 % bis zum Pensionierungszeitpunkt.

Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann unter bestimmten Bedingungen auch vor Eintritt eines der Regel-Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Die folgende Tabelle zeigt die Versorgungsbausteine, die Verzinsungen, das Versorgungskapital und den jährlichen Dienstzeitaufwand für die Jahre 2016 und 2015 sowie die entsprechenden Verpflichtungshöhen jeweils zum 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015 für die im Jahr 2016 tätigen Mitglieder des Vorstands. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen und den vorher beschriebenen weiteren individuellen Ansprüchen.

Mitglieder des Vorstands in €	Versorgungsbaustein im Geschäftsjahr		Verzinsung im Geschäftsjahr		Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres		Dienstzeitaufwand (IFRS) im Geschäftsjahr		Barwert der Verpflichtung (IFRS) am Ende des Geschäftsjahres	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
John Cryan ¹	754.000	393.250	0	0	1.147.250	393.250	821.114	439.065	1.221.303	450.200
Jürgen Fitschen ²	270.834	650.000	52.696	95.272	0 ⁹	2.549.796	232.666	624.192	0	2.576.287
Kim Hammonds ³	250.001	0	0	0	250.001	0	270.466	0	275.563	0
Stuart Lewis	556.000	576.000	0	0	2.342.938	1.786.938	546.402	516.969	2.555.844	1.551.547
Sylvie Matherat ⁴	500.000	86.668	0	0	586.668	86.668	517.352	128.506	613.025	130.231
Nicolas Moreau ⁵	347.500	0	0	0	347.500	0	442.672	0	450.380	0
Quintin Price ⁶	416.667	0	0	0	0 ¹⁰	0	525.143	0	0	0
Garth Ritchie ⁷	1.550.000	0	0	0	1.550.000	0	1.443.171	0	1.475.820	0
Karl von Rohr ⁴	556.000	96.001	0	0	652.001	96.001	546.402	131.141	647.482	132.799
Dr. Marcus Schenck ⁸	556.000	528.001	0	0	1.084.001	528.001	546.402	478.387	1.041.150	490.386
Christian Sewing	1.085.500	692.000	0	0	1.777.500	692.000	984.198	559.197	1.592.460	572.899
Werner Steinmüller ³	166.667	0	0	0	166.667	0	164.232	0	169.445	0
Jeffrey Urwin ⁷	2.000.000	0	0	0	2.000.000	0	2.036.367	0	2.090.722	0

¹ Mitglied seit dem 1. Juli 2015.

² Mitglied bis zum 19. Mai 2016 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Mai 2016.

³ Mitglied seit dem 1. August 2016.

⁴ Mitglied seit dem 1. November 2015.

⁵ Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

⁶ Mitglied seit dem 1. Januar 2016 bis zum 15. Juni 2016.

⁷ Mitglied seit dem 1. Januar 2016.

⁸ Mitglied seit dem 22. Mai 2015.

⁹ Zum Zeitpunkt des Ruhestands wurde der kumulierte Wert des Versorgungskapitals in Höhe von 2.873.326 € amortisiert und als Einmalzahlung ausgezahlt.

¹⁰ Die zum Zeitpunkt des Ausscheidens noch nicht gesetzlich unverfallbare Versorgungsanwartschaft wurde als Barabfindung in Höhe von 416.667 € ausgezahlt.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Wird die Bestellung eines Vorstandsmitglieds auf Veranlassung der Bank vorzeitig beendet, ohne dass ein wichtiger Grund zur Abberufung oder zur Kündigung des Anstellungsvertrages vorliegt, besteht grundsätzlich Anspruch auf Zahlung einer Abfindung. Für die Ermittlung der Höhe der Abfindung sind die Umstände der vorzeitigen Beendigung des Anstellungsvertrages sowie die Dauer der bisherigen Vorstandstätigkeit zu berücksichtigen. Die Abfindung beträgt in der Regel zwei Jahresvergütungen und ist auf die Vergütungsansprüche für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages beschränkt. Für die Berechnung der Abfindung wird auf die Jahresvergütung des abgelaufenen Geschäftsjahres und ggf. auch auf die voraussichtliche Jahresvergütung für das laufende Geschäftsjahr abgestellt. Die Festsetzung der Abfindung erfolgt im Einklang mit den rechtlichen und regulatorischen Anforderungen, insbesondere den Bestimmungen der InstVV.

Sofern Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheiden, haben sie unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich ebenfalls Anspruch auf eine Abfindung. Die genaue Höhe der Abfindung wird vom Aufsichtsrat nach billigem Ermessen festgelegt. Die Abfindung beträgt nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex nicht mehr als drei Jahresvergütungen und ist auf die Vergütungsansprüche für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages beschränkt. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient auch hier die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung

Der in den jeweiligen Geschäftsjahren gebuchte Aufwand für aufgeschobene Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, die für die Vorstandstätigkeit gewährt wurden, ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Mitglieder des Vorstands	Aufgewandter Betrag für			
	Aktienbasierte Vergütungskomponenten		Vergütungskomponente in bar	
	2016	2015	2016	2015
in €				
Jürgen Fitschen ¹	621.077 ²	1.013.489	1.203.434	1.170.591
Stuart Lewis	- 136.084 ³	633.658	466.922	633.466

¹ Mitglied bis zum 19. Mai 2016 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Mai 2016.

² Mit Ausscheiden aus dem Vorstand / der Bank wurde der Aufwand für alle ausstehenden Anwartschaften in der Gewinn- und Verlustrechnung beschleunigt erfasst.

³ Aktienbasierte Vergütung des Vorstands wird grundsätzlich mit dem zum jeweiligen Bilanzstichtag zu Grunde liegenden Aktienkurs bewertet und ergibt in diesem Fall einen negativen Betrag.

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2016

Grundgehalt

Im Geschäftsjahr 2016 beliefen sich die jährlichen Grundgehälter der Co-Vorstandsvorsitzenden auf jeweils 3.800.000 € und die der ordentlichen Mitglieder des Vorstands auf jeweils 2.400.000 €.

Variable Vergütung

Aufgrund des Geschäftsergebnisses der Deutschen Bank in 2016 sowie der vom Vorstand vor diesem Hintergrund für die Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschlossenen harten Einschnitte für das Geschäftsjahr 2016, hat der Vorstand gemeinsam und einstimmig entschieden, unwiderruflich auf jegliche ggf. für das Geschäftsjahr 2016 zustehende Ansprüche auf die Festlegung und Gewährung einer variablen Vergütung für die Vorstandsmitglieder zu verzichten. Der Vorstand hat diesen Verzicht gegenüber dem Aufsichtsrat erklärt. Der Aufsichtsrat hat aus diesem Grund von der Festlegung einer variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2016 für die Vorstandsmitglieder abgesehen.

Gesamtvergütung

Die im beziehungsweise für das Geschäftsjahr 2016 gewährte Vergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand) für die Mitglieder des Vorstands für ihre Vorstandstätigkeit betrug insgesamt 25.883.333 € (2015: 22.660.000 €). Dieser Betrag entfiel ausschließlich auf die Grundgehälter. Auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung entfielen 0 € (2015: 0 €).

Der Aufsichtsrat hat die Bezüge für 2016 und 2015 auf individueller Basis wie folgt festgelegt:

in €					2016	2015
	Grundgehalt	APA ¹	LTPA ²	DPA ³	Gesamt- vergütung	Gesamt- vergütung
John Cryan ⁴	3.800.000	0	0	0	3.800.000	1.900.000
Jürgen Fitschen ⁵	1.583.333	0	0	0	1.583.333	3.800.000
Kim Hammonds ⁶	1.000.000	0	0	0	1.000.000	–
Stuart Lewis	2.400.000	0	0	0	2.400.000	2.400.000
Sylvie Matherat ⁷	2.400.000	0	0	0	2.400.000	400.000
Nicolas Moreau ⁸	600.000	0	0	0	600.000	–
Quintin Price ⁹	1.100.000	0	0	0	1.100.000	–
Garth Ritchie ¹⁰	2.400.000	0	0	0	2.400.000	–
Karl von Rohr ⁷	2.400.000	0	0	0	2.400.000	400.000
Dr. Marcus Schenck ¹¹	2.400.000	0	0	0	2.400.000	1.460.000
Christian Sewing	2.400.000	0	0	0	2.400.000	2.400.000
Werner Steinmüller ⁶	1.000.000	0	0	0	1.000.000	–
Jeffrey Urwin ¹⁰	2.400.000	0	0	0	2.400.000	–
Anshuman Jain ¹²	–	–	–	–	–	1.900.000
Stefan Krause ¹³	–	–	–	–	–	2.400.000
Dr. Stephan Leithner ¹⁴	–	–	–	–	–	2.000.000
Rainer Neske ¹²	–	–	–	–	–	1.200.000
Henry Ritchothe ¹⁵	–	–	–	–	–	2.400.000
Summe	25.883.333	0	0	0	25.883.333	22.660.000

¹ APA = Annual Performance Award.

² LTPA = Long-Term Performance Award.

³ DPA = Division Performance Award.

⁴ Mitglied seit dem 1. Juli 2015.

⁵ Mitglied bis zum 19. Mai 2016 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Mai 2016.

⁶ Mitglied seit dem 1. August 2016.

⁷ Mitglied seit dem 1. November 2015.

⁸ Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

⁹ Mitglied seit dem 1. Januar 2016 bis zum 15. Juni 2016.

¹⁰ Mitglied seit dem 1. Januar 2016.

¹¹ Mitglied seit dem 22. Mai 2015.

¹² Mitglied bis zum 30. Juni 2015.

¹³ Mitglied bis zum 31. Oktober 2015 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Dezember 2015.

¹⁴ Mitglied bis zum 31. Oktober 2015.

¹⁵ Mitglied bis zum 31. Dezember 2015.

Aktienanwartschaften

Die Vorstandsmitglieder haben gegenüber dem Aufsichtsrat ihren Verzicht auf die Festlegung und Gewährung von variabler Vergütung für das Geschäftsjahr 2016 erklärt. Der Aufsichtsrat hatte in 2016 beschlossen, den Mitgliedern des Vorstands keine variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 zu gewähren.

Es wurden damit weder für das Geschäftsjahr 2016 noch für das Geschäftsjahr 2015 Aktienanwartschaften gewährt.

Aus Mandaten für konzern-eigene Gesellschaften erhalten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 17. Februar 2017 beziehungsweise 19. Februar 2016 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder Deutsche Bank-Aktien wie nachfolgend beschrieben:

Mitglieder des Vorstands		Anzahl Aktien
John Cryan	2017	9.160
	2016	0
Kim Hammonds ¹	2017	22.800
	2016	51.347
Stuart Lewis	2017	51.347
	2016	51.347
Sylvie Matherat	2017	0
	2016	0
Nicolas Moreau ²	2017	0
	2016	0
Garth Ritchie	2017	28.778
	2016	28.778
Karl von Rohr	2017	3.737
	2016	2.747
Dr. Marcus Schenck	2017	26.445
	2016	26.445
Christian Sewing	2017	36.249
	2016	36.249
Werner Steinmüller ¹	2017	79.792
	2016	120.690
Jeffrey Urwin	2017	120.690
	2016	120.690
Summe	2017	378.998
	2016	266.256

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

² Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten am 17. Februar 2017 insgesamt 378.998 Deutsche Bank-Aktien, was rund 0,03 % der an diesem Stichtag ausstehenden Aktien entsprach.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Aktienanwartschaften der derzeitigen Vorstandsmitglieder am 19. Februar 2016 und 17. Februar 2017 und die Anzahl der in diesem Zeitraum neu gewährten, ausgelieferten oder verfallenen Anwartschaften.

Mitglieder des Vorstands	Bestand zum 19.2.2016	Gewährt	Ausgeliefert	Verfallen	Bestand zum 17.2.2017
John Cryan	17.441	–	17.441	0	0
Kim Hammonds ¹	–	–	–	–	88.072
Stuart Lewis	166.538	0	0	0	166.538
Sylvie Matherat	3.217	7.541	0	0	10.758
Nicolas Moreau ²	–	–	–	–	0
Garth Ritchie	244.227	305.424	0	0	549.651
Karl von Rohr	22.846	22.623	2.013	0	43.456
Dr. Marcus Schenck	132.517	84.462	0	0	216.979
Christian Sewing	85.508	0	0	0	85.508
Werner Steinmüller ¹	–	–	–	–	191.879
Jeffrey Urwin	379.808	263.125	0	0	642.933

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

² Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

Bezüge nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)

Im Folgenden werden die Bezüge der Mitglieder des Vorstands nach Maßgabe der Anforderungen der Ziffer 4.2.5 Abs. 3 des DCGK gezeigt. Dies sind die für das Berichtsjahr gewährten Zuwendungen einschließlich der Nebenleistungen, bei den variablen Vergütungselementen ergänzt um die erreichbare Maximal- und Minimalvergütung. Darüber hinaus wird der Zufluss im beziehungsweise für das Berichtsjahr aus Fixvergütung und variabler Vergütung (unterteilt in Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards) mit Differenzierung nach den jeweiligen Bezugsjahren dargestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die gewährten Zuwendungen für die Geschäftsjahre 2016 und 2015.

Gewährte Zuwendungen in 2016 (2015) gemäß DCGK

in €	2016				John Cryan ¹ 2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	3.800.000	3.800.000	3.800.000	3.800.000	1.900.000	1.900.000
Nebenleistungen	41.795	41.795	41.795	41.795	29.697	29.697
Summe	3.841.795	3.841.795	3.841.795	3.841.795	1.929.697	1.929.697
Variable Vergütung	0	5.300.000	0	8.700.000	0	2.650.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.500.000	0	3.000.000	0	750.000
Restricted Equity Awards	0	3.800.000	0	5.700.000	0	1.900.000
Summe	0	5.300.000	0	8.700.000	0	2.650.000
Versorgungsaufwand	821.114	821.114	821.114	821.114	439.065	439.065
Gesamtvergütung (DCGK)	4.662.909	9.962.909	4.662.909	13.362.909	2.368.762	5.018.762
Gesamtvergütung²	3.800.000	9.100.000	3.800.000	12.500.000	1.900.000	4.550.000

¹ Mitglied seit dem 1. Juli 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	2016				Jürgen Fitschen ¹ 2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	1.583.333	1.583.333	1.583.333	1.583.333	3.800.000	3.800.000
Nebenleistungen	38.937	38.937	38.937	38.937	102.016	102.016
Summe	1.622.270	1.622.270	1.622.270	1.622.270	3.902.016	3.902.016
Variable Vergütung	0	2.208.333	0	3.625.000	0	5.300.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	625.000	0	1.250.000	0	1.500.000
Restricted Equity Awards	0	1.583.333	0	2.375.000	0	3.800.000
Summe	0	2.208.333	0	3.625.000	0	5.300.000
Versorgungsaufwand	232.666	232.666	232.666	232.666	624.192	624.192
Gesamtvergütung (DCGK)	1.854.936	4.063.269	1.854.936	5.479.936	4.526.208	9.826.208
Gesamtvergütung²	1.583.333	3.791.667	1.583.333	5.208.333	3.800.000	9.100.000

¹ Mitglied bis zum 19. Mai 2016 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Mai 2016.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Kim Hammonds ¹					
	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0	0
Nebenleistungen	6.035	6.035	6.035	6.035	0	0
Summe	1.006.035	1.006.035	1.006.035	1.006.035	0	0
Variable Vergütung	0	1.416.667	0	2.333.333	0	0
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	416.667	0	833.333	0	0
Restricted Equity Awards	0	1.000.000	0	1.500.000	0	0
Summe	0	1.416.667	0	2.333.333	0	0
Versorgungsaufwand	270.466	270.466	270.466	270.466	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	1.276.501	2.693.168	1.276.501	3.609.834	0	0
Gesamtvergütung²	1.000.000	2.416.667	1.000.000	3.333.333	0	0

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Stuart Lewis					
	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	77.938	77.938	77.938	77.938	97.624	97.624
Summe	2.477.938	2.477.938	2.477.938	2.477.938	2.497.624	2.497.624
Variable Vergütung	0	3.400.000	0	5.600.000	0	3.400.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.000.000	0	2.000.000	0	1.000.000
Restricted Equity Awards	0	2.400.000	0	3.600.000	0	2.400.000
Summe	0	3.400.000	0	5.600.000	0	3.400.000
Versorgungsaufwand	546.402	546.402	546.402	546.402	516.969	516.969
Gesamtvergütung (DCGK)	3.024.340	6.424.340	3.024.340	8.624.340	3.014.593	6.414.593
Gesamtvergütung¹	2.400.000	5.800.000	2.400.000	8.000.000	2.400.000	5.800.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

in €	Sylvie Matherat ¹					
	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	400.000	400.000
Nebenleistungen	12.905	12.905	12.905	12.905	5.226	5.226
Summe	2.412.905	2.412.905	2.412.905	2.412.905	405.226	405.226
Variable Vergütung	0	3.400.000	0	5.600.000	0	566.667
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.000.000	0	2.000.000	0	166.667
Restricted Equity Awards	0	2.400.000	0	3.600.000	0	400.000
Summe	0	3.400.000	0	5.600.000	0	566.667
Versorgungsaufwand	517.352	517.352	517.352	517.352	128.506	128.506
Gesamtvergütung (DCGK)	2.930.257	6.330.257	2.930.257	8.530.257	533.732	1.100.399
Gesamtvergütung²	2.400.000	5.800.000	2.400.000	8.000.000	400.000	966.667

¹ Mitglied seit dem 1. November 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €					Nicolas Moreau ¹	
					2015	
	2016		2015		Festsetzung	Ziel
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	600.000	600.000	600.000	600.000	0	0
Nebenleistungen	5.239	5.239	5.239	5.239	0	0
Summe	605.239	605.239	605.239	605.239	0	0
Variable Vergütung	0	1.150.000	0	2.025.000	0	0
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	600.000	0	1.200.000	0	0
Restricted Equity Awards	0	550.000	0	825.000	0	0
Summe	0	1.150.000	0	2.025.000	0	0
Versorgungsaufwand	442.672	442.672	442.672	442.672	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	1.047.911	2.197.911	1.047.911	3.072.911	0	0
Gesamtvergütung²	600.000	1.750.000	600.000	2.625.000	0	0

¹ Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €					Quintin Price ¹	
					2015	
	2016		2015		Festsetzung	Ziel
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000	0	0
Nebenleistungen	13.783	13.783	13.783	13.783	0	0
Summe	1.113.783	1.113.783	1.113.783	1.113.783	0	0
Variable Vergütung	0	2.108.333	0	3.712.500	0	0
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.100.000	0	2.200.000	0	0
Restricted Equity Awards	0	1.008.333	0	1.512.500	0	0
Summe	0	2.108.333	0	3.712.500	0	0
Versorgungsaufwand	525.143	525.143	525.143	525.143	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	1.638.926	3.747.259	1.638.926	5.351.426	0	0
Gesamtvergütung²	1.100.000	3.208.333	1.100.000	4.812.500	0	0

¹ Mitglied seit dem 1. Januar 2016 bis zum 15. Juni 2016.² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €					Garth Ritchie ¹	
					2015	
	2016		2015		Festsetzung	Ziel
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	0	0
Nebenleistungen	110.241	110.241	110.241	110.241	0	0
Summe	2.510.241	2.510.241	2.510.241	2.510.241	0	0
Variable Vergütung	0	4.600.000	0	8.100.000	0	0
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	2.400.000	0	4.800.000	0	0
Restricted Equity Awards	0	2.200.000	0	3.300.000	0	0
Summe	0	4.600.000	0	8.100.000	0	0
Versorgungsaufwand	1.443.171	1.443.171	1.443.171	1.443.171	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	3.953.412	8.553.412	3.953.412	12.053.412	0	0
Gesamtvergütung²	2.400.000	7.000.000	2.400.000	10.500.000	0	0

¹ Mitglied seit dem 1. Januar 2016.² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Karl von Rohr ¹					
	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	400.000	400.000
Nebenleistungen	47.730	47.730	47.730	47.730	2.348	2.348
Summe	2.447.730	2.447.730	2.447.730	2.447.730	402.348	402.348
Variable Vergütung	0	3.400.000	0	5.600.000	0	566.667
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.000.000	0	2.000.000	0	166.667
Restricted Equity Awards	0	2.400.000	0	3.600.000	0	400.000
Summe	0	3.400.000	0	5.600.000	0	566.667
Versorgungsaufwand	546.402	546.402	546.402	546.402	131.141	131.141
Gesamtvergütung (DCGK)	2.994.132	6.394.132	2.994.132	8.594.132	533.489	1.100.156
Gesamtvergütung²	2.400.000	5.800.000	2.400.000	8.000.000	400.000	966.667

¹ Mitglied seit dem 1. November 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Dr. Marcus Schenck ¹					
	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.460.000	1.460.000
Nebenleistungen	23.720	23.720	23.720	23.720	38.370	38.370
Summe	2.423.720	2.423.720	2.423.720	2.423.720	1.498.370	1.498.370
Variable Vergütung	0	3.400.000	0	5.600.000	0	2.068.333
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.000.000	0	2.000.000	0	608.333
Restricted Equity Awards	0	2.400.000	0	3.600.000	0	1.460.000
Summe	0	3.400.000	0	5.600.000	0	2.068.333
Versorgungsaufwand	546.402	546.402	546.402	546.402	478.387	478.387
Gesamtvergütung (DCGK)	2.970.122	6.370.122	2.970.122	8.570.122	1.976.757	4.045.090
Gesamtvergütung²	2.400.000	5.800.000	2.400.000	8.000.000	1.460.000	3.528.333

¹ Mitglied seit dem 22. Mai 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Christian Sewing					
	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	204.758	204.758	204.758	204.758	19.471	19.471
Summe	2.604.758	2.604.758	2.604.758	2.604.758	2.419.471	2.419.471
Variable Vergütung	0	3.400.000	0	5.900.000	0	3.400.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	1.600.000	0	3.200.000	0	1.000.000
Restricted Equity Awards	0	1.800.000	0	2.700.000	0	2.400.000
Summe	0	3.400.000	0	5.900.000	0	3.400.000
Versorgungsaufwand	984.198	984.198	984.198	984.198	559.197	599.197
Gesamtvergütung (DCGK)	3.588.956	6.988.956	3.588.956	9.488.956	2.978.668	6.378.668
Gesamtvergütung¹	2.400.000	5.800.000	2.400.000	8.300.000	2.400.000	5.800.000

¹ Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Werner Steinmüller ¹					
	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0	0
Nebenleistungen	165.001	165.001	165.001	165.001	0	0
Summe	1.165.001	1.165.001	1.165.001	1.165.001	0	0
Variable Vergütung	0	1.416.667	0	2.333.333	0	0
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	416.667	0	833.333	0	0
Restricted Equity Awards	0	1.000.000	0	1.500.000	0	0
Summe	0	1.416.667	0	2.333.333	0	0
Versorgungsaufwand	164.232	164.232	164.232	164.232	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	1.329.233	2.745.900	1.329.233	3.662.566	0	0
Gesamtvergütung²	1.000.000	2.416.667	1.000.000	3.333.333	0	0

¹ Mitglied seit dem 1. August 2016.² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Jeffrey Urwin ¹					
	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	0	0
Nebenleistungen	59.763	59.763	59.763	59.763	0	0
Summe	2.459.763	2.459.763	2.459.763	2.459.763	0	0
Variable Vergütung	0	6.100.000	0	10.800.000	0	0
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	3.300.000	0	6.600.000	0	0
Restricted Equity Awards	0	2.800.000	0	4.200.000	0	0
Summe	0	6.100.000	0	10.800.000	0	0
Versorgungsaufwand	2.036.367	2.036.367	2.036.367	2.036.367	0	0
Gesamtvergütung (DCGK)	4.496.130	10.596.130	4.496.130	15.296.130	0	0
Gesamtvergütung²	2.400.000	8.500.000	2.400.000	13.200.000	0	0

¹ Mitglied seit dem 1. Januar 2016.² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Anshuman Jain ¹					
	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	0	0	0	0	1.900.000	1.900.000
Nebenleistungen	0	0	0	0	337.718	337.718
Summe	0	0	0	0	2.237.718	2.237.718
Variable Vergütung	0	0	0	0	0	2.650.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	0	0	0	0	750.000
Restricted Equity Awards	0	0	0	0	0	1.900.000
Summe	0	0	0	0	0	2.650.000
Versorgungsaufwand	0	0	0	0	1.553.203	1.553.203
Gesamtvergütung (DCGK)	0	0	0	0	3.790.921	6.440.921
Gesamtvergütung²	0	0	0	0	1.900.000	4.550.000

¹ Mitglied bis zum 30. Juni 2015.² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Stefan Krause ¹						
in €	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	0	0	0	0	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	0	0	0	0	105.099	105.099
Summe	0	0	0	0	2.505.099	2.505.099
Variable Vergütung	0	0	0	0	0	3.400.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	0	0	0	0	1.000.000
Restricted Equity Awards	0	0	0	0	0	2.400.000
Summe	0	0	0	0	0	3.400.000
Versorgungsaufwand	0	0	0	0	498.908	498.908
Gesamtvergütung (DCGK)	0	0	0	0	3.004.007	6.404.007
Gesamtvergütung²	0	0	0	0	2.400.000	5.800.000

¹ Mitglied bis zum 31. Oktober 2015 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Dezember 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Dr. Stephan Leithner ¹						
in €	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	0	0	0	0	2.000.000	2.000.000
Nebenleistungen	0	0	0	0	72.570	72.570
Summe	0	0	0	0	2.072.570	2.072.570
Variable Vergütung	0	0	0	0	0	2.833.333
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	0	0	0	0	833.333
Restricted Equity Awards	0	0	0	0	0	2.000.000
Summe	0	0	0	0	0	2.833.333
Versorgungsaufwand	0	0	0	0	442.033	442.033
Gesamtvergütung (DCGK)	0	0	0	0	2.514.603	5.347.936
Gesamtvergütung²	0	0	0	0	2.000.000	4.833.333

¹ Mitglied bis zum 31. Oktober 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Rainer Neske ¹						
in €	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	0	0	0	0	1.200.000	1.200.000
Nebenleistungen	0	0	0	0	61.347	61.347
Summe	0	0	0	0	1.261.347	1.261.347
Variable Vergütung	0	0	0	0	0	1.700.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	0	0	0	0	500.000
Restricted Equity Awards	0	0	0	0	0	1.200.000
Summe	0	0	0	0	0	1.700.000
Versorgungsaufwand	0	0	0	0	550.484	550.484
Gesamtvergütung (DCGK)	0	0	0	0	1.811.831	3.511.831
Gesamtvergütung²	0	0	0	0	1.200.000	2.900.000

¹ Mitglied bis zum 30. Juni 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

in €	Henry Ritchotte ¹					
	2016				2015	
	Festsetzung	Ziel	Min.	Max.	Festsetzung	Ziel
Festvergütung (Grundgehalt)	0	0	0	0	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	0	0	0	0	382.390	382.390
Summe	0	0	0	0	2.782.390	2.782.390
Variable Vergütung	0	0	0	0	0	3.400.000
davon:						
Restricted Incentive Awards	0	0	0	0	0	1.000.000
Restricted Equity Awards	0	0	0	0	0	2.400.000
Summe	0	0	0	0	0	3.400.000
Versorgungsaufwand	0	0	0	0	502.274	502.274
Gesamtvergütung (DCGK)	0	0	0	0	3.284.664	6.684.664
Gesamtvergütung²	0	0	0	0	2.400.000	5.800.000

¹ Mitglied bis zum 31. Dezember 2015.

² Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Zufluss im beziehungsweise für das Geschäftsjahr 2016.

Zufluss in 2016 (2015) gemäß DCGK

in €	John Cryan ¹		Jürgen Fitschen ²		Kim Hammonds ³		Stuart Lewis	
	Co-Vorstandsvorsitzender		Co-Vorstandsvorsitzender					
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Festvergütung (Grundgehalt)	3.800.000	1.900.000	1.583.333	3.800.000	1.000.000	0	2.400.000	2.400.000
Nebenleistungen	41.795	29.697	38.937	102.016	6.035	0	77.938	97.624
Summe	3.841.795	1.929.697	1.622.270	3.902.016	1.006.035	0	2.477.938	2.497.624
Variable Vergütung	0	0	0	285.529	0	0	0	0
davon Restricted Equity Awards:								
REA für 2010 (bis 2016)	0	0	0	285.529	0	0	0	0
Summe	0	0	0	285.529	0	0	0	0
Versorgungsaufwand	821.114	439.065	232.666	624.192	270.466	0	546.402	516.969
Gesamtvergütung (DCGK)	4.662.909	2.368.762	1.854.936	4.811.737	1.276.501	0	3.024.340	3.014.593

¹ Mitglied seit dem 1. Juli 2015. Zuteilung des 2015 DB Equity Plan in Höhe von EUR 227.163,68 für 17.440,59 Deutsche Bank-Aktienanwartschaften, die ursprünglich wertgleich für den Verlust aufgeschoben gewährter Vergütungskomponenten bei einem früheren Arbeitgeber im Jahr 2015 gewährt wurden.

² Mitglied bis zum 19. Mai 2016 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Mai 2016.

³ Mitglied seit dem 1. August 2016.

in €	Sylvie Matherat ¹		Nicolas Moreau ²		Quintin Price ³		Garth Ritchie ⁴	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	400.000	600.000	0	1.100.000	0	2.400.000	0
Nebenleistungen	12.905	5.226	5.239	0	13.783	0	110.241	0
Summe	2.412.905	405.226	605.239	0	1.113.783	0	2.510.241	0
Variable Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Restricted Equity Awards:								
REA für 2010 (bis 2016)	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0	0	0	0
Versorgungsaufwand	517.352	128.506	442.672	0	525.143	0	1.443.171	0
Gesamtvergütung (DCGK)	2.930.257	533.732	1.047.911	0	1.638.926	0	3.953.412	0

¹ Mitglied seit dem 1. November 2015.

² Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

³ Mitglied seit dem 1. Januar 2016 bis zum 15. Juni 2016.

⁴ Mitglied seit dem 1. Januar 2016.

in €	Karl von Rohr ¹		Dr. Marcus Schenck ²		Christian Sewing		Werner Steinmüller ³	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	400.000	2.400.000	1.460.000	2.400.000	2.400.000	1.000.000	0
Nebenleistungen	47.730	2.348	23.720	38.370	204.758	19.471	165.001	0
Summe	2.447.730	402.348	2.423.720	1.498.370	2.604.758	2.419.471	1.165.001	0
Variable Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Restricted Equity Awards:								
REA für 2010 (bis 2016)	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0	0	0	0
Versorgungsaufwand	546.402	131.141	546.402	478.387	984.198	559.197	164.232	0
Gesamtvergütung (DCGK)	2.994.132	533.489	2.970.122	1.976.757	3.588.956	2.978.668	1.329.233	0

¹ Mitglied seit dem 1. November 2015.

² Mitglied seit dem 22. Mai 2015.

³ Mitglied seit dem 1. August 2016.

in €	Jeffrey Urwin ¹		Anshuman Jain ²		Stefan Krause ³		Dr. Stephan Leithner ⁴	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	0	0	1.900.000	0	2.400.000	0	2.000.000
Nebenleistungen	59.763	0	0	337.718	0	105.099	0	72.570
Summe	2.459.763	0	0	2.237.718	0	2.505.099	0	2.072.570
Variable Vergütung	0	0	0	0	0	303.115	0	0
davon Restricted Equity Awards:								
REA für 2010 (bis 2016)	0	0	0	0	0	303.115	0	0
Summe	0	0	0	0	0	303.115	0	0
Versorgungsaufwand	2.036.367	0	0	1.553.203	0	498.908	0	442.033
Gesamtvergütung (DCGK)	4.496.130	0	0	3.790.921	0	3.307.122	0	2.514.603

¹ Mitglied seit dem 1. Januar 2016.

² Mitglied bis zum 30. Juni 2015.

³ Mitglied bis zum 31. Oktober 2015 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Dezember 2015.

⁴ Mitglied bis zum 31. Oktober 2015.

in €	Rainer Neske ¹		Henry Ritchotte ²	
	2016	2015	2016	2015
Festvergütung (Grundgehalt)	0	1.200.000	0	2.400.000
Nebenleistungen	0	61.347	0	382.390
Summe	0	1.261.347	0	2.782.390
Variable Vergütung	0	0	0	0
davon Restricted Equity Awards:				
REA für 2010 (bis 2016)	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0
Versorgungsaufwand	0	550.484	0	502.274
Gesamtvergütung (DCGK)	0	1.811.831	0	3.284.664

¹ Mitglied bis zum 30. Juni 2015.

² Mitglied bis zum 31. Dezember 2015.

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2016 die Entscheidung getroffen, Teile der im Jahr 2016 unverfallbar und/oder fällig gewordenen Tranchen aus aufgeschoben gewährten Vergütungselementen für die im Berichtszeitraum aktiven Vorstandsmitglieder Fitschen und Lewis sowie neun ehemalige Vorstandsmitglieder, die schon vor dem Berichtszeitraum aus dem Vorstand ausgeschieden waren, zu suspendieren. Die entsprechenden Vergütungsbestandteile, die in 2016 zur Auszahlung (beziehungsweise Lieferung – im Fall von aktienbasierten Elementen) gekommen wären, sind daher nicht in der obigen Tabelle enthalten.

In Bezug auf die aufgeschobenen, im ersten Quartal 2017 zur Lieferung anstehenden Vergütungsbestandteile vergangener Jahre hat der Aufsichtsrat bestätigt, dass die gruppenweiten IBIT-Leistungsbedingungen für das Finanzjahr 2016 erfüllt wurden.

Bezüge nach Maßgabe der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betragen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2016 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 26.691.178 € (2015: 23.913.876 €). Hiervon entfielen 25.883.333 € (2015: 22.660.000 €) auf Grundgehälter, 807.845 € (2015: 1.253.876 €) auf sonstige Leistungen und 0 € (2015: 0 €) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-)Bedingungen unterliegt, nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 17 erst im Geschäftsjahr der Gewährung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzu- beziehen und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt wurde. Dementsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre beziehungsweise in den Jahren 2016 und 2015 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der sonstigen Leistungen.

Bezüge gemäß DRS 17

in €	John Cryan ¹		Jürgen Fitschen ²		Kim Hammonds ³		Stuart Lewis	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Restricted Equity Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	3.800.000	1.900.000	1.583.333	3.800.000	1.000.000	0	2.400.000	2.400.000
Sonstige Leistungen	41.795	29.697	38.937	102.016	6.035	0	77.938	97.624
Summe	3.841.795	1.929.697	1.622.270	3.902.016	1.006.035	0	2.477.938	2.497.624

¹ Mitglied seit dem 1. Juli 2015.

² Mitglied bis zum 19. Mai 2016 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Mai 2016.

³ Mitglied seit dem 1. August 2016.

in €	Sylvie Matherat ¹		Nicolas Moreau ²		Quintin Price ³		Garth Ritchie ⁴	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Restricted Equity Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Erfolgsunabhängige Komponenten								0
Grundgehalt	2.400.000	400.000	600.000	0	1.100.000	0	2.400.000	0
Sonstige Leistungen	12.905	5.226	5.239	0	13.783	0	110.241	0
Summe	2.412.905	405.226	605.239	0	1.113.783	0	2.510.241	0

¹ Mitglied seit dem 1. November 2015.

² Mitglied seit dem 1. Oktober 2016.

³ Mitglied seit dem 1. Januar 2016 bis zum 15. Juni 2016.

⁴ Mitglied seit dem 1. Januar 2016.

in €	Karl von Rohr ¹		Dr. Marcus Schenck ²		Christian Sewing		Werner Steinmüller ³	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Restricted Equity Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	2.400.000	400.000	2.400.000	1.460.000	2.400.000	2.400.000	1.000.000	0
Sonstige Leistungen	47.730	2.348	23.720	38.370	204.758	19.471	165.001	0
Summe	2.447.730	402.348	2.423.720	1.498.370	2.604.758	2.419.471	1.165.001	0

¹ Mitglied seit dem 1. November 2015.

² Mitglied seit dem 22. Mai 2015.

³ Mitglied seit dem 1. August 2016.

in €	Jeffrey Urwin ¹		Anshuman Jain ²		Stefan Krause ³		Dr. Stephan Leithner ⁴	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Restricted Equity Award(s)	0	0	0	0	0	0	0	0
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	2.400.000	0	0	1.900.000	0	2.400.000	0	2.000.000
Sonstige Leistungen	59.763	0	0	337.718	0	105.099	0	72.570
Summe	2.459.763	0	0	2.237.718	0	2.505.099	0	2.072.570

¹ Mitglied seit dem 1. Januar 2016.

² Mitglied bis zum 30. Juni 2015.

³ Mitglied bis zum 31. Oktober 2015 / Ende des Anstellungsvertrages zum 31. Dezember 2015.

⁴ Mitglied bis zum 31. Oktober 2015.

in €	Rainer Neske ¹		Henry Ritchotte ²		Total	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Vergütung						
Erfolgsabhängige Komponenten						
Mit langfristige Anreizwirkung						
Bar						
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	0	0	0
Aktienbasiert						
Equity Upfront Award(s)	0	0	0	0	0	0
Restricted Equity Award(s)	0	0	0	0	0	0
Erfolgsunabhängige Komponenten						
Grundgehalt	0	1.200.000	0	2.400.000	25.883.333	22.660.000
Sonstige Leistungen	0	61.347	0	382.390	807.845	1.253.876
Summe	0	1.261.347	0	2.782.390	26.691.178	23.913.876

¹ Mitglied bis zum 30. Juni 2015.

² Mitglied bis zum 31. Dezember 2015.

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2016 die Entscheidung getroffen, die im Jahr 2016 unverfallbar und/oder fällig gewordenen Tranchen aus aufgeschoben gewährten Vergütungselementen für die im Berichtszeitraum aktiven Vorstandsmitglieder Fitschen und Lewis sowie neun ehemalige Vorstandsmitglieder, die schon vor dem Berichtszeitraum aus dem Vorstand ausgeschieden waren, zu suspendieren. Die entsprechenden Restricted Incentive Awards, die in 2015 zur Auszahlung gekommen wären, sind daher nicht in der obigen Tabelle enthalten.

In Bezug auf die aufgeschobenen, im ersten Quartal 2017 zur Lieferung anstehenden Vergütungsbestandteile vergangener Jahre hat der Aufsichtsrat bestätigt, dass die gruppenweiten IBIT-Leistungsbedingungen für das Finanzjahr 2016 erfüllt wurden.

Vergütungsbericht für die Mitarbeiter

Überblick über Vergütungsentscheidungen für 2016

Ein transparenter und nachhaltiger Vergütungsansatz für die Mitarbeiter ist ein wichtiges Element, um eine bessere und stärkere Bank zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist es ein Kernziel der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, das Vergütungssystem enger mit dem Verhalten der Mitarbeiter und den Ergebnissen der Bank zu verknüpfen. Für das Jahr 2016 hat der Vorstand zwei wesentliche Entscheidungen getroffen, die die Entschlossenheit der Bank, dieses Ziel zu erreichen, unterstreichen.

Zum einen hat die Bank ein neues Vergütungsrahmenwerk eingeführt, das nachhaltige Leistung auf allen Ebenen der Bank fördern und belohnen soll. Es wendet eine konsistente Logik für die Strukturierung der Gesamtvergütung an, indem Richtwerte für das Verhältnis zwischen fixen und variablen Vergütungselementen entwickelt wurden, die von der Verantwortungsstufe der Mitarbeiter sowie deren Bereich oder Funktion abhängen. Variable Vergütung besteht nun grundsätzlich aus zwei Elementen – einer „Gruppenkomponente“ und einer „individuellen Komponente“. Die „Gruppenkomponente“ soll die variable Vergütung der Mitarbeiter unmittelbar und transparent an den Ergebnissen der Bank und der Erreichung der Ziele der Strategie ausrichten. Die „individuelle Komponente“ berücksichtigt dagegen diskretionär geschäftsbereichsbezogene und individuelle Performance.

Zum anderen hat der Vorstand entschieden, angesichts der Ergebnislage für 2016 den Gesamtbetrag der variablen Vergütung deutlich zu reduzieren. Im Verlauf des Jahres 2016 hat die Bank zwar ihre Widerstandsfähigkeit demonstriert, insbesondere dank des Einsatzes und Engagements ihrer Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang konnte die Bank auch erhebliche Fortschritte bei der Erreichung ihrer strategischen Ziele verzeichnen, vor allem in Bezug auf den Abschluss von maßgeblichen Verfahren sowie bei der Restrukturierung der Bank. Auch wenn die Bank mit diesen Schritten vorankam, mussten die Vergütungsentscheidungen für 2016 aber dem Umstand Rechnung tragen, dass 2016 ein herausforderndes Jahr für die Bank war. Der Vorstand ist sich bewusst, dass es noch viel zu tun gibt, um die Bank wieder robuster und profitabler zu machen. Darüber hinaus mussten die Vergütungsentscheidungen die finanziellen Belastungen durch den Abschluss von maßgeblichen Verfahren sowie die daraus resultierenden Finanzergebnisse berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand entschieden, dass eine erhebliche Kürzung der variablen Vergütung für 2016 unumgänglich ist, sowohl in Anbetracht des Jahresergebnisses als auch, um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Interessen der Aktionäre und Mitarbeiter zu schaffen. Das gilt gerade in Zeiten, in denen zahlreiche Arbeitsplätze wegfallen und die Aktionäre lediglich eine geringe jährliche Dividende erhalten. In diesem Kontext haben die Führungskräfte der Bank (Corporate Titles „Vice President“, „Director“ und „Managing Director“) für 2016 keine individuelle variable Komponente, sondern lediglich die „Gruppenkomponente“ erhalten. Diese Entscheidung hat wesentlich zu einem Gesamtbetrag der variablen Vergütung von 0,5 Mrd € beigetragen, was einen Rückgang von rund 77 % im Vergleich zu 2015 darstellt.

Der Vorstand ist sich der Tragweite, die diese Entscheidung für die Mitarbeiter darstellt, bewusst. Allerdings dient diese Entscheidung dem langfristigen Erfolg und ist ein wesentlicher Beitrag, um die Bank in Zukunft wieder erfolgreicher zu machen. Um dies zu unterstreichen, hat der Vorstand seinerseits für das Geschäftsjahr 2016 freiwillig auf eine variable Vergütung verzichtet.

Um eine begrenzte Anzahl von Mitarbeitern, deren Positionen ganz besonders entscheidend für den zukünftigen Erfolg der Bank sind, langfristig an die Bank zu binden, wurde zu Beginn des Jahres 2017 ein längerfristiges Anreizprogramm eingeführt (sogenannte „Retention Awards“). Diese zu einem großen Teil in Aktien gewährten Awards werden vollständig für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, zuzüglich einer weiteren zwölfmonatigen Haltefrist, aufgeschoben.

Aufsichtsrechtliches Umfeld

Die Einhaltung der regulatorischen Vorschriften sicherzustellen, ist ein wesentlicher Bestandteil der konzernweiten Vergütungsstrategie. Die Bank will bei der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Änderungen im Bereich Vergütung eine Vorreiterrolle einnehmen. Dabei wird sie weiterhin eng mit ihrer Aufsichtsbehörde, der Europäischen Zentralbank („EZB“), zusammenarbeiten, um alle bestehenden und neuen Anforderungen zu erfüllen.

Als ein in der EU ansässiges Institut unterliegt die Deutsche Bank weltweit den Vorschriften der CRD 4, die im Kreditwesengesetz und der Institutsvergütungsverordnung (InstVV) in deutsches Recht umgesetzt wurden. Die Bank hat die Vorgaben für alle Tochtergesellschaften und Niederlassungen weltweit übernommen, sofern dies nach Maßgabe von § 27 InstVV erforderlich ist. Die Bank identifiziert zudem alle Mitarbeiter, deren Tätigkeit einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Bank hat („Material Risk Takers“ oder „MRTs“) anhand der Kriterien der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 604/2014 vom 4. März 2014. MRTs werden sowohl für die Gruppe als auch für die bedeutenden Institute im Sinne von § 17 InstVV auf Ebene der Gesellschaft identifiziert.

Nach Maßgabe der CRD 4 und der anschließend in das Kreditwesengesetz übernommenen Anforderungen unterliegt die Bank einem Verhältnis von fixen zu variablen Vergütungskomponenten von 1:1 mit der Maßgabe, dass die Anteilseigner eine Erhöhung auf 1:2 billigen können. Im Rahmen der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 und gemäß § 25a Abs. 5 Kreditwesengesetz haben 95,27 % der Aktionäre einer Erhöhung des Verhältnisses auf 1:2 zu zugestimmt. Um sicherzustellen, dass der Schwerpunkt der Vergütung für Mitarbeiter in Kontrollfunktionen auf der fixen Vergütung liegt, hat die Bank festgelegt, dass für die Mitarbeiter, die in von der Bank gemäß des internen Kontrollrahmenwerks identifizierten Kontrollfunktionen arbeiten, weiterhin ein Verhältnis von 1:1 gilt.

Infolge einer branchenspezifischen Regulierung und im Einklang mit der InstVV fallen bestimmte Asset Management-Tochtergesellschaften unter die „Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds“ (AIFM-Richtlinie) oder die „Richtlinie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften bezüglich bestimmter Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren“ (OGAW-Richtlinie) und unterliegen den entsprechenden Vergütungsvorgaben. Ein wesentlicher Unterschied zur CRD 4 und ihrer Umsetzung in deutsches Recht besteht darin, dass die Material Risk Taker unter der AIFM- und der OGAW-Richtlinie nicht dem in der CRD 4 festgelegten Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung unterliegen. Die Bank identifiziert AIFM-/OGAW-MRTs in Einklang mit den AIFM-/OGAW-Vorgaben und wendet auf sie die gleichen Vergütungsgrundsätze wie für die InstVV-MRTs an, mit Ausnahme der Beschränkung des 1:2-Verhältnisses von fixen zu variablen Vergütungsbestandteilen.

Des Weiteren hält die Bank die Leitlinien der „Markets in Financial Instruments Directive“ (MiFID) ein, die für Mitarbeiter der Bank mit direktem oder indirektem Kundenkontakt gelten. Das von der BaFin im Januar 2014 aktualisierte MaComp-Rundschreiben führt vergütungsbezogene Aspekte der MiFID detailliert auf und verlangt die Einführung einer spezifischen Vergütungsrichtlinie, die allgemeine Anforderungen umfasst, sowie die Überprüfung von Vergütungsplänen und die Identifizierung „relevanter Personen“ vorschreibt. Alle InstVV-Anforderungen gelten für diese Mitarbeiter gleichermaßen.

Ferner beachtet die Bank weltweit die Anforderungen an Vergütungsvereinbarungen in der finalen Regelung zur Umsetzung von Section 619 des Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act („Volcker Regel“).

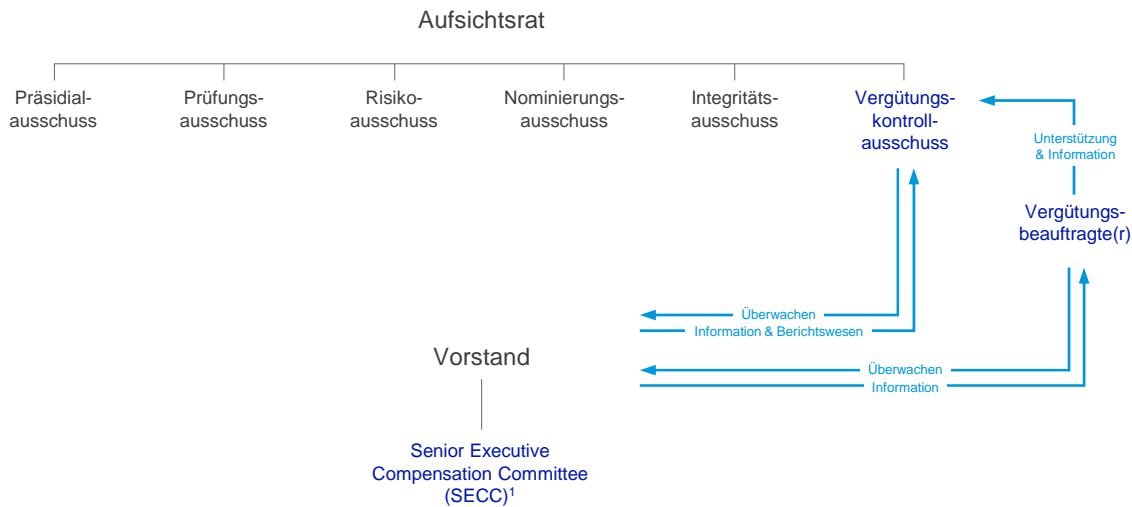
Zusätzlich unterliegt die Bank spezifischen Richtlinien und Vorschriften bestimmter lokaler Regulierungsbehörden. Viele dieser Anforderungen befinden sich mit der InstVV im Einklang. In den Fällen, in denen Abweichungen offensichtlich sind, ermöglichte die aktive und offene Kommunikation mit den Aufsichtsbehörden der Bank, den lokalen Anforderungen zu entsprechen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die entsprechenden Mitarbeiter oder Standorte weiterhin nach den Vorgaben des globalen Vergütungsrahmens der Bank behandelt werden konnten. Dies schließt zum Beispiel die Identifizierung der „Covered Employees“ in den Vereinigten Staaten nach den Vorgaben des Federal Reserve Board ein. In jedem Fall werden die Anforderungen der InstVV als Mindeststandards global eingehalten.

Die Bank wird das regulatorische Umfeld auch weiterhin eng verfolgen. Die Bank ist der Auffassung, dass sich für 2017 der signifikanteste Einfluss aus der Neufassung der InstVV durch die BaFin ergeben wird. Eine sorgfältige Analyse zeigt, dass das Vergütungssystem der Bank bereits in weiten Teilen den neuen Vorgaben entspricht. Allerdings wird es einige bedeutende Änderungen am Vergütungssystem geben, wie etwa die Einführung von Rückforderungsmöglichkeiten für bereits ausbezahlte variable Vergütungsbestandteile, so genannte „Clawbacks“.

Vergütungsgovernance

Die Bank hat eine robuste Governance-Struktur etabliert, die es ihr ermöglicht, im Rahmen der eindeutigen Vorgaben der Vergütungsstrategie und -leitlinien zu handeln. Im Einklang mit der in Deutschland vorgesehenen dualen Führungsstruktur legt der Aufsichtsrat die Vergütung der Vorstandsmitglieder fest, während der Vorstand die Vergütungsangelegenheiten aller anderen Mitarbeiter des Konzerns überwacht. Sowohl Aufsichtsrat als auch Vorstand werden von spezifischen Ausschüssen und Funktionen unterstützt, vor allem dem Vergütungskontrollausschuss (VKA) und dem Senior Executive Compensation Committee (SECC).

Reward Governance-Struktur



¹ Die relevanten Aufgaben werden durch das SECC im Auftrag des Vorstands übernommen.

Vergütungskontrollausschuss

Der VKA wurde vom Aufsichtsrat im Einklang mit § 25d Abs. 12 Kreditwesengesetz eingesetzt. Er besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden sowie drei weiteren Aufsichtsratsmitgliedern, von denen zwei den Arbeitnehmervertretern angehören, und kam im Kalenderjahr 2016 zu zwölf Sitzungen, davon vier gemeinsame Sitzungen mit dem Risikoausschuss und eine gemeinsame Sitzung mit dem Präsidialausschuss, zusammen.

Zu den Aufgaben des VKA gehört die Unterstützung des Aufsichtsrats bei der angemessenen Ausgestaltung und Überwachung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG. Dabei berücksichtigt er vor allem die Auswirkungen des Vergütungssystems auf die Risiken und das Risikomanagement im Sinne der InstVV. Der VKA überwacht ferner die angemessene Ausgestaltung des Vergütungssystems der Mitarbeiter, das vom Vorstand und vom SECC festgelegt wurde. Der VKA überprüft regelmäßig, ob der Gesamtbetrag der variablen Vergütung angemessen ist und im Einklang mit der InstVV festgesetzt wurde.

Der VKA bewertet zudem die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement und soll sicherstellen, dass die Vergütungssysteme an der Geschäfts- und Risikostrategie ausgerichtet sind. Des Weiteren unterstützt er den Aufsichtsrat dabei, die ordnungsgemäße Einbeziehung der internen Kontrollfunktionen und sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme zu überwachen.

Vergütungsbeauftragter

Der Vorstand hat gemäß § 23 InstVV in Abstimmung mit dem VKA einen Vergütungsbeauftragten ernannt. Der Vergütungsbeauftragte unterstützt den Aufsichtsrat und den VKA bei der Erfüllung ihrer Pflichten im Zusammenhang mit den Vergütungssystemen und arbeitet dabei eng mit dem Vorsitzenden des VKA zusammen. Der Vergütungsbeauftragte ist fortlaufend in die konzeptionelle Ausgestaltung, Weiterentwicklung, Überwachung und Anwendung der Vergütungssysteme der Mitarbeiter eingebunden. Der Vergütungsbeauftragte nimmt seine Überwachungspflichten unabhängig wahr und stellt seine Bewertung über die Angemessenheit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme und -praktiken für die Mitarbeiter mindestens jährlich vor.

Senior Executive Compensation Committee

Das SECC ist ein vom Vorstand eingerichtetes Gremium, das mit der Entwicklung nachhaltiger Vergütungsgrundsätze, der Unterbreitung von Empfehlungen zur Höhe der Gesamtvergütung und der Sicherstellung einer angemessenen Governance und Überwachung der Vergütungssysteme betraut ist. Das SECC legt die Vergütungsstrategie und -leitlinien fest. Ferner nutzt das SECC quantitative und qualitative Faktoren zur Bewertung von Performance als Basis für Vergütungsentscheidungen und unterbreitet dem Vorstand Empfehlungen für den jährlichen Gesamtbetrag der variablen Vergütung und dessen Verteilung auf Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen.

Um die Unabhängigkeit des SECC zu gewährleisten, gehören dem Gremium nur Repräsentanten aus Infrastrukturfunktionen an, die keinem der Geschäftsbereiche zugeordnet sind. Im Jahr 2016 bestand das SECC aus dem Chief Administration Officer und dem Chief Financial Officer als Co-Vorsitzenden sowie dem Chief Risk Officer (alle jeweils Vorstandsmitglieder), dem Global Head of Human Resources und einem weiteren Vertreter aus dem Bereich Finance als stimmberechtigten Mitgliedern. Der Vergütungsbeauftragte, dessen Stellvertreter und einer der Global Co-Heads of HR Manage & Reward Performance waren Mitglieder ohne Stimmrecht. In der Regel tagt das SECC einmal monatlich. Im Rahmen des Vergütungsprozesses für das Performance-Jahr 2016 hielt es 13 Sitzungen ab.

Vergütungsstrategie

Das Vergütungssystem spielt eine entscheidende Rolle für die Umsetzung der strategischen Ziele der Deutschen Bank. Es ermöglicht der Bank, diejenigen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden, die für die Erreichung der Ziele der Bank notwendig sind. Das Vergütungssystem ermutigt die Mitarbeiter außerdem, ihr Potenzial voll zu entfalten. Die Vergütungsstrategie ist an den strategischen Zielen sowie den Werten und Überzeugungen der Bank ausgerichtet.

Fünf wesentliche Ziele unserer Vergütungspraktiken

- Förderung der Umsetzung einer kundenorientierten globalen Bankstrategie durch die Gewinnung und Bindung von talentierten Mitarbeitern über alle Geschäftsmodelle und Länder hinweg
- Unterstützung der langfristigen und nachhaltigen Performance und Entwicklung der Bank sowie einer entsprechenden Risikostrategie
- Unterstützung einer auf Kostendisziplin und Effizienz basierenden langfristigen Wertentwicklung
- Gewährleistung solider Vergütungspraktiken der Bank durch die Risikoadjustierung der Ergebnisse, Verhinderung der Übernahme unverhältnismäßig hoher Risiken, Sicherstellung der nachhaltigen Vereinbarkeit mit der Kapital- und Liquiditätsplanung sowie Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften
- Umsetzung und Förderung der von der Bank vertretenen Werte Integrität, nachhaltige Leistung, Kundenorientierung, Innovation, Disziplin und Partnerschaft

Zentrale Vergütungsgrundsätze

- Ausrichtung der Vergütung an den Aktionärsinteressen und der nachhaltigen bankweiten Profitabilität unter Berücksichtigung von Risiken
- Maximierung der nachhaltigen Leistung, sowohl auf Mitarbeiter- als auch auf Konzernebene
- Gewinnung und Bindung der talentiertesten Mitarbeiter
- Ausrichtung der Vergütung auf die verschiedenen Geschäftsbereiche und Verantwortungsebenen
- Anwendung eines einfachen und transparenten Vergütungsdesigns
- Gewährleistung, dass regulatorische Anforderungen erfüllt werden

Die Vergütungsrichtlinie des Konzerns ist ein internes Dokument, das die Mitarbeiter über die Vergütungsstrategie, die Governance-Prozesse und die Vergütungspraktiken und -strukturen der Bank informieren und aufklären soll. Gemeinsam mit der Vergütungsstrategie stellt sie eine klare und dokumentierte Verknüpfung zwischen den Vergütungspraktiken und der allgemeinen Konzernstrategie her. Beide Dokumente stehen auf der Intranetseite der Bank allen Mitarbeitern zur Verfügung.

Struktur der Gesamtvergütung

Im Rahmen der Vergütungsstrategie verfolgt die Bank einen sogenannten „Gesamtvergütungsansatz“, der fixe und variable Vergütungskomponenten umfasst. Der Gesamtvergütungsansatz bildet eine gerechte Basis für eine differenzierte wettbewerbsfähige Vergütung und unterstützt gleichzeitig die übergeordnete Strategie der Bank innerhalb eines soliden Risikomanagement- und Governance-Rahmenwerks unter Berücksichtigung von Marktfaktoren und regulatorischen Anforderungen.

Die Bank hat im Jahr 2016 ein neues Vergütungsrahmenwerk eingeführt, um die Vergütung der Mitarbeiter noch stärker mit den strategischen und geschäftlichen Zielen des Unternehmens zu verknüpfen und zugleich Komplexität zu reduzieren. Das neue Vergütungsrahmenwerk setzt außerdem einen stärkeren Akzent auf die fixe Vergütung gegenüber der variablen Vergütung und zielt darauf ab, eine angemessene Balance zwischen diesen Komponenten zu erreichen.

Die fixe Vergütung dient dazu, Mitarbeiter entsprechend ihren Qualifikationen, Erfahrungen und Kompetenzen sowie den Anforderungen, der Bedeutung und dem Umfang ihrer Funktion zu entlohnen. Die angemessene Höhe der fixen Vergütung wird unter Berücksichtigung des marktüblichen Vergütungsniveaus für jede Rolle sowie auf Basis interner Vergleiche bestimmt und durch die geltenden regulatorischen Vorgaben beeinflusst. Sie trägt entscheidend dazu bei, dass die Bank die richtigen Mitarbeitertalente gewinnen und binden kann, um ihre strategischen Ziele zu erreichen. Für die Mehrzahl der Mitarbeiter stellt die fixe Vergütung den vorwiegenden Vergütungsbestandteil dar; ihr Anteil an der Gesamtvergütung liegt bei weit über 50 %. Diese Ausrichtung ist für viele Geschäftsbereiche angemessen und wird auch künftig eines der Hauptmerkmale der Gesamtvergütung sein.

Variable Vergütung bietet den Vorteil, dass individuelle Leistung differenziert gefördert werden kann und dass durch geeignete Anreizsysteme Verhaltensweisen unterstützt werden sollen, die die Unternehmenskultur positiv beeinflussen. Außerdem ermöglicht sie eine Flexibilität in der Kostenbasis. Im neuen Vergütungsrahmenwerk besteht die variable Vergütung grundsätzlich aus zwei Elementen – einer „Gruppenkomponente“ und einer „individuellen Komponente“.

Ein wesentliches Ziel des neuen Vergütungsrahmenwerks ist insbesondere die Stärkung der Verknüpfung zwischen variabler Vergütung und der Konzernergebnisse. Um dies zu erreichen, hat der Vorstand die „Gruppenkomponente“ unmittelbar und für die Mitarbeiter nachvollziehbar an der Erreichung der Ziele der Strategie ausgerichtet und hat entschieden, die Fortschritte bei der Umsetzung ihrer strategischen Ziele auf Grundlage von vier Erfolgskennzahlen zu ermitteln, die wichtige Gradmesser für das Kapital-, Risiko-, Kosten- und Ertragsprofil der Bank darstellen: Harte Kernkapitalquote (CET 1-Quote) (Vollumsetzung), Verschuldungsquote, Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen (ohne NCOU & Postbank) und Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital (Return on Tangible Equity, RoTE). Diese vier Kennzahlen sind für Aufsichtsbehörden, Investoren und die Öffentlichkeit relevant, da sie den Fortschritt der Bank bei der Umsetzung der Strategie belegen und so auch widerspiegeln, dass jeder Mitarbeiter zum Erfolg der Bank beiträgt.

Je nach Berechtigung kann die „individuelle Komponente“ als individuelle variable Vergütung oder als Recognition Award gewährt werden.

Während die „Gruppenkomponente“ mit der Gesamtpformance des Konzerns verknüpft ist, werden bei der individuellen variablen Vergütung zahlreiche finanzielle und nicht-finanzielle Faktoren berücksichtigt. Dazu gehören die jeweilige geschäftsbereichsbezogene Performance, die Leistung und das Verhalten des Mitarbeiters, der Vergleich mit dessen Referenzgruppe und Kriterien der Mitarbeiterbindung.

Das Recognition Award-Programm richtet sich an Mitarbeiter der unteren Hierarchieebenen im außertariflichen Bereich. Es soll die Möglichkeit bieten, außerordentliche Leistungen der Zielpopulation zeitnah und transparent anzuerkennen und zu belohnen. Es kommt daher in der Regel zwei Mal pro Jahr zur Anwendung.

Auch im neuen Vergütungsrahmenwerk wird variable Vergütung im laufenden Beschäftigungsverhältnis nicht garantiert.

Überblick über die Vergütungselemente

Fixe Vergütung¹

Vergütung der Mitarbeiter entsprechend Qualifikation, Erfahrung und Kompetenz
Ausgerichtet an Anforderungen, Bedeutung und Umfang der Funktion

Variable Vergütung

Gruppenkomponente	
KPIs	Gewichtung
Harte Kernkapitalquote (Vollumsetzung)	25%
Verschuldungsquote	25%
Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen (ohne NCOU und Postbank)	25%
Eigenkapital nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital	25%
Individuelle Komponente	
Individuelle variable Vergütung	Für Mitarbeiter mit höherer Verantwortungsstufe basierend auf: - Individuellen Zielen und Erwartungen - Finanziellen und nicht-finanziellen Faktoren - Performance der jeweiligen Division
Recognition Award	Honorierung außerordentlicher Leistungen von Mitarbeitern der unteren Hierarchieebenen mit in der Regel jährlich zwei Nominierungszyklen

Benefits

Gewährt im Einklang mit der jeweiligen lokalen Marktpraxis sowie lokalen Vorschriften und Anforderungen (einschließlich Leistungen zur betrieblichen Altersvorsorge)
Können unter anderem an Seniorität oder Dienstzeiten geknüpft sein, allerdings ohne direkte Kopplung an Leistung

¹ Die fixe Vergütung kann eine Grundgehaltszulage, regionale Zulagen oder andere Leistungen und Elemente enthalten.

Methode zur Festlegung der variablen Vergütung

Durch die Verwendung eines robusten Verfahrens will die Bank gewährleisten, dass bei der Festlegung der variablen Vergütung der risikoadjustierte Erfolg sowie die Kapitalposition der Bank und ihrer Divisionen berücksichtigt werden. Die Ermittlung des Konzernpools für die variable Vergütung orientiert sich primär an (i) der Tragfähigkeit für den Konzern (das heißt, was „kann“ die Bank an variabler Vergütung im Einklang mit regulatorischen Anforderungen gewähren) und (ii) der Konzernstrategie (was „sollte“ die Bank an variabler Vergütung leisten, um für eine angemessene Vergütung zu sorgen und gleichzeitig den langfristigen Erfolg des Unternehmens zu sichern). Im Jahr 2016 hat die Bank ihre Methode überarbeitet, um das neue Vergütungsrahmenwerk und dessen Vergütungselemente zu reflektieren.

Ermittlung der variablen Vergütung

Parameter	Beschreibung
<p>Tragfähigkeit für die Gruppe</p>	<p>Als erster Schritt wird die Tragfähigkeit ermittelt, um sicherzustellen, dass die Bank variable Vergütung gewähren kann. Dies umfasst den sogenannten Nettoergebnistest sowie eine Überprüfung von definierten Tragfähigkeitsparametern. Die verwendeten Tragfähigkeitsparameter sind an dem Rahmenwerk für die Risikotoleranz der Bank ausgerichtet. Dazu zählen unter anderem die Harte Kernkapitalquote, die Ökonomische Kapitaladäquanzquote, die Verschuldungsquote, die Nettoliquiditätsposition unter Stress und die Mindestliquiditätsquote. Der konzernweite Gesamtbetrag der variablen Vergütung wird als tragfähig erachtet, wenn er an den genannten Parametern ausgerichtet ist und mit der prognostizierten Erreichung künftiger regulatorischer und strategischer Ziele in Einklang steht.</p>
<p>Gruppenkomponente</p>	<p>Die Gruppenkomponente bringt einen Teil der Vergütung aller Mitarbeiter unmittelbar mit der Performance der Bank bei der Erreichung der strategischen Ziele in Einklang. Die Gruppenkomponente wird auf Basis der Entwicklung von vier gleichgewichteten Erfolgskennzahlen ermittelt: Harte Kernkapitalquote (Vollumsetzung), Verschuldungsquote, Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen (ohne NCOU & Postbank) sowie Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital. Diese Kennzahlen stellen wichtige Gradmesser für das Kapital-, Risiko-, Kosten- und Ertragsprofil der Bank dar und bieten eine gute Indikation für die nachhaltige Leistung der Bank.</p>
<p>Individuelle variable Vergütung</p>	<p>Bei der Methode der Festlegung der individuellen variablen Vergütung berücksichtigt die Bank eine Vielzahl von Faktoren.</p> <p>Für die Geschäftsbereiche ist die finanzielle Performance der Startpunkt für die Ermittlung der Individuellen variablen Vergütung. Diese Performance wird unter Berücksichtigung der jeweiligen geschäftsbereichsbezogenen Ziele bewertet. Zudem wird eine angemessene Risikoadjustierung vorgenommen, insbesondere indem zukünftige potentielle Risiken, denen die Bank ausgesetzt sein könnte, und das Eigenkapital, das für das Auffangen schwerwiegender unerwarteter Verluste benötigt würde, einbezogen werden.</p> <p>Für die Infrastrukturfunktionen wird die Leistung anhand der Erreichung von Kosten- und Kontrollzielen ermittelt. In Einklang mit regulatorischen Vorgaben hängen die Pools für die variable Vergütung zwar von der Gesamtperformance der Bank, nicht aber von der Leistung der von ihnen überwachten Geschäftsbereiche ab.</p> <p>Zusätzlich kann die Bank unter sorgfältiger Berücksichtigung weiterer wesentlicher quantitativer und qualitativer Faktoren, einschließlich nicht-finanzieller Parameter, den Gesamtbetrag für die Individuelle Variable Vergütung adjustieren. Zu den strategischen qualitativen Faktoren zählen unter anderem der Fortschritt bei strategischen Zielen, die Balance zwischen Mitarbeiterschutz und Aktionärsrendite, der strategische Stellenwert eines Geschäftsbereichs für den Konzern, künftige Bedürfnisse der Geschäftsstrategie, sowie Franchise-Sicherung und -Wachstum, relative Performance in Vergleich zu Peers sowie Marktposition und -trends.</p>
<p>Recognition Award</p>	<p>Der Recognition Award soll außerordentliche Leistungen von den Mitarbeitern der unteren Hierarchieebenen der Bank anerkennen. Das Volumen des Recognition Award-Programms ist unmittelbar an einen Anteil der fixen Vergütung für die berechnete Mitarbeiterpopulation geknüpft und kommt in der Regel zwei Mal jährlich zur Auszahlung.</p>

Vergütungsentscheidungen für 2016

Vor dem Hintergrund des derzeitigen operativen Umfelds hat der Vorstand entschieden, die variable Vergütung für das Jahr 2016 deutlich zu kürzen. Dies ist im besten langfristigen Interesse der Bank und ist notwendig, um eine ausgewogenere Balance zwischen den Interessen der Aktionäre und der Mitarbeiter zu schaffen.

Insbesondere hat der Vorstand entschieden, dass die Führungskräfte der Bank (Corporate Titles „Vice President“, „Director“ und „Managing Director“) lediglich die „Gruppenkomponente“ und keine individuelle variable Vergütung erhalten. Um die Mitarbeiter der unteren Hierarchieebenen zu schützen, konnten Mitarbeiter bis zum Corporate Title „Assistant Vice President“, die nicht zum Erhalt eines Recognition Awards berechtigt sind, weiterhin eine begrenzte individuelle variable Vergütung erhalten. Aus dem gleichen Grund wurden die zwei Nominierungsrunden für den Recognition Award für 2016 wie geplant durchgeführt. Verbindliche vertragliche Vereinbarungen wie variable Vergütung auf Basis von kollektivrechtlichen Vereinbarungen wurden ebenso erfüllt. Tochtergesellschaften, die das neue Vergütungsrahmenwerk 2016 noch nicht eingeführt haben, haben ebenfalls lediglich limitierte Pools der variablen Vergütung zur Verfügung gestellt. Die jeweiligen Pools der variablen Vergütung wurden dann im Einklang mit den einschlägigen Rahmenbedingungen verteilt.

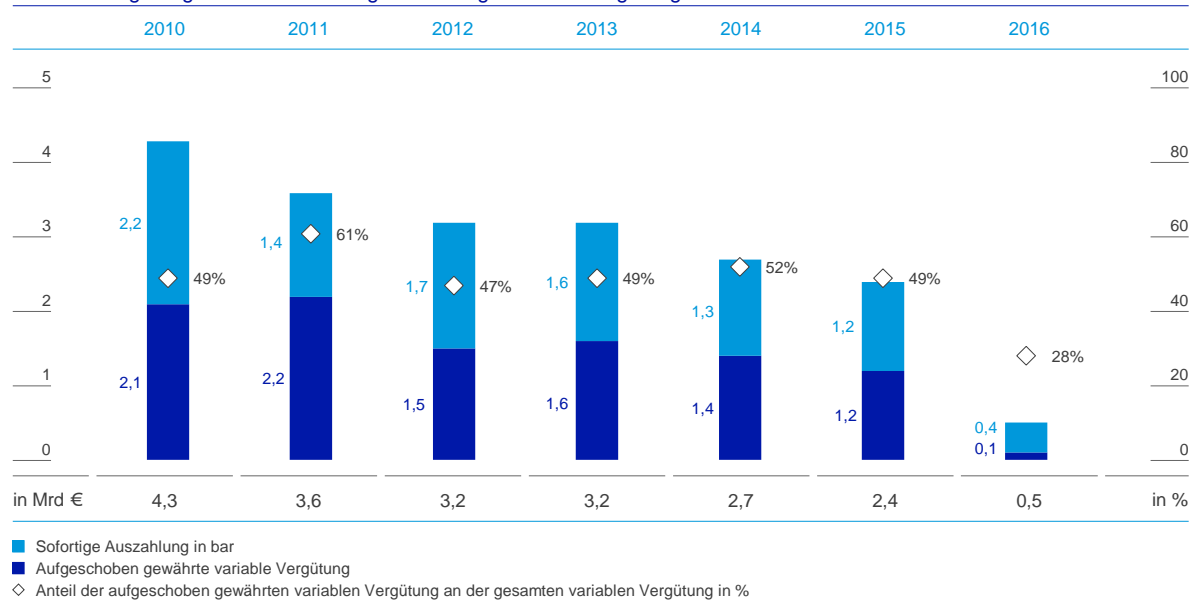
Die „Gruppenkomponente“ wurde allen berechtigten Mitarbeitern im Einklang mit der Bewertung der vier KPIs – wie auf den vorigen Seiten dargestellt – gewährt. Da im Verlauf von 2016 gleichwohl solide Fortschritte bei der Verbesserung von drei der vier KPIs im Hinblick auf die veröffentlichten Ziele gemacht wurden, hat der Vorstand einen Zielerreichungsgrad von 50 % bestimmt. Diese Quote diente als Basis für die Ermittlung der individuell gewährten „Gruppenkomponente“ für jeden berechtigten Mitarbeiter.

Insgesamt führten diese Entscheidungen zu einem Gesamtbetrag der variablen Vergütung für 2016 in Höhe von 0,5 Mrd €. Dies stellt gegenüber der variablen Vergütung für 2015, die im März 2016 ausgezahlt wurde, einen Rückgang in Höhe von rund 77 % dar.

Verglichen mit 2015 ist die fixe Vergütung für 2016 leicht um circa 3 % von 8,1 Mrd € auf 8,3 Mrd € angestiegen. Der Hauptgrund für diesen Anstieg war die durch die Einführung des neuen Vergütungsrahmenwerks bedingte teilweise Überführung von variablen in fixe Vergütungsbestandteile.

Zu Beginn des Jahres 2017 wurde für eine begrenzte Anzahl von Mitarbeitern, deren Positionen ganz besonders entscheidend für den zukünftigen Erfolg der Bank sind, ein längerfristiges Anreizprogramm eingeführt, um diese Mitarbeiter langfristig an die Bank zu binden (sogenannte „Retention Awards“). Diese zum Teil in Aktien gewährten Awards werden vollständig für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, zuzüglich einer zusätzlichen zwölfmonatigen Haltefrist, aufgeschoben. Die Retention Awards dienen nicht der Vergütung der Mitarbeiter für ihre Leistung im Jahr 2016 und sind daher auch nicht Bestandteil ihrer Vergütung für 2016. Diese Awards sollen den Verbleib der entsprechenden Mitarbeiter in der Bank fördern. Nähere Informationen stehen im Kapitel „2017 Retention Award-Programm“.

Variable Vergütung und Anteil der aufgeschoben gewährten Vergütung



Gesamtvergütung für 2016

	2016							2015	
in Mio € (sofern nicht anders angegeben) ¹	GM	CIB	PW&CC	Deutsche AM	NCOU	Unabhängige Kontroll- funktionen ²	Unternehmens- funktionen ³	Konzern Gesamt ⁴	Konzern Gesamt
Anzahl der Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) am Jahresende	4.737	7.116	24.514	2.547	116	6.084	36.518	99.744	101.104
Gesamtvergütung	1.203	1.208	1.826	400	28	622	2.534	8.887	10.528
davon:									
Fix	1.054	1.068	1.739	356	26	598	2.435	8.341	8.122
Variabel	149	140	87	44	2	24	99	546	2.406

¹ Die Tabelle kann Rundungsabweichungen enthalten.

² Im Einklang mit regulatorischen Vorgaben umfasst die Kategorie „Unabhängige Kontrollfunktionen“ für den Zweck dieser Tabelle die Bereiche des Chief Risk Officers, des Chief Regulatory Officers sowie Group Audit. Die Bank hat intern weitere Infrastrukturfunktionen als unabhängige Kontrollfunktionen identifiziert, für die ein Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung von 1:1 gilt.

³ „Unternehmensfunktionen“ umfasst alle Infrastrukturfunktionen, die für den Zweck dieser Tabelle nicht unter „Unabhängige Kontrollfunktionen“ erfasst sind.

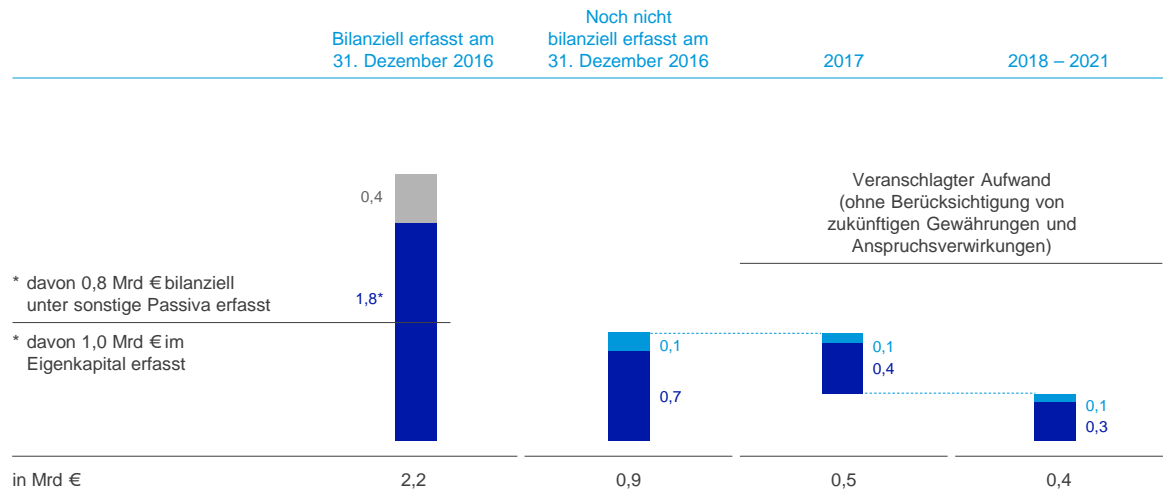
⁴ Neben den Informationen auf Bereichsebene enthält „Konzern Gesamt 2016“ ebenfalls Angaben zu den Mitarbeitern der Postbank-Gruppe (18.112 Mitarbeiter) sowie der fixen Vergütung in der Postbank-Gruppe (1.065 Mio €). Die variablen Elemente, die von der Postbank-Gruppe gewährt werden, sind nicht in dem oben genannten Betrag über variable Vergütung enthalten. Für die variablen Elemente der Postbank-Gruppe ist ein Betrag von 85,6 Mio € vorgesehen.

Bilanzielle Erfassung und Amortisation gewährter variabler Vergütung

Per 31. Dezember 2016 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung – einschließlich der Neuzusagen im März 2017 – auf circa 0,9 Mrd €. Die folgende Darstellung visualisiert die bilanzielle Erfassung der variablen Vergütung für 2016 sowie die prognostizierte Amortisierung der ausstehenden variablen Vergütung über die nächsten Finanzjahre (ohne künftige Gewährungen und Anspruchsverwirkungen).

Variable Vergütung

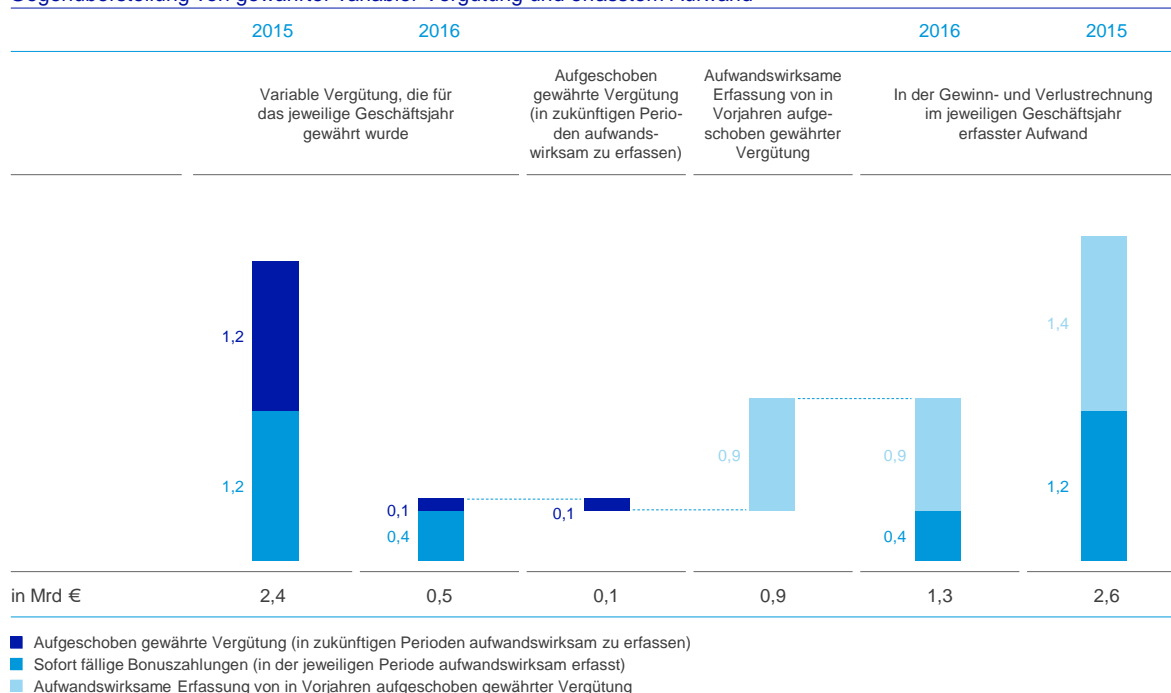
Bilanzielle Erfassung am 31. Dezember 2016 und veranschlagter Aufwand für gewährte aufgeschobene Vergütung



- Sofort fällige Bonuszahlungen im Rahmen der variablen Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2016 erteilt wurde, ausgewiesen als Teil der sonstigen Passiva.
 - Aufgeschoben gewährte variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2015 oder davor erteilt wurde.
 - Aufgeschoben gewährte variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2016 erteilt wurde.
- Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen geringfügige Abweichungen ergeben.

Von der variablen Vergütung, die zum Ende des Jahres 2016 gewährt wurde, wurden 0,4 Mrd € im Jahr 2016 aufwandswirksam erfasst. Weitere 0,1 Mrd € werden in künftigen Jahren verbucht. Zudem wurde im Jahr 2016 Aufwand für in Vorjahren aufgeschoben gewährte Vergütung in Höhe von 0,9 Mrd € erfasst.

Gegenüberstellung von gewährter variabler Vergütung und erfasstem Aufwand



Struktur und Instrumente der variablen Vergütung

Die Vergütungsstrukturen der Bank sind so ausgestaltet, dass Mitarbeiter nicht dazu verleitet werden sollen, unangemessene Risiken einzugehen. Sie sollen sicherstellen, dass die Ausrichtung der variablen Vergütung an der nachhaltigen Wertentwicklung des Konzerns mit steigender Verantwortung und Gesamtvergütung zunimmt. Die Bank ist weiterhin der Ansicht, dass die Verwendung von Aktien oder aktienbasierten Instrumenten als Vergütungsbestandteile ein wirksames Mittel sind, um Vergütung mit der langfristigen Performance der Bank und den Interessen der Aktionäre in Einklang zu bringen. Durch die Verwendung von Deutsche Bank-Aktien wird der Wert der Vergütung für die Mitarbeiter unmittelbar mit dem Kurs der Deutsche Bank-Aktie über den Zurückbehaltungszeitraum und gegebenenfalls die Haltefrist verknüpft.

Wie in den Vorjahren hat sich die Bank dazu entschieden, über die regulatorischen Vorgaben hinauszugehen. Dies bedeutet, dass die Bank Strukturen und Restriktionen aufgestellt hat, die über einige derzeitige Vergütungsanforderungen hinausgehen. 40 % der variablen Vergütung von Material Risk Takers (MRTs) (60 % für Geschäftsleiter) werden für einen Zeitraum von vier Jahren aufgeschoben und in jährlichen Tranchen ausgezahlt. Darüber hinaus hat die Bank einen sogenannten „Senior Leadership Cadre“ (SLC) identifiziert. Diese Gruppe umfasst Führungskräfte der höchsten Ebene, die die langfristige Stärke und den Erfolg der Bank beeinflussen und diesen sicherstellen sollen. Um die Vergütung dieser Gruppe noch stärker am langfristigen, nachhaltigen Erfolg der Bank auszurichten, unterliegt die aufgeschobene gewährte aktienbasierte Vergütung einem Zurückbehaltungszeitraum von viereinhalb Jahren ohne zwischenzeitliches Vesting („Cliff-Vesting“). Wie für die Geschäftsleiter beläuft sich der Anteil der zurückbehaltenen variablen Vergütung auf 60 %.

Alle MRTs erhalten 50 % ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von Restricted Equity und die verbleibenden 50 % in Form von Restricted Cash. Zusätzlich werden 50 % der sofort fälligen variablen Vergütung ebenfalls aktienbasiert vergeben. Alle Aktienanteile sind für MRTs nach der Unverfallbarkeit jeder Tranche mit einer Haltefrist versehen, während der die Mitarbeiter nicht über ihre Aktien verfügen können. Diese Vorgaben gelten in Übereinstimmung mit Vorgaben der BaFin nicht für MRTs mit einer variablen Vergütung von weniger als 50.000 €. Aufgrund des eingeschränkten Pools der variablen Vergütung für 2016, haben 1.947 MRTs eine variable Vergütung von weniger als 50.000 € und daher ihre variable Vergütung vollständig als sofort fällige Barzahlung erhalten.

Die Bank hat entschieden, dass die Vergütungsstrukturen für MRTs auch auf alle anderen Führungskräfte (Corporate Titles „Vice President“, „Director“ und „Managing Director“), die nicht als MRT identifiziert wurden, angewandt werden. Ausnahmen sind, dass eine sofort fällige Vergütung zu 100 % in bar gewährt wird und dass die aktienbasierten Elemente keiner zusätzlichen Haltefrist unterliegen.

Überblick über die Vergütungskomponenten

Komponente	Gewichtung	Anteil	Zurückbehaltungszeitraum	Haltefrist
Sofort fällige Vergütung	60% ¹	50% bar (Cash Bonus) ²	N/A	N/A
		50% Aktien (Equity Upfront Award („EUA“)) ²	N/A	12 Monate ³
Aufgeschobene Vergütung	40% ¹	50% bar (Restricted Incentive Award („RIA“))	Pro rata über 4 Jahre	N/A
		50% Aktien (Restricted Equity Award („REA“))	Pro rata über 4 Jahre; 4,5 Jahre Cliff-Vesting für SLC	6 Monate ³

N/A – Nicht anwendbar.

¹ 40 % aufgeschobene Vergütung für Awards ≥ 50.000 € (60 % für Geschäftsleiter und Senior Leadership Cadre); Mitarbeiter mit einer variablen Vergütung von < 50.000 € erhalten diese zu 100 % als sofort fällige Barvergütung.

² Mitarbeiter, die nicht als MRT identifiziert wurden, erhalten 100 % ihrer sofort fälligen Vergütung als Barvergütung.

³ Gilt lediglich für MRTs.

Nachträgliche Risikoadjustierung der variablen Vergütung

Leistungs- und Verfallsbedingungen sind zentrale Elemente der aufgeschobenen Vergütung. Sie gewährleisten, dass Awards an zukünftigem Mitarbeiterverhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet sind, und ermöglichen eine angemessene rückschauende Überprüfung („Backtesting“) der ursprünglichen Leistungsbewertung. Die gesamte aufgeschobene Vergütung unterliegt mehreren Leistungs- und Verfallsbedingungen. Die spezifischen Bedingungen hängen von der Vergütungskomponente, der Division der Mitarbeiter sowie einer etwaigen Identifizierung als MRT ab. Ein Überblick über die verschiedenen Leistungs- und Verfallsbedingungen findet sich in der folgenden Übersicht:

Übersicht über Leistungs- und Verfallsbedingungen für die variable Vergütung

Bedingung	Beschreibung	Verfall
Konzern CET 1-Quote	Sofern die CET 1-Quote einen bestimmten Schwellenwert am Quartalsende vor Ende des Zurückbehaltungszeitraums oder Lieferung unterschreitet	Die nächste Tranche der zu liefernden aktienbasierten Tranchen aufgeschobener Vergütung (100% der noch nicht gelieferten Equity Upfront Awards) ¹
Negatives Konzern-IBIT	Soweit der Vorstand vor Zuteilung bestimmt, dass das Konzernergebnis vor Steuern (IBIT) negativ ist	Die nächste Tranche der zu liefernden aktienbasierten Tranchen aufgeschobener Vergütung (gilt auch für aufgeschobene Barvergütung von MRTs) ²
Negatives Divisionales-IBIT	Soweit der Vorstand vor Zuteilung bestimmt, dass das divisionale Ergebnis vor Steuern negativ ist	Die nächste Tranche der zu liefernden Tranchen aufgeschobener Vergütung (gilt nur für MRTs in Geschäftsbereichen ohne NCOU) ²
Wegfall der Leistungsgrundlage	Wenn ein Award auf eine Leistungskennzahl oder eine Annahme gestützt war, die sich nachträglich als substanziell falsch herausgestellt hat, oder wenn sich ein dem Mitarbeiter zuzurechnendes Geschäft, Handelsgeschäft beziehungsweise eine Transaktion wesentlich nachteilig auswirkt	Bis zu 100% der noch nicht gelieferten Awards
Verstoß gegen regulatorische Auflagen oder interne Richtlinien	Im Falle eines Verstoßes gegen einschlägige interne Richtlinien oder Verfahren respektive gegen geltendes Recht	Bis zu 100% der noch nicht gelieferten Awards
Wesentliches Kontrollversagen	Sofern ein wesentliches Kontrollversagen entweder durch dem Mitarbeiter zuzurechnendes Verhalten oder Unterlassen eintritt	Bis zu 100% der noch nicht gelieferten Awards
Regulatorische Anforderungen	Sofern ein Verfall aufgrund geltender regulatorischer Anforderungen erforderlich ist	Bis zu 100% der noch nicht gelieferten Awards

¹ Bei Vergütungskomponenten, die Cliff-Vesting unterliegen, verfällt der gesamte Award, wenn die CET 1-Quote am Quartalsende vor Ende des Zurückbehaltungszeitraums oder Lieferung den Schwellenwert unterschreitet.

² Bei Vergütungskomponenten, die Cliff-Vesting unterliegen, verfällt ein bestimmter Anteil des Awards (20 % bei REAs der SLC) für ein Jahr, wenn dessen IBIT als negativ bestimmt wird.

In Bezug auf die aufgeschobenen, im ersten Quartal 2017 zur Lieferung anstehenden Vergütungsbestandteile vergangener Jahre hat der Vorstand bestätigt, dass die gruppenweiten und divisionalen IBIT-Leistungsbedingungen für das Finanzjahr 2016 erfüllt wurden.

2017 Retention Award-Programm

Zu Beginn des Jahres 2017 wurde für eine begrenzte Anzahl von Mitarbeitern ein längerfristiges Anreizprogramm eingeführt (sogenannte „Retention Awards“). Um Abwanderungsrisiken vorzubeugen und die Bank zu schützen, hat der Vorstand entschieden, diese Retention Awards denjenigen Mitarbeitern zu gewähren, deren Positionen besonders entscheidend für den zukünftigen Erfolg der Bank sind, für die eine hohe Nachfrage im Markt besteht und die zudem äußerst schwer zu ersetzen sind.

Diese Retention Awards dienen nicht der Vergütung der Mitarbeiter für ihre Leistung im Jahr 2016 und sind daher auch kein Vergütungsbestandteil für 2016. Die Awards sollen den Verbleib der Mitarbeiter in der Bank fördern. Im Gegensatz zur jährlichen variablen Vergütung werden die Retention Awards vollständig aufgeschoben; es gibt somit keine sofort fällige oder auszahlbare Komponente. 50 % der Awards wurden in Form von Aktien gewährt und 50 % als Bar-komponente. Die Awards werden jeweils für drei bis fünf Jahre zurückgehalten und unterliegen zudem den gleichen Maßnahmen der nachträglichen Risikoadjustierung, die auf der vorherigen Seite beschrieben sind. Die frühest mögliche Auszahlung für Bestandteile dieser Awards ist daher zu Beginn des Jahres 2018 für Mitarbeiter, die nicht als MRTs identifiziert wurden, und im Jahr 2020 für MRTs. Die Aktienkomponenten für MRTs unterliegen zusätzlichen Haltefristen, sodass die entsprechenden Anteile den MRTs erst nach bis zu sechs Jahren geliefert werden. Um die Retention Awards erhalten zu können, müssen die berechtigten Mitarbeiter bei der Deutschen Bank verbleiben. Wenn sie zu einem Wettbewerber wechseln, verfallen die jeweils noch nicht gelieferten Award-Bestandteile.

Insgesamt wurden 5.522 Mitarbeitern Retention Awards gewährt, was ungefähr 5 % der globalen Belegschaft der Deutschen Bank entspricht. 554 Mio € wurden als aufgeschobene Barkomponente gewährt, die für bis zu drei bis fünf Jahre zurückbehalten wird, und 554 Mio € wurden als aufgeschobene aktienbasierte Komponente gewährt. Um die Retention Awards noch stärker am langfristigen Erfolg der Bank und den Interessen der Aktionäre zu orientieren, ist die Aktienkomponente des Awards zusätzlich an die Entwicklung des Aktienkurses der Bank gebunden. Dies bedeutet, dass der Aktienanteil nur bei vorherigem Erreichen eines festgelegten Aktienkurses geliefert wird. Wird dieser Aktienkurs nicht erreicht, verfällt der Aktienanteil des Awards. Mitarbeiter, die nicht als MRT identifiziert wurden, erhalten die aktienbasierte Komponente nach drei Jahren, MRTs jedoch erst nach fünf bis sechs Jahren.

Überblick über Struktur der Retention Awards

Mitarbeitergruppe	Gewichtung	Anteil	Zurückbehaltungszeitraum	Haltefrist
Material Risk Takers	100% aufgeschoben	50% bar (RIA)	50% in Jahr 4, 50% in Jahr 5	N/A
		50% Aktien (REA)	50% in Jahr 4, 50% in Jahr 5	12 Monate
Non-Material Risk Takers	100% aufgeschoben	50% bar (RIA)	Pro-rata-Vesting über 3 Jahre mit jährlichen Tranchen	N/A
		50% Aktien (REA)	Cliff-Vesting nach 3 Jahren	N/A

N/A – Nicht anwendbar.

Offenlegung der Vergütungsinformationen gemäß § 16 InstVV und Art. 450 CRR

Für das Finanzjahr 2016 wurden weltweit 3.056 Mitarbeiter als InstVV-MRTs identifiziert. Im Einklang mit § 16 InstVV und Art. 450 CRR sind Einzelheiten der kollektiven Vergütungselemente der InstVV-MRTs in den folgenden Tabellen zusammengestellt.

Aggregierte Vergütung für Inst/VV Material Risk Takers

in Mio € (sofern nicht anders angegeben) ¹	Unternehmensbereiche									
	Senior Management ²	GM	CIB	PW&CC	Deutsche AM	NCOU	Unabhängige Kontrollfunktionen ³	Unternehmensfunktionen ⁴	Konzern Gesamt	Konzern Gesamt
Anzahl MRTs nach Köpfen	203	1.098	784	314	202	24	153	278	3.056	3.005
Anzahl MRTs nach FTE	202	1.095	783	313	201	24	153	276	3.047	2.997
Gesamtvergütung	187	585	427	148	104	13	58	127	1.648	2.670
Gesamte fixe Vergütung	164	515	381	117	77	12	53	118	1.438	1.423
Gesamte variable Vergütung für das Berichtsjahr	23	70	45	31	27	1	4	9	210	1.246
davon:										
in Bar	12	46	30	21	13	1	4	7	134	498
in Aktien	11	24	16	10	9	0	1	1	71	745
in anderen Instrumenten	0	0	0	0	5	0	0	0	5	3
Gesamtbetrag der aufgeschobenen variablen Vergütung für das Berichtsjahr	14	32	19	18	21	0	1	1	106	904
davon:										
in Bar	7	16	9	9	8	0	0	1	51	317
in Aktien	7	16	9	9	8	0	0	1	51	587
in anderen Instrumenten	0	0	0	0	5	0	0	0	5	0
Art. 450 Abs. 1 Buchst. h Unterabs. (iii) CRR i.V.m. Art. 450 Abs. 1 Buchst h Unterabs. (iv) CRR zur zurückbehaltenen variablen Vergütung aus den Vorjahren und der expliziten Risikoadjustierung										
Gesamtbetrag der zu Beginn des Berichtsjahres noch ausstehenden variablen Vergütung, die in den Vorjahren zurückbehalten wurde	382	810	613	152	135	22	32	173	2.318	2.283
davon:										
erdient	114	395	292	67	54	10	14	64	1.009	1.058
noch nicht erdient	268	415	321	85	81	13	18	109	1.309	1.225
Aufgeschobene variable Vergütung, die während des Berichtsjahres gewährt, ausgezahlt oder reduziert wurde										
im Berichtsjahr gewährt	154	399	325	101	83	9	20	69	1.160	1.131
im Berichtsjahr ausgezahlt	85	275	204	42	58	7	10	45	725	1.137
reduziert durch explizite Risikoadjustierung									13	26
Art. 450 Abs. 1 Buchst. h Unterabs. (v) CRR zu den Neueinstellungsprämien										
Anzahl der Begünstigten einer garantierten variablen Vergütung (Neueinstellungsprämien)	7	15	10	2	1	0	4	3	42	94
Gesamtbetrag der garantierten variablen Vergütungen (Neueinstellungsprämien)	21	19	19	1	0	0	1	0	61	66
Art. 450 Abs. 1 Buchst. h Unterabs. (v) und (vi) CRR zu den Abfindungen										
Gesamtbetrag der im Berichtsjahr gewährten Abfindungen	0	12	7	6	6	0	5	6	42	38
Anzahl der Begünstigten der im Berichtsjahr gewährten Abfindungen nach Köpfen	0	48	24	6	19	1	4	12	114	70
Höchste im Berichtsjahr an eine Einzelperson gewährte Abfindung									4	5

¹ Die Tabelle kann Rundungsdifferenzen enthalten.² „Senior Management“ umfasst die Geschäftsleiter bedeutender Institute gemäß § 17 InstVV sowie die Mitglieder des Senior Leadership Cadre. Aufsichtsratsmitglieder / nicht-exekutive Direktoren sind ebenfalls in den Zahlen Senior Management nach Köpfen (davon 47) und nach FTE (davon 46) enthalten, jedoch in keiner weiteren Zeile, da sie im Rahmen dieser Rolle keine variable Vergütung erhalten und ihre fixe Vergütung nicht aussagekräftig ist.³ Im Einklang mit regulatorischen Vorgaben umfasst die Kategorie „Unabhängige Kontrollfunktionen“ für den Zweck dieser Tabelle die Bereiche des Chief Risk Officers, des Chief Regulatory Officers sowie Group Audit. Die Bank hat intern weitere Infrastrukturfunktionen als unabhängige Kontrollfunktionen identifiziert, für die ein Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung von 1:1 gilt.⁴ „Unternehmensfunktionen“ umfasst alle Infrastrukturfunktionen, die für den Zweck dieser Tabelle nicht unter „Unabhängige Kontrollfunktionen“ erfasst sind.

Vergütung einkommensstarker Mitarbeiter

in €	2016	
	Anzahl der Mitarbeiter	
Gesamtbezüge		
1.000.000 bis 1.499.999		183
1.500.000 bis 1.999.999		62
2.000.000 bis 2.499.999		36
2.500.000 bis 2.999.999		15
3.000.000 bis 3.499.999		14
3.500.000 bis 3.999.999		2
4.000.000 bis 4.499.999		1
4.500.000 bis 4.999.999		0
5.000.000 bis 5.999.999		1
6.000.000 bis 6.999.999		2

Für 2016 erhielten insgesamt 316 Mitarbeiter eine Gesamtvergütung von 1 Mio € oder mehr im Vergleich zu 756 Mitarbeitern in 2015.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 geändert, die am 17. Juli 2014 wirksam wurden. Danach gelten die folgenden Regelungen:

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung („Aufsichtsratsvergütung“). Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-Fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-Fache dieses Betrages.

Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen wie folgt gezahlt:

Ausschuss in €	31.12.2016	
	Vorsitzender	Mitglied
Prüfungsausschuss	200.000	100.000
Risikoausschuss	200.000	100.000
Nominierungsausschuss	100.000	50.000
Vermittlungsausschuss	0	0
Integritätsausschuss	200.000	100.000
Präsidialausschuss	100.000	50.000
Vergütungskontrollausschuss	100.000	50.000

Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage im Februar des Folgejahres auszuzahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars auf drei Nachkommastellen in Aktien der Gesellschaft umgerechnet. Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablaufen einer Bestellungsperiode folgenden Jahres auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet (Verfallregelung).

Bei unterjährigen Wechslern im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Auf- und Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend.

Die Gesellschaft erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern die durch die Ausübung des Amtes entstehenden Auslagen und eine etwaige auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallende Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Außerdem werden für jedes Mitglied des Aufsichtsrats etwaige nach ausländischen Gesetzen für die Aufsichtsratsstätigkeit entstehende Arbeitgeberbeiträge für Sozialversicherungen bezahlt. Schließlich werden dem Aufsichtsratsvorsitzenden in angemessenem Umfang Reisekosten für durch seine Funktion veranlasste Repräsentationsaufgaben und Kosten für aufgrund seiner Funktion gebotene Sicherheitsmaßnahmen erstattet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der Gesellschaft von dieser in angemessener Höhe unterhaltene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung mit Selbstbehalt einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür entrichtet die Gesellschaft.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer):

Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2016		Vergütung für das Geschäftsjahr 2015	
	Fest	Hiervon im Februar 2017 auszuzahlen	Fest	Hiervon im Februar 2016 auszuzahlen
Dr. Paul Achleitner	800.000	600.000	808.333	606.250
Alfred Herling ¹	300.000	300.000	300.000	225.000
Wolfgang Böhr	141.667	106.250	8.333	6.250
Frank Bsirske	250.000	187.500	250.000	187.500
John Cryan	0	0	200.000	200.000
Dina Dublon	300.000	225.000	291.667	218.750
Jan Duscheck ²	41.667	31.250	0	0
Katherine Garrett-Cox ³	125.000	104.167	100.000	75.000
Timo Heider	200.000	150.000	200.000	150.000
Sabine Irrgang	200.000	150.000	200.000	150.000
Prof. Dr. Henning Kagermann	250.000	187.500	250.000	187.500
Martina Klee	200.000	150.000	200.000	150.000
Peter Löscher	200.000	150.000	200.000	150.000
Henriette Mark	200.000	150.000	200.000	150.000
Richard Meddings	400.000	300.000	100.000	75.000
Louise Parent	333.333	250.000	200.000	150.000
Gabriele Platscher	200.000	150.000	200.000	150.000
Bernd Rose	200.000	150.000	200.000	150.000
Prof. Dr. Stefan Simon ⁴	33.333	25.000	0	0
Rudolf Stockem ⁵	116.667	116.667	200.000	150.000
Stephan Szukalski ⁶	0	0	91.667	91.667
Dr. Johannes Teyssen	216.667	162.500	150.000	112.500
Georg Thoma ⁷	108.333	108.333	300.000	225.000
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	200.000	150.000	200.000	150.000
Insgesamt	5.016.667	3.904.167	4.850.000	3.710.417

¹ Mitglied bis 31. Dezember 2016.

² Mitglied seit 2. August 2016.

³ Mitglied wurde am 19. Mai 2016 wiedergewählt.

⁴ Mitglied seit 23. August 2016.

⁵ Mitglied bis 31. Juli 2016.

⁶ Mitglied bis 30. November 2015.

⁷ Mitglied bis 28. Mai 2016.

Von der ermittelten Vergütung für das Geschäftsjahr 2016 wurden dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 25 % nach Rechnungsvorlage im Februar 2017 auf der Basis eines Aktienkurses von 18,455 € (Durchschnitt der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra) des Januars 2017, auf drei Nachkommastellen gerundet) in virtuelle Aktienanteile der Gesellschaft umgerechnet. Für Mitglieder, die im Jahr 2016 aus dem Aufsichtsrat ausschieden, wurde die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der virtuellen Aktienanteile der Mitglieder des Aufsichtsrats, auf drei Nachkommastellen, die im Februar 2017 als Teil der Vergütung 2016, sowie die jeweils während der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat kumulativ erworbene Anzahl der virtuellen Aktienanteile und die im Februar 2017 für ausgeschiedene beziehungsweise wiedergewählte Mitglieder zur Auszahlung gekommenen Beträge.

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der virtuellen Aktienanteile			
	Im Februar 2017 als Teil der Vergütung 2016 umgerechnet	Aus den Vorjahren 2013 bis 2015 aufgelaufene Gesamtbeträge	Gesamt (kumulativ)	Im Februar 2017 auszuzahlen in € ¹
Dr. Paul Achleitner	10.837,171	24.005,183	34.842,354	0
Alfred Herling ²	0,000	8.254,647	8.254,647	152.340
Wolfgang Böhr	1.919,082	120,250	2.039,332	0
Frank Bsirske	3.386,616	6.425,919	9.812,535	0
Dina Dublon	4.063,939	6.381,695	10.445,634	0
Jan Duscheck ³	564,436	0,000	564,436	0
Katherine Garrett-Cox ⁴	1.128,872	3.093,464	4.222,336	57.090
Timo Heider	2.709,293	5.161,183	7.870,476	0
Sabine Irrgang	2.709,293	5.161,183	7.870,476	0
Prof. Dr. Henning Kagermann	3.386,616	7.130,910	10.517,526	0
Martina Klee	2.709,293	5.443,179	8.152,472	0
Peter Löscher	2.709,293	5.443,179	8.152,472	0
Henriette Mark	2.709,293	6.186,930	8.896,223	0
Richard Meddings	5.418,586	1.443,001	6.861,587	0
Louise Parent	4.515,488	3.778,536	8.294,024	0
Gabriele Platscher	2.709,293	5.904,933	8.614,226	0
Bernd Rose	2.709,293	5.622,937	8.332,230	0
Prof. Dr. Stefan Simon ⁵	451,549	0,000	451,549	0
Rudolf Stockem ⁶	0,000	5.904,933	5.904,933	108.976
Dr. Johannes Teyssen	2.935,067	4.037,444	6.972,511	0
Georg Thoma ⁷	0,000	7.510,895	7.510,895	138.614
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	2.709,293	6.186,930	8.896,223	0
Insgesamt	60.281,766	123.197,331	183.479,097	457.020

¹ Zum Kurswert von 18,455 € auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) im Januar 2017.

² Mitglied bis 31. Dezember 2016.

³ Mitglied seit 2. August 2016.

⁴ Mitglied wurde am 19. Mai 2016 wiedergewählt.

⁵ Mitglied seit 23. August 2016.

⁶ Mitglied bis 31. Juli 2016.

⁷ Mitglied bis 28. Mai 2016.

Mit Ausnahme von Frank Bsirske, Rudolf Stockem (bis 31. Juli 2016) und Jan Duscheck (ab 2. August 2016) sind alle Arbeitnehmervertreter Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Im Geschäftsjahr 2016 zahlten wir diesen Aufsichtsratsmitgliedern zusätzlich zur Aufsichtsratsvergütung insgesamt 1,05 Mio € (in Form von Vergütungen, Renten- und Pensionszahlungen).

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen. Mitglieder, die bei uns angestellt sind oder waren, haben jedoch Anspruch auf Leistungen, die nach der Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses anfallen. Im Jahresverlauf 2016 haben wir 0,08 Mio € für Pensionsverpflichtungen, Rentenzahlungen oder vergleichbare Leistungen für diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats zurückgestellt, die bei uns angestellt sind oder waren.

Herr Dr. Paul Achleitner nimmt im Einverständnis mit dem Vorstand der Bank unentgeltlich bestimmte Repräsentationsaufgaben für die Bank wahr, aus denen sich Gelegenheiten für die Vermittlung von Geschäftskontakten ergeben. Diese Aufgaben sind eng mit seinen funktionalen Verantwortlichkeiten als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG verknüpft. Insoweit ist die Kostenübernahme durch die Bank in der Satzung geregelt. Aufgrund einer gesonderten vertraglichen Vereinbarung stellt die Bank Herrn Dr. Paul Achleitner für derartige Tätigkeiten im Interesse der Bank unentgeltlich Infrastruktur- und Unterstützungsleistungen zur Verfügung. So ist er berechtigt, interne Ressourcen zur Vorbereitung und Durchführung seiner Tätigkeiten zu nutzen. Beispielsweise stehen Herrn Dr. Paul Achleitner die Sicherheits- und Fahrdienste der Bank für diese Aufgaben unentgeltlich zur Verfügung. Außerdem erstattet die Bank seine Reisekosten und Teilnahmegebühren und entrichtet die Steuern auf etwaige geldwerte Vorteile. Der Präsidialausschuss hat dem Abschluss dieser Vereinbarung am 24. September 2012 zugestimmt. Die Regelungen der Vereinbarung gelten für die Dauer der Bestellung von Herrn Dr. Paul Achleitner zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und werden jährlich auf ihre Angemessenheit überprüft. Im Rahmen dieser Vereinbarung hat die Bank Herrn Dr. Achleitner im Geschäftsjahr 2016 Unterstützungsleistungen im Gegenwert von rund 225.000 € (2015: 203.000 €) und Aufwandsersatzungen in Höhe von 234.488 € (2015: 233.867 €) gewährt.

Unternehmerische Verantwortung

Der Ansatz der Deutschen Bank zur unternehmerischen Verantwortung (Corporate Responsibility, CR) richtet sich an den drei Säulen der Nachhaltigkeit aus, um wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Werte zu schaffen. Er soll zu einer zukunftsorientierten Unternehmensstrategie beitragen, die finanziellen Erfolg mit der Wahrnehmung ökologischer und sozialer Verantwortung verbindet.

Die Bank will nachhaltige Geschäfte fördern, für mehr Transparenz sorgen und ihre Risikoprozesse im Kerngeschäft so gestalten, dass negative Auswirkungen auf die Umwelt oder die Zivilgesellschaft vermieden werden. Darüber hinaus ist sie bestrebt, ihren Geschäftsbetrieb nachhaltig zu gestalten und ihre Verantwortung als Unternehmensbürger wahrzunehmen.

Der Ansatz der Bank zur unternehmerischen Verantwortung steht im Einklang mit ihrem Verhaltens- und Ethikkodex. Er spiegelt sich in den Maßnahmen, Richtlinien und Prozessen der Bank wider. Die Bank unterstreicht ihr Verständnis von Verantwortung mit der förmlichen Verpflichtung zu international anerkannten Standards und Grundsätzen. Dazu gehören insbesondere die zehn Prinzipien des UN Global Compact.

Weitere Informationen zur Unternehmerischen Verantwortung finden Sie in unserem Onlinebericht unter cr-bericht.db.com/de/16 und unter db.com/gesellschaft.

- **Umwelt- und Sozialrisiken:** Das Rahmenwerk der Bank zum Umgang mit Umwelt- und Sozialrisiken (ES-Risikorahmenwerk) bildet die Basis für den Umgang der Bank mit Umwelt- und Sozialrisiken (ES-Risiken). Es ist Teil ihrer konzernweit gültigen Richtlinien zur Steuerung von Reputationsrisiken und beschreibt die Anforderungen der Bank an den Prüfungsprozess für diese Risiken. Darüber hinaus definiert es Kriterien, die die Einbeziehung des Nachhaltigkeitsteams der Bank in den Prüfungsprozess verpflichtend machen. Im Jahr 2016 hat das Nachhaltigkeitsteam der Bank 727 (31. Dezember 2015: 1.346) Kundenbeziehungen und Transaktionen einer besonderen ES-Prüfung unterzogen. Die gesunkene Zahl beruht auf überarbeiteten und verschärften Eskalationskriterien und Schulungsmaßnahmen, die zu einer verbesserten Anwendung des ES-Risikorahmenwerks führten. Die Bank hält zudem unverändert zu ihrer Erklärung zu Menschenrechten fest, die im Einklang mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte steht. Im Jahr 2016 lag der Schwerpunkt insbesondere darauf, das Wissen über und das Bewusstsein für die Bedeutung von Menschenrechtsthemen in der Bank zu stärken. Darüber hinaus beschäftigte sich die Bank mit der Umsetzung des britischen Gesetzes zur Bekämpfung moderner Sklaverei (UK Modern Slavery Act).
- **ESG im Asset Management:** Ende des Jahres 2016 verwaltete Deutsche Asset Management (Deutsche AM) Vermögenswerte in Höhe von rund 10 Mrd €, bei deren Anlage ESG-Kriterien in besonderem Maße berücksichtigt wurden (31. Dezember 2015: 7,7 Mrd €). Zudem entwickelte der Geschäftsbereich eine Erklärung für verantwortungsvolles Investieren. Die Erklärung beschreibt das ESG-Verständnis von Deutsche AM. Sie umfasst zudem internationale Leitlinien, die dem ESG-Ansatz von Deutsche AM zugrunde liegen und stellt dar, wie ESG-Kriterien in Geschäfts- und Investitionsentscheidungen berücksichtigt werden.
- **Klimawandel und erneuerbare Energien:** Die Bank hat ihre interne Richtlinie zur Finanzierung von Kohleabbau und Kohlekraft überarbeitet. Mit Wirkung ab Dezember 2016 werden die Deutsche Bank und ihre Tochtergesellschaften keine Finanzierungsverpflichtungen für neue Projekte zur Förderung von Kraftwerkskohle und den Neubau von Kohlekraftwerken eingehen. Darüber hinaus wird die Bank ihr derzeitiges Engagement im Bereich Kraftwerkskohle schrittweise verringern. Darüber hinaus arrangierte die Bank im Jahr 2016 Finanzmittel in Höhe von 3,9 Mrd € für Kundenprojekte im Bereich erneuerbare Energien mit einer Gesamtkapazität von über 3.480 Megawatt. Die Deutsche Bank wurde als weltweit erste Geschäftsbank als Implementierungsinstitution für den UN Green Climate Fund akkreditiert. Im Jahr 2016 genehmigte der Fund eine Investition in Höhe von rund 74,4 Mio € in das Green Energy Access Program, einen neuen Fund von Deutsche AM zur Finanzierung erneuerbarer Energien in Afrika. Die Investition trägt zu den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals) bei.

- **Klimaneutralität des Geschäftsbetriebs:** Die Bank gestaltete ihren Geschäftsbetrieb erneut CO₂-neutral. Sie investierte in Energieeffizienz-Projekte, nutzte erneuerbare Energien und neutralisierte ihre unvermeidbaren CO₂-Emissionen durch den Erwerb und die Stilllegung von hochwertigen Ausgleichszertifikaten.
- **Gesellschaftliche Herausforderungen angehen:** Als verantwortungsvoller Unternehmensbürger setzt sich die Deutsche Bank weltweit dafür ein, Gemeinschaften und die Wirtschaft vor Ort zu stärken. Unter dem Dach von Born to Be unterstützt sie Bildungsprojekte, die jungen Menschen helfen, ihr Potential zu entfalten, und ihnen den Zugang zu Bildungs- und Beschäftigungsangeboten erleichtern. Mit Made for Good begleitet die Bank Unternehmen, die die Gesellschaft voranbringen, bei der Verwirklichung ihrer Geschäftsidee und auf dem Weg zu wirtschaftlicher Tragfähigkeit. Darüber hinaus trägt die Bank zur Stabilisierung benachteiligter Gemeinden bei und fördert Initiativen, die bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen. Sie kooperiert eng mit Partnern aus dem öffentlichen Sektor, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Darüber hinaus ermutigt die Bank ihre Mitarbeiter mit ihrem Plus You-Programm, sich persönlich oder bei Spendenaktionen für gemeinnützige Einrichtungen zu engagieren. Der Beitrag der Bank zur gesellschaftspolitischen Diskussion verstärkt die Wirkung ihres sozialen Engagements. Mit einer Fördersumme in Höhe von 73,5 Mio € (31. Dezember 2015: 76,8 Mio €) zählten die Deutsche Bank und ihre Stiftungen erneut zu den engagiertesten Unternehmensbürgern weltweit. Im Jahr 2016 profitierten rund 4,9 Millionen Menschen (31. Dezember 2015: 4,7 Millionen) von ihren gesellschaftlichen und kulturellen Initiativen. 1,35 Millionen Jugendliche (31. Dezember 2015: 1,3 Millionen) nahmen an den Born to Be-Projekten teil, mehr als 9.800 Sozialunternehmer profitierten im Berichtsjahr vom Förderprogramm Made for Good. 16.651 Mitarbeiter (20 % der Belegschaft) waren weltweit fast 188.000 Stunden als Corporate Volunteer aktiv (31. Dezember 2015: 17.382, 22 % der Belegschaft), um gemeinnützigen Organisationen ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung zu stellen.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2016 beschäftigte die Bank insgesamt 99.744 Mitarbeiter, verglichen mit 101.104 zum 31. Dezember 2015. Wir berechnen unsere Mitarbeiterzahlen auf Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl unserer Vollzeitkräfte zum 31. Dezember 2016, 2015 und 2014.

Mitarbeiter ¹	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Deutschland	44.600	45.757	45.392
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	24.062	23.767	23.063
Asien/Pazifik	20.099	20.144	19.023
Nordamerika ²	10.611	10.842	10.054
Lateinamerika	373	595	606
Mitarbeiter insgesamt	99.744	101.104	98.138

¹ Vollzeitkräfte.

² Vorwiegend USA.

Die Zahl unserer Mitarbeiter reduzierte sich im Jahr 2016 um 1.360 oder 1,3 % beeinflusst durch die Umsetzung der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden:

- Deutschland (-1.157; -2,5 %) beeinflusst durch die Umsetzung der Restrukturierungsmaßnahmen, insbesondere im Private, Wealth and Commercial Clients Bereich und durch Reduktionen bei der Postbank;
- Nord Amerika (-230; -2,1 %) insbesondere aufgrund der Veräußerung des Private Client Services-Geschäfts;
- Latein Amerika (-222; -37,3 %) vor allem durch die Umsetzung unserer Lokationsstrategie;
- EMEA ohne Deutschland (+295; +1,2 %) vor allem aufgrund der Entwicklung in UK aufgrund des Insourcings von externen Rollen hauptsächlich im COO-Bereich sowie der Verstärkung von Kontrollfunktionen, z.B. Compliance, Anti-Financial Crime, Risk und Audit.

Mitarbeiter	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Global Markets	4,7 %	4,9 %	5,2 %
Corporate & Investment Banking	7,1 %	7,3 %	7,4 %
Private, Wealth & Commercial Clients	24,6 %	25,4 %	26,2 %
Deutsche Asset Management	2,6 %	2,7 %	2,6 %
Postbank	18,2 %	18,5 %	19,1 %
Non-Core Operations Unit	0,1 %	0,1 %	0,2 %
Infrastructure / Regional Management	42,7 %	41,1 %	39,3 %

- Global Markets (-185; -3,8 %) insbesondere aufgrund eines reduzierten Engagements in Indien, in den USA, in Latein Amerika und in Russland;
- Corporate & Investment Banking (-244; -3,3 %) vor allem aufgrund der Entwicklung in Corporate Finance (-161; -5,2 %) und in Global Transaction Banking (-84; -2,0 %);
- Private, Wealth and Commercial Clients (-1.156; -4,5 %) aufgrund von Reduktionen vor allem in Deutschland und aufgrund der Veräußerung des Private Client Service-Geschäfts in den USA;
- Deutsche Asset Management (-157; -5,8 %). Grund war insbesondere die Entwicklung in den USA, in UK und die Veräußerung der Deutsche Asset Management (India);
- Postbank (-547; -2,9 %) aufgrund von Reduktionen im Filialgeschäft;
- Non-Core Operations Unit (-25; -17,4 %) vor allem aufgrund von Personalreduzierungen in investmentbanking-bezogenen Non-Core Operations;
- Infrastrukturbereiche (+953; +2,3 %) vor allem aufgrund des Insourcings von externen Rollen hauptsächlich im COO-Bereich sowie der Verstärkung unserer Kontrollfunktionen, z.B. Compliance, Anti Financial Crime, Risk und Audit.

Labor Relations

In Deutschland werden tarifliche Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebervereinigungen bezüglich Gehalt und Benefits für die nicht leitenden Angestellten abgeschlossen. Viele Unternehmen in Deutschland, auch die Deutsche Bank AG sowie ihre wichtigsten Tochtergesellschaften, sind Mitglied einer Arbeitgebervereinigung und an Tarifverträge gebunden.

Jedes Jahr verhandelt der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V. die Tarifverträge neu, die für eine Vielzahl unserer Mitarbeiter gelten. Der aktuelle Vertrag wurde im Juli 2016 abgeschlossen und umfasst den Zeitraum ab Mai 2016. Nach fünf Monaten ohne Gehaltsanpassung erfolgt eine Gehaltssteigerung von 1,5 % ab Oktober 2016, eine zweite Gehaltssteigerung von 1,1 % ab Januar 2018 sowie eine weitere Gehaltssteigerung von 1,1 % ab November 2018. Der derzeitige Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Januar 2019.

Der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V. verhandelt mit folgenden Gewerkschaften:

- ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft), im Juli 2001 hervorgegangen aus dem Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften einschließlich der Deutschen Angestellten Gewerkschaft und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen;
- Deutscher Bankangestellten Verband (DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister);
- Deutscher Handels- und Industrieangestellten Verband (DHV – Die Berufsgewerkschaft);
- Komba Gewerkschaft (nur relevant für Postbank);
- DPVKom – Die Kommunikationsgewerkschaft (nur relevant für Postbank).

Das Gesetz verbietet, Arbeitnehmer bezüglich einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu befragen. Deswegen kann die Deutsche Bank keinerlei Auskunft über die Anzahl an Gewerkschaftsmitgliedern in ihrer Belegschaft abgeben. Schätzungen nach sind etwa 15 % der Arbeitnehmer des Bankensektors Mitglied einer Gewerkschaft. Die Deutsche Bank schätzt, dass weniger als 15 % ihrer Angestellten in Deutschland gewerkschaftlich organisiert sind (ausgenommen Postbank, die traditionell einen sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von etwa 60 % hat). Weltweit schätzt die Bank den Organisationsgrad auf 15 % ihrer Arbeitnehmer (einschließlich Postbank, Organisationsgrad weltweit weniger als 25 %).

Am 31. Dezember 2016 waren 32 % der Beschäftigten der Postbank in Deutschland Beamte (Basis Vollzeitkräfte). Am 31. Dezember 2015 betrug dieser Anteil 33 %.

Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Unseren Mitarbeitern bieten wir eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Neben beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

In unserem global koordinierten Rechnungslegungsprozess, in welchem wir leistungsdefinierte Pläne mit einem Barwert der Verpflichtung von mehr als 2 Mio € abdecken, werden die Bewertungen lokaler Aktuar in den einzelnen Ländern durch unseren globalen Aktuar überprüft.

Durch die Anwendung global einheitlicher Grundsätze zur Festlegung der ökonomischen und demografischen Bewertungsannahmen stellen wir sicher, dass diese bestmöglich geschätzten, unvoreingenommen gewählten und voneinander unabhängigen Parameter global konsistent sind.

Eine weitergehende Erörterung zu diesen Plänen ist im Konzernanhang des Finanzberichts unter Anhangangabe 36 „Leistungen an Arbeitnehmer“ zu finden.

Restrukturierung im Rahmen der Umsetzung der Strategie

Die Personalarbeit der Deutschen Bank weltweit war 2016 unter anderem geprägt von den Restrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, die sich über den reinen Stellenabbau hinaus auf die Mitarbeiter des Unternehmens auswirken. Im Jahr 2015 hatte die Bank bekannt gegeben, dass weltweit etwa 9.000 Stellen abgebaut werden sollen, davon 4.000 in Deutschland, um den Konzern wettbewerbsfähiger zu machen. Im Verlauf des Jahres wurden die geplanten Umbaumaßnahmen in allen Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen gemeinsam mit Arbeitnehmervertretern in einem mehrstufigen Prozess verhandelt. Nach der Einigung über einen Rahmeninteressenausgleich und einen Rahmenmaßnahmensozialplan wurden im Anschluss daran die jeweiligen Teilinteressenausgleiche für die betroffenen Bereiche in drei Etappen verhandelt und im Oktober 2016 abgeschlossen.

Auch international kommt die Deutsche Bank mit ihrer Neuaufstellung und dem Stellenabbau voran. Dazu gehört auch der Verkauf von Tochtergesellschaften in Argentinien, Mexiko, den USA und Großbritannien sowie die Schließung von Länderrepräsentanzen.

Verstärktes Augenmerk auf die bankinterne Karrieremobilität

Im Rahmen der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, setzt die Bank auch darauf, offene Stellen auf allen Hierarchieebenen soweit wie möglich mit geeigneten internen Kandidaten zu besetzen. Offene Stellen werden gemäß der Rekrutierungsrichtlinie der Bank zunächst für mindestens zwei Wochen nur intern ausgeschrieben, bevor externe Kandidaten gesucht werden können. Im Jahr 2016 wurden so mehr als ein Drittel aller offenen Stellen (39 %) intern besetzt. Der Prozentsatz lag in Deutschland mit 71 % (2015: 60 %) sogar noch höher. Im Jahresverlauf übernahmen 9.715 Mitarbeiter beziehungsweise 11,1 % der Belegschaft eine andere Rolle innerhalb der Bank. Die Anzahl der bereichsübergreifenden Stellenwechsel ist im Vergleich zu 2015 um 6 % gestiegen.

Ausgewogener Ansatz bei der Mitarbeitergewinnung

Im vierten Quartal 2016 hat die Deutsche Bank Einstellungseinschränkungen eingeführt und rekrutiert neue Mitarbeiter nur noch gezielt vornehmlich für geschäftskritische Rollen, für die intern keine passenden Kandidaten zur Verfügung stehen, sowie für ihre Nachwuchsprogramme. Im Verlauf des Jahres wurden – vorwiegend in den Bereichen Technologie und Digitalisierung sowie in den Kontrollfunktionen – rund 5.300 Officer und 4.200 Non-Officer von extern eingestellt. Das Unternehmen stellte 2016 weltweit 813 Hochschulabsolventen (2015: 766) sowie 741 neue Auszubildende in Deutschland ein (2015: 863).

Unternehmenskultur weiterhin im Fokus: Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung 2016

Die Unternehmenskultur und -werte bilden die Basis der Personalarbeit. Das Ziel ist, diese Werte nach wie vor stark in allen Personalprozessen zu verankern. Als strategischer Partner sowie als Kontroll- und Governance-Funktion für die mitarbeiterbezogenen Risiken der Bank schafft der Personalbereich ein klares Rahmenwerk, das Führungskräften hilft, die richtigen Personalentscheidungen zu treffen. Außerdem legt HR die Grundlagen und Standards für solche Entscheidungen fest und greift ein, wenn diese nicht eingehalten werden und Risiken für die Bank entstehen.

Die Deutsche Bank führt regelmäßig eine konzernweite Mitarbeiterbefragung durch. Auf diese Weise will sie Einblicke über das Engagement ihrer Mitarbeiter erhalten, über ihre Verbundenheit mit dem Unternehmen (Commitment) sowie über ihre Möglichkeiten, sich einbringen zu können (Enablement). Im Mai 2016 befragte die Deutsche Bank eine repräsentative Stichprobe von Mitarbeitern, die 22,7 % ihrer Belegschaft entsprach. Die Rücklaufquote lag bei 47 %. Von den Teilnehmern gaben 76 % an, sich aktiv mit den Werten der Deutschen Bank auseinander zu setzen und mehr als 70 % waren überzeugt, dass sich die Werte positiv auf die Erreichung der strategischen Ziele auswirken. Mehr als 60 % der Befragten haben bereits Verhaltensänderungen im Unternehmen wahrgenommen. Dies sind überaus positive Entwicklungen im Vergleich zu den Vorjahren.

Der Commitment-Index, der abbildet, wie verbunden sich die Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen fühlen, ging jedoch auf 58 % zurück (2015: 63 %) – der laufende Umbau der Geschäftsbereiche und der resultierende Stellenabbau verunsicherten die Mitarbeiter. In Bezug auf ihr Engagement und die Identifikation mit ihren Aufgaben gaben 86 % der Mitarbeiter (2015: 87 %) an, dass sie bereit seien, sich über das erwartete Maß hinaus einzusetzen. Die große Mehrheit davon nahm ihre Tätigkeit weiterhin als herausfordernd und interessant wahr und gab an, Kenntnisse und Fähigkeiten gut in ihre Tätigkeit einbringen zu können: Der so genannte Enablement-Index betrug 2016 62 % (2015: 68 %).

Leistung fördern

Engagierte und kompetente Führungskräfte sind für den Erfolg der Bank genauso entscheidend wie eine gut qualifizierte und motivierte Belegschaft. Dies gilt umso mehr in Zeiten signifikanter Veränderungen. Aus diesem Grund baut die Bank konsequent Führungskompetenzen aus und investiert in künftige Manager. Unverändert hohen Stellenwert hat darüber hinaus die berufliche und persönliche Entwicklung aller Mitarbeiter. In Zeiten zunehmender Regulierung stehen zudem Weiterbildungsangebote und Pflichtschulungen zu den Themen Compliance und Anti-Financial Crime im Fokus.

Die Deutsche Bank hat bereits 2015 zwei „Management Fundamentals“-Programme eingeführt, die für neue Führungskräfte verpflichtend sind. Das Basisprogramm ist für Mitarbeiter bis zur Stufe Vice President konzipiert, die erstmals Führungsverantwortung in der Bank übernehmen. Die zweite Variante richtet sich speziell an Directors und Managing Directors. Beide Programme decken drei wesentliche Aspekte ab: Mitarbeiter führen, Geschäftserfolg steigern und die Unternehmenskultur mitgestalten. Die „Management Fundamentals“ sollen die Teilnehmer darin unterstützen, die Rolle als Führungskräfte auszuüben und weiterzuentwickeln. Im Jahr 2016 nahmen mehr als 1.000 Mitarbeiter an über 20 Standorten weltweit an den bereichsübergreifenden „Management Fundamentals“-Programmen teil.

Darüber hinaus wurde 2016 mit den „Leadership Fundamentals“ ein neues bereichsübergreifendes Programm für Manager von Führungskräften entwickelt und eingeführt. Der Schwerpunkt liegt dabei darauf, die Führungsqualitäten der Teilnehmer zu stärken, um sie besser für ihre Aufgaben bei der Umsetzung der strategischen Ziele vorzubereiten. Im Jahresverlauf absolvierten mehr als 180 Führungskräfte an vier Standorten weltweit das bereichsübergreifende Programm.

Im Mai 2016 wurde zudem das bankweite Förder-Programm für die Weiterentwicklung von Vice Presidents aufgelegt. Es läuft über einen Zeitraum von sechs Monaten und umfasst unter anderem interaktive Unternehmenssimulationen. Im Jahresverlauf absolvierten bankweit 482 Vice Presidents das Programm, das in verschiedenen regionalen Geschäftszentren durchgeführt wird. Zusätzlich startete im April 2016 ein Programm für Mitarbeiter der Verantwortungsebene Director in den Infrastrukturfunktionen der Bank. Es läuft über zwölf Monate und umfasst 61 Teilnehmer. Talente, funktionale Expertise und Führungsfähigkeiten zu entwickeln sind die Schwerpunkte dieses Programms.

Investitionen in die Digitalisierung

Die zunehmende Digitalisierung der Finanzbranche und der Gesellschaft wirkt sich wesentlich auf die operativen Prozesse der Bank und die Arbeitsweise der Mitarbeiter aus. Die Digitalisierung ist daher auch ein zentrales Anliegen in der strategischen Ausrichtung und Planung rund um alle Personalthemen: Dabei werden Personalprozesse zunehmend automatisiert, und Mitarbeiter werden ermutigt und gefordert, neue digitale Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln. Die Bank hat 2016 neue digitale Lösungen für ihre Mitarbeiter eingeführt, darunter die neue Online-Lern-Plattform „Connect2Learn“, über die alle Mitarbeiter Zugang zum vollständigen Schulungsangebot der Bank haben. Ein weiteres digitales Angebot ist das „Internal Mobility Tool“, das den flexiblen Einsatz von Mitarbeitern und bereichsübergreifende Stellenwechsel fördert.

Um Antworten auf die Herausforderungen durch die sogenannten „Megatrends“ in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft zu finden – insbesondere auf die Digitalisierung und den demografischen Wandel – hat die Bank die Initiative „Arbeiten@DB 4.0“ fortgesetzt, die sie Ende 2015 begonnen hatte. Im Fokus dieser Initiative stehen insbesondere flexiblere, lebensphasengerechte Arbeits- und Altersübergangsmodelle sowie ein Führungsverhalten und Karriereverständnis, das an neue Arbeits- und Organisationsstrukturen angepasst ist.

Nachhaltiges Diversity-Engagement: Sichtbare Fortschritte bei der Chancengleichheit

Im Jahr 2016 hat die Bank ihre gezielte Förderung von Frauen im Unternehmen fortgesetzt. Mit einem Frauenanteil von 35 % im Aufsichtsrat zum Jahresende 2016 erfüllt die Deutsche Bank bereits die seit 2015 gültige gesetzliche Vorgabe zur Geschlechterquote von 30 % für börsennotierte und mitbestimmungspflichtige deutsche Unternehmen. Der Aufsichtsrat hatte der Bank bereits 2015 das Ziel gesetzt, dass bis zur Jahresmitte 2017 mindestens ein Vorstandsmitglied weiblich sein soll. Mit der Ernennung von Sylvie Matherat zum Chief Regulatory Officer sowie Kimberly Hammonds zum Chief Operating Officer, in den Jahren 2015 beziehungsweise 2016, hat die Bank dies umgesetzt und beide zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Zum Ende des Jahres 2016 waren 15,7 % der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands der Deutschen Bank weiblich. Auf der zweiten Ebene unterhalb des Vorstands betrug der Wert 19,5 %. Die Bank hat sich selbst Ziele nach Maßgabe der gesetzlichen Anforderungen in Deutschland gesetzt. Sie liegt mit der Umsetzung dieser Ziele für 2017, das heißt 17 % beziehungsweise 21 %, gut im Plan, da es sich hier um relativ kleine Gruppen an Führungskräften handelt, in denen sich jede Veränderung prozentual stark abzeichnet.

Im Jahr 2011 verpflichtete sich die Deutsche Bank freiwillig, den Anteil weiblicher Führungskräfte bis Ende 2018 weltweit deutlich zu erhöhen. Zwischen 2011 und 2016 ist die Anzahl der weiblichen Managing Directors und Directors um 16 % gestiegen. Im Jahr 2016 betrug der Anteil dieser Mitarbeiterinnen 21,3 %, nach 20,5 % im Vorjahr. Der Anteil der weiblichen Führungskräfte insgesamt belief sich 2016 auf 32,8 % nach 32,5 % im Jahr davor. Im Mai 2016 wurde die Deutsche Bank in den erstmals veröffentlichten Bloomberg Financial Services Gender-Equality Index (BFGEI) aufgenommen, der Unternehmen enthält, die sich für die Chancengleichheit der Geschlechter einsetzen. Die Deutsche Bank ist eines von nur zwei DAX-30-Unternehmen, die in diesen globalen Index aufgenommen wurden.

Die Bank engagiert sich unter anderem auch aktiv für Generationen-Vielfalt sowie für die Belange lesbischer, schwuler, bi-, trans- oder intersexueller (LGBTI) Menschen und beteiligt sich an entsprechenden Initiativen. Sie unterstützt jedes Jahr zahlreiche externe Kampagnen und Veranstaltungen. Die Bank wurde aufgrund ihres Engagements für die LGBTI-Belange bereits mit verschiedenen Auszeichnungen geehrt. So erhielt sie 2016 im 14. Jahr in Folge die Höchstwertung von 100 Punkten im jährlichen Corporate Equality Index der Human Rights Campaign.

Ausgewählte Personalkennzahlen

Einige ausgewählte Personalkennzahlen sind unten angefügt. Nähere Informationen zu Personalkennzahlen, den strategischen HR-Prioritäten der Deutschen Bank sowie Entwicklungen und Erfolgen in der Personalarbeit sind im Personalbericht 2016 der Bank zu finden.

	31.12. 2016	31.12. 2015	31.12. 2014
Weibliche Mitarbeiter (abgeleitet aus globalen Corporate Titles, Vollzeitkräfte)¹			
Weibliche Managing Directors und Directors	21,3 %	20,5 %	19,4 %
Weibliche Officer	32,8 %	32,5 %	31,7 %
Weibliche Non-Officer	55,6 %	55,5 %	55,4 %
Weibliche Mitarbeiter insgesamt	41,5 %	41,7 %	41,7 %
Alter (in %, Kopfzahl)			
bis 29 Jahre	17,1 %	18,4 %	18,8 %
30 - 39 Jahre	29,9 %	29,7 %	29,3 %
40 - 49 Jahre	28,2 %	28,6 %	29,6 %
Über 49 Jahre	24,8 %	23,3 %	22,3 %
Teilzeit-Mitarbeiter (in % am Gesamtpersonal)	12,9 %	13,1 %	13,2 %
Auszubildenden-Quote in Deutschland	3,9 %	4,0 %	3,8 %
	2016	2015	2014
Commitment-Index ²	58 %	63 %	68 %
Fluktuationsquote aufgrund von Arbeitnehmerkündigungen	7,2 %	7,3 %	6,6 %
Gesundheitsquote (in %) ³	94,3 %	94,8 %	94,9 %

¹ Ohne Gesellschaften außerhalb des Deutsche Bank Corporate Title-Systems, insbesondere Postbank. DB Investment Services in 2016 erstmals einbezogen, Sal. Oppenheim in 2015 erstmals einbezogen.

² Die Ergebnisse aus 2016 und 2015 sind ohne Postbank. Die aus Ergebnisse 2014 sind ohne Postbank mit Ausnahme von deren Banking Services-Einheiten (entspricht 5 % der in die in die Umfrage einbezogenen Population).

³ Gesundheitsquote: $100 - ((\text{Summe Krankheitstage} \times 100) / \text{Summe Sollarbeitstage})$; Deutschland ohne insbesondere Postbank; DB Investment Services in 2016 erstmals einbezogen, Sal. Oppenheim in 2015 erstmals einbezogen.

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem steht unter der Aufsicht unserer Vorsitzenden des Vorstands und unseres Finanzvorstands. Es soll hinreichende Sicherheit darüber gewähren, dass die Aufstellung des Konzernabschlusses im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) steht und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist. ICOFR beinhaltet zudem unsere Offenlegungskontrollen und –prozesse zur Vermeidung von Fehlangaben.

Risiken im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigt werden. Darüber hinaus können sie Sanktionen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von den korrekten Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet mit dem Ziel, diese Risiken zu begrenzen. Ein solches System kann aber nur eine angemessene und keine absolute Sicherheit darüber bieten, dass die Abschlüsse frei von wesentlichen Fehlern sind. Die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL wurde basierend auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“) aus dem Jahr 2013 vorgenommen. COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsystems fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsystems hat das Management die nachstehenden Ziele für das IKSRL festgelegt:

- **Existenz** – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und die erfassten Transaktionen wurden auch durchgeführt.
- **Vollständigkeit** – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- **Bewertung** – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- **Rechte, Verpflichtungen und Eigentum** – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- **Darstellung und Berichterstattung** – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- **Sicherung von Vermögenswerten** – Nicht autorisierter Kauf, Nutzungen oder Verkäufe von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsystem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte Kontrollen, Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher Fehler oder Betrugsfälle nicht vollständig ausschließen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen eines Kontrollsystems soll in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Kosten stehen.

Organisation des internen Kontrollsystems

In das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eingebundene Funktionen

Die Kontrollen im Rahmen des IKSRL sind von den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen durchzuführen, die an den Prozessen und Kontrollen zur Erstellung und Überprüfung der Abschlüsse beteiligt sind. Die Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems obliegt überwiegend den Mitarbeitern aus den Funktionen Finance, Chief Operating Office sowie Risk.

Finance ist dabei als eine von den Geschäftsbereichen unabhängige Funktion für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich. Die Verantwortlichkeiten im Rahmen des Kontrollprozesses sind im Bereich Finance wie folgt unterteilt:

- Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften zuständige Mitarbeiter von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Diese Mitarbeiter stehen im engen Kontakt mit dem Geschäftsbereich, der Infrastrukturfunktion und dem Management der Gesellschaft und sind durch ihre spezifischen Kenntnisse in der Lage, eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung in Bezug auf Produkte und Transaktionen zu identifizieren. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Bewertungen.
- **Group Finance** verantwortet die Konzernberichterstattung einschließlich der Erstellung konzernweiter Finanz- und Managementinformationen, Plandaten und Plananpassungen sowie der Risikoberichterstattung. Group Finance legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung der am Periodenende durchgeführten Korrekturprozesse. Nach Berücksichtigung und Verarbeitung der Kommentare der Geschäftsleitung und der externen Berater zu Inhalt und Darstellung des Konzernabschlusses wird dieser von Group Reporting erstellt.
- **Accounting Policy and Advisory Group („APAG“)** ist für die Erarbeitung der konzernweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards sowie für deren einheitliche Anwendung im Konzern zuständig. APAG berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen zeitnah gelöst werden.
- **Group Valuations** sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien, Mindeststandards für die Bewertung, Umsetzungsvorgaben sowie die Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsthemen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und Wirtschaftsprüfer).
- **Group Tax** ist in Verbindung mit Finance für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Finanzdaten verantwortlich. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.

Der operative Betrieb des IKSRL wird durch das Chief Operating Office und Risk maßgeblich unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Erstellung der Finanzinformationen:

- **Chief Operating Office („COO“)** bestätigt die Transaktionen mit unseren Kontrahenten und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depots und Börsen zuständig. COO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und ist für die Abstimmung der Nostrokonten verantwortlich.
- **Risk** ist für die Entwicklung von Richtlinien und Standards für das Kredit-, Markt-, Rechts-, Liquiditätsmanagement und das operationelle Risikomanagement zuständig. Risk überprüft und beurteilt die Angemessenheit etwaiger Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredit- und Rechtsrisiken sowie operationelle Risiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Solche Kontrollen sind direkt im operativen Prozess integriert und hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die:

- fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
- regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschlusserstellung;
- der Fehlervermeidung oder nachträglichen Fehlerfeststellung dienen;
- direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;
- automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in einen Kontrollprozess eingebunden, wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung sowie automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen. Manuelle interne Kontrollen, wie die Genehmigung von Transaktionen, werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

- **Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien.** Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
- **Referenzdaten.** Kontrollen für das Hauptbuch und die bilanziellen und außerbilanziellen Transaktionen sowie für die für Produkte benötigten Referenzdaten.
- **Produktentwicklungs- und Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung.** Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
- **Kontrollen externer und interner Abstimmungen.** Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depots und Börsengeschäfte geprüft.
- **Bewertung einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen.** Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögenswerten und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.

- **Steuerberechnung.** Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern ordnungsgemäß durchgeführt werden und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst sind.
- **Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen.** Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende sonstige Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
- **Nachweis von Bilanzposten.** Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
- **Konsolidierungskontrollen und andere Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung.** Zum Meldestichtag übermitteln alle Geschäftsbereiche und Regionen ihre Finanzdaten zwecks Konsolidierung an den Konzern. Konsolidierungskontrollen umfassen die Validierung von Buchungen zur Eliminierung von konzerninternen Transaktionen. Bei den Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung werden die Prozesse zum Abschluss von Hauptbuchkonten am Monatsende und Korrekturbuchungen überprüft.
- **Berichterstattung und Darstellung.** Kontrollen zur Erstellung des Konzernabschlusses schließen die Bearbeitung und Übereinstimmung mit Checklisten zu den Offenlegungspflichten sowie die Durchsicht und Freigabe durch leitende Mitarbeiter von Finance ein. Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss und -lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Konzernvorstand führt jedes Jahr eine formelle Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durch. Diese Überwachung umfasst die Bewertung sowohl der Wirksamkeit des Kontrollumfelds als auch der einzelnen zugrunde liegenden Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Die Fehleranfälligkeit der identifizierten Kontrollen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise gemäß § 315 HGB, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL eingerichtet wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Bewertung, da sie dem Management zusätzliche Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführter risikoorientierter Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses auch bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Die vom Management durchgeführte Überprüfung führte zum 31. Dezember 2016 zu der Feststellung, dass die Ausgestaltung des IKSRL zweckmäßig ist und die Kontrollen wirksam sind.

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals einschließlich des Genehmigten und des Bedingten Kapitals

Für Informationen bezüglich des Stammkapitals der Deutschen Bank verweisen wir auf die Angabe „Stammaktien“ im „Konzernanhang“.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2016 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein oder zwei Vorstandsmitglieder zu Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Gemäß dem Kreditwesengesetz und EU-Verordnung Nr. 468/2014 der Europäischen Zentralbank (SSM Rahmenverordnung) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank (EZB) vor der Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese zuverlässig, fachlich geeignet und in ausreichendem Maße zeitlich verfügbar sind. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 25c Absatz 1 KWG, Artikel 93 SSM Rahmenverordnung).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die EZB oder BaFin kann einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse einzelner Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese Mitglieder nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder (§ 45c Absatz 1 bis 3 KWG, Artikel 93 Absatz 2 der SSM Rahmenverordnung).

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In einem solchen Fall wird das Amtsgericht Frankfurt/Main auf Antrag der BaFin die notwendigen Mitglieder des Aufsichtsrates ernennen, falls aufgrund der Prohibition der Aufsichtsrat nicht mehr die notwendige Anzahl an Mitgliedern stellen kann, um den Betrieb aufrecht zu erhalten (§ 46 Absatz 2 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2018 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 19. Mai 2016 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2021 Eigene Aktien bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie der etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbenen Aktien über die Börse beziehungsweise durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen. Er wurde auch ermächtigt, erworbene Aktien gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck zu veräußern, Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder andere dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienliche Vermögenswerte zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft und verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die für Mitarbeiter oder Organmitglieder der Gesellschaft und verbundener Unternehmen begründet wurden.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser oder einer vorherigen Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 19. Mai 2016 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Verkaufsoptionen an Dritte verkaufen und Kaufoptionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen so gewählt werden, dass der Aktienerwerb in Ausübung der Optionen spätestens am 30. April 2021 erfolgt.

Der bei Ausübung der Verkaufsoptionen beziehungsweise bei Fälligkeit des Terminkaufs zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Geschäfts nicht um mehr als 10 % überschreiten und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen Optionsprämie. Eine Ausübung der Kaufoptionen darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Erwerb der Aktien nicht um mehr als 10 % überschreitet und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreitet.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Auch aus bestehenden Derivaten, die während des Bestehens vorangehender Ermächtigungen und auf deren Grundlage vereinbart wurden, dürfen weiterhin Eigene Aktien erworben werden.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausbezahlt, die im Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289a und 315 Absatz 5 HGB

Die vollständige Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289a, 315 Absatz 5 HGB ist auf der Website der Bank unter <https://www.db.com/ir/de/berichte.htm> sowie im Abschnitt „3 – Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289a, 315 Absatz 5 HGB / Corporate-Governance-Bericht“ zu finden.“

2

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 305

Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 306

Konzernbilanz – 307

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 308

Konzern-Kapitalflussrechnung – 310

Konzernanhang – 311

- 1 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – 311
- 2 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften – 341
- 3 – Akquisitionen und Veräußerungen – 346
- 4 – Segmentberichterstattung – 347

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung – 352

- 5 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen – 352
- 6 – Provisionsüberschuss – 354
- 7 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – 354
- 8 – Sonstige Erträge – 355
- 9 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand – 355
- 10 – Restrukturierung – 355
- 11 – Ergebnis je Aktie – 356

Anhangangaben zur Bilanz – 358

- 12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – 358
- 13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ – 360
- 14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente – 363
- 15 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden – 380
- 16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – 383
- 17 – Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere – 383
- 18 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 384

19 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen – 384

20 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft – 389

21 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft – 390

22 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten – 390

23 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte – 392

24 – Sachanlagen – 394

25 – Leasingverhältnisse – 395

26 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte – 396

27 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen – 406

28 – Sonstige Aktiva und Passiva – 410

29 – Einlagen – 411

30 – Rückstellungen – 411

31 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten – 429

32 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen – 430

33 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – 430

34 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen – 431

Zusätzliche Anhangangaben – 433

35 – Stammaktien – 433

36 – Leistungen an Arbeitnehmer – 434

37 – Ertragsteuern – 450

38 – Derivative Finanzinstrumente – 453

39 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 455

40 – Informationen zu Tochtergesellschaften – 457

41 – Strukturierte Einheiten – 458

42 – Versicherungs- und Investmentverträge – 465

43 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – 466

44 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 468

45 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 297 Abs. 1a/315a HGB – 469

46 – Länderspezifische Berichterstattung – 471

47 – Anteilsbesitz – 473

Bestätigungen – 498

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	Anhang	2016	2015	2014
Zinsen und ähnliche Erträge	5	25.636	25.967	25.001
Zinsaufwendungen	5	10.929	10.086	10.729
Zinsüberschuss	5	14.707	15.881	14.272
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	21	1.383	956	1.134
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		13.324	14.925	13.138
Provisionsüberschuss	6	11.744	12.765	12.409
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5	1.401	3.842	4.299
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	7	653	203	242
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	18	455	164	619
Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	17	0	0	0
Sonstige Erträge	8	1.053	669	108
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		15.307	17.644	17.677
Personalaufwand	36	11.874	13.293	12.512
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	9	15.454	18.632	14.654
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft		374	256	289
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	26	1.256	5.776	111
Restrukturierungsaufwand	10	484	710	133
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		29.442	38.667	27.699
Ergebnis vor Steuern		-810	-6.097	3.116
Ertragsteueraufwand	37	546	675	1.425
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		-1.356	-6.772	1.691
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis		45	21	28
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis		-1.402	-6.794	1.663

Ergebnis je Aktie

in €	Anhang	2016	2015	2014
Ergebnis je Aktie:^{1,2}	11			
Unverwässert		€-1,21	€-5,06	€1,34
Verwässert		€-1,21	€-5,06	€1,31
Anzahl der Aktien in Millionen:¹				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		1.388,1	1.387,9	1.241,9
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie ³		1.388,1	1.387,9	1.269,5

¹ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden vor Juni 2014 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

² Im Zusammenhang mit den im April 2016 und April 2015 gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis um 276 Mio € und 228 Mio € nach Steuern angepasst.

³ Aufgrund der Verlustsituation in den Jahren 2016 und 2015 werden potentiell verwässernde Aktien grundsätzlich nicht für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie berücksichtigt, da diese nach angenommener Wandlung den Nettoverlust je Aktie verringern würden. In einer Gewinnsituation hingegen wäre der bereinigte gewichtete Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung für die Jahre 2016 und 2015 jeweils um 27 Millionen Aktien höher gewesen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio €	2016	2015	2014
In der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn, nach Steuern	- 1.356	- 6.772	1.691
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung			
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden			
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	- 861	203	- 403
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	344	- 213	407
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können			
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	- 2	- 242	1.912
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	- 571	- 163	- 87
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	62	1	- 6
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	- 2	20	339
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	529	662	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	- 1.191	0	- 3
Anpassungen aus der Währungsumrechnung			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	203	2.156	2.955
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	- 2	4	3
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen			
Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	11	48	- 35
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	117	19	- 672
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	- 1.364	2.493	4.410
Gesamtergebnis, nach Steuern	- 2.721	- 4.278	6.102
Zurechenbar:			
den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	52	45	54
den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	- 2.773	- 4.323	6.048

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	Anhang	31.12.2016	31.12.2015
Aktiva:			
Barreserven und Zentralbankeinlagen		181.364	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)		11.606	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	22,23	16.287	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	22,23	20.081	33.557
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		171.044	196.035
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		485.150	515.594
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		87.587	109.253
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	12, 16, 22, 23, 38	743.781	820.883
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	16, 22, 23	56.228	73.583
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	18	1.027	1.013
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	20, 21, 22, 23	408.909	427.749
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	17	3.206	0
Sachanlagen	24	2.804	2.846
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	26	8.982	10.078
Sonstige Aktiva	27,28	126.045	118.137
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	37	1.559	1.285
Steuerforderungen aus latenten Steuern	37	8.666	7.762
Summe der Aktiva		1.590.546	1.629.130
Passiva:			
Einlagen	29	550.204	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	22,23	25.740	9.803
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	22,23	3.598	3.270
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	12, 16, 38		
Handelspassiva		57.029	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		463.858	494.076
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		60.492	44.852
Investmentverträge		592	8.522
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		581.971	599.754
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	32	17.295	28.010
Sonstige Passiva	27,28	155.440	175.005
Rückstellungen	21,30	10.973	9.207
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	37	1.329	1.699
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	37	486	746
Langfristige Verbindlichkeiten	33	172.316	160.016
Hybride Kapitalinstrumente	33	6.373	7.020
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		0	0
Summe der Verbindlichkeiten		1.525.727	1.561.506
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	35	3.531	3.531
Kapitalrücklage		33.765	33.572
Gewinnrücklagen		18.987	21.182
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	35	0	- 10
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern		3.550	4.404
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		59.833	62.678
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile		4.669	4.675
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		316	270
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		64.819	67.624
Summe der Passiva		1.590.546	1.629.130

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen ²
Bestand zum 31. Dezember 2013	2.610	26.204	28.376	- 13	0	303
Gesamtergebnis ¹	0	0	1.663	0	0	1.372
Begebene Stammaktien	921	7.587	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 765	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	5	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 103	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	840	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	- 32	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 65	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 9.187	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	8.352	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 6	0	0	0	0
Sonstige	0	41	0	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2014	3.531	33.626	29.279	- 8	0	1.675
Gesamtergebnis ¹	0	0	- 6.794	0	0	- 291
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 1.034	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	- 228	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 10	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 80	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	880	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 34	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 9.177	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	8.295	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 3	0	0	0	0
Sonstige	0	63	- 31	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2015	3.531	33.572	21.182	- 10	0	1.384
Gesamtergebnis ¹	0	0	- 1.402	0	0	- 472
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	0	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	- 276	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 517	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	64	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	239	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	2	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 129	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 5.264	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	5.035	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	- 7	0	0	0	0
Sonstige	0	263	0	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2016	3.531	33.765	18.987	0	0	912

¹ Ohne Neubewertungsgewinne/-verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

² Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ²	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern ²	Anpassungen aus der Währungs-umrechnung, nach Steuern ²	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ¹	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ³	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss
- 101	2	- 2.713	53	- 2.457	54.719	0	247	54.966
181	- 2	2.865	- 35	4.380	6.043	0	54	6.097
0	0	0	0	0	8.508	0	0	8.508
0	0	0	0	0	- 765	0	- 4	- 769
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	5	0	0	5
0	0	0	0	0	- 103	0	0	- 103
0	0	0	0	0	840	0	0	840
0	0	0	0	0	- 32	0	0	- 32
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 65	0	0	- 65
0	0	0	0	0	- 9.187	0	0	- 9.187
0	0	0	0	0	8.352	0	0	8.352
0	0	0	0	0	- 6	0	0	- 6
0	0	0	0	0	41	4.619 ⁴	- 44	4.616
79	0	151	18	1.923	68.351	4.619	253	73.223
18	662	2.044	48	2.481	- 4.313	0	45	- 4.269
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 1.034	0	- 10	- 1.044
0	0	0	0	0	- 228	0	0	- 228
0	0	0	0	0	- 10	0	0	- 10
0	0	0	0	0	- 80	0	0	- 80
0	0	0	0	0	880	0	0	880
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 34	0	0	- 34
0	0	0	0	0	- 9.177	0	0	- 9.177
0	0	0	0	0	8.295	0	0	8.295
0	0	0	0	0	- 3	0	0	- 3
0	0	0	0	0	33	56 ⁵	- 17	72
97	662	2.196	66	4.404	62.678	4.675	270	67.624
46	- 662	223	11	- 854	- 2.256	0	52	- 2.204
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	- 11	- 11
0	0	0	0	0	- 276	0	0	- 276
0	0	0	0	0	- 517	0	0	- 517
0	0	0	0	0	64	0	0	64
0	0	0	0	0	239	0	0	239
0	0	0	0	0	2	0	0	2
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	- 129	0	0	- 129
0	0	0	0	0	- 5.264	0	0	- 5.264
0	0	0	0	0	5.035	0	0	5.035
0	0	0	0	0	- 7	0	0	- 7
0	0	0	0	0	263	- 6 ⁵	4	262
143	0	2.418	77	3.550	59.833	4.669	316	64.819

³ Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.⁴ Beinhaltet die Nettoerlöse aus der Ausgabe, dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.⁵ Beinhaltet Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2016	2015	2014
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	-1.356	-6.772	1.691
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.383	956	1.134
Restrukturierungsaufwand	484	710	133
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-899	-430	-391
Latente Ertragsteuern, netto	-312	-987	673
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	3.745	8.908	4.567
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-183	-708	-569
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	2.862	1.677	7.238
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken und Kreditinstituten ohne Zentralbanken	-2.814	30.096	8.959
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	19.440	-10.108	5.450
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	20.337	12.935	70.639
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18.190	-14.015	-26.909
Sonstige Aktiva	-7.847	26.756	-28.812
Einlagen	-15.237	26.537	1.551
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge	8.686	6.101	-54.334
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	16.362	-1.120	-2.963
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	-10.632	-16.149	-17.875
Sonstige Passiva	-12.888	-14.177	22.183
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	12.328	13.536	14.315
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	30.341	13.788	4.288
Sonstige, per saldo	-8.518	-8.605	-1.678
	70.610	67.252	2.052
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	26.855	18.027	11.974
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	6.029	3.986	8.745
Bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapiere	0	0	0
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	50	165	124
Verkauf von Sachanlagen	206	272	133
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-21.639	-29.665	-34.158
Bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapiere	0	0	0
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-81	-95	-78
Sachanlagen	-725	-432	-669
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	2.023	555	1.931
Sonstige, per saldo	-1.479	-1.055	-826
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	11.239	-8.242	-12.824
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	815	2.942	101
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-1.102	-2.043	-3.142
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	121	788	49
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	-840	-5.114	-2.709
Begebene Stammaktien	0	0	8.508
Kauf Eigener Aktien	-5.264	-9.177	-9.187
Verkauf Eigener Aktien	4.983	8.316	8.318
Begebene Zusätzliche Tier-1-Anleihen	0	0	4.676
Kauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	-207	-407	-921
Verkauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	202	442	888
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	-333	-269	0
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-11	-10	-4
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-13	-17	-17
Gezahlte Bardividende an Deutsche Bank Aktionäre	0	-1.034	-765
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.649	-5.583	5.795
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-28	94	897
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	80.172	53.521	-4.080
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	105.478	51.960	56.041
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	185.649	105.478	51.960
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (-) Ertragsteuern, netto	1.572	902	377
Gezahlte Zinsen	10.808	10.608	11.423
Erhaltene Zinsen und Dividenden	25.835	26.177	25.404
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserven und Zentralbankeinlagen (nicht eingeschlossen verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken)	178.292	94.923	47.169
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 7.079 Mio € per 31.12.2016, 4.304 Mio € per 31.12.2015 und 31.612 Mio € per 31.12.2014)	7.599	10.555	4.791
Insgesamt	185.891	105.478	51.960

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und - einschätzungen

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen im Corporate & Investment Banking, Privatkundengeschäft und Asset Management an.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Alle Angaben wurden auf die nächste Million gerundet. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige im Lagebericht enthaltene IFRS-Anhangangaben sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernabschlusses. Diese Angaben beinhalten die im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung“ des Lageberichts ausgewiesenen Segmentergebnisse und Angaben zu Ertragskomponenten auf Unternehmensebene gemäß IFRS 8, „Operating Segments“. Zusätzlich enthält der Risikobericht Angaben nach IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten, Angaben zum Kapital gemäß IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, und Angaben nach IFRS 4, „Insurance Contracts“, bezüglich Versicherungsverträgen. Diese geprüften Teile sind im Lagebericht durch seitliche Klammern gekennzeichnet. Zusätzlich sind die Spalten mit der Überschrift „CRR/CRD 4“ (aber nicht die Spalten mit der Überschrift „CRR/CRD 4 Vollumsetzung“) in der im Risikobericht unter „Materielles Risiko und Kapitalperformance: Kapital- und Verschuldungsquote: Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Kapitals“ enthaltenen Tabelle „Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten“ sowohl für den 31. Dezember 2016 als auch für den 31. Dezember 2015 Bestandteil des Konzernabschlusses, obwohl sie nicht mit einer seitlichen Klammer gekennzeichnet sind. Diese Angaben sind ebenfalls geprüft.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die vom Konzern angewandten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze sind im Abschnitt „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschrieben.

Einige der vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze setzen wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und können sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Der Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert:

- die Wertminderung assoziierter Unternehmen (siehe Abschnitt „Assoziierte Unternehmen“);
- die Wertminderung zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“);
- die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts“);
- die Erfassung des „Trade Date Profit“ (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Erfassung des Trade Date Profit“);
- die Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (siehe Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“);
- die Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie sonstiger immaterieller Vermögenswerte (siehe Abschnitt „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“);
- den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern (siehe Abschnitt „Ertragsteuern“);
- die Bilanzierung von ungewissen Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewissen Steuerpositionen (siehe Abschnitt „Rückstellungen“).

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2014, 2015 und 2016 mit Ausnahme der zuvor beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft, zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter strukturierter Unternehmen, dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm direkt oder indirekt beherrschten Einheiten. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er aus seiner Verbindung mit dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und die Fähigkeit besitzt, diese Rückflüsse mittels seiner Verfügungsgewalt zu beeinflussen.

Der Konzern unterstützt die Gründung von strukturierten Unternehmen und interagiert mit nicht von ihm gesponserten strukturierten Unternehmen aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Kontrollfaktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung

- des Zwecks und der Gestaltung des Unternehmens,
- der relevanten Tätigkeiten und wie diese bestimmt werden,
- ob der Konzern durch seine Rechte die Fähigkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- ob der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf variable Rückflüsse hat und
- ob der Konzern die Fähigkeit hat, seine Verfügungsgewalt so zu nutzen, dass dadurch die Höhe der Rückflüsse beeinflusst wird.

Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht der Konzern ein Unternehmen, wenn er direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen.

Bei der Beurteilung der Beherrschung werden auch potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substantiell erachtet werden.

Ähnlich beurteilt der Konzern das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen er nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Fähigkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Diese Fähigkeit kann in Fällen entstehen, in denen der Konzern die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner besitzt.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur beherrschenden Einflussnahme mehr vorliegt.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend erfordern diejenigen Strukturveränderungen, die zu einer Veränderung eines oder mehrerer Kontrollfaktoren führen, eine Neubewertung, wenn sie eintreten. Dazu gehören Änderungen der Entscheidungsrechte, Änderungen von vertraglichen Vereinbarungen, Änderungen der Finanzierungs-, Eigentums- oder Kapitalstrukturen sowie Änderungen nach einem auslösenden Ereignis, das in den ursprünglichen Vertragsvereinbarungen vorweggenommen wurde.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert.

Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung kommen konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze zur Anwendung. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Anteile ohne beherrschenden Einfluss behandelt. Der den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Gewinn oder Verlust wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und der Konzern-Gesamtergebnisrechnung separat ausgewiesen.

Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, werden a) die Vermögenswerte (einschließlich eines zuzuordnenden Geschäfts- oder Firmenwerts) und Verpflichtungen des Tochterunternehmens zu deren Buchwerten ausgebucht, b) der Buchwert aller Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen ausgebucht, c) der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung sowie eventuelle Ausschüttungen der Anteile des Tochterunternehmens erfasst, d) die Anteile, die am ehemaligen Tochterunternehmen behalten werden, zum beizulegenden Zeitwert erfasst und e) jede daraus resultierende Differenz als ein Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dieser Tochtergesellschaft stehen, werden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung oder, falls durch andere IFRS gefordert, direkt in die Gewinnrücklagen umgebucht.

Assoziierte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equitymethode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen, und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Der Anteil des Konzerns an den Gewinnen und Verlusten des assoziierten Unternehmens, die aus konzerninternen Verkäufen resultieren, wird bei der Konsolidierung eliminiert.

Wenn der Konzern zuvor einen Eigenkapitalanteil (zum Beispiel einen zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswert) gehalten hat und nun maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, wird der zuvor gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalanteil stehen, werden zum Erwerbszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, wie dies erforderlich wäre, wenn der Konzern den zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteil veräußert hätte.

Nach der Equitymethode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt (inklusive direkt zurechenbarer Transaktionskosten, die beim Erwerb des assoziierten Unternehmens entstehen) und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert). Der Geschäfts- oder Firmenwert, der bei der Akquisition eines assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Daher erfolgt keine separate Überprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts auf Wertminderung. Stattdessen wird die Beteiligung an jedem Bilanzstichtag insgesamt auf eine etwaige Wertminderung hin überprüft.

Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Ein in Vorperioden erfasster Wertminderungsverlust wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Bilanzwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben.

Wenn der Konzern den maßgeblichen Einfluss auf ein assoziiertes oder gemeinschaftlich geführtes Unternehmen verliert, wird ein Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung erfasst, der der Differenz zwischen der Summe aus dem beizulegenden Zeitwert des zurück-behaltenen Investments und den Veräußerungserlösen und dem Buchwert des Investments zu diesem Zeitpunkt entspricht. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem assoziierten Unternehmen stehen, werden auf gleicher Grundlage bilanziert, als hätte die Beteiligung die entsprechenden Vermögenswerte und Verpflichtungen direkt veräußert.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Da die Beurteilung, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wesentliche Einschätzungen des Managements erfordern kann und sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen, deren Eintritt unsicher ist, ändern können, werden diese als wesentlich erachtet.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, um die Umrechnungsbeträge den erfassten Beträgen aus den zugehörigen währungsspezifischen Transaktionen (Derivate), die diese monetären Vermögenswerte und Verbindlichkeiten absichern, anzugleichen.

Nicht-monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden, werden zum historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden erfolgswirksam erfasst. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (Eigenkapitaltitel), werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Bei der Veräußerung eines solchen Vermögenswerts werden die kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Wechselkursdifferenzen, die den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss bei ausländischen Tochtergesellschaften zuzurechnen sind, werden unter den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Beim Verkauf einer ausländischen Tochtergesellschaft oder eines ausländischen assoziierten Unternehmens, das heißt beim Verlust der Beherrschung oder des maßgeblichen Einflusses über diesen Geschäftsbetrieb, werden die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Bei der Teilveräußerung einer ausländischen Tochtergesellschaft ohne Verlust der Beherrschung wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in Anteile ohne beherrschenden Einfluss umgebucht, da es sich um eine Transaktion zwischen Eigenkapitalgebern handelt. Bei der Teilveräußerung eines assoziierten Unternehmens ohne Verlust des maßgeblichen Einflusses wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Aufwendungen verlässlich bestimmbar ist, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit, eine bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestition oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Schuldinstrument erfasst ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingestellt. Dessen ungeachtet erfolgt die Erfassung von Zinserträgen auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Schuldinstrument hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des beizulegenden Zeitwerts bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Provisionsüberschuss – Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres beizulegenden Zeitwerts keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Aufwendungen, die im direkten und inkrementellen Zusammenhang mit der Generierung von Provisionseinnahmen stehen, werden netto im Provisionsüberschuss gezeigt.

Vertragsverhältnisse, die Lieferungen mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen – Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das andauernde Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Vertragsverhältnisses nicht wesentlich für die bereits erbrachten Dienstleistungen oder Produkte ist. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente überprüft. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt.

Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet worden ist.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umwidmung festgelegt.

Finanzinstrumente, die als zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden, beziehungsweise finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst oder ausgebucht. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen respektive die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Erfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder als zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestehen. Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitel, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate, Rohwaren und Handelskredite. Handelspassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften und Shortpositionen.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen; oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung feststeht, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum beizulegenden Zeitwert bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der beizulegende Zeitwert verlässlich bestimmbar ist. Zu den finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, zählen Repos und Reverse Repos, bestimmte Kredite und Kreditzusagen, Schuldtitel und Aktien sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden als zu Handelszwecken gehaltene Derivate oder nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts infolge von Änderungen der Zinssätze oder Risikoaufschläge nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum beizulegenden Zeitwert bewertete, bis zur Endfälligkeit zu haltende oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Pricingservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Kredite, die nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden bei der Ersterfassung zum Transaktionspreis ausgewiesen, der dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Transaktionspreis repräsentiert den beizulegenden Zeitwert des Kredits. Der Buchwert von Krediten bei Ersterfassung beinhaltet außerdem den Saldo aus direkten und inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Kredite, die entweder im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt erfasst. Entsprechendes gilt auch für Kredite von erworbenen Unternehmen, bei denen ein Wertminderungsverlust vor dem Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes durch den Konzern entstanden ist. Der beizulegende Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt wird zur neuen Grundlage der fortgeführten Anschaffungskosten und spiegelt die erwarteten Cashflows wider, die die Kreditwürdigkeit dieser Kredite inklusive eingetretener Verluste berücksichtigen. Die Erfassung von Zinserträgen erfolgt nach der Effektivzinsmethode. Nach dem Erwerbszeitpunkt beurteilt der Konzern, inwiefern in Übereinstimmung mit den im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ dargelegten Bilanzierungsgrundsätzen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird eine Wertberichtigung für Kreditausfälle mit entsprechender Gegenbuchung des Verlustbetrags als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auflösungen der Risikovorsorge für nach dem Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes erfasste Wertberichtigungen sind im Aufwandsposten „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ enthalten. Nachfolgende Verbesserungen der Kreditwürdigkeit für nicht mit einer Risikovorsorge behaftete Kredite über ihren Buchwert zum Erwerbszeitpunkt hinaus werden unmittelbar als Anpassung des aktuellen Buchwerts der Kredite erfasst und der korrespondierende Gewinn wird in den Zinserträgen ausgewiesen.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen und einer festen Laufzeit, welche der Konzern bis zur Endfälligkeit halten will und kann, und die weder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt zuzüglich jeglicher direkten und inkrementellen Transaktionskosten erfasst. In der Folge werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Nach dem Erwerbszeitpunkt beurteilt der Konzern, inwiefern in Übereinstimmung mit den im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ dargelegten Bilanzierungsgrundsätzen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Sobald eine bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestition als wertgemindert identifiziert ist, wird eine Wertberichtigung für Kreditausfälle mit entsprechender Gegenbuchung des Verlustbetrags in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand einer Absicherung des beizulegenden Zeitwerts. In diesem Fall werden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Bei nicht-monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Für Eigenkapitalinstrumente, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des beizulegenden Zeitwerts der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, sind sämtliche Beträge, die zuvor in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst wurden, in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen umzugliedernde Wertminderungsverlust des Berichtszeitraums entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Nachfolgende Rückgänge des beizulegenden Zeitwerts eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitels werden erfolgswirksam erfasst, da sie als weitere Wertminderung angesehen werden. Nachfolgende Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenfalls erfolgswirksam erfasst, bis der Vermögenswert nicht länger als wertgemindert angesehen wird. Ein zur Veräußerung verfügbarer Schuldtitel wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein beizulegender Zeitwert sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts nach einer Wertminderung werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Da die Beurteilung, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten vorliegen, wesentliche Einschätzungen des Managements erfordern kann und sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen, deren Eintritt unsicher ist, ändern können, werden diese als wesentlich erachtet. Weitere Informationen über zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind in Anhangangabe 7 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ enthalten.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva)“ und „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Kategorie „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ und „bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen“ umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert am Umwidmungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft oder eine bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestition erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Für bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen muss der Konzern die positive Absicht und Fähigkeit haben den Vermögenswert bis zur Endfälligkeit halten.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert am Umwidmungsstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der beizulegende Zeitwert des Finanzinstruments am Umwidmungsstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungsstichtag geschätzt und diese Schätzungen zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ erläutert. Jede Änderung des zeitlichen Anfalls der Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte, die nicht als wertgemindert erachtet werden, wird durch Anpassung des Buchwerts erfasst.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft oder bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen umklassifiziert wurden, wird der in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In den Fällen, in denen Vermögenswerte, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden, zurückgezahlt, restrukturiert oder unter Umständen verkauft werden und in denen der dabei erhaltene Betrag unter dem aktuellen Buchwert liegt, wird ein Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entweder als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft verbucht, wenn eine Wertminderung des Instruments vorliegt, oder in den Sonstigen Erträgen erfasst, wenn keine Wertminderung des Instruments vorliegt.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Konzernbilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn und nur wenn eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Konzern rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Der Rechtsanspruch zur Saldierung der bilanzierten Beträge muss sowohl bei normalem Geschäftsverlauf als auch bei einem Ausfallereignis, Insolvenz oder Konkurs sowohl des Konzerns als auch des Kontrahenten rechtlich durchsetzbar sein. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Der Konzern wendet die Aufrechnung von Finanzinstrumenten mehrheitlich auf derivative Instrumente und Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften an. Ein wesentlicher Teil der Aufrechnung wird auf Zinsderivate und zugehörige Barsicherheiten angewandt, die durch eine zentrale Gegenpartei, wie das London Clearing House, abgewickelt werden. Der Konzern rechnet auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften auf, soweit der Konzern sowohl ein Saldierungsrecht besitzt als auch die Absicht hat, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Weitere Informationen sind in der Anhangangabe 19 „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ enthalten.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Preis, der am Bewertungsstichtag in einer Transaktion zwischen unabhängigen Marktteilnehmern bei Verkauf eines Vermögenswerts erzielt oder bei Übertragung einer Verbindlichkeit bezahlt werden würde. Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind, bewertet der Konzern bestimmte Portfolios aus finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen auf Basis der aus ihnen resultierenden Netto-Risikoposition:

- Die Steuerung der Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen erfolgt im Einklang mit der dokumentierten Risikomanagementstrategie auf Basis einer oder mehrerer Nettomarktrisikoposition(en) oder eines bestimmten Kontrahentenrisikos.
- Die beizulegenden Zeitwerte werden Personen in Schlüsselpositionen bereitgestellt; und
- es handelt sich um zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen.

Diese Bewertungsmethode auf Portfolioebene steht im Einklang mit dem Management der Nettopositionen für das Markt- und das Kontrahentenrisiko.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter, wenn möglich, auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen aufseiten des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für welche Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind in der Regel nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen wie historischer Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen bestimmt. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen beizulegenden Zeitwerten für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den beizulegenden Zeitwert am besten widerspiegelt. Weiterhin können manche Bewertungsanpassungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erfordern.

Nach den IFRS müssen die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach den für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts verwendeten Eingangsparametern der Bewertungsmethode offengelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level 1), Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (Level 2), sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level 3), bestimmt werden. Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Der Konzern stellt eine Sensitivitätsanalyse bereit, die die Auswirkung der Verwendung angemessener möglicher Alternativen für die nicht beobachtbaren Parameter auf die in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Finanzinstrumente darstellt. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (dies umfasst Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Einlagen, Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen und Langfristige Verbindlichkeiten), veröffentlicht der Konzern den beizulegenden Zeitwert. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Weitere Informationen zu den Bewertungsmethoden und -kontrollen sowie quantitative Angaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts sind in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ und in Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ enthalten.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt.

Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Risikoprofils des Finanzinstruments, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit des Instruments ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird nach den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umständen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Entscheidung, inwieweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen in den Bewertungstechniken enthalten sind, erfordert eine Beurteilung durch das Management. Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des zuvor abgegrenzten Gewinns erfordert die sorgfältige Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen eingesetzt. Alle freistehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Konzernbilanz mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht-derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht-derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Bilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder bilanzunwirksamen verbindlichen Zusagen („Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts“), (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Absicherung von Zahlungsströmen“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“).

Wird die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Effektivität des Sicherungsgeschäfts immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen.

Bei Absicherung des beizulegenden Zeitwerts werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts durch Anwendung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden in den Sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Wertpapiers ebenfalls in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch eine Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der zukünftigen Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem beizulegenden Zeitwert angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst.

Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich aus den Veränderungen des Unterschiedsbetrags zwischen den kumulierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf Zinsrisiken zurückzuführen sind, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Wird der Eintritt des abgesicherten Geschäfts allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge sofort in die Sonstigen Erträge umgebucht. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die funktionale Währung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“) wird die auf Änderungen des Devisenkassakurses beruhende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem das Sicherungsgeschäft effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwerts wird in die Sonstigen Erträge eingestellt.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments, bezogen auf den effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts, werden bei Verkauf ausländischer Geschäftsbetriebe erfolgswirksam erfasst.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite) einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder – im Fall einer Umklassifizierung – des am Umbuchungstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erhebliche Zweifel daran bestehen, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politi-

schen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Bonitätseinstufungen für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben. Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind und für die eine Wertberichtigung für Kreditausfälle gebildet wurde, werden mindestens vierteljährlich auf Einzelfallbasis bewertet. Für diese Kreditkategorie ist die Anzahl der Tage, die ein Kredit überfällig ist, ein Indikator für eine Abschreibung, aber nicht der bestimmende Faktor. Eine Abschreibung wird nur dann vorgenommen, wenn alle relevanten Informationen berücksichtigt wurden, wie zum Beispiel der Eintritt einer wesentlichen Änderung der Finanzlage des Kreditnehmers derart, dass dieser nicht länger seinen Verpflichtungen nachkommen kann oder dass die Erlöse aus den Sicherheiten nicht ausreichend sind, den aktuellen Buchwert des Kredits abzudecken.

Für kollektiv beurteilte Kredite, die überwiegend aus Immobilienfinanzierungen und Konsumentenfinanzierungen bestehen, hängt der Zeitpunkt der Abschreibung davon ab, ob Sicherheiten zur Verfügung stehen, wie der Konzern den einbringlichen Betrag einschätzt und welche rechtlichen Anforderungen in der Gerichtsbarkeit der Kreditentstehung bestehen.

Zahlungseingänge aus abgeschriebenen Forderungen werden dem Wertberichtigungskonto gutgeschrieben und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Konzernbilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den Rückstellungen und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und ist diese Verringerung auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückzuführen, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die bei der Ermittlung der Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft angewandten Rechnungslegungseinschätzungen und -beurteilungen sind als wesentlich zu erachten, da sich die zugrunde liegenden Annahmen sowohl der einzelnen als auch der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen von Zeit zu Zeit ändern und das Geschäftsergebnis des Konzerns maßgeblich beeinflussen können.

Einschätzungen des Managements sind bei der Beurteilung einer Wertberichtigung für Vermögenswerte erforderlich. Das ist insbesondere in Zeiten von ökonomischen und finanziellen Unsicherheiten der Fall, wie während der jüngsten Finanzkrise, wenn sich Entwicklungen und Änderungen der erwarteten Cashflows mit großer Schnelligkeit und geringerer Vorhersagbarkeit ereignen können. Der tatsächliche Betrag der zukünftigen Cashflows sowie deren zeitlicher Anfall können von den vom Management verwendeten Schätzungen abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen abweichen.

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, erfordert erhebliche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich verschiedener Einflussfaktoren wie zum Beispiel lokaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, der finanziellen Performance des Kontrahenten sowie des Werts gehaltener Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt.

Die Bestimmung der Wertberichtigung für Portfolios kleinerer homogener Kredite sowie für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, wird mithilfe von statistischen Modellen ermittelt. Diese statistischen Modelle beinhalten zahlreiche Einschätzungen und Beurteilungen. Der Konzern überprüft die Modelle und deren zugrunde liegende Daten und Annahmen in regelmäßigen Zeitabständen. Diese Überprüfung berücksichtigt unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit, erwartete Rückflüsse von Verlusten sowie Beurteilungen hinsichtlich der Fähigkeit ausländischer Kreditnehmer zum Transfer von Fremdwährung zur Erfüllung ihrer Rückzahlungsverpflichtungen.

Quantitative Informationen sind in den Anhangangaben 20 „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ und 21 „Risikovor-sorge im Kreditgeschäft“ enthalten.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen werden. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten

Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen Vermögenswert mit demselben Kontrahenten aufgrund einer Stundung oder ähnlicher Maßnahmen zu wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen des Vermögenswerts wesentlich geändert werden, dann wird der bestehende finanzielle Vermögenswert ausgebucht und ein neuer Vermögenswert eingebucht. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an ein strukturiertes Unternehmen, das zur Finanzierung des Erwerbs Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die Klassifizierung und Bewertung von zu verbrieften finanziellen Vermögenswerten folgt den im Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ beschriebenen Rechnungslegungsgrundsätzen. Falls das strukturierte Unternehmen nicht konsolidiert wird, können die übertragenen Vermögenswerte bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines fortgeführten Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung des betreffenden strukturierten Unternehmens noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der beizulegenden Zeitwert der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind. Wenn beobachtbare Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und andere externe Quellen nicht vorhanden sind, sind bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erforderlich. In Einzelfällen kann es vorkommen, dass der Konzern auch Vermögenswerte verbrieft, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert sind.

Wenn der Konzern eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, finanzielle Unterstützung an ein nicht konsolidiertes Unternehmen zu geben, bildet er dann eine Rückstellung, wenn die Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung notwendig sein wird.

Wird ein Vermögenswert ausgebucht, so wird ein Gewinn oder Verlust in Höhe der Differenz zwischen dem erhaltenen Gegenwert und dem Buchwert des übertragenen Vermögenswerts gebucht. Wenn nur Teile von Vermögenswerten ausgebucht werden, hängen die Gewinne oder Verluste der Verbriefungstransaktionen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen beizulegenden Zeitwerts am Stichtag der Übertragung erfolgt.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird, sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch oder eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum beizulegenden Zeitwert in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Konzernbilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht, da die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden. Im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferte Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Anhangangabe 23 „Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte“ separat ausgewiesen.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des beizulegenden Zeitwerts entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Konzernbilanz als entlehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Anhangangabe 23 „Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte“ separat ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt.

Für die Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwerts werden die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows. Im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses können die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt oder zum beizulegenden Zeitwert des anteiligen identifizierbaren Reinvermögens des erworbenen Unternehmens bewertet werden.

Der Geschäfts- oder Firmenwert aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Geschäfts- oder Firmenwerts vermindert haben könnte. Bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, das heißt den kleinsten identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten, die Mittelzuflüsse erzeugen, welche größtenteils unabhängig von den Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind, und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der der Geschäfts- oder Firmenwert für interne Managementzwecke überwacht wird, ebenfalls berücksichtigt wird. Bei der Identifizierung, ob ein Vermögenswert (oder eine Gruppe von Vermögenswerten) größtenteils unabhängige Mittelzuflüsse von anderen Vermögenswerten (oder Gruppen von Vermögenswerten) erzeugt, werden verschiedene Faktoren berücksichtigt einschließlich der Frage, wie das Management die Unternehmenstätigkeiten steuert oder wie das Management Entscheidungen über die Fortsetzung oder den Abgang der Vermögenswerte beziehungsweise die Einstellung von Unternehmenstätigkeiten trifft.

Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Geschäfts- oder Firmenwert bei der Ermittlung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Bestimmte nicht integrierte Investments sind den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente nicht zugeordnet. Der resultierende Geschäfts- oder Firmenwert wird einzeln auf der Ebene dieser nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht.

Gemeinschaftliche Vermögensgegenstände sind den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet, soweit eine Zuordnung auf angemessene und konsistente Weise erfolgen kann. Falls eine Zuordnung nicht erfolgen kann, wird eine zahlungsmittelgenerierende Einheit ohne diese gemeinschaftlichen Vermögensgegenstände auf ihre Werthaltigkeit hin untersucht. Die Vermögensgegenstände werden dann auf der Ebene der minimalen Aggregation von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, zu der sie auf angemessene und konsistente Weise zugeordnet werden können, auf ihre Werthaltigkeit hin untersucht.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Geschäfts- oder Firmenwert getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr beizulegender Zeitwert zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbarer Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbarer Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Sie werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Konzern daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann, und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts, die entweder einen Zeitraum von drei, fünf oder zehn Jahren umfasst, abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Aktivierte Kosten für Software werden entweder jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, solange die Software noch in Entwicklung ist, oder wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert der Software vermindert haben könnte, sobald sie genutzt wird.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet.

Quantitative Informationen zu Wertminderungen von nicht finanziellen Vermögenswerten sind in der Anhangangabe 26 „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“ enthalten.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel, weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird ein Vermögenswert dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Ertragsteuerpositionen wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, oder IAS 12, „Income Taxes“. Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und stellen eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren dar. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren siehe Anhangangabe 30 „Rückstellungen“.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden ergebniswirksam erfasst. Soweit sie sich auf Geschäftsvorfälle beziehen, die direkt im Eigenkapital oder in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen berücksichtigt werden, sind die zugehörigen laufenden und latenten Steuern ebenfalls direkt im Eigenkapital oder in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen zu erfassen.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (3) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Absicherung von Zahlungsströmen und anderen Positionen, die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bilanziert und erst dann in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der zugrunde

liegende Sachverhalt, auf den sich die latente Steuer bezieht, in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ergebniswirksam wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Die damit einhergehenden laufenden und latenten Steuereffekte sind grundsätzlich in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, ist der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil direkt im Eigenkapital zu erfassen.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterlagen, bis zu seinem Verkauf, neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellte, war sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduzierte beziehungsweise erhöhte die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. In jedem Quartal werden die Einschätzungen hinsichtlich der latenten Steuerforderungen einschließlich der Annahmen des Konzerns über die zukünftige Ertragskraft einer Neubewertung unterzogen.

Der Konzern erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen des Managements, da sich die zugrunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung der latenten Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zulasten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls der Konzern in der Zukunft bisher nicht angesetzte latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zugunsten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Weitere Informationen zu den latenten Steuern finden sich in Anhangangabe 37 „Ertragsteuern“. Diese beinhaltet auch quantitative Angaben zum Wert angesetzter latenter Steuerforderungen.

Unternehmenszusammenschlüsse und Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Zur bilanziellen Erfassung von Unternehmenszusammenschlüssen wendet der Konzern die Erwerbsmethode an. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein erworbenes Unternehmen erlangt, werden die Anschaffungskosten der Akquisition zum beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistung bemessen. Hierzu gehören jegliche Zahlungsmittel oder ausgegebene Eigenkapitalanteile, bedingte Gegenleistungen, bereits zuvor am erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteile sowie eingegangene und übernommene Verpflichtungen. Der Betrag, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt, wird als Geschäfts- oder Firmenwert bilanziert. Sofern die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss unter dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegt (negativer Geschäfts- oder Firmenwert), wird ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst. Anschaffungsnebenkosten werden als Aufwand der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Bei einem sukzessiven Unternehmenszusammenschluss (sogenannter „schrittweiser Erwerb“) wird der zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil im Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteilen stehen, werden auf gleicher Grundlage bilanziert, als hätte der Konzern die zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteile direkt veräußert.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen. Veränderungen in der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung werden als Transaktionen zwischen Eigenkapitalgebern behandelt und erfolgsneutral in der Kapitalrücklage erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Einzelne langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn sie in ihrem gegenwärtigen Zustand und zu den für sie üblichen Verkaufsbedingungen sofort veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Damit eine Veräußerung höchstwahrscheinlich ist, muss das zuständige Management einen Plan für den Verkauf beschlossen haben und mit der Suche nach einem Käufer aktiv begonnen haben. Des Weiteren müssen die Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) zu einem Preis angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum gegenwärtig beizulegenden Zeitwert steht, und der Verkauf sollte erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres durchgeführt werden. Langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen), die die Kriterien für eine Einstufung als zur Veräußerung gehalten erfüllen, sind mit dem niedrigeren Wert von Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen und werden in den Bilanzposten „Sonstige Vermögenswerte“ und gegebenenfalls „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Die Einstufung von langfristigen Vermögenswerten (und Veräußerungsgruppen) als zur Veräußerung gehalten führt nicht zu einer Anpassung von Vergleichszahlen. Die Bewertung von Finanzinstrumenten, die Bestandteil einer Veräußerungsgruppe sind, wird nicht angepasst.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre (einschließlich anfänglicher Verbesserungen an erworbenen Gebäuden). Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis achtzehn Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und Sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei Sachanlagen wird zu jedem Quartalsabschluss überprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen. Falls eine Wertminderung besteht, wird der erzielbare Betrag bestimmt, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Eine Wertminderung wird erfasst, wenn der erzielbare Betrag den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantiennehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet.

Für bestimmte geschriebene Finanzgarantien, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an. Nicht zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Der Konzern schließt als Leasingnehmer Leasingverträge – vor allem über Gebäude – ab. Basierend auf einer Analyse der Konditionen dieser Verträge werden die Leasingverhältnisse aufgrund ihres wirtschaftlichen Gehalts entweder als Operating Leases oder Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert.

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem beizulegenden Zeitwert des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen. Die Mehrheit der leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns ist unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik der laufenden Einmalprämien bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen.

Weitere Informationen zu den Pensions- und sonstigen Versorgungszusagen sind in Anhangangabe 36 „Leistungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses fallen an, wenn der Konzern beschlossen hat, das Arbeitsverhältnis eines oder mehrerer Mitarbeiter vor dem Zeitpunkt der regulären Pensionierung zu beenden, oder ein Arbeitnehmer im Austausch für diese Leistungen freiwillig das Angebot annimmt, vorzeitig auszuscheiden. Solche Leistungen sind dann als Schuld und im Aufwand zu erfassen, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Plan besitzt und keine realistische Möglichkeit hat, sich der Verpflichtung zu entziehen. Im Falle eines freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens werden die Leistungen auf Basis der Anzahl von Mitarbeitern, die das Angebot voraussichtlich annehmen werden, bewertet. Leistungen, die mehr als 12 Monate nach dem Abschlussstichtag fällig sind, werden zu ihrem Barwert angesetzt. Der Zinssatz wird auf Basis der Rendite hochwertiger Unternehmensanleihen abgeleitet.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des beizulegenden Zeitwerts der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der beizulegende Zeitwert dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr beizulegender Zeitwert unmittelbar nach der Modifizierung ihren beizulegenden Zeitwert direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des beizulegenden Zeitwerts als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substantielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet und über die Anwartschaftsfrist erfasst, in der der Mitarbeiter einen unverfallbaren Anspruch auf die Vergütung erwirbt. Die Verpflichtungen werden bis zur Zahlung in den Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens „Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien“ ausgewiesen wird.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Options- und Terminkontrakte, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Eigenkapitalinstrumente klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Alle anderen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nichtfinanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset Backed Securities, die seitens Global Markets konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitel, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Konzern-Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch auf Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schloss bisher zwei Arten von Verträgen ab:

Versicherungsverträge – Dabei handelte es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernahm, indem er vereinbarte, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Im Einklang mit IFRS hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze beibehalten, die für die Bilanzierung von Versicherungsgeschäften vor der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS (US GAAP) angewandt wurden. Diese Rechnungslegungsgrundsätze werden nachfolgend weiter beschrieben.

Nicht überschussberechtigende Investmentverträge („Investmentverträge“) – Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten wurden, waren als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen wurden.

Versicherungsverträge

Beiträge für Versicherungsverträge in Form von Einmalprämien wurden bei Erhalt als Erträge erfasst. Der Zeitpunkt der Ertragerfassung entsprach dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz bestand. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung wurden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge wurden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge aufgrund nicht erbrachter Beiträge storniert wurden, wurden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft wurden erfasst, wenn sie angefallen waren, und beinhalteten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal-Life-Versicherungsverträge ergab sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entsprach die Deckungsrückstellung dem beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wurde die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst wurden. Die Annahmen wurden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“ – „PADs“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wurde mit dem Wert verglichen, der sich ergab, wenn man aktuelle Annahmen einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legen würde. Ergab sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, war der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltete auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen wurden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wurde unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge war dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinwiesen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen würden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Die dem Kauf von zusätzlichem Versicherungs- und Investmentgeschäft direkt zuordenbaren Kosten wurden abgegrenzt, wenn erwartet wurde, dass sie aus zukünftigen Margen in den Erträgen aus diesen Verträgen erzielbar waren. Diese Kosten wurden über einen Zeitraum systematisch abgegrenzt, der nicht länger war als die Zeitdauer, innerhalb deren man erwartete, sie aus zukünftigen Margen erzielen zu können.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden.

Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolice und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und die damit verbundenen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenso wie die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der entsprechenden Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Einnahmen für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

Alle neuen wesentlichen Rückversicherungsgeschäfte müssen vom jeweiligen lokalen Vorstand genehmigt werden. Nach Geschäftsabschluss unterliegen sie einer regelmäßigen Kreditrisikobeurteilung. Diese umfasst eine Beurteilung des gesamten Engagements und der Kredit- und Sicherheitenstellung. Wertminderungen werden in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen für „Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte“ bestimmt.

02 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses in 2016 zur Anwendung kamen.

IAS 1

Zum 1. Januar 2016 setzte der Konzern Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1“), um. Diese resultierten aus einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben. Sie stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Effektivität der Anhangangaben führen kann. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen der IFRS 2012–2014 („Improvements to IFRS 2012–2014 Cycle“)

Zum 1. Januar 2016 setzte der Konzern mehrere Änderungen bestehender IFRS um. Diese resultierten aus den IASB-Annual-Improvement-Projekten „Improvements to IFRS 2012–2014 Cycle“. Sie umfassen Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen wie auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften waren zum 31. Dezember 2016 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

IFRS 2 „Share-Based Payments“

Im Juni 2016 veröffentlichte das IASB Änderungen im begrenzten Umfang zu IFRS 2, „Share-Based Payments“ („IFRS 2“). Diese durch das IFRS Interpretations Committee entwickelten Änderungen stellen die Bilanzierung von bestimmten Arten von aktienbasierten Vergütungen klar. Sie erläutern die Bilanzierung von aktienbasierten Vergütungen mit Barausgleich, die von Markt-Performance-Kriterien abhängen, die Klassifizierung von aktienbasierten Vergütungen mit Nettoausgleich sowie die Bilanzierung von Modifikationen von aktienbasierten Vergütungen mit Barausgleich zu Vergütungen, die durch Eigenkapitalinstrumente erfüllt werden. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen der Klarstellungen von IFRS 2. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 9 „Financial Instruments“

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9“). Der Standard ersetzt IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ („IAS 39“). IFRS 9 führt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten für Unternehmen ein, erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus der Veränderung des eigenen Kreditrisikos für zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen, ersetzt die derzeitigen Regelungen zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten und ändert die Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen, den Nutzern von Finanzabschlüssen aussagefähigere und relevantere Anhangangaben zur Verfügung zu stellen. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Vorschriften sind von der EU in europäisches Recht übernommen worden. Basierend auf den Daten zum 31. Dezember 2016 und dem derzeitigen Stand der IFRS 9-Umsetzung (siehe die nachstehende ausführliche Beschreibung) schätzt der Konzern, dass die Erstanwendung von IFRS 9 zu einer Reduzierung des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals von insgesamt ungefähr 1 Mrd € vor Steuern führen wird. Diese Reduzierung ist überwiegend durch die Anforderungen von IFRS 9 zu Wertminderungen getrieben.

Programm zur Umsetzung

Der Konzern führt ein zentral gemanagtes und vom Finanzvorstand des Konzerns gesponsertes IFRS 9-Programm durch, das von Fachexperten für die Themen Methodik, Datenbeschaffung und Modellierung, IT-Prozesse sowie Rechnungslegung unterstützt wird. Die bisherigen Arbeiten beinhalten die Durchführung einer Beurteilung von Finanzinstrumenten, die durch die Klassifizierungs- und Bewertungsvorschriften von IFRS 9 betroffen sind, sowie die Entwicklung einer Wertminderungsmethodik, um die Kalkulation der erwarteten Kreditausfallrisikoversorge zu unterstützen. Im Geschäftsjahr 2016 entwickelte der Konzern insbesondere seine Vorgehensweise zur Beurteilung eines signifikanten Kreditrisikoanstiegs, zur Berücksichtigung von zukunftsorientierten Informationen unter Einbezug von makroökonomischen Faktoren (Implementierung in 2017) und zur Bereitstellung der erforderlichen IT-Systeme sowie der Prozessarchitektur. Für das Jahr 2017 plant der Konzern die Durchführung von Parallelläufen der Systeme, um die prozessuale Bereitschaft sicherzustellen und die Datenqualität von neuen Datenanforderungen weiter zu verbessern.

Die Gesamtsteuerung obliegt einem IFRS-9-Steuerungskomitee, in dem Mitarbeiter der Finanz- und Risikoabteilung sowie des IT-Bereichs gemeinsam vertreten sind. Richtlinien und Training zu IFRS 9 werden über alle Konzerngeschäftsbereiche und Konzernfunktionen als Teil der konzerninternen Kontrollsysteme bereitgestellt. Um sicherzustellen, dass angemessene Validierungen und Kontrollen über neue Schlüsselprozesse und Bereiche mit signifikanten Managementeinschätzungen verfügbar sind, verbessert der Konzern gegenwärtig seine vorhandene Steuerungsstruktur. Die Steuerung der Kalkulation der erwarteten Kreditausfallrisikovorsorge ist zwischen der Finanz- und der Risikoabteilung aufgeteilt.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

IFRS 9 verlangt, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens und die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts die Klassifizierung und dessen Bewertung bestimmen. Zum erstmaligen Ansatz wird der jeweilige finanzielle Vermögenswert entweder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“, als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen“ klassifiziert. Da die Anforderungen unter IFRS 9 von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen, sind einige Unterschiede zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten unter IAS 39 zu erwarten. Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen unter IFRS 9 bleibt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Regelungen.

Zur Bestimmung der möglichen Klassifizierungs- und Bewertungsänderungen durch die Umsetzung von IFRS 9 hat der Konzern in 2016 eine erste Bestimmung der Geschäftsmodelle durchgeführt sowie die vertraglichen Zahlungsstromcharakteristika der finanziellen Vermögenswerte beurteilt. Das Ergebnis der bisher durchgeführten Analyse ist, dass der Konzern eine Population von finanziellen Vermögenswerten identifiziert hat, bei denen erwartet wird, dass sie entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertet werden, und welche somit Gegenstand der IFRS 9 - Wertminderungsregeln werden. Da jedoch der tatsächliche Effekt der Umsetzung der Klassifizierungs- und Bewertungsänderungen von IFRS 9 auf den Konzern im Wesentlichen von den am Tag des Inkrafttretens vorliegenden Geschäftsmodellen und Beständen an finanziellen Vermögenswerten abhängig ist, wird der Konzern diese Analyse in 2017 weiterführen, um Änderungen an den Geschäftsmodellen sowie den Beständen an finanziellen Vermögenswerten zu berücksichtigen.

Die aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schuldverschreibungen werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Standard erlaubt dem Konzern die vorzeitige Anwendung des Ausweises der aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen auch vor der vollständigen Umsetzung von IFRS 9. Der Konzern hat diese Anforderungen nicht vorzeitig umgesetzt.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertete Vermögenswerte und auf außerbilanzielle Kreditzusagen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien angewandt (im Weiteren insgesamt als „finanzielle Vermögenswerte“ bezeichnet).

Das Modell zur Bestimmung der Wertminderung und der Risikovorsorge ändert sich von einem Modell eingetretener Kreditausfälle, bei dem Kreditausfälle unter IAS 39 bei Eintritt eines definierten Verlustereignisses erfasst werden, hin zu einem erwarteten Kreditausfallmodell unter IFRS 9, bei dem Rückstellungen für Kreditausfälle bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt, an dem der Konzern Vertragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potenzieller Kreditausfälle erfasst werden. Im Moment beurteilt der Konzern zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für

Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Falls sich das Kreditrisiko am Bilanzstichtag seit dem Erstansatz nicht signifikant erhöht hat, wird der Konzern unter IFRS 9 für selbst begebene und gekaufte Vermögenswerte eine Risikovorsorge in Höhe der 12-monatigen erwarteten Kreditausfälle (Stufe 1) erfassen. Diese spiegelt die erwarteten Kreditausfälle wider, die aus möglichen Ausfallereignissen innerhalb der nächsten 12 Monate entstehen können. In der Stufe 1 wird der Zinsertrag auf Basis des Bruttobuchwerts der finanziellen Vermögenswerte berechnet.

IFRS 9 erfordert die Erfassung einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle über die restliche Laufzeit (üblicherweise als „lifetime expected losses“ bezeichnet) für finanzielle Vermögenswerte, bei denen sich das Kreditrisiko signifikant erhöht hat (Stufe 2) und für am Bilanzstichtag notleidende Vermögenswerte (Stufe 3). Diese über die Laufzeit erwarteten Kreditausfälle spiegeln alle möglichen Ausfallereignisse über die erwartete Restlaufzeit eines finanziellen Vermögenswerts wider. Der Konzern nutzt existierende Risikomanagementindikatoren (z.B. Kreditmerkmale und Neuverhandlungen beziehungsweise gelockerte Kreditbedingungen (üblicherweise als „forbearance trigger“ bezeichnet)), Bonitätsänderungen sowie die Betrachtung angemessener und belegbarer Informationen, die dem Konzern eine Identifizierung von Vermögenswerten mit einem signifikant erhöhten Kreditrisiko erlauben. Dieser Prozess beinhaltet die Betrachtung von zukunftsorientierten Informationen unter Einbezug von makroökonomischen Faktoren. Darüber hinaus werden Vermögenswerte in die Stufe 2 überführt, wenn sie 30 Tage überfällig sind. Der Zinsertrag in Stufe 2 wird auf Basis des Bruttobuchwerts der finanziellen Vermögenswerte berechnet.

Als primäre Definition für in die Stufe 3 übergehende notleidende Vermögenswerte wird der Konzern die Kreditausfalldefinition gemäß Artikel 178 CRR anwenden. Nur für diese finanziellen Vermögenswerte wird der Zinsertrag auf Basis des Nettobuchwerts berechnet. Zukunftsorientierte Informationen unter Einbezug von makroökonomischen Faktoren müssen bei der Bewertung von IFRS 9-konformen erwarteten Kreditausfällen berücksichtigt werden.

IFRS 9 unterscheidet nicht zwischen für sich gesehen bedeutsamen und für sich gesehen nicht bedeutsamen finanziellen Vermögenswerten. Daher hat der Konzern entschieden, die Risikovorsorge auf Basis der individuellen Transaktion zu bewerten. Ebenso wird die Beurteilung eines Transfers von finanziellen Vermögenswerten zwischen den Stufen 1, 2 und 3 auf Basis der individuellen Transaktion durchgeführt. Detaillierte Informationen zur derzeitigen Wertminderungsmethodik unter IAS 39 sind in Anhangangabe 1, „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und –einschätzungen“ aufgeführt.

Der Konzern nutzt drei Hauptparameter zur Bewertung der erwarteten Kreditausfälle. Zu diesen zählen die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, auch „PD“), die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD“), und die Schätzung des Risikopositionswerts bei Ausfall (Exposure at Default, auch „EAD“). Der Konzern nutzt somit soweit wie möglich die existierenden Parameter des regulatorischen Berichtswesens und der Risikomanagementpraxis auf Transaktionsebene. Die Kreditrisikovorsorge für Zwecke von IFRS 9 wird durch eine Vielzahl von Kreditmerkmalen, wie zum Beispiel - aber nicht ausschließlich - dem erwarteten noch ausstehenden Kreditbetrag bei Ausfall, dem zugehörigen Amortisierungsprofil sowie der erwarteten Nutzungsdauer des finanziellen Vermögenswerts beeinflusst. Als Folge erhöht sich die Kreditrisikovorsorge für finanzielle Vermögenswerte in Stufe 2 mit der erwarteten Nutzungsdauer und dem erwarteten EAD. Die Berücksichtigung von Vorhersagen über zukünftige makroökonomische Gegebenheiten in der Bewertung der erwarteten Kreditausfälle wird zusätzliche Auswirkungen auf die Risikovorsorge in jeder der Stufen haben. Zur Kalkulation der erwarteten Kreditausfälle, die über die restliche Laufzeit eines Vermögenswerts auftreten können, leitet der Konzern in seiner Kalkulation die entsprechenden, über die restliche Laufzeit eines Vermögenswerts auftretenden PDs aus Migrationsmatrizen ab. Diese Matrizen reflektieren ökonomische Vorhersagen. Zur Bestimmung, ob ein finanzieller Vermögenswert notleidend geworden ist und in die Stufe 3 überführt werden muss, müssen ein oder mehrere Ereignisse identifiziert werden, die eine nachteilige Auswirkung auf die erwarteten zukünftigen Cashflows haben.

Als Folge der Regelungsänderungen unter IFRS 9 kommt es zu einer erhöhten Subjektivität, da die Risikovorsorge, unter Nutzung der von Deutsche Bank Research bereitgestellten Informationen zu zukünftigen makroökonomischen Zuständen, auf angemessenen und belegbaren zukunftsorientierten Informationen basiert. Diese Informationen zu makroökonomischen Szenarien werden fortlaufend überwacht und werden, zusätzlich zur Kalkulation der erwarteten

Kreditausfälle des Konzerns, auch zur Kapitalplanung und zum Stress-Testing des Konzerns genutzt. Die von Deutsche Bank Research bereitgestellten Informationen werden, vom Konzern genutzt, um die möglichen zukünftigen Szenarien zu generieren. Zu diesem Zweck wird die für das Stress-Testing verwendete Infrastruktur des Konzerns angepasst, um sie mit den Anforderungen von IFRS 9 in Einklang zu bringen. Überleitungseffekte und Effekte aus der laufenden Anwendung von IFRS 9 sind in der Kapitalplanung des Konzerns für 2018 und die folgenden Perioden enthalten. Die allgemeine Verwendung von zukunftsorientierten Informationen unter Einbezug von makroökonomischen Faktoren sowie Anpassungen aufgrund von außergewöhnlichen Faktoren werden durch eine Steuerungsstruktur überwacht.

Wie oben erwähnt wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer Erhöhung des Risikovorsorgenniveaus führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Anforderung zum Ansatz einer Risikovorsorge in Höhe der 12-monatigen erwarteten Kreditausfälle für solche Instrumente, bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstansatz nicht wesentlich erhöht hat und dem größeren Bestand an finanziellen Vermögenswerten, auf die der „lifetime expected loss“ angewendet wird.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel, die Bilanzierung mit dem Risikomanagement in Einklang zu bringen. Grundsätzlich sind einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird.

IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“ („IFRS 15“). Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden, haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereiches von IAS 39/IFRS 9 entstehen. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und -Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben an die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Umsetzung der Änderungen wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Die Vorschriften sind von der EU in europäisches Recht übernommen worden.

IFRS 16, „Leases“

Im Januar 2016 veröffentlichte das IASB IFRS 16, „Leases“, der ein einziges Bilanzierungsmodell für Leasingnehmer einführt. Es führt beim Leasingnehmer dazu, dass aus allen Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen sind; es sei denn, es handelt sich um einen geringwertigen Vermögenswert. Der Leasingnehmer erfasst einen Vermögenswert, der sein Recht auf Nutzung des zugrunde liegenden Leasinggegenstandes repräsentiert. Zudem erfasst er eine Leasingverbindlichkeit, die seine Verpflichtung zur Zahlung der Mietzahlungen darstellt. Im Vergleich mit den derzeitigen Bilanzierungsanforderungen ändert sich die Bilanzierung aus Sicht des Leasinggebers nur geringfügig. Zudem verlangt der Standard von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben für die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 16 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 16. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

03 – Akquisitionen und Veräußerungen

In den Jahren 2016, 2015 und 2014 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

In den Geschäftsjahren 2016, 2015 und 2014 unternahm der Konzern keine Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden.

Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen ohne Kontrollwechsel

In den Geschäftsjahren 2016 und 2015 unternahm der Konzern keine Akquisitionen oder Veräußerungen mit Minderheitsbeteiligungen unter Beibehaltung bestehender Beherrschungsverhältnisse über die jeweiligen Tochtergesellschaften.

Postbank

Mit Abschluss des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags im Jahr 2012 hatte die Deutsche Bank den verbleibenden Anteil ohne beherrschenden Einfluss von 248 Mio € an der Deutschen Postbank AG („Postbank“) aus dem Konzern-Eigenkapital ausgebucht, da die Minderheitsaktionäre nicht mehr die Risiken und Chancen aus dem Eigentum an den Postbank-Aktien hielten. Bis zum 31. Dezember 2014 wurden der Deutschen Bank durch die Minderheitsaktionäre insgesamt circa 0,5 Mio Postbank-Aktien (entsprechend ungefähr 0,22 % der ausstehenden Postbank-Aktien) angedient. Dadurch erhöhte sich der Anteil des Konzerns an der Postbank zu diesem Zeitpunkt auf ungefähr 94,1 %.

Am 22. April 2015 unterzeichnete die Deutsche Bank eine Erwerbsvereinbarung über weitere 5,9 Mio Postbank-Aktien (2,7 %), wodurch sie den Anteil des Konzerns an der Postbank von 94,1 % auf 96,8 % erhöhte. Insgesamt führte diese Transaktion zu einem Verlust vor Steuern in Höhe von 92 Mio €, der in C&A im zweiten Quartal 2015 erfasst wurde. Am 27. April 2015 stellte die Deutsche Bank gegenüber der Postbank ihr Übertragungsverlangen in Bezug auf die Aktien der außenstehenden Aktionäre nach §§ 327a ff. AktG („Squeeze-Out“). In dem konkretisierten Übertragungsverlangen an die Postbank am 7. Juli 2015 wurde die Höhe der Barabfindung auf 35,05 € pro Postbank Aktie festgesetzt. Nach Beschluss durch die Hauptversammlung der Postbank am 28. August 2015 wurde ein Verlust vor Steuern in Höhe von 69 Mio € im dritten Quartal 2015 in C&A erfasst. Nach einem Freigabeverfahren am Oberlandesgericht Köln wurde der Squeeze-Out am 21. Dezember 2015 ins Handelsregister eingetragen. Beim Vollzug der Übertragung am 30. Dezember 2015 erwarb die Deutsche Bank die verbleibenden 3,2 % der Aktien für einen Gesamtbetrag von 245 Mio € und hält nun, direkt und indirekt, 100 % an der Postbank.

Die Notierung der Postbank Aktien wurde an allen Börsenplätzen zwischen dem 21. Dezember 2015 und 13. Januar 2016 beendet.

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2016, 2015 und 2014 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftsbetriebe. Diese Veräußerungen enthielten hauptsächlich verschiedene Geschäftseinheiten, die der Konzern zuvor als zum Verkauf bestimmt klassifiziert hatte, einschließlich derjenigen von Abbey Life und Maher Terminals Port Elizabeth, die im Geschäftsjahr 2016 veräußert wurden (für weitere Informationen zu diesen beiden Transaktionen wird auf Anhangangabe 27 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen). Die gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenleistung belief sich in den Jahren 2016, 2015 und 2014 auf 2,0 Mrd €, 555 Mio € und 1,9 Mrd €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2016	2015	2014
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	0	0
Übrige Vermögenswerte	14.858	443	8.346
Summe der veräußerten Aktiva	14.858	443	8.346
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	12.250	52	6.602

04 – Segmentberichterstattung

Die Segmentinformationen des Konzerns basieren auf dem sogenannten Managementansatz. Dementsprechend sind Segmentinformationen auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Zu Beginn des ersten Quartals 2014 wurde der Zinsüberschuss als Teil der Erträge, des Ergebnisses vor Steuern und darauf bezogener Kennzahlen für US-amerikanische steuerfreie Wertpapiere im Bereich Global Markets als voll steuerpflichtig ausgewiesen. Dadurch ist es dem Management möglich, die Performance steuerpflichtiger und steuerfreier Wertpapiere in Global Markets zu vergleichen. Durch diese Modifizierung des Bilanzausweises erhöhte sich der Zinsüberschuss in GM im Gesamtjahr 2016 um 126,4 Mio € (respektive 122,8 Mio € in 2015 und 65,4 Mio € in 2014). Dieser Anstieg wird in den konsolidierten Konzernzahlen durch einen umgekehrten Betrag in Consolidation & Adjustments (C&A) ausgeglichen. Der für die Ermittlung des Zinsüberschusses – bei einer unterstellten vollen Steuerpflicht – genutzte Steuersatz beträgt für den überwiegenden Teil der steuerfreien US-Wertpapiere 35 %. Die in der NCOU gehaltenen US-amerikanischen steuerfreien Wertpapiere werden aufgrund unterschiedlicher Methoden bei der Steuerung von zum Kerngeschäft und nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten als nicht voll steuerpflichtig ausgewiesen.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden bei organisatorischen Änderungen angepasst, wenn diese in den Managementberichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Ab 2016 sind die Geschäftsaktivitäten des Konzerns gemäß seiner Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, unter den folgenden Segmenten organisiert:

- Global Markets („GM“),
- Corporate & Investment Banking („CIB“),
- Private, Wealth and Commercial Clients („PW&CC“),
- Deutsche Asset Management („Deutsche AM“),
- Postbank („PB“) und
- Non-Core Operations Unit („NCOU“).

Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen im Jahr 2016 erläutert.

Global Markets („GM“) – Mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 umfasst das Segment GM die Verkaufs- und Handelsaktivitäten des ehemaligen Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities („CB&S“). Erträge aus bestimmten Finanzierungsaktivitäten, die zuvor in den Kreditprodukten („Loan Products“) von CB&S ausgewiesen wurden, haben wir der Kategorie „Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)“ zugeordnet. Marktwertgewinne und -verluste aus Maßnahmen zur Senkung der risikogewichteten Aktiva (RWA) im Zusammenhang mit kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments; CVA), refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments; FVA) und bestimmten Veränderungen der Berechnungsmethode für CVA, die bislang unter den Erträgen aus dem Bereich „Sales & Trading“ erfasst wurden, haben wir unter „Sonstige“ ausgewiesen. Die forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments; DVA) wurden weiterhin unter der Position „Sonstige“ erfasst. Diese Kategorie beinhaltete auch Überträge aus dem und in den Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking („CIB“), die sich aus dem geänderten Konzept für Kundenbetreuung und Produktvertrieb ergeben haben. Zudem wurden im zweiten Quartal 2016 Geschäftsbereiche von Deutsche Asset Management auf Global Markets übertragen, die gemäß IFRS auch die Übertragung des Geschäfts- oder Firmenwert nach einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen und in Übereinstimmung mit der Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts von Deutsche Asset Management auf Global Markets vorsehen. Die anschließende Werthaltigkeitsprüfung ergab einen Verlust aus Wertminderungen von 285 Mio € in Global Markets.

Corporate & Investment Banking („CIB“) – Mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 umfasst das neue Segment CIB die Corporate-Finance-Aktivitäten der ehemaligen Unternehmensbereiche Corporate Banking and Securities („CB&S“) und Global Transaction Banking („GTB“). Überträge aus dem und in das Segment Global Markets, die aus dem geänderten Ansatz für Kundenbetreuung und Produktvertrieb resultieren, wurden in der Kategorie „Kreditprodukte und Sonstige“ erfasst.

Private, Wealth & Commercial Clients („PW&CC“) – Im Unternehmensbereich PW&CC führten wir im ersten Quartal 2016 die Aktivitäten von Private and Commercial Clients („PCC“) in Deutschland und anderen Ländern, die davor zu Private & Business Clients („PBC“) gehörten, mit dem Geschäftsbereich Wealth Management („WM“) zusammen, der zuvor in Deutsche Asset & Wealth Management („DeAWM“) integriert war. Die Erträge aus der Hua Xia Bank werden in PW&CC separat ausgewiesen, um die angestrebte Veräußerung dieser Beteiligung im Rahmen der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, widerzuspiegeln.

Deutsche Asset Management („Deutsche AM“) – Seit dem ersten Quartal 2016 umfasste das Segment Deutsche AM die Asset-Management-Aktivitäten des ehemaligen Unternehmensbereichs DeAWM. Sein Fokus lag auf der Bereitstellung von Investmentlösungen für Finanzinstitute und -intermediäre, die einzelne Kunden betreuen. Zudem wurden im zweiten Quartal 2016 Geschäftsbereiche von Deutsche Asset Management auf Global Markets übertragen, die gemäß IFRS auch die Übertragung des Geschäfts- oder Firmenwert nach einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen und in Übereinstimmung mit der Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts von Deutsche Asset Management auf Global Markets vorsehen.

Postbank („PB“) – Vor dem Hintergrund der geplanten Entkonsolidierung gemäß der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden, wurde die PB mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 als separates Segment ausgewiesen. Darin wurden die zum Kerngeschäft und Nichtkerngeschäft der PB gehörenden Aktivitäten zusammengeführt, die zuvor über die NCOU erfasst wurden. Die berichteten Zahlen in PB werden von den Angaben in der separaten Berichterstattung der Postbank abweichen. Ursächlich hierfür sind beispielsweise Konsolidierungseffekte und die Auswirkungen der Allokation des Kaufpreises.

Non-Core Operations Unit („NCOU“) – Eine wesentliche Veränderung gegenüber der früheren Struktur ist, dass die NCOU mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 nicht mehr die vorgenannten, nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten der Postbank umfasst.

Die im Ergebnis für 2015 in CB&S und PBC erfassten Verluste aus Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert wurden den neuen Segmenten Global Markets/Corporate & Investment Banking und PW&CC/Postbank entsprechend ihrem jeweiligen Anteil am Geschäfts- oder Firmenwert vor der im dritten Quartal 2015 erfassten Wertminderung zugewiesen.

Bestimmte Aktivitäten im Liquiditätsmanagement, die zuvor Teil der Geschäftssegmente waren, werden zentral von Treasury gesteuert. Daher wurden sie im ersten Quartal 2016 auf Consolidation & Adjustments übertragen und den einzelnen Geschäftssegmenten zugewiesen sowie entsprechend ausgewiesen. Im zweiten Quartal 2016 wurde das Liquidity-Portfolio-Geschäft für Asien (ohne Japan) von Global Markets auf Treasury übertragen.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Segmentberichterstattung zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Deutsche Bank-Konzern: Unternehmensbereiche: Consolidation & Adjustments“ des Lageberichts erläutert. Die Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung über Segmentgewinne oder -verluste, Aktiva sowie anderen Informationen, die regelmäßig vom Chief Operating Decision Maker überprüft werden. Die Aktiva der verschiedenen Segmente werden in der internen Managementberichterstattung konsolidiert dargestellt, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten.

In Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum beizulegenden Zeitwert und gemäß IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von GM und PW&CC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in GM), wohingegen unter IFRS eine Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, die dem Nettoanteil der Minderheitsaktionäre an Erträgen, Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Zinsunabhängigen Aufwendungen und Ertragsteueraufwand entsprechen. Diese Anteile werden gemäß der Managementberichterstattung im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt (mit dem umgekehrten Betrag in C&A), während sie nach IFRS in der Nettogewinnverwendung ausgewiesen werden.

Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Segmenten bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach der der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Segmenten zugeordnet wird. Dabei wird unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit unabhängiger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird der Nettozinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns (nach Verrechnung mit bestimmten Belastungen, zum Beispiel aus der Währungsabsicherung des Kapitals ausländischer Tochtergesellschaften) daher den Segmenten proportional zu dem ihnen zugeordneten durchschnittlichen Active Equity anteilig zugerechnet.

Das Management nutzt im Rahmen des internen Managementberichtssystems bestimmte Messgrößen für das Kapital sowie darauf bezogene Kennziffern, weil es diese bei der Darstellung der finanziellen Performance der Segmente für nützlich hält. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns seitens des Managements. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Konzernergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

Durchschnittliches Eigenkapital: Der Konzern ermittelt das durchschnittliche Eigenkapital als Durchschnitt des Eigenkapital nach IFRS zum Beginn und zum Ende der Berichtsperiode. Der zugewiesene Gesamtbetrag des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals wird nach dem höheren Wert des ökonomischen Risikos und des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs des Konzerns bestimmt. Ab 2016 berücksichtigt der Konzern das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital anstelle des durchschnittlichen Active Equity bei der Kapitalallokation auf die Segmente basierend auf den bekannt gegebenen Kapital- und Verschuldungszielen. Nach der neuen Methode wird das dem Geschäfts- oder Firmenwert und anderen immateriellen Vermögenswerten zurechenbare Kapital umfassender allokiert, so dass die Ermittlung des allokierten durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals und der kommunizierten Profitabilitätskennzahlen ermöglicht wird. Der Bedarf der Bank für das ökonomische Risiko wird von dem Risikotoleranz-Schwellenwert zur Erreichung einer internen Kapitaladäquanzquote für das Niveau „Normal“ gemäß Rahmenwerk für die Risikotoleranz bestimmt. Der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital wird auf Basis der extern kommunizierten Zielquoten ermittelt, das heißt basierend auf einer angestrebten Tier-1-Kernkapitalquote von 12,5 % seit Januar 2016 (10 % Anfang 2015, 11 % ab Juni 2015) und einer Zielverschuldungsquote nach CRD 4 von 4,5 % (3,5 % Anfang 2015, 5 % ab Juni 2015), jeweils auf Konzernebene und ausgehend von einem voll implementierten CRR/CRD 4-Regelwerk, berechnet. Übersteigen die Tier-1-Kernkapitalquote und die Verschuldungsquote des Konzerns die Zielwerte, wird das überschüssige durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital C&A zugeordnet. Die Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals auf die Segmente spiegelt deren Beitrag zu den vorgenannten Zielen wider. Das durchschnittliche Eigenkapital der Segmente in Dezember 2014 stellt den Stichtagswert dar. Die Differenz zwischen Stichtagswerten der Segmente und dem Durchschnittswert auf Konzernebene wird in der C&A ausgewiesen.

Segmentergebnisse

Die Segmentergebnisse einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, sind im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ des Lageberichts enthalten.

Angaben auf Unternehmensebene

Die Angaben auf Unternehmensebene des Konzerns enthalten Erträge von internen und externen Geschäftspartnern. Die Eliminierung von Erträgen mit internen Geschäftspartnern würde unverhältnismäßige IT-Investitionen erfordern und steht nicht im Einklang mit dem Managementansatz der Bank. Unsere Ertragskomponenten sind im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Unternehmensbereiche“ des Lageberichts aufgeführt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2016, 2015 und 2014 aufgeführt. Für CB&S, GTB, Deutsche AWM, PBC und NCOU erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu C&A werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortung für diesen Bereich zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2016	2015	2014
Deutschland:			
Global Markets	533	444	538
Corporate & Investment Banking	1.391	1.498	1.595
Private, Wealth & Commercial Clients	4.198	4.162	4.513
Deutsche Asset Management	888	963	906
Postbank	3.366	3.113	3.259
Non-Core Operations Unit	221	105	132
Deutschland insgesamt	10.597	10.284	10.942
Großbritannien:			
Global Markets	3.411	4.114	2.739
Corporate & Investment Banking	888	1.192	998
Private, Wealth & Commercial Clients	83	77	76
Deutsche Asset Management	836	748	679
Postbank	0	-0	-0
Non-Core Operations Unit	-322	-73	8
Großbritannien insgesamt	4.896	6.059	4.498
Restliches Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
Global Markets	261	305	550
Corporate & Investment Banking	1.278	1.337	1.275
Private, Wealth & Commercial Clients	2.360	2.110	2.317
Deutsche Asset Management	502	407	351
Postbank	0	0	0
Non-Core Operations Unit	23	9	2
Restliches Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt	4.425	4.167	4.494
Amerika (primär Vereinigte Staaten):			
Global Markets	3.140	3.526	4.176
Corporate & Investment Banking	2.803	2.696	2.565
Private, Wealth & Commercial Clients	624	691	588
Deutsche Asset Management	578	727	538
Postbank	0	0	-21
Non-Core Operations Unit	-305	754	345
Amerika insgesamt	6.840	8.394	8.192
Asien/Pazifik:			
Global Markets	1.945	2.469	2.067
Corporate & Investment Banking	1.122	1.323	1.234
Private, Wealth & Commercial Clients	451	469	375
Deutsche Asset Management	216	176	169
Postbank	0	-0	0
Non-Core Operations Unit	1	-0	2
Asien/Pazifik insgesamt	3.736	4.436	3.847
Consolidation & Adjustments	-479	184	-26
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt¹	30.014	33.525	31.949

¹ Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten der Deutsche Bank-Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem die Mitarbeiter, Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

05 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Zinsüberschuss

in Mio €	2016	2015	2014
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	684	499	683
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	359	377	408
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.313	1.292	1.341
Dividenderträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	205	300	97
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.311	12.219	11.820
Zinserträge aus bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	67	0	0
Sonstige	1.417	783	848
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	16.357	15.470	15.196
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	9.279	10.496	9.805
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	25.636	25.967	25.001
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen	2.583	2.764	3.210
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	255	153	160
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	179	229	214
Langfristige Verbindlichkeiten	1.759	1.480	1.882
Hybride Kapitalinstrumente	437	568	785
Sonstige	1.083	357	214
Zinsaufwendungen insgesamt aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen	6.295	5.552	6.465
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	4.634	4.534	4.264
Zinsaufwendungen insgesamt	10.929	10.086	10.729
Zinsüberschuss	14.707	15.881	14.272

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2016 auf 63 Mio € (2015: 67 Mio €, 2014: 94 Mio €).

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2016	2015	2014
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	608	542	2.125
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.462	4.108	3.203
Sales & Trading insgesamt	4.071	4.649	5.329
Sonstige	-3.524	-775	-922
Handelsergebnis insgesamt	547	3.874	4.407
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	-3	3	-15
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1	0	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	-109	-453	-20
Einlagen	-28	0	-1
Langfristige Verbindlichkeiten ¹	303	761	-538
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	691	-344	467
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	854	-32	-108
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	1.401	3.842	4.299

¹ Beinhaltet 0 Mio € in 2016 (2015: minus 0,5 Mio €, 2014: 48 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von 0 Mio € in 2016 (2014: 0,8 Mio €, 2014: minus 315 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

Summe aus Zinsüberschuss und dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2016	2015	2014
Zinsüberschuss	14.707	15.881	14.272
Handelsergebnis ¹	547	3.874	4.407
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	854	-32	-108
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	1.401	3.842	4.299
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	16.108	19.723	18.570
Sales & Trading (Equity)	1.979	2.887	2.639
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	7.452	8.215	7.328
Sales & Trading insgesamt	9.431	11.102	9.967
Sonstige	-204	-360	-785
Global Markets	9.227	10.742	9.182
Corporate & Investment Banking	2.090	2.215	1.969
Private, Wealth & Commercial Clients	3.877	3.862	3.973
Deutsche Asset Management	364	255	398
Postbank	2.175	2.316	2.165
Non-Core Operations Unit	-1.261	-353	-310
Consolidation & Adjustments	-363	685	1.193
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	16.108	19.723	18.570

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Die obige Tabelle Summe, wird die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswer-

ten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Global Markets nach Produkten untergliedert.

06 – Provisionsüberschuss

in Mio €	2016	2015	2014
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag	14.999	16.412	15.746
Provisionsaufwand	3.255	3.647	3.337
Provisionsüberschuss	11.744	12.765	12.409

in Mio €	2016	2015	2014
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	4.287	4.480	3.745
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	3.305	4.134	4.033
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	4.152	4.151	4.632
Provisionsüberschuss	11.744	12.765	12.409

07 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

in Mio €	2016	2015	2014
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	229	48	153
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	230	58	144
Wertminderungen	-1	-10	9
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	79	104	109
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen/Neubewertungen	96	156	121
Wertminderungen	-17	-52	-12
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	6	52	-9
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	21	83	16
Wertminderungen	-15	-31	-25
Wertaufholungen	0	0	0
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	339	1	-12
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	348	14	9
Wertminderungen	-9	-13	-21
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	653	203	242

Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 16 „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ verwiesen.

08 – Sonstige Erträge

in Mio €	2016	2015	2014
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	31	40	57
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	– 45	– 18	5
Gewinne/Verluste (–) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	– 3	– 24	18
Gewinne/Verluste (–) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	– 128	237	– 2
Beiträge im Versicherungsgeschäft ¹	89	108	141
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen für eine Bilanzierung als Sicherungsgeschäft erfüllen	– 370	– 910	– 1.349
Konsolidierte Beteiligungen	362	470	949
Übrige sonstige Erträge ²	1.118	763	290
Sonstige Erträge insgesamt	1.053	669	108

¹ Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen.

² Darin enthalten sind Gewinne (per saldo) von 744 Mio € in 2016, 237 Mio € in 2015 und 111 Mio € in 2014, in Bezug auf zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

09 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2016	2015	2014
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	3.872	3.664	3.333
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.972	1.944	1.978
Aufwendungen für Beratungsleistungen	2.305	2.283	2.029
Kommunikation und Datenadministration	761	807	725
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	450	505	521
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen	664	598	660
Marketingaufwendungen	285	294	293
Konsolidierte Beteiligungen	334	406	811
Sonstige Aufwendungen ¹	4.812	8.129	4.305
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	15.454	18.632	14.654

¹ Darin enthalten sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 2,4 Mrd € in 2016, von 5,2 Mrd € in 2015 und von 1,6 Mrd € in 2014. Für nähere Informationen zu Rechtsstreitigkeiten siehe Anhangangabe 30 „Rückstellungen“.

10 – Restrukturierung

Die Restrukturierung ist Bestandteil der Ziele, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden. Diese beinhalten die Neupositionierung des Investment Banking, die Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts, die Straffung der regionalen Präsenz sowie die Transformation des operativen Modells mit dem Ziel, Nettoeinsparungen von 1,0 - 1,5 Mrd € bis zum Jahr 2018 zu realisieren.

Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen.

in Mio €	2016	2015	2014
Global Markets	- 127	- 89	- 92
Corporate & Investment Banking	- 165	- 39	- 29
Private, Wealth & Commercial Clients	- 141	- 585	- 9
Deutsche Asset & Wealth Management	- 47	2	3
Non-Core Operations Unit	- 4	1	- 4
Consolidation & Adjustments	0	0	- 1
Restrukturierungsaufwand insgesamt	- 484	- 710	- 133

Die Mehrheit des Restrukturierungsaufwandes 2016 fiel in den Infrastrukturbereichen an. Dieser Aufwand wird an die Geschäftsbereiche verrechnet, während die durch die Restrukturierung betroffenen Mitarbeiter der Infrastrukturbereiche separat in der unteren Tabelle gezeigt werden.

in Mio €	2016	2015	2014
Restrukturierungsaufwand – Personalaufwand	- 491	- 663	- 124
davon:			
Abfindungsleistungen	- 432	- 602	- 94
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	- 54	- 61	- 29
Sozialversicherung	- 5	- 0	- 1
Restrukturierungsaufwand – Sachaufwand	7	- 46	- 9
Restrukturierungsaufwand insgesamt	- 484	- 710	- 133

Die Restrukturierungsrückstellungen betragen zum 31. Dezember 2016 741 Mio € (31. Dezember 2015: 651 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellungen wird voraussichtlich in den nächsten zwei Jahren verbraucht werden.

Im Laufe des Jahres 2016 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften um 1.451 (2015: 662) durch Restrukturierungsmaßnahmen reduziert.

Mitarbeiter	2016	2015
Global Markets	162	134
Corporate & Investment Banking	194	103
Private, Wealth & Commercial Clients	453	141
Deutsche Asset Management	101	22
Non-Core Operations Unit	0	1
Infrastructure/Regional Management	541	261
Mitarbeiter insgesamt	1.451	662

11 – Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, die durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Berechnung des unverwässerten und verwässerten Ergebnisses je Aktie

in Mio €	2016	2015	2014
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert) ¹	- 1.678	- 7.022	1.663
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen	0	0	0
wandelbaren Schuldtiteln	0	0	0
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie ¹	- 1.678	- 7.022	1.663
Anzahl der Aktien in Millionen			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	1.388,1	1.387,9	1.241,9
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	0,0	0,0	0,0
Aktioptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,0	0,0	0,0
gewährten Aktienrechten	0,0	0,0	27,6
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,0	0,0	0,0
Potenziell verwässernde Stammaktien	0,0	0,0	27,6
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	1.388,1	1.387,9	1.269,5

¹ Im Zusammenhang mit den im April 2016 und 2015 gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis um 276 Mio € und 228 Mio € nach Steuern angepasst.

Ergebnis je Aktie

in €	2016	2015	2014
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	- 1,21	- 5,06	1,34
Ergebnis je Aktie (verwässert)	- 1,21	- 5,06	1,31

Am 25. Juni 2014 schloss die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung mit der Ausgabe von Bezugsrechten ab. Da der Bezugspreis der neuen Aktien unterhalb des Marktpreises der bestehenden Aktien lag, beinhaltet die Kapitalerhöhung eine Bonuskomponente. Gemäß IAS 33 ergibt sich diese Bonuskomponente aus einer impliziten Veränderung der ausstehenden Aktien für alle Perioden vor der Kapitalerhöhung, ohne dass es zu einer proportionalen Änderung der Ressourcen kam. Infolgedessen wurden die durchschnittlich ausstehenden Aktien für alle Berichtsperioden rückwirkend angepasst.

Aufgrund der Verlustsituation in 2016 und 2015 werden potentiell verwässernde Aktien grundsätzlich nicht für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie berücksichtigt, da diese nach angenommener Wandlung den Nettoverlust je Aktie verringern würden.

Ausstehende Instrumente, die bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt wurden¹

Anzahl der Aktien in Mio	2016	2015	2014
Geschriebene Kaufoptionen	0,0	0,0	0,0
Aktioptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,0	0,0	0,1
Gewährte Aktienrechte	69,6	52,5	0,0

¹ Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anhangangaben zur Bilanz

12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Als zu Handelszwecken gehalten klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	156.926	179.256
Sonstige Handelsaktiva ¹	14.117	16.779
Handelsaktiva insgesamt	171.044	196.035
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	485.150	515.594
Als zu Handelszwecken gehalten klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	656.194	711.630
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	47.404	51.073
Forderungen aus Wertpapierleihen	21.136	21.489
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	7.505	12.451
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	11.541	24.240
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	87.587	109.253
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	743.781	820.883

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 13,2 Mrd € zum 31.12.2016 (2015: 15,5 Mrd €).

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Als zu Handelszwecken gehalten klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva:		
Wertpapiere	56.592	51.326
Sonstige Handelspassiva	437	977
Handelspassiva insgesamt	57.029	52.303
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	463.858	494.076
Als zu Handelszwecken gehalten klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	520.887	546.380
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	50.397	31.637
Kreditzusagen	40	79
Langfristige Verbindlichkeiten	6.473	8.710
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	3.582	4.425
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	60.492	44.852
Investmentverträge ¹	592	8.522
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	581.971	599.754

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Nähere Informationen zu diesen Verträgen werden in Anhangangabe 42 „Versicherungs- und Investmentverträge“ dargestellt.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern hat verschiedene Kreditbeziehungen zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem beizulegenden Zeitwert. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 76 Mrd € (2015: 85 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko, in erster Linie zu einem Kontrahentenrisiko, führen.

Das Kreditrisiko aus den zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert. Die Bewertung der Instrumente berücksichtigt die Kreditverbesserung durch die erhaltene Sicherheit. Dadurch ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während des Jahres noch kumulativ.

Veränderung im beizulegenden Zeitwert der Kredite¹ und Kreditzusagen, die der Änderung des Kontrahentenrisikos zuzurechnen ist²

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen
Nominalwert von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen, die Kreditrisiken ausgesetzt sind	3.604	3.357	4.455	8.604
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	9	45	- 0	- 46
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ³	9	37	9	29
Nominalwert der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden	358	4.997	257	4.203
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	- 1	- 3	- 2	1
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ³	- 2	- 6	- 4	- 154

¹ Bei überbesicherten Forderungen aus dem Kreditgeschäft sind aufgrund der Veränderungen des Kontrahentenrisikos keine wesentlichen Bewertungsänderungen innerhalb des Jahres oder kumulativ zu verzeichnen.

² Bestimmt mit einem Bewertungsmodell, das die Auswirkungen des Marktrisikos auf den beizulegenden Zeitwert ausschließt.

³ Die Veränderungen sind den Forderungen aus dem Kreditgeschäft und den Kreditzusagen zuzuordnen, die am Berichtsstichtag im Bestand waren. Diese können von denen abweichen, die in der Vorperiode gehalten wurden. Die Vorjahreswerte wurden nicht angepasst, um die Veränderungen der zugrunde liegenden Portfolios darzustellen.

Auf das Kreditrisiko des Konzerns zurückzuführende Bewertungsänderungen der finanziellen Verpflichtungen¹

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015 ²
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	- 73	- 78
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	11	71

¹ Der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die Bewertungsänderungen von finanziellen Verpflichtungen, die durch konsolidierte Zweckgesellschaften begeben wurden, sind nicht enthalten. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Instrumente sind nicht vom Kreditrisiko des Konzerns abhängig, sondern von der in der rechtlich eigenständigen Zweckgesellschaft gehaltenen Sicherheit.

Der den Buchwert der finanziellen Verpflichtungen übersteigende vertraglich vereinbarte Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit¹

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Einschließlich nicht gezogener Kreditzusagen ²	8.396	10.513
Ohne nicht gezogene Kreditzusagen	2.779	2.203

¹ Es wird unterstellt, dass die Verpflichtung zum frühestmöglichen vertraglich vereinbarten Fälligkeitstag, an dem der Konzern zur Zahlung verpflichtet werden kann, zurückgezahlt wird. Da der zahlbare Betrag nicht festgelegt ist, wird er am Bilanzstichtag mit Referenz auf aktuelle Konditionen bestimmt.

² Die vertraglich vereinbarten Zahlungsströme für nicht gezogene Kreditzusagen unterstellen eine volle Ziehung der Fazilität.

13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
obere Grenze	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in den Jahren 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte nach Art des Vermögenswerts

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	340	260	1.382	1.346
Schuldverschreibungen	0	0	396	405
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	174	154	916	857
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	514	414	2.695	2.608
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	105	105	1.540	1.470
Schuldverschreibungen	0	0	168	179
Summe der Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	105	105	1.708	1.648
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	619¹	519	4.403	4.256

¹ Zusätzlich zu den Buchwerten der umgewidmeten Vermögenswerte, die in der Tabelle dargestellt werden, existiert ein dazugehöriger Effekt auf die Buchwerte der Derivate, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, hier zur Absicherung gegen Marktinzinsänderungen, genutzt werden. Dieser Effekt führte zu einem Anstieg des Buchwerts um 0 Mio € zum 31. Dezember 2016 und einem Rückgang des Buchwerts um 3 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Über die Berichtsperiode hinweg wurden alle umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte in der NCOU verwaltet. Diese trifft Verkaufsentscheidungen über dieses Portfolio entsprechend ihrer Zuständigkeit, Entscheidungen zum Risikoabbau zu fällen. Im Geschäftsjahr 2016 verkaufte der Konzern umgewidmete finanzielle Vermögenswerte mit einem Buchwert von 3,4 Mrd €. Die Verkäufe haben im Berichtszeitraum zu einem Verlust von 154 Mio € geführt.

Zusätzlich zu den erwähnten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert von Vermögenswerten, die zuvor als „Handelsaktiva“ klassifiziert waren, aufgrund von Rückzahlungen und Fälligkeiten um 29 Mio €. Der Buchwert der Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet worden waren, reduzierte sich aufgrund von Rückzahlungen und Fälligkeiten um 428 Mio €.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umwidmung stattgefunden hätte

in Mio €	2016	2015	2014
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	141	342
Wertminderung (–)/Wertaufholung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	0	12	– 6
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	1	– 32	137

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte

in Mio €	2016	2015	2014
Zinserträge	45	127	161
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 74	28	– 40
Sonstige Erträge ¹	– 4	199	5
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	– 33	353	126
Zinserträge	7	54	97
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	34	16	– 13
Sonstige Erträge ¹	– 150	72	0
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	– 110	142	84

¹ Gewinne beziehungsweise Verluste aus dem Verkauf von umgewidmeten Vermögenswerten.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte: Buchwerte und beizulegende Zeitwerte je Bilanzkategorie

Alle gemäß IAS 39 umgewidmeten Vermögenswerte wurden in die NCOU übertragen, nachdem dieser neue Unternehmensbereich im vierten Quartal 2012 gegründet worden war. Die NCOU wurde damit beauftragt, den Risikoabbau zu beschleunigen, um den Kapitalbedarf und die bereinigte Bilanzsumme zu reduzieren. Zur Bestimmung, ob und wann IFRS Vermögenswerte verkauft werden sollen, werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt. Dazu zählen die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das Aufsichtsrechtliche Eigenkapital und Auswirkungen auf die Verschuldungsquote. Die Veränderungen des Buchwerts und des beizulegenden Zeitwerts werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Buch- und Marktwerte von umgewidmeten Vermögenswerten in den Jahren 2008 und 2009

in Mio €	31.12.2016			31.12.2015		
	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-)	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-)
Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere						
US-Kommunalschuldverschreibungen	0	0	0	405	423	19
Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere	0	0	0	1.456	1.478	22
CDO/CLO	143	126	-17	534	498	-36
Pfandbriefe	298	235	-63	298	234	-64
Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	3	3	0	175	176	1
Durch Wohn-Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	0	0	0	92	93	1
Andere ¹	0	0	0	529	498	-31
Summe Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere	445	364	-81	3.487	3.400	-88
Umgewidmete Forderungen aus Kreditgeschäft						
Gewerbliche Hypothekendarlehen	0	0	0	56	54	-1
Wohn-Hypothekendarlehen	174	154	-20	810	753	-57
Andere	0	0	0	50	49	-1
Summe Umgewidmete Forderungen aus Kreditgeschäft	174	154	-20	916	857	-59
Summe Finanzielle Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	619	519	-100	4.403	4.256	-147

¹ Enthält durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte der Luftfahrtindustrie und andere verbriefte Vermögenswerte und Schuldverschreibungen.

Verbriefungen und durch Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere

CDO/CLO – Hierbei handelt es sich um ein diversifiziertes Portfolio mit einer Vielzahl von zugrunde liegenden Vermögenswerten und Tranchen in der Kapitalstruktur. Die Hauptbewegung im Buchwert ist auf Verkäufe während des Jahres zurückzuführen.

Pfandbriefe – Der verbleibende Betrag resultiert aus Engagements gegenüber staatlichen Emittenten in Spanien.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Wohn-Hypothekendarlehen – Diese Kategorie umfasst Wohnimmobilien in Italien, Spanien und Deutschland. Der Buchwert verringerte sich im Berichtszeitraum hauptsächlich durch den Verkauf von Wohnhypotheken in Großbritannien.

14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt im Rahmen des Bewertungsprozesses über ein etabliertes Kontrollsystem, das sich aus internen Kontrollstandards, -methoden und -verfahren zusammensetzt.

In aktiven Märkten notierte Preise – Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, soweit diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren – Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Verwendung indikativer Preisangaben ähnlicher Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und weniger häufigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Börsenkurs oder der Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie DCF-Verfahren und gängige Optionspreismodelle verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder spezifische Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken benötigt, die auf Annahmen und komplexeren Parametern wie Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten oder die Höhe der Verluste beruhen.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen oder werden aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten, wirtschaftlichen Eckdaten sowie wissenschaftlichen Informationen, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen – Wertanpassungen sind integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität, Kontrahentenrisiko, eigenes Kredit- oder Finanzierungsrisiko berücksichtigen. Wertanpassungen aufgrund von Geld-/Briefspannen sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den beizulegenden Zeitwert für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen beizulegendem Zeitwert. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- auf den Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufposition vom Mittel- auf den Briefkurs angepasst. Die Geld-/Briefkursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden üblicherweise auf Portfoliobasis gesteuert und, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind, werden Wertanpassungen vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Nettorisikoposition der Bank bezüglich einzelner Markt- und Kontrahentenrisiken zu reflektieren. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wenn komplexe Bewertungsmodelle genutzt oder weniger liquide Positionen bewertet werden, sind Geld-/Briefspannen für diese Positionen möglicherweise nicht direkt am Markt verfügbar. Deshalb müssen die Abschlusskosten dieser Geschäfte sowie deren Modelle und Parameter geschätzt werden. Wenn diese Anpassungen festgelegt werden, untersucht der Konzern die Bewertungsrisiken, die mit dem Modell und den Positionen verbunden sind. Die resultierenden Wertanpassungen werden regelmäßig überprüft.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken (Credit Valuation Adjustment, CVA) sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Rahmen der Modellierungstechnik für das Erfüllungsrisiko des Kontrahenten nicht bereits enthalten ist. Der Betrag der Wertanpassung bezüglich Kontrahentenrisiken wird auf alle relevanten außerbörslichen Derivate angewandt und durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber bestimmten Kontrahenten unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, des Effekts von relevanten Nettingarrangements, des erwarteten Ausfallrisikos (Loss Given Default) und der Ausfallwahrscheinlichkeit auf der Grundlage von verfügbaren Marktinformationen inklusive CDS (Credit Default Swap) Spreads bestimmt. Sollten Kontrahenten-CDS-Spreads nicht verfügbar sein, werden Näherungswerte verwendet.

Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen des Konzerns (beispielsweise Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen) bezieht Bewertungsanpassungen bei Forderungen (Debt Valuation Adjustment, DVA) zur Messung die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus dieser finanziellen Verpflichtung mit ein. Bei derivativen Verpflichtungen berücksichtigt der Konzern seine eigene Bonität, indem er diese Bonität dem potenziellen künftigen Risiko aller Kontrahenten gegenüberstellt. Dabei werden vom Konzern bereitgestellte Sicherheiten, der Effekt von maßgeblichen Nettingverträgen, die erwarteten Verluste bei Ausfall und die Ausfallwahrscheinlichkeit des Konzerns auf Basis von CDS-Marktpreisen berücksichtigt. Die Veränderung des eigenen Kreditrisikos für Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows des Instruments mithilfe des Zinssatzes berechnet, zu dem vergleichbare Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag begeben werden würden, da dies den Wert aus der Perspektive eines Marktteilnehmers reflektiert, der die identische Schuldverschreibung als Anlage hält.

Bei der Bestimmung von Wertanpassungen bezüglich des Kontrahentenrisikos und Bewertungsanpassungen bei Forderungen können sich zusätzliche Wertanpassungen bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts ergeben. Diese sind nötig, sofern der zu erwartende Ausfall eines einzelnen Geschäfts oder das betrachtete Bonitätsrisiko in seiner Beschaffenheit von verfügbaren CDS-Instrumenten abweicht.

Refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments, FVA) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Bewertung der derivativen Positionen zum beizulegenden Zeitwert zu berücksichtigen. Die refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen spiegeln die diskontierten Spreads, die bei unbesicherten und teilweise besicherten Derivaten angerechnet werden, wider und werden ermittelt, indem vom Markt implizierte Finanzierungskosten für Forderungen und Verbindlichkeiten geschätzt werden.

Bei Unsicherheiten der im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den kalkulierten Preis dem erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments anzugleichen. Solche Transaktionen haben typischerweise keine regelmäßig beobachtbaren Geld-/Briefspannen und die Anpassungen dienen der Schätzung der Geld-/Briefspannen durch Kalkulation der zur Transaktion gehörigen Liquiditätsprämie. Sofern ein Finanzinstrument so komplex ist, dass die Kosten für die Auflösung dieser Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um dies zu berücksichtigen.

Für das erste Quartal 2017 erwarten wir eine Veränderung der Schätzung des beizulegenden Zeitwertes im Hinblick auf Bewertungsanpassungen bei Forderungen für unbesicherte Derivateverbindlichkeiten, um die Veränderung in der deutschen Gesetzgebung zur Gläubigerhierarchie im Falle von Bankinsolvenzen durch das Abwicklungsmechanismusgesetz mit Wirkung vom 1. Januar 2017 zu reflektieren. Nach dem durch das Abwicklungsmechanismusgesetz geänderten Kreditwesengesetz sind Verbindlichkeiten von Banken aus bestimmten vorrangigen unbesicherten Schuldtiteln nachrangig gegenüber ihren anderen vorrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten im Falle der Insolvenz oder Abwicklung. Im Hinblick auf unbesicherte Derivateverbindlichkeiten führt dies zu einer Neueinordnung zur präferierten Klasse der vorrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten. Wir erwarten daher einen Effekt des beizulegenden Zeitwertes des Portfolios dieser Derivatepositionen in Bezug auf das Risiko der Nichterfüllung, vornehmlich resultierend aus einer höheren erwarteten Realisierungsquote (Recovery Rate) für unseren Vertragspartner im Falle der Insolvenz oder Abwicklung. Dies führt zu einer Verringerung der Bewertungsanpassungen bei Forderungen und folglich zu einem Verlust, der schätzungsweise im Bereich von 100 Mio € bis 200 Mio € liegt.

Validierung und Kontrolle – Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen festzulegen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für alle Geschäftsbereiche durchzuführen, die Bewertungskontrollmethoden und -techniken sowie das Ausarbeiten und die Steuerung des formellen Rahmenwerks der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Besondere Aufmerksamkeit legt das unabhängige Spezialistenteam auf solche Bewertungen, bei denen Einschätzungen durch das Management Teil der Bewertungsprozesse sind.

Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monatlichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges, für die Modellvalidierung zuständiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für einzelne Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlichen Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität des resultierenden beizulegenden Zeitwerts zu beurteilen und denen, die größere Bewertungssicherheit und Relevanz bereitstellen, mehr Gewichtung zu verleihen. Die Ergebnisse werden, sofern möglich, mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Preise und Eingangsparameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, wird der Schätzwert des beizulegenden Zeitwerts mittels geeigneter Verfahren auf seine Angemessenheit überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle (einschließlich existierender Modelle, die unabhängig nachkalibriert wurden), die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen erlaubt eine Einschätzung, ob die Bewertungsmodelle eine Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ergeben, die Marktpreisen entspricht.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Instrument ist.

Hierzu zählen Staatsanleihen, börslich gehandelte Derivate sowie Eigenkapitaltitel, die in aktiven und liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige CDS, eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligation, „CDO“) sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolinesversicherern, einige Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.12.2016			31.12.2015		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	89.943	70.415	10.686	90.031	93.253	12.751
Wertpapiere des Handelsbestands	89.694	62.220	5.012	89.718	82.869	6.669
Sonstige Handelsaktiva	248	8.195	5.674	313	10.384	6.082
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	13.773	461.579	9.798	5.629	500.520	9.445
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	10.118	75.867	1.601	18.024	86.751	4.478
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	28.695	23.380	4.153	43.260	25.449	4.874
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	28	3.618 ²	33	0	3.136 ²	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	142.558	634.860	26.271	156.943	709.109	31.549
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelsspassiva	41.664	15.311	52	40.185	12.102	18
Wertpapiere des Handelsbestands	41.664	14.874	52	40.154	11.155	18
Sonstige Handelsspassiva	0	437	0	30	947	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	13.616	441.386	8.857	5.528	480.668	7.879
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4	58.259	2.229	2	41.797	3.053
Investmentverträge ³	0	592	0	0	8.522	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	4.647 ²	- 848 ⁴	0	6.492 ²	- 1.146 ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	55.283	520.195	10.290	45.715	549.581	9.805

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 42 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁴ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

In 2016 gab es, basierend auf liquiditätsbezogenen Prüfverfahren, Umklassifizierungen in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts von Level 2 in Level 1 bei den Wertpapieren des Handelsbestands (5 Mrd € auf der Aktivseite).

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine

vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“) – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option – Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufwert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Die Abnahme im Berichtszeitraum ist hauptsächlich auf eine Kombination aus Verkäufen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Leveln 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den nicht beobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Im vierten Quartal 2016 wurden verschiedene Verbesserungen des Fair-Value-Hierarchie-Leveling-Prozesses im Bereich Rates implementiert, wobei sowohl die Verwendung von zusätzlichen Sensitivitätsprüfungen als auch das Factoring von gehandelten Daten bei der Bewertung der Beobachtbarkeit direkt berücksichtigt wurden. Zuvor wurden Konsensdaten und Kursangaben von Brokern im Leveling-Prozess verwendet, die wiederum periodisch an gehandelte Daten getestet wurden. Bei der Durchführung dieser Änderungen wurde eine neue Beobachtbarkeitsmatrix auf Basis der Merkmale Produkt, Parameter, Währung und Tenor entwickelt. Der Ansatz zur Berücksichtigung der Beobachtbarkeit von Spreads im Kontrahentenrisiko auf bestimmte unbesicherte Derivatgeschäfte für Zwecke der Fair-Value-Hierarchie wurde ebenfalls verbessert. Diese Verbesserungen ermöglichen es, dass alle nicht beobachtbaren Parameter im Sensitivitätstest in Betracht gezogen werden und das Instrument in Level 3 kategorisiert wird, wenn der aggregierte Einfluss dieser nicht beobachtbaren Inputs für die Instrumentenbewertung wesentlich ist. Die Auswirkung dieser Änderungen ist eine Umklassifizierung von etwa 2,4 Mrd € finanziellen Vermögenswerten und 1,6 Mrd € finanziellen Verbindlichkeiten von der Level-2-Kategorie auf die Level-3-Kategorie. Dies spiegelt sich in den Umwidmungen in Kategorie 3 in der Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie dieser Berichterstattung wider.

Der leichte Anstieg der Aktiva im Berichtszeitraum wurde von Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Leveln 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente verursacht. Der Anstieg der Passiva bezieht sich im Wesentlichen auf Umklassifizierungen zwischen den Leveln 2 und 3.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Die Abnahme des Bestands im Berichtszeitraum ist auf Verkäufe und Abwicklungen neuer Vermögenswerte zurückzuführen, welche zum Großteil durch Käufe, Emissionen sowie Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Leveln 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts kompensiert wurden.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Die Abnahme der Aktiva im Berichtszeitraum ist im Wesentlichen auf Verkäufe, Abwicklungen, Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Leveln 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sowie der Dekonsolidierung von Gesellschaften zurückzuführen. Die Abnahme der Passiva im Berichtszeitraum ist im Wesentlichen auf Abwicklungen sowie Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Leveln 2 und 3 zurückzuführen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten notleidende Kredite, für die keine Handelsabsicht besteht, sowie börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Die Abnahme der Aktiva im Berichtszeitraum ist auf Verkäufe und Abwicklungen zurückzuführen, welche zum Großteil durch Käufe neuer Vermögenswerte kompensiert wurden.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

31.12.2016

in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verände- rung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emis- sionen ²	Abwick- lungen ³	Umwid- mung in Level 3 ⁴	Umwid- mung aus Level 3 ⁴	Bestand am Jahres- ende
Zum Zeitwert										
bewertete finanzielle										
Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	6.669	- 0	143	1.736	- 3.605	0	- 990	1.589	- 528	5.012
Positive Marktwerte aus derivativen										
Finanzinstrumenten	9.445	- 60	- 88	0	0	0	- 1.290	4.158	- 2.367	9.798
Sonstige Handelsaktiva	6.082	66	56	2.196	- 3.606	735	- 1.527	2.616	- 944	5.674
Zum Zeitwert										
klassifizierte finanzielle										
Vermögenswerte										
4.478	- 509	40	2	- 273	131	- 1.073	86	- 1.282	1.601	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle										
Vermögenswerte	4.874	- 1	255 ⁵	920	- 630	0	- 1.377	187	- 74	4.153
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle										
Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	33	0	33
Zum Zeitwert bewertete										
finanzielle Vermögens-										
werte insgesamt										
31.549	- 504	405^{6,7}	4.853	- 8.114	866	- 6.257	8.669	- 5.195	26.271	
Zum Zeitwert										
bewertete finanzielle										
Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	18	0	0	0	0	0	34	0	- 0	52
Negative Marktwerte aus derivativen										
Finanzinstrumenten	7.879	- 317	620	0	0	0	- 508	3.316	- 2.134	8.857
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert										
klassifizierte finanzielle										
Verpflichtungen										
3.053	0	- 75	0	0	587	- 729	245	- 851	2.229	
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle										
Verpflichtungen	- 1.146	0	135	0	0	0	3	- 26	187	- 848
Zum Zeitwert bewertete										
finanzielle Verpflich-										
tungen insgesamt										
9.805	- 317	680^{6,7}	0	0	587	- 1.200	3.534	- 2.799	10.290	

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Jahresverlauf zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 94 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 187 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 4 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 50 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

31.12.2015										
in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verände- rung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emis- sionen ²	Abwick- lungen ³	Umwid- mung in Level 3 ⁴	Umwid- mung aus Level 3 ⁴	Bestand am Jahres- ende
Zum Zeitwert										
bewertete finanzielle										
Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	8.957	0	512	1.844	-2.432	0	-1.007	766	-1.971	6.669
Positive Marktwerte aus derivativen										
Finanzinstrumenten	9.559	-0	539	0	0	0	-1.363	1.683	-973	9.445
Sonstige Handelsaktiva	4.198	0	413	2.527	-1.507	1.264	-1.461	970	-321	6.082
Zum Zeitwert										
klassifizierte finanzielle										
Vermögenswerte										
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.427	-0	439 ⁵	1.058	-254	0	-1.183	469	-82	4.874
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁶	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögens- werte insgesamt	31.294	-0	2.136^{6,7}	5.896	-4.230	2.436	-6.240	4.126	-3.869	31.549
Zum Zeitwert										
bewertete finanzielle										
Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	43	0	5	0	0	0	9	0	-39	18
Negative Marktwerte aus derivativen										
Finanzinstrumenten	6.553	0	716	0	0	0	-487	1.904	-807	7.879
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert										
klassifizierte finanzielle										
Verpflichtungen										
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-552	0	-352	0	0	0	-65	-177	0	-1.146
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflich- tungen insgesamt	8.410	0	564^{6,7}	0	0	1.249	-1.234	1.882	-1.067	9.805

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Jahresverlauf zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 92 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Verlust von 13 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 524 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Verlust von 161 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2016 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 1,8 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 1,0 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2015 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 2,1 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 1,5 Mrd € gesunken.

Die Veränderungen der Beträge in der Sensitivitätsanalyse vom 31. Dezember 2015 bis zum 31. Dezember 2016 zeigen sowohl positive als auch negative Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Beide Veränderungen werden durch den Rückgang von Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie im gleichen Berichtszeitraum getrieben (zum Beispiel durch die Abnahme von Level-3-Vermögenswerten von 31,6 Mrd € zum 31. Dezember 2015 auf 26,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016), was vor allem auf den Risikoabbau in der NCOU zurückzuführen ist (Abnahme von Level-3-Vermögenswerten von 5,0 Mrd € zum 31. Dezember 2015 auf 1,0 Mrd € zum 31. Dezember 2016).

Unsere Sensitivitätsberechnung von nicht beobachtbaren Eingangsparameter richtet sich nach dem Ansatz der vorsichtigen Bewertung¹. Dabei wird der marktgerechte Transaktionspreis der relevanten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Rahmen der vorsichtigen Bewertung verwendet. Die Sensitivität kann in einigen Fällen begrenzt sein, wenn der beizulegende Zeitwert bereits nachweislich vorsichtig ist.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die hier angeführten Schätzwerte die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übersteigen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

¹ Vorsichtige Bewertung ist eine Kapitalanforderung für zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Aktiva. Es stellt einen Mechanismus zur Quantifizierung und Kapitalisierung von Bewertungsunsicherheiten gemäß der durch die Europäische Kommission verabschiedeten delegierten Verordnung (EU 2016/101) dar, welche ergänzend zu Artikel 34 der CRR (Verordnung Nr. 575/2013), von Instituten erfordert die Vorschriften in Artikel 105(14) zur vorsichtigen Bewertung auf all ihre zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva anzuwenden und den Betrag erforderlicher zusätzlicher Bewertungsanpassungen vom CET 1-Kapital abzuziehen.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Wertpapiere:				
Schuldtitle	213	137	212	158
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	13	12	12	11
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	46	40	38	31
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	154	85	161	116
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	116	68	179	105
Derivate:				
Kreditderivate	238	158	489	627
Aktienderivate	209	150	183	131
Zinsderivate	429	187	364	147
Wechselkursderivate	32	21	17	13
Sonstige	143	92	161	100
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	377	227	539	261
Kreditzusagen	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0
Insgesamt	1.758	1.040	2.144	1.542

¹ Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level-3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquider Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum refe-

renzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleiheinhaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleiheinhaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden,
und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern

31.12.2016

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere						
	294	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 119	103 % 2.000
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere						
	1.071	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 105 0 % 0 % 0 %	110 % 2.000 100 % 18 % 29 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt						
	1.365	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere						
Schuldtitel	3.626	1.757	Kursverfahren	Kurs	0 %	169 %
Handelsbestand	3.373	52	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	26	882
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuld- instrumente	3.373					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	253					
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Verpflichtungen	0	1.705				
Eigenkapitaltitel						
Handelsbestand	274	0		Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	60 % 1	100 % 12
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	633		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	22 %
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Verpflichtungen	30					
Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
Handelsbestand	4.105	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 180	180 % 4.612
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Vermögenswerte:	980			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.486			Erlösquote	25 %	80 %
Kreditzusagen						
	0	40	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote	0 30 %	481 99 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen						
	2.974 ²	485 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo rate (bps)	3 % 178	24 % 214
Zum beizulegenden Zeitwert aus- gewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt						
	16.474	2.282				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 1,6 Mrd € sonstige Handelsaktiva, 592 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 780 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 444 Mio € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 41 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

							31.12.2016
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne		
	Vermö- gens- werte	Verbind- lichkeiten					
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene							
Finanzinstrumente:							
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:							
Zinsderivate	5.587	3.446	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	- 0	2.309	
				Zinssatz bei Inflationsswaps	- 1 %	16 %	
				Konstante Ausfallrate	0 %	15 %	
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 %	19 %	
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	5 %	
				Zinsvolatilität	0 %	123 %	
				Korrelation zwischen Zinssätzen	- 12 %	99 %	
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	- 50 %	93 %	
Kreditderivate	829	1.126	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	0	8.427	
				Erlösquote	0 %	100 %	
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	85 %	
Aktienderivate	1.142	2.098	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	10 %	67 %	
				Indexvolatilität	10 %	44 %	
				Korrelation zwischen Indizes	73 %	88 %	
				Korrelation zwischen Aktien	8 %	88 %	
				Aktien Forward	0 %	8 %	
				Index Forward	0 %	20 %	
Devisenderivate	1.654	1.780	Optionspreismodell	Volatilität	- 8 %	39 %	
Sonstige Derivate	586	- 441 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	-	-	
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	5 %	110 %	
				Korrelation zwischen Rohstoffen	- 21 %	85 %	
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative							
Finanzinstrumente insgesamt	9.798	8.008					

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

31.12.2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögen s- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	224	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 370	105 % 1.500
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	1.891	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 32 0 % 0 % 0 %	111 % 2.000 100 % 24 % 51 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.115	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere						
Schuldtitel	4.721	1.654	Kursverfahren	Kurs	0 %	230 %
Handelsbestand	4.229	18	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	9	984
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	4.229					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	330					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	163	1.636				
Eigenkapitaltitel	1.248	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	70 % 1	100 % 18
Handelsbestand	325	0		Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	12 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	901		DCF-Verfahren			
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	21					
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.626	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	146 %
Handelsbestand	6.076	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	103	2.787
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:	3.672			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.879			Erlösquote	10 %	82 %
Kreditzusagen	0	84	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote	5 20 %	1.257 75 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.394 ²	1.333 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo rate (bps)	4 % 125	24 % 277
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	22.104	3.071				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 6 Mio € sonstige Handelsaktiva, 623 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 765 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1,2 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 84 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.12.2015

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermö- gens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene						
Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.775	2.337	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	-20	915
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0 %	8 %
				Konstante Ausfallrate	0 %	6 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	19 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	9 %	176 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	-25 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	-70 %	99 %
Kreditderivate	2.626	1.771	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	3	8.526
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	89 %
Aktienderivate	695	1.402	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	9 %	89 %
				Indexvolatilität	12 %	85 %
				Korrelation zwischen Indizes	45 %	93 %
				Korrelation zwischen Aktien	5 %	93 %
Devisenderivate	1.613	1.604	Optionspreismodell	Volatilität	2 %	24 %
Sonstige Derivate	736	-380 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	0	0
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	36 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	-21 %	90 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivate						
Finanzinstrumente insgesamt	9.445	6.733				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus der am Bilanzstichtag gehaltenen, originären Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	28	378
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.597	658
Sonstige Handelsaktiva	-80	42
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-1	156
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	90	47
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	-6	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.628	1.282
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	-2	-0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-1.001	-967
Sonstige Handelsspassiva	-0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	59	-134
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-139	384
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	-1.082	-717
Insgesamt	547	565

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Handelstaggewinne im Jahresverlauf, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2016	2015
Bestand am Jahresanfang	955	973
Neue Geschäfte während der Periode	454	493
Abschreibung	-297	-365
Ausgelaufene Geschäfte	-158	-137
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	-39	-14
Wechselkursveränderungen	0	5
Bestand am Jahresende	916	955

15 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Die Bewertungstechniken, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, und die jeweilige Kategorisierung der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts, entsprechen jenen, die in der Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ aufgeführt sind.

Wie in der Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in der Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente nicht gehandelt werden.

Kurzfristige Finanzinstrumente – Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des beizulegenden Zeitwerts für die folgenden Finanzinstrumente dar, die überwiegend kurzfristig sind:

Aktiva	Passiva
Barreserven und Zentralbankeinlagen	Einlagen
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der beizulegende Zeitwert durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft – Der beizulegende Zeitwert wird unter Anwendung von DCF-Verfahren ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen in Anspruch genommenen Beträge berücksichtigen. Die Parameter Bonitätsrisiko, Ausfallrisiko und Inanspruchnahme zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und geeignet, anhand von Informationen aus dem betreffenden Kreditvertrag oder den CDS-Märkten ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl homogener Kredite (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der beizulegende Zeitwert auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Zahlungsströme unter Verwendung aktueller Zinssätze der Bank für diese Kreditprodukte berechnet. Bei vergleichbaren Kreditportfolios für Privatkunden außerhalb Deutschlands wird der beizulegende Zeitwert durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme des zugrunde liegenden Portfolios unter Verwendung risikoloser Zinssätze kalkuliert; der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem die Kredite mithilfe der Zinssätze abgezinst werden, zu denen ähnliche Kredite zum Bilanzstichtag begeben werden könnten. Für andere Kreditportfolios wird der Barwert ermittelt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung. Der beizulegende Zeitwert von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Loan-Obligation-(CLO-)Transaktionen verwendet, welche mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entlehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere – Der beizulegende Zeitwert wird im Rahmen der Bewertung durch Abzinsung zukünftiger Zahlungsströme unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten. Diese Produkte sind typischerweise kurzfristig und hoch besichert, weshalb der beizulegende Zeitwert sich regelmäßig nicht signifikant vom Buchwert unterscheidet.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – Sofern verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Stehen diese nicht zur Verfügung, wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Zahlungsströme mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem Instrumente mit ähnlichen Eigenschaften am Bilanzstichtag hätten emittiert werden können.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

31.12.2016					
in Mio €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten (Level 1)	Bewertungs- verfahren mit beobachtbaren Parametern (Level 2)	Bewertungs- verfahren mit nicht- beobachtbaren Parametern (Level 3)
Finanzaktiva:					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	181.364	181.364	181.364	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	11.606	11.606	58	11.548	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	16.287	16.287	0	16.287	0
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.081	20.081	0	20.081	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	408.909	407.834	0	28.703	379.132
Zum Verkauf bestimmt	3.206	3.305	3.305	0	0
Sonstige Finanzaktiva	112.479	112.468	0	112.468	0
Finanzpassiva:					
Einlagen	550.204	550.402	2.232	548.170	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	25.740	25.739	0	25.739	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.598	3.598	0	3.598	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	17.295	17.289	0	17.268	21
Sonstige Finanzpassiva	135.273	135.273	1.282	133.991	0
Langfristige Verbindlichkeiten	172.316	171.178	0	161.976	9.201
Hybride Kapitalinstrumente	6.373	6.519	0	6.263	257

31.12.2015					
in Mio €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten (Level 1)	Bewertungs- verfahren mit beobachtbaren Parametern (Level 2)	Bewertungs- verfahren mit nicht- beobachtbaren Parametern (Level 3)
Finanzaktiva:					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	96.940	96.940	96.940	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	12.842	12.842	1.540	11.302	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	22.456	22.456	0	22.456	0
Forderungen aus Wertpapierleihen	33.557	33.557	0	33.557	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	427.749	426.365	0	30.040	396.325
Zum Verkauf bestimmt	0	0	0	0	0
Sonstige Finanzaktiva	101.901	101.868	0	101.868	0
Finanzpassiva:					
Einlagen	566.974	566.652	3.638	563.014	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	9.803	9.803	0	9.803	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.270	3.270	0	3.270	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	28.010	28.003	0	28.000	3
Sonstige Finanzpassiva	149.994	149.994	1.106	148.888	0
Langfristige Verbindlichkeiten	160.016	160.065	0	152.297	7.768
Hybride Kapitalinstrumente	7.020	7.516	0	7.087	430

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft – Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert beruht im Wesentlichen aus einem Anstieg der erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität bei der impliziten Marktpreisbildung seit der erstmaligen Bilanzierung. Diese Rückgänge in den beizulegenden Zeitwerten werden durch einen Anstieg des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert resultiert aus der Veränderung der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können.

16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	9.405	18.042
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	7.652	2.890
US-Kommunalbehörden	3.261	3.103
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	23.779	34.123
Unternehmen	6.849	8.922
Sonstige Asset Backed Securities	84	588
Mortgage Backed Securities einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	17	28
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	470	570
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	51.516	68.266
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	1.027	1.166
Investmentanteile	122	75
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	1.149	1.241
Sonstiger Anteilsbesitz	804	974
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.759	3.102
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	56.228	73.583

Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 7 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ dieses Berichts verwiesen.

17 – Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere

Im ersten Quartal 2016 begann der Konzern die neue Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ zu verwenden, um die Ertrags- und Kapitalvolatilität in seinem Anlagebuch sachgerechter darzustellen. Die neue Bilanzkategorie steuert die mit einem Zinsänderungsrisiko behafteten Positionen des Anlagebuchs und unterstützt den Konzern dabei, spezifische Ziele seines Aktiv-Passiv-Managements, wie die Transformation von Kapitalbindungsfristen, zu erreichen.

Der Konzern hat mit Wirkung zum 4. Januar 2016 Wertpapiere in Höhe von 3,2 Mrd € aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmet. Bei allen umgewidmeten finanziellen Vermögenswerten handelt es sich um erstklassige Staatsanleihen, sonstige supranationale und staatsnahe Anleihen, die von Treasury als Teil der strategischen Liquiditätsreserve (Strategic Liquidity Reserve; SLR) verwaltet werden.

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte von aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmeten Wertpapieren

in Mio €	4.1.2016	31.12.2016	
	Buchwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Umgewidmete festverzinsliche Wertpapiere:			
G7-Staatsanleihen	432	428	446
Sonstige Staatsanleihen, supranationale und staatsnahe Anleihen	2.809	2.778	2.859
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die in "Bis zur Endfälligkeit gehalten" umgewidmet wurden	3.241	3.206	3.305

18 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert.

Der Konzern hält Anteile an 92 assoziierten Unternehmen (2015: 91) und 14 gemeinschaftlich geführten Unternehmen (2015: 15). Nach der Veräußerung des Anteils an der Hua Xia Bank Company Limited gibt es keine weiteren Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen, die für den Konzern von wesentlicher Bedeutung sind.

Zusammengefasste Finanzinformationen zu den einzeln betrachtet unwesentlichen Anteilen des Konzerns an gemeinschaftlich geführten Unternehmen und assoziierten Unternehmen

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Summe der Beteiligungsbuchwerte der einzeln betrachtet unwesentlichen Beteiligungen	1.027	1.013
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	183	177
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0
Summe der Anteile des Konzerns am sonstigen Ergebnis	11	4
Summe der Anteile des Konzerns am Gesamtergebnis	194	181

19 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

in Mio €	31.12. 2016						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz-instrumenten	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinzahlungen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	17.755	- 4.020	13.735	0	0	- 13.719	16
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinzahlungen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	2.552	0	2.552	0	0	- 2.225	327
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	18.470	0	18.470	0	0	- 17.637	832
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	1.611	0	1.611	0	0	- 1.555	56
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	171.520	- 477	171.044	0	- 101	- 884	170.059
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	592.048	- 126.523	465.525	- 386.727	- 51.790	- 9.349	17.658
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.625	0	19.625	0	- 2.055	- 1.244	16.327
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	95.802	- 40.998	54.804	- 2.748	- 928	- 46.670	4.457
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	32.783	0	32.783	0	0	- 21.074	11.709
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	911.778	- 167.998	743.781	- 389.475	- 54.874	- 79.221	220.211
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	408.909	0	408.909	0	- 13.039	- 47.703	348.167
Sonstige Aktiva	153.732	- 27.686	126.045	- 39.567	- 589	- 104	85.786
Davon: positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.830	- 5.314	3.516	- 2.719	- 589	- 104	104
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	275.442	0	275.442	0	- 423	- 307	274.712
Summe der Aktiva	1.790.249	- 199.704	1.590.546	- 429.042	- 68.925	- 162.473	930.106

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12. 2016						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermö- gens- werte (netto)	Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
				Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instru- menten		
Einlagen	550.204	0	550.204	0	0	0	550.204
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	21.209	- 4.020	17.189	0	0	- 17.189	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	8.551	0	8.551	0	0	- 8.403	149
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	3.524	0	3.524	0	0	- 3.524	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	75	0	75	0	0	- 50	25
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	57.902	- 873	57.029	0	0	0	57.029
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	569.064	- 124.325	444.739	- 386.612	- 35.124	- 9.325	13.678
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.119	0	19.119	0	- 1.721	- 897	16.501
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	82.421	- 39.031	43.390	- 2.748	0	- 40.642	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	17.694	0	17.694	0	- 7.910	- 7.664	2.120
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	746.200	- 164.228	581.971	- 389.360	- 44.755	- 58.528	89.328
Sonstige Passiva	186.896	- 31.456	155.440	- 56.679	- 1.298	0	97.463
Davon: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	5.793	- 1.200	4.593	- 2.834	- 1.297	0	463
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	208.773	0	208.773	0	0	0	208.773
Summe der Passiva	1.725.431	- 199.704	1.525.727	- 446.039	- 46.053	- 87.693	945.942

Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2015						Nettobetrag
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz-instrumenten	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinglagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	21.309	- 5.174	16.135	0	0	- 16.127	8
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinglagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	6.321	0	6.321	0	0	- 5.910	411
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	13.956	0	13.956	0	0	- 13.448	508
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.601	0	19.601	0	0	- 18.583	1.018
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.478	- 442	196.035	0	- 12	- 592	195.431
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	612.412	- 113.977	498.435	- 407.171	- 55.896	- 13.218	22.150
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	17.159	0	17.159	0	0	0	17.159
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	86.596	- 30.801	55.796	- 2.146	- 1.167	- 44.437	8.045
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	53.457	0	53.457	0	0	- 28.793	24.664
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	966.102	- 145.219	820.883	- 409.317	- 57.075	- 87.041	267.449
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	427.768	- 19	427.749	0	- 14.296	- 49.117	364.335
Sonstige Aktiva	134.742	- 16.605	118.137	- 58.478	- 7	0	59.652
Davon: positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.272	- 5.137	3.136	- 2.461	0	0	674
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	206.348	0	206.348	0	- 555	- 549	205.245
Summe der Aktiva	1.796.146	- 167.016	1.629.130	- 467.795	- 71.933	- 190.775	898.627

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12. 2015						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermö- gens- werte (netto)	Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
				Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instru- menten		
Einlagen	566.993	- 19	566.974	0	0	0	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	9.089	- 5.135	3.954	0	0	- 3.954	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentral- bankeinlagen und aus Wertpapierpensionsge- schäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	5.849	0	5.849	0	0	- 5.130	719
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.795	0	1.795	0	0	- 1.795	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	1.475	0	1.475	0	0	- 951	524
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	53.215	- 910	52.304	0	0	0	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	588.281	- 117.306	470.975	- 403.267	- 53.149	- 14.559	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	23.101	0	23.101	0	0	- 2.867	20.234
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	50.690	- 29.929	20.761	- 2.105	0	- 18.657	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	32.612	0	32.612	0	0	- 11.077	21.535
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	747.899	- 148.145	599.754	- 405.372	- 53.149	- 47.160	94.073
Sonstige Passiva	188.723	- 13.718	175.005	- 68.626	0	0	106.379
Davon: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.615	- 2.250	6.365	- 6.365	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	206.699	0	206.699	0	0	0	206.699
Summe der Passiva	1.728.522	- 167.016	1.561.506	- 473.998	- 53.149	- 58.990	975.368

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ beschriebenen Kriterien aufgerechnet wurden.

In der Spalte „Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen zur Abwicklung auf Nettobasis/Simultanabwicklung oder weil die Rechte zur Aufrechnung abhängig vom Ausfall der Kontrahenten sind, nicht aufgerechnet wurden. Die Beträge für sonstige Aktiva und Passiva beinhalten Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Sicherheitsleistungen.

In den Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ sind die bezogen auf die Gesamtsumme der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erhaltenen beziehungsweise verpfändeten Beträge von Barsicherheiten und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ausgewiesen, einschließlich solcher, die sich auf Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beziehen, die nicht aufgerechnet worden sind.

Rechtlich nicht durchsetzbare Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen oder ähnliche Vereinbarungen gelten für Verträge in Jurisdiktionen, in denen die Aufrechnungsansprüche nach Maßgabe des dort geltenden Konkursrechts möglicherweise nicht anerkannt werden

Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den Sonstigen Passiva beziehungsweise Sonstigen Aktiva bilanziert.

Die Barsicherheiten und die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

20 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015 ¹
Finanzintermediation	49.618	61.739
Verarbeitendes Gewerbe	29.290	28.131
davon:		
Metallerzeugung und Bearbeitung	4.027	4.276
Elektrische und optische Geräte	4.680	3.334
Herstellung von Fahrzeugen	3.655	3.869
Chemische Erzeugnisse	3.906	4.077
Maschinenbau	2.461	2.907
Nahrungs- und Futtermittel	3.214	2.501
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	37.093	45.317
Private Haushalte – Hypothekenkredite	150.776	154.689
Öffentliche Haushalte	15.740	17.244
Handel	16.744	18.327
Gewerbliche Immobilien	27.369	22.879
Leasingfinanzierungen	561	561
Fondsmanagement	26.129	26.091
Sonstige	60.223	58.572
davon:		
Vermietung von Maschinen und andere Geschäftsbereiche	22.298	20.235
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12.005	12.237
Bergbau und Gewinnung von Energieprodukten	3.365	4.772
Strom-, Gas- und Wasserversorgung	4.369	4.328
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	413.544	433.549
Abgegrenzte Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	88	772
Forderungen aus dem Kreditgeschäft abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	413.455	432.777
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	4.546	5.028
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	408.909	427.749

¹ Vorjahreswerte wurden angepasst um Veränderungen bei den Branchen zu reflektieren.

21 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle

in Mio €	2016			2015			2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.252	2.776	5.028	2.364	2.849	5.212	2.857	2.732	5.589
Wertberichtigungen für Kreditausfälle									
Nettoabschreibungen:									
Abschreibungen	-894	-870	-1.764	-482	-612	-1.094	-997	-512	-1.509
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	-979	-972	-1.951	-538	-717	-1.255	-1.037	-613	-1.650
abgeschriebenen Krediten	85	101	187	56	105	161	40	101	141
Sonstige Veränderung	-30	-35	-65	36	-8	28	5	-2	3
Bestand am Jahresende	2.071	2.475	4.546	2.252	2.776	5.028	2.364	2.849	5.212

Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns (Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen)

in Mio €	2016			2015			2014		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	144	168	312	85	141	226	102	114	216
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft									
Zweckbestimmte Verwendung	24	12	36	58	16	74	-13	18	4
Sonstige Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Veränderung	-5	3	-2	1	10	11	-4	10	6
Bestand am Jahresende	162	183	346	144	168	312	85	141	226

22 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er finanzielle Vermögenswerte, die in der Bilanz ausgewiesen werden, überträgt und als Ergebnis den gesamten Vermögenswert entweder vollständig ausbucht oder ihn im Rahmen eines anhaltenden Engagements, abhängig von bestimmten Kriterien, als übertragenen Vermögenswert zurückbehält. Diese Kriterien werden in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und –einschätzungen“ erläutert.

Soweit es sich um finanzielle Vermögenswerte handelt, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, werden diese als besicherte Finanzierung und die erhaltene Gegenleistung als korrespondierende Verbindlichkeit gesehen. Der Konzern ist nicht berechtigt, diese finanziellen Vermögenswerte für andere Zwecke zu nutzen. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte, Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei solchen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Informationen zu den Arten der übertragenen Vermögenswerte und den zugrunde liegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Buchwert der übertragenen Vermögenswerte		
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	30.089	26.752
Wertpapierleihen	40.405	51.300
Total Return Swaps	2.083	2.648
Sonstige	426	642
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	73.003	81.342
Sonstige Handelsaktiva	85	12
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	241	2.192
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	68	536
Insgesamt	73.398	84.082
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	51.264	52.717

Informationen zu übertragenen Vermögenswerten, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, bei der die dazugehörige Verbindlichkeit ein Regressrecht auf die übertragenen Vermögenswerte gewährt¹

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Wertpapiere des Handelsbestands	0	0	300	300
Sonstige Handelsaktiva	0	0	0	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	0	1.372 ²	1.372
Forderungen aus Kreditgeschäft	0	0	18	19
Insgesamt	0	0	1.690	1.691
Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeit	0	0	1.460	1.460
Nettoposition	0	0	230	231

¹ Dazugehörige Verbindlichkeiten wurden nicht im Rahmen von konsolidierten vom Konzern gesponserten Verbriefungen ausgegeben.

² Das Kommunalanleiheprogramm „Muni Tender Options Bond Trusts“ wurde ausgesetzt und die entsprechenden Anleihen in Höhe von 1,4 Mrd € an eine neue Deutsche Bank-Gesellschaft (DB Munico Ltd.) übertragen.

Buchwert übertragener Vermögenswerte, die der Konzern noch im Rahmen eines anhaltenden Engagements bilanziert

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	0	21
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	332	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	40	96
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	0	21
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	263	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	16	33
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	58	37

Der Konzern kann einige Risikopositionen im Hinblick auf die zukünftige Wertentwicklung eines übertragenen finanziellen Vermögenswerts durch neue oder bereits bestehende vertragliche Rechte und Verpflichtungen zurückbehalten und dennoch ist es noch möglich, den Vermögenswert auszubuchen. Das anhaltende Engagement wird als neues Instrument erfasst, das sich vom übertragenen finanziellen Vermögenswert unterscheiden kann. Typische Transaktionen sind zurückbehaltene vorrangige Schuldverschreibungen nicht-konsolidierter Verbriefungsstrukturen, auf die begebene Kredite übertragen wurden, Finanzierungen mit Zweckgesellschaften, denen der Konzern ein Portfolio an Vermögenswerten verkauft hat, oder Verkäufe von Vermögenswerten mit kreditgebundenen Swaps. Das Risiko des Konzerns bei derartigen Transaktionen wird nicht als wesentlich angesehen, da eine substantielle Zurückbehaltung der Risiken, die im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögenswerten stehen, üblicherweise zu einer anfänglichen Unmöglichkeit der Ausbuchung führen wird. Transaktionen, bei denen nicht davon auszugehen ist, dass sie in einem anhaltenden Engagement resultieren, umfassen Gewährleistungen in Bezug auf betrügerische Handlungen, die eine Übertragung infolge eines Gerichtsverfahrens ungültig machen könnten, geeignete Durchleitungsvereinbarungen und standardisierte Treuhänder- oder Verwaltungsgebühren, die nicht im Zusammenhang mit der Wertentwicklung stehen.

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzernbilanz

in Mio €	31.12.2015			31.12.2015		
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko ¹
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:						
Anleihen aus Verbriefungen	3	3	57	56	56	132
Sonstige	12	12	12	12	12	12
Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	15	15	69	68	68	144
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Anleihen aus Verbriefungen	0	0	0	134	134	134
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	32	32	32	11	11	11
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	32	32	32	145	145	145
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Anleihen aus Verbriefungen	0	0	0	0	0	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	47	47	101	214	214	289
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten:						
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	64	64	0	57	57	0
Finanzielle Verbindlichkeiten, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	64	64	0	57	57	0

¹ Das maximale Verlustrisiko ist definiert als der Buchwert zuzüglich Nominalwert einer jeden nicht gezogenen Kreditzusage die nicht als Verbindlichkeit erfasst wird.

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	31.12.2016			31.12.2015		
	Ergebnis im Jahr 2016	kumuliertes Ergebnis	Veräußerungsergebnis	Ergebnis im Jahr 2015	kumuliertes Ergebnis	Veräußerungsergebnis
Anleihen aus Verbriefungen	0	6	0	86	97	0 ¹
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	163	385	0	119	716	0
Ergebnis aus anhaltendem Engagement in ausgebuchten Vermögenswerten	163	392	0	205	813	0

¹ Die typischen in die Verbriefungen verkauften Vermögenswerte waren zum beizulegenden Zeitwert bewertet und deshalb war das Veräußerungsergebnis nicht materiell.

23 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Sicherheiten hauptsächlich im Rahmen der besicherten Refinanzierung, bei dem Abschluss von Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihen sowie sonstigen Leihe-Verträgen und für Besicherungszwecke bei Verbindlichkeiten aus OTC-Geschäften. Verpfändungen werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt.

**Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder
Eventualverbindlichkeiten¹**

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	49.045	51.904
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	16.081	3.554
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	73.649	45.776
Sonstige	376	302
Insgesamt	139.150	101.535

¹ Beinhaltet keine als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte die nicht zu einer Verbindlichkeit oder einer Eventualverbindlichkeit in der Bilanz führen.

**Gesamte als Sicherheiten verpfändete Vermögenswerte, die dem Sicherungsnehmer frei zum Verkauf beziehungsweise zur
weiteren Sicherheitenstellung zur Verfügung stehen¹**

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	76.335	80.480
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	13.814	819
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	0	347
Insgesamt	90.149	81.646

¹ Beinhaltet als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte, die nicht zu einer Verbindlichkeit oder einer Eventualverbindlichkeit in der Bilanz führen.

Der Konzern erhält Vermögenswerte als Sicherheiten hauptsächlich aus Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften, derivativen Transaktionen, Kundenkrediten und anderen Transaktionen. Diese Transaktionen werden üblicherweise zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Der Konzern als Sicherheitennehmer hat das Recht, derartige Sicherheit zu verwerten oder weiterzuverpfänden, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesem Recht wird hauptsächlich Gebrauch gemacht, um Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	260.065	286.032
davon:		
Verkaufte oder weiterverpfändete Sicherheiten	217.419	238.236

24 – Sachanlagen

in Mio €	Eigen- genutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2015	1.560	2.947	2.379	141	7.027
Veränderung des Konsolidierungskreises	8	- 37	- 72	0	- 101
Zugänge	4	153	162	114	432
Umklassifizierung	- 2	76	181	- 129	126
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 5	82	1	- 2	77
Abgänge	132	267	61	0	461
Wechselkursveränderungen	- 1	107	72	6	184
Bestand zum 31. Dezember 2015	1.432	3.060	2.662	130	7.284
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 0	24	- 1	0	23
Zugänge	134	199	111	281	725
Umklassifizierung	35	- 4	144	- 171	4
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 17	0	0	- 0	- 17
Abgänge	67	908	117	- 0	1.092
Wechselkursveränderungen	- 1	34	21	1	55
Bestand zum 31. Dezember 2016	1.516	2.406	2.820	240	6.982
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2015	498	2.121	1.500	0	4.118
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 1	- 31	- 64	0	- 96
Abschreibungen	35	234	170	0	439
Wertminderungen	6	16	3	1	27
Wertaufholungen	0	9	0	0	9
Umklassifizierung	- 3	21	93	- 1	109
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 0	58	7	0	65
Abgänge	73	239	38	0	349
Wechselkursveränderungen	2	86	46	- 0	134
Bestand zum 31. Dezember 2015	464	2.257	1.716	0	4.438
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 0	19	- 6	0	12
Abschreibungen	28	226	191	0	445
Wertminderungen	87 ¹	6	0	0	93
Wertaufholungen	0	- 0	0	0	0
Umklassifizierung	39	- 14	6	- 0	30
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 0	- 1	- 1	0	- 2
Abgänge	46	803	42	0	891
Wechselkursveränderungen	- 2	31	23	0	52
Bestand zum 31. Dezember 2016	572	1.720	1.886	0	4.178
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2015	967	802	946	130	2.846
Bestand zum 31. Dezember 2016	944	685	934	240	2.804

¹ Davon waren 86 Mio als Wertminderung auf eine einzelne Liegenschaft erfasst aufgrund einer Werthaltigkeitsprüfung nach IAS36.102.

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in Sachaufwendungen und sonstigen Aufwendungen gezeigt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf 46 Mio €.

Zum Jahresende 2016 beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 139 Mio €.

25 – Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Finanzierungs-Leasingverträge wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt.

Nettobuchwert der jeweiligen Anlageklasse von Finanzierungs-Leasingverhältnissen

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Grundstücke und Gebäude	12	14
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Sonstige	0	0
Buchwert am Jahresende	14	15

Künftige Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungs-Leasingverhältnissen des Konzerns

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
Bis 1 Jahr	6	6
1 bis 5 Jahre	18	20
Länger als 5 Jahre	67	70
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	91	97
Abzüglich Zinsanteil	63	66
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	28	30
Erwartete Mindestleasingzahlungen aus Untermietverhältnissen	3	4
Bedingte Mietzahlungen, in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen¹	0	0

¹ Die bedingten Mietzahlungen orientieren sich an Referenzzinssätzen wie dem 3-Monats-EURIBOR; unterhalb eines bestimmten Zinssatzes erhält der Konzern eine Rückerstattung.

Operating-Leasingverhältnisse

Der Konzern mietet den größten Teil seiner Büros und Filialen langfristig. Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Operating-Leasingverhältnisse wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt. Sie enthalten Verlängerungsoptionen, mit denen die Verträge für mehrere Perioden verlängert werden können, sowie Preisanpassungs- und Ausstiegsklauseln, die den Marktkonditionen für Geschäftliegenschaften entsprechen. Dagegen ergeben sich aus diesen Operating-Leasingverhältnissen keine Restriktionen für zukünftige Dividendenzahlungen oder für Fremdkapitalaufnahmen durch den Konzern. Der Konzern hat ein materielles Operating-Leasingverhältnis, das fünf Verlängerungsoptionen für jeweils fünf weitere Jahre und keine Kaufoption enthält.

Künftige Mindestleasingzahlungen aus den Operating-Leasingverhältnissen des Konzerns

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
Bis 1 Jahr	707	773
1 bis 5 Jahre	2.092	2.398
Länger als 5 Jahre	1.093	1.999
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	3.893	5.170
Abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	89	91
Nettomindestleasingzahlungen	3.804	5.079

Der Rückgang der künftigen Mindestleasingzahlungen insgesamt zum Jahresende 2016 gegenüber der Vorjahreszahl spiegelt auch den Wegfall künftiger Leasingverpflichtungen durch den Verkauf der Maher Terminals Port Elizabeth im vierten Quartal 2016 wider.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen zum 31. Dezember 2016 beinhalteten 323 Mio € für die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, die zum 1. Dezember 2011 verkauft und wieder angemietet wurde. Im Rahmen dieser Sale-and-Lease-Back-Transaktion schloss der Konzern einen über 181 Monate laufenden Mietvertrag für das gesamte Gebäude ab.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 832 Mio € gezahlt, davon wurden 844 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 6 Mio € für bedingte Mietzahlungen abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 18 Mio € geleistet.

26 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert

Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts

Der Bilanzwert des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts haben sich in den Geschäftsjahren 2016 und 2015 nach zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („ZGE“) wie unten dargestellt entwickelt. Zum 1. Januar 2016 wurde die Struktur der primären ZGEs nach der Neugestaltung der Geschäftstätigkeit unter einer neuen Segmentstruktur geändert. Weitere Informationen zu Änderungen in der Darstellung der Segmentberichterstattung finden Sie in der Anhangangabe 4, "Segmentberichterstattung".

Geschäfts- oder Firmenwert, zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet

in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private & Commercial Clients	Wealth Manage- ment	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit ¹	Sonstige	Total
Bestand zum 1. Januar 2015	1.459	1.032	999	506	3.625	1.764	0	134	9.518
Zugänge	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Ge- schäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	-47	-1	0	-138	-186
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	0	0	0	-1	0	0	0	0	-1
Wertminderungen ²	-1.568	-600	-1.002	0	0	-1.763	0	0	-4.933
Wechselkursverände- rungen/Sonstige	109	87	3	26	262	0	0	5	492
Bestand zum 31. Dezember 2015	0	519	0	530	3.839	0	0	1	4.890
Bruttobetrag des Ge- schäfts- oder Firmenwerts	2.597	1.513	963	530	3.839	1.763	667	607	12.479
Kumulierte Wertminderungen	-2.597	-994	-963	0	0	-1.763	-667	-606	-7.589
Bestand zum 1. Januar 2016	0	519	0	530	3.839	0	0	1	4.890
Zugänge	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Ge- schäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierungen	285	0	0	0	-285	0	0	0	0
Umklassifizierung aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	-12	0	0	0	-12
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertminderungen ²	-285	0	0	0	-500	0	0	0	-785
Wechselkursverände- rungen/Sonstige	0	13	0	33	-37	0	0	0	10
Bestand zum 31. Dezember 2016	0	532	0	564	3.006	0	0	1	4.103
Bruttobetrag des Ge- schäfts- oder Firmenwerts	2.953	1.553	998	564	3.506	1.763	669	1	12.007
Kumulierte Wertminderungen	-2.953	-1.021	-998	0	-500	-1.763	-669	0	-7.904

¹ Beinhaltet die primären ZGEs „NCOU Wholesale Assets“ und „NCOU Operating Assets“.

² Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts werden als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Neben den primären ZGEs weisen die Segmente GM und NCOU Geschäfts- oder Firmenwerte aus, die aus dem Erwerb von nicht integrierten Investments resultieren und deshalb nicht den primären ZGEs der jeweiligen Segmente zugeordnet wurden. Solche Geschäfts- oder Firmenwerte sind in der obigen Tabelle unter „Sonstige“ zusammengefasst. Die nicht integrierten Investments in der NCOU bestanden aus den Beteiligungen an der Maher Terminals LLC und der Maher Terminals of Canada Corp. Diese Beteiligungen wurden im vierten Quartal 2016 und im dritten Quartal 2015 veräußert.

Die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwertes beinhalteten im Jahr 2016 im Wesentlichen Wertminderungen in Höhe von 785 Mio €, davon 285 Mio € in GM und 500 Mio € in Deutsche AM. Die Wertminderung in GM ist das Ergebnis einer Übertragung bestimmter Geschäfte von der Deutschen AM nach GM im zweiten Quartal 2016. Die Übertragung führte zu einer Neuordnung von 285 Mio € von Geschäfts- oder Firmenwert von Deutscher AM auf der Grundlage von relativen Werten gemäß IFRS. Die nachfolgende Werthaltigkeitsprüfung von GM führte zu einem Wertminderungsbedarf in Höhe von 285 Mio € aus dem neu zugewiesenen Geschäfts- oder Firmenwert. Die Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwertes in der Deutschen AM wurde im vierten Quartal 2016 im Zusammenhang mit dem Verkauf des Abbey Life-Geschäfts und der entsprechenden Bildung einer zum Verkauf bestimmten Veräuße-

rungsgruppe ausgewiesen. Unmittelbar vor ihrer erstmaligen Klassifizierung als Veräußerungsgruppe wurden die Buchwerte aller in der Abbey Life-Veräußerungsgruppe enthaltenen Vermögenswerte und Schulden gemäß den anwendbaren IFRS bewertet und erfasst. Da der Verkauf des Abbey Life-Geschäfts zu einem Betrag unterhalb des Buchwertes erfolgte, wurde nicht erwartet, dass der auf Abbey Life entfallende Teil des Geschäfts- oder Firmenwerts der ZGE Deutsche AM durch den Verkauf der Veräußerungsgruppe gestützt werden kann. Dementsprechend wurden die in die Veräußerungsgruppe zugeordneten Beträge für Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 500 Mio € sowie sonstiger immaterieller Vermögenswerte (Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts; „VOBA“) in Höhe von 515 Mio € als nicht werthaltig eingestuft und in voller Höhe abgeschrieben. Die Abschreibung wurde in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung unter den Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte erfasst. Weitere Informationen über die Auswirkungen aus der Veräußerung des Abbey Life-Geschäfts finden Sie im Abschnitt "Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte" in dieser Anhangangabe sowie unter Anhangangabe 27 "Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen".

Die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwertes im Geschäftsjahr 2015 (mit Ausnahme derjenigen, die auf Wechselkursveränderungen beruhen) beinhalteten im Wesentlichen die im dritten Quartal 2015 erfassten Wertminderungen in Höhe von 4.933 Mio €. Diese wurden in den ehemaligen ZGEs CB&S (2.168 Mio €) und PBC (2.765 Mio €) ausgewiesen. Nach der Resegmentierung des Konzerns im ersten Quartal 2016 wurden die Wertminderungsbeträge auf die neuen Segmente/ZGEs GM/CIB und PW&CC/Postbank, basierend auf den Geschäfts- oder Firmenwerten dieser Geschäftseinheiten vor der Wertminderung des dritten Quartals 2015, umgebucht. Dementsprechend wurden von dem Gesamtbetrag der Wertminderung über 4.933 Mio € ein Betrag von 1.568 Mio € auf GM, 600 Mio € auf CIB, 1.002 Mio € auf PCC und 1.763 Mio € auf die Postbank zugeordnet. Diese Aufwendungen waren das Ergebnis der im dritten Quartal 2015 durchgeführten Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwertes. Der Test wurde durch die weitere Konkretisierung der Strategie im dritten Quartal 2015 ausgelöst, vor allem durch die Auswirkungen der damals erwarteten höheren Eigenkapitalanforderungen für die beiden ehemaligen Segmente CB&S und PBC als auch die Erwartungen zu Veräußerungen in PBC. Im Zusammenhang mit dem Verkauf des kanadischen Hafenbetriebs von Maher Terminals wurde der zum Verkauf bestimmten Veräußerungsgruppe im ersten Quartal 2015 ein Geschäfts- oder Firmenwert von 138 Mio € zugeordnet.

Im Geschäftsjahr 2014 enthielten die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts die in der NCOU erfasste Wertminderung von 49 Mio € aus der Vollabschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts für das nicht integrierte Investment in Maher Terminals LLC (zuvor in der obigen Tabelle unter „Sonstige“ ausgewiesen). Der Buchwert der Maher Terminals LLC überschritt den erzielbaren Betrag, was zu einem Wertminderungsaufwand von 194 Mio € führte, der als Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte erfasst wurde. Von diesem Betrag entfielen 49 Mio € auf die vollständige Abschreibung des zugehörigen Geschäfts- oder Firmenwerts. Weitere 145 Mio € wurden auf andere, in dieser ZGE enthaltene immaterielle Vermögenswerte zugeordnet (siehe Abschnitt „Sonstige abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte“ in dieser Anhangangabe).

Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts

Ein bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit ZGEs zugewiesen. Der Definition in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ folgend, sind die primären ZGEs des Konzerns wie oben dargestellt. Ein Geschäfts- oder Firmenwert, der auf sonstige ZGEs entfällt, wird einzeln auf der Ebene jedes nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder ZGE, die Geschäfts- oder Firmenwerte ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Darüber hinaus und im Einklang mit IAS 36 wird der Geschäfts- oder Firmenwert auf Werthaltigkeit hin überprüft, falls ein testauslösendes Ereignis vorliegt. Der erzielbare Betrag einer ZGE entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Kosten der Veräußerung und dem Nutzungswert.

Die im Jahr 2016 durchgeführte Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwertes führte zu keiner Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert der primären Geschäfts- oder Firmenwert tragenden ZGEs des Konzerns, da deren erzielbare Beträge höher waren als ihre jeweiligen Bilanzwerte.

Die Fortentwicklung der neuen Strategie des Konzerns stellte ein testauslösendes Ereignis dar, aufgrund dessen im dritten Quartal 2015 ein Werthaltigkeitstest durchgeführt wurde. Die Überprüfung der Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte resultierte in Wertminderungen von insgesamt 4.933 Mio €, bestehend aus 2.168 Mio € und 2.765 Mio € in den ehemaligen ZGEs CB&S und PBC. Die Wertminderung in CB&S wurde vor allem durch Änderungen der Geschäftsaktivitäten im Zuge der erwarteten höheren Eigenkapitalanforderungen getrieben, die zu einem erzielbaren Betrag von rund 26,1 Mrd € führte. Die Wertminderung in PBC war, zusätzlich zu den veränderten Kapitalanforderungen, vor allem von den Erwartungen in Bezug auf die Veräußerungen der Hua Xia Bank Co. Ltd. und der Postbank bestimmt, die zu einem erzielbaren Betrag von rund 12,3 Mrd € für die ZGE führten.

Die erzielbaren Beträge aller verbleibenden primären ZGEs, mit Ausnahme derjenigen in der NCOU, lagen deutlich über ihren jeweiligen Bilanzwerten. Eine aufgrund testauslösender Ereignisse zum 31. Dezember 2015 durchgeführte Überprüfung bestätigte, dass es keine Anzeichen dafür gab, dass die verbleibenden Geschäfts- oder Firmenwerte in den primären ZGEs wertgemindert waren.

Eine Überprüfung der Konzernstrategie oder gewisse politische oder globale Risiken für die Bankenbranche könnten die Ergebnisprognosen für einige ZGEs des Konzerns negativ beeinflussen. Dazu zählen unter anderem eine Rückkehr der europäischen Staatsschuldenkrise, Unsicherheiten bei der Umsetzung bereits beschlossener Regelungen und der Einführung gewisser Gesetzesvorhaben, die aktuell in der Diskussion sind, sowie ein künftiger Rückgang des BIP-Wachstums. Dies könnte in der Zukunft zu einer Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts führen.

Bilanzwert

Der Bilanzwert einer primären ZGE wird unter Verwendung eines Kapitalzuordnungs-Modells hergeleitet. Das Kapitalzuordnungs-Modell verwendet das gesamte Eigenkapital des Konzerns zum jeweiligen Bewertungsstichtag einschließlich zusätzlicher Eigenkapitalbestandteile („Zusätzliche Tier-1-Anleihen“), welche unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind. Dieses gesamte Eigenkapital wird um spezifische Effekte im Zusammenhang mit nicht integrierten Investments bereinigt, die, wie oben beschrieben, individuell auf Werthaltigkeit überprüft werden, und beinhaltet eine Anpassung für Geschäfts- oder Firmenwerte, welche auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen sind.

Innerhalb der Kapitalzuordnung wird das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital (bereinigt um nicht integrierte Investments) in einem zweistufigen Verfahren auf die primären ZGEs zugeordnet, welches sowohl mit der Ermittlung des erzielbaren Betrags als auch mit der derzeitigen internen Kapitalallokationsmethode abgestimmt ist. Das zweistufige Verfahren funktioniert wie folgt: zunächst unter Nutzung einer solvenz-basierten Allokation des den Deutschen Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals, bis das Zielniveau einer harten Kernkapitalquote (CRR/CRD 4 Vollumsetzung) erreicht ist. Danach erfolgt, falls anwendbar, eine inkrementelle Zuordnung von Kapital, um die Anforderungen an die Verschuldungsquote zu berücksichtigen. Die solvenz-basierte Allokation beinhaltet immaterielle Vermögenswerte im Einklang mit deren aufsichtsrechtlicher Behandlung. Des Weiteren wird Kapital auf Basis des relativen Anteils der ZGE an den Risikoaktiva, der Kapitalabzüge sowie der regulatorischen Überleitungspositionen allokiert. Im zweiten Schritt, falls anwendbar, erhalten die ZGEs Kapital im Verhältnis ihres Beitrags zum Risikomaß der Verschuldungsquote des Konzerns allokiert. Zusätzlich werden die Anteile ohne beherrschenden Einfluss (inklusive der Anpassung für Geschäfts- oder Firmenwerte, welche auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen sind) im Bilanzwert der jeweils betreffenden primären ZGE berücksichtigt. Die Zusätzlichen Tier-1-Anleihen werden auf die primären ZGEs im Verhältnis ihrer jeweiligen Unterschreitung des Maßes für die Verschuldungsquote zugeordnet, welche von der Zielverschuldungsquote des Konzerns, dem jeweiligen Risikomaß für die Verschuldungsquote einer ZGE und dem allokierten harten Kernkapital abhängt.

Der Bilanzwert für nicht integrierte Investments wird auf Basis des entsprechenden Eigenkapitals bestimmt.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt die erzielbaren Beträge der primären ZGEs auf der Grundlage des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten (Level 3 in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts) und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf Discounted-Cashflow (DCF) Basis. Dieses reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäftes und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können. Die erzielbaren Beträge enthalten auch die beizulegenden Zeitwerte der Zusätzlichen Tier-1-Anleihen, welche, konsistent mit der Zuordnungsmethodik für die Bilanzwerte, auf die primären ZGEs verteilt wurden.

Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen (steigende Kapitalquoten, ausgehend vom gegenwärtigen Niveau auf eine mittelfristige harte Kernkapitalquote, welche komfortabel über 13 % liegt, und einer Verschuldungsquote von 4,5 %, beide auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf die Ermittlung des Kernkapitals) auf der Grundlage von Finanzplänen für einen Fünfjahreszeitraum. Diese werden auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und aktuellen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnisniveau angepasst. Danach wird, im Falle einer dauerhaften Fortführung, von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate in Höhe von bis zu 2,8 % (2015: 3,2 %), die auf den Umsatzschätzungen der ZGEs wie auch den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Wesentliche Annahmen: Der DCF-Wert einer ZGE reagiert sensitiv auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz (Eigenkapitalkosten) sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. ZGE-spezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Diskontierungszinssätze auswirken.

Primäre Geschäfts- oder Firmenwert tragende zahlungsmittelgenerierende Einheiten

	Diskontierungszinssatz (nach Steuern)	
	2016	2015 ¹
Corporate & Investment Banking	8,8 %	–
Wealth Management	8,4 %	–
Deutsche Asset Management	9,9 %	–

¹ Vergleichswerte nicht aussagefähig, da sich die ZGE Struktur im Jahr 2016 geändert hat.

Das Management hat die den wesentlichen Annahmen zugrunde liegenden Werte in der nachfolgenden Tabelle anhand einer Kombination aus internen und externen Analysen bestimmt. Schätzungen zu Effizienzsteigerungen und dem Kostensenkungsprogramm beruhen auf den bislang erzielten Fortschritten sowie den geplanten Projekten und Initiativen.

Primäre zahlungsmittel- generierende Einheit mit Geschäfts- oder Firmenwert	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Wealth Management	<ul style="list-style-type: none"> - Eine Strategie, die aktuelle Markttrends und -entwicklungen berücksichtigt, einschließlich globaler Vermögensbildung und -konzentration, der Digitalisierung, Bevölkerungsalterung und dem Vermögenstransfer auf die nächste Generation - Ausweitung des Geschäfts mit „High Net Worth“ und „Ultra High Net Worth“ Kunden - insbesondere in „Emerging Markets“ - Ausbau des diskretionären Portfolio-Managements und Anlageberatungslösungen - Festigung der Marktführerschaft in Deutschland, verbunden mit einem starkem organischen Wachstum in Asien/Pazifik und Amerika - Erhaltung oder Erhöhung des Marktanteils in einer fragmentierten Wettbewerbslandschaft - Generierung von Effizienzsteigerungen innerhalb der bestehenden IT Plattform - Gezielte Investitionen in die Weiterentwicklung von IT Systemen, Anlagelösungen und Digitalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Generelle Unsicherheit im Bankensektor, d.h., Markt- und Wechselkursvolatilität, Staatsschuldenbelastung, Erhöhung der Kosten für die Einhaltung bevorstehender regulatorischer Änderungen - Ein anhaltend niedriges Zinsniveau - Investoren halten weiterhin Vermögenswerte außerhalb der Finanzmärkte, erhöhte Anlage in bar oder in Produkten mit niedrigeren Gebühren, reduzierte Handelstätigkeit - Geschäfts-/Ausführungsrisiken, d.h., Nicht-Erreichung der Nettomittelzuflüsse aus Marktunsicherheit, Franchiseinstabilität, DB Reputation, Abgang von hochqualifizierten Kundenberatern zu Wettbewerbern - Schwierigkeiten bei der Durchführung organischer Wachstumsstrategien, z. B. Schwierigkeiten bei der Einstellung von neuen Kundenberatern, längere Zyklen bei der Produktentwicklung - Kosteneinsparungen nach Effizienzsteigerungen und erwarteten IT-/Prozessverbesserungen werden im geplanten Umfang nicht realisiert
Deutsche Asset Management	<ul style="list-style-type: none"> - Erzielung einer überdurchschnittlichen Wertentwicklung unserer Anlageprodukte - Erweiterung unserer Produktpalette in Wachstumssegmenten (z.B. Multi-Asset, Passiv gemanagte Fonds, Alternative Investments in nachhaltig ökologische und soziale Anlagethemen), Straffung Produkte und Strategien außerhalb des Kerngeschäftes - Generierung konstanter Mittelzuflüsse in der DWS aus der Marktführerschaft in Deutschland heraus als auch der starken Präsenz in Europa; anhaltendes Wachstum in den Regionen Asien/Pazifik und Amerika - Fokussierung auf Vermittler- und Vertriebskanäle mit dem höchsten Wachstumsmoment, Intensivierung der Beziehung zu institutionellen Kernkunden und Versicherern sowie Ausbau digitaler Lösungen, um neue Vertriebskanäle abzudecken - Steigerung der Effizienz durch verbesserte operative Prozesse, Plattformoptimierungen und Produktrationalisierungen - Zusätzlicher Margendruck in Folge der Regulierung (MiFID II) erwartet 	<ul style="list-style-type: none"> - Ein schwieriges Marktumfeld und erhöhte Volatilität wirkt sich nachteilig auf unsere Anlagestrategien aus - Nachteilige Margenentwicklung und verstärkter Wettbewerb in Kernmärkten und -produkten über das erwartete Maß hinaus - Geschäftsspezifische sowie Umsetzungsrisiken, z.B. Verfehlen der Ziele für Mittelzuflüsse aufgrund Unsicherheit an den Finanzmärkten, Verlust hochqualifizierter Kundenmitarbeiter, niedriger als erwartete Effizienzgewinne - Unsicherheit in Bezug auf das regulatorische Umfeld und der noch nicht antizipierten Auswirkung - Zusätzliche Reputationsrisiken, z.B. durch Rechtsstreitigkeiten für Vorfälle aus der Vergangenheit
Corporate & Investment Banking	<ul style="list-style-type: none"> - Optimierung strategischer Maßnahmen zur Rationalisierung unseres Kundenkreises und geplante Ertragssteigerungen - Maximaler Fokus auf das kundenbezogene Geschäft im Rahmen eines umfassenden Angebots von Investment Banking Produkten in den Bereichen Fixed Income, Equity Origination sowie Corporate Finance Beratung, einhergehend mit Handelsfinanzierung, Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung in der Transaktionsbank - Moderate wirtschaftliche Erholung in Europa, während für Nord- und Südamerika ein Wachstum erwartet wird aufgrund fiskalischer Anreize, geringerer Regulierung und weiterer Zinserhöhungen - Fixed Income und Equity Origination sollte weiter wachsen, basierend auf der positiven Entwicklung im zweiten Halbjahr 2016 - Management regulatorischer Änderungen auf das Kapital und Reinvestitionen zur Ertragssteigerung durch Optimierung von Portfoliostrategien - Verbesserte Kosteneffizienz durch konsequentes Management von Kosten und Personalbestand 	<ul style="list-style-type: none"> - Belastungen des Marktumfeldes bleiben bestehen, insbesondere in Europa - Zunahme des politischen Risikos im Zusammenhang mit anstehenden landesweiten Wahlen in Europa und die Unsicherheit rund um das EU-Austrittsverfahren Großbritanniens - Die strategische Optimierung des Geschäftsportfolios könnte nicht das erwartete Ertragswachstum generieren und die Optimierung der Kunden könnte die Erträge stärker als erwartet negativ beeinflussen - Weiterer potentieller Margenrückgang - Kosteneinsparungen aus strategischen Maßnahmen treten nicht im geplanten Umfang ein - Schwächere als erwartete Erholung der Weltwirtschaft sowie deren Auswirkungen auf Handelsvolumina, Zinsen und Wechselkurse

Sensitivitäten: Um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen, werden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen, wie beispielsweise der Diskontierungszinssatz und die Ergebnisprognosen, einer Sensitivitätsprüfung unterzogen. Das Management ist der Ansicht, dass eine realistische Änderung der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung für die ZGEs CIB, WM und DeAM, wo der erzielbare Betrag um 12 % oder 1,5 Mrd € (CIB), um 49 % oder 1,3 Mrd € (WM) beziehungsweise um 32 % oder 1,8 Mrd € (DeAM) über dem entsprechenden Bilanzwert lag, führen könnte.

Veränderung bestimmter Schlüsselannahmen, die dazu führen, dass sich erzielbarer Betrag und Bilanzwert gleichen

Veränderung der Schlüsselannahme	CIB	DeAM	WM
Diskontierungszinssatz (nach Steuern): Erhöhung von/auf	8,8 %/9,5 %	9,9 %/11,3 %	8,4 %/11,0 %
Geschätzte zukünftige Ergebnisse in jeder Periode	-9 %	-34 %	-21 %
Langfristige Wachstumsrate	N/A	N/A	N/A

N/A – nicht aussagekräftig, da selbst eine Wachstumsrate von 0 % zu einem erzielbaren Betrag über dem Bilanzwert führen würde.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2016 und 2015.

in Mio €	Erworbene immaterielle Vermögenswerte								Selbst erstellte imma- terielle Vermö- genswerte	Sonstige imma- terielle Vermö- genswerte insgesamt
	Nicht abzuschreibende				Abzuschreibende					
	Rechte aus Vermögens- verwaltungs- verträgen im Publikums- fonds- geschäft	Son- stige	Nicht abzu- schreibende erworbene immaterielle Vermögens- werte insgesamt	Kunden- bezogene immaterielle Vermö- genswerte	Wert des erworbenen Versiche- rungs- geschäfts	Vertrags- basierte imma- terielle Vermö- genswerte	Soft- ware und Son- stige	Abzu- schreibende erworbene immaterielle Vermögens- werte insgesamt		
Anschaffungs-/Herstellungskosten:										
Bestand zum 1. Januar 2015	951	441	1.392	1.529	888	720	1.025	4.162	3.715	9.269
Zugänge	0	0	0	26	0	0	21	47	1.217	1.265
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-3	-3	0	0	0	-1	-1	-3	-7
Abgänge	0	0	0	0	0	0	0	0	193	193
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	-42	0	0	-13	-55	0	-55
Umklassifizierung	0	0	0	0	0	0	42	42	-11	31
Wechselkursveränderungen	110	2	112	45	53	75	39	212	121	446
Bestand zum 31. Dezember 2015	1.061	440	1.501	1.559	941	795	1.112	4.407	4.846	10.755
Zugänge	0	0	0	27	0	0	49	76	1.499	1.575
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	-155	-806	0	-13	-974	0	-975
Abgänge	0	0	0	1	0	0	148	149	123	272
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	-747	-203	-950	0	-950
Umklassifizierung	0	0	0	0	0	0	65	65	-29	36
Wechselkursveränderungen	33	0	33	1	-135	22	9	-103	42	-28
Bestand zum 31. Dezember 2016	1.094	440	1.534	1.431	0	70	871	2.372	6.235	10.140
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:										
Bestand zum 1. Januar 2015	240	3	243	976	243	343	781	2.343	1.249	3.835
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	0	0	0	87	44	36	45	212	499	710 ¹
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-3	-3	0	0	0	-1	-1	-3	-7
Abgänge	0	0	0	0	0	0	-1	-1	190	189
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	-25	0	0	-4	-29	0	-29
Wertminderungen	0	416	416	397	0	14	16	427	191	1.034 ²
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	0	0	0	0	-1	0	28	27	-24	3
Wechselkursveränderungen	28	2	30	41	14	35	29	119	61	210
Bestand zum 31. Dezember 2015	268	418	686	1.476	300	429	893	3.098	1.782	5.567
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	0	0	0	39	37	24	36	136	679	815 ³
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	-155	-808	0	-15	-978	-10	-988
Abgänge	0	0	0	1	0	0	146	147	99	246
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	-359	-94	-453	0	-453
Wertminderungen	0	6	6	0	515	0	0	515	60	580 ⁴
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	39	10	49	0	49 ⁵
Umklassifizierung	0	0	0	3	0	0	45	48	-20	28
Wechselkursveränderungen	8	0	8	1	-43	10	6	-26	26	7
Bestand zum 31. Dezember 2016	276	424	700	1.363	0	65	715	2.143	2.418	5.261
Bilanzwert:										
Zum 31. Dezember 2015	793	22	815	83	641	367	218	1.309	3.064	5.188
Zum 31. Dezember 2016	818	15	833	68	0	5	156	229	3.817	4.879

¹ Die 710 Mio € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.

² Davon waren 843 Mio € als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte erfasst. Diese enthielten Wertminderungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte wie nicht abzuschreibende Markennamen (416 Mio €) sowie auf abzuschreibende kundenbasierte (397 Mio €), vertragsbasierte (14 Mio €) und als Markennamen (16 Mio €) bilanzierte immaterielle Vermögenswerte. Weiterhin wurden Wertminderungen von 191 Mio € auf selbsterstellte Software erfasst, welche im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen wurden.

³ Die 815 Mio € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.

⁴ Davon waren 521 Mio € als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte erfasst. Diese enthielten Wertminderungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte wie einen nicht abzuschreibenden Markennamen (6 Mio €) sowie die vollständige Abschreibung des Wertes des erworbenen Versicherungsgeschäfts (VOBA; 515 Mio €). Weiterhin wurden Wertminderungen von 60 Mio € auf selbsterstellte Software erfasst, welche im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen wurden.

⁵ 49 Mio € wurden als Wertaufholung in Bezug auf die Veräußerung der Maher Terminals LLC (NCOU) erfasst und sind unter den Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Im Jahr 2016 verminderten sich die abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte per Saldo um 327 Mio €. Wesentliche Bestandteile dieser Entwicklung waren zunächst ein Anstieg aufgrund von Zugängen zu selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten in Höhe von 1,5 Mrd €, die die Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Konzern vorgenommenen Entwicklung selbstgenutzter Software darstellen. Dem standen Abschreibungen in Höhe von 815 Mio € gegenüber, die im Wesentlichen auf den planmäßigen Werteverzehr eigenentwickelter Software (679 Mio €) beruht, sowie Belastungen aus Wertminderungen in Höhe von 580 Mio €, die auf die Ausbuchung des Wertes des erworbenen Versicherungsgeschäfts (VOBA, 515 Mio €) infolge der Veräußerung des Abbey Life-Geschäfts (Deutsche AM) zurückzuführen war. Darüber hinaus führte die Bewertung aktueller Plattformsoftware sowie von in Entwicklung befindlicher Software zu entsprechenden Wertminderungsaufwendungen (60 Mio €). Vor dem Verkauf der NCOU-Beteiligung an Maher Terminals- Port Elizabeth im vierten Quartal 2016 hatte die Umgliederung in die Kategorie "Zum Verkauf bestimmt" im dritten Quartal 2016 zu einem Nettoabbau der vertragsbasierten sowie Markennamenvermögenswerte um 497 Mio € geführt.

Die wesentlichen Veränderungen in den abzuschreibenden sonstigen immateriellen Vermögenswerten im Geschäftsjahr 2015 umfassten Zugänge zu den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten von 1,2 Mrd €, die aus der Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Konzern vorgenommenen Entwicklung selbst erstellter Software resultieren. Dem stehen Wertminderungen auf selbst erstellte Software in Höhe von 191 Mio € gegenüber, im Wesentlichen eine Folge der im Zuge des OpEx-Programms durchgeführten Überprüfung bestehender Plattform-Software sowie von in Entwicklung befindlicher Software. Am 27. April 2015 stellte die Deutsche Bank ihre neue strategische Agenda vor, in welcher der Verkauf der Postbank einen integralen Bestandteil bildet. Die Fortentwicklung der neuen Strategie des Konzerns stellte ein testauslösendes Ereignis dar, nach dem der in der ehemaligen ZGE PBC bilanzierte Geschäfts- oder Firmenwert sowie die restlichen nichtfinanziellen Vermögenswerte auf Werthaltigkeit zu untersuchen waren. Die Bewertung, die auf Basis des neuen strategischen Plans im dritten Quartal 2015 durchgeführt wurde, resultierte in einer Wertminderung der ehemaligen ZGE PBC. Nachdem zunächst der in der ZGE PBC zugeordnete Geschäfts- oder Firmenwert (2,8 Mrd €, siehe vorherigen Abschnitt 'Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwertes' bezüglich der Umbuchung auf ZGEs unter der ab dem Jahr 2016 geltenden neuen Segmentstruktur) vollständig abgeschrieben wurde, ist eine Wertminderung von 837 Mio € auf die in der ehemaligen ZGE PBC zugeordneten sonstigen immateriellen Vermögenswerte erfasst worden (davon betrafen 834 Mio € die ZGE Postbank), wodurch die geänderte strategische Ausrichtung und die erwartete Entkonsolidierung der Postbank zum Ausdruck kommt. Die Wertminderung beruht auf dem Ansatz des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten (Level 3 in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwertes). Von dem Betrag der Wertminderung entfielen 427 Mio € auf abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte, im Wesentlichen kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte (397 Mio €), den BHW Markennamen (16 Mio €) und vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte (14 Mio €). Der verbleibende Betrag betrifft die vollständige Wertminderung der nicht abzuschreibenden Postbank-Marke (410 Mio €, siehe unten).

Im Geschäftsjahr 2014 betrafen die Wertminderungen auf erworbene immaterielle Vermögenswerte von insgesamt 146 Mio € hauptsächlich das Investment in Maher Terminals LLC (NCOU; davon 116 Mio € für Mietrechte („vertragsbasiert“) und 29 Mio € für Markenname („Software und Sonstige“), was auf den anhaltend negativen Ausblick für das Container- und Geschäftsvolumen zurückzuführen war. Die Wertminderung auf selbst erstellte Software von 48 Mio € war im Wesentlichen eine Folge der im Zuge des OpEx-Programms durchgeführten Überprüfung bestehender Plattform-Software.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben.

Nutzungsdauern der sonstigen abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte nach Anlageklassen

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:	
Software	bis zu 10
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 20
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 8
Sonstige	bis zu 80

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Innerhalb dieser Anlageklasse erfasst der Konzern bestimmte vertragsbasierte und marketingbezogene immaterielle Vermögenswerte, bei denen von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden kann.

Im Einzelnen umfasst diese Anlageklasse die unten angegebenen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft und bestimmte Markennamen. Aufgrund der Besonderheiten dieser immateriellen Vermögenswerte sind Marktpreise in der Regel nicht verfügbar. Daher bewertet der Konzern solche Vermögenswerte anhand des Ertragswertverfahrens auf Grundlage einer DCF-Methode nach Steuern.

Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft: Dieser Vermögenswert mit einem Bilanzwert von 818 Mio € bezieht sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und ist der ZGE Deutsche AM zugewiesen. Er umfasst Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft, die DWS Investments das ausschließliche Recht einräumen, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnet der Konzern in absehbarer Zukunft nicht mit einer Begrenzung der Vertragsdauer. Deshalb dürften die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren. Der immaterielle Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2002, zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc., von unabhängiger Seite zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Der erzielbare Betrag des Vermögenswerts von 818 Mio € entspricht dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Kosten der Veräußerung und wurde anhand der Residualwertmethode ermittelt. Das Bewertungsverfahren entspricht dem Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Die der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Kosten der Veräußerung zugrunde gelegten wesentlichen Annahmen umfassen den Asset-Mix, erwartete Cashflows und die effektive Gebührenrate. Die verwendeten Diskontierungsfaktoren (Eigenkapitalkosten) betragen 10,7 % (2016) und 11,0 % (2015). Die Überprüfung der Werthaltigkeit in den Geschäftsjahren 2016 und 2015 führte weder zu einer Wertminderung noch zu einer Wertaufholung. Im Geschäftsjahr 2014 wurde eine Wertaufholung in Höhe von 84 Mio € verzeichnet und in der Gewinn- und Verlustrechnung als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte erfasst. Die Wertaufholung resultierte insbesondere aus einem Anstieg der erwarteten Cashflows, die sich aus einer gestärkten Plattform, einem vorteilhaften Asset-Mix und einem Rückgang des Diskontierungsfaktors ergaben.

Markennamen: Die übrigen nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beinhalten die jeweils im Jahr 2010 erworbenen Markennamen der Postbank (der ZGE Postbank zugeordnet) und von Sal. Oppenheim (der ZGE Deutsche AM zugeordnet). Die Marke „Postbank“ wurde im Jahr 2010 mit einem vorläufigen Wert von 382 Mio € verbucht. Im Zuge der Fertigstellung der Kaufpreisallokation im Jahr 2011 stieg der beizulegende Zeitwert des Markennamens „Postbank“ auf 410 Mio €. Die Marke „Sal. Oppenheim“ wurde mit einem Wert von 27 Mio € aktiviert. Unter der Annahme, dass beide Markennamen für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren, wurden sie als nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte klassifiziert. Beide Markennamen wurden zum beizulegenden Zeitwert, basierend auf einer externen Bewertung zum Erwerbszeitpunkt, bilanziert. Die erzielbaren Beträge entsprechen dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Kosten der Veräußerung der Marken und wurden anhand der Residualwertmethode ermittelt. Entsprechend der Veränderung der strategischen Ausrichtung und der erwarteten Endkonsolidierung der Postbank wurde deren Markenname (410 Mio €) im dritten Quartal 2015 vollständig abgeschrieben. Nach einer Überprüfung des Bewertungsmodells für den Sal. Oppenheim Markennamen erfolgte im vierten Quartal 2015 eine Abschreibung in Höhe von 6 Mio €. Der Wegfall der Nutzung des Markennamens außerhalb des deutschen Marktes führte im vierten Quartal 2016 zu einer weiteren Abschreibung in Höhe von 6 Mio €.

27 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

Innerhalb der Bilanz sind die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen in den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva enthalten.

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten,		
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	243	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva, Derivate und finanzielle Vermögenswerte	30	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	29	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	46	28
Sachanlagen	174	43
Sonstige Aktiva	42	3.420
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	563	3.491
Einlagen, Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	570	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelspassiva, Derivate und finanzielle Verpflichtungen	29	0
Langfristige Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige Passiva	102	37
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	701	37

Zum 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015 wurden unrealisierte Gewinne in Höhe von 0 Mio € beziehungsweise 662 Mio € im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

Maher Terminals, Port Elizabeth

Am 15. April 2016 gab der Konzern bekannt, dass er mit Macquarie Infrastructure Partners III ("MIP III"), einem von Macquarie Infrastructure und Real Assets ("MIRA") verwalteten Fonds, eine Vereinbarung über den Verkauf der Mahe Terminals USA, LLC ("Mahe Terminals"), einem Multi-User-Container-Terminal in Port Elizabeth, New Jersey, erzielt hat. Im Rahmen der Transaktion stimmte MIP III zu, 100 % an Mahe Terminals zu erwerben, vorbehaltlich der behördlichen Genehmigungen. Nach weiteren Fortschritten im dritten Quartal 2016 wurde Mahe Terminals zum 30. September 2016 als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe klassifiziert. Die Umgliederung führte nicht zu einer Wertminderung. Vor der Umgliederung war Mahe Terminals als konsolidierte Beteiligung in der NCOU bilanziert worden. Der Verkauf wurde am 16. November 2016 erfolgreich abgeschlossen.

Abbey Life

Am 28. September 2016 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine Vereinbarung mit Phoenix Life Holdings Limited („Phoenix Life“), einer Tochtergesellschaft der Phoenix Group Holdings ("Phoenix Group") geschlossen hat, um ihr Abbey Life-Geschäft (Abbey Life Assurance Company Limited, Abbey Life Trustee Services Limited und Abbey Life Trust Securities Limited) zu verkaufen, die in der Deutschen AM gehalten werden. Im Rahmen der Transaktion stimmte Phoenix Life zu, 100 % des Abbey Life-Geschäfts für einen Kaufpreis, abzüglich gewisser Anpassungen, in Höhe von 933 Mio GBP (1.087 Mio €, auf Basis des Jahresendwechsellkurses) sowie einer Haftungsfreistellung bis zu einer Höhe von 175 Mio GBP für einen Zeitraum von bis zu 8 Jahren für potenzielle Ergebnisse im Zusammenhang mit einer bevorstehenden Überprüfung durch die Financial Conduct Authority (FCA) zu erwerben.

Die Transaktion stand unter dem Vorbehalt behördlicher Genehmigungen, einschließlich der der Prudential Regulatory Authority (PRA) sowie der Zustimmung der Aktionäre der Phoenix Group und dem Abschluss einer Kapitalerhöhung der Phoenix Group zur Finanzierung der Transaktion. Mit der am 24. Oktober 2016 erteilten Zustimmung der Aktionäre über die Genehmigung der Transaktion und dem Abschluss der Kapitalerhöhung am 8. November 2016, teilte die Phoenix Group am 13. Dezember 2016 mit, dass die PRA ihre Zustimmung zur Akquisition von Abbey Life gegeben hat. Der Abschluss der Transaktion erfolgte am 30. Dezember 2016. Entsprechend wurden die Abbey Life-Gesellschaften zum Jahresende 2016 endkonsolidiert.

Mit Vorliegen der oben genannten Voraussetzungen und vor Abschluss der Transaktion wurden die Abbey Life-Gesellschaften nach Maßgabe der Rechnungslegungsvorschriften für Veräußerungsgruppen bilanziert. Daher wurde unmittelbar vor ihrer Bilanzierung als zum Verkauf gehalten die Veräußerungsgruppe, die auch immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 1.015 Mio € enthält (bestehend aus einem aus der veräußernden ZGE Deutsche AM zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwertes in Höhe von 500 Mio € sowie dem VOBA (Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts; siehe Anhangangabe 26 "Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte") in Höhe von 515 Mio €), zunächst gemäß den einschlägigen Rechnungslegungsvorschriften bewertet und angesetzt. Der Vergleich des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten und des Nettovermögens der Veräußerungsgruppe führte im vierten Quartal 2016 zunächst zu einer Wertminderung in Höhe von 1.015 Mio €, welche in der Segmentergebnisrechnung der Deutschen AM als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen wurde.

Nach Abschluss des Verkaufs wurden kumulierte Verluste in Höhe von 49 Mio €, die aus der Beendigung des Cash-flow Hedge Programms des Abbey Life-Geschäfts resultieren, die zuvor in der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen waren, erfolgswirksam in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht. Dem stehen sonstige Erträge gegenüber, die im Rahmen der Veräußerung zu positiven Nettoerträgen von 72 Mio € führten. Zusammen mit den bereits erfassten Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 1.015 Mio € verzeichnete der Konzern damit im vierten Quartal 2016 aus der Veräußerung einen Verlust vor Steuern von insgesamt 943 Mio €.

Mit Abschluss der Transaktion hat der Verkauf einen positiven Einfluss auf das Eigenkapital und verbesserte die Tier-1-Kapitalquote (CRR/ CRD 4 Vollumsetzung) der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2016 um etwa zehn Basispunkte. Die Transaktion hat keine wesentlichen Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden ausschüttbaren Posten der Deutschen Bank.

Luxemburger Sal. Oppenheim-Gesellschaften

Am 22. Dezember 2016 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine Vereinbarung zur Veräußerung ihres Fonds- und Depotgeschäfts von Sal. Oppenheim Luxemburg an die Privatbank Hauck & Aufhäuser erzielt hat. Dementsprechend wurde die Bilanz des damit verbundenen Geschäfts, das in der Deutschen AM gehalten wird, als zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe klassifiziert. Die Neubewertung der Veräußerungsgruppe führte zu einem Wertminderungsaufwand in Höhe von 34 Mio €, der in den Sonstigen Erträgen des vierten Quartals 2016 ausgewiesen wurde. Der Abschluss der Transaktion, die den Verkauf von zwei Luxemburger Gesellschaften und ihren Mitarbeitern umfasst, unterliegt den üblichen Abschlussbedingungen und behördlichen Genehmigungen und wird voraussichtlich innerhalb von zwölf Monaten abgeschlossen sein.

Veräußerungen im Jahr 2016

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Private, Wealth & Commercial Clients	Am 28. Dezember 2015 hatte die Deutsche Bank vereinbart, ihre gesamte Beteiligung (19,99 %) an der Hua Xia Bank Company Limited ("Hua Xia") an die PICC Property & Casualty Company Limited ("PICC Property & Casualty") zu veräußern. Dementsprechend und zum Jahresende 2015 wurde die nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligung an der Hua Xia in Höhe von 3,3 Mrd € in die Kategorie "Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte" umgegliedert. Der Abschluss der Transaktion unterlag den üblichen Abschlussbedingungen und behördlichen Genehmigungen, darunter die der China Banking Regulatory Commission, die der PICC Property and Casualty im vierten Quartal 2016 die Zustimmung zum Erwerb der Beteiligung der Deutschen Bank an Hua Xia erteilt hat.	Aufgrund der Neubewertung der zum Verkauf bestimmten Beteiligung und bis zu deren Veräußerung im vierten Quartal 2016 verbuchte der Konzern im Jahr 2016 Bewertungsverluste in Höhe von 122 Mio € auf den langfristigen Vermögenswert, der damit auf einen Buchwert von 3,1 Mrd € abgeschrieben wurde. Die Bewertungsverluste (in den sonstigen Erträgen erfasst) resultierten im Wesentlichen aus dem Kursrückgang der Hua Xia Aktie und einer ungünstigen Wechselkursentwicklung. Aufgrund der vereinbarten Gegenleistung für die Beteiligung an der Hua Xia kompensierten andere transaktionsbezogene Effekte teilweise den Rückgang des Aktienkurses. Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit der Beteiligung kumulierte sonstige Eigenkapitalveränderungen in Höhe von 662 Mio € erfolgswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, insgesamt ergab sich im Jahr 2016 im Zusammenhang mit der Veräußerung ein Nettogewinn von 624 Mio €.	4. Quartal 2016
Private, Wealth & Commercial Clients	Die Deutsche Bank hat die zuvor angekündigte endgültige Vereinbarung über die Veräußerung ihres U.S. Private Client Services (PCS) Geschäfts an Raymond James Financial, Inc. zum 6. September 2016 abgeschlossen.	Keine.	3. Quartal 2016
Deutsche Asset Management	Im August 2015 hatte die Deutsche Bank angekündigt, dass sie eine Vereinbarung zur Veräußerung ihres indischen Vermögensverwaltungsgeschäfts an die Pramerica Asset Managers Pvt. Ltd. erzielt hat. Im März 2016 wurden alle behördlichen Genehmigungen erteilt und der Verkauf abgeschlossen.	Keine.	1. Quartal 2016.

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2015

Unternehmensbereich	Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte und langfristige Veräußerungsgruppen	Finanzielle Auswirkungen ¹	Weitere Informationen
Private Wealth & Commercial Clients	Am 28. Dezember 2015 hatte die Deutsche Bank vereinbart, ihre gesamte Beteiligung (19,99 %) an der Hua Xia Bank Company Limited („Hua Xia“) an PICC Property and Casualty Company Limited zu veräußern. Dementsprechend und zum Jahresende 2015 wurde die nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligung an der Hua Xia in Höhe von 3,3 Mrd € in die Kategorie "Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte" umgliedert.	Vor der Umgliederung wurde Hua Xia als assoziiertes Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert. Die Neubewertung der Beteiligung auf den beizulegenden Zeitwert (Börsenkurs abzüglich Veräußerungskosten in einem aktiven Markt (Level 1)) führte zu einer teilweisen Auflösung von 162 Mio € aus dem im dritten Quartal erfassten ursprünglichen Wertminderungsbedarf von 649 Mio €. Dementsprechend wurde die Netto-Wertminderung in Höhe von 487 Mio € im damaligen Unternehmensbereich PBC erfasst und unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Die Vereinbarung zur Veräußerung der Beteiligung an Hua Xia führte zusammen mit der Aktienkursentwicklung zu einem Gesamtverlust von insgesamt 697 Mio €.	4. Quartal 2015
Private, Wealth & Commercial Clients	In Übereinstimmung mit den strategischen Prioritäten der Bank kündigte der Konzern an, dass er eine definitive Verkaufsvereinbarung mit Raymond James Financial, Inc. über die Veräußerung seiner US Private Client Services-Einheit („PCS“) abgeschlossen hat.	Keine.	4. Quartal 2015

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Veräußerungen im Jahr 2015

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Non-Core Operations Unit	Im ersten Quartal 2015 hat der Konzern seine Beteiligung am Fairview Container Terminal in Port of Prince Rupert, Kanada, als eine zum Verkauf gehaltene Veräußerungsgruppe innerhalb der Non-Core Operations Unit klassifiziert. Das Fairview Container Terminal gehört zu Maher Terminals, einem der weltweit größten Betreiber von Containerhäfen. Gemäß der Veräußerungstransaktion übernimmt DP World, ein Seehäfen-Betreiber mit Sitz in Dubai, 100 % des Fairview Container Terminals für 391 Mio € (580 Mio CAD).	Keine.	3. Quartal 2015
Infrastructure	Stückweise Veräußerung von Teilen der Informationstechnologie (IT) Infrastruktur für das Groß- und Firmenkundengeschäft an Hewlett Packard.	Keine im Jahr 2015.	2. Quartal 2015

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

28 – Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	57.924	60.421
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	9.859	10.575
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	6.409	4.221
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	30.908	19.722
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	105.100	94.939
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	2.433	2.649
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	563	3.491
Sonstige	17.950	17.058
Sonstige Aktiva insgesamt	126.045	118.137

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	70.706	71.161
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	20.155	40.854
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	2.668	3.847
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	28.490	18.776
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	122.019	134.637
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	2.712	2.607
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	701	37
Sonstige	30.008	37.725
Sonstige Passiva insgesamt	155.440	175.005

Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird auf Anhangangabe 27 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

29 – Einlagen

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Unverzinsliche Sichteinlagen	200.122	192.010
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	129.654	153.559
Termineinlagen	130.299	124.196
Spareinlagen	90.129	97.210
Verzinsliche Einlagen insgesamt	350.082	374.964
Summe der Einlagen	550.204	566.974

30 – Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rückstellungen im Bauspargeschäft	Operationelle Risiken	Zivilprozesse	Prozesse mit Regulierungsbehörden	Restrukturierung	Rückkauf von Hypothekenkrediten	Sonstige ¹	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2015	1.150	422	761	2.448	120	669	880	6.450
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	2	2
Zuführungen zu Rückstellungen	316	170	1.296	4.067	688	16	915	7.468
Verwendungen von Rückstellungen	301	17	562	2.504	118	123	554	4.179
Auflösungen von Rückstellungen	1	289	112	69	40	231	380	1.121
Effekte aus Wechselkursveränderungen/ Auflösung des Abzinsungsbetrages	-32	18	38	119	1	78	39	261
Transfers	0	12	-4	-13	4	0	21	20
Bestand zum 31. Dezember 2015	1.132	315	1.418	4.048	656	409	922	8.900
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-0	0	0	-8	0	-66	-74
Zuführungen zu Rückstellungen	213	123	1.192	1.616	535	25	582	4.286
Verwendungen von Rückstellungen	213	23	403	82	333	273	545	1.872
Auflösungen von Rückstellungen	37	93	278	34	110	10	131	693
Effekte aus Wechselkursveränderungen/ Auflösung des Abzinsungsbetrages	-36	0	12	84	4	13	5	82
Transfers	0	-13	72	-24	-1	0	-31	3
Bestand zum 31. Dezember 2016	1.059	309	2.014	5.607	741	164	735	10.629

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf die Anhangangabe 21 „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutschen Postbank-Gruppe und der Deutschen Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechtigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. In dem Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bausparvertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen dem möglichen Zinsbonus und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische

Daten in Bezug auf das Kundenverhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren, die als separate Rückstellungsarten dargestellt werden.

Ein operationelles Risiko ist das Risiko eines Verlustes, welches durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entsteht. Die für die Zwecke dieser Ermittlung verwandte Definition von operationellen Rückstellungen unterscheidet sich von der des Risikomanagements, da hier keine Verlustrisiken aus Zivilverfahren oder aufsichtsbehördlichen Verfahren berücksichtigt werden. Im Risikomanagement ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos, da Zahlungen an Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren Verlustereignisse aufgrund operationeller Defizite begründen, Geschäfts- und Reputationsrisiken sind jedoch ausgeschlossen.

Rückstellungen für Zivilverfahren resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund behaupteter Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder anderen Parteien in Zivilverfahren geführt haben oder führen könnten.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung rechtlicher oder gesetzlicher Pflichten, welche dazu geführt haben oder führen könnten, dass eine Festsetzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtsbehörden, Selbstregulierungsorganisationen oder sonstiger Vollzugsbehörden vorgenommen wird.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Zur Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit beabsichtigt der Konzern in den kommenden Jahren, Kosten, Redundanzen und Komplexität in erheblichem Umfang zu verringern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe 10 „Restrukturierung“.

Rückstellungen für Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten entstehen im mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekenkreditgeschäft der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten. Von 2005 bis 2008 verkaufte die Deutsche Bank im Rahmen dieses Geschäfts Kredite in Form von Verbriefungen in Höhe von rund 84 Mrd US-\$ sowie in Höhe von rund 71 Mrd US-\$ über die Veräußerung von Krediten („Whole Loans“). Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren und Kreditversicherern zurückzukaufen oder diese von Verlusten freizustellen, die auf angeblichen, wesentlichen Verletzungen von Zusicherungen und Gewährleistungen beruhen. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 31. Dezember 2016 bestanden gegenüber der Deutschen Bank Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, die nicht Gegenstand von Rückabwicklungsvereinbarungen sind, in Höhe von circa 847 Mio US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Service. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2016 Rückstellungen in Höhe von 173 Mio US-\$ (164 Mio €) bilanziert. Die Deutsche Bank ist Begünstigte in Haftungsübernahmevereinbarungen der Originatoren oder Verkäufer bestimmter Hypothekenkredite, auf die sich diese Forderungen beziehen. In diesem Zusammenhang hat die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2016 Ansprüche von 64 Mio US-\$ (61 Mio €) bilanziert. Die Nettorückstellungen für die Forderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2016 nach Abzug solcher Ansprüche auf 109 Mio US-\$ (103 Mio €).

Zum 31. Dezember 2016 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Betrag in Höhe von rund 8,8 Mrd US-\$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über eine Rückabwicklung erzielt, unrichtige und nicht fristgerecht eingereichte Klagen zurückgewiesen oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen hat sich die Deutsche Bank von möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen der Deutschen Bank resultieren könnten, in Höhe von circa 98,1 Mrd US-\$ befreit.

Es könnten zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die von der Deutschen Bank verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe kann jedoch von der Deutschen Bank nicht zuverlässig geschätzt werden. Der New York Court of Appeals hat am 11. Juni 2015 eine Entscheidung veröffentlicht, welche die Abweisung der Rückkaufforderungen von Hypothekengeschäften im Zusammenhang mit einem von der Deutschen Bank begebenen sogenannten Residential Mortgage-Backed Security (durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapier) bestätigt, da die Klage nicht fristgerecht erhoben worden sei. Das Gericht hat entschieden, dass die Rückkaufforderungen, in denen Verstöße vertraglicher Zusicherungen und Gewährleistungen bezogen auf die in Rede stehenden Kredite behauptet wurden, zum Vollzugstag der Verbriefung fällig wurden und somit gemäß der in New York geltenden Verjährungsfrist von sechs Jahren verjährt sind. Diese und weitere damit im Zusammenhang stehende Entscheidungen könnten das Ausmaß und die Erfolgsaussichten der künftigen Rückkaufforderungen gegen die Deutsche Bank beeinflussen.

Die Deutsche Bank fungierte nicht als Servicer für an Dritte als Whole Loans veräußerte Kredite (die rund die Hälfte aller zwischen 2005 und 2008 verkauften US-amerikanischen Wohnimmobilienkredite ausmachen) und hatte nach dem Verkauf keinen Zugang mehr zu deren Performancedaten. Zur Performance der verbrieften Hypothekenkredite stehen öffentliche Informationen zur Verfügung. Es ist jedoch keine direkte Korrelation zwischen der Performance und den gestellten Rückkaufforderungen zu beobachten. Es sind Forderungen in Bezug auf ausgefallene, laufende und vollständig zurückgezahlte Kredite eingegangen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene andere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und Abschlussgebühren für Kunden sowie die Rückstellungen für Bankenabgaben.

Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern bildet nur dann Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. In den Fällen, in denen eine solche Verpflichtung nicht verlässlich geschätzt werden kann, wird keine Rückstellung gebildet und die Verpflichtung gilt als Eventualverbindlichkeit. Eventualverbindlichkeiten umfassen ebenfalls eventuelle Verpflichtungen, bei denen die Möglichkeit eines Mittelabflusses nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist. In den Fällen, in denen eine Rückstellung im Hinblick auf eine spezifische Forderung gebildet wurde, wird keine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen; bei Rechtsverfahren, die auf mehr als einer Forderung beruhen, können jedoch für einige Forderungen Rückstellungen gebildet und für andere Forderungen wiederum Eventualverbindlichkeiten (beziehungsweise weder eine Rückstellung noch eine Eventualverbindlichkeit) ausgewiesen werden.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt. In den vergangenen Jahren wurden die Bankenregulierung und -aufsicht auf vielen Gebieten verschärft. Es kam zu einer verstärkten Aufsicht und Überwachung von Finanzdienstleistern durch Aufsichtsbehörden, Verwaltungs- und andere Behörden. Dies führte zu zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Untersuchungen und Vollstreckungsmaßnahmen, welchen oft Zivilverfahren nachfolgen. Dieser Trend wurde durch die globale Finanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise deutlich beschleunigt.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts wahrscheinlich oder zwar eher unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen ist, und um den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in ähnlichen Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten.

Die in der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015 ausgewiesenen Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren sind in der obigen Tabelle aufgeführt. Für bestimmte Fälle, bei denen der Konzern einen Mittelabfluss für wahrscheinlich hält, wurden keine Rückstellungen ausgewiesen, da der Konzern die Höhe des potenziellen Mittelabflusses nicht zuverlässig einschätzen konnte.

Für die Verfahren der Bank, bei denen eine verlässliche Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 31. Dezember 2016 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist, bei Zivilverfahren auf insgesamt rund 1,5 Mrd € (31. Dezember 2015: 1,4 Mrd €) und bei aufsichtsbehördlichen Verfahren auf rund 0,8 Mrd € (31. Dezember 2015: 1,0 Mrd €) belaufen. In diesen Beträgen sind auch die Verfahren berücksichtigt, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird. Bei anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren nimmt der Konzern an, dass ein Mittelabfluss zwar nicht nur fernliegend, aber nicht überwiegend wahrscheinlich, dessen Höhe jedoch nicht zuverlässig einzuschätzen ist, so dass diese Fälle daher in der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten nicht berücksichtigt sind. Bei wiederum anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren geht der Konzern davon aus, dass die Möglichkeit eines Mittelabflusses fernliegend ist, und hat daher weder eine Rückstellung gebildet noch diese Fälle bei der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten berücksichtigt.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekanntem Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss. Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen können, und tun dies in vielen Fällen, erheblich niedriger als der anfänglich von den Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern geforderte Betrag sein beziehungsweise unterhalb des potenziellen maximalen Verlusts im Falle eines für den Konzern nachteiligen finalen Gerichtsentscheids liegen. In einigen Regionen, in denen der Konzern tätig ist, braucht die jeweilige Gegenpartei den von ihr eingeklagten Betrag nicht anzugeben beziehungsweise unterliegt der Forderungsbetrag, auch wenn er anzugeben ist, unter Umständen nicht den allgemeinen Anforderungen an das Vorbringen des behaupteten Sachverhalts oder der Rechtsansprüche.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass ein zukünftiger Verlust nicht bloß unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine verlässliche Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Er kann dies tun, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, negative aufsichtsrechtliche Folgen oder negative Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass begründete Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien deren Verluste auch in solchen Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Nachstehend werden Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren oder solche Fallgruppen dargestellt, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat, bei denen wesentliche Eventualverbindlichkeiten nicht bloß unwahrscheinlich sind oder wesentliche Geschäfts- oder Reputationsrisiken bestehen können; vergleichbare Fälle sind in Gruppen zusammengefasst, und einige Fälle beinhalten verschiedene Verfahren oder Forderungen. Die offengelegten Verfahren können auch Fälle beinhalten, bei denen ein Verlust mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch der mögliche Verlust nicht zuverlässig geschätzt werden kann.

Esch-Fonds-Rechtsstreitigkeiten. Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA („Sal. Oppenheim“) war vor dem Erwerb durch die Deutsche Bank in 2010 an der Vermarktung und Finanzierung von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Diese Fonds waren als Personengesellschaften bürgerlichen Rechts in Deutschland organisiert. In der Regel führte die Josef Esch Fonds-Projekt GmbH die Planung und Projektentwicklung durch. Sal. Oppenheim war über ein Joint Venture indirekt an dieser Gesellschaft beteiligt. In Bezug darauf wurden zahlreiche zivilrechtliche Klagen gegen Sal. Oppenheim eingereicht. Einige dieser Klagen sind auch gegen ehemalige Geschäftsführer von Sal. Oppenheim und andere Personen gerichtet. Die gegen Sal. Oppenheim erhobenen Ansprüche betreffen Investitionen von ursprünglich rund 1,1 Mrd €. Nachdem einige Forderungen entweder abgewiesen oder per Vergleich beigelegt wurden, sind noch Forderungen in Bezug auf Investments von ursprünglich circa 330 Mio € schwebend. Derzeit belaufen sich die in den anhängigen Verfahren geltend gemachten Beträge auf insgesamt rund 390 Mio €. Die Investoren verlangen eine Rücknahme ihrer Beteiligung an den Fonds und eine Haftungsfreistellung für mögliche Verluste und Schulden aus der Investition. Die Ansprüche basieren teilweise auf der Behauptung, Sal. Oppenheim habe nicht ausreichend über Risiken und andere wesentliche Aspekte informiert, die für die Anlageentscheidung wichtig gewesen seien. Auf Grundlage der Fakten der Einzelfälle haben manche Gerichte zugunsten und manche zulasten von Sal. Oppenheim entschieden. Die Berufungsurteile stehen noch aus. Der Konzern hat für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten angesetzt, aber keine Beträge offengelegt, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren wesentlich beeinflussen wird.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat weltweit Auskunftersuchen von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel und andere Aspekte des Devisenmarkts untersuchen, erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu hat die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels und anderer Aspekte ihres Devisengeschäfts weltweit durchgeführt.

Am 19. Oktober 2016 hat die Vollstreckungsabteilung der U.S. Commodity Futures Trading Commission („CFTC“) ein Schreiben („CFTC-Schreiben“) an die Deutsche Bank gerichtet, mit dem die Deutsche Bank darüber informiert wurde, dass die CFTC „aktuell keine weiteren Schritte unternehmen wird und die Untersuchung des Devisenhandels der Deutschen Bank beendet hat“. Wie in solchen Fällen üblich, enthält das CFTC-Schreiben die Aussage, dass die CFTC „sich das Ermessen vorbehält, zu einem späteren Zeitpunkt die Entscheidung zu treffen, die Untersuchung wieder aufzunehmen“. Das CFTC-Schreiben hat keine bindende Wirkung im Hinblick auf Untersuchungen anderer Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel der Deutschen Bank betreffen und die weitergeführt werden.

Am 7. Dezember 2016 wurde bekannt gegeben, dass die Deutsche Bank mit der brasilianischen Kartellbehörde CADE eine Einigung über einen Vergleich im Hinblick auf die Untersuchungen von Verhaltensweisen eines früheren in Brasilien ansässigen Deutsche Bank-Händlers auf dem Devisenmarkt erzielt hat. Damit wurde das Verwaltungsverfahren der CADE, soweit es die Deutsche Bank betrifft, beendet.

Am 13. Februar 2017 hat das Betrugsdezernat der Strafabteilung des U.S. Department of Justice („DOJ“) ein Schreiben („DOJ Schreiben“) an die Deutsche Bank gerichtet, mit dem die Deutsche Bank darüber informiert wurde, dass das DOJ seine strafrechtliche Untersuchung „betreffend möglicher Verstöße gegen bundesrechtliche strafrechtliche Vorschriften im Zusammenhang mit Devisenmärkten“ beendet hat. Wie in solchen Fällen üblich, enthält das DOJ Schreiben die Aussage, dass das DOJ die Untersuchung wieder aufnehmen kann, sollte es weitere Informationen oder Beweise im Hinblick auf diese Untersuchung erlangen. Das DOJ Schreiben hat keine bindende Wirkung auf Untersuchungen anderer regulatorischer Stellen oder Strafverfolgungsbehörden im Hinblick auf den Devisenhandel und -praktiken der Deutschen Bank, die weiterhin andauern.

Es laufen noch Untersuchungen seitens bestimmter anderer Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Die Deutsche Bank wurde auch als Beklagte in mehreren als Sammelklage bezeichneten Verfahren im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen, die beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurden, benannt. Darin werden Ansprüche aus Kartellrecht und dem United States Commodity Exchange Act wegen angeblicher Manipulation von Wechselkursen geltend gemacht. Bei den als Sammelklage bezeichneten Verfahren wurden die geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben. Am 28. Januar 2015 gab das für die Sammelklagen zuständige Bundesgericht (Federal Court) dem Klageabweisungsantrag ohne Recht auf erneute Klageerhebung in zwei Klagen von Nicht-US-Klägern statt, wies ihn jedoch für die anhängige Klage von US-amerikanischen Klägern ab. Seit der Verfügung des Gerichts vom 28. Januar 2015 wurden weitere Klagen eingereicht. Derzeit sind vier Klagen anhängig. Die erste anhängige zusammengeführte Klage wird im Rahmen eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von OTC-Händlern und eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von Devisenhändlern eingereicht, die ihren Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder in US-Gebiet oder dort gehandelt haben. In der Klageschrift wird behauptet, es seien illegale Vereinbarungen getroffen worden, um den Wettbewerb in Bezug auf Benchmark- und Spotsätze zu beeinträchtigen und diese zu manipulieren, insbesondere die für diese Spotsätze notierten Spreads; ferner wird in der Klageschrift behauptet, dass die vermeintliche Verabredung zu einer Straftat („conspiracy“) wiederum zu künstlichen Preisen für Devisen-Futures und -Optionen an zentralen Börsen geführt habe. Am 20. September 2016 hat das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der zusammengeführten Klage teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. In einem zweiten Klageverfahren werden die in der zusammengeführten Klage vorgebrachten Behauptungen nachverfolgt und es wird geltend gemacht, dass das behauptete Verhalten einen Verstoß gegen die treuhänderischen Pflichten der Beklagten nach dem „U.S. Employment Retirement Income Security Act of 1974 (ERISA)“ ermöglicht und diesen Verstoß letztlich begründet habe. Die dritte Sammelklage wurde von Axiom Investment Advisors, LLC bei demselben Gericht am 21. Dezember 2015 eingereicht. Darin wird behauptet, die Deutsche Bank habe Devisenaufträge, die über elektronische Handelsplattformen platziert wurden, mittels einer als „Last Look“ bezeichneten Funktion abgelehnt und diese Order seien später zu für die Klägergruppe schlechteren Preiskonditionen ausgeführt worden (die „Last Look“-Klage). Der Kläger macht Forderungen aus Vertragsverletzung, quasivertragliche Forderungen sowie Forderungen nach New Yorker Recht geltend. In dem am 26. September 2016 angestregten als Sammelklage bezeichneten vierten Verfahren (die der indirekten Käufer) werden die in der zusammengeführten Klage vorgebrachten Behauptungen nachverfolgt und es wird geltend gemacht, dass das angebliche Verhalten „indirekte Käufer“ von Deviseninstrumenten geschädigt habe. Diese Ansprüche werden nach Maßgabe des US-amerikanischen Sherman Act, des Donnelly Act von New York, des kalifornischen Cartwright Act und des kalifornischen Unfair Competition Law erhoben.

Am 24. August 2016 hat das Gericht dem Antrag der Beklagten auf Abweisung der ERISA-Klage stattgegeben. Am 9. Januar 2017 haben die Kläger dieser Klage bei dem United States Court of Appeals for the Second Circuit eine Revisionsbegründung eingereicht. Am 14. Februar 2017 hat das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der „Last Look“-Klage teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Am 24. Januar 2017 hat die Deutsche Bank einen Antrag auf Abweisung der Klage der indirekten Käufer gestellt. Das Beweisverfahren (Discovery) im Rahmen der zusammengeführten Klage und der „Last Look“-Klage wurde eingeleitet. Das Beweisverfahren (Discovery) im Rahmen der ERISA-Klage und der Klage der indirekten Käufer wurde noch nicht eingeleitet.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in zwei kanadischen Sammelklagen, die in den Provinzen Ontario und Quebec angestrengt wurden. Die am 10. September 2015 erhobenen Sammelklagen stützen sich auf Vorwürfe, die vergleichbar sind mit den in den zusammengeführten Klagen in den USA erhobenen Vorwürfen, und sind auf Schadensersatz nach dem kanadischen Wettbewerbsgesetz und anderen Rechtsgrundlagen gerichtet.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren stark beeinflussen würde.

Interbanken-Zinssatz. *Aufsichtsbehördliche Verfahren und Strafverfahren.* Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, einschließlich von Attorney-Generals verschiedener US-Bundesstaaten, Auskunftersuchen in Form von Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten

Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 4. Dezember 2013 als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, insgesamt 725 Mio € zu zahlen. Dieser Betrag wurde vollständig gezahlt und ist nicht Teil der Rückstellungen der Bank.

Wie ebenfalls bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 23. April 2015 separate Vergleichsvereinbarungen mit dem U.S. Department of Justice (DOJ), der U.S. Commodity Futures Trading Commission (CFTC), der U.K. Financial Conduct Authority (FCA) und dem New York State Department of Financial Services (DFS) zur Beendigung von Untersuchungen wegen Fehlverhaltens bezüglich der Festlegung von LIBOR, EURIBOR und TIBOR getroffen. In den Vereinbarungen hat die Deutsche Bank zugestimmt, Strafzahlungen in Höhe von 2,175 Mrd US-\$ an das DOJ, die CFTC und das DFS sowie 226,8 Mio GBP an die FCA zu leisten. Diese Beträge wurden vollständig gezahlt und sind nicht Teil der Rückstellungen der Bank, bis auf 150 Mio US-\$, die infolge der Verurteilung der DB Group Services (UK) Ltd. (einer indirekt gehaltenen hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) nach deren Schuldanerkenntnis bezüglich des „Wire-Fraud“ vorbehaltlich der Zustimmung des Gerichts (das Urteil soll nach aktuellem Stand am 28. März 2017 gesprochen werden) an das DOJ zu zahlen sind. Als Teil der Vereinbarung mit dem DOJ akzeptiert die Deutsche Bank ein sogenanntes „Deferred Prosecution Agreement“ mit dreijähriger Laufzeit. Dieses beinhaltet neben anderen Punkten, dass die Deutsche Bank der Einreichung einer Anklage im United States District Court für den District of Connecticut zustimmt, in welcher der Deutschen Bank „Wire-Fraud“ und ein Verstoß gegen den Sherman Act im Zusammenhang mit Preisfixings vorgeworfen wird.

Am 29. November 2016 informierten Mitarbeiter der U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) die Deutsche Bank, dass ihre IBOR-Ermittlungen abgeschlossen seien und dass sie nicht beabsichtigen, Durchsetzungsmaßnahmen seitens der SEC zu empfehlen.

Am 21. Dezember 2016 gab die Schweizer Wettbewerbskommission (WEKO) offiziell ihre Vergleichsentscheidungen im Zusammenhang mit IBOR mit verschiedenen Banken, einschließlich der Deutschen Bank AG, betreffend den EURIBOR und dem Yen-LIBOR bekannt. Die Deutsche Bank muss eine Geldbuße in Höhe von 5,0 Mio CHF im Zusammenhang mit dem Yen-LIBOR und Gebühren der WEKO in Höhe von circa 0,4 Mio CHF zahlen. Der Deutschen Bank wurde die Geldbuße im EURIBOR-Verfahren erlassen, da sie die WEKO als Erste der beteiligten Parteien von den Handlungen in Kenntnis gesetzt hat. Die unter dem Vergleich zu zahlende Summe ist bereits in den bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten vollständig berücksichtigt.

Wie oben erwähnt, hat eine Arbeitsgruppe („Working Group“) von US-Generalstaatsanwälten („U.S. state attorneys general“) eine Untersuchung gegen die Deutsche Bank in Bezug auf die Festsetzung des LIBOR, EURIBOR und TIBOR eingeleitet. Die Bank kooperiert weiterhin mit den US-Generalstaatsanwälten hinsichtlich dieser Untersuchung.

Andere Untersuchungen gegen die Deutsche Bank, welche die Festsetzungen verschiedener weiterer Interbankenzinssätze betreffen, bleiben anhängig, und die Deutsche Bank bleibt weiteren Maßnahmen ausgesetzt. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese übrigen Untersuchungen Rückstellungen gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen würde.

Überblick über zivilrechtliche Verfahren. Die Deutsche Bank ist Partei von 47 zivilrechtlichen Verfahren betreffend die behauptete Manipulation hinsichtlich der Festsetzung von verschiedenen Interbanken-Zinssätzen, die in den folgenden Absätzen beschrieben werden. Die meisten der zivilrechtlichen Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren wurden beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Beklagte eingereicht. Alle bis auf sechs dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten aufgrund von Manipulationen bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten. Die sechs zivilrechtlichen Klagen gegen die Deutsche Bank, die keinen Bezug zum US-Dollar-LIBOR haben,

sind ebenfalls beim SDNY anhängig und umfassen zwei Klagen zum Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR, eine Klage zum EURIBOR, eine zusammengefasste Klage zum GBP-LIBOR-Zinssatz, eine Klage zum CHF-LIBOR sowie eine Klage zu zwei SGD-Referenzzinssätzen, der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und der Swap Offer Rate (SOR).

Die Schadensersatzansprüche der 47 zivilrechtlichen Klagen, die oben dargestellt wurden, stützen sich auf verschiedene rechtliche Grundlagen einschließlich der Verletzung des U.S. Commodity Exchange Act (CEA), kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des U.S. Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) und anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze. In allen bis auf fünf Fällen wurde die Höhe des Schadensersatzes nicht formell von den Klägern festgelegt. Bei den fünf Fällen, bei denen spezifische Schadensersatzforderungen gestellt wurden, handelt es sich um Einzelklagen, die zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst wurden. Die Gesamthöhe des von allen Beklagten, einschließlich der Deutschen Bank, geforderten Schadensersatzes beläuft sich auf mindestens 1,25 Mrd US-\$. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

US-Dollar-LIBOR. Mit zwei Ausnahmen werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation) beim SDNY behandelt. Angesichts der großen Anzahl an Einzelfällen, die gegen Deutsche Bank anhängig sind, und ihrer Ähnlichkeiten werden die in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation enthaltenen zivilrechtlichen Klagen unter der folgenden allgemeinen Beschreibung der all diesen Klagen zu Grunde liegenden Rechtsstreitigkeiten zusammengefasst. Dabei werden keine Einzelklagen offengelegt, außer wenn die Umstände oder der Ausgang eines bestimmten Verfahrens für die Deutsche Bank von wesentlicher Bedeutung sind.

Nachdem das Gericht zwischen März 2013 und Dezember 2016 in mehreren Entscheidungen bezogen auf die US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation die Anträge der Kläger eingeschränkt hat, erheben diese zurzeit Ansprüche aus Kartellrecht, Ansprüche unter dem CEA, bestimmte landesrechtliche Ansprüche wegen Betrugs, vertragliche Ansprüche, Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung sowie deliktsrechtliche Ansprüche. Ferner hat das Gericht entschieden, die Ansprüche bestimmter Kläger wegen fehlender Zuständigkeit und Verjährung abzuweisen. Diese abweisenden Entscheidungen sind derzeit Gegenstand weiterer Anhörungen. Weitere Entscheidungen stehen noch aus.

Am 23. Mai 2016 hat der U.S. Court of Appeals for the Second Circuit beschlossen, die kartellrechtlichen Ansprüche gegen die Beklagten in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation wieder aufleben zu lassen und verwies den Fall zur weiteren Prüfung an den District Court zurück. Am 20. Dezember 2016 hat der District Court entschieden, bestimmte kartellrechtliche Ansprüche abzuweisen, ließ jedoch andere Ansprüche zu.

Derzeit laufen für mehrere Klagen die Beweisverfahren (Discovery). Die Anhörung zur Zulassung einer Sammelklage soll bis August 2017 abgeschlossen sein.

Am 10. Januar 2017 schloss die Deutsche Bank einen vorläufigen Vergleich mit Klägern in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren zur Beilegung dieses Verfahrens, das als Teil der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation anhängig ist und in der Ansprüche im Zusammenhang mit angeblichen Transaktionen in an der Chicago Mercantile Exchange gehandelter Eurodollar Optionen und Futures (*FTC Capital GmbH v. Credit Suisse Group AG*) geltend gemacht werden. Die unter dem Vergleich zu zahlende Summe ist bereits in den bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten vollständig berücksichtigt; es wurden keine zusätzlichen Rückstellungen für diesen Vergleich gebildet. Die Vergleichsvereinbarung bedarf noch der Dokumentation und Genehmigung durch das Gericht.

Schließlich wurde eine der Klagen der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation zur Gänze abgewiesen; einschließlich (im Hinblick auf die Deutsche Bank und anderer ausländischer Beklagter) aus Gründen fehlender Zuständigkeit; die Kläger haben vor dem Second Circuit Revision eingelegt.

Beide US-Dollar-LIBOR-Fälle, die nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehören, wurden abgewiesen. Die Kläger im US-Dollar-LIBOR-Verfahren vor dem SDNY, das nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehört, haben einen Antrag auf Erweiterung der Klage gestellt; eine Entscheidung zu diesem Antrag steht noch aus. Die Ab-

weisung des anderen US-Dollar-LIBOR-Verfahrens vor dem U.S. District Court for the Central District of California, das nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehört, wurde im Dezember 2016 durch den Ninth Circuit bestätigt.

Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR. Am 24. Januar 2017 schloss die Deutsche Bank einen vorläufigen Vergleich mit Klägern in zwei als Sammelklage bezeichneten Verfahren zur Beilegung dieser Verfahren, die wegen der angeblichen Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR vor dem SDNY anhängig sind (*Laydon v. Mizuho Bank Ltd.* und *Sonterra Capital Master Fund Ltd. v. UBS AG*), und nahm den Antrag auf Klageabweisung in dem *Sonterra*-Verfahren zurück. (Das Laydon Verfahren war schon Gegenstand von Entscheidungen des Gerichts bezüglich Klageabweisung und befindet sich derzeit im Beweisverfahren (Discovery).) Die unter dem Vergleich zu zahlende Summe ist bereits in den bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten vollständig berücksichtigt; es wurden keine zusätzlichen Rückstellungen für diesen Vergleich gebildet. Die Vergleichsvereinbarung bedarf noch der Dokumentation und Genehmigung durch das Gericht.

EURIBOR. Am 24. Januar 2017 schloss die Deutsche Bank einen vorläufigen Vergleich mit Klägern in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren zur Beilegung dieses Verfahrens, das wegen der angeblichen Manipulation des EURIBOR vor dem SDNY anhängig ist (*Sullivan v. Barclays PLC*), und nahm den Antrag auf Klageabweisung zurück. Die unter dem Vergleich zu zahlende Summe ist bereits in den bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten vollständig berücksichtigt; es wurden keine zusätzlichen Rückstellungen für diesen Vergleich gebildet. Die Vergleichsvereinbarung bedarf noch der Dokumentation und Genehmigung durch das Gericht.

GBP-LIBOR, CHF-LIBOR sowie SIBOR und SOR. Vor dem SDNY sind als Sammelklage bezeichnete Verfahren wegen angeblicher Manipulation GBP-LIBOR, CHF-LIBOR sowie der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) beziehungsweise der Swap Offer Rate (SOR) anhängig. Für jede dieser Klagen wurden Anträge auf Abweisung vollständig vorgetragen. Die Entscheidungen stehen noch aus.

Bank Bill Swap Rate-Ansprüche. Am 16. August 2016 wurde eine Sammelklage vor dem U.S. District Court for the Southern District of New York gegen die Deutsche Bank und andere Beklagte eingereicht, in der Ansprüche wegen angeblicher Absprache und Manipulation in Verbindung mit dem australischen Bank Bill Swap Rate („BBSW“) geltend gemacht wurden. In der Klageschrift wird behauptet, dass die Beklagten unter anderem an Geldmarktgeschäften, die die Beeinflussung des Fixing des BBSW zum Ziel hatten, beteiligt waren, falsche BBSW-Eingaben machten und ihre Kontrolle über die BBSW-Regeln zur Fortsetzung des angeblichen Fehlverhaltens nutzten. Die Kläger reichen die Klagen im Namen von Personen und Rechtsträgern ein, die von 2003 bis heute an US-basierten Transaktionen in BBSW-bezogenen Finanzinstrumenten beteiligt waren. Am 16. Dezember 2016 wurde eine erweiterte Klage eingereicht; die Anträge der Beklagten auf Klageabweisung sind gestellt worden.

Untersuchungen von Einstellungspraktiken und bestimmten Geschäftsbeziehungen. Einige Aufsichtsbehörden und Strafverfolgungsbehörden in verschiedenen Ländern, einschließlich der U.S. Securities and Exchange Commission und des U.S. Department of Justice, untersuchen zurzeit unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Einstellung von Kandidaten, die von bestehenden oder potenziellen Kunden und Staatsbediensteten empfohlen worden waren, sowie bei der Beauftragung von Arbeitsvermittlern und Beratern den U.S. Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. Die Deutsche Bank liefert die erforderlichen Informationen und kooperiert auch weiterhin bei diesen Untersuchungen. Aufsichtsbehörden einiger anderer Länder wurden über diese Untersuchungen in Kenntnis gesetzt. Der Konzern hat für bestimmte der oben genannten aufsichtsbehördlichen Untersuchungen eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde. Auf Grundlage der derzeit bekannten Tatsachen ist es derzeit für die Deutsche Bank nicht möglich, den Zeitpunkt der Beendigung der Untersuchungen vorherzusagen.

CLN-Ansprüche von Kaupthing. Im Juni 2012 hat die Kaupthing hf, eine isländische Aktiengesellschaft, (vertreten durch den Liquidationsausschuss), auf isländisches Recht gestützte Anfechtungsklagen über circa 509 Mio € (plus Zinsen basierend auf Schadensquote und Sanktionszins) gegen die Deutsche Bank in Island und England erhoben. Die geltend gemachten Ansprüche stehen im Zusammenhang mit kreditbezogenen Schuldverschreibungen (Credit Linked Notes) auf Kaupthing, welche die Deutsche Bank im Jahr 2008 an zwei British-Virgin-Island-Spezialvehikel („SPVs“) herausgegeben hat. Diese SPVs gehörten letztlich sehr vermögenden Privatpersonen. Kaupthing behauptete,

die Deutsche Bank habe gewusst oder hätte wissen müssen, dass Kaupthing selbst den Risiken aus den Transaktionen ausgesetzt war, weil sie die SPVs finanziert habe. Es wurde behauptet, Kaupthing könne die Transaktionen aus verschiedenen Gründen anfechten, da die Transaktionen unter anderem deshalb unzulässig waren, weil es Kaupthing so möglich war, direkten Einfluss auf die Quotierung eigener CDS (Credit Default Swaps) und damit eigener börsennotierter Anleihen zu nehmen. Im November 2012 erhob Kaupthing eine weitere, auf englisches Recht gestützte Klage (gestützt auf Vorwürfe, die mit den Vorwürfen der auf isländisches Recht gestützten Klagen vergleichbar sind) gegen die Deutsche Bank in London (zusammen mit den isländischen Verfahren als „Kaupthing-Verfahren“ bezeichnet). Die Deutsche Bank hat eine Klageerwidern für die isländischen Verfahren im Februar 2013 eingereicht. Im Februar 2014 wurden die in England anhängigen Verfahren bis zur endgültigen Entscheidung in den isländischen Verfahren ausgesetzt. Darüber hinaus wurden der Deutschen Bank von den SPVs und deren Abwicklern im Dezember 2014 weitere Klagen zugestellt, die sich auf eine weitgehend vergleichbare Anspruchsbegründung stützen, sich auf CLN-Transaktionen beziehen und sich gegen die Deutsche Bank und weitere Beschuldigte in England richten (die „SPV-Verfahren“). Die SPVs forderten einen Betrag von rund 509 Mio € (zuzüglich Zinsen), obwohl der Zinsbetrag niedriger war als in Island. Die Deutsche Bank hat inzwischen in den Kaupthing- und SPV-Verfahren Vergleiche erzielt, wonach im ersten Quartal 2017 Zahlungen geleistet wurden. Die Vergleichssumme ist bereits in voller Höhe in den bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten berücksichtigt; es wurden keine zusätzlichen Rückstellungen für diesen Vergleich gebildet.

Kirch. Im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren ermittelte und ermittelt die Staatsanwaltschaft München I unter anderem gegen mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank. Das Kirch-Verfahren umfasste mehrere zivilrechtliche Verfahren zwischen der Deutschen Bank AG und Dr. Leo Kirch beziehungsweise dessen Medienunternehmen. Die zentrale Streitfrage in den Zivilverfahren war, ob der damalige Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, Dr. Rolf Breuer, durch seine Äußerungen in einem Interview mit dem Fernsehsender Bloomberg im Jahre 2002 die Insolvenz der Kirch Unternehmensgruppe herbeigeführt habe. In diesem Interview äußerte sich Dr. Rolf Breuer zu der mangelnden Finanzierungsmöglichkeit der Kirch Unternehmensgruppe. Im Februar 2014 schlossen die Deutsche Bank und die Erben von Dr. Leo Kirch einen umfangreichen Vergleich, der sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien beendete.

Die Staatsanwaltschaft wirft den betreffenden ehemaligen Vorstandsmitgliedern vor, versäumt zu haben, Tatsachenbehauptungen, die von den für die Deutsche Bank in einem der Kirch-Zivilverfahren tätigen Rechtsanwälten in Schriftsätzen an das Oberlandesgericht München und den Bundesgerichtshof vorgebracht wurden, rechtzeitig zu korrigieren, nachdem sie angeblich Kenntnis erlangt hatten, dass diese Ausführungen nicht korrekt gewesen sein sollen beziehungsweise in diesen Verfahren unzutreffende Aussagen gemacht zu haben.

Im Anschluss an das Verfahren gegen Jürgen Fitschen und vier weitere ehemalige Vorstandsmitglieder vor dem Landgericht München hat das Landgericht München am 25. April 2016 alle vier Beschuldigten sowie die Bank, die Nebenbeteiligte des Verfahrens war, freigesprochen. Am 26. April 2016 legte die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Revision ein. Im Rahmen der Revision werden ausschließlich mögliche rechtliche Fehler überprüft, nicht dagegen Feststellungen zu Tatsachen. Einige Wochen nach Vorlage der schriftlichen Urteilsbegründung hat die Staatsanwaltschaft am 18. Oktober 2016 mitgeteilt, dass sie ihre Revision ausschließlich gegen die Freisprüche für die ehemaligen Vorstandsmitglieder Jürgen Fitschen, Dr. Rolf Breuer und Dr. Josef Ackermann aufrechterhalten und ihre Revision gegen die Freisprüche für die ehemaligen Vorstandsmitglieder Dr. Clemens Börsig und Dr. Tessen von Heydebreck zurückziehen werde. Damit ist der Freispruch für Dr. Börsig und Dr. von Heydebreck rechtsverbindlich.

Die weiteren Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft (bei denen es ebenso um versuchten Prozessbetrug im Fall Kirch geht) dauern noch an. Die Deutsche Bank kooperiert vollumfänglich mit der Staatsanwaltschaft München.

Der Konzern geht davon aus, dass diese Verfahren keine erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen auf ihn haben, und hat daher diesbezüglich keine Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

Auflösung einer Position auf den KOSPI-Index. Nachdem der Korea Composite Stock Price Index 200 („KOSPI 200“) während der Schlussauktion am 11. November 2010 um rund 2,7 % gefallen war, leitete die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) eine Untersuchung ein und äußerte die Sorge, der Fall des KOSPI 200 sei darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Bank einen Aktienkorb im Wert von rund 1,6 Mrd € verkauft hatte, der Teil einer Index-

arbitrage-Position auf den KOSPI 200 gewesen war. Am 23. Februar 2011 prüfte die koreanische Finanzdienstleistungskommission (Korean Financial Services Commission), die die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen der FSS und beschloss, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Erstellen von Strafanzeige bei der südkoreanischen Staatsanwaltschaft gegen fünf Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen des Verdachts auf Marktmanipulation und gegen die Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) wegen Haftung für fremde Wirtschaftsstraftrechtsverstöße sowie (ii) Verhängen eines sechsmonatigen Eigenhandelsverbots zwischen 1. April 2011 und 30. September 2011 gegen die DSK, das sich auf den Handel mit Aktien am Kassamarkt und mit börsengehandelten Derivaten sowie auf den Aktien-Kassahandel über DMA-Systeme (Direct Market Access) erstreckte, und Verpflichtung der DSK, einen bestimmten Beschäftigten für sechs Monate zu suspendieren. Eine Ausnahme vom Eigenhandelsverbot wurde insofern gewährt, als es der DSK weiterhin erlaubt sein sollte, Liquidität für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere bereitzustellen. Am 19. August 2011 teilte die koreanische Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung mit, gegen die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen mutmaßlicher Spot-/Futures-Marktmanipulationen Klage zu erheben. Das Strafverfahren hat im Januar 2012 begonnen. Am 25. Januar 2016 hat der Seoul Central District Court einen DSK-Händler sowie DSK für schuldig erklärt. Gegen DSK wurde eine Geldstrafe in Höhe von 1,5 Mrd KRW (weniger als 2,0 Mio €) verhängt. Das Gericht ordnete darüber hinaus die Einziehung der Gewinne aus der in Rede stehenden Handelstätigkeit an. Der Konzern hat die Gewinne aus den zugrunde liegenden Handelsaktivitäten 2011 abgeführt. Sowohl die Strafverfolgungsbehörde als auch die Angeklagten haben Berufung gegen das Strafurteil eingelegt.

Darüber hinaus strengten Parteien, die behaupten, durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 Verluste erlitten zu haben, vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilrechtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK an. In einigen dieser Fälle sind seit dem vierten Quartal 2015 erstinstanzliche Gerichtsurteile gegen die Bank und die DSK ergangen. Die derzeit bekannten offenen Forderungen haben einen Gesamtforderungsbetrag von rund 50 Mio € (nach aktuellem Wechselkurs). Der Konzern hat für diese anhängigen Zivilverfahren eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Untersuchung im Lebensversicherungs-Zweitmarkt (Life Settlement). U.S.-bundesstaatliche Strafverfolgungsbehörden untersuchen derzeit die früheren Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank auf dem Zweitmarkt für Lebensversicherungen. Die untersuchten Sachverhalte betreffen die Ausreichung und den Erwerb von Anlagen in Lebensversicherungen im Zeitraum von 2005 bis 2008. Hierzu hat die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen ihrer früheren Geschäftsaktivitäten auf dem Lebensversicherungs-Zweitmarkt durchgeführt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Ermittlungsbehörden.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities und Untersuchungen. *Regulatorische und regierungsbehördliche Verfahren.* Die Deutsche Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, einschließlich Mitgliedern der Residential Mortgage-Backed Securities Working Group der U.S. Financial Fraud Enforcement Task Force. Diese Auskunftersuchen beziehen sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf, der Bewertung von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), durch Grundpfandrechte auf Gewerbeimmobilien besicherten Wertpapieren (Commercial Mortgage Backed Securities – CMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) und Kreditderivaten. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Vergleichsgespräche mit dem U.S. Department of Justice (DOJ) zu möglichen Ansprüchen, welche das DOJ gegebenenfalls auf der Grundlage seiner Untersuchungen betreffend die Ausreichung und Verbriefung von RMBS seitens der Deutschen Bank geltend machen könnte, begannen mit einer Forderung des DOJ in Höhe von 14 Mrd US-\$ am

12. September 2016. Am 23. Dezember 2016 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie sich mit dem DOJ auf einen Vergleich dem Grundsatz nach geeinigt habe. Damit sollen die potenziellen Ansprüche in Bezug auf ihr Verhalten im RMBS-Geschäft zwischen 2005 und 2007 beigelegt werden. Am 17. Januar 2017 wurde der Vergleich rechtskräftig und vom DOJ bekannt gegeben. Im Rahmen des Vergleichs zahlte die Deutsche Bank eine Zivilbuße in Höhe von 3,1 Mrd US-\$ und verpflichtete sich, Erleichterungen für Verbraucher (Consumer Relief) in Höhe von 4,1 Mrd US-\$ bereitzustellen.

Im September 2016 wurden der Deutschen Bank vom Maryland Attorney General verwaltungsrechtliche Auskunftsersuchen in Form von Subpoenas zugestellt, in denen Informationen bezüglich der RMBS- und CDO-Geschäfte der Deutschen Bank zwischen 2002 bis 2009 angefordert wurden. Am 10. Januar 2017 erzielten die Deutsche Bank und der Maryland Attorney General einen Vergleich dem Grundsatz nach, um die Angelegenheit durch eine Barzahlung in Höhe von 15 Mio US-\$ sowie Erleichterungen für Verbraucher in Höhe von 80 Mio US-\$ (die Teil der Erleichterungen für Verbraucher in Höhe von insgesamt 4,1 Mrd US-\$, aus mit dem DOJ geschlossenen Vergleichs der Deutschen Bank sind) zu vergleichen. Der Vergleich bedarf noch der Erstellung der Vergleichsdokumentation.

Der Konzern hat für einige, aber nicht alle dieser anhängigen aufsichtsbehördlichen Ermittlungen Rückstellungen gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung die Beilegung dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Zivilrechtliche Verfahren als Emittent und Platzeur. Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren von Privatpersonen im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen, einschließlich als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS, benannt. In diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren wird behauptet, dass die Angebotsprospekte in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien. Der Konzern hat Rückstellungen für einige, jedoch nicht alle dieser zivilrechtlichen Fälle gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung die Beilegung dieser Verfahren erheblich beeinflussen würde.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer Sammelklage, die sich auf ihre Rolle als einer der Platzeure von sechs von der Novastar Mortgage Corporation begebener RMBS bezieht. Es werden keine spezifischen Schäden in der Klage vorgebracht. Die Klage wurde von Klägern eingereicht, die eine Gruppe von Anlegern vertreten, die bei diesen Platzierungen Zertifikate erworben haben. Vor kurzem erzielten die Parteien einen Vergleich dem Grundsatz nach, um die Angelegenheit durch eine Zahlung in Höhe von 165 Mio US-\$ beizulegen, von der ein Teil durch die Deutsche Bank zu zahlen ist. Die Deutsche Bank erwartet, dass sobald die Vergleichsvereinbarung vollständig erstellt wurde, ein gerichtliches Genehmigungsverfahren eingeleitet wird, welches eine Dauer von mehreren Monaten haben wird, bevor der Vergleich rechtskräftig wird.

Die Aozora Bank, Ltd. (Aozora) hat unter anderem gegen Unternehmen der Deutschen Bank eine Klage eingereicht, in der Ansprüche wegen Betrugs und damit verbundene Ansprüche im Zusammenhang mit den Anlagen von Aozora in verschiedenen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (CDO), die angeblich einen Wertverlust verzeichneten, geltend gemacht wurden. Am 14. Januar 2015 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank AG und ihrer Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. auf Abweisung der von Aozora gegen beide Unternehmen eingereichten Klage in Bezug auf eine CDO der Blue Edge ABS CDO, Ltd. statt. Aozora legte gegen diese Entscheidung Berufung ein und am 31. März 2016 bestätigte das Berufungsgericht die Abweisung der Klage durch die vorherige Instanz. Aozora hat keine weitere Revision eingelegt. Außerdem ist eine weitere Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, Deutsche Investment Management Americas, Inc., gemeinsam mit der UBS AG und verbundenen Unternehmen Beklagte in einem von Aozora angestregten Verfahren in Bezug auf eine CDO der Brooklyn Structured Finance CDO, Ltd. Am 13. Oktober 2015 hat das Gericht den Antrag der Beklagten auf Abweisung der von Aozora wegen Betrugs und Beihilfe zum Betrug gestellten Ansprüche abgelehnt, wogegen die Beklagten Berufung einlegten. Die mündliche Verhandlung fand am 14. September 2016 statt. Am 3. November 2016 hob das Berufungsgericht die Entscheidung der vorherigen Instanz auf und gab dem Antrag der Beklagten auf Abweisung der von Aozora gestellten Ansprüche statt. Aozora hat keinen weiteren Einspruch eingelegt. Am 15. Dezember 2016 erließ das Gericht ein Urteil, wonach die Klage abgewiesen ist.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in drei Klagen in Bezug auf Ausreichungen von RMBS, die erhoben wurden von der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) als Zwangsverwalter („receiver“) für: (a) Colonial Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 189 Mio US-\$ gegen alle Beklagten), (b) Guaranty Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 901 Mio US-\$ gegen alle Beklagten) und (c) Citizens National Bank und Strategic Capital Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 66 Mio US-\$ gegen alle Beklagten). In getrennten Klagen der FDIC als Zwangsverwalter für die Colonial Bank und Guaranty Bank haben die Berufungsgerichte Ansprüche erneut zugelassen, die zuvor wegen Verjährung abgewiesen worden waren. In der Klage in Bezug auf die Guaranty Bank wurden der Antrag auf erneute Anhörung und der Revisionsantrag („petition for certiorari“) vor dem United States Supreme Court abgelehnt. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft. In der Klage zur Colonial Bank wurde ein Antrag auf erneute Anhörung abgewiesen. Am 6. Oktober 2016 reichten die Beklagten einen Revisionsantrag („petition for certiorari“) vor dem U.S. Supreme Court ein, der am 9. Januar 2017 abgewiesen wurde. Am 18. Januar 2017 wurde ein vergleichbarer Antrag in der Klage der FDIC als Zwangsverwalter für die Citizens National Bank und die Strategic Capital Bank ebenfalls abgewiesen.

Die Residential Funding Company hat eine Klage auf Rückkauf von Darlehen gegen die Deutsche Bank eingereicht. Gegenstand der Klage ist die Verletzung von Garantien und Gewährleistungen betreffend Darlehen, die an die Residential Funding Company verkauft wurden, sowie Freistellung von Schäden, die der Residential Funding Company infolge von RMBS-bezogenen Klagen und Ansprüchen, die gegen die Residential Funding Company geltend gemacht wurden, entstanden sind. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben zur genauen Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 20. Juni 2016 unterzeichneten die Parteien eine vertrauliche Vergleichsvereinbarung. Am 24. Juni 2016 wies das Gericht den Fall ohne Recht auf erneute Klageerhebung ab.

Die Deutsche Bank hat kürzlich einen Vergleich betreffend Ansprüche der Federal Home Loan Bank San Francisco im Hinblick auf zwei Weiterverbriefungen von RMBS-Zertifikaten geschlossen. Die finanziellen Bedingungen dieses Vergleichs sind nicht wesentlich für die Bank. Nach diesem Vergleich und zwei vorherigen Teilvergleichen, blieb die Deutsche Bank weiterhin Beklagte in einem Verfahren zu einem RMBS-Angebot, bei dem die Deutsche Bank als Underwriter einen vertraglichen Freistellungsanspruch erhalten hat. Am 23. Januar 2017 wurde eine Vergleichsvereinbarung zur Beilegung der Ansprüche in Bezug auf dieses RMBS-Angebot geschlossen. Die Deutsche Bank geht davon aus, dass das Verfahren demnächst eingestellt wird.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer von Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen einer Zweckgesellschaft, die geschaffen wurde, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben) erhobenen Klage, in der Ansprüche im Zusammenhang mit dem Erwerb von RMBS nach dem Common Law geltend gemacht wurden. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben zur genauen Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 29. April 2016 stellte die Deutsche Bank einen Antrag auf Klageabweisung, der zurzeit anhängig ist.

Zwecks Wiederaufnahme eines früheren Verfahrens hat die HSBC als Treuhänder im Juni 2014 im Staat New York Klage gegen die Deutsche Bank eingereicht. Darin wird behauptet, dass die Deutsche Bank es versäumte, Hypothekendarlehen in der ACE Securities Corp. 2006-SL2 RMBS-Emission (offering) zurückzukaufen. Das Wiederaufnahmeverfahren wurde ausgesetzt, nachdem eine Revision der Abweisung einer getrennten Klage anhängig war. In dieser getrennten Klage reichte HSBC als Treuhänder Klage gegen die Deutsche Bank ein, die auf angeblichen Verletzungen von Garantien und Gewährleistungen seitens der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Hypothekendarlehen derselben RMBS-Emission beruht. Am 29. März 2016 wies das Gericht die Wiederaufnahmeklage ab und am 29. April 2016 legte der Kläger Rechtsmittel ein.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in einer von der Charles Schwab Corporation erhobenen Zivilklage benannt, mit der diese ihren Erwerb eines einzelnen landesweit begebenen RMBS-Zertifikats rückgängig machen wollte. Im vierten Quartal 2015 erzielte die Bank of America, welche die Deutsche Bank in dem Fall von der Haftung freistellte, eine Vereinbarung zur Beilegung der Klage in Bezug auf das dieses einzige für die Deutsche Bank relevante Zertifikat. Am 16. März 2016 bestätigte das Gericht die Einstellung des Verfahrens gegen die Deutsche Bank Securities Inc. als Beklagte ohne Recht auf erneute Klageerhebung.

Am 18. Februar 2016 erzielten die Deutsche Bank und Amherst Advisory & Management LLC („Amherst“) Vergleichsvereinbarungen, um Klagen wegen Vertragsverletzung bezüglich fünf RMBS-Treuhandvermögen beizulegen. Am

30. Juni 2016 unterzeichneten die Parteien Vergleichsvereinbarungen, durch welche die am 18. Februar 2016 von den Parteien unterzeichneten Vereinbarungen geändert und neu verfasst wurden. Nach einer Abstimmung der Zertifikateinhaber im August 2016, bei der die Zertifikateinhaber den Vergleichsvereinbarungen zustimmten, nahm der Treuhänder die Vergleichsvereinbarungen an und zog die Klagen zurück. Am 17. Oktober 2016 reichten die Parteien Erklärungen zur Klagerücknahme („stipulations of discontinuance“) ohne Recht auf erneute Klageerhebung ein. Die Klagerücknahme wurde vom Gericht am 18. Oktober 2016 beziehungsweise 19. Oktober 2016 entsprechend verfügt. Die fünf Klagen sind damit beigelegt. Ein Teil des von der Deutschen Bank gezahlten Vergleichsbetrags wurde von einem nicht an den Verfahren beteiligten Dritten übernommen.

Die Deutsche Bank war Beklagte in einer von der Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der ehemaligen WestLB AG entweder gegründet oder geführt werden) eingereichten Klage, in der Ansprüche im Zusammenhang mit dem Erwerb von RMBS nach dem Common Law und bundesrechtlichen Wertpapiergesetzen geltend gemacht wurden. Zur Beilegung der Rechtsstreitigkeit schlossen die Parteien am 14. Oktober 2016 einen Vergleich, dessen finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Bank sind. Am 2. November 2016 verfügte das Gericht eine Klagerücknahme („stipulation of discontinuance“) ohne Recht auf erneute Klageerhebung; damit ist die Klage beigelegt.

Am 3. Februar 2016 erhob Lehman Brothers Holding, Inc. („Lehman“) eine Klage (adversary proceeding) beim United States Bankruptcy Court for the Southern District of New York gegen, unter anderem, MortgageIT, Inc. („MIT“) und die Deutsche Bank AG als vermeintliche Rechtsnachfolgerin von MIT, in der Verstöße gegen Zusicherungen und Garantien geltend gemacht werden, die in bestimmten Darlehenskaufverträgen aus den Jahren 2003 und 2004 betreffend 63 Hypothekendarlehen enthalten sind, die MIT an Lehman und Lehman wiederum an die Federal National Mortgage Association („Fannie Mae“) und an die Federal Home Loan Mortgage Corporation („Freddie Mac“) verkaufte. Die Klage zielt auf Ausgleich für Verluste, die Lehman erlitt im Zusammenhang mit Vergleichen, die Lehman mit Fannie Mae und Freddie Mac im Rahmen des Lehman-Insolvenzverfahrens schloss, um Ansprüche betreffend diese Darlehen beizulegen. Am 29. Dezember 2016 reichte Lehman seine zweite erweiterte Klage gegen die DB Structured Products, Inc. und MIT ein und fordert darin Schadensersatz in Höhe von rund 10,3 Mio US-\$.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung gegen diese Emittenten. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Zivilrechtliche Verfahren als Treuhänder. Die Deutsche Bank ist Beklagte in acht getrennten zivilrechtlichen Klageverfahren, die von verschiedenen Anlegergruppen wegen ihrer Rolle als Treuhänder bestimmter RMBS-Treuhandvermögen angestrengt wurden. Die Kläger machen Ansprüche wegen Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten, des Verstoßes gegen die Vermeidung von Interessenkonflikten, Fahrlässigkeit und/oder Verletzungen des Trust Indenture Act of 1939 geltend. Sie stützen diese Ansprüche auf die Behauptung, die Treuhänder hätten es versäumt, bestimmte Verpflichtungen und/oder Aufgaben als Treuhänder der Treuhandvermögen angemessen zu erfüllen. Die acht Klagen umfassen zwei als Sammelklage bezeichnete Verfahren, die von einer Anlegergruppe, einschließlich von BlackRock Advisors, LLC, PIMCO-Advisors, L.P. und anderen Unternehmen verwalteter Fonds, angestrengt wurden (die BlackRock-Sammelklagen). Ferner beinhalten die Verfahren ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren, das von Royal Park Investments SA/NV eingereicht wurde, und fünf Einzelklagen. Eine der BlackRock-Sammelklagen ist vor dem United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Darin wird behauptet, 62 Treuhandvermögen hätten insgesamt Sicherheitenverluste von 9,8 Mrd US-\$ erlitten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Am 23. Januar 2017 gab das Gericht dem Klageabweisungsantrag der Treuhänder teilweise statt und lehnte ihn teilweise ab. In einer Anhörung am 2. Februar 2017 wies das Gericht Ansprüche der Kläger aus Zusicherungen und Gewährleistungen bezüglich 21 Treuhandvermögen, deren Originatoren oder Sponsoren insolvent wurden, ab. Einzig verblieben sind Ansprüche wegen Verletzung des Trust Indenture Act of 1939 bezüglich einiger der Treuhandvermögen sowie wegen Vertragsbruchs. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft. Die zweite BlackRock-Sammelklage ist vor dem Superior Court of California anhängig. Darin wird behauptet, 465 Treuhandvermögen hätten insgesamt Sicherheitenverluste von 75,7 Mrd US-\$ erlitten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Die Treuhänder machten einen Einspruch auf Abweisung der von den Klägern gemachten Ansprüche aus Deliktsrecht geltend

sowie einen Antrag auf Verwerfung bestimmter Aspekte der Ansprüche wegen Vertragsbruchs. Am 18. Oktober 2016 hat das Gericht dem Einspruch der Treuhänder auf Abweisung der deliktsrechtlichen Ansprüche stattgegeben, aber den Antrag auf Verwerfung bestimmter Aspekte der Ansprüche wegen Vertragsbruchs abgelehnt. In dieser Klage läuft derzeit das Beweisverfahren (Discovery). Die von Royal Park Investments SA/NV angestrebte Sammelklage ist vor dem United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Sie betrifft zehn Treuhandvermögen, die angeblich insgesamt Sicherheitenverluste von über 3,1 Mrd US-\$ verbucht hätten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Der Antrag von Royal Park auf Zulassung einer Sammelklägergruppe wurde vollständig vorgetragen. Eine Entscheidung steht jedoch noch aus. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft.

Die anderen fünf Einzelverfahren umfassen Klagen (a) des National Credit Union Administration Board („NCUA“) als Investor in 97 Treuhandvermögen, der einen behaupteten Sicherheitenverlust von insgesamt 17,2 Mrd US-\$ erlitten hat, wenngleich die Klageschrift keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe enthält; (b) von bestimmten CDOs (nachstehend zusammen „Phoenix Light“), die RMBS-Zertifikate von 43 RMBS-Treuhandvermögen halten und Schadensersatzansprüche von über 527 Mio US-\$ stellen; (c) der Western and Southern Life Insurance Company und fünf verbundener Unternehmen (nachstehend zusammen „Western & Southern“) als Investoren in 18 RMBS-Treuhandvermögen, gegen den Treuhänder für zehn dieser Treuhandvermögen, die angeblich Sicherheitenverluste von „mehreren zehn Millionen US-\$“ verbucht hätten, obwohl die Klageschrift keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe enthält; (d) der Commerzbank AG als Investor in 50 RMBS-Treuhandvermögen, die Schadensersatzansprüche für angebliche „Verluste in Höhe von mehreren hundert Millionen US-\$“ stellt, sowie (e) der IKB International, S.A. in Liquidation und der IKB Deutsche Industriebank AG (zusammen als „IKB“ bezeichnet) als Investoren in 37 RMBS-Treuhandvermögen, die Schadensersatzansprüche von über 268 Mio US-\$ stellen. Im NCUA-Fall ist ein Antrag des Treuhänders auf Klageabweisung wegen mangelnder Anspruchsbegründung anhängig, und das Beweisverfahren (Discovery) wurde ausgesetzt. Im Phoenix-Light-Fall läuft das Beweisverfahren (Discovery) bezogen auf die 43 Treuhandvermögen, bei denen die Klagen weiter anhängig sind. Beim Western & Southern-Verfahren reichte der Treuhänder am 18. November 2016 seine Klageerwidern zur erweiterten Klage ein. Das Beweisverfahren (Discovery) für die zehn Treuhandvermögen, bei denen die Klagen weiter anhängig sind, läuft. Im Commerzbank-Fall ist am 10. Februar 2017 ein Antrag des Treuhänders auf Klageabweisung wegen fehlender Anspruchsbegründung teilweise stattgegeben worden und wurde dieser teilweise abgelehnt, und das Beweisverfahren (Discovery) im Hinblick auf die 50 in Rede stehenden Treuhandvermögen läuft. Im IKB-Fall wurde am 5. Oktober 2016 ein Klageabweisungsantrag eingereicht und ist anhängig, und ein eingeschränktes Beweisverfahren (Discovery) bezogen auf die 34 Treuhandvermögen, bei denen die Klagen weiter anhängig sind, hat begonnen.

Der Konzern hält eine Eventualverbindlichkeit für diese acht Fälle für bestehend, deren Höhe derzeit aber nicht verlässlich eingeschätzt werden kann.

Postbank - Freiwilliges Übernahmeangebot. Am 12. September 2010 veröffentlichte die Deutsche Bank ihre Entscheidung ein Übernahmeangebot für den Erwerb sämtlicher Aktien der Deutsche Postbank AG („Postbank“) abzugeben. Am 7. Oktober 2010 veröffentlichte die Deutsche Bank die offizielle Angebotsunterlage. In ihrem Übernahmeangebot bot die Deutsche Bank den Anteilseignern der Postbank eine Gegenleistung von 25 € pro Postbank Aktie an. Das Übernahmeangebot würde für insgesamt rund 48,2 Millionen Postbank Aktien angenommen.

Im November 2010 reichte die Effecten-Spiegel AG, die als ehemalige Anteilseignerin der Postbank das Übernahmeangebot akzeptiert hatte, Klage gegen die Deutsche Bank ein, mit der Behauptung, dass der Angebotspreis zu niedrig gewesen und nicht im Einklang mit den in Deutschland dafür geltenden rechtlichen Vorschriften bestimmt worden sei. Die Klägerin behauptet, dass die Deutsche Bank spätestens im Jahr 2009 verpflichtet gewesen wäre ein Pflichtangebot für sämtliche Anteile der Postbank abzugeben. Die Klägerin behauptet, spätestens im Jahr 2009 seien die Stimmrechte der Deutsche Post AG in Bezug auf Aktien Deutschen Postbank AG der Deutsche Bank AG gemäß § 30 WpÜG zuzurechnen gewesen. Basierend hierauf behauptet die Klägerin, dass der Angebotspreis der Deutschen Bank AG für die Übernahme der Aktien der Deutsche Post AG auf 57,25 € pro Postbank Aktie anzuheben gewesen wäre.

Das Landgericht Köln wies die Klage im Jahr 2011 ab. Die Berufung wurde 2012 durch das Oberlandesgericht Köln abgewiesen. Der Bundesgerichtshof hat die Entscheidung des Kölner Oberlandesgerichts aufgehoben und den Fall an dieses zurückverwiesen. In seinem Urteil führte der Bundesgerichtshof aus, dass Oberlandesgericht habe sich nicht

ausreichend mit dem von der Klägerin behaupteten abgestimmten Verhalten („acting in concert“) zwischen der Deutsche Bank AG und der Deutsche Post AG in 2009 auseinandergesetzt. Das Oberlandesgericht Köln hat für einen Termin einer weiteren mündliche Verhandlung den 8. November 2017 bestimmt.

Im Jahr 2014 haben zusätzliche ehemalige Aktionäre der Deutsche Postbank AG, die das Übernahmeangebot im Jahr 2010 angenommen hatten, ähnliche Ansprüche wie die Effecten-Spiegel AG gegen die Deutsche Bank AG vor dem Landgericht Köln geltend gemacht. Drei dieser Kläger haben Musterverfahrensansprüche gemäß dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) gestellt. In diesen Folgeverfahren fand am 27. Januar 2017 eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Köln statt. Das Gericht beabsichtigt, eine Entscheidung am 28. April 2017 zu verkünden.

Im September 2015 haben ehemalige Aktionäre der Deutsche Postbank AG beim Landgericht Köln Anfechtungsklagen gegen den im August 2015 auf der Hauptversammlung der Deutsche Postbank AG gefassten Beschluss zum Ausschluss der Minderheitsaktionäre erhoben. Die Kläger behaupten unter anderem, dass die Deutsche Bank AG daran gehindert war, die Stimmrechte in Bezug auf die von ihr gehaltenen Aktien der Deutsche Postbank AG auszuüben und vertreten die Auffassung, dass die Deutsche Bank AG der behaupteten Verpflichtung zur Abgabe eines Pflichtangebotes im Jahr 2009 nicht nachgekommen sei. Der Ausschluss der Minderheitsaktionäre ist abgeschlossen. Das Verfahren selbst wird diesen Ausschluss nicht rückgängig machen, kann aber möglicherweise zu Schadenersatzzahlungen führen. Die Kläger in diesem Verfahren beziehen sich jedoch auf rechtliche Argumente, die vergleichbar zum vorbeschriebenen Rechtsstreit mit der Effecten-Spiegel AG sind. Das Gericht beabsichtigt, im Frühjahr 2017 eine Entscheidung zu verkünden.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob für diese Fälle eine Rückstellung gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen wurden, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen würde.

Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich Edelmetalle. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf den Handel mit Edelmetallen und damit zusammenhängende Vorgänge relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei den Untersuchungen und arbeitet in geeigneter Weise mit den entsprechenden Behörden zusammen. In diesem Zusammenhang führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen ihrer früheren Beteiligung an der Festlegung von Edelmetall-Benchmarks und anderen Aspekten ihres Handels und sonstigen Geschäfts mit Edelmetallen durch.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in zwei zusammengeführten Sammelklagen vor dem United States District Court for the Southern District of New York. Darin wird die Verletzung US-amerikanischen Kartellrechts, des U.S. Commodity Exchange Act und damit in Verbindung stehender einzelstaatlicher Gesetze aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Ermittlung des Gold- und Silberpreises über das Londoner Gold- und Silberfixing behauptet, der eingeklagte Schadenersatz jedoch nicht beziffert. Die Deutsche Bank hat in beiden Verfahren Vergleichsvereinbarungen erzielt, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind. Die Vergleichsvereinbarungen unterliegen der rechtskräftigen Genehmigung des Gerichts.

Darüber hinaus ist die Deutsche Bank Beklagte in kanadischen Sammelklagen, die im Zusammenhang mit Goldgeschäften in der Provinz Ontario stehen und im Zusammenhang mit Silbergeschäften in den Provinzen Ontario und Quebec anhängig sind. In den Sammelklagen wird auf Schadenersatz wegen angeblicher Verstöße gegen den Canadian Competition Act sowie wegen anderer Gründe geklagt.

Der Konzern hat für bestimmte dieser Fälle Rückstellungen gebildet. Er hat weder deren Höhe offengelegt noch veröffentlicht, ob er für andere der vorgenannten Fälle Rückstellungen gebildet oder für irgendeinen dieser Fälle Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen würde.

Untersuchung der Handelsgeschäfte in russischen/britischen Aktien. Die Deutsche Bank hat Untersuchungen im Zusammenhang mit Aktienhandelsgeschäften zwischen Kunden und der Deutschen Bank in Moskau und London durchgeführt, die sich gegenseitig gespiegelt haben. Das Gesamtvolumen der zu untersuchenden Transaktionen ist erheblich. Die Untersuchungen der Deutschen Bank bezüglich eventueller Verstöße gegen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sowie des internen Kontrollsystems wurden abgeschlossen, und die Deutsche Bank bewertet die im Rahmen der Untersuchung gewonnenen Feststellungen. Bisher wurden bestimmte Verstöße gegen interne Bankvorschriften und Mängel im Kontrollumfeld der Deutschen Bank festgestellt. Die Deutsche Bank hat die zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden in mehreren Zuständigkeitsbereichen (inklusive Deutschland, Russland, Großbritannien und der USA) über die Untersuchungen informiert. Die Deutsche Bank hat disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Personen eingeleitet und wird weiterhin auch gegen andere Personen vorgehen, falls dies gerechtfertigt ist.

Am 30. und 31. Januar 2017 haben das New York State Department of Financial Services (DFS) und die UK Financial Conduct Authority (FCA) in Bezug auf ihre in dieser Sache laufenden Untersuchungen den Abschluss von Vergleichen mit der Deutschen Bank bekannt gegeben. Mit diesen Vergleichen sind die von der DFS und der FCA im Hinblick auf die oben beschriebenen Aktiengeschäfte geführten Untersuchungen betreffend die Kontrollfunktionen der Bank zur Verhinderung von Geldwäsche sowie betreffend ihre Investmentbank Abteilung abgeschlossen. Unter der Vergleichsvereinbarung mit der DFS hat die Deutsche Bank eine Consent Order abgeschlossen und zugestimmt eine Geldbuße im Zivilverfahren in Höhe von 425 Mio US-\$ zu zahlen und die Einbindung eines unabhängigen Monitor für einen Zeitraum von zwei Jahren zuzulassen. Unter der Vergleichsvereinbarung mit der FCA, hat die Deutsche Bank zugestimmt eine zivile Geldbuße in Höhe von ca. 163 Mio GBP zu zahlen. Die unter den Vergleichen zu zahlenden Beträge sind bereits materiell in den bestehenden Rückstellungen berücksichtigt.

Die Deutsche Bank kooperiert mit anderen Regulatoren und Behörden (einschließlich des DOJ und der Federal Reserve), die ihre eigenen Untersuchungen betreffend diese Handelsgeschäfte mit Aktien durchführen. Der Konzern hat für diese laufenden Untersuchungen eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchung und Rechtsstreitigkeiten zu Staatsanleihen, supranationalen und staatsnahen Anleihen (SSA). Die Deutsche Bank hat Anfragen von bestimmten Regulatoren und Strafverfolgungsbehörden erhalten, unter anderem Auskunftersuchen und Dokumentenanfragen, die sich auf den Handel mit SSA-Bonds beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in diesen Untersuchungen.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren vor dem United States District Court for the Southern District of New York, in denen die Verletzung des US-amerikanischen Kartellrechts und des Common Law im Hinblick auf die angebliche Manipulation des Sekundärmarktes für SSA-Bonds behauptet wird. Diese Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium und werden zurzeit zusammengeführt.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob eine Rückstellung oder Eventualverbindlichkeit im Hinblick auf diesen Vorgang gebildet wurde, da man zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Untersuchungen gravierend beeinflussen könnte.

Rechtsstreitigkeiten zu genussscheinähnlichen Wertpapieren. Die Deutsche Bank und bestimmte mit ihr verbundene Unternehmen sowie ehemalige leitende Angestellte sind Gegenstand eines als zusammengeführte Sammelklage bezeichneten Verfahrens, das vor dem United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurde. Im Rahmen der Klage werden im Namen von Personen, die bestimmte von der Deutschen Bank und ihren verbundenen Unternehmen im Zeitraum zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 begebene genussscheinähnliche Wertpapiere erworben haben, Ansprüche aufgrund bundesrechtlicher Wertpapiergesetze geltend gemacht. Am 25. Juli 2016 verfügte das Gericht die Abweisung aller Ansprüche in Bezug auf drei der fünf in Rede stehenden Emissionen, ließ jedoch bestimmte Ansprüche betreffend die Emissionen vom November 2007 und Februar 2008 zu. Am 17. November 2016 beantragten die Kläger die Zulassung einer Sammelklage für die Emission vom November 2007. Am 1. Dezember 2016 setzte das Gericht alle Verfahren in dieser Klage aus. Am 20. Januar 2017 erweiterten die Kläger ihren Antrag auf Zulassung der Sammelklage um die Emission vom Februar 2008 und Aufnahme einer weiteren natürlichen Person als vorgeschlagenen Vertreter der Sammelklägergruppe. Am 10. Februar 2017 verfügte das Ge-

richt, dass die Kläger betreffend die Emissionen vom November 2007 darüber Beweis zu erbringen haben, ob sie die Wertpapiere mit einem Verlust veräußert oder bis zu deren Rückzahlung gehalten haben. Ansonsten setzte das Gericht das Verfahren betreffend die Emissionen vom Februar 2008 aufgrund einer bevorstehenden Entscheidung des United States Supreme Court in dem Verfahren *California Public Employees' Retirement System v. ANZ Securities* aus, in dem erwartet wird, dass der Supreme Court prüft, ob die Einreichung einer Sammelklage zu einer Hemmung der gemäß Section 13 des U.S. Securities Act geltenden Verjährungsfrist von drei Jahren im Hinblick auf die Ansprüche der Sammelkläger führt. Eine Entscheidung wird vor Ende Juni 2017 erwartet.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens bestimmter US-amerikanischer Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich der früheren Abwicklung von Zahlungsaufträgen in US-Dollar erhalten, die sie in der Vergangenheit durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfragen richten sich darauf, ob diese Abwicklung mit US-amerikanischem Bundes- und Landesrecht im Einklang standen. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank freiwillig entschieden, dass sie kein US-Dollar-Neugeschäft mit Kontrahenten im Iran und Sudan, in Nordkorea und auf Kuba sowie mit einigen syrischen Banken tätigen wird. Ferner hat sie beschlossen, aus bestehenden US-Dollar-Geschäften mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Im Jahr 2007 hat die Deutsche Bank entschieden, dass sie kein Neugeschäft in jeglicher Währung mit Kontrahenten im Iran und Sudan sowie in Syrien und Nordkorea eingehen wird beziehungsweise aus dem bestehenden Geschäft in allen Währungen mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus hat sie beschlossen, ihr Nicht-US-Dollar-Geschäft mit Kontrahenten auf Kuba zu beschränken. Am 3. November 2015 hat die Deutsche Bank mit dem New York State Department of Financial Services und der Federal Reserve Bank of New York Vereinbarungen über den Abschluss ihrer Untersuchungen hinsichtlich der Deutschen Bank geschlossen. Die Deutsche Bank hat an die beiden Behörden 200 Mio US-\$ beziehungsweise 58 Mio US-\$ gezahlt und zugestimmt, bestimmten Mitarbeitern zu kündigen, bestimmte ehemalige Mitarbeiter nicht wieder einzustellen und für ein Jahr einen unabhängigen Monitor einzusetzen. Darüber hinaus hat die Federal Reserve Bank of New York bestimmte Abhilfemaßnahmen angeordnet. Dazu gehören insbesondere die Sicherstellung eines effizienten OFAC-Compliance-Programms sowie eine jährliche Überprüfung desselben durch einen unabhängigen Dritten, bis sich die Federal Reserve Bank of New York von deren Effizienz überzeugt hat. Die Untersuchungen der US-Strafverfolgungsbehörden dauern an.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchungen und Ermittlungen im Bereich US-Staatsanleihen. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf Auktionen für und den Handel mit US-Staatsanleihen sowie damit zusammenhängende Marktaktivitäten relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei diesen Untersuchungen.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen Sammelklagen. Darin werden Verstöße gegen das US-amerikanische Kartellrecht, den U.S. Commodity Exchange Act und Common Law in Bezug auf die vermeintliche Manipulation des Marktes für US-Treasuries geltend gemacht. Die Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium und wurden zentral auf den Southern District of New York übertragen.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen wird.

31 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgrifforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen sind, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Unwiderrufliche Kreditzusagen	166.063	174.549
Eventualverbindlichkeiten	52.341	57.325
Insgesamt	218.404	231.874

Unterstützung durch die öffentliche Hand

Der Konzern beantragt und erhält regelmäßig Unterstützung durch die öffentliche Hand in Form von Gewährleistungen durch Exportkreditversicherungen (Export Credit Agencies; nachstehend „ECAs“). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der kurz-, mittel- und langfristigen Finanzierung von Exporten und Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern und seltener in Industrieländern ab. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und werden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staates, in dessen Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen ähneln sich weitgehend, da die meisten ECAs an den Konsensus der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gebunden sind. Im OECD-Konsensus, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten, sind Richtgrößen festgelegt, die dazu dienen sollen, einen fairen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sicherzustellen.

In einigen Ländern werden für ECA-gedeckte Finanzierungen zweckgebundene Refinanzierungsprogramme mit staatlicher Unterstützung angeboten. Der Konzern macht von diesen Programmen Gebrauch, um seine Kunden bei der Finanzierung des Exports von Gütern und Dienstleistungen zu unterstützen. Bei bestimmten Finanzierungen erhält er als Sicherheiten auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen Regierungseinrichtungen, um Finanzierungen im Interesse der jeweiligen Regierungen zu unterstützen. Die meisten ECA-Gewährleistungen erhielt der Konzern entweder von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, von Exportkredit Agenturen Südkoreas (Korea Trade Insurance Corporation und The Export-Import Bank of Korea), die im Auftrag Südkoreas handeln, oder von der Exportkredit Agentur Chinas (China Export & Credit Insurance Corporation (Sinosure)), die im Auftrag der Volksrepublik China handelt.

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich Bankenabgaben

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Bankenabgabe zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten (EU-Richtlinie), des Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) und des deutschen Einlagensicherungsfonds beliefen sich zum 31. Dezember 2016 auf 280,4 Mio € und zum 31. Dezember 2015 auf 155,5 Mio €.

32 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	3.219	9.327
Sonstige	14.076	18.683
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	17.295	28.010

33 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente

Langfristige Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach der frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeit

in Mio €	Fällig in 2017	Fällig in 2018	Fällig in 2019	Fällig in 2020	Fällig in 2021	Fällig nach 2021	Insgesamt 31.12.2016	Insgesamt 31.12.2015
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	18.379	8.402	11.327	7.498	17.112	22.206	84.924	86.255
mit variabler Verzinsung	8.477	4.882	6.876	3.435	5.455	7.956	37.082	38.963
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	0	70	28	1.096	0	3.688	4.882	4.602
mit variabler Verzinsung	231	70	0	0	0	1.605	1.906	1.811
Sonstige	1.672	29.891	1.870	904	842	8.344	43.523	28.385
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	28.758	43.315	20.102	12.933	23.409	43.799	172.316	160.016

In den Geschäftsjahren 2016 und 2015 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente¹

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
mit fester Verzinsung	5.302	6.067
mit variabler Verzinsung	1.071	953
Summe der hybriden Kapitalinstrumente	6.373	7.020

¹ Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum, die im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden können.

34 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2016				
	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	200.122	0	0	0	0
Verzinsliche Einlagen	129.704	147.531	46.176	17.027	11.247
Handelspassiva ¹	57.029	0	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	463.858	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	18.949	38.641	4.343	2.676	6.460
Investmentverträge ²	0	0	592	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen ³	0	573	737	2.427	856
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	353	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	19.980	2.401	2.386	715	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	4.168	11	0	0	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	13.322	1.995	1.802	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	6	7.462	24.440	118.607	46.812
Hybride Kapitalinstrumente	0	78	2.539	4.361	0
Sonstige Finanzpassiva	128.400	2.642	583	407	3.246
Unwiderrufliche Kreditzusagen	160.099	0	0	0	0
Finanzgarantien	20.966	0	0	0	0
Insgesamt⁴	1.216.955	201.333	83.599	146.219	68.621

¹ Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig“ zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 42 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

	31.12. 2015				
in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	192.010	0	0	0	0
Verzinsliche Einlagen	153.788	156.710	42.680	15.382	12.004
Handelspassiva ¹	52.303	0	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	494.076	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	18.450	25.067	3.964	4.357	5.985
Investmentverträge ²	0	104	873	1.701	5.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen ³	0	556	918	1.908	2.983
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	574	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	7.498	1.919	519	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.818	16	0	1	414
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	17.782	2.771	6.865	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	62	16.834	12.414	92.914	52.169
Hybride Kapitalinstrumente	0	831	628	5.772	1.285
Sonstige Finanzpassiva	146.684	3.791	456	361	36
Unwiderrufliche Kreditzusagen	166.236	0	0	0	0
Finanzgarantien	19.828	0	0	0	0
Insgesamt⁴	1.272.109	208.600	69.317	122.396	80.719

¹ Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig“ zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 42 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

Zusätzliche Anhangangaben

35 – Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehende
Stammaktien, 1. Januar 2015	1.379.273.131	- 260.182	1.379.012.949
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0
Kapitalerhöhung	0	0	0
Erwerb Eigener Aktien	0	- 326.647.008	- 326.647.008
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	0	326.532.326	326.532.326
Stammaktien, 31. Dezember 2015	1.379.273.131	- 374.864	1.378.898.267
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0
Kapitalerhöhung	0	0	0
Erwerb Eigener Aktien	0	- 355.069.462	- 355.069.462
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	0	355.240.884	355.240.884
Stammaktien, 31. Dezember 2016	1.379.273.131	- 203.442	1.379.069.689

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten wurden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus hat der Konzern Aktien für die Verwendung im Rahmen der aktienbasierten Vergütung erworben. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam. Der Jahresendbestand Eigener Aktien wird im Wesentlichen für zukünftige aktienbasierte Vergütung genutzt.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2016 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 1.760.000.000 €, das in Teilbeträgen bis zum 30. April 2020 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
352.000.000 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen wird sowie nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG	30. April 2020
1.408.000.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss möglich, insofern es erforderlich ist den Inhabern von Optionsrechten, Wandelanleihen und Wandelgenußrechten der Gesellschaft zu begeben	30. April 2020

Bedingtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrfach Genussscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Genussscheine, Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutsche Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital bedingt durch die Ausübung dieser Wandlungs- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
€ 230.400.000	30. April 2017
€ 256.000.000	30. April 2019

Dividendenzahlungen

Die folgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2016, 2015 und 2014.

	2016 ¹ (vorgeschlagen)	2015	2014
Bardividende (in Mio €)	393	0	1.034
Bardividende je Aktie (in €)	0,19	0,00	0,75

¹ Unter Berücksichtigung der erwarteten, vor der Hauptversammlung im Mai 2017 zu emittierenden Aktien beinhaltet die aus dem Bilanzgewinn für 2016 vorgesehene Dividende in Höhe von € 0,19 pro Aktie die Ausschüttung des aus 2015 vorgetragenen Bilanzgewinns in Höhe von rund € 165 Millionen und sieht eine Dividende in Höhe von € 0,11 pro Aktie aus dem verbleibenden Bilanzgewinn für 2016 vor.

36 – Leistungen an Arbeitnehmer

Aktienbasierte Vergütungspläne

Der Konzern gewährte aktienbasierte Vergütung maßgeblich unter dem DB Equity Plan. Dieser gewährt das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden während der Anwartschaftsfrist.

Die Aktienrechte, die nach den Planregeln des DB Equity Plan begeben werden, können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde die Vergütung unter dem DB Equity Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

In der folgenden Tabelle werden die grundsätzlichen Merkmale dieser aktienbasierten Vergütungspläne dargestellt.

Jahre der Gewährung	Deutsch Bank Equity Plan	Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelung für den vorgezogenen Ruhezustand	Anspruchsberechtigung
2016	Jährliche Vergütungs-komponente	1/4: 12 Monate ¹	Ja	Jährlich gewährte leistungs-basierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter
		1/4: 24 Monate ¹		
		1/4: 36 Monate ¹		
		1/4: 48 Monate ¹		
	Zuteilung als Einmaltranche nach 54 Monaten ¹	Ja ²	Mitglieder des Vorstands oder der Senior Management Group	
	Bleibepremie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ja	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
	Jährliche Vergütungs-komponente – Unmittelbar zugeteilt	Entfällt ³	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen
	Key Position Award (KPA) ⁴	Zuteilung als Einmaltranche nach 4 Jahren ³	Ja	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter
2015/ 2014/ 2013	Jährliche Vergütungs-komponente	1/3: 12 Monate ¹	Ja	Jährlich gewährte leistungs-basierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter
		1/3: 24 Monate ¹		
		1/3: 36 Monate ¹		
		Zuteilung als Einmaltranche nach 54 Monaten ¹		
	Bleibepremie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ja	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
	Jährliche Vergütungs-komponente – Unmittelbar zugeteilt	Individuelle Festlegung ⁵	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen
2012/ 2011	Jährliche Vergütungs-komponente	1/3: 12 Monate ⁶	Ja	Jährlich gewährte leistungs-basierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter
		1/3: 24 Monate ⁶		
		1/3: 36 Monate ⁶		
	Bleibepremie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ja	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
	Jährliche Vergütungs-komponente – Unmittelbar zugeteilt	Entfällt ⁵	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen

¹ Für die Mitglieder des Vorstands oder der Senior Management Group und für alle übrigen Mitarbeiter, die der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegen, erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von sechs Monaten.

² Die speziellen Regelungen für den vorgezogenen Ruhezustand gelten nicht für die Mitglieder des Vorstands.

³ Für alle der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegenden Mitarbeiter erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von zwölf Monaten.

⁴ Ein für den jeweiligen Mitarbeiter vordefinierter Anteil des KPAs ist von dem Erreichen eines Aktienkurses abhängig. Dies bedeutet, dass die berechtigten Mitarbeiter diesen Anteil des KPAs lediglich erhalten, sofern der Aktienkurs vor Ende des Zurückbehaltungszeitraums den vorgegebenen Wert erreicht.

⁵ Für die Mitglieder des Vorstands erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von drei Jahren. Für alle übrigen der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegenden Mitarbeiter erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von sechs Monaten.

⁶ Für die Mitglieder des Vorstands gilt eine andere Anwartschaftsregelung. Für alle übrigen der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegenden Mitarbeiter erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartezeit von sechs Monaten.

Darüber hinaus bietet der Konzern das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm Global Share Purchase Plan (GSPP) an. Mitarbeitern in bestimmten Ländern wird die Möglichkeit gegeben, Deutsche Bank Aktien in monatlichen Raten über eine einjährige Ansparphase zu erwerben. Nach der Ansparphase gewährt die Bank Gratisaktien im Verhältnis 1:1 der angesparten Aktien bis zu maximal zehn Stück unter der Voraussetzung, dass der Mitarbeiter ein weiteres Jahr im Konzern verbleibt. Dieser Plan wird von Konzerneinheiten in 21 Ländern an ungefähr 15.250 Mitarbeiter im achten Zyklus, welcher im November 2016 begann, angeboten.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der ausstehenden Aktienrechte für die jeweiligen Stichtage, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Sie enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

	in Tsd Einheiten	Gewichteter Durchschnitt des beizulegenden Zeitwerts je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2014	52.449	€ 31,60
Bestand zum 31. Dezember 2015	53.651	€ 28,18
Bestand zum 31. Dezember 2016	90.292	€ 20,22

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2016 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 15 Mio € (31. Dezember 2015: 19 Mio €; 31. Dezember 2014: 21 Mio €).

Vom wertmäßigen Bestand an ausstehenden Aktienrechten zum 31. Dezember 2016 in Höhe von ungefähr 1,6 Mrd € wurden ungefähr 1,1 Mrd € zu Lasten des Personalaufwands des Berichtsjahres beziehungsweise in den Jahren davor bilanziell erfasst. Somit belief sich der zum 31. Dezember 2016 noch nicht erfasste Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütung auf ungefähr 0,5 Mrd €.

Im Februar und März 2017 wurden ungefähr 3,4 und 9,4 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan ausgegeben (davon jeweils 0,1 Millionen Einheiten im Februar und März 2017 unter der Planvariante des DB Equity Plan, die einen Barausgleich vorsieht).

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Charakterisierung der Pläne

Der Konzern bietet seinen Mitarbeitern eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Weiteren „Pensionspläne“ genannt, wenn nicht anders ausgeführt) an, die gemäß ihrer Art und Beschaffenheit in der Rechnungslegung zwischen beitragsdefinierten und leistungsdefinierten Plänen unterschieden werden. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit. Beiträge für beitragsdefinierte Pläne basieren zumeist auf einem Prozentsatz der Mitarbeitervergütung. Die weiteren Ausführungen in dieser Anhangangabe beziehen sich vorwiegend auf die leistungsdefinierten Pläne des Konzerns.

Die Pensionspläne des Konzerns lassen sich am besten anhand ihrer geografischen Verteilung unterteilen. Diese reflektiert die Unterschiede in Plancharakteristik und -risiko sowie hinsichtlich des jeweiligen regulatorischen Umfelds. Insbesondere können sich lokale regulatorische Anforderungen stark voneinander unterscheiden und bestimmen zu einem gewissen Grad die Planausgestaltung und -finanzierung. Relevant ist auch die Unterteilung nach Status der Planmitglieder, die eine grobe Einschätzung hinsichtlich der Fälligkeiten der Verpflichtungen des Konzerns gibt.

in Mio €					31.12.2016
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich					
Aktive Planteilnehmer	4.884	791	443	741	6.859
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	2.139	2.559	560	99	5.357
Leistungsempfänger	4.955	1.146	545	251	6.897
Pensionsverpflichtung insgesamt	11.978	4.496	1.548	1.091	19.113
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	10.975	5.352	1.219	973	18.519
Ausfinanzierungsquote (in %)	92	119	79	89	97

in Mio €					31.12.2015
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich					
Aktive Planteilnehmer	4.352	796	436	845	6.429
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	1.883	2.350	538	196	4.967
Leistungsempfänger	4.548	1.177	533	300	6.558
Pensionsverpflichtung insgesamt	10.783	4.323	1.507	1.341	17.954
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	10.371	5.322	1.182	1.210	18.085
Ausfinanzierungsquote (in %)	96	123	78	90	101

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Innerhalb der anderen Länder beziehen sich die größten Verpflichtungen auf die Schweiz, die Kanalinseln und Belgien. In Deutschland und einigen kontinentaleuropäischen Ländern werden Pensionszusagen auf kollektiver Basis mit Betriebsräten oder vergleichbaren Gremien vereinbart. Die wichtigsten Pläne des Konzerns werden durch Treuhänder, Vermögensverwalter oder vergleichbare Instanzen überwacht.

Pensionszusagen können im Rahmen der Gesamtvergütung für die Mitarbeiter eine wichtige Rolle spielen. Das Ziel des Konzerns ist eine für die Mitarbeiter im jeweiligen Marktumfeld attraktive Plangestaltung, die durch den Konzern nachhaltig erbracht werden kann. Zugleich versucht der Konzern das aus derartigen Zusagen erwachsene Risiko zu begrenzen. Aus diesem Grund ging der Konzern in den letzten Jahren in vielen Ländern auf beitragsdefinierte Pläne über.

In der Vergangenheit basierten die Pensionszusagen üblicherweise auf dem zum Pensionierungszeitpunkt erreichten Endgehalt. Diese Zusageformen bilden einen wesentlichen Teil der Verpflichtungen für Pensionäre und ausgeschiedene Anwärter. Derzeit sind die wichtigsten leistungsdefinierten Pensionspläne für aktive Mitarbeiter in Deutschland und den USA Kapitalkontenpläne, bei denen der Arbeitgeber jährlich einen auf das aktuelle Gehalt bezogenen Betrag auf individuelle Mitarbeiterkonten gutschreibt. Je nach Planregel wird der Saldo des Versorgungskontos durch einen festen Prozentsatz verzinst oder er partizipiert an der Marktentwicklung spezieller zugrunde liegender Anlageformen, um das Investitionsrisiko für den Konzern zu reduzieren. Teilweise, wie in Deutschland, ist eine garantierte Leistung in den Planregeln verankert, beispielsweise in Höhe der erfolgten Beiträge. Zum Pensionierungszeitpunkt können die Mitarbeiter gewöhnlich entscheiden, ob das erreichte Kapital als Einmalbetrag auszuzahlen ist oder in eine Rentenleistung umgewandelt werden soll. Die Umrechnung in eine Rente erfolgt zumeist am Pensionierungsstichtag mit den dann gültigen Marktkonditionen und Annahmen zur Lebenserwartung. In Großbritannien wurde der größte leistungsdefinierte Pensionsplan im Jahr 2011 für die noch leistungsberechtigten aktiven Mitarbeiter umgestaltet, um das gesamte langfristige Risiko für den Konzern zu verringern. In den Niederlanden erfolgte im Jahr 2016 die Umwandlung der leistungsdefinierten Zusage in einen kollektiven beitragsdefinierten Plan.

Zusätzlich unterhält der Konzern sowohl Pensionspläne und Leistungszusagen bei Vertragsbeendigung in weiteren Ländern wie auch – vor allem in den USA – Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter. Im Rahmen der Gesundheitsfürsorgepläne wird den Pensionären üblicherweise ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Sobald Pensionäre in den USA im staatlichen Krankenversicherungssystem Medicare leistungsberechtigt werden, erhalten sie eine Dotierung auf einem individuellen Konto und verlassen damit den Gesundheitsfürsorgeplan des Konzerns. Aufgrund des Verpflichtungsvolumens in Höhe von 201 Mio € per 31. Dezember 2016 (31. Dezember 2015: 196 Mio €) und der Planausgestaltung sind die Risiken aus den Gesundheitsfürsorgeplänen für den Konzern begrenzt.

Die im Folgenden dargestellten voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen aus leistungsdefinierten Plänen beziehen sich auf zurückliegende und angenommene zukünftige Dienstzeiten und beinhalten sowohl Auszahlungen aus den Pensionsvermögen für ausfinanzierte Pläne als auch direkte Auszahlungen für nicht ausfinanzierte Pläne des Konzerns.

in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Erfolgte Leistungszahlungen 2016	403	132	123	76	734
Erwartete Leistungszahlungen 2017	406	69	84	66	625
Erwartete Leistungszahlungen 2018	417	73	82	64	636
Erwartete Leistungszahlungen 2019	436	79	89	63	667
Erwartete Leistungszahlungen 2020	453	88	85	62	688
Erwartete Leistungszahlungen 2021	468	94	88	64	714
Erwartete Leistungszahlungen 2022 – 2026	2.644	601	472	330	4.047
Gewichteter Durchschnitt der Duration der Leistungsverpflichtung (in Jahren)	15	23	13	14	16

Gemeinschaftliche Pläne mehrerer Arbeitgeber

Der Konzern ist mit anderen Finanzinstituten in Deutschland Mitgliedsunternehmen des BVV, der in Ergänzung zu den Direktzusagen des Konzerns Altersvorsorgeleistungen an berechnigte Mitarbeiter in Deutschland leistet. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer leisten regelmäßig Beiträge an den BVV. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers in Deutschland in Bezug auf die betriebliche Altersvorsorge der eigenen Mitarbeiter. Ein Anstieg der Pensionsleistungen kann auch durch die zusätzliche Verpflichtung entstehen, Anpassungen zum Ausgleich der Inflation zugunsten der Leistungsberechtigten vorzunehmen. Der Konzern klassifiziert den BVV-Plan als leistungsdefinierten gemeinschaftlichen Plan mehrerer Arbeitgeber und behandelt ihn in der Rechnungslegung, wie in der Branche üblich, als beitragsdefinierten Plan, da die verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögensgegenstände und die auf die gegenwärtigen und ehemaligen Mitarbeiter bezogenen Pensionsverpflichtungen den einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen. Dies liegt maßgeblich in der Tatsache begründet, dass der BVV seine Vermögensanlagen weder den Leistungsberechtigten noch den Mitgliedsunternehmen vollständig zuordnet. Basierend auf der letzten Offenlegung des BVV liegt momentan kein Defizit vor, welches die Höhe der zukünftigen Beiträge des Konzerns beeinträchtigen könnte. Im Juni 2016 beschloss die Hauptversammlung des BVV eine Absenkung der Leistungen aus zukünftigen Beiträgen für einzelne Mitarbeitergruppen. Wie andere Mitgliedsunternehmen auch, verpflichtete sich der Konzern, die Leistungsabsenkungen über zusätzliche Beiträge ab dem 1. Januar 2017 zu kompensieren. Eine entsprechende Betriebsvereinbarung wurde mit den deutschen Arbeitnehmervertretern unterzeichnet.

Zu den Aufwendungen des Konzerns für beitragsdefinierte Pläne zählt auch der jährliche Beitrag der Deutschen Postbank AG für die Altersversorgung ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse. Die Leistungsverpflichtungen liegen bei der Bundesrepublik Deutschland.

Steuerung und Risiko

Der Konzern unterhält ein Pensions Risk Committee zur Überwachung der Pensionen und der damit verbundenen Risiken auf globaler Basis. Das Komitee tagt vierteljährlich, berichtet direkt an das Senior Executive Compensation Committee und wird durch das Pensions Operating Committee unterstützt.

In diesem Rahmen erlässt es Richtlinien über die Steuerung und das Risikomanagement und entwickelt sie fort, insbesondere in Bezug auf Ausfinanzierung, Portfoliostruktur und Bestimmung der versicherungsmathematischen Annahmen. In diesem Zusammenhang bezeichnet der Begriff „Risikomanagement“ die Kontrolle und Steuerung von Risiken, die dem Konzern aus Marktentwicklungen (zum Beispiel Zinssatz, Kreditausfallrisiko, Inflation), Anlagestruktur, regulatorischen oder rechtlichen Anforderungen erwachsen können, sowie die Überwachung demografischer Veränderungen (zum Beispiel Langlebigkeit). Insbesondere während und nach Akquisitionen oder bei Veränderungen im Umfeld (zum Beispiel rechtlich, steuerlich) werden Themen wie die grundsätzliche Planausgestaltung oder potenzielle Plananpassungen gründlich erörtert. Jegliche Planänderung erfordert in einem standardisierten Prozess die Zustimmung des

Konzernbereichs Human Resources. Im Rahmen des Grades der jeweiligen Ausfinanzierung der Pensionspläne reduziert die Vermögensanlage die aus den Verpflichtungen resultierenden Risiken, führt jedoch zu Investitionsrisiken.

In den für den Konzern wichtigsten Ländern bezieht sich das aus den Plänen resultierende pensionsbezogene Risiko für den Konzern auf potenzielle Veränderungen in Kreditausfallrisiken, Zinssätzen, Inflation und Langlebigkeit, wenn gleich deren Auswirkung durch die Anlagestrategie des Planvermögens teilweise reduziert wird.

Der Konzern ist grundsätzlich bestrebt, den durch Marktbewegungen verursachten Einfluss der Pensionspläne auf den Konzernabschluss zu minimieren, das jedoch unter Berücksichtigung weiterer Zielgrößen im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung von Pensionsplänen, dem regulatorischen Eigenkapital sowie Einschränkungen durch lokale Finanzierungs- oder Rechnungslegungsvorschriften. Der Konzern misst regelmäßig das Pensionsrisiko anhand von für diesen Zweck selbst entwickelten spezifischen Kennzahlen.

Finanzierung

Der Konzern unterhält verschiedene externe Vermögenstreuhandstrukturen, durch die die Mehrheit der Pensionsverpflichtungen ausfinanziert ist. Die Finanzierungsgrundsätze des Konzerns zielen – unter Beachtung spezifischer rechtlicher Regelungen – auf eine nahezu vollständige Deckung des Barwerts der Pensionsverpflichtung durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 100 % ab. Des Weiteren entschied der Konzern, dass einige Verpflichtungen nicht extern ausfinanziert werden. Dieser Ansatz wird von Zeit zu Zeit überprüft, beispielsweise, wenn sich lokale Vorschriften oder Praktiken verändern. Verpflichtungen nicht ausfinanzierter Pläne werden bilanziell zurückgestellt.

Für die meisten der extern ausfinanzierten Pläne bestehen lokale Mindestdotierungsanforderungen. Zusätzlich kann der Konzern anhand der eigenen Finanzierungsgrundsätze über weitere Dotierungen entscheiden. Es gibt Standorte, wie beispielsweise in Großbritannien, an denen die Treuhänder mit dem Konzern gemeinsam die Dotierungshöhe vereinbaren. In den meisten Staaten erwartet der Konzern den vollen ökonomischen Nutzen eventueller Überdeckungen von Pensionsverpflichtungen durch Planvermögen, üblicherweise in Form reduzierter künftiger Dotierungen. Ausgehend von der nahezu vollständigen Ausfinanzierung und der für die wichtigsten ausfinanzierten Pläne eingeführten Investitionsstrategie erwartet der Konzern kurzfristig keine materiellen auszugleichenden Defizitbeträge. Mit Bezug auf die Finanzierungsgrundsätze erörtert der Konzern jährlich, inwieweit die aus dem Unternehmensvermögen gezahlten Pensionsleistungen durch den Treuhänder erstattet werden sollen oder auch nicht, was indirekt einer entsprechenden Zuführung zum Planvermögen entspricht.

Für die Gesundheitsfürsorgepläne bildet der Konzern während der aktiven Dienstverhältnisse Rückstellungen und zahlt die Leistungen bei Fälligkeit aus eigenen Mitteln aus.

Versicherungsmathematische Methoden und Annahmen

Bewertungstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden durch unabhängige qualifizierte Aktuarien gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien bewertet. Eine Konzernrichtlinie gibt den lokalen Aktuarien Vorgaben hinsichtlich der Bestimmung versicherungsmathematischer Annahmen, um deren Konsistenz global sicherzustellen. Final werden diese durch das Pensions Operating Committee des Konzerns bestimmt.

Die folgende Darstellung der wichtigsten Bewertungsannahmen zur Verpflichtungsbestimmung per 31. Dezember erfolgt in Form gewichteter Durchschnitte.

	31.12.2016				31.12.2015			
	Deutschland	Großbritannien	USA ¹	Andere Länder	Deutschland	Großbritannien	USA ¹	Andere Länder
Diskontierungszinssatz (in %)	1,7	2,6	4,0	2,3	2,4	3,9	4,2	2,6
Inflationsrate (in %)	1,7	3,6	2,2	2,0	1,6	3,4	2,3	2,2
Nominale Gehaltssteigerungsrate (in %)	2,1	4,6	2,3	2,8	2,1	4,4	2,3	2,5
Nominale Pensionssteigerungsrate (in %)	1,6	3,5	2,2	1,1	1,5	3,3	2,3	1,1
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren								
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	19,1	23,4	22,4	22,0	19,0	23,5	21,8	21,6
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	23,2	25,5	23,9	24,5	23,1	25,0	24,0	24,1
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	21,8	25,1	23,9	23,7	21,6	25,1	23,5	23,4
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	25,7	27,4	25,4	26,1	25,6	26,9	25,6	25,8
Angewendete Sterbetafeln								
	Richttafeln Heubeck 2005G	SAPS (S2) Light mit CMI 2015 Projektionen	RP2014 White-collar mit MP2016 Projektionen	Länder-spezifische Tabellen	Richttafeln Heubeck 2005G	SAPS (S1) Light mit CMI 2015 Projektionen	RP2014 Aggregate mit MP2014 Projektionen	Länder-spezifische Tabellen

¹ Der Zinssatz für Gutschriften auf den Kapitalkontenplänen entspricht der Rendite 30-jähriger Staatsanleihen der USA.

Für die bedeutendsten Pläne des Konzerns wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag über eine Zinsstrukturkurve hochrangiger Unternehmensanleihen – abgeleitet von umfänglichen durch anerkannte Indexanbieter beziehungsweise Ratingagenturen veröffentlichte Anleiheinformationen – ermittelt, der den Zeitpunkt zukünftiger Leistungen und deren Höhe für jeden Plan berücksichtigt. Für längere Laufzeiten ohne hinreichende Referenzgrößen von vergleichbaren Anleihen werden angemessene Extrapolationsmethoden für Zinsstrukturkurven mit entsprechenden Annahmen für Swapsätze und Kreditrisiko angewendet. Dabei wird für alle Pläne einer Währungszone ein einheitlicher Diskontierungszinssatz verwendet, der anhand der größten Verpflichtungen jeder dieser Zonen bestimmt wird. Für andere Pläne wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag in angemessener Weise auf Grundlage hochrangiger Unternehmens- oder Staatsanleihen in Einklang mit den aus den Verpflichtungen resultierenden Fälligkeiten festgesetzt.

Die Annahmen zur Preissteigerungsrate in der Eurozone und in Großbritannien werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationsswapsätze in den betreffenden Märkten zum jeweiligen Bewertungsstichtag. In anderen Ländern liegt der Bezug für deren Preissteigerungsannahmen üblicherweise auf den Inflationsprognosen von Consensus Economics Inc.

Die Annahmen zur zukünftigen Gehalts- und Pensionssteigerung werden für jeden Plan getrennt, falls sachgerecht, von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln sowohl Vergütungsstruktur oder -grundsätze im jeweiligen Markt als auch lokale rechtliche Anforderungen oder planspezifische Regelungen wider.

Neben anderen Parametern kann die Annahme der Lebenserwartung eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung sein und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden potenzielle zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen mit einbezogen.

Überleitung von Verpflichtungen und Vermögenswerten – Auswirkung auf den Konzernabschluss

in Mio €	2016				
	Deutschland	Groß- britannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung					
Verpflichtung am Jahresanfang	10.783	4.323	1.507	1.341	17.954
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Laufender Dienstaufwand	190	23	21	62	296
Zinsaufwand	256	151	61	35	503
Nachträglich zu verrechnender Dienstaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	2	5	0	-39 ¹	-32
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	1.142	1.251	42	141	2.576
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	0	4	-6	-3	-5
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	2	-66	0	-3	-67
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	3	0	0	19	22
Leistungszahlungen	-403	-132	-123	-76	-734
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	-393 ¹	-393
Akquisitionen/Veräußerungen	0	-402 ²	0	0	-402
Wechselkursveränderungen	0	-661	46	-8	-623
Sonstige ³	3	0	0	15	18
Verpflichtung am Jahresende	11.978	4.496	1.548	1.091	19.113
davon:					
intern finanziert	4	13	206	123	346
extern finanziert	11.974	4.483	1.342	968	18.767
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens					
Planvermögen am Jahresanfang	10.371	5.322	1.182	1.210	18.085
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Zinsertrag	249	185	48	32	514
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	484	1.042	10	97	1.633
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	3	0	0	19	22
Zuführungen des Arbeitgebers	271	22	56	73	422
Leistungszahlungen ⁴	-402	-132	-110	-56	-700
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	-393	-393
Akquisitionen/Veräußerungen	0	-282	0	0	-282
Wechselkursveränderungen	0	-804	36	-19	-787
Sonstige ³	-1	0	0	12	11
Kosten der Planadministration	0	-1	-3	-2	-6
Planvermögen am Jahresende	10.975	5.352	1.219	973	18.519
Finanzierungsstatus am Jahresende	-1.003	856	-329	-118	-594
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten					
Saldo am Jahresanfang	0	0	0	0	0
Zinsaufwand	0	0	0	0	0
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen	0	0	0	0	0
Saldo am Jahresende	0	0	0	0	0
Nettovermögenswert/-schuld	-1.003	856	-329	-118	-594⁵

¹ Umwandlung des leistungsdefinierten Planes in einen kollektiven beitragsdefinierten Plan in den Niederlanden.

² Abbey Life.

³ Beinhaltet die Startwerte eines erstmals berücksichtigten Plans in Belgien der bisher als beitragsdefiniert behandelt wurde und weitere kleine Pläne.

⁴ Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

⁵ Davon 934 Mio € in Sonstigen Vermögensgegenständen und 1.528 Mio € in Sonstigen Verbindlichkeiten erfasst.

in Mio €	2015				
	Deutschland	Groß- britannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung					
Verpflichtung am Jahresanfang	11.263	4.295	1.375	1.260	18.193
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Laufender Dienstzeitaufwand	202	30	24	61	317
Zinsaufwand	224	170	58	29	481
Nachträglich zu verrechnender Dienstzeitaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	4	4	0	1	9
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	- 551	- 143	- 39	- 50	- 783
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	0	- 66	0	0	- 66
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	22	- 103	15	- 9	- 75
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	3	0	0	13	16
Leistungszahlungen	- 383	- 123	- 85	- 69	- 660
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen	0	259	159	54	472
Sonstige ¹	- 1	0	0	51	50
Verpflichtung am Jahresende	10.783	4.323	1.507	1.341	17.954
davon:					
intern finanziert	2	14	203	114	333
extern finanziert	10.781	4.309	1.304	1.227	17.621
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens					
Planvermögen am Jahresanfang	10.634	5.095	1.072	1.109	17.910
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Zinsertrag	213	201	45	26	485
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	- 463	- 152	- 49	- 41	- 705
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	3	0	0	13	16
Zuführungen des Arbeitgebers	367	2	64	51	484
Leistungszahlungen ²	- 383	- 122	- 72	- 47	- 624
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen	0	304	124	49	477
Sonstige ¹	0	0	0	51	51
Kosten der Planadministration	0	- 6	- 2	- 1	- 9
Planvermögen am Jahresende	10.371	5.322	1.182	1.210	18.085
Finanzierungsstatus am Jahresende	- 412	999	- 325	- 131	131
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten					
Saldo am Jahresanfang	0	0	0	0	0
Zinsaufwand	0	0	0	0	0
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0	0	0	0
Saldo am Jahresende	0	0	0	0	0
Nettovermögenswert/-schuld	- 412	999	- 325	- 131	131³

¹ Beinhaltet die Startwerte eines erstmals berücksichtigten Plans in Indien der bisher als beitragsdefiniert behandelt wurde.

² Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

³ Davon 1.161 Mio € in Sonstigen Vermögensgegenständen und 1.030 Mio € in Sonstigen Verbindlichkeiten erfasst.

Der Konzern hat keine Erstattungsansprüche hinsichtlich leistungsdefinierter Pläne.

Anlagestrategie

Das Anlageziel des Konzerns ist es, sich vor nachteiligen Auswirkungen auf die hauptsächlichen Finanzkennzahlen zu schützen, die aus der Veränderungen der Finanzierungslage seiner Pensionspläne resultieren. Primärer Fokus liegt auf der Absicherung des IFRS-Finanzierungsstatus unter Einbezug der Auswirkung auf andere wichtige Kennzahlen, wie das regulatorische Kapital und lokale Gewinn- und Verlustrechnungen. Die Investmentmanager steuern das Planvermögen anhand der Anlagerichtlinien, die mit den Vermögenstreuhändern und Anlageausschüssen vereinbart wurden.

Zur Erreichung des primären Ziels, die Schwankungen des Finanzierungsstatus nach IFRS in den wichtigsten Pensionsplänen zu minimieren, wendet der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept an. Risiken aus unterschiedlichen Schwankungen im Barwert der Leistungsverpflichtung und dem Wert des Planvermögens aufgrund von Kapitalmarktbebewegungen werden durch entsprechende Absicherungsgeschäfte minimiert. Dies wird durch eine gut passende Anlagestrategie im Planvermögen in Bezug auf Marktrisikofaktoren erreicht hinsichtlich Zinsniveau, Kreditausfallrisiko und Inflation. Dabei sollte das Planvermögen im Wesentlichen das Risikoprofil und die Währung der Verpflichtung widerspiegeln. Für Pensionspläne, bei denen aus übergeordneter Konzernsicht die vollständige Anwendung des verpflichtungsorientierten Anlagekonzepts zu ungünstigen Einflüssen auf andere wichtige Finanzkennzahlen des Konzerns führen könnte, kann der Konzern von dieser primären Anlagestrategie abweichen. Im Jahr 2015 entschied sich der Konzern, vorübergehend die Anlagestrategie für den deutschen Hauptplan dahingehend zu verändern, dass dessen Sensitivitäten in Bezug auf Zinssätze und Kreditrisikoprämien reduziert wurden. Der Konzern überwacht eng die Abweichungen von der primären Anlagestrategie und hat Steuerungsmechanismen eingeführt, die die regelmäßige Überprüfung der Abweichung vom verpflichtungsorientierten Anlagekonzept sicherstellt.

Dort, wo das entsprechende Absicherungsniveau durch physische Instrumente (zum Beispiel Unternehmens- und Staatsanleihen) nicht erreicht werden kann, werden Derivate eingesetzt. Diese Absicherungsinstrumente beinhalten vorwiegend Zins-, Inflations- und Kreditausfallswaps. Es werden aber auch andere Instrumente, Zinstermingeschäfte und Optionen, genutzt. In der Praxis ist die Umsetzung einer vollständigen Absicherung nicht möglich, beispielsweise durch eine unzureichende Markttiefe für Anleihen extrem langer Laufzeiten wie auch durch Liquiditäts- und Kostenaspekte. Darum beinhaltet das Planvermögen auch andere Anlageklassen, wie Aktien, Immobilien, Hochzinsanleihen oder Anleihen aus Schwellenländern, um eine langfristige Wertsteigerung und einen Nutzen aus der Risikostreuung zu erzielen.

Vermögensverteilung in verschiedene Anlageklassen

Die folgende Tabelle präsentiert die Vermögensverteilung der Pensionspläne des Konzerns zur Ableitung der Risiken hinsichtlich entscheidender Anlageklassen. Das beinhaltet sowohl physische Wertpapiere in den einzeln gemanagten Vermögensklassen als auch Anteile an Investmentfonds, die im Planvermögen gehalten werden.

Die Vermögenswerte umfassen notierte (das heißt Level 1 in Einklang mit IFRS 13 – der Zeitwert kann direkt von Preisen abgeleitet werden, die an aktiven und liquiden Märkten notiert sind) und weitere (das heißt Level 2 und 3 gemäß IFRS 13) Vermögensanlagen.

in Mio €	31.12.2016					31.12.2015				
	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt	Deutsch-land ³	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Liquide Mittel	1.085	115	45	73	1.318	777	138	27	86	1.028
Aktien ¹	1.129	634	116	87	1.966	1.027	648	113	272	2.060
Hochrangige Anleihen ²										
Staatsanleihen	2.264	1.898	405	166	4.733	3.697	1.918	524	287	6.426
Unternehmensanleihen	5.627	2.272	521	154	8.574	4.271	2.456	400	346	7.473
Nachrangige Anleihen										
Staatsanleihen	166	0	0	45	211	130	0	0	11	141
Unternehmensanleihen	305	70	15	25	415	310	79	8	19	416
Strukturierte Produkte	38	237	65	22	362	35	259	45	12	351
Versicherungen	1	0	0	27	28	1	0	0	14	15
Alternative Anlagen										
Immobilien	222	117	0	37	376	200	137	0	39	376
Rohstoffe	6	13	0	0	19	7	7	0	8	22
Beteiligungen	58	0	0	0	58	51	0	0	0	51
Andere	667	34	0	330	1.031	641	38	0	100	779
Derivate (Marktwert) auf										
Zinsänderung	-614	133	51	-2	-432	-812	-60	65	21	-786
Kreditausfallrisiko	80	-1	1	1	81	-11	0	0	0	-11
Inflationsveränderung	0	-197	0	7	-190	0	-245	0	-8	-253
Wechselkursveränderung	-59	2	0	0	-57	42	-6	0	2	38
Andere	0	25	0	1	26	5	-47	0	1	-41
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	10.975	5.352	1.219	973	18.519	10.371	5.322	1.182	1.210	18.085

¹ Die Verteilung des Aktienportfolios erfolgt weitestgehend anhand typischer Indizes in den jeweiligen Märkten, zum Beispiel ist der MSCI All Countries World Index der Maßstab für das Aktienportfolio in den britischen Pensionsplänen.

² Hochrangig bedeutet BBB und darüber. Die durchschnittliche Bewertung der im Planvermögen des Konzerns gehaltenen Anleihen ist ungefähr A.

³ Die Vorjahreswerte wurden aufgrund eines differenzierteren Klassifizierungsansatzes für einige Komponenten im deutschen Planvermögen angepasst.

Die folgende Tabelle weist nur die Vermögensanlagen des Planvermögens aus, die in aktiven Märkten notiert sind, das heißt Level 1 gemäß der Einteilung nach IFRS 13.

in Mio €	31.12.2016					31.12.2015				
	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt	Deutsch-land ¹	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Liquide Mittel	1.145	115	42	39	1.341	1.241	138	29	68	1.476
Aktien	1.066	635	115	78	1.894	984	648	113	272	2.017
Hochrangige Anleihen										
Staatsanleihen	723	1.893	404	78	3.098	1.898	1.917	522	183	4.520
Unternehmensanleihen	0	0	0	3	3	0	0	0	0	0
Nachrangige Anleihen										
Staatsanleihen	0	0	0	32	32	0	0	0	0	0
Unternehmensanleihen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Strukturierte Produkte	0	0	0	0	0	0	259	0	11	270
Versicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Alternative Anlagen										
Immobilien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Rohstoffe	4	0	0	0	4	6	0	0	0	6
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere	8	0	0	0	8	32	0	0	6	38
Derivate (Marktwert) auf										
Zinsänderung	-1	0	11	0	10	0	0	17	-1	16
Kreditausfallrisiko	0	-1	0	1	0	0	0	0	0	0
Inflationsveränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderung	0	2	0	0	2	42	-6	0	2	38
Andere	1	0	0	0	1	5	0	0	1	6
Beizulegender Zeitwert des notierten Planvermögens	2.946	2.644	572	231	6.393	4.208	2.956	681	542	8.387

¹ Die Vorjahreswerte wurden aufgrund eines differenzierteren Klassifizierungsansatzes für einige Komponenten im deutschen Planvermögen angepasst.

Alle weiteren Teile des Planvermögens sind in sonstigen Vermögensanlagen investiert, vorwiegend in Level 2 gemäß der Einteilung nach IFRS 13 hinsichtlich der hochrangigen Unternehmensanleihen. Ein insgesamt relativ kleiner Anteil bezieht sich auf Level 3 gemäß der Einteilung nach IFRS 13 und bezieht sich größtenteils auf Immobilien, Versicherungsverträge und Derivate.

Die folgende Tabellen zeigen die Vermögensverteilung des „notierten“ wie auch sonstigen Planvermögens der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns nach wichtigen geografischen Regionen, in denen es investiert ist.

							31.12.2016
in Mio €	Deutschland	Großbri- tannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industrie- staaten	Entwicklungs- und Schwellen- länder	Insgesamt
Liquide Mittel	-54	112	144	1.062	20	34	1.318
Aktien	279	103	847	279	321	137	1.966
Hochrangige Staatsanleihen	738	1.840	447	975	210	523	4.733
Nachrangige Staatsanleihen	1	18	5	13	7	167	211
Hochrangige Unternehmensanleihen	472	1.819	2.458	2.939 ¹	763	123	8.574
Nachrangige Unternehmensanleihen	9	50	186	130	28	12	415
Strukturierte Produkte	36	210	66	7	6	37	362
Zwischensumme	1.481	4.152	4.153	5.405	1.355	1.033	17.579
Anteil (in %)	8	24	24	31	8	6	100
Weitere Anlagekategorien							940
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							18.519

¹ Der größte Teil bezieht sich auf französische, italienische und niederländische Unternehmensanleihen.

							31.12.2015 ¹
in Mio €	Deutschland	Großbri- tannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industrie- staaten	Entwicklungs- und Schwellen- länder	Insgesamt
Liquide Mittel	-450	147	81	1.195	26	29	1.028
Aktien	270	137	865	282	375	131	2.060
Hochrangige Staatsanleihen	1.842	1.895	549	1.454	225	461	6.426
Nachrangige Staatsanleihen	0	0	0	5	4	132	141
Hochrangige Unternehmensanleihen	427	1.838	2.184	2.081 ²	864	79	7.473
Nachrangige Unternehmensanleihen	19	48	168	140	29	12	416
Strukturierte Produkte	34	219	42	39	16	1	351
Zwischensumme	2.142	4.284	3.889	5.196	1.539	845	17.895
Anteil (in %)	12	24	22	29	9	5	100
Weitere Anlagekategorien							190
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							18.085

¹ Die Vorjahreswerte wurden aufgrund eines differenzierteren Klassifizierungsansatzes für einige Komponenten im deutschen Planvermögen angepasst.

² Der größte Teil bezieht sich auf französische, italienische und niederländische Unternehmensanleihen.

Per 31. Dezember 2016 sind im Planvermögen Derivate mit einem negativen Marktwert von 550 Mio € enthalten, bei denen Konzerneinheiten Vertragspartner sind. Im Planvermögen gibt es weder materielle Beträge von vom Konzern emittierten Wertpapieren noch sonstigen Forderungen gegen den Konzern. Es sind keine vom Konzern genutzten Immobilienwerte enthalten.

Zusätzlich bewertet der Konzern einen Rückstellungsbedarf für ungewisse Ertragsteuerpositionen und berücksichtigt dies im Wertansatz des Planvermögens, wobei die endgültigen Verbindlichkeiten hiervon letztlich erheblich abweichen können.

Wichtige Risikosensitivitäten

Die Pensionsverpflichtung ist sensitiv in Bezug auf Veränderungen der Marktbedingungen und der Bewertungsannahmen. Die Sensitivitäten hinsichtlich der Veränderungen am Kapitalmarkt und der bedeutendsten Annahmen werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Jeder Marktrisikofaktor beziehungsweise jede Annahme wird dabei jeweils isoliert verändert. Die Sensitivitäten der Verpflichtungen sind Schätzungen basierend auf geometrischen Extrapolationsmethoden, die die Planduration bezogen auf jede Annahme nutzen. Die Duration ist ein Risikomaß für die grundsätzliche Sensitivität einer Verpflichtung hinsichtlich der Veränderung einer zugrunde liegenden Annahme und gibt eine angemessene Abschätzung für kleinere bis mittlere Veränderungen solcher Annahmen an.

Beispielsweise wird die Zinsduration von der Veränderung der Leistungsverpflichtung bezogen auf abweichende Zinsannahmen abgeleitet, die die lokalen Aktuarien für die jeweiligen Pläne ermitteln. Die sich daraus ergebende Duration wird zur Abschätzung des aus der Verpflichtung resultierenden Neubewertungsverlusts oder –gewinns bei verändertem Diskontierungszinssatz benutzt. Für die anderen Annahmen wird ein ähnlicher Ansatz angewandt, um die jeweiligen Sensitivitäten abzuleiten.

Für Pensionspläne, bei denen der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept verfolgt, verursachen Veränderungen in den Verpflichtungen durch Änderung der kapitalmarktbedingten Bewertungsannahmen, hauptsächlich beim Zinssatz und bei der Inflationsrate, auch Bewegungen im Planvermögen. Um das Verständnis für das Gesamtrisiko des Konzerns bezogen auf wichtige Kapitalmarktbebewegungen zu erhöhen, werden deshalb die Nettoveränderungen von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen dargestellt; bei Annahmen ohne Einfluss auf die Vermögenswerte wird nur die Veränderung der Verpflichtung gezeigt.

Die vermögensbezogenen Sensitivitäten werden durch den Konzernbereich Market Risk Management für die größten Pläne des Konzerns durch Nutzung von risikosensitiven Faktoren bestimmt. Diese Sensitivitätsberechnungen basieren auf Daten von den Vermögensmanagern der Pläne und werden linear extrapoliert, um die geschätzte Veränderung im Marktwert des Planvermögens im Falle der Veränderung des darunterliegenden Risikofaktors zu zeigen.

Die Sensitivitäten stellen in Bezug auf Kapitalmarktbebewegungen und wesentliche Annahmen plausible Veränderungen über die Zeit dar. Der Konzern ist nicht in der Position, Einschätzungen zur Wahrscheinlichkeit dieser Veränderungen auf dem Kapitalmarkt oder in den Annahmen anzugeben. Während diese Sensitivitäten die Gesamtveränderung auf das Finanzierungsniveau verdeutlichen, können sich die Auswirkung des Einflusses und die Bandbreite angemessener alternativer Annahmen zwischen verschiedenen Plänen unterscheiden, was im Gesamtergebnis enthalten ist. Obwohl das Planvermögen wie auch die Verpflichtungen sensitiv auf ähnliche Risikofaktoren sind, können sich tatsächliche Veränderungen im Planvermögen und den Verpflichtungen durch eine unzureichende Korrelation zwischen Marktrisikofaktoren und versicherungsmathematischen Annahmen nicht vollständig ausgleichen. Durch nichtlineare Zusammenhänge ist bei der Extrapolation dieser Sensitivitäten hinsichtlich der Kapitalmarktbedingungen und der wichtigsten Annahmen Vorsicht geboten in Bezug auf den gesamten Finanzierungsstatus. Etwaige Maßnahmen des Managements zur Reduzierung der mit den Pensionsplänen verbundenen Risiken sind in diesen Sensitivitätszahlen nicht enthalten.

Die Sensitivitätsanalyse wurde hinsichtlich Diskontierungszinssätzen und Kreditrisikoraten auf 50 Basispunkte verfeinert (zuvor wurden Veränderungen von 100 Basispunkten gezeigt), um dem niedrigen Niveau einiger der bedeutendsten Annahmen Rechnung zu tragen. Die per 31.12.2015 angegebenen Werte wurden entsprechend konsistent umgerechnet.

in Mio €	31.12.2016				31.12.2015			
	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder	Deutsch-land	Großbri-tannien	USA	Andere Länder
Diskontierungszinssatz (–50 bp):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	– 900	– 500	– 50	– 65	– 775	– 440	– 45	– 105
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen ¹	600	555	35	25	330	515	40	65
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	– 300	55	– 15	– 40	– 445	75	– 5	– 40
Diskontierungszinssatz (+50 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	835	450	40	60	725	395	35	95
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen ¹	– 600	– 555	– 35	– 25	– 330	– 515	– 40	– 65
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	235	– 105	5	35	395	– 120	– 5	30
Kreditrisikorate (–50 bp):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	– 900	– 500	– 100	– 70	– 775	– 440	– 90	– 110
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen ¹	500	115	25	10	230	125	25	20
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	– 400	– 385	– 75	– 60	– 545	– 315	– 65	– 90
Kreditrisikorate (+50 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	835	450	95	65	725	395	85	100
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen ¹	– 500	– 115	– 25	– 10	– 230	– 125	– 25	– 20
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	335	335	70	55	495	270	60	80
Inflationsrate (–50 bp):²								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	340	395	0	25	305	340	0	50
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen ¹	– 220	– 350	0	– 15	– 215	– 355	0	– 10
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	120	45	0	10	90	– 15	0	40
Inflationsrate (+50 bp):²								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	– 350	– 435	0	– 30	– 315	– 370	0	– 55
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen ¹	220	350	0	15	215	355	0	10
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	– 130	– 85	0	– 15	– 100	15	0	– 45
Gehaltssteigerungsrate (–50 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	75	25	0	15	70	15	0	15
Gehaltssteigerungsrate (+50 bp):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	– 75	– 25	0	– 15	– 70	– 15	0	– 15
Anstieg der Lebenserwartung um 10 %:³								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	– 305	– 130	– 30	– 15	– 260	– 110	– 25	– 25

¹ Die erwarteten Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens beinhalten nur die simulierten Auswirkungen der größten Pläne in Deutschland, Großbritannien, den USA, auf den Kanalinseln, in der Schweiz und Belgien, welche mehr als 99 % des gesamten Zeitwerts repräsentieren. Der Vermögenswert für die übrigen Länder bleibt bei dieser Darstellung unverändert.

² Umfasst zugleich die Sensitivität hinsichtlich des Rentenanstiegs, der im gewissen Grad direkt an die Inflationsrate gekoppelt ist.

³ Dies entspricht geschätzt in etwa dem Anstieg der Lebenserwartung um circa 1 Jahr.

Erwarteter Kapitalfluss

Die im Folgenden dargestellten erwarteten Zahlungen des Konzerns im Jahr 2017 bezüglich seiner Pensionspläne umfassen sowohl die Leistungszahlungen für nicht extern ausfinanzierte Pläne, die Zuführungen zum Planvermögen extern ausfinanzierter leistungsdefinierter Pensionspläne als auch Beiträge an beitragsdefinierte Pensionspläne.

in Mio €	2017
	Insgesamt
Erwartete Zuführungen	
zum Planvermögen leistungsdefinierter Versorgungspläne	300
zum BVV	70
zur Postbeamtenversorgungskasse	90
zu beitragsdefinierten Plänen	310
Erwartete Leistungszahlungen für intern finanzierte Versorgungspläne	30
Erwartete Zahlungen für Pensionspläne	800

Aufwendungen für Leistungen an Arbeitnehmer

Die folgende Tabelle bietet eine Aufstellung spezifischer Aufwandspositionen gemäß den Anforderungen nach IAS 19 beziehungsweise IFRS 2.

in Mio €	2016	2015	2014
Aufwendungen für leistungsdefinierte Pläne			
Dienstzeitaufwand	272	326	296
Nettozinsaufwand (+)/-ertrag (-)	- 11	- 4	3
Gesamtaufwendungen leistungsdefinierter Pläne	261	322	299
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne			
Beiträge an den BVV	50	53	51
Beiträge an die Postbeamtenversorgungskasse	95	95	97
Beiträge an beitragsdefinierte Pläne	284	264	228
Gesamtaufwendungen beitragsdefinierter Pläne	429	412	376
Pensionsaufwendungen insgesamt	690	734	675
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	237	231	229
Aufwand für in Aktien zu begebene aktienbasierte Vergütung ¹	620	816	860
Aufwand für in bar auszuzahlende aktienbasierte Vergütung ¹	3	15	11
Aufwand für aufgeschobene Barvergütungen ¹	487	738	815
Aufwand für Abfindungszahlungen ²	149	184	205

¹ Einschließlich Akquisitionsprämien und Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter Komponenten für aufgeschobene Vergütung aufgrund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses unter Einbezug solcher Anteile, die als Restrukturierungsaufwand erfasst wurden.

² Ohne Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter aufgeschobener Vergütungskomponenten.

37 – Ertragsteuern

in Mio €	2016	2015	2014
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-):			
Steueraufwand/-ertrag (-) für das laufende Jahr	881	1.385	764
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (-)	-23	277	-12
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	858	1.662	752
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-):			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	-276	-378	644
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	-3	140	44
Periodenfremder latenter Steueraufwand/-ertrag (-)	-33	-749	-15
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	-312	-987	673
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	546	675	1.425

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2016 beinhaltet einen Steueraufwand aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft („Policyholder Tax“) in Höhe von 23 Mio € (2015: 0,4 Mio € Steuerertrag; 2014: 2 Mio € Steuerertrag), der durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2016 um einen Steuerertrag in Höhe von 7 Mio € vermindert (2015: 3 Mio € Verminderung des laufenden Steueraufwands; 2014: Verminderung des laufenden Steueraufwands um 5 Mio €).

Der latente Steuerertrag ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen, der Wertaufholung aktiver latenter Steuern aus Vorjahren sowie aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern im Geschäftsjahr 2016 per Saldo um einen latenten Steuerertrag in Höhe von 38 Mio € erhöht (2015: Reduktion des latenten Steuerertrags um 187 Mio €; 2014: Reduktion des latenten Steueraufwands um 303 Mio €).

Unterschied zwischen der Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes und tatsächlich ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (-)

in Mio €	2016	2015	2014
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag (-) bei einem Ertragsteuersatz von 31,3 % in Deutschland (31,0 % für 2015 und 2014)	-254	-1.890	966
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	-38	-157	88
Steuerbefreite Einnahmen	-599	-345	-371
Steuereffekt aus mit der Equitymethode konsolidierten Beteiligungen	-19	-21	-93
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	1.074	1.288	649
Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert	250	1.407	0
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern ¹	-45	184	-308
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	-3	140	44
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	66	-5	78
Effekt aus der „Policyholder Tax“	23	0	-2
Sonstige ¹	91	74	374
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (-)	546	675	1.425

¹ Der auf Vorperioden entfallende laufende und latente Steueraufwand/(-ertrag) wird überwiegend in den Positionen „Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern“ und „Sonstige“ ausgewiesen.

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position „Sonstige“ für die Geschäftsjahre 2015 und 2014 überwiegend Effekte infolge dieser Betriebsprüfungen enthalten.

Der Ausgang der Präsidentenwahl in den USA kann wesentliche Änderungen in der Steuerpolitik zur Folge haben. Die derzeit diskutierten Vorschläge zur Reform des Steuersystems in den USA beinhalten unter anderem eine erhebliche Steuersenkung für Unternehmen sowie signifikante Änderungen der gesamten Steuergesetzgebung. Umfang und Anwendungsbereich dieser geplanten Maßnahmen sind im Hinblick auf den Finanzsektor derzeit noch unklar. Eine Senkung des Unternehmenssteuersatzes könnte Auswirkungen auf die effektive Steuerquote des Konzerns in künftigen Perioden haben. Darüber hinaus ist eine entsprechende Neubewertung unserer aktiven latenten Steuerforderungen nicht auszuschließen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann keine quantitative Aussage zu den finanziellen Auswirkungen auf den Konzern getroffen werden.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und –verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat im Geschäftsjahr 2016 31,3 % betragen. In den Geschäftsjahren 2015 und 2014 belief sich der Ertragsteuersatz auf 31 %.

Im Eigenkapital (sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen/Kapitalrücklagen) verbuchte Ertragsteuern

in Mio €	2016	2015	2014
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste			
in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	344	- 213	407
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	20	104	- 457
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	81	10	5
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	- 14	3	- 7
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	1	- 6	- 146
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	- 71	- 90	- 68
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	100	- 2	1
Steueraufwand (-)/-ertrag auf Gewinne/Verluste aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	461	- 194	- 265
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet (-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	93	72	- 21

Wesentliche Komponenten der latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	3.931	3.477
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	358	215
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	7.248	7.748
Sachanlagen	458	468
Sonstige Aktiva	1.606	1.640
Bewertung von Wertpapieren	80	92
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.039	982
Sonstige Rückstellungen	1.079	1.310
Sonstige Passiva	1.353	1.028
Latente Steuerforderungen insgesamt	17.152	16.960
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	7.128	7.446
Sachanlagen	57	64
Sonstige Aktiva	560	954
Bewertung von Wertpapieren	381	523
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	29	50
Sonstige Rückstellungen	355	351
Sonstige Passiva	462	556
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	8.972	9.944

Latente Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, nach bilanzieller Saldierung

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015
Latente Steuerforderungen	8.666	7.762
Latente Steuerverbindlichkeiten	486	746
Latente Steuerforderungen, rechnerischer Saldo	8.180	7.016

Die Änderung der Differenz zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand/-ertrag. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umwidmungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Posten „Sonstige Aktiva“ und „Sonstige Passiva“ dargestellt werden.

Posten, für die keine latenten Steuerforderungen ausgewiesen wurden

in Mio €	31.12.2016 ¹	31.12.2015 ¹
Abzugsfähige temporäre Differenzen	1	-277
Unverfallbar	-4.368	-4.372
Verfall in der folgenden Periode	-189	-2
Verfall nach der folgenden Periode	-746	-1.067
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorräte	-5.303	-5.441
Verfall nach der folgenden Periode	-13	-95
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	-14	-97

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste, noch nicht genutzten Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2016 beziehungsweise zum 31. Dezember 2015 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 5,8 Mrd € beziehungsweise 5,0 Mrd € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, gemäß der es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu historischer Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat zum 31. Dezember 2016 keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 67 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2015: 93 Mio €).

38 – Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten zu Verkaufs-, Marktpflege- und Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen und Risiken des Konzernobligos zu steuern.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ beschrieben sind, werden alle Derivate zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Verkaufs- und Marktpflegezwecken gehaltene Derivate

Verkauf und Marktpflege

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Marktpflegeaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen

Für Derivate, für die die in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften an.

Absicherung des beizulegenden Zeitwerts

Der Konzern wendet die Absicherung des beizulegenden Zeitwerts mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	6.893	1.749	6.764	2.193

¹ Im Jahr 2016 hat der Konzern den Ausweis von Netto- (nach Aufrechnung) auf Bruttoausweis (vor Aufrechnung) umgestellt. Vergleichbare Angaben für 2015 wurden entsprechend angepasst.

Im Geschäftsjahr 2016 wies der Konzern einen Verlust in Höhe von 0,6 Mrd € (2015: Verlust in Höhe von 1,1 Mrd €; 2014: Gewinn in Höhe von 1,0 Mrd €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Gewinn aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 1,0 Mrd € (2015: Gewinn in Höhe von 1,0 Mrd €; 2014: Verlust in Höhe von 1,3 Mrd €).

Absicherung von Zahlungsströmen

Der Konzern wendet die Absicherung von Zahlungsströmen mittels Zinsswaps und Aktienindexswaps an, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Zinssätzen und Aktien zu schützen.

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	242	0	239	0

Berichtszeiträume, in denen mit dem Auftreten der abgesicherten Zahlungsströme gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2016				
Cashflow aus Aktiva	33	34	5	0
Cashflow aus Passiva	0	0	0	0
Netto-Zahlungsströme 2016	33	34	5	0
Zum 31. Dezember 2015				
Cashflow aus Aktiva	32	49	0	0
Cashflow aus Passiva	-20	-33	-26	-15
Netto-Zahlungsströme 2015	12	16	-26	-15

Absicherung von Zahlungsströmen

in Mio €	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Im Eigenkapital ausgewiesen ¹	198	138	118
davon terminierte Programme	0	-14	-15
Ins Eigenkapital des Berichtszeitraums eingestellte Gewinne/Verluste (-)	62	1	-6
Aus dem Eigenkapital des Berichtszeitraums entnommene Gewinne/Verluste (-)	2	-20	-339
Erfolgswirksame Ineffektivität der Absicherung	-17	-1	-3

¹ Im Eigenkapital ausgewiesen mit Bezug auf die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, für detailliertere Informationen verweisen wir auf die Konzern-Gesamtergebnisrechnung.

Mit Stand vom 31. Dezember 2016 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2021 fällig.

Absicherung von Nettoinvestitionen

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft zu Kassakursen am Bilanzstichtag ab.

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente in Absicherungen von Nettoinvestitionen	286	4.076	226	5.379

Im Geschäftsjahr 2016 wies der Konzern Verluste von 437 Mio € (2015: Verluste von 425 Mio €, 2014: Verluste von 357 Mio €) aus Ineffektivität der Absicherung aus, die das Forwardelement des Sicherungsinstruments enthält.

39 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Personalaufwand für Personen in Schlüsselpositionen

in Mio €	2016	2015	2014
Kurzfristig fällige Leistungen	40	31	26
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	9	6	4
Andere langfristig fällige Leistungen	7	11	7
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	20	0
Aktienbasierte Vergütungen	12	15	5
Insgesamt	68	83	42

Die Tabelle enthält keine Vergütung, die Mitglieder des Aufsichtsrats, die Arbeitnehmervertreter oder frühere Vorstandsmitglieder sind, erhalten. Die aggregierte Vergütung, die dieser Personenkreis für seine Dienste als Arbeitnehmer oder den Status als Pensionär (Ruhestand, Rente und aufgeschobene Vergütung) bezog, beläuft sich im Geschäftsjahr 2016 auf 1,1 Mio € (Dezember 2015: 1,1 Mio €; Dezember 2014: 1,1 Mio €).

Zum 31. Dezember 2016 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 49 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 7 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2015 beliefen sich die Kredite und Zusagen auf 11 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen und Einlagen in Höhe von 8 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen im Konzern.

Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Geschäfte für Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst dargestellt, da diese nicht einzeln wesentlich sind.

Kredite

in Mio €	2016	2015
Bestand am Jahresanfang	396	321
Veränderung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Berichtszeitraum ¹	- 86	89
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	- 31
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 13	18
Bestand am Jahresende²	297	396
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	0	1
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	0
Garantien und sonstige Verpflichtungen	62	263

¹ Der Saldo von vergebenen sowie zurückbezahlten Darlehen im Berichtszeitraum wird als „Veränderung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ gezeigt.

² Im Jahr 2016 waren 7 Mio € und 2015 waren 4 Mio € dieser Forderungen überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2016 Sicherheiten in Höhe von 22 Mio € (2015: 69 Mio €).

Einlagen

in Mio €	2016	2015
Bestand am Jahresanfang	162	128
Einlagenbewegungen während des Berichtszeitraums ¹	- 74	31
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	- 0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 1	2
Bestand am Jahresende	87	162

¹ Der Saldo von erhaltenen sowie zurückgezählten Einlagen im Berichtszeitraum wird als „Einlagenbewegungen während des Berichtszeitraums“ gezeigt.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. Dezember 2016 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 8 Mio € (31. Dezember 2015: 32 Mio €). Zum 31. Dezember 2016 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,0 Mio € (31. Dezember 2015: 0,0 Mio €).

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln.

Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen

in Mio €	2016	2015
Aktien des Konzerns im Planvermögen	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0
Aus dem Planvermögen gezahlte Gebühren an konzerninterne Vermögensverwaltungen	22	41
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	- 547	- 793
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	8.755	10.516

40 – Informationen zu Tochtergesellschaften

Zusammensetzung des Konzerns

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Der Konzern besteht aus 938 (2015: 1.217) konsolidierten Unternehmen, davon sind 349 (2015: 545) konsolidierte strukturierte Unternehmen. An 678 (2015: 796) der vom Konzern beherrschten Unternehmen hält der Konzern direkt oder indirekt eine 100-prozentige Kapitalbeteiligung. 260 (2015: 421) der konsolidierten Unternehmen werden außerdem auch von Dritten gehalten (Anteile ohne beherrschenden Einfluss). Zum 31. Dezember 2015 und 2016 waren die Anteile ohne beherrschenden Einfluss weder für sich betrachtet noch in ihrer Gesamtheit von wesentlicher Bedeutung für den Konzern.

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten des Konzerns

Gesetzliche, vertragliche oder aufsichtsrechtliche Beschränkungen sowie Schutzrechte nicht beherrschender Anteile können den Konzern in seiner Fähigkeit beschränken, Zugang zu den Vermögenswerten zu erhalten und diese an oder von anderen Unternehmen ungehindert innerhalb des Konzerns zu transferieren und Schulden des Konzerns zu begleichen.

Zum Stichtag bestanden keine für den Konzern wesentlichen Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Folglich existieren keine erheblichen Beschränkungen aufgrund von Schutzrechten zugunsten dieser Anteilseigner.

Beschränkungen hinsichtlich der Nutzbarkeit von Vermögensgegenständen innerhalb des Konzerns:

- Zur Besicherung der Verpflichtungen aus Repogeschäften, Wertpapierfinanzierungsgeschäften, forderungsbesicherten Wertpapieren und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften hat der Konzern Vermögenswerte verpfändet.
- Die Vermögenswerte konsolidierter strukturierter Unternehmen werden als Sicherheiten zugunsten der Anspruchsberechtigten gehalten, welche die von diesen Gesellschaften begebenen Wertpapiere erworben haben.
- Regulatorische Anforderungen sowie Anforderungen der Zentralbanken oder lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen können in bestimmten Ländern die Fähigkeit des Konzerns einschränken, Vermögenswerte an oder von anderen Unternehmen innerhalb des Konzerns zu transferieren.

Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2016		31.12.2015	
	Aktiva gesamt	Verfü- gungs- beschränkte Vermögenswerte	Aktiva gesamt	Verfü- gungs- beschränkte Vermögenswerte
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	163.292	1.314	78.263	2.190
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	743.781	54.711	820.883	79.222
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	56.228	19.870	73.583	11.046
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	408.909	74.172	427.749	46.352
Sonstige	218.336	7.693	239.441	9.294
Insgesamt	1.590.546	157.760	1.629.130	148.105

Die obige Tabelle enthält keine Angaben zu Vermögenswerten, die zwar auf Konzernebene gewissen Nutzungseinschränkungen unterliegen, bei denen sich jedoch auf Ebene einzelner Konzerngesellschaften keine konkreten Beschränkungen identifizieren lassen. Derartige Beschränkungen können auf lokalen Anforderungen bezüglich der Kreditvergabe oder ähnlichen regulatorischen Beschränkungen beruhen und lassen sich unter Umständen keinen bestimmten Bilanzpositionen zuordnen. Dies ist auch der Fall hinsichtlich der regulatorischen Mindestliquiditätsreserven, deren Gesamtvolumen der Konzern aufgrund der einzelnen lokalen Liquiditätsabflüsse unter Stressbedingungen ermittelt. Insgesamt belaufen sich die als verfügungsbeschränkt angesehenen Liquiditätsreserven zum 31. Dezember 2016 auf 37,4 Mrd € (2015: 19,7 Mrd €).

41 – Strukturierte Einheiten

Art, Zweck und Umfang der Beteiligung des Konzerns an strukturierten Einheiten

Zur Durchführung seiner Geschäftsaktivitäten nutzt der Konzern unter anderem sogenannte strukturierte Einheiten, die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die derart ausgestaltet sind, dass Stimmrechte oder ähnliche Rechte bei der Entscheidung, wer das Unternehmen beherrscht, nicht ausschlaggebend sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert werden.

Eine strukturierte Einheit verfügt oft über einige oder alle der folgenden Merkmale:

- Limitierte Aktivitäten;
- Ein eng gefasstes und genau definiertes Ziel;
- Unzureichendes Eigenkapital, um ihre Aktivitäten ohne nachrangige finanzielle Unterstützung zu finanzieren;
- Finanzierung in Form zahlreicher vertraglich verknüpfter Instrumente für Investoren, um Kredit- oder andere Risiken (Tranchen) zu bündeln.

Strukturierte Einheiten dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten zu bieten und durch die Verbriefung finanzieller Vermögenswerte Marktliquidität bereitzustellen. Sie können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Strukturierte Einheiten finanzieren den Erwerb von Vermögenswerten üblicherweise durch die Emission von Schuld- oder Eigenkapitaltiteln, die durch von ihnen gehaltene Vermögenswerte besichert werden und/oder an diese gekoppelt sind. Die von strukturierten Einheiten begebenen Schuld- oder Eigenkapitaltitel können Tranchen mit unterschiedlichem Rang beinhalten.

Wie in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellt, werden strukturierte Einheiten konsolidiert, wenn die Beziehung zwischen dem Konzern und den strukturierten Einheiten zeigt, dass diese vom Konzern beherrscht werden.

Konsolidierte strukturierte Einheiten

Der Konzern hat vertragliche Verpflichtungen, die es erfordern können, dass er den folgenden Arten von konsolidierten strukturierten Einheiten finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellt.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern nutzt Verbriefungsvehikel zur Finanzierung von Käufen diversifizierter Forderungspools. Der Konzern stellt diesen Einheiten Unterstützung in Form von Liquiditätslinien zur Verfügung. Zum 31. Dezember 2016 bestanden ausstehende Kreditzusagen gegenüber diesen Gesellschaften von 3 Mio € (31. Dezember 2015: 251 Mio €).

Fonds

Der Konzern kann Fonds, die vom Konzern konsolidiert werden, Finanzierungsmittel und Liquiditätslinien oder Garantien zur Verfügung stellen. Zum 31. Dezember 2016 betrug der Nominalwert der solchen Fonds vom Konzern zur Verfügung gestellten Liquiditätslinien und Garantien 11,3 Mrd € (31. Dezember 2015: 13,4 Mrd €).

Nicht konsolidierte strukturierte Einheiten

Diese Einheiten werden nicht konsolidiert, da der Konzern keine Beherrschung über Stimmrechte, Verträge, Finanzierungsvereinbarungen oder andere Mittel hat. Das Ausmaß der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten variiert in Abhängigkeit von der Art der strukturierten Einheit.

Nachfolgend werden die Geschäftsaktivitäten des Konzerns mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beschrieben:

Repackaging- und Investmentgesellschaften

Repackaging- und Investmentgesellschaften werden gegründet, um Kundennachfragen nach Kombinationen aus Derivaten und Verbriefungen befriedigen zu können. Diese Einheiten werden vom Konzern nicht konsolidiert, da dieser nicht die Verfügungsmacht besitzt, die von den Gesellschaften erzielten Erträge zu beeinflussen. Diese Gesellschaften werden für gewöhnlich aufgesetzt, um einen bestimmten zuvor mit den Anlegern vereinbarten Kapitalertrag zu liefern, und der Konzern ist nicht in der Lage, die Investitionsstrategie oder die Erträge während der Laufzeit der Transaktion zu ändern.

Finanzierungsgesellschaften Dritter

Der Konzern stellt Finanzierungsmittel für strukturierte Einheiten bereit, die eine Vielzahl verschiedener Vermögenswerte halten können. Diese strukturierten Einheiten können in Form von Finanzierungsgesellschaften, als Stiftungen oder als private Investmentgesellschaften gegründet werden. Die Finanzierung ist durch den gehaltenen Vermögenswert besichert. Der Konzern beteiligt sich hauptsächlich an Finanzierungsstrukturen.

Die Vehikel, die in diesen Transaktionen genutzt werden, werden von den Kapitalnehmern kontrolliert, wobei diese entscheiden können, ob zusätzliche Margeneinlagen oder Sicherheiten hinsichtlich der Finanzierung zu leisten sind. In den Fällen, in denen die Kapitalnehmer über die Fortführung oder Beendigung der Finanzierung entscheiden können, konsolidieren die Kapitalnehmer die Vehikel.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern gründet Verbriefungsvehikel, die finanzielle Mittel in diversifizierte Pools von Vermögenswerten investieren. Dazu zählen unter anderem festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset Backed Securities (vorwiegend verbrieft gewerbliche und private Immobilienkredite und Kreditkartenforderungen). Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Vehikel gekoppelt ist.

Der Konzern überträgt oft Vermögenswerte an diese Verbriefungsvehikel und stellt liquide Mittel in Form von Finanzierungen bereit.

Der Konzern investiert auch in von Dritten gesponserte Fonds und stellt diesen Liquidität zur Verfügung.

All diejenigen Verbriefungsvehikel, bei denen der Konzern nicht die Verfügungsmacht oder Möglichkeit besitzt, einseitig die Verwalter oder Forderungsverwalter abzulösen, werden nicht konsolidiert. Diese Verwalter wurden bevollmächtigt, die Geschicke der Gesellschaft zu leiten.

Fonds

Der Konzern kann strukturierte Einheiten gründen, um unterschiedliche Kundenanforderungen in Bezug auf Investitionen in spezifische Vermögenswerte zu erfüllen. Des Weiteren investiert der Konzern in Fonds, die von Dritten gesponsert werden. Eine Konzerngesellschaft kann die Funktion eines Fondsmanagers, Treuhänders oder eine andere Funktion ausüben und kann sowohl Finanzierungs- wie auch Liquiditätsfazilitäten an vom Konzern gesponserte Fonds und Fonds von Dritten vergeben. Die Finanzierung ist in der Regel durch den zugrunde liegenden Vermögenswert besichert, welcher vom Fonds gehalten wird.

Der Konzern konsolidiert Fonds nicht, wenn die Deutsche Bank als Agent des Fonds gilt oder wenn externe Investoren die Möglichkeit haben, die Aktivitäten des Fonds zu bestimmen.

Sonstige Gesellschaften

Diese beinhalten von der Deutschen Bank oder Dritten gesponserte strukturierte Einheiten, die nicht in eine der oben genannten Kategorien fallen. Diese Gesellschaften werden vom Konzern nicht konsolidiert, wenn der Konzern keine Entscheidungsbefugnisse in der Gesellschaft hat.

Einnahmen aus der Mitwirkung an strukturierten Gesellschaften

Der Konzern erzielt Einnahmen aus Management-Vergütungen und gelegentlich Erfolgsbeteiligungen für seine fondsbezogenen Investment-Management-Leistungen. Zinserträge werden durch die Finanzierung von strukturierten Gesellschaften erzielt. Sämtliche Handelserträge, die sich aus dem Handel von Derivaten mit strukturierten Gesellschaften und den Wertveränderungen der gehaltenen Wertpapiere ergeben, sind in der Position „Nettogewinn/-verlust von finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind“ enthalten.

Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten Einheiten bestehen aus vertraglichen und nicht-vertraglichen Beziehungen, die den Konzern zum Empfang von variablen Rückflüssen aus der Performance der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten berechtigen. Beispiele von Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten umfassen Schuld- oder Eigenkapitalinstrumente, Liquiditätsfazilitäten, Garantien und verschiedene derivative Instrumente, in denen der Konzern Risiken aus strukturierten Einheiten absorbiert.

Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beinhalten keine Instrumente, die Risiken in strukturierte Einheiten einbringen. Wenn der Konzern zum Beispiel Kreditabsicherungen von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten kauft, deren Zweck und Design es ist, Kreditrisiken auf einen Investor zu übertragen, würde der Konzern dieses Risiko eher auf die Einheit übertragen, als es selbst zu übernehmen. Die gekaufte Kreditabsicherung ist deshalb nicht als Beteiligung in den unten dargestellten Tabellen berücksichtigt.

Höchstmögliches Ausfallrisiko von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Das maximal mögliche Verlustrisiko bestimmt sich aus der Art der Beteiligung an einer nicht konsolidierten strukturierten Einheit. Das maximal mögliche Verlustrisiko von Forderungen aus Kreditgeschäften und Handelsaktiva besteht im Buchwert, der in der Bilanz abgebildet ist. Wie vom Konzern interpretiert, bestimmt sich der maximal mögliche Verlust von Derivaten und außerbilanziellen Verpflichtungen, wie zum Beispiel Garantien, Liquiditätsfazilitäten und Kreditzusagen unter IFRS 12 durch ihren Nennwert. Diese Nennwerte oder ihre Veränderung stellen nicht das ökonomische Risiko dar, da weder Effekte aus Besicherungen oder Sicherungsinstrumenten berücksichtigt werden noch die Wahrscheinlichkeit von Verlusten, die entstanden sein können. Am 31. Dezember 2016 betrug der Nennwert von Derivaten mit positivem Wiederbeschaffungswert 145 Mrd €, mit negativem Wiederbeschaffungswert 644 Mrd € und von außerbilanziellen Verpflichtungen 27 Mrd €. Am 31. Dezember 2015 betrug der Nennwert von Derivaten mit positivem Wiederbeschaffungswert 255 Mrd €, mit negativem Wiederbeschaffungswert 606 Mrd € und von außerbilanziellen Verpflichtungen 31 Mrd €.

Größe von strukturierten Einheiten

Die Art der Geschäftsaktivitäten einer strukturierten Einheit bestimmt deren Größe. Die folgenden Kennzahlen werden als angemessene Indikatoren für die Bewertung der Größe strukturierter Einheiten angesehen:

- **Fonds** – Nettoinventarwert oder Höhe des verwalteten Vermögens, wenn der Konzern Fondsanteile hält, und der Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung des Konzerns Derivate beinhaltet.
- **Verbriefungen** – Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere, wenn der Konzern seine Beteiligungen durch Wertpapiere hält, und Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung des Konzerns in Form von Derivaten besteht.
- **Finanzierungsgesellschaften Dritter** – Bilanzsumme der Einheiten.
- **Repackaging- und Investmentgesellschaften** – beizulegender Zeitwert der ausgegebenen Wertpapiere.

Für von Dritten gesponserte Finanzierungsgesellschaften, bei denen keine Kennzahl öffentlich verfügbar ist, hat der Konzern den höheren Betrag aus den erhaltenen/verpfändeten Sicherheiten oder dem Nennwert des Engagements der Deutschen Bank in die jeweilige Einheit veröffentlicht.

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheit die Buchwerte der Beteiligungen des Konzerns, die in der Bilanz des Konzerns erfasst sind, sowie den maximal möglichen Verlust, der aus diesen Beteiligungen resultieren könnte. Sie gibt auch eine Indikation über die Größe von strukturierten Einheiten. Die Werte bilden nicht das ökonomische Risiko des Konzerns aus diesen Beteiligungen ab, da sie keine Sicherheiten oder Sicherungsbeziehungen berücksichtigen.

Buchwert von in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Beteiligungen der Deutschen Bank

	31.12.2016				
in Mio €	Repackaging- vehikel und Investment- gesellschaften	Finanzierungs- gesellschaften Dritter	Ver- briefungen	Fonds	Summe
Vermögenswerte					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	- 15	0	0	345	331
Forderungen aus übertragenen Zentralbank- einlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	68	87	18	3.113	3.286
Forderungen aus Wertpapierleihen	0	0	0	11.643	11.643
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.231	3.068	6.332	54.943	65.576
Handelsaktiva	659	2.309	6.211	15.031	24.210
Positive Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	538	262	111	7.587	8.499
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	34	497	10	32.326	32.867
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	62	599	271	1.008	1.940
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	157	36.710	20.219	19.604	76.690
Sonstige Aktiva	50	40	181	20.454	20.726
Summe der Aktiva	1.554	40.504	27.022	111.111	180.192
Verbindlichkeiten					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten insgesamt	354	36	27	11.036	11.453
Negative Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	354	36	27	11.036	11.453
Summe der Passiva	354	36	27	11.036	11.453
Außerbilanzielle Risikopositionen	0	5.150	10.591	11.448	27.189
Summe	1.200	45.619	37.586	111.523	195.928
Größe der strukturierten Gesellschaft	9.487	65.234	454.950	1.888.491	

	31.12.2015				
in Mio €	Repackaging- vehikel und Investment- gesellschaften	Finanzierungs- gesellschaften Dritter	Ver- briefungen	Fonds	Summe
Vermögenswerte					
Barreserven und Zentralbankeinlagen ¹	0	0	0	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) ¹	18	0	110	422	550
Forderungen aus übertragenen Zentralbank- einlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	0	0	20	1.445	1.465
Forderungen aus Wertpapierleihen	0	0	66	23.045	23.111
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.924	3.106	14.203	66.109	85.455
Handelsaktiva	1.256	1.339	13.886	18.709	35.303 ²
Positive Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	619	114	94	6.525	7.352
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	48	1.653	223	40.876	42.800
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	421	568	1.722	2.711
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	135	34.340	25.026	20.958	80.459
Sonstige Aktiva	103	2.150	565	18.365	21.182
Summe der Aktiva	2.179	40.017	40.558	132.065	214.932²
Verbindlichkeiten					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten insgesamt	319	150	669	9.961	11.099
Negative Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	319	150	669	9.961	11.099
Summe der Passiva	319	150	669	9.961	11.099
Außerbilanzielle Risikopositionen	2	7.724	9.408	13.459	30.710 ²
Summe	1.863	47.591	49.297	135.563	234.544
Größe der strukturierten Gesellschaft	10.607	63.187	896.028³	2.694.148	

¹ Seit dem 31. Dezember 2015 werden Barmittel und Forderungen gegenüber Banken als Barreserven und Zentralbankguthaben bezeichnet und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten als Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) bezeichnet.

² Beinhaltet 113 Mio € für Summe der Aktiva und 116 Mio € für außerbilanzielle Risikopositionen für die Kategorie „Andere“.

³ Die Angabe der Größe der strukturierten Gesellschaften für 2015 wurde angepasst, um eine Doppelzählung in den zugrunde liegenden Daten zu eliminieren.

Handelsaktiva – Die Summe der Handelsaktiva zum 31. Dezember 2016 von 24,2 Mrd € (31. Dezember 2015: 35,3 Mrd €) besteht hauptsächlich aus Verbriefungen von 6,2 Mrd € (31. Dezember 2015: 13,8 Mrd €) und Fonds von 15 Mrd € (31. Dezember 2015: 18,7 Mrd €). Die Beteiligungen des Konzerns in Verbriefungen sind durch die gehaltenen Vermögenswerte besichert. Fondsanteile werden vom Konzern üblicherweise für das Marketmaking gehalten, andernfalls dienen sie als Besicherungsinstrumente für ausgegebene Wertpapiere. Des Weiteren wird das Kreditrisiko aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft gegenüber Fremdfonds durch die erhaltene Sicherheit reduziert.

Finanzielle Vermögenswerte, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind – Die Mehrheit der Beteiligungen in dieser Kategorie sind umgekehrte Pensionsgeschäfte für Fonds. Diese sind durch die gehaltenen Wertpapiere besichert.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft – Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum 31. Dezember 2016 von 76,7 Mrd € (31. Dezember 2015: 80,4 Mrd €) bestehen aus Investments in Verbriefungstranchen und Finanzierungen für von Dritten gesponserte Finanzierungsgesellschaften. Die vom Konzern den von Dritten gesponserten Finanzierungsgesellschaften zur Verfügung gestellte Liquidität ist durch den gehaltenen Vermögenswert in diesen Gesellschaften besichert.

Sonstige Aktiva – Die sonstigen Vermögenswerte zum 31. Dezember 2016 von 20,7 Mrd € (31. Dezember 2015: 21,2 Mrd €) bestehen hauptsächlich aus Forderungen aus dem Prime-Brokerage und Salden aus Cash-Margins.

Ausstehende Forderungen – Ausstehende Forderungssalden sind in dieser Anhangsangabe nicht enthalten, da diese Salden sich aus üblichen Geschäftsbeziehungen, zum Beispiel aus Vermittlungsaktivitäten, ergeben und die ihnen inhärente Volatilität dem Adressaten des Abschlusses keine zielführenden Informationen über die Risikopositionen der Deutschen Bank gegenüber strukturierten Einheiten liefern würde.

Finanzielle Unterstützung

Während des Jahres stellte die Deutsche Bank nicht konsolidierten strukturierten Einheiten keine nicht-vertraglichen Unterstützungen zur Verfügung.

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, an denen die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015 keine Beteiligung hält

Als Sponsor ist die Deutsche Bank an der rechtlichen Errichtung und an der Vermarktung der Einheiten beteiligt und unterstützt diese auf unterschiedliche Art und Weise, unter anderem durch:

- die Übertragung von Vermögenswerten;
- die Bereitstellung von Gründungskapital;
- operative Unterstützung, um ihren Geschäftsbetrieb sicherzustellen;
- die Gewährung von Performancegarantien für die strukturierten Einheiten.

Die Deutsche Bank wird als Sponsor einer strukturierten Einheit angesehen, wenn Marktteilnehmer die Einheit begründeterweise mit dem Konzern verbinden. Die Verwendung des Namens Deutsche Bank für die strukturierte Einheit zeigt, dass die Deutsche Bank als Sponsor agierte.

Die Bruttoerträge von gesponserten nicht konsolidierten strukturierten Einheiten zum 31. Dezember 2016 betragen minus 145 Mio € (31. Dezember 2015: 20,2 Mio €). Fälle, in denen der Konzern keine Anteile an nicht konsolidierten gesponserten strukturierten Einheiten hat, umfassen Einheiten, bei denen Gründungskapital oder Finanzierungen gegenüber strukturierten Einheiten während des Jahres bereits voll an den Konzern zurückgezahlt wurden. Dieser Betrag berücksichtigt nicht Auswirkungen von Sicherungsbeziehungen. Er wird in der Position „Nettogewinne/-verluste von finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden“ ausgewiesen. Die gesamten Buchwerte der auf gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragenen Vermögenswerte betragen in 2016 894 Mio € für Verbriefungen und 20 Mio € für Repackaging- und Investmentgesellschaften. In 2015 beliefen sich diese auf 981 Mio € in Verbriefungen und 281 Mio € in Repackaging- und Investmentgesellschaften.

42 – Versicherungs- und Investmentverträge

Am 30. Dezember 2016 wurde der hundertprozentige Verkauf der Abbey Life Assurance Company an die Phoenix Group Ltd. abgeschlossen. Als Resultat aus dem Verkauf wurde das gesamte Versicherungsvertragsgeschäft sowie der größte Teil des Investitionsvertragsgeschäfts des Deutsche Bank Konzerns abgestoßen. Es bleibt lediglich ein Restbetrag von 592 Mio € übrig, welcher in einem verbleibenden Programm gebunden ist.

Der Transfer der Abbey Life in die Kategorie „Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte“, Wertminderungen der VOBA sowie der Verkauf der Abbey Life wird im Anhang 27 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ beschrieben.

Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen

in Mio €	31.12.2015		
	Bruttowert	Rück- versicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	4.921	- 78	4.843
Investmentverträge	8.522	0	8.522
Insgesamt	13.443	- 78	13.365

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwesentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2015	
	Versicherungs- verträge	Investment- verträge
Buchwert am Jahresanfang	4.750	8.523
Zugänge	120	48
Inanspruchnahmen	- 426	- 708
Sonstige Veränderungen	195	191
Wechselkursveränderungen	282	468
Buchwert am Jahresende	4.921	8.522

Zum 31. Dezember 2016 verzeichnete der Konzern keine Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen. Zum 31. Dezember 2015 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4,9 Mrd €. Davon entfielen 2,8 Mrd € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 1,7 Mrd € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 431 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen. Die garantierte Rentenzahlung gibt dem Versicherungsnehmer bei Renteneintritt die Option, eine zum Vertragsbeginn festgelegte Rentenzahlung in Anspruch zu nehmen. Die Verbindlichkeit für fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierter Rentenhöhe in Höhe von 431 Mio € gliedert sich in 283 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 148 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen.

43 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegliedert nach ihren Realisierungs- und Erfüllungszeitpunkten
Aktivpositionen zum 31. Dezember 2016

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2016
	in 2017	nach 2017	
Barreserven und Zentralbankeinlagen	181.364	0	181.364
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	10.996	610	11.606
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	15.756	531	16.287
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.081	0	20.081
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	725.099	18.682	743.781
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	9.211	47.016	56.228
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	0	1.027	1.027
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	115.673	293.236	408.909
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	0	3.206	3.206
Sachanlagen	0	2.804	2.804
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	8.982	8.982
Sonstige Aktiva	118.246	7.799	126.045
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.329	230	1.559
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.197.755	384.124	1.581.880
Steuerforderungen aus latenten Steuern			8.666
Summe der Aktiva			1.590.546

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2016

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2016
	in 2017	nach 2017	
Einlagen	522.885	27.319	550.204
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	25.035	705	25.740
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.598	0	3.598
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	576.336	5.635	581.971
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	17.295	0	17.295
Sonstige Passiva	150.253	5.187	155.440
Rückstellungen	10.973	0	10.973
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	723	606	1.329
Langfristige Verbindlichkeiten	28.758	143.558	172.316
Hybride Kapitalinstrumente	2.197	4.176	6.373
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.338.054	187.186	1.525.240
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			486
Summe der Verbindlichkeiten			1.525.727

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2015

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2015
	in 2016	nach 2016	
Barreserven und Zentralbankeinlagen	96.940	0	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	12.620	223	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	21.240	1.216	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	33.556	1	33.557
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	783.383	37.499	820.883
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.359	66.225	73.583
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	0	1.013	1.013
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	130.483	297.266	427.749
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	0	0	0
Sachanlagen	0	2.846	2.846
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	10.078	10.078
Sonstige Aktiva	111.653	6.484	118.137
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	997	288	1.285
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.198.231	423.139	1.621.368
Steuerforderungen aus latenten Steuern			7.762
Summe der Aktiva			1.629.130

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2015

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2015
	in 2016	nach 2016	
Einlagen	541.557	25.417	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	9.803	0	9.803
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.857	414	3.270
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	584.474	15.280	599.754
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	28.010	0	28.010
Sonstige Passiva	168.205	6.800	175.005
Rückstellungen	9.207	0	9.207
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.086	613	1.699
Langfristige Verbindlichkeiten	26.129	133.887	160.016
Hybride Kapitalinstrumente	995	6.025	7.020
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.372.324	188.436	1.560.760
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			746
Summe der Verbindlichkeiten			1.561.506

44 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 13. Januar 2017 hat die Deutsche Bank den Verkaufsvertrag für ihre nicht-strategische Beteiligung von 16,8 % an dem deutschen Zahlungsdienstleister Concardis GmbH unterzeichnet. Die Transaktion wird - vorbehaltlich regulatorischer Genehmigungen - voraussichtlich in der ersten Hälfte von 2017 abgeschlossen werden. Es wird erwartet, dass diese Transaktion zu einem positiven Ergebniseffekt im ersten Halbjahr führen wird.

Wie am 5. März 2017 angekündigt, beabsichtigt die Deutsche Bank neue Aktien mit einem erwarteten Volumen von etwa acht Milliarden Euro zu platzieren. Der Konzern plant, diese Kapitalerhöhung in der ersten Aprilhälfte abzuschließen und plant ein Bündel weiterer Maßnahmen und setzt sich neuen Finanzziele, welche die bisherigen Ziele ersetzen. Die Maßnahmen umfassen eine Überarbeitung der Segmentstruktur, welche erwartungsgemäß im Verlaufe des Jahres 2017 umgesetzt wird. Sobald die Struktur genauer definiert ist, zieht diese Maßnahme eine Anpassung der Vergleichszahlen für frühere Perioden unserer Segmentberichterstattung und eine Werthaltigkeitsprüfung der entsprechenden Geschäfts- oder Firmenwerte nach sich. Zudem hat der Vorstand seine Dividendenstrategie überdacht und wird auf der Hauptversammlung im Mai 2017 vorschlagen, eine Dividende von 0,19 € pro Aktie auszuzahlen unter Berücksichtigung der zu erwartenden Aktien aus der erwähnten Kapitalerhöhung. Die Bank erwartet einen Betrag in Höhe von 400 Millionen Euro im Mai 2017 auszuzahlen.

45 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 297 Abs. 1a / 315a HGB und die Kapitalrendite gemäß § 26a KWG

Personalaufwand

in Mio €	2016	2015
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	9.819	11.163
Soziale Abgaben	2.055	2.130
davon: für Altersversorgung	671	724
Insgesamt	11.874	13.292

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 101.182 (2015: 99.423), darunter befanden sich 44.660 (2015: 44.071) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 55.557 (2015: 53.623) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Im Jahr 2016 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 26.691.178 € (2015: 23.913.876 €), davon entfielen 0 € (2015: 0 €) auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2016 35.305.889 € (2015: 17.429.709 €) gezahlt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Die Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 geändert, die am 17. Juli 2014 wirksam wurden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung. Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-Fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-Fache dieses Betrags. Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen gezahlt. Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage im Februar des Folgejahres auszuführen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt gemäß den Regelungen in der Satzung in Aktien der Gesellschaft umgerechnet (virtuelle Aktien). Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablaufen einer Bestellungsperiode folgenden Jahres gemäß den Regelungen in der Satzung vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet. Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallsregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend. Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016 betrug 5.016.667 € (2015: 4.850.000 €), von der gemäß den Regelungen in der Satzung 3.904.167 € im Februar 2017 (Februar 2016: 3.710.417 €) ausgezahlt wurden.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen am 31. Dezember 2016 insgesamt 222.953.147 € (2015: 210.146.088 €).

Am 31. Dezember 2016 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 8.433.662 € (2015: 8.914.864 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 40.005.403 € (2015: 712.861 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten in 2016 Kredite in Höhe von 160.944 € zurück.

Kapitalrendite

In § 26a KWG wird die Kapitalrendite als Quotient aus Nettogewinn und durchschnittlicher Bilanzsumme definiert. Entsprechend dieser Definition lag die Kapitalrendite für das Jahr 2016 bei -0,08 % (2015: -0,38 %).

Informationen zum Mutterunternehmen

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft stellt das Mutterunternehmen des Deutsche Bank Konzerns dar. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist beim Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 30000 registriert.

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und unter www.db.com/ir/de/dokumente.htm publiziert.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Vom Abschlussprüfer abgerechnete Honorare nach Kategorien

Kategorie in Mio €	2016	2015
Prüfungshonorare	49	51
davon an KPMG AG	18	24
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	26	19
davon an KPMG AG	16	12
Honorare für Steuerberatung	6	5
davon an KPMG AG	3	2
Sonstige Honorare	1	1
davon an KPMG AG	1	0
Summe der Honorare	82	76

46 – Länderspezifische Berichterstattung

Die länderspezifische Berichterstattung nach § 26a KWG erfordert die jährliche Veröffentlichung bestimmter Informationen nach Ländern. Die veröffentlichten Informationen entstammen den Daten des IFRS-Konzernabschlusses der Deutschen Bank. Am 16. Dezember 2014 veröffentlichte die Bundesbank spezifische Anforderungen an die länderspezifische Berichterstattung. Diese enthielten die Anforderung, die länderspezifische Berichterstattung vor der Eliminierung von grenzüberschreitenden konzerninternen Transaktionen darzustellen. Entsprechend dieser Anforderung wurden lediglich die konzerninternen Transaktionen innerhalb eines Landes eliminiert. Diese Eliminierungen sind identisch zu den Eliminierungen, die im internen Management-Reporting für Länder vorgenommen werden, und betreffen größtenteils gezahlte Dividenden. Die Informationen der länderspezifischen Berichterstattung sind daher nicht abstimmbare mit anderen Finanzinformationen in diesem Bericht.

Die geografische Lage von Tochtergesellschaften und Niederlassungen berücksichtigt sowohl das Land des Sitzes oder der Ansässigkeit als auch die relevante Steuerhoheit. Für die Angabe der Firmenbezeichnungen, der Art der Tätigkeiten und der geografischen Lage der Tochtergesellschaften wird auf die Anhangangabe 47 „Anteilsbesitz“ verwiesen. Zudem haben die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften deutsche und ausländische Niederlassungen wie zum Beispiel in London, New York und Singapur. Der Umsatz besteht aus dem Zinsüberschuss und den zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2016			
	Nettoerträge (Umsatz)	Angestellte (Vollzeit- äquivalente)	Ergebnis vor Steuern	Einkommen- steuer (Auf- wand)/Ertrag
Argentinien	57	71	39	-14
Australien	382	528	56	-35
Österreich	20	111	-3	-0
Barbados	0	0	-0	0
Belgien	192	666	16	-6
Brasilien	181	226	92	-2
Kanada	22	22	13	-3
Cayman Islands	18	32	1	0
Chile	74	11	61	-23
China	218	511	109	-27
Kolumbien	-1	0	-1	0
Tschechische Republik	9	44	3	-1
Finnland	-0	0	1	-0
Frankreich	65	224	13	1
Deutschland	11.790	44.708	1.941	-171
Großbritannien	5.038	8.575	-1.548	185
Griechenland	-0	9	0	-0
Guernsey	14	32	7	0
Hongkong	635	1.303	-3	15
Ungarn	18	54	5	-1
Indien	660	11.569	464	-221
Indonesien	158	306	97	-32
Irland	38	645	8	-1
Israel	6	11	-1	-0
Italien	1.007	3.880	-4	-36
Japan	600	661	245	-93
Jersey	23	90	3	-1
Lettland	1	0	0	0
Luxemburg	1.953	512	1.605	-148
Malaysia	82	226	45	-11
Malta	39	0	37	9
Mauritius	147	217	132	-3
Mexiko	30	65	-7	2
Niederlande	446	752	126	0
Neuseeland	34	0	26	-2
Norwegen	-0	0	-0	0
Pakistan	15	74	6	-3
Peru	1	0	-5	-1
Philippinen	29	1.965	12	-3
Polen	259	2.142	43	-14
Portugal	54	392	-6	1
Katar	-0	3	0	-0
Rumänien	5	681	9	-2
Russische Föderation	81	1.246	30	-7
Saudi Arabien	30	74	0	-8
Singapur	1.115	2.089	276	14
Südafrika	50	113	23	-5
Südkorea	110	288	31	-9
Spanien	513	2.542	-92	26
Sri Lanka	20	68	9	-3
Schweden	2	35	3	-1
Schweiz	324	697	45	-9
Taiwan	68	178	31	-6
Thailand	42	122	15	-3
Türkei	49	136	22	-5
VAE	28	180	-8	-1
Ukraine	8	31	5	-1
Uruguay	-0	0	-0	0
USA	6.617	10.558	-1.498	88
Venezuela	0	0	0	0
Vietnam	18	69	9	-2

47 – Anteilsbesitz

- 474 Verbundene Unternehmen
- 485 Konsolidierte Strukturierte Gesellschaften
- 491 Nach der Equitymethode bilanzierte
Beteiligungen
- 493 Andere Unternehmen, an denen mehr als 20 %
der Kapitalanteile gehalten werden
- 497 Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften,
bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte
überschreitet

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz des Konzerns Deutsche Bank gemäß § 313 Absatz 2 HGB.

Fußnoten:

- 1 Stellung als unbeschränkt haftender Gesellschafter gemäß § 313 Absatz 2 Nummer 6 HGB.
- 2 Control-Verhältnis.
- 3 Die Gesellschaft hat von der Befreiung gemäß § 264b HGB Gebrauch gemacht.
- 4 General Partnership (Cayman Islands).
- 5 Spezialfonds.
- 6 Limited Partnership (China).
- 7 Von dieser Gesellschaft wurden nur spezifische Aktiva und darauf bezogene Passiva (Silos) konsolidiert.
- 8 Kein Control-Verhältnis.
- 9 Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung wegen signifikantem Einfluss.
- 10 Nach IFRS als nicht nach der Equitymethode zu bilanzierende strukturierte Gesellschaft klassifiziert.
- 11 Nach IFRS als nicht zu konsolidierende strukturierte Gesellschaft klassifiziert.
- 12 Vorläufiges Eigenkapital € 6.963,4 Mio / vorläufiges Ergebnis € 487,1 Mio (Geschäftsjahr 2016).
- 13 Nicht konsolidiert oder als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung bewertet, da zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere.
- 14 Vorläufiges Eigenkapital € 8.946,3 Mio / vorläufiges Ergebnis € 175,6 Mio (Geschäftsjahr 2016).
- 15 Eigenkapital € 3,0 Mio / Ergebnis € -12,9 Mio (Geschäftsjahr 2015).
- 16 Eigenkapital € 103,7 Mio / Ergebnis € 10,2 Mio (Geschäftsjahr 2015).
- 17 Kein signifikanter Einfluss.
- 18 Eigenkapital € 13,7 Mio / Ergebnis € 2,9 Mio (Geschäftsjahr 2015).
- 19 Eigenkapital € 20,1 Mio / Ergebnis € 1,9 Mio (Geschäftsjahr 2016).
- 20 Eigenkapital € 0,0 Mio / Ergebnis € 20,5 Mio (Geschäftsjahr 2015).

Verbundene Unternehmen

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1	Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main		Einlagenkreditinstitut	
2	ABFS I Incorporated	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
3	ABS Leasing Services Company	Chicago		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
4	ABS MB Ltd.	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
5	Acacia (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
6	Accounting Solutions Holding Company, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
7	Alex. Brown Financial Services Incorporated	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
8	Alex. Brown Investments Incorporated	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
9	Alfred Herrhausen Gesellschaft - Das internationale Forum der Deutschen Bank - mbH	Berlin		Sonstiges Unternehmen	100,0
10	Americas Trust Servicios de Consultoria, S.A.	Madrid		Sonstiges Unternehmen	100,0
11	Argent Incorporated	Baltimore		Kreditinstitut	100,0
12	Atrium 99. Europäische VV SE	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
13	B.T.I. Investments (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
14	Baincor Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
15	Bainpro Nominees Pty Ltd	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
16	Bankers Trust International Finance (Jersey) Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
17	Bankers Trust International Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
18	Bankers Trust Investments Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
19	Barkly Investments Ltd.	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
20	Bayan Delinquent Loan Recovery 1 (SPV-AMC), Inc.	Makati Stadt		Finanzunternehmen	100,0
21	Bebek Varlik Yönetim A.S.	Istanbul		Finanzunternehmen	100,0
22	Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
23	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hamel		Finanzunternehmen	100,0
24	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hamel		Einlagenkreditinstitut	100,0
25	BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH	Hamel		Finanzunternehmen	100,0
26	BHW Holding AG	Hamel		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
27	BHW Invest, Société à responsabilité limitée	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
28	BHW Kreditservice GmbH	Hamel		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
29	Biomass Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
30	Birch (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
31	Blue Cork, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
32	BNA Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
33	Borfield Sociedad Anonima	Montevideo		Sonstiges Unternehmen	100,0
34	BRIMCO, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Sonstiges Unternehmen	100,0
35	BT Commercial Corporation	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
36	BT Globenet Nominees Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
37	BT Maulbronn GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
38	BT Milford (Cayman) Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
39	BT Muritz GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
40	BT Vordertaunus Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
41	BTAS Cayman GP	Georgetown	1	Finanzunternehmen	100,0
42	BTD Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
43	Buxtal Pty. Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
44	CAM Initiator Treuhand GmbH & Co. KG	Köln	1	Finanzunternehmen	100,0
45	CAM PE Verwaltungs GmbH & Co. KG	Köln	1	Finanzunternehmen	100,0
46	CAM Private Equity Nominee GmbH & Co. KG	Köln	1	Finanzunternehmen	100,0
47	CAM Private Equity Verwaltungs-GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
48	Caneel Bay Holding Corp.	Chicago	2	Finanzunternehmen	0,0
49	Cape Acquisition Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
50	CapeSuccess Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
51	CapeSuccess LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	82,6
52	Cardales Management Limited	St. Peter Port		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
53	Cardales UK Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
54	Career Blazers Consulting Services, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
55	Career Blazers Contingency Professionals, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
56	Career Blazers Learning Center of Los Angeles, Inc.	Los Angeles		Sonstiges Unternehmen	100,0
57	Career Blazers LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
58	Career Blazers Management Company, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
59	Career Blazers New York, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
60	Career Blazers of Ontario Inc.	London, Ontario		Sonstiges Unternehmen	100,0
61	Career Blazers Personnel Services of Washington, D.C., Inc.	Washington D.C.		Sonstiges Unternehmen	100,0
62	Career Blazers Personnel Services, Inc.	Albany		Finanzunternehmen	100,0
63	Career Blazers Service Company, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
64	Caribbean Resort Holdings, Inc.	New York	2	Finanzunternehmen	0,0
65	Cathay Advisory (Beijing) Co., Ltd.	Peking		Sonstiges Unternehmen	100,0
66	Cathay Asset Management Company Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	100,0
67	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	67,6
68	CBI NY Training, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
69	Cedar (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
70	Centennial River 1 Inc.	Denver		Sonstiges Unternehmen	100,0
71	Centennial River 2 Inc.	Austin		Sonstiges Unternehmen	100,0
72	Centennial River Acquisition I Corporation	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
73	Centennial River Acquisition II Corporation	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
74	Centennial River Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
75	Cinda - DB NPL Securitization Trust 2003-1	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
76	Consumo Finance S.p.A.	Mailand		Kreditinstitut	100,0
77	CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
78	CTXL Achtzehnte Vermögensverwaltung GmbH i.L.	München		Finanzunternehmen	100,0
79	Cyrus J. Lawrence Capital Holdings, Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
80	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
81	D.B. International Delaware, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
82	DAHOC (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
83	DAHOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
84	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Sonstiges Unternehmen	100,0
85	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Sonstiges Unternehmen	100,0
86	DB (Pacific) Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
87	DB (Pacific) Limited, New York	New York		Finanzunternehmen	100,0
88	DB Abalone LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
89	DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
90	DB Alps Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
91	DB Alternative Trading Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
92	DB Alternatives and Fund Solutions Shanghai Investment Company Ltd	Schanghai		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
93	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
94	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
95	DB Boracay LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
96	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
97	DB Capital Partners Asia G.P. Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
98	DB Capital Partners General Partner Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
99	DB Capital Partners Latin America, G.P. Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
100	DB Capital Partners, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
101	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Pozuelo de Alarcón		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
102	DB Chestnut Holdings Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
103	DB Commodity Services LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
104	DB Consorzio S. Cons. a r. l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
105	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Finanzunternehmen	100,0
106	DB Delaware Holdings (Europe) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
107	DB Delaware Holdings (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
108	DB Direkt GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
109	DB Energy Commodities Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
110	DB Energy Trading LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
111	DB Enfield Infrastructure Holdings Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
112	DB Enfield Infrastructure Investments Limited (in liquidation)	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
113	DB Equipment Leasing, Inc.	New York		Finanzunternehmen	100,0
114	DB Equity Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
115	DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
116	DB Finanz-Holding GmbH	Frankfurt		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
117	DB Fund Services LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
118	DB Funding LLC #5	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
119	DB Global Technology SRL	Bukarest		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
120	DB Global Technology, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
121	DB Group Services (UK) Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
122	DB Holdings (New York), Inc.	New York		Finanzunternehmen	100,0
123	DB Holdings (South America) Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
124	DB HR Solutions GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
125	DB iCON Investments Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
126	DB Impact Investment Fund I, L.P.	Edinburgh	1	Finanzunternehmen	100,0
127	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen	1, 3	Finanzunternehmen	100,0
128	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen		Finanzunternehmen	100,0
129	DB Infrastructure Holdings (UK) No.3 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
130	DB Intermezzo LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
131	DB International (Asia) Limited	Singapur		Einlagenkreditinstitut	100,0
132	DB International Investments Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
133	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		Sonstiges Unternehmen	100,0
134	DB Investment Managers, Inc.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
135	DB Investment Partners, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
136	DB Investment Services GmbH	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
137	DB Investments (GB) Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
138	DB IROC Leasing Corp.	New York		Finanzunternehmen	100,0
139	DB Like-Kind Exchange Services Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
140	DB London (Investor Services) Nominees Limited	London		Kreditinstitut	100,0
141	DB Management Support GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
142	DB Managers, LLC	West Trenton		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
143	DB Mortgage Investment Inc.	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
144	DB Nexus American Investments (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
145	DB Nexus Iberian Investments (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
146	DB Nexus Investments (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
147	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
148	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		Sonstiges Unternehmen	100,0
149	DB Omega BTV S.C.S.	Luxemburg	1	Finanzunternehmen	100,0
150	DB Omega Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
151	DB Omega Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
152	DB Omega S.C.S.	Luxemburg	1	Finanzunternehmen	100,0
153	DB Operaciones y Servicios Interactivos Agrupación de Interés Económico	Barcelona		Anbieter von Nebendienstleistungen	99,9
154	DB Overseas Finance Delaware, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
155	DB Overseas Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
156	DB Portfolio Southwest, Inc.	Austin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
157	DB Print GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
158	DB Private Clients Corp.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
159	DB Private Equity GmbH	Köln		Kapitalverwaltungsgesellschaft	100,0
160	DB Private Equity International S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
161	DB Private Equity Treuhand GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
162	DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		Kreditinstitut	100,0
163	DB PWM Private Markets I GP	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
164	DB Re S.A.	Luxemburg		Rückversicherungsunternehmen	100,0
165	DB RMS Leasing (Cayman) L.P.	Georgetown	1	Finanzunternehmen	100,0
166	DB Samay Finance No. 2, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
167	DB Securities S.A.	Warschau		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
168	DB Service Centre Limited	Dublin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
169	DB Service Uruguay S.A.	Montevideo		Kreditinstitut	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
170	DB Services Americas, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
171	DB Services New Jersey, Inc.	West Trenton		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
172	DB Servicios México, Sociedad Anónima de Capital Variable	Mexiko Stadt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
173	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
174	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
175	DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
176	DB Structured Products, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
177	DB Trips Investments Limited	Georgetown	2	Finanzunternehmen	0,0
178	DB Trustee Services Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
179	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	100,0
180	DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
181	DB UK Australia Finance Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
182	DB UK Australia Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
183	DB UK Bank Limited	London		Einlagenkreditinstitut	100,0
184	DB UK Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
185	DB UK PCAM Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
186	DB USA Corporation	Wilmington		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
187	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
188	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
189	DB Vanquish (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Kreditinstitut	100,0
190	DB Vantage (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Kreditinstitut	100,0
191	DB Vantage No.2 (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Kreditinstitut	100,0
192	DB Vita S.A.	Luxemburg		Versicherung	75,0
193	db x-trackers (Proprietary) Limited	Johannesburg		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
194	DBAB Wall Street, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
195	DBAH Capital, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
196	DBCIBZ1	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
197	DBCIBZ2	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
198	DBFIC, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
199	DBNZ Overseas Investments (No.1) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
200	DBOI Global Services (UK) Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
201	DBOI Global Services Private Limited	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
202	DBR Investments Co. Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
203	DBRE Global Real Estate Management IA, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
204	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
205	DBRMSGP1	Georgetown	1, 4	Finanzunternehmen	100,0
206	DBRMSGP2	Georgetown	1, 4	Finanzunternehmen	100,0
207	DBUK PCAM Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
208	DBUKH No. 2 Limited	London	2	Finanzunternehmen	0,0
209	DBUSBZ1, LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
210	DBUSBZ2, S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
211	DBX Advisors LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
212	DBX Strategic Advisors LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
213	dbX-Commodity 1 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
214	dbX-Convertible Arbitrage 14 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	87,0
215	dbX-Credit 2 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
216	dbX-Credit 4 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	87,4
217	dbX-CTA 11 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
218	dbX-CTA 16 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
219	dbX-CTA 18 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	75,6
220	dbX-CTA 2 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
221	dbX-CTA 9 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
222	dbX-Emerging Markets Macro 1 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
223	dbX-Event Driven 2 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
224	dbX-Global Long/Short Equity 10 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	89,0
225	dbX-Global Macro 4 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
226	dbX-Global Macro 7 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
227	dbX-Global Macro 9 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
228	dbX-Risk Arbitrage 1 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
229	dbX-US Long/Short Equity 13 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
230	dbX-US Long/Short Equity 15 Fund	St. Helier	5	Finanzunternehmen	100,0
231	De Meng Innovative (Beijing) Consulting Company Limited	Peking		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
232	DeAM Infrastructure Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
233	DEBEKO Immobilien GmbH & Co Grundbesitz OHG	Eschborn	1	Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
234	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
235	Delowrezham de México S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
236	DEUFRAAN Beteiligungs GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
237	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
238	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		Kreditinstitut	100,0
239	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		Kreditinstitut	100,0
240	Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
241	Deutsche Aeolia Power Production Société Anonyme	Peania		Sonstiges Unternehmen	80,0
242	Deutsche Alt-A Securities, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
243	Deutsche Alternative Asset Management (France) SAS	Paris		Sonstiges Unternehmen	100,0
244	Deutsche Alternative Asset Management (Global) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
245	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited	London		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
246	Deutsche AM Distributors, Inc.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
247	Deutsche AM Service Company	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
248	Deutsche AM Trust Company	Salem		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
249	Deutsche Asia Pacific Finance, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
250	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
251	Deutsche Asset Management (Asia) Limited	Singapur		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
252	Deutsche Asset Management (Hong Kong) Limited	Hongkong		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
253	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
254	Deutsche Asset Management (Japan) Limited	Tokio		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
255	Deutsche Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
256	Deutsche Asset Management (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
257	Deutsche Asset Management Group Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
258	Deutsche Asset Management International GmbH	Frankfurt		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
259	Deutsche Asset Management Investment GmbH	Frankfurt		Kapitalverwaltungsgesellschaft	100,0
260	Deutsche Asset Management S.A.	Luxemburg		Kapitalverwaltungsgesellschaft	100,0
261	Deutsche Asset Management S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		Kapitalverwaltungsgesellschaft	100,0
262	Deutsche Asset Management USA Corporation	Wilmington		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
263	Deutsche Australia Limited	Sydney		Kreditinstitut	100,0
264	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		Einlagenkreditinstitut	100,0
265	Deutsche Bank (Chile)	Santiago		Sonstiges Unternehmen	100,0
266	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		Einlagenkreditinstitut	100,0
267	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		Einlagenkreditinstitut	100,0
268	Deutsche Bank (Mauritius) Limited	Port Louis		Einlagenkreditinstitut	100,0
269	Deutsche Bank (Perú) S.A.	Lima		Einlagenkreditinstitut	100,0
270	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		Einlagenkreditinstitut	100,0
271	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		Einlagenkreditinstitut	100,0
272	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		Einlagenkreditinstitut	100,0
273	Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
274	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
275	Deutsche Bank Corretora de Valores S.A.	Sao Paulo		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
276	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
277	Deutsche Bank Financial Company	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
278	Deutsche Bank Financial Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
279	Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
280	Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Baltimore		Sonstiges Unternehmen	100,0
281	Deutsche Bank Insurance Agency of Delaware	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
282	Deutsche Bank International Limited	St. Helier		Einlagenkreditinstitut	100,0
283	Deutsche Bank International Trust Co. (Cayman) Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
284	Deutsche Bank International Trust Co. Limited	St. Peter Port		Sonstiges Unternehmen	100,0
285	Deutsche Bank Investments (Guernsey) Limited	St. Peter Port		Finanzunternehmen	100,0
286	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		Einlagenkreditinstitut	100,0
287	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		Kreditinstitut	100,0
288	Deutsche Bank México, S.A., Institución de Banca Múltiple	Mexiko Stadt		Einlagenkreditinstitut	100,0
289	Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		Kreditinstitut	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
290	Deutsche Bank Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	100,0
291	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		Einlagenkreditinstitut	100,0
292	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
293	Deutsche Bank Representative Office Nigeria Limited	Lagos		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
294	Deutsche Bank S.A.	Buenos Aires		Einlagenkreditinstitut	100,0
295	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		Einlagenkreditinstitut	100,0
296	Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
297	Deutsche Bank Securities Limited	Toronto		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
298	Deutsche Bank Services (Jersey) Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
299	Deutsche Bank Società per Azioni	Mailand		Einlagenkreditinstitut	99,9
300	Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		Einlagenkreditinstitut	100,0
301	Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		Einlagenkreditinstitut	100,0
302	Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		Kreditinstitut	100,0
303	Deutsche Bank Trust Corporation	New York		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
304	Deutsche Bank Trustee Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
305	Deutsche Bank Österreich AG	Wien		Einlagenkreditinstitut	100,0
306	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española	Madrid		Einlagenkreditinstitut	99,8
307	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
308	Deutsche Capital Hong Kong Limited	Hongkong		Finanzunternehmen	100,0
309	Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
310	Deutsche Capital Partners China Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
311	Deutsche Cayman Ltd.	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
312	Deutsche CIB Centre Private Limited	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
313	Deutsche Commodities Trading Co., Ltd.	Schanghai		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
314	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	100,0
315	Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
316	Deutsche Emerging Markets Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		Anbieter von Nebendienstleistungen	99,9
317	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
318	Deutsche Far Eastern Asset Management Company Limited	Taipeh		Finanzdienstleistungsinstitut	60,0
319	Deutsche Fiduciary Services (Suisse) SA	Genf		Sonstiges Unternehmen	100,0
320	Deutsche Finance Co 1 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
321	Deutsche Finance Co 2 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
322	Deutsche Finance Co 3 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
323	Deutsche Finance Co 4 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
324	Deutsche Finance No. 2 (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Kreditinstitut	100,0
325	Deutsche Finance No. 2 Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
326	Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
327	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd	Singapur		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
328	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
329	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
330	Deutsche Group Holdings (SA) Proprietary Limited	Johannesburg		Finanzunternehmen	100,0
331	Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
332	Deutsche Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
333	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	99,8
334	Deutsche Haussmann S.à r.l.	Luxemburg		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
335	Deutsche Holdings (BTI) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
336	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
337	Deutsche Holdings (Malta) Ltd.	Floriana		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
338	Deutsche Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		Finanzunternehmen	100,0
339	Deutsche Holdings Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
340	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
341	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
342	Deutsche Holdings No. 4 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
343	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
344	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
345	Deutsche International Corporate Services (Delaware) LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
346	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited	Dublin		Finanzunternehmen	100,0
347	Deutsche International Corporate Services Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	100,0
348	Deutsche International Custodial Services Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
349	Deutsche International Finance (Ireland) Limited	Dublin		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
350	Deutsche International Trust Company N.V.	Amsterdam		Sonstiges Unternehmen	100,0
351	Deutsche International Trust Corporation (Mauritius) Limited	Port Louis		Sonstiges Unternehmen	100,0
352	Deutsche Inversiones Dos S.A.	Santiago		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
353	Deutsche Inversiones Limitada	Santiago		Finanzunternehmen	100,0
354	Deutsche Investment Management Americas Inc.	Wilmington		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
355	Deutsche Investments (Netherlands) N.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
356	Deutsche Investments Australia Limited	Sydney		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
357	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		Kreditinstitut	100,0
358	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		Sonstiges Unternehmen	100,0
359	Deutsche IT License GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
360	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
361	Deutsche Malta Company Ltd	Floriana		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
362	Deutsche Managed Investments Limited	Sydney		Kreditinstitut	100,0
363	Deutsche Mandatos S.A.	Buenos Aires		Finanzunternehmen	100,0
364	Deutsche Master Funding Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
365	Deutsche Mexico Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
366	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company	London		Kreditinstitut	100,0
367	Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
368	Deutsche Mortgage Securities, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
369	Deutsche Nederland N.V.	Amsterdam		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
370	Deutsche New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
371	Deutsche Nominees Limited	London		Kreditinstitut	100,0
372	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Grasbrunn		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
373	Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
374	Deutsche Postbank AG	Bonn		Einlagenkreditinstitut	100,0
375	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schütteringen		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
376	Deutsche Private Asset Management Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
377	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		Wertpapierhandelsbank	100,0
378	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
379	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		Finanzunternehmen	100,0
380	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
381	Deutsche Securities Australia Limited	Sydney		Wertpapierhandelsbank	100,0
382	Deutsche Securities Inc.	Tokio		Wertpapierhandelsbank	100,0
383	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		Finanzunternehmen	100,0
384	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
385	Deutsche Securities Mauritius Limited	Port Louis		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
386	Deutsche Securities Menkul Degerler A.S.	Istanbul		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
387	Deutsche Securities New Zealand Limited	Auckland		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
388	Deutsche Securities S.A.	Buenos Aires		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
389	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC	Riad		Wertpapierhandelsbank	100,0
390	Deutsche Securities SpA	Santiago		Finanzunternehmen	100,0
391	Deutsche Securities Venezuela S.A.	Caracas		Finanzunternehmen	100,0
392	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
393	Deutsche Securitisation Australia Pty Limited	Sydney		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
394	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
395	Deutsche Strategic Investment Holdings Yugen Kaisha	Tokio		Finanzunternehmen	100,0
396	Deutsche Transnational Trustee Corporation Inc	Charlottetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
397	Deutsche Trust Company Limited Japan	Tokio		Sonstiges Unternehmen	100,0
398	Deutsche Trustee Company Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
399	Deutsche Trustee Services (India) Private Limited	Mumbai		Sonstiges Unternehmen	100,0
400	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		Sonstiges Unternehmen	100,0
401	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	78,0
402	DFC Residual Corp.	Carson City		Finanzunternehmen	100,0
403	DG China Clean Tech Partners	Tianjin	1, 2, 6	Finanzunternehmen	49,9
404	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
405	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
406	DIB-Consult Deutsche Immobilien- und Beteiligungs-Beratungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	100,0
407	DIL Financial Services GmbH & Co. KG	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
408	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
409	DNU Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
410	DSL Portfolio GmbH & Co. KG	Bonn	1	Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
411	DSL Portfolio Verwaltungs GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
412	DTS Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
413	Durian (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
414	DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	99,2
415	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG i.l.	Hamburg		Sonstiges Unternehmen	65,2
416	Elba Finance GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
417	Elizabethan Holdings Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
418	Elizabethan Management Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
419	Estate Holdings, Inc.	St. Thomas	2	Sonstiges Unternehmen	0,0
420	European Value Added I (Alternate G.P.) LLP	London	1	Finanzunternehmen	100,0
421	Exinor SA (dissolution volontaire)	Bastogne		Sonstiges Unternehmen	100,0
422	EXTOREL Private Equity Advisers GmbH i.L.	Köln		Finanzunternehmen	100,0
423	FARAMIR Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
424	Farezco I, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
425	Farezco II, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
426	Fenix Administración de Activos S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
427	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.L.	Mailand		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
428	Finanza & Futuro Banca SpA	Mailand		Kreditinstitut	100,0
429	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
430	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	74,9
431	G Finance Holding Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
432	Gemini Technology Services Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
433	German American Capital Corporation	Baltimore		Kreditinstitut	100,0
434	Greenwood Properties Corp.	New York	2	Finanzunternehmen	0,0
435	Grundstücksgesellschaft Frankfurt Bockenheimer Landstraße GbR	Troisdorf	1	Sonstiges Unternehmen	94,9
436	Grundstücksgesellschaft Kerpen-Sindorf Vogelrutherfeld GbR	Troisdorf	1, 2	Sonstiges Unternehmen	0,0
437	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
438	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf	1, 2	Sonstiges Unternehmen	36,1
439	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf	1	Sonstiges Unternehmen	64,7
440	Hac Investments Ltd.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
441	Hakkeijima Godo Kaisha	Tokio		Finanzunternehmen	95,0
442	Herengracht Financial Services B.V.	Amsterdam		Sonstiges Unternehmen	100,0
443	HTB Spezial GmbH & Co. KG	Köln	1	Industrieholding	100,0
444	IKARIA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
445	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben I GbR	Troisdorf	1, 2	Sonstiges Unternehmen	0,0
446	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben II GbR	Troisdorf	1, 2	Sonstiges Unternehmen	50,0
447	Immobilienfonds Mietwohnhäuser Quadrath-Ichendorf GbR	Troisdorf	1, 2	Sonstiges Unternehmen	0,0
448	Immobilienfonds Wohn- und Geschäftshaus Köln-Blumenberg V GbR	Troisdorf	1, 2	Sonstiges Unternehmen	0,0
449	IOS Finance E F C S.A.	Barcelona		Finanzunternehmen	100,0
450	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
451	IVAF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
452	J R Nominees (Pty) Ltd	Johannesburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
453	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		Finanzunternehmen	100,0
454	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
455	Kidson Pte Ltd	Singapur		Finanzunternehmen	100,0
456	Kingfisher Nominees Limited	Auckland		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
457	Konsul Inkasso GmbH	Essen		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
458	Kradavim UK Lease Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
459	LA Water Holdings Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	75,0
460	Lammermuir Leasing Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
461	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		Finanzunternehmen	100,0
462	Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
463	Leonardo III Initial GP Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
464	Long-Tail Risk Insurers, Ltd.	Hamilton		Versicherung	100,0
465	LWC Nominees Limited	Auckland		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
466	MAC Investments Ltd. (in voluntary liquidation)	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
467	Maher Terminals Holdings (Toronto) Limited	Vancouver		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
468	Maxblue Americas Holdings, S.A.	Madrid		Finanzunternehmen	100,0
469	MEF I Manager, S. à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
470	MEFIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	62,0
471	MHL Reinsurance Ltd.	Burlington		Versicherung	100,0
472	MIT Holdings, Inc.	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
473	Mortgage Trading (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
474	MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
475	MortgageIT, Inc.	New York		Kreditinstitut	100,0
476	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
477	NCKR, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
478	NEPTUNO Verwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln		Finanzunternehmen	100,0
479	Nevada Mezz 1 LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
480	Nevada Parent 1 LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
481	Nordwestdeutscher Wohnungsbau-träger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
482	norisbank GmbH	Bonn		Einlagenkreditinstitut	100,0
483	North American Income Fund PLC	Dublin		Finanzunternehmen	67,3
484	North Las Vegas Property LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
485	OOO "Deutsche Bank TechCentre"	Moskau		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
486	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		Einlagenkreditinstitut	100,0
487	Opal Funds (Ireland) Public Limited Company	Dublin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
488	OPB Verwaltungs- und TeilungsbGmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
489	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
490	OPB-Holding GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
491	OPB-Nona GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
492	OPB-Oktava GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
493	OPB-Quarta GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
494	OPB-Quinta GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
495	OPB-Septima GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
496	Oppenheim Asset Management Services S.à r.l.	Luxemburg		Kapitalverwaltungsgesellschaft	100,0
497	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
498	Oppenheim Eunomia GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
499	OPPENHEIM Flottenfonds V GmbH & Co. KG	Köln	1	Finanzunternehmen	83,3
500	Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
501	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Manager GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
502	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
503	OPS Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
504	OVT Trust 1 GmbH	Köln		Sonstiges Unternehmen	100,0
505	OVV TeilungsbGmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
506	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
507	Pan Australian Nominees Pty Ltd	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
508	PB Factoring GmbH	Bonn		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
509	PB Firmenkunden AG	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
510	PB International S.A.	Schütteringen		Finanzunternehmen	100,0
511	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	98,4
512	PBC Banking Services GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
513	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Essen		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
514	Pelleport Investors, Inc.	New York		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
515	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		Sonstiges Unternehmen	100,0
516	Polydeuce LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
517	Postbank Akademie und Service GmbH	Hameln		Sonstiges Unternehmen	100,0
518	Postbank TeilungsbGmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
519	Postbank Direkt GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
520	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
521	Postbank Finanzberatung AG	Hameln		Sonstiges Unternehmen	100,0
522	Postbank Immobilien GmbH	Hameln		Sonstiges Unternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
523	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
524	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG	Bonn	1	Anbieter von Nebendienstleistungen	90,0
525	Postbank Leasing GmbH	Bonn		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
526	Postbank Service GmbH	Essen		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
527	Postbank Systems AG	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
528	Private Equity Asia Select Company III S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
529	Private Equity Global Select Company IV S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
530	Private Equity Global Select Company V S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
531	Private Equity Select Company S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
532	Private Financing Initiatives, S.L.	Barcelona		Finanzunternehmen	51,0
533	PS plus Portfolio Software + Consulting GmbH	Rödermark		Sonstiges Unternehmen	80,2
534	PT Deutsche Securities Indonesia	Jakarta		Wertpapierhandelsbank	99,0
535	PT. Deutsche Verdhana Indonesia	Jakarta	2	Wertpapierhandelsunternehmen	40,0
536	Public joint-stock company "Deutsche Bank DBU"	Kiew		Einlagenkreditinstitut	100,0
537	R.B.M. Nominees Pty Ltd	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
538	Real Estate Secondary Opportunities Fund, LP	London	1	Finanzunternehmen	100,0
539	Regula Limited	Road Town		Sonstiges Unternehmen	100,0
540	RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
541	Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
542	Royster Fund Management S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
543	RREEF America L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
544	RREEF China REIT Management Limited	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	100,0
545	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
546	RREEF India Advisors Private Limited	Mumbai		Sonstiges Unternehmen	100,0
547	RREEF Investment GmbH	Frankfurt		Kapitalverwaltungsgesellschaft	99,9
548	RREEF Management GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
549	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
550	RREEF Spezial Invest GmbH	Frankfurt		Kapitalverwaltungsgesellschaft	100,0
551	RTS Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
552	SAB Real Estate Verwaltungs GmbH	Hamel		Finanzunternehmen	100,0
553	Sagamore Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
554	SAGITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
555	Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
556	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Köln		Einlagenkreditinstitut	100,0
557	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
558	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär AG	Köln		Finanzunternehmen	100,0
559	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Luxembourg S.A.	Luxemburg		Einlagenkreditinstitut	100,0
560	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
561	Sechste Salomon Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln	2	Finanzunternehmen	0,0
562	Service Company Four Limited	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	100,0
563	Sharps SP I LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
564	Structured Finance Americas, LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
565	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
566	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		Finanzunternehmen	100,0
567	Tempurrite Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
568	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		Finanzunternehmen	100,0
569	Tianjin Deutsche AM Fund Management Co., Ltd.	Tianjin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
570	Treinvest Service GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
571	Trevona Limited	Road Town		Sonstiges Unternehmen	100,0
572	Triplereason Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
573	UKE Grundstücksgesellschaft mbH	Troisdorf	2	Finanzunternehmen	0,0
574	UKE, s.r.o.	Belá		Sonstiges Unternehmen	100,0
575	Ullmann - Esch Grundstücksgesellschaft Kirchnerstraße GbR	Troisdorf	1, 2	Sonstiges Unternehmen	0,0
576	Ullmann - Esch Grundstücksverwaltungsgesellschaft Disternich GbR	Troisdorf	1, 2	Sonstiges Unternehmen	0,0
577	Ullmann Ullmann Krockow Krockow Esch GbR	Troisdorf	1, 2	Sonstiges Unternehmen	0,0
578	VCM MIP 2002 GmbH & Co. KG i.L.	Köln	1	Finanzunternehmen	90,0
579	VCM MIP II GmbH & Co. KG i.L.	Köln	1	Finanzunternehmen	90,0
580	VCM Treuhand Beteiligungsverwaltung GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
581	VCP Treuhand Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
582	VCP Verwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Köln		Finanzunternehmen	100,0
583	Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
584	Vesta Real Estate S.r.l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
585	VÖB-ZVD Processing GmbH	Frankfurt		Zahlungsinstitut	100,0
586	Wealthspur Investment Company Limited	Labuan		Finanzunternehmen	100,0
587	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
588	Whale Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
589	5000 Yonge Street Toronto Inc.	Toronto		Finanzunternehmen	100,0

Konsolidierte Strukturierte Gesellschaften

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
590	Amber Investments S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
591	Aqueduct Capital S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
592	Argentina Capital Protected Investments Limited	Georgetown	7	Sonstiges Unternehmen	
593	Asset Repackaging Trust Five B.V.	Amsterdam	7	Finanzunternehmen	
594	Atena SPV S.r.l	Conegliano		Finanzunternehmen	60,0
595	Atlas Investment Company 1 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
596	Atlas Investment Company 2 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
597	Atlas Investment Company 3 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
598	Atlas Investment Company 4 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
599	Atlas Portfolio Select SPC	Georgetown		Finanzunternehmen	0,0
600	Atlas SICAV - FIS	Luxemburg	7	Sonstiges Unternehmen	
601	Axia Insurance, Ltd.	Hamilton	7	Rückversicherungsunternehmen	
602	Axiom Shelter Island LLC	San Diego		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
603	Azurix AGOSBA S.R.L.	Buenos Aires		Finanzunternehmen	100,0
604	Azurix Argentina Holding, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
605	Azurix Buenos Aires S.A. (en liquidacion)	Buenos Aires		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
606	Azurix Cono Sur, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
607	Azurix Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
608	Azurix Latin America, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
609	Baltics Credit Solutions Latvia SIA	Riga		Finanzunternehmen	
610	BC Mumbai Shipping Limited	St. John's		Sonstiges Unternehmen	
611	BC San Francisco Shipping Limited	St. John's		Sonstiges Unternehmen	
612	Block 1949, LLC	Wilmington	2	Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
613	Bürohaus Hauptstraße Gewerbeimmobilien Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
614	Büropark Heimstetten Vermögensverwaltungs Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
615	Castlebay Asia Flexible Fund SICAV-FIS - Taiwan Bond Fund	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
616	Cathay Capital (Labuan) Company Limited	Labuan		Sonstiges Unternehmen	
617	Cathay Capital Company Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	9,5
618	Cathay Strategic Investment Company Limited	Hongkong		Finanzunternehmen	
619	Cathay Strategic Investment Company No. 2 Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
620	Cayman Reference Fund Holdings Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	
621	Charitable Luxembourg Four S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
622	Charitable Luxembourg Three S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
623	Charitable Luxembourg Two S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
624	Charlton (Delaware), Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
625	China Recovery Fund LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	85,0
626	CITAN Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
627	CLASS Limited	St. Helier	7	Sonstiges Unternehmen	
628	Collins Capital Low Volatility Performance II Special Investments, Ltd.	Road Town		Finanzunternehmen	
629	Concept Fund Solutions Public Limited Company	Dublin	7	Sonstiges Unternehmen	0,2
630	Crofton Invest, S.L.	Madrid		Sonstiges Unternehmen	
631	Danube Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
632	Dariconic Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
633	Dawn-BV II LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
634	Dawn-BV LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
635	DB (Barbados) SRL	Christ Church		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
636	DB Aircraft Leasing Master Trust	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
637	DB Alternative Strategies Limited	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
638	DB Apex (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
639	DB Apex Management Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
640	DB Asia Pacific Holdings Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
641	DB Aster II, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
642	DB Aster III, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
643	DB Aster, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
644	DB Aster, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
645	DB Avila Ltd.	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
646	DB Capital Investments Sàrl	Luxemburg		Kreditinstitut	100,0
647	DB Chambers Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
648	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	90,0
649	DB Credit Investments S.à r.l.	Luxemburg		Kreditinstitut	100,0
650	DB Dawn, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
651	DB Elara LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
652	db ETC Index plc	St. Helier	7	Anbieter von Nebendienstleistungen	
653	db ETC plc	St. Helier	7	Anbieter von Nebendienstleistungen	
654	DB Finance International GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
655	DB Ganymede 2006 L.P.	Camana Bay	1	Kreditinstitut	100,0
656	DB Global Markets Multi-Strategy Fund I Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
657	DB Global Masters Multi-Strategy Trust	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
658	DB Global Masters Trust	Georgetown	7	Wertpapierhandelsunternehmen	
659	DB Green Holdings Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
660	DB Green, Inc.	New York		Kreditinstitut	100,0
661	DB Hypernova LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
662	DB Immobilienfonds 1 Wieland KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
663	DB Immobilienfonds 2 GmbH & Co. KG	Frankfurt		Finanzunternehmen	74,0
664	DB Immobilienfonds 4 GmbH & Co. KG i.L.	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	0,2
665	DB Immobilienfonds 5 Wieland KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
666	DB Impact Investment (GP) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
667	DB Infrastructure Holdings (UK) No.1 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
668	DB Investment Resources (US) Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
669	DB Investment Resources Holdings Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
670	DB Io LP	Wilmington	1	Finanzunternehmen	100,0
671	DB Litigation Fee LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
672	DB Master Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados de Precatórios Federais	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	29,3
673	DB Munico Ltd.	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
674	DB Platinum II	Luxemburg	7	Sonstiges Unternehmen	1,5
675	DB PWM	Luxemburg	7	Sonstiges Unternehmen	
676	DB PWM - Active Asset Allocation Growth II	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
677	DB PWM II - LiquidAlts UCITS (Euro)	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	69,5
678	DB RC Holdings, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
679	DB Real Estate Canadainvest 1 Inc.	Toronto		Finanzunternehmen	100,0
680	DB Safe Harbour Investment Projects Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
681	DB STG Lux 10 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
682	DB STG Lux 11 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
683	DB STG Lux 12 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
684	DB STG Lux 9 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
685	db x-trackers	Luxemburg	7	Sonstiges Unternehmen	0,7
686	db x-trackers II	Luxemburg	7	Sonstiges Unternehmen	1,3
687	dbInvestor Solutions Public Limited Company	Dublin	7	Finanzunternehmen	
688	DBRE Global Real Estate Management US IA, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
689	DBRE Global Real Estate Management US IB, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
690	DBRMS4	Georgetown	1, 4	Finanzunternehmen	100,0
691	DBX ETF Trust	Wilmington	7	Sonstiges Unternehmen	
692	De Heng Asset Management Company Limited	Peking		Finanzunternehmen	
693	DeAM Capital Protect 2014	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
694	DeAM Capital Protect 2019	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
695	DeAM Capital Protect 2024	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
696	DeAM Capital Protect 2029	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
697	DeAM Capital Protect 2034	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
698	DeAM Capital Protect 2039	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
699	DeAM Capital Protect 2044	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
700	DeAM Capital Protect 2049	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
701	Deloraine Spain SL	Madrid		Finanzunternehmen	
702	Deutsche Bank Best Allocation - Protect 80	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
703	Deutsche Bank Best Allocation - Protect 90	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
704	Deutsche Bank Capital Finance LLC I	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
705	Deutsche Bank Capital Finance Trust I	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
706	Deutsche Bank Capital LLC I	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
707	Deutsche Bank Capital Trust I	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
708	Deutsche Bank Contingent Capital LLC II	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
709	Deutsche Bank Contingent Capital LLC III	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
710	Deutsche Bank Contingent Capital LLC IV	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
711	Deutsche Bank Contingent Capital LLC V	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
712	Deutsche Bank Contingent Capital Trust II	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
713	Deutsche Bank Contingent Capital Trust III	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
714	Deutsche Bank Contingent Capital Trust IV	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
715	Deutsche Bank Contingent Capital Trust V	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
716	Deutsche Bank Luxembourg S.A. - Fiduciary Deposits	Luxemburg	7	Sonstiges Unternehmen	
717	Deutsche Bank Luxembourg S.A. - Fiduciary Note Programme	Luxemburg	7	Sonstiges Unternehmen	
718	Deutsche Colombia S.A.S.	Bogotá		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
719	Deutsche Income Trust - Deutsche Limited Maturity Quality Income Fund	Boston		Sonstiges Unternehmen	100,0
720	Deutsche Income Trust - Deutsche Ultra-Short Investment Grade Fund	Boston		Sonstiges Unternehmen	100,0
721	Deutsche Institutional Money plus	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
722	Deutsche Institutional USD Money plus	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
723	Deutsche International Fund, Inc. - Deutsche Emerging Markets Frontier Fund	Baltimore		Sonstiges Unternehmen	100,0
724	Deutsche Invest I	Luxemburg	7	Sonstiges Unternehmen	
725	Deutsche Investment Trust - Deutsche CROCI U.S. Fund	Boston		Sonstiges Unternehmen	100,0
726	Deutsche Leasing New York Corp.	New York		Finanzunternehmen	100,0
727	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
728	Deutsche Postbank Funding LLC II	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
729	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
730	Deutsche Postbank Funding LLC IV	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
731	Deutsche Postbank Funding Trust I	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
732	Deutsche Postbank Funding Trust II	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
733	Deutsche Postbank Funding Trust III	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
734	Deutsche Postbank Funding Trust IV	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
735	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
736	Drehscheibe Bochum GmbH & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
737	Dusk LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
738	DWS (CH) - Pension Garant 2017	Zürich		Sonstiges Unternehmen	
739	DWS Garant 80 FPI	Luxemburg		Finanzunternehmen	
740	DWS Garant Top Dividende 2018	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
741	DWS Vorsorge - Premium Balance Plus	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
742	DWS World Protect 90	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
743	DWS Zeitwert Protect	Luxemburg		Finanzunternehmen	
744	Dynamic Infrastructure Securities Fund LP	Wilmington		Finanzunternehmen	
745	Earls Eight Limited	Georgetown	7	Sonstiges Unternehmen	
746	Earls Four Limited	Georgetown	7	Sonstiges Unternehmen	
747	EARLS Trading Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
748	ECT Holdings Corp.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
749	Einkaufszentrum "HVD Dresden" S.à.r.l & Co. KG	Köln		Sonstiges Unternehmen	
750	Eirles Three Designated Activity Company	Dublin	7	Finanzunternehmen	
751	Eirles Two Designated Activity Company	Dublin	7	Finanzunternehmen	
752	Elmo Funding GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
753	Elmo Leasing Vierzehnte GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
754	Emerald Asset Repackaging Designated Activity Company	Dublin		Kreditinstitut	100,0
755	Emerging Markets Capital Protected Investments Limited	Georgetown	7	Sonstiges Unternehmen	
756	Emeris	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
757	Epicuro SPV S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	
758	Equinox Credit Funding Public Limited Company	Dublin	7	Finanzunternehmen	
759	Erste Frankfurter Hoist GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
760	Eurohome (Italy) Mortgages S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	
761	European Strategic Real Estate Fund ICAV	Dublin		Sonstiges Unternehmen	
762	Feale Sp. z o.o.	Wolica		Sonstiges Unternehmen	
763	Finaqua Limited	London		Finanzunternehmen	
764	Fondo Privado de Titulización Activos Reales 1 B.V.	Amsterdam		Sonstiges Unternehmen	
765	Fondo Privado de Titulización PYMES I Limited	Dublin		Finanzunternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
766	Fortis Flexi IV - Bond Medium Term RMB	Luxemburg		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
767	FRANKFURT CONSULT GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
768	Fullgoal China Access RQFII Fund SPC - Fullgoal RQFII Bond Sub-Fund	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
769	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados - Precatório Federal 4870-1	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
770	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados - Precatórios Federais DB I	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
771	Fundo de Investimento em Quotas de Fundos de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados Global Markets	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
772	GAC-HEL II, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
773	GAC-HEL, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
774	Gladyr Spain, S.L.	Madrid		Finanzunternehmen	
775	Glamour Bulk 1 Maritime Limited	Monrovia		Sonstiges Unternehmen	
776	Global Markets Fundo de Investimento Multimercado	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
777	Global Markets III Fundo de Investimento Multimercado - Crédito Privado e Investimento No Exterior	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
778	Global Opportunities Co-Investment Feeder, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
779	Global Opportunities Co-Investment, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
780	Grundstücksverwaltung Martin-Behaim-Strasse Gewerbeimmobilien Limited & Co. KG	Frankfurt	1	Sonstiges Unternehmen	
781	GWC-GAC Corp.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
782	Hamildak Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
783	Harbour Finance Limited	Dublin	2	Kreditinstitut	0,0
784	Harvest Select Funds - Harvest China Fixed Income Fund II	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	
785	Iberia Inversiones II Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
786	Iberia Inversiones Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
787	India Debt Opportunities Fund	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	
788	Infrastructure Holdings (Cayman) SPC	Georgetown		Finanzunternehmen	
789	Inn Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
790	Investor Solutions Limited	St. Helier	7	Sonstiges Unternehmen	
791	Isar Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
792	iShares Edge MSCI Australia Minimum Volatility ETF	Melbourne		Sonstiges Unternehmen	99,2
793	iShares Edge MSCI Australia Multifactor ETF	Melbourne		Sonstiges Unternehmen	97,3
794	iShares Edge MSCI World Minimum Volatility ETF	Melbourne		Sonstiges Unternehmen	99,5
795	iShares Edge MSCI World Multifactor ETF	Melbourne		Sonstiges Unternehmen	97,3
796	IVAF (Jersey) Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	
797	JB Hotel Private Placement Real Estate Trust No. 1	Seoul		Sonstiges Unternehmen	100,0
798	Kelsey Street LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
799	Kingfisher Canada Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
800	Kingfisher Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
801	KOMPASS 3 Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
802	KOMPASS 3 Erste Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Euro KG i.L.	Düsseldorf	1	Anbieter von Nebendienstleistungen	96,1
803	KOMPASS 3 Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. USD KG i.L.	Düsseldorf	1	Anbieter von Nebendienstleistungen	97,0
804	Kratu Inversiones Designated Activity Company	Dublin		Finanzunternehmen	
805	La Fayette Dedicated Basket Ltd.	Road Town		Wertpapierhandelsunternehmen	
806	Lagoon Finance Designated Activity Company	Dublin	7	Finanzunternehmen	
807	Leo Consumo 1 S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	
808	Leo Consumo 2 S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	70,0
809	87 Leonard Development LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
810	Leonardo Charitable 1 Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	
811	Leonardo Secondary Opportunities Fund III (Alternate GP of GP), LP	Wilmington	1	Finanzunternehmen	
812	Leonardo Secondary Opportunities Fund III (Alternate GP), LP	Wilmington	1	Finanzunternehmen	
813	Leonardo Secondary Opportunities Fund III (GP) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
814	Leonardo Secondary Opportunities Fund III (Limited Partner) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
815	Leonardo Secondary Opportunities III (SLP GP) Limited	Edinburgh		Finanzunternehmen	
816	Leonardo Secondary Opportunities III SLP, LP	Edinburgh	1	Finanzunternehmen	0,3
817	Life Mortgage S.r.l.	Rom		Finanzunternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
818	Macondo Spain SL	Madrid		Sonstiges Unternehmen	100,0
819	Manta Acquisition LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
820	Manta Group LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
821	Mars Investment Trust II	New York		Finanzunternehmen	100,0
822	Mars Investment Trust III	New York		Finanzunternehmen	100,0
823	Master Aggregation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
824	Maxima Alpha Bomaral Limited (in liquidation)	St. Helier		Wertpapierhandelsunternehmen	
825	Merlin I	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
826	Merlin II	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
827	Merlin XI	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
828	Meseta Inversiones Designated Activity Company	Dublin		Finanzunternehmen	
829	Mexico Capital Protected Investments Limited	Georgetown	7	Sonstiges Unternehmen	
830	Micro-E Finance S.r.l.	Rom		Finanzunternehmen	
831	Midsel Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
832	Mira GmbH & Co. KG	Frankfurt	1	Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
833	Moon Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
834	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt	1	Finanzunternehmen	100,0
835	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
836	MS "JPO TUCANA" Schiffahrtsgesellschaft mbH & Co. KG i.l.	Stade		Sonstiges Unternehmen	
837	NCW Holding Inc.	Vancouver		Finanzunternehmen	100,0
838	New 87 Leonard, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
839	Nineco Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
840	Oasis Securitisation S.r.l.	Conegliano	2	Finanzunternehmen	0,0
841	Oder Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
842	Odin Mortgages Limited	London		Finanzunternehmen	
843	Oona Solutions, Fonds Commun de Placement	Luxemburg	7	Sonstiges Unternehmen	
844	OPAL, en liquidation volontaire	Luxemburg	7	Sonstiges Unternehmen	
845	Operadora de Buenos Aires S.R.L.	Buenos Aires		Finanzunternehmen	100,0
846	Opus Niestandaryzowany Sekurytyzacyjny Fundusz Inwestycyjny Zamkniety	Warschau		Finanzunternehmen	
847	Oran Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
848	Orchid Pubs & Restaurants Limited	London		Sonstiges Unternehmen	
849	OTTAM Mexican Capital Trust Designated Activity Company	Dublin	7	Finanzunternehmen	
850	Palladium Securities 1 S.A.	Luxemburg	7	Finanzunternehmen	
851	PanAsia Funds Investments Ltd.	Georgetown	7	Finanzunternehmen	
852	PARTS Funding, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
853	PARTS Student Loan Trust 2007-CT1	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
854	PD Germany Funding Company II, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
855	PD Germany Funding Company IV, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
856	PD Germany Funding Company V, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
857	PEIF II SLP Feeder, L.P.	Edinburgh		Finanzunternehmen	0,7
858	Peruda Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
859	Perus 1 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
860	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Manila		Finanzdienstleistungsinstitut	95,0
861	PIMCO PARS I - Poste Vite	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
862	PIMCO PARS V - Poste Vite	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
863	Pinehurst Securities SA	Luxemburg	7	Finanzunternehmen	
864	Port Elizabeth Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
865	Private Markets ICAV	Dublin		Sonstiges Unternehmen	
866	Pyxis Nautica S.A.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	
867	Quantum 13 LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
868	Quartz No. 1 S.A.	Luxemburg	2	Finanzunternehmen	0,0
869	Reference Capital Investments Limited	London		Kreditinstitut	100,0
870	Regal Limited	Georgetown	7	Sonstiges Unternehmen	
871	REO Properties Corporation	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
872	REO Properties Corporation II	Wilmington	2	Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
873	Residential Mortgage Funding Trust	Toronto		Finanzunternehmen	
874	Rhine Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
875	RM Ayr Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	
876	RM Chestnut Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	
877	RM Fife Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	
878	RM Multi-Asset Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	
879	RM Sussex Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
880	RM Triple-A Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	
881	RREEF Global Opportunities Fund III, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
882	RREEF North American Infrastructure Fund A, L.P.	Wilmington		Finanzunternehmen	99,9
883	RREEF North American Infrastructure Fund B, L.P.	Wilmington		Finanzunternehmen	99,9
884	SABRE Securitisation Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	
885	SCB Al্পspitze UG (haftungsbeschränkt)	Frankfurt		Finanzunternehmen	
886	Schiffahrts-Gesellschaft "HS DEBUSSY" mbH & Co. KG i.l.	Hamburg		Sonstiges Unternehmen	
887	Schiffahrts-Gesellschaft "HS WAGNER" mbH & Co. KG i.l.	Hamburg		Sonstiges Unternehmen	
888	Select Access Investments Limited	Sydney	7	Sonstiges Unternehmen	
889	Silrendel, S. de R. L. de C. V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
890	Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
891	Sixco Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
892	SMART SME CLO 2006-1, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
893	SOLIDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
894	SP Mortgage Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
895	Strategic Global Opportunities Limited - Class A Main USD	Nassau		Finanzunternehmen	
896	STTN, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
897	Swabia 1 Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
898	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
899	Tagus - Sociedade de Títularização de Créditos, S.A.	Lissabon		Finanzunternehmen	100,0
900	The Canary Star Trust	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
901	The GIII Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
902	The India Debt Opportunities Fund Limited	Ebène City		Anbieter von Nebendienstleistungen	
903	The PEB Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
904	The SLA Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
905	Threadneedle Lending Limited	London		Finanzunternehmen	
906	Tintin III SPC	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
907	Trave Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
908	TRS Aria LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
909	TRS Birch II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
910	TRS Birch LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
911	TRS Cypress II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
912	TRS Elm II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
913	TRS Leda LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
914	TRS Maple II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
915	TRS Oak II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
916	TRS Oak LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
917	TRS Poplar II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
918	TRS Scorpio LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
919	TRS Spruce II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
920	TRS SVCO LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
921	TRS Sycamore II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
922	TRS Tupelo II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
923	TRS Tupelo LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
924	TRS Venor LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
925	TRS Walnut II LTD	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
926	TRS Walnut LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
927	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG	München	1	Finanzunternehmen	0,0
928	Vermögensfondmandat Flexible (80 % teilgeschützt)	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
929	Wendelstein 2015-1 UG (haftungsbeschränkt)	Frankfurt		Finanzunternehmen	
930	World Trading (Delaware) Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
931	ZALLUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
932	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
933	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben II KG i.l.	Düsseldorf	1	Anbieter von Nebendienstleistungen	98,1
934	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
935	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben I KG i.l.	Düsseldorf	1	Anbieter von Nebendienstleistungen	98,2
936	Zumirez Drive LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
937	ZURET Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
938	Zurich - DWS Life Cycle Balance II	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
939	AcadiaSoft, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	4,5
940	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Kreditinstitut	26,9
941	Argantis GmbH i.L.	Köln		Industrieholding	50,0
942	Baigo Capital Partners Fund 1 Parallel 1 GmbH & Co. KG	Bad Soden am Taunus		Industrieholding	49,8
943	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	30,0
944	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		Finanzunternehmen	49,0
945	BFDB Tax Credit Fund 2011, Limited Partnership	New York	8	Industrieholding	99,9
946	BHS tabletop Aktiengesellschaft	Selb		Sonstiges Unternehmen	28,9
947	BVT-CAM Private Equity Beteiligungs GmbH	Grünwald		Finanzunternehmen	50,0
948	BVT-CAM Private Equity Management & Beteiligungs GmbH	Grünwald		Finanzunternehmen	50,0
949	Comfund Consulting Limited	Bangalore		Sonstiges Unternehmen	30,0
950	Craigs Investment Partners Limited	Tauranga		Wertpapierhandelsbank	49,9
951	Cyber Defence Alliance Limited	London	9	Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
952	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		Finanzunternehmen	34,6
953	DBG Eastern Europe II Limited Partnership	St. Helier		Finanzunternehmen	25,9
954	DD Finansman Anonim Sirketi	Sisli		Kreditinstitut	49,0
955	Deutsche Börse Commodities GmbH	Eschborn		Sonstiges Unternehmen	16,2
956	Deutsche Financial Capital I Corp.	Greensboro		Finanzunternehmen	50,0
957	Deutsche Financial Capital Limited Liability Company	Greensboro		Kreditinstitut	50,0
958	Deutsche Gulf Finance	Riad		Kreditinstitut	29,1
959	Deutsche Regis Partners Inc	Makati Stadt		Wertpapierhandelsunternehmen	49,0
960	Deutsche TISCO Investment Advisory Company Limited	Bangkok		Wertpapierhandelsunternehmen	49,0
961	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		Sonstiges Unternehmen	50,0
962	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Bonn		Sonstiges Unternehmen	25,1
963	DIL Internationale Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
964	Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH	Berlin		Finanzholding-Gesellschaft	21,1
965	Elbe Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
966	EOL2 Holding B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	45,0
967	eolec	Issy-les-Moulineaux		Sonstiges Unternehmen	33,3
968	equiNotes Management GmbH	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	50,0
969	EVROENERGIAKI S.A.	Athen		Sonstiges Unternehmen	40,0
970	Finance in Motion GmbH	Frankfurt		Wertpapierhandelsunternehmen	19,9
971	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. "Leipzig-Magdeburg" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	41,2
972	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden "Louisenstraße" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	30,6
973	G.O. IB-SIV Feeder, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	15,7
974	GALLOP, LLC	Lexington	9	Sonstiges Unternehmen	0,0
975	German Public Sector Finance B.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	50,0
976	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		Industrieholding	36,7
977	giropay GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	33,3
978	Gordian Knot Limited	London		Wertpapierhandelsunternehmen	32,4
979	Graphite Resources (Knightsbridge) Limited	London		Sonstiges Unternehmen	45,0
980	Graphite Resources Holdings Limited	London	8	Industrieholding	70,0
981	Great Future International Limited	Road Town		Finanzunternehmen	43,0
982	Grundstücksgesellschaft Bürohäuser Köln Rheinhallen GbR	Troisdorf	1	Sonstiges Unternehmen	15,6
983	Grundstücksgesellschaft Karlsruhe Kaiserstraße GbR	Troisdorf	1	Sonstiges Unternehmen	3,4
984	Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15-18 GbR	Troisdorf	1	Sonstiges Unternehmen	10,5
985	Grundstücksgesellschaft Köln Oppenheimstraße GbR	Troisdorf	1, 9	Sonstiges Unternehmen	0,0
986	Grundstücksgesellschaft Köln-Merheim Winterberger Straße GbR	Troisdorf	1, 9	Sonstiges Unternehmen	0,0
987	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI GbR	Troisdorf	1	Sonstiges Unternehmen	44,9
988	Grundstücksgesellschaft München Synagogenplatz GbR	Troisdorf	1, 9	Sonstiges Unternehmen	0,0
989	Grundstücksgesellschaft Schillingsrotter Weg GbR	Troisdorf	1, 9	Sonstiges Unternehmen	0,0
990	Harvest Fund Management Co., Ltd.	Schanghai		Wertpapierhandelsunternehmen	30,0
991	Huarong Rongde Asset Management Company Limited	Peking		Finanzunternehmen	40,7
992	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
993	Immobilienfonds Bürohaus Düsseldorf Grafenberg GbR	Troisdorf	1	Sonstiges Unternehmen	10,0
994	Immobilienfonds Bürohaus Düsseldorf Parsevalstraße GbR	Köln	1	Sonstiges Unternehmen	7,0
995	Immobilienfonds Köln-Deutz Arena und Mantelbebauung GbR	Troisdorf	1	Sonstiges Unternehmen	7,7
996	Immobilienfonds Köln-Ossendorf II GbR	Troisdorf	1	Sonstiges Unternehmen	9,7
997	Immobilienfonds Troisdorf Hannoversche Straße / Frieslandring GbR	Troisdorf	1, 9	Sonstiges Unternehmen	0,0
998	ISWAP Limited	London		Wertpapierhandelsunternehmen	13,3

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
999	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		Finanzunternehmen	21,1
1000	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	21,6
1001	Kenanga Deutsche Futures Sdn Bhd	Kuala Lumpur		Wertpapierhandelsunternehmen	27,0
1002	KVD Singapore Pte. Ltd.	Singapur		Finanzunternehmen	30,0
1003	KölnArena Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Köln		Finanzunternehmen	20,8
1004	Lion Residential Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	17,4
1005	MidOcean (Europe) 2003 LP	St. Helier		Finanzunternehmen	20,0
1006	MidOcean Partners, LP	New York		Finanzunternehmen	20,0
1007	North Coast Wind Energy Corp.	Vancouver	8	Sonstiges Unternehmen	96,7
1008	P.F.A.B. Passage Frankfurter Allee Betriebsgesellschaft mbH	Berlin		Sonstiges Unternehmen	22,2
1009	Parkhaus an der Börse GbR	Köln	1	Sonstiges Unternehmen	37,7
1010	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1011	Private Equity Gesellschaft bürgerlichen Rechts	Köln	1, 9	Finanzunternehmen	0,0
1012	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-A L.L.C.	New York		Industrieholding	33,0
1013	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-B L.L.C.	New York		Industrieholding	33,3
1014	Raymond James New York Housing Opportunities Fund II L.L.C.	New York		Industrieholding	19,5
1015	Raymond James New York Upstate Housing Opportunities Fund I L.L.C.	New York		Industrieholding	24,9
1016	Relax Holding S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	20,0
1017	REON - Park Wiatrowy I Sp. z o.o.	Warschau		Sonstiges Unternehmen	50,0
1018	REON-Park Wiatrowy II Sp. z o.o.	Warschau		Sonstiges Unternehmen	50,0
1019	REON-Park Wiatrowy IV Sp. z o.o.	Warschau		Sonstiges Unternehmen	50,0
1020	Robuterra AG	Zürich	9	Finanzunternehmen	0,0
1021	Sakaras Holding Limited	Birkirkara	9	Finanzunternehmen	0,0
1022	Schiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG MS "DYCKBURG" i.l.	Hamburg		Sonstiges Unternehmen	41,3
1023	Shunfeng Catering & Hotel Management Co., Ltd.	Peking		Sonstiges Unternehmen	6,4
1024	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		Sonstiges Unternehmen	22,5
1025	Starpool Finanz GmbH	Berlin		Anbieter von Nebendienstleistungen	49,9
1026	Teesside Gas Transportation Limited	London		Sonstiges Unternehmen	45,0
1027	TradeWeb Markets LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	5,0
1028	Triton Beteiligungs GmbH	Frankfurt		Industrieholding	33,1
1029	Turquoise Global Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	7,1
1030	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund C L.P.	Dover		Industrieholding	18,9
1031	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund CVI L.P.	Dover		Industrieholding	13,8
1032	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund XCV L.P.	Wilmington		Industrieholding	23,5
1033	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York	8	Industrieholding	99,9
1034	UKE Beteiligungs-GmbH	Troisdorf	9	Finanzunternehmen	0,0
1035	UKEM Motoryacht Medici Mangusta GbR	Troisdorf	1, 9	Sonstiges Unternehmen	0,0
1036	Ullmann Krockow Esch GbR	Troisdorf	1, 9	Sonstiges Unternehmen	0,0
1037	Ullmann, Krockow, Esch Luftverkehrsgesellschaft bürgerlichen Rechts	Troisdorf	1, 9	Sonstiges Unternehmen	0,0
1038	Volbroker.com Limited	London		Finanzunternehmen	22,5
1039	Weser Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1040	zeitinvest-Service GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	25,0
1041	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		Wertpapierhandelsbank	33,3
1042	ZINDUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1043	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		Finanzunternehmen	25,0
1044	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Patente I KG i.L.	Schönefeld		Sonstiges Unternehmen	20,4

Andere Unternehmen, an denen mehr als 20 % der Kapitalanteile gehalten werden

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1045	ABATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1046	ABRI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1047	AC VI Initiatoren GmbH & Co. KG	München	10	Finanzunternehmen	25,0
1048	Acamar Holding S.A.	Luxemburg	8, 10	Sonstiges Unternehmen	95,0
1049	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1050	ACHTUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1051	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1052	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1053	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1054	Adara S.A.	Luxemburg	8, 10	Sonstiges Unternehmen	95,0
1055	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1056	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1057	ADMANU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1058	Agema S.A.	Luxemburg	8, 10	Sonstiges Unternehmen	95,0
1059	AGLOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1060	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1061	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1062	ALMO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1063	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1064	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1065	APUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1066	ATAUT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1067	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1068	BAKTU Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1069	BAL Servicing Corporation	Wilmington	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1070	BALIT Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1071	BAMAR Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1072	Banks Island General Partner Inc.	Toronto	10	Finanzunternehmen	50,0
1073	Belzen Pty. Limited	Sydney	11	Finanzunternehmen	100,0
1074	Benefit Trust GmbH	Lützen	11, 12	Finanzunternehmen	100,0
1075	BIMES Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1076	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	33,2
1077	BLI Internationale Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	32,0
1078	BrisConnections Holding Trust	Kedron	13	Sonstiges Unternehmen	35,6
1079	BrisConnections Investment Trust	Kedron	13	Sonstiges Unternehmen	35,6
1080	Cabarez S.A.	Luxemburg	8, 10	Sonstiges Unternehmen	95,0
1081	City Leasing (Thameside) Limited	London	11	Finanzunternehmen	100,0
1082	City Leasing Limited	London	11	Finanzunternehmen	100,0
1083	DB Advisors SICAV	Luxemburg	11, 14	Sonstiges Unternehmen	96,4
1084	DB Petri LLC	Wilmington	11	Kreditinstitut	100,0
1085	Deutsche River Investment Management Company S.à r.l.	Luxemburg	10	Finanzunternehmen	49,0
1086	Deutz-Mülheim Grundstücksgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	40,2
1087	DIL Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1088	DONARUM Holding GmbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1089	Donlen Exchange Services Inc.	Boston	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1090	DREIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1091	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1092	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1093	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1094	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1095	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Erfurt	10	Finanzunternehmen	50,0
1096	ELFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1097	FÜNFTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1098	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1099	FÜNFUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1100	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1101	Glor Music Production GmbH & Co. KG	Valley-Oberlindern	13	Sonstiges Unternehmen	21,2
1102	Grundstücksvermietungsgesellschaft Wilhelmstr. mbH i.L.	Grünwald	11	Finanzunternehmen	100,0
1103	Hertz Car Exchange Inc.	Wilmington	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1104	Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG	Berlin	10	Finanzunternehmen	20,5

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1105	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown	10, 15	Sonstiges Unternehmen	49,0
1106	IOG Denali Upton, LLC	Dover	13	Sonstiges Unternehmen	23,0
1107	IOG NOD I, LLC	Dover	13	Sonstiges Unternehmen	22,5
1108	Isaac Newton S.A.	Luxemburg	8, 10	Sonstiges Unternehmen	95,0
1109	Kinneil Leasing Company	London	10	Finanzunternehmen	35,0
1110	Lindsell Finance Limited	St. Julian's	11	Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1111	London Industrial Leasing Limited	London	11	Finanzunternehmen	100,0
1112	M Cap Finance Mittelstandsfonds GmbH & Co. KG	Frankfurt	8, 13, 16	Finanzunternehmen	77,1
1113	Maestrale Projects (Holding) S.A.	Luxemburg	10	Finanzunternehmen	49,7
1114	Magalhaes S.A.	Luxemburg	8, 10	Sonstiges Unternehmen	95,0
1115	Manuseamento de Cargas - Manicargas, S.A.	Matosinhos	17, 18	Sonstiges Unternehmen	38,3
1116	MCT Südafrika 3 GmbH & Co. KG	Hamburg	13	Sonstiges Unternehmen	35,3
1117	Memax Pty. Limited	Sydney	11	Finanzunternehmen	100,0
1118	Metro plus Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	40,0
1119	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG i.L.	Grünwald	13	Sonstiges Unternehmen	29,6
1120	Mountaintop Energy Holdings LLC	Wilmington	10	Finanzunternehmen	38,7
1121	MT "CAPE BEALE" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG	Hamburg	13	Sonstiges Unternehmen	22,3
1122	MT "KING EDWARD" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG	Hamburg	13	Sonstiges Unternehmen	25,6
1123	MT "KING ERIC" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG	Hamburg	13	Sonstiges Unternehmen	25,6
1124	NBG Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1125	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1126	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1127	New Energy Biomasse Hellas GmbH i.L.	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1128	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1129	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1130	Nortfol Pty. Limited	Sydney	11	Finanzunternehmen	100,0
1131	NV Profit Share Limited	Georgetown	10	Sonstiges Unternehmen	42,9
1132	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG i.L.	Köln	1, 2, 11	Finanzunternehmen	27,7
1133	PADEM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1134	PAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1135	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1136	PANIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1137	PANTUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1138	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1139	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1140	PEDUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1141	PENDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1142	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1143	PERGOS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1144	PERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1145	PERLIT Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1146	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1147	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1148	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1149	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1150	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1151	PPCenter, Inc.	Wilmington	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1152	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1153	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1154	PRATES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1155	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1156	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1157	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1158	PTL Fleet Sales, Inc.	Wilmington	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1159	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1160	PUKU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1161	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1162	QI Exchange, LLC	Wilmington	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1163	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1164	QUELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1165	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1166	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1167	Safron NetOne Partners, L.P.	Georgetown	13	Finanzunternehmen	21,7
1168	SALIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1169	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1170	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	58,5
1171	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1172	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1173	SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1174	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1175	SATINA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1176	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1177	SCHEDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1178	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln	10	Finanzunternehmen	33,2
1179	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1180	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heiligenstadt KG	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	71,1
1181	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1182	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kleine Alexanderstraße KG	Düsseldorf	11	Sonstiges Unternehmen	95,0
1183	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1184	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1185	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1186	SEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1187	SEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1188	SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1189	SELEKTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1190	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1191	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fehrenbach KG i.L.	Düsseldorf	11	Sonstiges Unternehmen	94,7
1192	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle II KG i.L.	Düsseldorf	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1193	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf	8, 10	Finanzunternehmen	100,0
1194	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1195	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1196	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1197	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1198	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1199	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1200	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1201	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	83,8
1202	SILIGO Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1203	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1204	SIMILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1205	SOLATOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1206	SOLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1207	SOLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heizkraftwerk Halle KG i.L.	Halle/Saale	10	Sonstiges Unternehmen	30,5
1208	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1209	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1210	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1211	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1212	SPhinX, Ltd. (in voluntary liquidation)	Georgetown	10	Sonstiges Unternehmen	43,6
1213	SPINO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1214	SPLENDOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1215	STABLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1216	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1217	STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	11	Finanzunternehmen	100,0
1218	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1219	SUBU Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1220	SULPUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1221	Sunbelt Rentals Exchange Inc.	Wilmington	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1222	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1223	SUPLION Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1224	SUSA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1225	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1226	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1227	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1228	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1229	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1230	TAKIR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1231	TEBOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1232	TEMATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1233	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1234	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1235	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle I KG	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1236	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordhausen I KG	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1237	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1238	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lager Nord KG	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	25,0
1239	TIQI Exchange, LLC	Wilmington	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1240	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1241	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1242	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	10	Finanzunternehmen	50,0
1243	TRENTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1244	TRINTO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1245	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	11	Finanzunternehmen	100,0
1246	Triton Fund III G.L.P.	St. Helier	8, 10, 19	Finanzunternehmen	62,5
1247	TUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1248	TUGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1249	TYRAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1250	VARIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1251	VCJ Lease S.à r.l.	Luxemburg	8, 10	Sonstiges Unternehmen	95,0
1252	VCL Lease S.à r.l.	Luxemburg	8, 10, 20	Sonstiges Unternehmen	95,0
1253	VCM Initiatoren III GmbH & Co. KG	München	10	Finanzunternehmen	24,9
1254	VCM Partners GmbH & Co. KG	München	10	Finanzunternehmen	25,0
1255	VEXCO, LLC	Wilmington	11	Sonstiges Unternehmen	100,0
1256	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1257	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1258	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1259	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1260	Wohnungs-Verwaltungsgesellschaft Moers mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1261	Wohnungsgesellschaft HEGEMAG GmbH	Darmstadt	10	Finanzunternehmen	50,0
1262	XARUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1263	XELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1264	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1265	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1266	XERIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1267	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1268	ZAKATUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1269	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1270	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	25,0
1271	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1272	ZENO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1273	Zenwix Pty. Limited	Sydney	11	Finanzunternehmen	100,0
1274	ZEPTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1275	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1276	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1277	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1278	ZIMBEL Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1279	ZINUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1280	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1281	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1282	ZITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	50,0
1283	ZONTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1284	ZORUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1285	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1286	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Finanzunternehmen	50,0
1287	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1288	ZWEIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1289	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	10	Sonstiges Unternehmen	50,0
1290	ZYLUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	10	Finanzunternehmen	25,0

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1291	ABRAAJ Holdings	Georgetown		Finanzunternehmen	8,8
1292	Accunia A/S	Kopenhagen		Wertpapierhandelsunternehmen	9,9
1293	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin		Kreditinstitut	5,6
1294	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam		Kreditinstitut	8,5
1295	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		Kreditinstitut	8,4
1296	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		Kreditinstitut	6,3
1297	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		Kreditinstitut	8,2
1298	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		Kreditinstitut	5,6
1299	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		Kreditinstitut	8,7
1300	Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg		Kreditinstitut	8,7
1301	Cecon ASA	Arendal		Sonstiges Unternehmen	9,6
1302	China Polymetallic Mining Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	5,7
1303	Concardis GmbH	Eschborn		Zahlungsinstitut	16,8
1304	Damovo Group Holdings Limited	Camana Bay		Finanzunternehmen	16,0
1305	K.K. D&M Holdings	Kawasaki		Sonstiges Unternehmen	14,8
1306	Kenanga Investment Bank Berhad	Kuala Lumpur		Einlagenkreditinstitut	8,3
1307	Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung	Leezen		Sonstiges Unternehmen	11,0
1308	MTS S.p.A.	Rom		Sonstiges Unternehmen	5,0
1309	Philipp Holzmann Aktiengesellschaft i.l.	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	19,5
1310	Prader Bank S.p.A.	Bozen		Einlagenkreditinstitut	9,0
1311	Private Export Funding Corporation	Wilmington		Kreditinstitut	6,0
1312	PT Buana Listya Tama Tbk	Jakarta		Sonstiges Unternehmen	14,6
1313	Reorganized RFS Corporation	Wilmington		Versicherungsholding	6,2
1314	RREEF America REIT III, Inc.	Baltimore		Finanzunternehmen	7,9
1315	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		Einlagenkreditinstitut	11,8
1316	Sterling Resources Ltd.	Calgary		Finanzunternehmen	13,7
1317	The Ottoman Fund Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	13,6
1318	The Topiary Fund II Public Limited Company	Dublin		Wertpapierhandelsunternehmen	10,5
1319	TRIUVA Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Kapitalverwaltungsgesellschaft	6,0
1320	United Information Technology Co. Ltd.	Georgetown		Industrieholding	12,2
1321	Yensai.com Co., Ltd.	Tokio		Wertpapierhandelsunternehmen	7,1

Bestätigungen

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzernanhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 – geprüft.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den beigegeführten Konzernlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 15. März 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Pukropski
Wirtschaftsprüfer



Beier
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 14. März 2017



John Cryan



Kimberly Hammonds



Stuart Lewis



Sylvie Matherat



Nicolas Moreau



Garth Ritchie



Karl von Rohr



Marcus Schenck



Christian Sewing



Werner Steinmüller



Jeffrey Urwin

3

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289a, 315 Absatz 5 HGB/ Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat – 502
Rechnungslegung und Transparenz – 518
Geschäfte mit nahestehenden
Dritten – 519
Wirtschaftsprüfung und Controlling – 519
Einhaltung des Deutschen Corporate
Governance Kodex – 522

Alle in dieser Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289a, 315 Absatz 5 HGB / Corporate-Governance-Bericht enthaltenen Angaben geben den Stand vom 17. Februar 2017 wieder.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Der Vorstand der Deutsche Bank AG leitet das Unternehmen nach dem Gesetz, der Satzung der Deutsche Bank AG und seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung und im Interesse des Unternehmens. Dabei berücksichtigt er die Belange der Aktionäre, der Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder). Die Mitglieder des Vorstands führen die Geschäfte der Bank in gemeinschaftlicher Verantwortung. Der Vorstand leitet als Konzernvorstand den Deutsche Bank-Konzern nach einheitlichen Richtlinien und übt eine allgemeine Kontrolle über alle Konzerngesellschaften aus.

Der Vorstand entscheidet in allen durch Gesetz und Satzung vorgesehenen Fällen und sorgt für die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und interner Richtlinien (Compliance). Hierbei trifft er die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die entsprechenden internen Richtlinien entwickelt und implementiert werden. Die Aufgaben des Vorstands umfassen insbesondere die strategische Steuerung und Ausrichtung der Bank, Zuteilung der Ressourcen, Rechnungslegung und Finanzberichterstattung, das Kontroll- und Risikomanagement sowie die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und Kontrolle des Konzerns. Der Vorstand entscheidet über Ernennungen in der Führungsebene unterhalb des Vorstands und achtet bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Konzern auf Vielfalt (Diversity). Dabei strebt er insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an.

Der Vorstand arbeitet mit dem Aufsichtsrat vertrauensvoll und zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Er berichtet an den Aufsichtsrat mindestens in dem durch Gesetz oder Verwaltungsvorgaben vorgesehenen Rahmen, insbesondere über alle für den Konzern relevanten Fragen der Strategie, beabsichtigten Geschäftspolitik, Planung, Geschäftsentwicklung, Risikosituation, Risikosteuerung, Personalentwicklung, Reputation und Compliance.

Eine umfassende Darstellung der Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.db.com/ir/de/dokumente.htm) zur Verfügung steht.

Veränderungen im Vorstand und aktuelle Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2016

Im Geschäftsjahr 2016 gab es die folgenden Veränderungen im Vorstand: Garth Ritchie und Jeffrey Urwin wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2016, jeweils für einen Zeitraum von drei Jahren, zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Mit Wirkung zum 1. August 2016 wurden Kimberly Hammonds und Werner Steinmüller jeweils für einen Zeitraum von drei Jahren zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Nicolas Moreau wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 2016, ebenfalls für einen Zeitraum von drei Jahren, zum Mitglied des Vorstands bestellt.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 19. Mai 2016 ist Jürgen Fitschen aus dem Vorstand der Bank ausgeschieden. Quintin Price, der mit Wirkung zum 1. Januar 2016 für einen Zeitraum von drei Jahren zum Vorstandsmitglied bestellt wurde, schied zum 15. Juni 2016 aus dem Vorstand der Bank aus.

Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich Geburtsjahr, das Jahr ihrer ersten Bestellung und das Jahr, in dem ihre Bestellung endet, sowie ihrer aktuellen Position und ihres Verantwortungsbereichs laut aktuellem Geschäftsverteilungsplan. Des Weiteren sind ihre sonstigen Mandate außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns aufgeführt. Die Vorstandsmitglieder haben sich verpflichtet, außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns grundsätzlich keinen Aufsichtsratsvorsitz anzunehmen.

John Cryan

Geburtsjahr: 1960
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2020

John Cryan ist seit 1. Juli 2015 Mitglied unseres Vorstands und seit Ablauf der Hauptversammlung am 19. Mai 2016 alleiniger Vorstandsvorsitzender. Laut Geschäftsverteilungsplan verantwortet er im Vorstand unter anderem die Bereiche Communications & Corporate Social Responsibility (CSR), Group Audit, Corporate Strategy, Research und Incident & Investigation Management sowie Conflicts Office.

Er war auch zuständig für die Non-Core Operations (NCOU) bis diese Ende Dezember 2016 geschlossen wurde. Im Mai 2016 übernahm er die Leitung für das globale Regional Management und verantwortet diesen Bereich für die EMEA-Region (ohne Deutschland und Großbritannien).

John Cryan gehörte ab 2013 dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank an. Er war Vorsitzender des Prüfungsausschusses und Mitglied des Risikoausschusses. Bei seinem Amtsantritt als Co-Vorstandsvorsitzender legte er sein Aufsichtsratsmandat nieder. John Cryan war von 2012 bis 2014 Präsident Europa, Leiter Afrika, Portfoliostrategie und Kreditportfolio der Temasek Holdings Pte. Ltd., dem Staatsfonds von Singapur. Von 2008 bis 2011 war er Group Chief Financial Officer der UBS AG. Zuvor hatte er ab 1987 zahlreiche Funktionen im Corporate Finance Geschäft sowie in der Kundenbetreuung der UBS und SG Warburg in London, München und Zürich inne.

Er absolvierte zu Beginn seiner Karriere ein Trainee-Programm bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen in London. Er verfügt über einen Abschluss der University of Cambridge.

Herr Cryan ist Non-Executive Director der MAN Group Plc.

Kimberly Hammonds

Geburtsjahr: 1967
Bestellung: 2016
Bestellt bis: 2019

Kimberly Hammonds ist seit 1. August 2016 Mitglied unseres Vorstands. Sie ist unser Chief Operating Officer & Group Chief Information Officer und in dieser Funktion verantwortlich für Technologie und Operations, Informationssicherheit, Datenmanagement, digitale Transformation und Corporate Services.

Kimberly Hammonds trat 2013 in die Deutsche Bank als Global Chief Information Officer und Global Co-Head of Group Technology & Operations ein. Sie war von 2008 bis 2013 bei Boeing, zuletzt als Chief Information Officer (CIO). Vor Ihrer Tätigkeit bei Boeing hatte sie zahlreiche Leitungsfunktionen bei Dell und der Ford Motor Company in den Bereichen Marketing und Informationssicherheit inne.

Sie hat einen MBA-Abschluss der Western Michigan University und einen Abschluss in Maschinenbau der University of Michigan, USA.

Frau Hammonds ist Mitglied im Board of Directors der Red Hat Inc., USA.

Stuart Lewis

Geburtsjahr: 1965
Erste Bestellung: 2012
Bestellt bis: 2020

Stuart Lewis wurde am 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Risk Officer und in dieser Funktion unter anderem verantwortlich für die Bereiche Credit Risk, Operational Risk, Market Risk und Liquidity Risk sowie für weitere Risk-Infrastruktureinheiten.

Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1996. Vor seiner jetzigen Position war Herr Lewis seit 2010 Deputy Chief Risk Officer und Chief Risk Officer der Corporate & Investment Bank. Davor war er seit 2006 als Chief Credit Officer tätig. Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank im Jahr 1996 arbeitete Herr Lewis bei Credit Suisse und Continental Illinois National Bank in London.

Er studierte an der Universität von Dundee, wo er einen LLB (Hons) erwarb. Sein Studium an der London School of Economics schloss er mit einem LLM ab. Zudem studierte er am College of Law, Guildford.

Herr Lewis war Mitglied im Board of Directors der London Stock Exchange Group Plc bis 27. April 2016.

Sylvie Matherat

Geburtsjahr: 1962
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2018

Sylvie Matherat ist seit 1. November 2015 Mitglied unseres Vorstands. Sie ist unser Chief Regulatory Officer und in dieser Funktion verantwortlich für die Bereiche Compliance, Anti-Financial Crime (AFC), Regulatory Affairs, and Government & Public Affairs.

Frau Matherat war vor ihrer jetzigen Position bei der Banque de France tätig, wo sie als Deputy Director General für Themen der Regulierung und Finanzstabilität, die Zahlungsverkehrs- und Abwicklungsinfrastruktur, Bankdienstleistungen sowie das Target 2 Securities Projekt verantwortlich war. Zuvor hatte Frau Matherat verschiedene Funktionen in der Bankenaufsicht und in der Privatwirtschaft inne.

Sie studierte am Institut d'Etudes Politique de Paris, Frankreich, Öffentliches Recht und Finanzwissenschaft und hat einen Master-Abschluss in Recht und Politikwissenschaft. 2014 wurde Frau Matherat mit der Mitgliedschaft in der Legion d'Honneur ausgezeichnet.

Frau Matherat hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Nicolas Moreau

Geburtsjahr: 1965
Erste Bestellung: 2016
Bestellt bis: 2019

Nicolas Moreau ist seit 1. Oktober 2016 Mitglied des Vorstands. Er ist unser Head of Deutsche Asset Management.

Herr Moreau war Chairman und Vorstandsvorsitzender von AXA Frankreich und Mitglied der AXA Konzernleitung sowie Vice Chairman des Investmentkomitees des Konzerns. Er arbeitete 25 Jahre im AXA Konzern und hatte während dieser Zeit verschiedene Positionen inne. Unter anderem war er Vorstandsvorsitzender von AXA Investment Managers und Vorstandsvorsitzender von AXA Großbritannien & Irland.

Er studierte an der École Polytechnique in Paris und hat einen Master-Abschluss als Ingenieur. Herr Moreau ist geprüfter Versicherungsmathematiker. 2015 wurde er mit der Mitgliedschaft in der Legion d'Honneur ausgezeichnet.

Herr Moreau hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Garth Ritchie

Geburtsjahr: 1968
Erste Bestellung: 2016
Bestellt bis: 2018

Garth Ritchie ist seit 1. Januar 2016 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Head of Global Markets und ist Regional CEO für Großbritannien & Irland.

Herr Ritchie trat 1996 in die Deutsche Bank ein und war seit 2010 Head of Equities in Corporate Banking & Securities. Über mehr als zwei Jahrzehnte hatte er verschiedene Positionen im Bereich Handel und Derivate inne.

Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank war Herr Ritchie bei Fergusson Brothers und bei der First National Bank of South Africa tätig.

Er hat einen Abschluss als Bachelor of Commerce in Finance and Economics der University of Port Elizabeth (Südafrika).

Herr Ritchie hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Karl von Rohr

Geburtsjahr: 1965
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2018

Karl von Rohr ist seit 1. November 2015 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Administrative Officer und in dieser Funktion verantwortlich für die Bereiche Legal, Global Governance sowie Human Resources. Seit 2016 ist er auch für die Koordination der Regional Management COO Organisation zuständig.

Herr von Rohr begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1997. Von 2013 bis 2015 war er Global Chief Operating Officer, Regional Management. Zuvor war er Leiter Personal (Human Resources) der Deutschen Bank in Deutschland und Vorstandsmitglied der Deutsche Bank PGK AG. Im Verlauf seiner Tätigkeit bei der Deutschen Bank hatte er verschiedene Leitungsfunktionen in anderen Unternehmensbereichen in Deutschland und Belgien inne.

Er hat Rechtswissenschaften an den Universitäten Bonn, Kiel und Lausanne und an der Cornell University (USA) studiert.

Herr von Rohr ist seit 24. Juni 2016 Mitglied in den folgenden Aufsichtsräten: BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. und BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V..

Dr. Marcus Schenck

Geburtsjahr: 1965
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2018

Dr. Marcus Schenck ist seit 21. Mai 2015 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Financial Officer und in dieser Funktion unter anderem verantwortlich für die Bereiche Finance, Group Tax, Group Treasury sowie Corporate M&A und Corporate Investments seit Januar 2017.

Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank im Januar 2015 war er als Partner und Head of Investment Banking Services für die Region Europa, Mittlerer Osten und Afrika bei Goldman Sachs tätig. In dieser Zeit war er auch Mitglied des Operating Committee der Investment Banking Division von Goldman Sachs. Von 2006 bis 2013 arbeitete Herr Dr. Schenck als Finanzvorstand der E.ON SE. Von 1997 bis 2006 hatte er verschiedene leitende Funktionen bei Goldman Sachs in Frankfurt inne. Zuvor war er als Berater bei McKinsey & Company tätig.

Er hat einen Abschluss als Diplom-Volkswirt der Universität Bonn und promovierte in Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln.

Herr Dr. Schenck hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Christian Sewing

Geburtsjahr: 1970
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2017

Christian Sewing wurde am 1. Januar 2015 Mitglied unseres Vorstands. Seit Januar 2016 ist er unser Head of Private, Wealth & Commercial Clients. Zudem ist er Regional CEO für Deutschland. Von Januar bis Juni 2015 war er im Vorstand für Legal, Incident Management Group und Group Audit verantwortlich, danach übernahm er die Zuständigkeit für Private & Business Clients.

Vor seiner Ernennung zum Vorstandsmitglied war Herr Sewing Global Head of Group Audit und davor hatte er diverse Positionen in Risk inne, einschließlich des Deputy Chief Risk Officer (von 2012 bis 2013) und Chief Credit Officer der Bank (von 2010 bis 2012).

Von 2005 bis 2007 war Herr Sewing Mitglied des Vorstands der Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank.

Vor seinem berufsbegleitenden Studium an der Bankakademie Bielefeld und Hamburg absolvierte er 1989 eine Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Deutschen Bank.

Herr Sewing hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Werner Steinmüller

Geburtsjahr: 1954
Erste Bestellung: 2016
Bestellt bis: 2019

Werner Steinmüller ist seit 1. August 2016 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Regional CEO für Asien.

Herr Steinmüller trat 1991 in die Deutsche Bank ein. Von 2004 bis 2016 war Herr Steinmüller Leiter des Global Transaction Bankings. Von 2003 bis 2004 war er Chief Operating Officer (COO) für das Global Transaction Banking, von 1998 bis 2003 war er Leiter Global Banking Division Europe und von 1996 bis 1998 war er Co-Leiter des Corporate Finance-Geschäfts in Deutschland.

Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank war er von 1979 bis 1991 bei der Citibank tätig.

Er hat einen Abschluss als Diplom Wirtschaftsingenieur der TU Darmstadt.

Herr Steinmüller hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Jeffrey Urwin

Geburtsjahr: 1956
Erste Bestellung: 2016
Bestellt bis: 2018

Jeffrey Urwin ist seit 1. Januar 2016 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Head of Corporate & Investment Banking und ist als Mitglied des Vorstands verantwortlich für Amerika.

Herr Urwin kam 2015 als Co-Head of Corporate Banking & Securities und Head of Corporate Finance zur Deutschen Bank.

Zuvor war er bei JP Morgan tätig, zuletzt als Global Co-Head of Treasury Services, Corporate Banking and Investment Banking. Während seiner Laufbahn bei JP Morgan war er Chairman and CEO of JP Morgan Asia, Head of Global Investment Banking, Co-Head of North American Investment Banking und Head of Americas Investment Banking Coverage. Er kam in Folge der Übernahme von Bear Stearns Inc. zu JP Morgan.

Er verfügt über einen LLB Law Abschluss der University of Birmingham (UK) und ist Rechtsanwalt.

Herr Urwin hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Er arbeitet mit dem Vorstand vertrauensvoll und zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Der Aufsichtsrat entscheidet auf Vorschlag des Präsidialausschusses unter entsprechender Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses über die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung im Vorstand. Der Aufsichtsrat setzt auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die jeweilige Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand und überprüft es regelmäßig.

Der Aufsichtsrat wird vom Vorstand mindestens in dem durch Gesetz oder Verwaltungsvorgaben vorgesehenen Rahmen unterrichtet, insbesondere über alle für den Konzern relevanten Fragen der Strategie, beabsichtigten Geschäftspolitik, Planung, Geschäftsentwicklung, Risikosituation, Risikosteuerung, Personalentwicklung, Reputation und Compliance. Ferner wird er vom Vorstand regelmäßig, bei besonders schwerwiegenden Mängeln unverzüglich, über die von der Internen Revision festgestellten schwerwiegenden und noch nicht behobenen wesentlichen Mängel informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende wird zudem über schwerwiegende Feststellungen gegen Vorstandsmitglieder unterrichtet. In Ergänzung bereits bestehender Berichterstattungsgrundsätze hat der Aufsichtsrat in Abstimmung mit dem Vorstand eine Informationsordnung beschlossen, mit detaillierten Vorgaben hinsichtlich der Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat sowie Regelungen bezüglich Anfragen des Aufsichtsrats an den Vorstand.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hat eine entscheidende Führungsrolle in Bezug auf die ordnungsgemäße Arbeitsweise des Aufsichtsrats. Er hat die Kompetenz, interne Richtlinien und Prinzipien für die interne Organisation und Kommunikation des Aufsichtsrats, die Koordination der Arbeit innerhalb des Aufsichtsrats sowie dessen Interaktion mit dem Vorstand zu erlassen. Der Aufsichtsratsvorsitzende und, soweit zweckmäßig, die Vorsitzenden der Aufsichtsratsausschüsse, halten zwischen den Sitzungen mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und beraten mit ihm Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements, der Governance, der Compliance und wesentlicher Rechtsfälle des Deutsche Bank Konzerns. Er und innerhalb ihrer Zuständigkeit die Vorsitzenden der Aufsichtsratsausschüsse werden über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung der Deutsche Bank Konzerns von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch den Vorsitzenden des Vorstands informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende führt mit Investoren Gespräche über aufsichtsratspezifische Themen und informiert den Aufsichtsrat regelmäßig über deren Inhalt.

Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in § 13 unserer Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat sowie ein Ausschuss kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach seinem pflichtgemäßen Ermessen und soweit es sachlich geboten ist, Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, die Vorsitzenden seiner Ausschüsse und die Aufsichtsratsmitglieder werden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch das vom Vorstand unabhängige Aufsichtsratsbüro unterstützt.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden insgesamt 82 Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse statt. Wie in den Vorjahren wurden zu Themen, die für mehrere Ausschüsse relevant sind, gemeinsame Sitzungen durchgeführt.

Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.db.com/ir/de/dokumente.htm) veröffentlicht ist.

Mitglieder des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG umfasst 20 Mitglieder. Er ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz zu gleichen Teilen mit Aktionärsvertretern und Arbeitnehmervertretern besetzt.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden auf der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 gewählt. Abweichend davon wurden Dr. Paul Achleitner, Peter Löscher und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler durch die Hauptversammlung am 31. Mai 2012 gewählt. Louise M. Parent wurde durch die Hauptversammlung am 21. Mai 2015, und Katherine Garrett-Cox sowie Richard Meddings wurden jeweils durch die Hauptversammlung am 19. Mai 2016 in den Aufsichtsrat gewählt. Prof. Dr. Stefan Simon wurde am 23. August 2016 gerichtlich bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2017 zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt. Er ersetzt Georg Thoma, der am 28. Mai 2016 als Anteilseignervertreter aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist.

Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 16. April 2013. Abweichend davon wurde Jan Duscheck am 2. August 2016 gerichtlich zum Mitglied des Aufsichtsrats bis zur nächsten Wahl der Arbeitnehmervertreter bestellt. Er ersetzt Rudolf Stockem, der am 31. Juli 2016 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist. Alfred Herling schied am 31. Dezember 2016 als Arbeitnehmervertreter aus dem Aufsichtsrat aus, der bis zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats war. Er wurde für den Rest seiner Amtszeit im Aufsichtsrat durch das für ihn gewählte Ersatzmitglied, Stefan Rudschäfski, ersetzt, den der Aufsichtsrat mit Wirkung vom 1. Januar 2017 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats wählte.

Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind ihr Geburtsjahr, das Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, das Jahr, in dem ihr Mandat beziehungsweise ihre Bestellung endet, ihre Haupttätigkeit, ihre Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstige Mandate. Die Arbeitnehmervertreter sind durch * kenntlich gemacht.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Dr. Paul Achleitner Geburtsjahr: 1956 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, Frankfurt	Bayer AG; Daimler AG; Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses)
Wolfgang Böhr* Geburtsjahr: 1963 Als Ersatzmitglied nachgerückt: 2015 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Betriebsrats der Deutschen Bank, Düsseldorf; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank	Betriebskrankenkasse Deutsche Bank AG (Mitglied des Verwaltungsrats)
Frank Bsirske* Geburtsdatum: 1952 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin	RWE AG (stellv. Vorsitzender); Deutsche Postbank AG (stellv. Vorsitzender); IBM Central Holding GmbH; Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) (Mitglied des Verwaltungsrats); innogy SE (stellv. Vorsitzender) (seit Juli 2016)
Dina Dublon Geburtsjahr: 1953 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018		Accenture Plc (bis Februar 2017); PepsiCo Inc.
Jan Duscheck* Geburtsjahr: 1984 Gerichtlich bestellt: 2016 Bestellt bis: 2018	Bundesfachgruppenleiter Bankgewerbe, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Katherine Garrett-Cox Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2011 Gewählt bis: 2021	Chief Executive Officer Alliance Trust Plc (bis Februar 2016), Dundee	Alliance Trust Savings Ltd. (Executive Chairperson) (bis Januar 2016); Alliance Trust Investments (Chief Executive) (bis Februar 2016)
Timo Heider* Geburtsjahr: 1975 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutsche Postbank AG; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der BHW Kreditservice GmbH; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der BHW Bausparkasse AG/ Postbank Finanzberatung AG; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats der Deutschen Bank	Deutsche Postbank AG; BHW Bausparkasse AG (stellv. Vorsitzender); Pensionskasse der BHW Bausparkasse AG VVaG (stellv. Vorsitzender)
Sabine Irrgang* Geburtsjahr: 1962 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Personalleiterin Baden-Württemberg, Deutsche Bank AG	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Prof. Dr. Henning Kagermann Geburtsjahr: 1947 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2018	Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, München	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Deutsche Post AG; BMW Bayerische Motoren Werke AG
Martina Klee* Geburtsjahr: 1962 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Betriebsrats Group COO Eschborn/Frankfurt der Deutschen Bank	Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank VVaG
Peter Löscher Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017	Vorsitzender des Aufsichtsrats der OMV AG, Wien (seit Mai 2016)	Renova Management AG (Chief Executive Officer) (bis April 2016); TBG AG (bis April 2016); OMV AG (Vorsitzender) (seit Mai 2016); Sulzer AG (Präsident des Verwaltungsrats); Telefonica S.A. (seit April 2016)
Henriette Mark* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Richard Meddings Geburtsjahr: 1958 Gerichtlich bestellt: 2015 Gewählt bis: 2021		HM Treasury Board; Legal & General Group Plc
Louise M. Parent Geburtsjahr: 1950 Gerichtlich bestellt: 2014 Gewählt bis: 2018	Rechtsanwältin (Of Counsel), Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP, New York	Zoetis Inc.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Gabriele Platscher* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. (stellv. Vorsitzende); BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V. (stellv. Vorsitzende); BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (stellv. Vorsitzende)
Bernd Rose* Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Postbank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats der Deutschen Bank	Deutsche Postbank AG; Postbank Filialvertrieb AG; ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft (stellv. Vorsitzender)
Stefan Rudschäfski* Geburtsjahr: 1965 Als Ersatzmitglied nachgerückt: 2017 Gewählt bis: 2018	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG (seit Januar 2017); Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutsche Bank; Stellvertretender Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutsche Bank; Betriebsratsvorsitzender Deutsche Bank, Hamburg	Betriebskrankenkasse Deutsche Bank AG (Mitglied des Verwaltungsrats)
Prof. Dr. Stefan Simon Geburtsjahr: 1969 Gerichtlich bestellt: 2016 Bestellt bis: 2017	Gesellschafter und Geschäftsführer der SIMON GmbH, Köln	Leop. Krawinkel GmbH & Co KG (Mitglied des Beirats)
Dr. Johannes Teysen Geburtsjahr: 1959 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Vorstands der E.ON SE, Düsseldorf	Uniper SE (stellv. Vorsitzender) (seit April 2016)
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler Geburtsjahr: 1948 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017		Sartorius AG; Wuppermann AG (Vorsitzender); Zwiesel Kristallglas AG (Vorsitzender); Wilh. Werhahn KG

* Arbeitnehmervertreter

Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats und Stand der Umsetzung

Nach dem Kreditwesengesetz müssen die Mitglieder des Aufsichtsrats zuverlässig sein, die zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das Unternehmen betreibt, erforderliche Sachkunde besitzen und der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend Zeit widmen. Der Aufsichtsrat hat unter Berücksichtigung dieser Anforderungen gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex im Oktober 2010 die nachfolgenden Ziele für seine Zusammensetzung festgelegt und zuletzt im Februar 2017 angepasst.

Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie des Prüfungsausschusses müssen jeweils in ihrer Gesamtheit mit dem Banksektor vertraut sein. Insbesondere sollen die Aufsichtsratsmitglieder für die Wahrnehmung des Mandats ausreichend Zeit haben. Die Besetzung des Aufsichtsrats soll eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands in einer international tätigen, breit aufgestellten Bank durch den Aufsichtsrat sicherstellen und das Ansehen des Deutsche Bank-Konzerns in der Öffentlichkeit wahren. Dabei soll insbesondere auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit der zur Wahl vorgeschlagenen Personen geachtet werden. Ziel ist es, dass im Aufsichtsrat insgesamt sämtliche Kenntnisse und Erfahrungen vorhanden sind, die angesichts der Aktivitäten des Deutsche Bank-Konzerns als wesentlich erachtet werden.

Dem Aufsichtsrat sollen ferner eine angemessene Anzahl an unabhängigen Mitgliedern und nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG angehören. Unter der Prämisse, dass allein die Ausübung des Aufsichtsratsmandats als Arbeitnehmervertreter keine Zweifel an der Erfüllung der Unabhängigkeitskriterien nach Ziffer 5.4.2 des Kodex begründen kann, sollen dem Aufsichtsrat insgesamt mindestens sechzehn Mitglieder angehören, die unabhängig im Sinne des Kodex sind. Der Aufsichtsrat soll so zusammengesetzt sein, dass eine Anzahl von min-

destens sechs unabhängigen Anteilseignervertretern im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Kodex erreicht wird. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds sollen zur Beendigung des Mandats führen. Mitglieder des Aufsichtsrats dürfen nicht mehr als die gemäß § 25d KWG zulässige Zahl an Aufsichtsratsmandaten beziehungsweise Mandaten in Aufsichtsgremien von Gesellschaften, die vergleichbare Anforderungen stellen, wahrnehmen.

Es besteht eine Regelaltersgrenze von 70 Jahren. In begründeten Einzelfällen kann ein Aufsichtsratsmitglied für einen Zeitraum gewählt beziehungsweise bestellt werden, der längstens bis zur Beendigung der vierten ordentlichen Hauptversammlung reicht, die nach Vollendung seines 70. Lebensjahres stattfindet. Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlungen wurde diese Altersgrenze berücksichtigt und soll auch bei den nächsten Aufsichtsratswahlen beziehungsweise der Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen Berücksichtigung finden. Der Aufsichtsrat hat im Oktober 2015 beschlossen, dass die Zugehörigkeitsdauer der einzelnen Mitglieder zum Aufsichtsrat für ab diesem Zeitpunkt zu wählende beziehungsweise zu bestellende Mitglieder im Regelfall 15 Jahre nicht überschreiten soll.

Der Aufsichtsrat achtet auf Vielfalt bei der Besetzung des Aufsichtsrats. Mit Blick auf die internationale Ausrichtung der Deutschen Bank soll darauf geachtet werden, dass dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an Mitgliedern mit einer langjährigen internationalen Erfahrung angehört. Derzeit haben vier Mitglieder des Aufsichtsrats ihren beruflichen und privaten Mittelpunkt im Ausland. Darüber hinaus verfügen alle Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats aufgrund ihrer derzeitigen oder ehemaligen Tätigkeit als Vorstand/CEO oder einer vergleichbaren leitenden Funktion in international tätigen Unternehmen oder Organisationen über langjährige internationale Erfahrung. Nach Auffassung des Aufsichtsrats wird der internationalen Tätigkeit des Unternehmens auf beiden Wegen hinreichend Rechnung getragen. Es ist das Ziel, das derzeit bestehende internationale Profil beizubehalten.

Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung beachtet der Aufsichtsrat die Empfehlungen des Nominierungsausschusses und gesetzliche Vorgaben, wonach sich der Aufsichtsrat zu mindestens 30 % aus Frauen und zu mindestens 30 % aus Männern zusammensetzen hat. Bereits seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2008 wurde auf eine angemessene Beteiligung von Frauen im Auswahlprozess besonders Wert gelegt. Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen wiederum qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Dem Aufsichtsrat gehören bereits seit vielen Jahren zu mehr als 30 % Frauen an und seit 2013 besteht auch die Seite der Anteilseignervertreter zu 30 % aus Frauen. Aktuell gehören dem Aufsichtsrat sieben Frauen an, dies entspricht insgesamt 35 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diese Anzahl zu wahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann.

Nach Auffassung des Aufsichtsrats erfüllt dieser die für seine Zusammensetzung benannten konkreten Ziele. Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Einige Mitglieder des Aufsichtsrats sind oder waren im vergangenen Jahr in hochrangiger Position bei anderen Unternehmen, mit denen die Deutsche Bank in Geschäftsbeziehungen steht, tätig. Geschäfte der Deutschen Bank mit diesen Unternehmen erfolgen dabei zu Bedingungen wie unter fremden Dritten. Diese Transaktionen berühren nach unserer Ansicht die Unabhängigkeit der betroffenen Mitglieder des Aufsichtsrats nicht.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden sieben ständigen Ausschüsse eingerichtet. Soweit erforderlich, koordinieren die Ausschüsse ihre Tätigkeit und stimmen sich anlassbezogen ab. Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats im Geschäftsbericht 2016.

Präsidialausschuss: Er ist insbesondere zuständig für die Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsrats und Erledigung laufender Angelegenheiten zwischen den Sitzungen des Aufsichtsrats, die Vorbereitung von Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung im Vorstand unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses, den Abschluss, Änderung und Beendigung der Anstellungs- und Pensionsverträge unter Beachtung der alleinigen Entscheidungszuständigkeit des Aufsichtsratsplenums zu den Bezügen der Vorstandsmitglieder, die Kenntnisnahme von und gegebenenfalls Stellungnahme zu Verträgen und/oder Änderungen von Verträgen der für eine Vorstandsposition designierten Generalbevollmächtigten der Deutsche Bank AG, für die Vornahme sonstiger Rechtsgeschäfte gegenüber aktiven und ehemaligen Vorstandsmitgliedern nach § 112 AktG sowie für die Zustimmung zur Übernahme von Mandaten, Ehrenämtern oder Sonderaufgaben außerhalb des Konzerns durch einzelne Mitglieder des Vorstands. Der Präsidialausschuss ist ferner zuständig für die Zustimmung zur Herausgabe von vertraulichen internen Daten eines Vorstandsmitglieds in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Vorstands und/oder dem Chief Risk Officer, soweit diese keinen Interessenkonflikten unterliegen, für die Zustimmung zu Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG, für die Vorbereitung von Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance, für Entscheidungen anstelle des Aufsichtsrats über eine Anpassung der jährlichen Entsprechenserklärung an geänderte tatsächliche Verhältnisse sowie Prüfung der Einhaltung der Entsprechenserklärung. Zu seinen Aufgaben gehören darüber hinaus die Kenntnisnahme und gegebenenfalls Stellungnahme zu den Kosten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse für die Inanspruchnahme von Wirtschaftsprüfern, Sachverständigen, Gutachtern, Rechts- und sonstigen externen Beratern sowie die Vorbereitung der Empfehlungen für Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Verfolgung von Ersatzansprüchen oder die Ergreifung sonstiger Maßnahmen gegenüber amtierenden oder ehemaligen Mitgliedern des Vorstands. Bei Bedarf greift der Präsidialausschuss auf die Expertise des Vorsitzenden des Integritätsausschusses zurück.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden 23 Sitzungen des Präsidialausschusses, davon eine gemeinsam mit dem Vergütungskontrollausschuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske, Prof. Dr. Henning Kagermann und Stefan Rudschäfski.

Nominierungsausschuss: Er ist insbesondere zuständig für die Unterstützung des Aufsichtsrats bei der Ermittlung von Kandidaten für die Besetzung einer Stelle im Vorstand der Bank. Hierbei berücksichtigt der Ausschuss die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Vorstands, entwirft eine Stellenbeschreibung mit Kandidatenprofil und gibt den erwarteten Zeitaufwand an. Er ist ferner insbesondere zuständig für die Erarbeitung einer Zielsetzung zur Förderung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie einer Strategie zu deren Erreichung und der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats und spricht dem Aufsichtsrat gegenüber diesbezügliche Empfehlungen aus. Der Nominierungsausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen, sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder und der Mitglieder des Aufsichtsrats als auch des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit sowie bei der Überprüfung der Grundsätze des Vorstands für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene und bei diesbezüglichen Empfehlungen an den Vorstand. Die Vertreter der Anteilseigner im Nominierungsausschuss bereiten die Vorschläge des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Dabei orientieren sie sich an den vom Aufsichtsrat benannten Kriterien für die Zusammensetzung und berücksichtigen die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Aufsichtsrats, entwerfen eine Stellenbeschreibung mit Bewerberprofil und geben den erwarteten Zeitaufwand an.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden sechs Sitzungen des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske, Prof. Dr. Henning Kagermann, Stefan Rudschäfski und Dr. Johannes Teysen.

Prüfungsausschuss: Er unterstützt den Aufsichtsrat insbesondere bei der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und kann dem Aufsichtsrat auch Empfehlungen oder Vorschläge zur Gewährleistung der Integrität des Rechnungslegungsprozesses unterbreiten. Darüber hinaus unterstützt der Prüfungsausschuss den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der Internen Revision, der Durchführung der Abschlussprüfung, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen, sowie der zügigen Behebung der bei internen und externen Prüfungen vom Prüfer und bankinternen Kontrollfunktionen festgestellten Mängel durch den Vorstand mittels geeigneter Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf Schwächen der Risikokontrolle, Nichteinhaltung von Richtlinien, Gesetzen und regulatorischen Vorgaben. Der Ausschuss ist berechtigt, alle Geschäftsunterlagen der Bank einschließlich der auf Datenträger gespeicherten Geschäftsinformationen zu prüfen. Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer. Zudem unterbreitet der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsrat Vorschläge für die Bestellung des Abschlussprüfers und bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers vor. Der Prüfungsausschuss berät den Aufsichtsrat hinsichtlich der Erteilung des Prüfungsauftrags an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer, unterbreitet Vorschläge an den Aufsichtsrat für die Höhe der Vergütung des Abschlussprüfers und kann Prüfungsschwerpunkte festlegen. Er unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz des Abschlussprüfers sowie der Rotation der Mitglieder des Prüfungsteams. Aufträge für nicht prüfungsnaher Dienstleistungen an den Abschlussprüfer oder Gesellschaften, mit denen dieser rechtlich, wirtschaftlich oder personell verbunden ist, bedürfen der vorherigen Zustimmung durch den Prüfungsausschuss (siehe dazu auch „Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen“ ab Seite 520 der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht). Der Prüfungsausschuss legt Richtlinien für die Anstellung von Mitarbeitern, auch ehemaligen, des Abschlussprüfers bei der Gesellschaft fest. Er lässt sich regelmäßig über die Arbeit der Internen Revision, die Wirksamkeit des internen Revisionssystems und insbesondere über ihre Prüfungsschwerpunkte und Prüfungsergebnisse berichten. Über Sonderprüfungen, erhebliche Beanstandungen und sonstige außergewöhnliche Maßnahmen deutscher und ausländischer Bankaufsichtsbehörden wird der Ausschuss vom Vorstand unterrichtet. Der Ausschuss lässt sich regelmäßig über die Entgegennahme und die Behandlung von Hinweisen von Mitarbeitern der Bank und ihrer Konzerngesellschaften, Aktionären der Deutsche Bank AG sowie Dritten berichten. Insbesondere Hinweise über das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung, die Abschlussprüfung und sonstige bilanzierungsbezogenen Angelegenheiten werden dem Ausschuss unverzüglich vorgelegt. In den Sitzungen des Ausschusses wird regelmäßig über Fragen der Compliance berichtet. Der Vorsitzende des Ausschusses ist neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats berechtigt, Auskünfte direkt beim Leiter der Compliance-Abteilung einzuholen. Der Prüfungsausschuss ist zuständig für die Kenntnisnahme von Mitteilungen über wesentliche Kürzungen des Compliance-Budgets und für die Entgegennahme und Behandlung des Berichts des Leiters der Compliance-Abteilung über die Angemessenheit und Wirksamkeit der Grundsätze, Mittel und Verfahren nach § 33 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 WpHG (Compliance-Bericht), der mindestens einmal jährlich erfolgt. Darüber hinaus ist der Ausschuss berechtigt, über seinen Vorsitzenden im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit Auskünfte vom Abschlussprüfer, vom Vorstand, vom Leiter der Internen Revision sowie - mit vorheriger Zustimmung des Vorstands – leitenden Angestellten der Bank, die dem Vorstand unmittelbar berichten, einzuholen.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden vierzehn Sitzungen des Prüfungsausschusses, davon drei gemeinsam mit dem Risiko-ausschuss und eine gemeinsam mit dem Integritätsausschuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Richard Meddings (Vorsitzender), Dr. Paul Achleitner, Katherine Garrett-Cox, Henriette Mark, Gabriele Platscher, Bernd Rose und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler.

Risikoausschuss: Er berät den Aufsichtsrat insbesondere in allen Fragen bezüglich der Gesamtrisikobereitschaft und der Risikostrategie und überwacht die Implementierung der erklärten Risikobereitschaft und -strategie durch die obere Leitungsebene. Der Risikoausschuss überwacht die wesentlichen Aspekte der Rating- und Bewertungsverfahren. Im Rahmen dieser Verantwortung lässt er sich dazu vom Vorstand über die Funktionsweise der Ratingsysteme der Bank sowie die wesentlichen Änderungen an oder Abweichungen von etablierten Richtlinien berichten, welche erhebliche Auswirkungen auf die Funktionsweise der Ratingsysteme der Bank haben werden. Der Risikoausschuss erhält vom Vorstand Berichte, anhand derer er überwachen kann, ob die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank in Einklang stehen. Soweit dies nicht der Fall ist, verlangt der Risikoausschuss vom Vorstand Vorschläge, wie die Konditionen im Kundengeschäft in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur ausgestaltet werden können, und überwacht deren Umsetzung. Der Risikoausschuss prüft, ob die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Darüber hinaus nimmt der Risikoausschuss alle ihm durch Gesetz oder Aufsichtsbehörden zugewiesenen Aufgaben wahr. Er ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Hierbei entscheidet er unter anderem über Beteiligungserwerbe im Sinne von § 13 (1) d) der Satzung der Deutsche Bank AG, sofern der Wert der Beteiligung 3 % des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigt und es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. Wird diese Frist überschritten, unterrichtet der Vorsitzende des Ausschusses den Aufsichtsrat unverzüglich und holt seine Genehmigung ein. Der Risikoausschuss bestimmt Art, Umfang, Format und Häufigkeit der vom Vorstand vorzulegenden Informationen zu Strategien und Risiken. Der Vorsitzende des Risikoausschusses ist berechtigt, im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit unmittelbar Auskünfte vom Vorstand und vom Leiter der Internen Revision einzuholen. In den Sitzungen des Risiko-ausschusses berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Dem Ausschuss wird ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind, berichtet (zur Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik der einzelnen Risikokategorien siehe auch Risikobericht ab Seite 100 im Finanzbericht).

Im Geschäftsjahr 2016 fanden vierzehn Sitzungen des Risikoausschusses, davon vier gemeinsam mit dem Vergütungskontrollausschuss, drei gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss und eine gemeinsam mit dem Integritätsaus-schuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dina Dublon (Vorsitzende), Dr. Paul Achleitner, Wolfgang Böhr, Richard Meddings und Louise M. Parent.

Integritätsausschuss: Er berät und überwacht den Vorstand fortlaufend im Hinblick darauf, ob die Geschäftsleitung einer wirtschaftlich tragfähigen und nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens nachkommt und unter Beachtung der Grundsätze guter und verantwortungsvoller Unternehmensleitung sowie unter Wahrnehmung der sozialen Verantwortung des Unternehmens und gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen der Umwelt erfolgt (Environment Social Governance – ESG) und, ob die betriebswirtschaftliche Unternehmensführung an diesen Werten mit dem Ziel einer ganzheitlichen Unternehmenskultur ausgerichtet ist. Der Integritätsausschuss überwacht die Maßnahmen des Vorstands, mit denen die Einhaltung von Rechtsvorschriften und behördlichen Regelungen sowie unternehmensinternen Richtlinien durch das Unternehmen sichergestellt wird (präventive Compliance-Kontrolle). Er überprüft regelmäßig die Ethik- und Verhaltenskodizes der Bank, um ein in jeder Hinsicht vorbildliches Verhalten der Mitarbeiter des Unternehmens innerhalb und außerhalb des Unternehmens zu fördern, das nicht allein an der formalen Einhaltung von Rechtsvorschriften ausgerichtet ist. Auf Anforderung unterstützt der Integritätsausschuss den Risikoausschuss bei der Überwachung und der Analyse der für die Bank wesentlichen Rechts- und Reputationsrisiken. Zu diesem Zweck berät er den Vorstand, wie auf die Bedeutung derartiger Risiken aufmerksam zu machen ist. Er unterstützt auf Anforderung den Präsidialausschuss bei der Vorbereitung der Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Verfolgung von Ersatzansprüchen oder die Ergreifung sonstiger Maßnahmen gegenüber amtierenden oder ehemaligen Mitgliedern des Vorstands und vertritt diese durch seinen Vorsitzenden im Präsidialausschuss. Ferner führt und überwacht der Integritätsausschuss die vom Aufsichtsrat beschlossene Liste der Rechtsfälle, die vom Aufsichtsrat besonders begleitet werden.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden zwölf Sitzungen des Integritätsausschusses, davon eine gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss und eine gemeinsam mit dem Risikoausschuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Integritätsausschusses sind Louise M. Parent (Vorsitzende), Dr. Johannes Teysen (Vizevorsitzender), Dr. Paul Achleitner, Sabine Irrgang, Timo Heider, Martina Klee und Peter Löscher.

Vergütungskontrollausschuss: Er unterstützt den Aufsichtsrat bei der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitglieder des Vorstands und überwacht die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter und insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoportfolio des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter des Unternehmens; die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement sind durch ihn zu bewerten, wobei sicherzustellen ist, dass die Vergütungssysteme an der auf die nachhaltige Entwicklung der Bank gerichteten Geschäftsstrategie und an den daraus abgeleiteten Risikostrategien sowie an der Vergütungsstrategie auf Instituts- und Gruppenebene ausgerichtet sind. Er bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Vorstandsmitglieder vor und berücksichtigt dabei besonders die Auswirkungen der Beschlüsse auf die Risiken und das Risikomanagement des Unternehmens; den langfristigen Interessen von Anteilseignern, Anlegern, sonstigen Beteiligten und dem öffentlichen Interesse ist Rechnung zu tragen. Er bereitet außerdem die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen im Sinne des § 45 Abs. 2 Satz 1 Nummer 5a KWG unter Berücksichtigung des § 7 InstVV sowie zur Festlegung von angemessenen Vergütungsparametern, von Erfolgsbeiträgen, der Leistungs- und Zurückbehaltungszeiträume und der Voraussetzungen für einen vollständigen Verlust oder eine teilweise Reduzierung der variablen Vergütung vor und überprüft regelmäßig, mindestens jedoch jährlich, ob die beschlossenen Festlegungen noch angemessen sind. Ferner überprüft der Vergütungskontrollausschuss im Rahmen der Unterstützung des Aufsichtsrats bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter insbesondere regelmäßig, mindestens jedoch jährlich, ob der Gesamtbetrag der variablen Vergütungen im Sinne des § 45 Abs. 2 Satz 1 Nummer 5a KWG unter Berücksichtigung des § 7 InstVV ermittelt ist und die festgelegten Grundsätze zur Bemessung von Vergütungsparametern, Erfolgsbeiträgen sowie Leistungs- und Zurückbehaltungszeiträumen einschließlich der Voraussetzungen für einen vollständigen Verlust oder eine teilweise Reduzierung der variablen Vergütung angemessen sind. Des Weiteren unterstützt er den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme. Der Ausschuss ist berechtigt, über seinen Vorsitzenden Auskünfte im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Ausschusses vom Leiter der Internen Revision und den Leitern der für die Ausgestaltung der Vergütungssysteme zuständigen Organisationseinheiten einzuholen.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden zwölf Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses, davon vier gemeinsam mit dem Risikoausschuss und eine gemeinsam mit dem Präsidialausschuss, statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vergütungskontrollausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske, Prof. Dr. Henning Kagermann und Stefan Rudschäfski.

Vermittlungsausschuss: Zusätzlich zu diesen sechs ständigen Ausschüssen unterbreitet der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf.

Im Geschäftsjahr 2016 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Wolfgang Böhr, Prof. Dr. Henning Kagermann und Stefan Rudschäfski.

Weitere Details zum Präsidialausschuss, Nominierungsausschuss, Prüfungsausschuss, Risikoausschuss, Integritätsausschuss und Vergütungskontrollausschuss sind in Geschäftsordnungen geregelt, die wie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.db.com/ir/de/dokumente.htm) veröffentlicht sind.

Aktienprogramme

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in der zusätzlichen Anhangangabe 36 „Leistungen an Arbeitnehmer“ des Konzernabschlusses enthalten.

Rechnungslegung und Transparenz

Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Vorstand. Zum Aktienbesitz des Vorstands verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der im Lagebericht abgedruckt ist.

Aufsichtsrat. Der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Aktienanwartschaften gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen) der Mitglieder des Aufsichtsrats setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien
Dr. Paul Achleitner	0	0
Wolfgang Böhr	0	0
Frank Bsirske	0	0
Dina Dublon	0	0
Jan Duscheck	0	0
Katherine Garrett-Cox	0	0
Timo Heider	0	0
Sabine Irrgang	773	10
Professor Dr. Henning Kagermann	0	0
Martina Klee	1.479	10
Peter Löscher	0	0
Henriette Mark	1.016	0
Richard Meddings	0	0
Louise Parent	0	0
Gabriele Platscher	1.103	10
Bernd Rose	0	0
Stefan Rudschäfski	482	10
Professor Dr. Stefan Simon	0	0
Dr. Johannes Teyssen	0	0
Professor Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	2.950	0
Insgesamt	7.803	40

Die Mitglieder des Aufsichtsrats halten 7.803 Aktien, was weniger als 0,01 % der am 17. Februar 2017 ausgegebenen Aktien entspricht.

Die Spalte „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ in der Tabelle zeigt diejenigen Aktienansprüche der Aufsichtsratsmitglieder, die Mitarbeiter der Deutschen Bank sind, die im Rahmen des Global Share Purchase Plan Gratisaktien („Matching Awards“) erhalten haben, die ihnen am 1. November 2017 zugeteilt werden.

Wie im Abschnitt „Lagebericht: Vergütungsbericht: Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats“ beschrieben, wird ein Viertel der Vergütung, die ein Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit erhält, im Februar eines jeweiligen Folgejahres grundsätzlich nicht in Geld ausgezahlt, sondern in virtuelle Aktien der Deutschen Bank umgewandelt. Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird jedem Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablaufen einer Bestellungsperiode folgenden Jahres vergütet. Als Grundlage für die Bewertung dient der Börsenkurs der Deutsche Bank-Aktie in zeitlicher Nähe vor dem Auszahlungstag. Die Tabelle im vorgenannten Abschnitt zeigt die Anzahl der virtuellen Aktien, die den Mitgliedern des Aufsichtsrats im Februar 2017 als Vergütung für das Geschäftsjahr 2016 gewährt wurde.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Informationen zu Geschäften mit nahestehenden Dritten sind in Anhangangabe 39 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“ enthalten.

Wirtschaftsprüfung und Controlling

Finanzexperten des Prüfungsausschusses

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. Paul Achleitner, Katherine Garrett-Cox, Richard Meddings und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler. Die genannten Finanzexperten des Prüfungsausschusses sind entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 von der Bank „unabhängig“. Entsprechend §§ 107 Absatz 4, 100 Absatz 5 AktG sowie § 25d Absatz 9 KWG verfügen sie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Vergütungsexperten des Vergütungskontrollausschusses

Gemäß § 25d Absatz 12 KWG muss zudem mindestens ein Mitglied des Vergütungskontrollausschusses über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügen, insbesondere im Hinblick auf Mechanismen zur Ausrichtung der Vergütungssysteme an der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und an der Eigenmittelausstattung der Bank. Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Vergütungskontrollausschusses zu „Vergütungsexperten des Vergütungskontrollausschusses“ benannt: Dr. Paul Achleitner und Prof. Dr. Henning Kagermann. Sie erfüllen die Anforderungen gemäß § 25d Absatz 12 KWG und verfügen demnach über Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling.

Eine Beschreibung der Berufserfahrung der in den zwei vorhergehenden Abschnitten genannten Aufsichtsratsmitglieder findet sich unter „Lagebericht: Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate Governance Bericht: Vorstand und Aufsichtsrat: Aufsichtsrat“ auf den Seiten 508 bis 512 des Geschäftsberichts.

Werte und Führungsprinzipien der Deutschen Bank AG und des Deutschen Bank Konzerns

Verhaltens- und Ethikkodex

Der Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank AG und den Deutschen Bank Konzern legt die Werte und Mindeststandards für das Verhalten aller Mitarbeiter untereinander sowie gegenüber Kunden, Wettbewerbern, Geschäftspartnern, Behörden und Aktionären fest und enthält eine Selbstverpflichtung des Vorstands. Der Kodex orientiert sich dabei an unseren Werten und Überzeugungen. Er bildet auch die Basis für unsere Richtlinien, welche die Umsetzung geltender Gesetze und Verordnungen erläutern.

Entsprechend Section 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 haben wir zudem einen Ethikkodex für die Deutsche Bank AG und den Deutsche Bank Konzern mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officer“ verabschiedet. Derzeit sind dies bei der Deutschen Bank der Vorsitzende des Vorstands, der Chief Financial Officer und der Group Controller sowie bestimmte andere Senior Financial Officers. Im Geschäftsjahr 2016 wurden keine Bestimmungen dieses Ethikkodex angepasst oder ausgeschlossen.

Die Ethikkodizes für die Deutsche Bank sind auf der Website der Deutschen Bank in der jeweils aktuellen Fassung unter www.db.com/ir/de/dokumente.htm veröffentlicht.

Corporate Governance bei der Deutsche Bank AG und dem Deutsche Bank Konzern

Im Geschäftsjahr 2016 hat die Deutsche Bank die Global Governance Funktion eingeführt, um das Corporate Governance-Rahmenwerk der Deutsche Bank AG und des Deutsche Bank Konzerns, welches im Rahmen der „House of Governance“-Initiative aufgebaut wurde, weiter zu definieren, zu implementieren und zu überwachen. Global Governance adressiert Corporate Governance Themen innerhalb der Deutsche Bank AG und des Deutsche Bank Konzerns mit Fokus auf klaren Organisationsstrukturen entlang der Grundsätze für gute Unternehmensführung.

Die Deutsche Bank AG und der Deutsche Bank Konzern haben sich zu einem Corporate Governance-Rahmenwerk nach internationalen Standards und gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet. Zur Unterstützung dieses Ziels wenden die Deutsche Bank AG und der Deutsche Bank Konzern klare und umfangreiche Corporate Governance-Leitsätze an, die in den Corporate Governance Fundamentals dokumentiert sind.

Die Leitsätze lassen sich in vier Kategorien gruppieren:

- Grundlegende Leitsätze, die den Vorstand und seine delegierten Vertreter in ihren Handlungen und Entscheidungen leiten.
- Leitsätze zur vertrauensbasierten Interaktion zwischen Vorstand, Aufsichtsrat und wichtigen externen Stakeholdern, insbesondere Aufsichtsbehörden.
- Leitsätze zu internen Governance-Systemen, als Grundlage für die operativen Strukturen und für die Delegation von Befugnissen und Verantwortlichkeiten der Deutschen Bank AG und des Deutsche Bank Konzerns.
- Kern-Organisationsprinzipien, die das Rahmenwerk für die Organisation der Deutsche Bank-Gruppe bilden.

Der Vorstand und das Senior Management unterstützen diese Leitsätze und haben sich dazu verpflichtet, auf deren vollständige Umsetzung hinzuwirken.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Nach deutschem Recht wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl des Abschlussprüfers vor. Nach der Wahl des Abschlussprüfers erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung sowie sämtliche Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde als unser Abschlussprüfer für die Jahre 2015 und 2016 gewählt.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht unter Prüfungshonorare ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von

Steuervorschriften, Steuerberatung und Steuerplanung; sowie (4) alle sonstigen Honorare für Produkte und Dienstleistungen, die nicht unter Prüfungshonorare, Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen und Steuerberatung fallen. In diesen Beträgen sind Aufwendungen eingeschlossen, Umsatzsteuer ist nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2016	2015
Prüfungshonorare	49	51
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	26	19
Honorare für Steuerberatung	6	5
Sonstige Honorare	1	1
Summe der Honorare	82	76

Die Prüfungshonorare beinhalten nicht die Prüfungshonorare für die Postbank und deren konsolidierte Gesellschaften, die derzeit nicht von der KPMG geprüft werden. Die Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachtertätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung inklusive Dienstleistungshonoraren enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen. Die sonstigen Honorare umfassten projektbezogene Beratungsleistungen.

US-amerikanische Gesetze und Vorschriften sowie unsere eigenen Richtlinien sehen generell vor, dass jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt wird. Für prüfungsfremde Dienstleistungen unseres Abschlussprüfers hat unser Prüfungsausschuss folgende Richtlinien und Weisungen festgelegt: Anfragen zur Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Accounting Engagement Team vorgelegt werden. Bezieht sich eine Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres Abschlussprüfers gefährden würden, muss diese abgelehnt werden. Für bestimmte zulässige Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen hat der Prüfungsausschuss eine Vorabgenehmigung erteilt, soweit die erwarteten Honorare für die einzelnen Leistungen 1 Mio € nicht übersteigen. Entsprechende Anfragen kann das Accounting Engagement Team genehmigen, hat darüber aber regelmäßig dem Prüfungsausschuss zu berichten. Betrifft eine Anfrage zur Beauftragung weder unzulässige noch vorab genehmigte prüfungsfremde Dienstleistungen, muss sie an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder berichten dem Prüfungsausschuss über jede von ihnen erteilte Genehmigung in der jeweils nächsten Sitzung.

Darüber hinaus kann nach den geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von prüfungsfremden Dienstleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5 % der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmigung verzichtet werden, wenn der entsprechende Auftrag von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. In den Geschäftsjahren 2015 und 2016 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungsleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5 %.

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Erklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes (Entsprechenserklärung 2016)

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 28. Oktober 2015 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 27. Oktober 2016 erneuert. Vorstand und Aufsichtsrat erklären gemäß § 161 Aktiengesetz:

Die letzte Entsprechenserklärung erfolgte am 28. Oktober 2015. Seit diesem Zeitpunkt hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 5. Mai 2015, veröffentlicht im Bundesanzeiger am 12. Juni 2015, entsprochen und wird diesen auch zukünftig entsprechen, jeweils mit Ausnahme der nachfolgenden Abweichungen:

- Hinsichtlich Ziffer 5.3.3, wonach der Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss zu bilden hat, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist. § 25 d KWG schreibt vor, dass der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG weitere Aufgaben übernehmen muss, die nicht nur von den Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat wahrgenommen werden sollten. Daher ist der Nominierungsausschuss auch mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt. Es wird jedoch sichergestellt, dass die Wahlvorschläge an die Hauptversammlung nur durch die Anteilseignervertreter im Ausschuss bestimmt werden.
- Hinsichtlich Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6, wonach die Vergütung der Vorstandsmitglieder insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen soll. Die bestehenden Anstellungsverträge (in Verbindung mit den Aktienplanbedingungen) der Vorstandsmitglieder der Deutsche Bank AG sehen zwar eine betragsmäßige Höchstgrenze für die Gewährung der Vergütung insgesamt und ihrer variablen Vergütungsteile vor. Es wird in diesem Kontext allerdings auch die Auffassung vertreten, dass die Höchstgrenzen sich nicht ausschließlich auf die Gewährung und Zuteilung der Vergütungskomponenten, sondern zusätzlich auf den späteren Zufluss derselben beziehen müssen. Obwohl die Deutsche Bank AG diese Ansicht für nicht überzeugend hält, erklären wir dennoch rein vorsorglich, dass eine betragsmäßige Höchstgrenze für den Zufluss der zeitlich hinausgeschobenen aktienbasierten Vergütungsbestandteile nicht festgelegt worden ist und deshalb die Deutsche Bank AG von der Empfehlung in Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 in dieser Ausprägung abweicht.

Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Bank entspricht freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 5. Mai 2015 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex-Ziffer 2.3.2). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, so dass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex-Ziffer 2.3.3) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungspositionen/Geschlechterquote

Der Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG hat am Stichtag dieser Erklärung zur Unternehmensführung einen Frauenanteil von 35 %. Die gesetzliche Mindestquote von 30 % gemäß § 96 Abs. 2 AktG ist daher erfüllt.

Für den Vorstand der Deutsche Bank AG hat der Aufsichtsrat am 12. September 2015 eine Zielgröße von mindestens einem weiblichen Mitglied bis zum 30. Juni 2017 festgelegt. Frauenanteil im Zeitpunkt der Entscheidung: 0 Frauen. Zwischenzeitlich gehört dem Vorstand der Deutsche Bank AG mit Sylvie Matherat und Kimberly Hammonds zwei Frauen an.

Außerdem hat der Vorstand am 16. September 2015 für die erste Führungsebene eine Zielgröße von 17 % Frauen und für die zweite Führungsebene eine Zielgröße von 21 % jeweils bis zum 30. Juni 2017 festgelegt (der Frauenanteil der ersten Führungsebene im Zeitpunkt der Entscheidung betrug 14 % und der der zweiten Führungsebene 18 %).

Die Population der ersten Führungsebene besteht aus den Managing Directors und Directors, die direkt an den Vorstand berichten sowie aus Führungskräften, die eine vergleichbare Verantwortung tragen. Die Population der zweiten Führungsebene besteht aus den Managing Directors und Directors, die an die erste Führungsebene berichten).

Umsetzung des deutschen Geschlechterquotengesetzes in der Deutsche Bank AG

in % (sofern nicht anders angegeben)	Stand zum 31.12.2015	Stand zum 31.12.2016	Ziel für 30.06.2017	Ziel für 31.12.2020
Frauen im Aufsichtsrat	35,0 %	35,0 %	30,0 % ¹	30,0 % ¹
Anzahl Frauen im Vorstand	1	2	mind. 1	mind. 1
Ebene 1 unterhalb des Vorstands	17,9 %	15,7 %	17,0 %	20,0 %
Ebene 2 unterhalb des Vorstands	15,3 %	19,5 %	21,0 %	25,0 %

¹ Gesetzliche Vorgabe.

4

Ergänzende Informationen

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle
Messgrößen – 525

Patronatserklärung – 532

Impressum/Publikationen – 533

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Kennzahlen des bisherigen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows des Konzerns, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter eingeschlossener oder ausgeschlossener Beträge im Vergleich zu den am besten passenden und gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden.

Eigenkapitalrendite-Quoten

Der Konzern berichtet die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) und die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital), von denen jede eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße darstellt.

Die Eigenkapitalrenditen nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und materiellen Eigenkapital) werden als Ergebnis nach Steuern ermittelt, das den Deutsche Bank-Aktionären als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Eigenkapital oder materiellen Eigenkapital zuzurechnen ist.

Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und ist definiert als Ergebnis nach Steuern ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluß zurechenbare Ergebnis nach Steuern. Auf Konzernebene spiegelt es die berichtete effektive Steuerquote des Konzerns wider. Diese belief sich für das Gesamtjahr 2016 auf negative 67 %, auf negative 11 % für 2015 und 46 % für 2014. Um die Eigenkapitalrendite nach Steuern für die Segmente zu berechnen, wurde eine Steuerquote von 35 % für die jeweiligen Zeiträume zugrunde gelegt.

Das materielle Eigenkapital auf Konzernebene wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem Eigenkapital in der Konzernbilanz subtrahiert werden. Das materielle Eigenkapital der Segmente wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Segmenten allokierten Eigenkapital subtrahiert werden. Näherer Informationen zur Allokation zu den Segmenten enthält die Anhangsangabe 4 „Segmentberichterstattung“ im Konzernanhang im Abschnitt „Bemessung von Segmentgewinnen oder –verlusten“. Das Eigenkapital und das materielle Eigenkapital werden auf einer Durchschnittsbasis dargestellt.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Messgrößen durchschnittliches materielles Eigenkapital die Vergleiche zu unseren Wettbewerbern vereinfacht und bezieht sich auf diese Meßgrößen bei Kapitalrenditequoten für den Konzern. Jedoch ist durchschnittliches materielles Eigenkapital keine nach IFRS ermittelten finanziellen Messgrößen und die Messgrößen des Konzerns sollten nicht mit denen anderer Unternehmen verglichen werden, ohne die Unterschiede in der Berechnung zu berücksichtigen.

Die Überleitung der vorstehenden Quoten wird in der folgenden Tabelle beschrieben:

	2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments and Other	Insgesamt
Ergebnis vor Steuern	16	1.691	1.068	-204	367	-3.207	-541	-810
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	0	0	0	0	0	0	0	-546
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	11	1.106	698	-133	240	-2.097	-1.180	-1.356
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	-45	-45
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	11	1.106	698	-133	240	-2.097	-1.226	-1.402
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	24.695	12.076	9.008	6.221	6.006	4.037	38	62.082
Zuzüglich (abzüglich): Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-1.805	-1.199	-1.611	-4.599	-329	-448	114	-9.876
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	22.890	10.877	7.397	1.622	5.677	3.590	152	52.206
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	0 %	9 %	8 %	-2 %	4 %	N/A	N/A	-2 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) ¹	0 %	10 %	9 %	-8 %	4 %	N/A	N/A	-3 %

¹ Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf das durchschnittliche materielle Eigenkapital und durchschnittliche Active Equity auf konzernerebene werden berechnet auf Basis der effektiven ausgewiesenen Steuerquote des Konzerns.

								2015
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments and Other	Insgesamt
Ergebnis vor Steuern	- 1.817	1.439	- 774	684	- 2.596	- 2.264	- 770	- 6.097
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	0	0	0	0	0	0	0	- 675
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	- 1.174	930	- 500	442	- 1.677	- 1.463	- 3.331	- 6.772
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	- 21	- 21
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 1.174	930	- 500	442	- 1.677	- 1.463	- 3.353	- 6.794
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	24.675	12.483	10.265	5.719	7.798	6.755	1.361	69.055
Zuzüglich (abzüglich): Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 2.160	- 1.336	- 2.301	- 4.797	- 2.247	- 585	- 482	- 13.909
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	22.515	11.146	7.964	922	5.551	6.170	879	55.146
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	- 5 %	7 %	- 5 %	8 %	- 22 %	N/A	N/A	- 10 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) ¹	- 5 %	8 %	- 6 %	48 %	- 30 %	N/A	N/A	- 12 %

¹ Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf das durchschnittliche materielle Eigenkapital und durchschnittliche Active Equity auf konzernnebenewerden werden berechnet auf Basis der effektiven ausgewiesenen Steuerquote des Konzerns.

	2014							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments and Other	Insgesamt
Ergebnis vor Steuern	1.843	2.306	1.070	674	- 123	- 2.419	- 236	3.116
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	0	0	0	0	0	0	0	- 1.425
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	1.198	1.499	696	438	- 80	- 1.572	- 488	1.691
Den Anteilen ohne beherrschen- den Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	- 28	- 28
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapital- bestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	1.198	1.499	696	438	- 80	- 1.572	- 516	1.663
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	20.569	10.512	9.183	5.144	8.134	7.724	143	61.410
Zuzüglich (abzüglich): Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 1.880	- 1.093	- 2.094	- 4.485	- 2.808	- 600	- 1.339	- 14.299
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	18.690	9.419	7.089	658	5.326	7.124	- 1.196	47.111
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen den Deutsche Bank- Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	6 %	14 %	8 %	9 %	- 1 %	N/A	N/A	3 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) ¹	6 %	16 %	10 %	67 %	- 2 %	N/A	N/A	4 %

¹ Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf das durchschnittliche materielle Eigenkapital und durchschnittliche Active Equity auf konzernebenen werden berechnet auf Basis der effektiven ausgewiesenen Steuerquote des Konzerns.

Bereinigte Kosten

Die bereinigte Kostenbasis ein eine Kernfinanzkennzahl aus unseren Zielen, die ursprünglich im Oktober 2015 bekanntgegeben wurden. Die bereinigte Kostenbasis ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und vergleichbar mit der IFRS Messgröße Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt abzüglich (i) Wertberichtigungen auf Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte, (ii) Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, (iii) Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und (iv) Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Aufwendungen im Versicherungsgeschäft ergaben sich aus dem Geschäftsbetrieb der Abbey Life, die gegen Ende 2016 veräußert wurde, und werden sich somit in künftigen Jahren nicht ergeben. Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt ohne diese Komponenten eine entscheidungsrelevantere Darstellung der Kosten im Zusammenhang mit unseren operativen Geschäftsbereichen ermöglicht.

Konzern, in Mio €	2016	2015
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	29.442	38.667
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.256	5.776
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	2.397	5.218
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	374	256
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	681	965
Bereinigte Kostenbasis	24.734	26.451

Global Markets, in Mio €	2016	2015
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	9.084	12.599
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	1.568
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	591	2.603
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	191	166
Bereinigte Kostenbasis	8.017	8.262
Corporate & Investment Bank, in Mio €	2016	2015
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.119	6.266
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-	600
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	17	329
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	192	88
Bereinigte Kostenbasis	4.910	5.249
Private, Wealth and Commercial Clients, in Mio €	2016	2015
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.394	7.983
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-	1.011
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	(1)	41
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	177	595
Bereinigte Kostenbasis	6.219	6.336
Deutsche Asset Management, in Mio €	2016	2015
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.223	2.336
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.021	-
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	(0)	1
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	374	256
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	69	8
Bereinigte Kostenbasis	1.759	2.071
Postbank, in Mio €	2016	2015
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.815	5.497
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-	2.597
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	58	14
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	29	83
Bereinigte Kostenbasis	2.729	2.802
Non-Core Operations Unit, in Mio €	2016	2015
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.701	3.006
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	(49)	-
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	1.750	1.849
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	23	25
Bereinigte Kostenbasis	977	1.132
Consolidation & Adjustments and Other, in Mio €	2016	2015
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	106	980
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-	-
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	(18)	380
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	1	-
Bereinigte Kostenbasis	123	600

Nettovermögen und materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie

Das Nettovermögen und das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) sind finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Sie werden von Investoren und Analysten als verlässliche Kennzahlen zur Beurteilung der Kapitaladäquanz genutzt. Das Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert). Das materielle Nettovermögen errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abzüglich der Position „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“. Das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) entspricht dann dem materiellen Nettovermögen dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert).

Materielles Nettovermögen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (Nettovermögen)	59.833	62.678	68.351	-2.845	-5	-5.673	-8
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-8.982	-10.078	-14.951	1.096	-11	4.873	-33
Materielles Nettovermögen	50.851	52.600	53.400	-1.749	-3	-800	-1

Ausstehende Stammaktien

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2016	2015	2014	Veränderung 2016 gegenüber 2015		Veränderung 2015 gegenüber 2014	
				in Mio €	in %	in Mio €	in %
Anzahl ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3	1.379,3	0	0	0	0
Ausstehende Aktien:							
Aktien im Eigenbestand	-0,2	-0,4	-0,3	0,2	-45,8	-0,1	44,1
Gewährte Aktienrechte	20,8	8,9	6,8	11,9	133,7	2,1	31,6
Ausstehende Stammaktien	1.399,9	1.387,8	1.385,8	12,1	0,9	2,0	0,1
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	42,74	45,16	49,32	-2,42	-5,4	-4,16	-8,4
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	36,33	37,90	38,53	-1,57	-4,1	-0,63	-1,6

Fully loaded CRR/CRD 4 Measures

Unsere regulatorischen Aktiva, Risikopositionswerte, risikogewichtete Aktiva, regulatorisches Kapital und regulatorische Quoten die sich hieraus ergeben, werden für aufsichtsrechtliche Zwecke berechnet und basieren innerhalb dieses Dokuments auf den Regelungen gemäß CRR/CRD 4. CRR/CRD 4 erlaubt Übergangsregeln gemäß denen Kapitalinstrumente, die nach dem neuen Regelwerk nicht länger anerkannt werden, sukzessive auslaufen, während die neuen Regeln zu aufsichtsrechtlichen Anpassungen schrittweise eingeführt werden. Derartige Übergangsregelungen bestehen ebenfalls für die Risikogewichtung bestimmter Vermögenswerte. In manchen Fällen behält die CRR/CRD 4 Übergangsregeln bei, die bereits in früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerke wie Basel 2 beziehungsweise Basel 2.5, eingeführt wurden. Diese Übergangsregeln regeln beispielsweise die Risikogewichtung bestimmter Kategorien von Aktiva. Soweit nicht anders angegeben unterliegen unsere CRR/CRD 4 Solvabilitätsmessgrößen zum 31. Dezember 2016, zum 31. Dezember 2015, und zum 31. Dezember 2014 in diesem Dokument diesen Übergangsregeln.

Weiterhin befinden sich in diesem Dokument CRR/CRD 4 Messgrößen auf Basis der Vollumsetzung, die die Vollanwendung der finalen CRR/CRD 4 Regelungen darstellt, ohne die Übergangsregelungen gemäß CRR/CRD 4 zu berücksichtigen, außer in den unten dargestellten Ausnahmefällen.

Die Übergangsregeln enthalten Regelungen, welche die Nutzung von Bestandschutzregelungen für Kapitalbeteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % erlauben. Unter den Regeln der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) würden dabei nach Artikel 155 CRR Risikogewichte zwischen 190 % und 370 % zur Anwendung kommen. Obwohl diese Bestandschutzregelung nicht im Rahmen der CRR/CRD 4-Vollumsetzung gültig sein wird, nutzen wir sie dort weiterhin für eine kleine Anzahl an Beteiligungspositionen, begründet durch unser Ziel, die Auswirkungen des Auslaufs der Bestandschutzregelung durch eine Veräußerung dieser Positionen bis zum Jahresende 2017 oder anderer Maßnahmen zu begegnen. Wir beobachten eng die aktuellen Marktentwicklungen und mögliche Auswirkungen von illiquiden Märkten oder ähnlichen Erschwernissen, die eine Veräußerung dieser Positionen verhindern könnten.

Zum 31. Dezember 2016 belief sich unser Beteiligungsportfolio, für das wir die Bestandschutzregelung für Beteiligungspositionen angewandt haben, bestehend aus 15 Transaktionen, auf einen Gesamtwert von 220 Mio €. Ohne Fortsetzung der Anwendung der Bestandschutzregelung für diese Transaktionen würden sich deren RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung auf maximal 816 Mio € belaufen, die RWA insgesamt somit auf maximal 358,1 Mrd € zum 31. Dezember 2016. Im Gegensatz dazu hat der Konzern unter Anwendung der Bestandschutzregelung risikogewichtete Aktiva (in Vollumsetzung) in Höhe von 357,5 Mrd € ausgewiesen. Würden wir die zugehörigen Harte Kernkapitalquote, Kernkapitalquote und Gesamtkapitalquote unter Nutzung von 358,1 Mrd € RWA berechnen, so blieben diese (aufgrund von Rundungen) unverändert bei jeweils 11,8 %, 13,1 % und 16,6 % die wir unter Anwendung der Bestandschutzregelung angeben.

Zum 31. Dezember 2015 belief sich unser Beteiligungsportfolio, für das wir die Bestandschutzregelung für Beteiligungspositionen angewandt haben, auf einen Gesamtwert von maximal 1,5 Mrd €. Ohne Anwendung der Bestandschutzregelung für diese Transaktionen würden sich deren RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung auf maximal 5,4 Mrd € belaufen, die RWA insgesamt somit auf maximal 400,7 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Würden wir die zugehörigen Harte Kernkapitalquote, Kernkapitalquote und Gesamtkapitalquote ohne die Anwendung der Bestandschutzregelung berechnen, so würden diese sich auf 11,0 %, 12,1 % und 15,2 % belaufen anstatt 11,1 %, 12,3 % und 15,4 %, die wir unter Anwendung der Bestandschutzregelung angeben.

Da die finale Implementierung der CRR/CRD 4 von unseren Erwartungen abweichen kann und zudem die Annahmen und Schätzungen unserer Wettbewerber über die Implementierung variieren kann, sind unsere CRR/CRD 4 Kennzahlen (Vollumsetzung) möglicherweise nicht mit ähnlich bezeichneten Messgrößen unserer Wettbewerber vergleichbar, da deren Annahmen und Einschätzungen von unseren abweichen könnten.

Wir sind der Ansicht, dass diese CRR/CRD 4 Messgrößen (Vollumsetzung) nützliche Informationen für Investoren darstellen, da sie den Fortschritt hin zur Anwendung der neuen aufsichtsrechtlichen Kapitalstandards widerspiegeln. Weiterhin haben viele unserer Wettbewerber CRR/CRD 4 Messgrößen ebenfalls in Vollumsetzung angegeben.

Eine nähere Beschreibung der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) angewandten Messgrößen, sowie die Unterschiede zu den angewandten CRR/CRD 4 (Übergangsregelungen) Regeln ist im Kapitel "Lagebericht: Risikobericht: Materielles Risiko und Kapitalperformance: Kapital- und Verschuldungsquote" zu finden, dort im Besonderen unter den Unterkapitel "Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals", "Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)" und "Verschuldungsquote".

Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Tochtergesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank (Suisse) SA, Genf
Deutsche Asset Management Investment GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Trust Company Americas, New York
Deutsche Asset Management S.A., Luxemburg	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd, Singapur
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Holdings (Malta) Ltd., St. Julians
DEUTSCHE BANK A.Ş., Istanbul	Deutsche Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company, London
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Securities Inc., Tokyo
Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Securities Asia Limited, Hong Kong
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC, Riyadh
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Nederland N.V., Amsterdam (bis 30. Juni 2017) ¹	norisbank GmbH, Bonn
Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau	Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“, Kiew
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main	OOO „Deutsche Bank“, Moskau
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires (bis 30. April 2017) ²	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA, Köln
Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo	
Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Madrid	

¹ Wir haben die Patronatserklärung für die Deutsche Nederland N.V. (vormals Deutsche Bank Nederland N.V.), Amsterdam, zuletzt publiziert im Geschäftsbericht für das Jahr 2015, mit Ablauf des 30. Juni 2017 beendet und gekündigt.

² Wie bereits in unserem Zwischenbericht zum 30. September 2016 und auf unserer Webseite veröffentlicht, haben wir am 26. August 2016 einen Vertrag über den Verkauf der Deutsche Bank S.A., Buenos Aires an Banco Comafi S.A. abgeschlossen. Der Vollzug dieser Transaktion wird im Verlauf des 2. Quartals 2017 erwartet. Wir haben daher die Patronatserklärung für die Deutsche Bank S.A., Buenos Aires, zuletzt publiziert im Geschäftsbericht für das Jahr 2015, mit Ablauf des 30. April 2017 beendet und gekündigt.

Impressum/Publikationen

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 9 1000
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline
(0800) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline
(0800) 1 00 47 98

Investor Relations
(069) 91 03 80 80
db.ir@db.com

Gern senden wir Ihnen
die folgenden Publikationen
zum Jahresabschluss

- Geschäftsbericht 2016
(in Deutsch und Englisch)
- Jahresabschluss und Lagebericht
der Deutsche Bank AG 2016
(in Deutsch und Englisch)

Bestellmöglichkeiten

E-Mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.db.com/de/16

postalisch

arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
33428 Harsewinkel

Online

Alle Publikationen zum Jahresabschluss sind abrufbar unter:
www.db.com/de/16

Veröffentlichung

Veröffentlicht am 20. März 2017.

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2017 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Kopien dieses Berichts sind auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.db.com/de/ir verfügbar.

2017

Wichtige Termine

27. April 2017

Zwischenbericht zum 31. März 2017

18. Mai 2017

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

27. Juli 2017

Zwischenbericht zum 30. Juni 2017

26. Oktober 2017

Zwischenbericht zum 30. September 2017

2018

Wichtige Termine

2. Februar 2018

Vorläufiges Jahresergebnis für das
Geschäftsjahr 2017

16. März 2018

Geschäftsbericht 2017 und Form 20-F

25. April 2018

Zwischenbericht zum 31. März 2018

24. Mai 2018

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

26. Juli 2018

Zwischenbericht zum 30. Juni 2018

25. Oktober 2018

Zwischenbericht zum 30. September 2018

Geschäftsbericht 2016



- ▶ Printfassung
- ▶ PDF zum Download
- ▶ Online-Bericht unter db.com/de/16

Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2016



- ▶ PDF zum Download
- ▶ Online-Bericht unter cr-bericht.db.com/de/16

Personalbericht 2016



- ▶ PDF zum Download
- ▶ Online-Bericht unter personalbericht.db.com/de/16